

Hansen | Husieva | Frankenthal [Hrsg.]

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

Zeitenwende für die deutsche Sicherheitspolitik



Nomos

STIFTUNG
Wissenschaft &
Demokratie





ISPK-Studien zur Konfliktforschung

herausgegeben vom

Institut für Sicherheitspolitik
an der Universität Kiel gGmbH (ISPK)

Band 1

Stefan Hansen | Olha Husieva
Kira Frankenthal [Hrsg.]

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

Zeitenwende für die deutsche Sicherheitspolitik



Nomos

STIFTUNG
Wissenschaft &
Demokratie



Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2023

© Die Autorinnen und Autoren

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-7543-9

ISBN (ePDF): 978-3-7489-3391-5

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748933915>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	9
Vorwort	11
<i>Stefan Hansen, Olha Husieva und Kira Frankenthal</i>	
<i>Hintergrund und Ursachen</i>	15
Kapitel 1 Der Ukraine-Krieg als Folge geopolitischer Rivalität? <i>Joris Van Bladel</i>	17
Kapitel 2 Der Ukraine-Krieg als regionale Konfrontation <i>Jakob Wöllenstein</i>	29
Kapitel 3 Russlands Narrative und Desinformation im Krieg gegen die Ukraine <i>Susanne Spahn</i>	45
Kapitel 4 Russlands außenpolitische Determinanten: Expansionspolitik und „Imperialismus“ seit 1991 <i>Olha Husieva</i>	67
Kapitel 5 Russlands diktierter Nicht-Frieden im Donbas 2014– 2022: Warum die Minsker Abkommen zum Scheitern verurteilt waren <i>Hugo von Essen und Andreas Umland</i>	93
Kapitel 6 Deutschlands Ostpolitik bis zum Überfall Russlands auf die Ukraine <i>Joachim Krause</i>	117

Inhalt

<i>Kriegsgeschehen und Entwicklungen</i>	155
Kapitel 7 Russlands Strategie im Ukraine-Krieg: Wiederherstellung russischer Größe mit allen Mitteln	157
<i>Johanna Möhring</i>	
Kapitel 8 Operativ-taktisches Vorgehen der russischen Armee im Ukraine-Krieg 2022	181
<i>Markus Reisner</i>	
Kapitel 9 Die Verteidigung der Ukraine gegen Russlands Angriffskrieg in 2022	201
<i>Oleksiy Melnyk und Olha Husieva</i>	
Kapitel 10 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine: Eine völker- und menschenrechtliche Einordnung	227
<i>Christina Binder</i>	
Kapitel 11 Die Cyberdimension in Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine	243
<i>Arthur de Liedekerke und Kira Frankenthal</i>	
Kapitel 12 Der Ukraine-Krieg als exogener Schock für das Russlandbild und die Bündnissolidarität in der deutschen Bevölkerung	255
<i>Timo Graf</i>	
<i>Zeitenwende für Deutschlands Sicherheitspolitik</i>	281
Kapitel 13 Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik	283
<i>Tobias Lindner</i>	
Kapitel 14 Europas Reaktion auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und Deutschlands Platz in der europäischen Sicherheitsarchitektur	291
<i>Angela Mehrer und Jana Puglierin</i>	

Kapitel 15	Die sicherheitspolitische Autonomie Europas und der hegemoniale Schatten der NATO	305
<i>Markus Kaim und Ronja Kempin</i>		
Kapitel 16	Die Rolle und die strategische Entscheidung Chinas im Ukraine-Krieg	319
<i>Sarah Kirchberger</i>		
Kapitel 17	Zeitenwende ohne Stärke? Strategische Spiegelachsen vitaler deutscher Sicherheitsinteressen: Ostflanke und Ostasien	333
<i>Maximilian Terhalle</i>		
Kapitel 18	Neuaufstellung der deutschen Sicherheitsarchitektur nach 2022	357
<i>Marie-Agnes Strack-Zimmermann</i>		
Verzeichnis der Herausgeber und Autoren		363

Abkürzungsverzeichnis

BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BTG	Bataillonstaktische Gruppe
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CERT-UA	Computer Emergency Response Team of Ukraine
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
DDoS	Distributed Denial of Service
DNR	Volksrepublik Donezk
EDIRPA	European Defence Industry Reinforcement through common Procurement Act
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EloKa	Elektronische Kampfführung
EMEA	Europe, Middle East and Africa
ENISA	Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit
EPF	Europäische Friedensfazilität
EU	Europäische Union
EUMAM	EU Military Assistance Mission in support of Ukraine
FDP	Freie Demokratische Partei
GRU	Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (russ. Militärnachrichtendienst)
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
HIMARS	High Mobility Artillery Rocket System
HVR	Humanitäres Völkerrecht
IGH	Internationaler Gerichtshof
ISAF	International Security Assistance Force
IstGH	Internationaler Strafgerichtshof
KGB	Komitet Gossudarstwennoj Besopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LNR	Volksrepublik Luhansk
MLRS	Multiple Launch Rocket System
MR	Menschenrechte
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NSS	Nationale Sicherheitsstrategie
OSZE / OSCE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVKS	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
PESCO	Permanent Structured Cooperation
SOZ	Shanghai Organisation für Zusammenarbeit
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
START	Strategic Arms Reduction Treaty
SSR	Reform des Sicherheitssektors
SVN	Satzung der Vereinten Nationen
SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Sowjetunion
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
UN / VN	Vereinte Nationen
TKG	Trilaterale Kontaktgruppe

Abkürzungsverzeichnis

TRA	Taiwan Relations Act
VJTF	Very High Readiness Joint Task Force
ZMSBw	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Vorwort

Stefan Hansen, Olha Husieva und Kira Frankenthal

Bereits im April 2021 betonte der damalige ukrainische Botschafter Andrij Melnyk, dass das Zusammenziehen russischer Truppen an der ukrainischen Grenze viel mehr sei „als Säbelrasseln oder Kriegstrommeln, wie viele in Deutschland glauben“¹. Es handle sich um die massivsten Truppenbewegungen Russlands seit dem Zweiten Weltkrieg und sehr reale Vorbereitungen eines Angriffs, weshalb man mehr brauche als nette Worte. In Deutschland, wie auch in mehreren anderen europäischen Ländern, überwog jedoch die Angst davor, Russland möglicherweise durch eine Unterstützung der Ukraine zu verärgern und damit eine Eskalation zu provozieren. Und so verschloss man die Augen vor der immer offenkundiger werdenden Erkenntnis, dass Russland bereits seit langem seinerseits die Eskalation ganz gezielt schrittweise vorantreibt und die europäische Untätigkeit diese überhaupt erst ermöglicht.

Der Morgen des 24. Februar 2022 brachte schließlich eine neue Realität hervor: einen brutalen konventionellen Angriffskrieg in vollem Ausmaß mitten in Europa, wie es ihn seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hatte. Putins propagandistisch aufbereiteten Scheinziele, vermeintlich unterdrückte Minderheiten in selbsternannten Republiken durch Annexion „befreien“ oder mit einer „Spezialoperation“ die Ukraine „entnazifizieren“ und „entmilitarisieren“ zu wollen, konnten nicht länger verdecken, dass Russland allein aus revisionistischem Großmachtstreben in Wirklichkeit eine verhängnisvolle humanitäre Katastrophe mit einem immensen Ausmaß an Zerstörungen und Kriegsverbrechen über die Ukraine hereinbrechen ließ. Der Ukraine wird dabei jegliches Existenzrecht abgesprochen und die USA, die NATO-Staaten und „der Westen“ explizit als Gegner titulierte. Für Europa bedeutet dies nicht weniger als das Ende der gewohnten Sicherheitsordnung, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden war

1 Müller, Dirk: „Russlands Truppenverlegung. Ukrainischer Botschafter: ‚Wir brauchen militärische Unterstützung‘“, Deutschlandfunk, 15. April 2021, <https://www.deutschlandfunk.de/russlands-truppenverlegung-ukrainischer-botschafter-wir-100.html>, 01.12.2022.

und damit auch das Ende einer jeden „Friedensdividende“ wie sie nach dem Ende des Kalten Krieges eingefahren wurde.

Deutschland spielte jahrzehntelang eine führende Rolle beim Wiederaufbau von Brücken zwischen den ehemaligen Rivalen des Kalten Kriegs und bezeichnete dies als seine „historische Verantwortung gegenüber dem russischen Volk“. Heute wird dieses – sicher „gut gemeinte“ – aber allzu umfangreiche Entgegenkommen gegenüber einer immer autoritärer werdenden Staatsführung in Moskau jedoch zumeist als naive Politik der „Beschwichtigung des Aggressors“ angesehen, die scheinbar übersah, dass ebenso eine „historische Verantwortung gegenüber dem ukrainischen Volk besteht“ und welche im Ergebnis die Sicherheit Europas massiv gefährdet hat.

Um die bisherigen Fehler in der Russlandpolitik zu korrigieren, leitete die „Ampelkoalition“ eine sicherheitspolitische Wende ein. Am 27. Februar 2022 wurde in einer Sondersitzung des Bundestags die Neuausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik verkündet. Die angekündigte dauerhafte Erhöhung des Verteidigungsetats und ein 100 Milliarden Euro schweres Sondervermögen für die Bundeswehr sollen eine „Zeitenwende“ für die deutsche Sicherheitspolitik einleiten. Für viele Expertinnen und Experten kommen diese Änderungen jedoch (angesichts der Krim-Annexion im Jahre 2014) viel zu spät und werden noch immer zu zögerlich umgesetzt, zumal die Bundeswehr nach über zwei Jahrzehnten Abrüstung in einem derart desolaten Zustand ist, dass 100 Milliarden größtenteils für die Ausrüstung des bisherigen Sollstandes gebraucht werden und eine anschließende Aufrüstung und Ausbildung der deutschen Streitkräfte wohl Jahrzehnte brauchen wird. Dies lässt Deutschland sicherheitspolitisch bislang nicht als Vorreiter sondern weiterhin als Nachzügler unter den Verbündeten dastehen.

Im Vergleich zu anderen EU- und NATO-Mitgliedsstaaten hat die Bundesrepublik es bislang versäumt, eine führende Rolle bei der Lösung des russisch-ukrainischen-Kriegs zu übernehmen, obwohl es ansonsten stets durchaus gern eine führende Rolle in Gesprächszirkeln beansprucht, etwa bei der vorherigen Plattform zur „Lösung“ der Donbas-Krise im Rahmen des Normandie-Formats. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine in 2022 bedeutet *ipso facto* einen historischen Wendepunkt für die deutsche Sicherheitspolitik, welcher nicht nur Deutschlands Kurs gegenüber Russland maßgeblich verändern, sondern auch Deutschlands Rolle in der zukünftigen Sicherheitsordnung in Europa neu definieren wird. In welcher Weise ist mithin noch offen. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, dass die angekündigte Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik auch tatsächlich eine anhaltende Umsetzung erfährt und die

bisherigen, auch ideologisch angeleiteten, Fehler klar erkannt und vermieden werden. Eine zeitnahe kritische Aufarbeitung des bisherigen Kurses und die Bereitstellung praxisrelevanter außen- und sicherheitspolitischer Empfehlungen sind somit essenziell, um fundierte (sicherheits-)politische Korrekturen und Entscheidungen anzuregen.

Der vorliegende Sammelband will daher über die Ursachen und Entwicklungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine aufklären, Deutschlands Russlandpolitik seit 1990 systematisch aufarbeiten, neue Wege für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik aufzeigen und erklären, warum zeitnahe Korrekturen zwingend notwendig sind, um auf sich bereits abzeichnende künftige Eskalationen und sicherheitspolitische Herausforderungen besser als gegenwärtig vorbereitet zu sein. Darüber hinaus soll der Sammelband Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als Grundlage für die gerade erst begonnene Erforschung des Kriegs und seiner Auswirkungen auf den neuen sicherheitspolitischen Kurs Deutschlands und Europas dienen. Zudem möchte der Band auch Bürgerinnen und Bürgern helfen, die Fehler und Versäumnisse der bisherigen Politik zu verstehen, die bestehenden und bevorstehenden Bedrohungen zu erfassen und somit verändertes politisches Handeln auch gesellschaftlich mitzutragen.

Der Sammelband besteht aus drei übergeordneten Abschnitten, welche *Hintergrund und Ursachen*, *Kriegsgeschehen und Entwicklungen* sowie die daraus resultierende *Zeitenwende für die deutsche Sicherheitspolitik* thematisieren. Im Abschnitt *Hintergrund und Ursachen* werden die Motive für die russische Aggression gegen die Ukraine aus geopolitischer und regionalpolitischer Perspektive untersucht. Zahlreiche Bedingungsfaktoren der russischen Innen- und Außenpolitik sowie die aktive Expansionspolitik sollen dabei aufgezeigt werden. Eine Analyse des Narrativs der russischen Medien innerhalb und außerhalb des Landes ermöglicht es, den weitreichenden Charakter der russischen Propaganda zu verstehen und zu bewerten, wie dieses Narrativ den Expansionismus des Kremls jahrelang rechtfertigte. Besonders ernüchternd ist die Tatsache, dass Deutschland keine Antwort auf die beständig ansteigenden russischen Provokationen zu geben gewillt war, sondern sogar eine noch engere zwischenstaatliche Kooperation einging und sich insbesondere im Energiesektor massiv abhängig machte. Deutschland passte seine Russlandpolitik in keiner Weise an, sondern begegnete der revanchistischen und imperialistischen Politik Moskaus seit Jahren mit den immer gleichen Mitteln einer verklärten Ostpolitik.

Im Abschnitt *Kriegsgeschehen und Entwicklungen* soll eine tiefgehende Analyse des russisch-ukrainischen-Krieges vorgenommen werden. Dazu wird die russische Strategie aufgezeigt und das taktische Vorgehen ana-

lysiert, um Schwächen und Stärken der russischen Armee darzulegen und ihr militärisches Potenzial realistisch zu bewerten. Der Blick auf die ukrainische Verteidigungsstrategie und die Skizzierung der Hauptgründe für die erfolgreiche Gegenoffensive im Herbst 2022 sollen aufzeigen, auf welche Faktoren sich das Land stützen kann und wie eine effiziente Bereitstellung von westlichen Verteidigungssystemen die Befreiung der ukrainischen Gebiete beschleunigen und den Krieg möglichst beenden kann. Daraus wird auch abgeleitet, inwieweit die russische Aggression eine weitergehende Bedrohung für die deutsche und europäische Sicherheit darstellt und wie diese in der Bevölkerung wahrgenommen wird.

Im Abschnitt *Zeitenwende für die deutsche Sicherheitspolitik* werden Perspektiven für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik aufgezeigt, insbesondere mit Blick auf die Weiterentwicklung der Bundeswehr sowie Deutschlands Rolle als sicherheitspolitischem Akteur in Europa. Des Weiteren wird erörtert, wie der Krieg die strategische Planung der NATO, der EU und auch Chinas verändert, und welchen Platz Deutschland in der jeweiligen Zusammenarbeit einnehmen sollte. Die Autorinnen und Autoren sprechen zahlreiche Handlungsempfehlungen zur Neuausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik aus und sind sich darin einig, dass die Entwicklung einer klaren mittel- und langfristigen Sicherheitsstrategie für Berlin von zentraler Relevanz ist.

Dieser Sammelband stellt zweifellos nur einen ersten Aufschlag von Analysen rund um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in 2022 dar und enthält wissenschaftliche Analysen, die von August bis November 2022 von führenden Expertinnen und Experten der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik verfasst wurden. Der Krieg ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Bands noch längst nicht beendet und wird weitere entscheidende Veränderungen sowohl auf dem Schlachtfeld als auch in den Büros der europäischen Hauptstädte mit sich bringen. Dennoch halten die Herausgeber es für wichtig, mit diesem Sammelband eine erste umfassende, aber zugleich nur vorläufige Analyse des Geschehens vorzulegen – denn nur so können Korrekturen möglichst zeitnah angeregt und wissenschaftlich begleitet werden.

In diesem Sinne möchten wir uns bei allen Autorinnen und Autoren dieses Sammelbands sowie dem NOMOS-Verlag für die hervorragende Zusammenarbeit und bemerkenswert rasche Realisierung herzlich bedanken! Zudem dankt das Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK) ausdrücklich der Stiftung Wissenschaft und Demokratie (SWuD) für die Unterstützung seiner Arbeit im Allgemeinen und im Besonderen für die Förderung der Open Access-Veröffentlichung, die eine breite gesellschaftliche und schnelle wissenschaftliche Rezeption ermöglicht.

Hintergrund und Ursachen

Kapitel 1 Der Ukraine-Krieg als Folge geopolitischer Rivalität?

Joris Van Bladel¹

Abstract: Der russisch-ukrainische Konflikt entstand nicht aus einem geostrategischen Vakuum. Die Geografie sowie die bewegte Geschichte Europas haben die mittel- und osteuropäischen Staaten zu vollständigen Bestandteilen des Alten Kontinents gemacht. Deshalb sind seit den revolutionären Ereignissen von 1989–1991 die traditionellen westlichen Mächte und Russland genaue Beobachter und zentrale Akteure in Bezug auf das Schicksal Mittel- und Osteuropas. Putins Einmarsch in die Ukraine kann als eine Art Höhepunkt angesehen werden, anhand dessen er die russische Antwort auf die Emanzipation der mittel- und osteuropäischen Staaten materialisiert. Ohne die verheerende Verantwortung des Kremls für die aktuelle Situation herunterzuspielen, bleibt jedoch die Frage, ob die westeuropäischen Staaten gegenwärtig mit den Entscheidungen konfrontiert werden, die sie in jener Zeit trafen (oder nicht getroffen haben), und inwieweit sie die Konsequenzen ihrer Entscheidungen berücksichtigen.

Schlüsselwörter: Ende des Kalten Kriegs, Zerfall der Sowjetunion, mittel- und osteuropäische Staaten, NATO-Erweiterung, russisch-ukrainischer Krieg, Geopolitik

*„Es ist in all diesen Jahren nicht gelungen,
den Kalten Krieg zu beenden.“
Angela Merkel, 7. Juni 2022*

1. Einleitung

Der 24. Februar 2022 markiert einen Bruch in der europäischen Geschichte. Die Dimensionen, Auswirkungen und Folgen der Entscheidung des

1 Überarbeitung der deutschen Fassung in Zusammenarbeit mit Chantal Dupradeau-Schwenger

Kremls, in die Ukraine einzumarschieren, sind so bedeutsam, dass sie auf eine historische Zäsur hindeuten. Damit ist die Ära des Kalten Kriegs, die am 9. November 1989 in Berlin begann, endgültig zu Ende. Mit der Entscheidung der russischen Führung, ihr Militär gegen die Ukraine zu richten, den westlichen Staaten mit einem Atomkrieg zu drohen und Energie und Lebensmittel als Waffe gegen die Welt einzusetzen, ist eine neue Phase in der neuzeitlichen europäischen Geschichte eingeläutet worden.

Mit Russlands Krieg gegen die Ukraine hat sich Gorbatschows Vision eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ als ferner Traum entpuppt, wenn nicht gar als Trugbild erwiesen. Tatsächlich hat Russlands jüngstes militärisches Unterfangen gezeigt, dass der Zeitraum zwischen dem 9. November 1989 und dem 24. Februar 2022 als ein *Interregnum* betrachtet werden muss. Diese Feststellung impliziert, dass ein angespanntes, konfrontatives Verhältnis zwischen Moskau und Brüssel bzw. Washington der Normalzustand ist, und dass die letzten drei Jahrzehnte „guter Nachbarschaft“ eine Ausnahme bildeten.² Man könnte dies auch als eine deterministische Sichtweise des russischen Immobilismus abtun, doch leider bestätigt die russische Militäraggression in der Ukraine eine antiwestliche Grundhaltung, die für den Kalten Krieg so charakteristisch war.

Diese ernüchterte Sichtweise verlangt nach einer Erklärung: Warum konnten wir das Rad der Geschichte nicht drehen und die Ära der russisch-westlichen Zusammenarbeit nicht zur Ausnahme, sondern zur Norm machen? Dies erinnert an eine der zentralen historischen Fragen Russlands: *Kto vinovat?* [Wer ist schuld?] Um diese Fragen zu beantworten, konzentriert sich dieses Kapitel auf die geopolitische Dimension des Problems.

2. Die zermürbende Kraft der Geopolitik

Der russisch-ukrainische Konflikt hat sich nicht aus einem geostrategischen Vakuum entwickelt. Die Geografie und die bewegte Geschichte Europas haben Russland und die Ukraine zu einem festen Bestandteil

2 Da die Erweiterung der NATO eine wesentliche Rolle in der Argumentation dieses Kapitels spielt, wird der Begriff „der Westen“ hier verwendet, um die euro-atlantische Welt zu bezeichnen. Angesichts der russischen Tradition, die den Großmachtwettbewerb und die militärische Macht mehr betont als die Wirtschaftsmacht, halten wir dies für eine vertretbare Wahl. Dies bedeutet aber nicht, dass die EG/EU bei den Ereignissen, die wir in unserer Darstellung hervorgehoben haben, keine Rolle gespielt hat.

des Alten Kontinents gemacht. Deshalb fungierten die Westmächte sowie Russland seit den revolutionären Ereignissen von 1989–1991, der Beilegung des Kalten Kriegs und dem Zerfall der Sowjetunion, als genaue Beobachter, ja sogar als maßgebliche Akteure hinsichtlich des Schicksals Mittel- und Osteuropas im Allgemeinen und der Ukraine im Besonderen.

Der Prozess der NATO-Osterweiterung – beginnend mit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 – ist ein deutliches Beispiel für diese geopolitische Konfiguration und kann derzeit, zusammen mit den revanchistischen Bestrebungen Russlands³, als einer der wichtigsten zugrunde liegenden Faktoren angesehen werden, die den russisch-ukrainischen Konflikt anheizen. Russland hält die Westorientierung der Ukraine für eine existenzielle Bedrohung: eine rote Linie, wenn nicht sogar für einen *Casus Belli*. Die militärische Gebärde und die Verhandlungsvorschläge des Kremls, bis hin zu den Ultimaten, die rechtliche Garantien gegen den Einfluss der NATO in der Ukraine fordern, sind unverkennbare Zeichen der kompromisslosen Haltung Russlands gegenüber den souveränen Sicherheitsentscheidungen der Ukraine. Die Antworten des Westens deuten auch nicht auf Beschwichtigung hin. Die NATO betrachtet die strategischen Entscheidungen souveräner Staaten und ihre territoriale Integrität als sakrosankt, und Russlands Einmischungsversuche in die Politik der offenen Tür der NATO gelten als unakzeptabel. Die NATO sieht sich als Verteidigungsbündnis, das keinerlei Bedrohung für Russland darstellt. Infolge der russischen Invasion hat die NATO ihre Strategie überarbeitet, um ihre Ostflanke zu stärken. Gleichzeitig haben Schweden und Finnland beantragt, Mitglieder der NATO zu werden, was angesichts des seit langem bestehenden neutralen Status beider Länder nicht weniger als eine Entwicklung historischer Tragweite genannt werden muss. Zudem steht die Europäische Union (EU) geschlossen hinter der Ukraine, indem sie massive finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen verhängt, um Russland von der Weltgemeinschaft zu isolieren.

Demzufolge, statt den Zauberraum eines gemeinsamen europäischen Hauses – der vornehmlich im Westen geträumt wurde – zu leben, und den Michail Gorbatschow erst vor 33 Jahren in Straßburg treffend formulierte,⁴ hat sich Europa langsam, aber entschieden erneut auf eine gefährliche

3 Für die russischen Nationalisten sowie für Putin hat Russland u. a. wegen der „schwachen Hand“ Gorbatschows den Kalten Krieg verloren und ein gewisser Revanchismus keimt mit der wirtschaftlichen Stabilisierung Russlands am Anfang der Putin-Ära auf.

4 Gorbatschow, Michail: Europa als gemeinsames Haus, Rede vor dem Europarat, 6. Juli 1989.

Sackgasse zubewegt, mit der Ukraine im Mittelpunkt. Tiefes Misstrauen und die Verwendung wiederentdeckter Vorurteile, Metaphern und Instrumente/Strategien aus dem Kalten Krieg prägen das aktuelle Verhältnis zwischen Russland und dem Westen, da sich Narrative beider Seiten widersprechen, Wahrnehmungen gegensätzlich sind und strategische Interessen kollidieren.

3. NATO-Erweiterung: Ein komplizierter und umstrittener Prozess

Der Fall der Berliner Mauer – ein unvorhersehbares Ereignis in einem größeren Kontext sozialer Proteste und politischer Unruhen – hatte enorme Folgen.⁵ Eine davon war Gorbatschows Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb der NATO im Sommer 1990. Angesichts des heftigen Widerstands innerhalb des sowjetischen Establishments bleibt Gorbatschows plötzliche Zustimmung rätselhaft.⁶ Was auch immer die Gründe für seine Entscheidung waren, er ging, wie sich später herausstellte, ein beträchtliches politisches Risiko ein. Und wie einige russische Reaktionen im Zusammenhang mit seinem Tod am 30. August 2022 zeigten, hat, seinerzeit, die „freizügige Haltung“ des sowjetischen Führers gegenüber dem Westen die sowjetische Elite sehr verärgert.⁷

Als Ergebnis der antikommunistischen Revolution erkannten József Antall, Vaclav Havel und Lech Walesa, die Führer der Dissidentenbewegungen in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen, die Fragilität ihrer Sicherheitslage, da in Mittel- und Osteuropa offensichtlich ein Sicherheitsvakuum entstand. Bald bildeten diese drei Staaten die sogenannte Visegrád-Gruppe, die sich um Sicherheitsgarantien vom Westen bemühte. Erst als klar wurde, dass sowohl die OSZE – zu schwach – als auch die Europäische Gemeinschaft (EG) – zu langsam – nicht in der Lage oder willens waren, die geforderte Sicherheitsgarantie zu geben, klopften die Visegrád-Staaten

5 Sarotte, Mary Elsie: *The Collapse. The accidental opening of the Berlin Wall*. Basic Books: New York 2014.

6 Adomeit, Hannes: *Gorbachev's Consent to Unified Germany's Membership in NATO*. German Institute for International and Security Affairs (SWP), Working Paper, GF 5 2006/11, December 2006; Müller, Wolfgang: *The USSR and the Reunification of Germany, 1989–1990*. In: Mueller, Wolfgang/Gehler, Michael/Suppan, Arnold (Hrsg.): *The revolutions of 1989: A Handbook*. ÖAW: Vienna, S. 312–353.

7 So kommentierte etwa Wladimir Solowjow, das Sprachrohr des Kremls im russischen Staatsfernsehen, am 31. August 2022: „In sechs Jahren hat er unsere Heimat zerstört und das ganze sozialistische Lager verraten.“

an die Tür der NATO. Wenn auch nicht abweisend, gab sich die NATO zunächst sehr zurückhaltend.

Während der Amtszeit von Bill Clinton (1993–2001) entwickelte sich der US-Präsident von einem widerwilligen Beobachter ohne klare Vision oder Strategie für die Zukunft der NATO zu einem überzeugten Befürworter der Erweiterung und Modernisierung der transatlantischen Organisation. Er war überzeugt, dass sich hier eine Gelegenheit bot, um ein neues Europa zu gestalten, das „frei, sicher und ungeteilt“ sein sollte. Er betrachtete die NATO – modernisiert und an das neue Sicherheitsumfeld angepasst – als das geeignete Vehikel zur Umsetzung dieser Politik. Dennoch sollte es bis zum Washingtoner Gipfeltreffen 1999 dauern, bis die Visegrád-Staaten – Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei – offizielle NATO-Mitglieder wurden. Der Grund, weshalb dies so lange dauerte, war, dass die Debatte über die Erweiterung und Modernisierung der NATO „große und manchmal dramatische Kämpfe und Verhandlungen sowohl mit den Russen beinhaltete wie auch mit unseren europäischen Verbündeten, und auch innerhalb der USA, wo sie eine leidenschaftliche Debatte darüber entfachte, was die Alliance für die Welt nach dem Kalten Krieg war.“⁸

Die russische Sichtweise war von Anfang an in dieser Erweiterungsdebatte feindselig und ambivalent. Tatsächlich hatte das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen in der anfänglichen Euphorie gute Aussichten. Trotz widriger wirtschaftlicher und sozialer Umstände in Russland schrieb Boris Jelzin im Dezember 1991 einen Brief, in dem er seinen Wunsch zum Ausdruck brachte, dass sich die NATO von einer „aggressiven Militärmaschine“ zu einem Bündnis friedlicher Nationen verwandeln möge, das auf gemeinsamen Werten basiert, und dass er unter diesen Umständen bereit war, auf politischem und militärischem Gebiet zusammenzuarbeiten. Informell schloss er nicht einmal die Mitgliedschaft Russlands in der NATO aus. Trotz dieser vielversprechenden Anfänge geisterte noch immer das Feindbild der NATO unter Hardlinern in Moskau umher. Während eines Treffens mit NATO-Generalsekretär Manfred Wörner, am 10. Dezember 1991, erläuterte Jelzin beispielsweise die russische Ansicht, dass eine NATO-Mitgliedschaft osteuropäischer Länder für Moskau nicht akzeptabel sei.⁹

8 Asmus, Ronald D.: *Opening NATO's Door. How the Alliance Remade Itself For a New Era*. Columbia University Press: New York 2002, S. 19.

9 Menon, Rajan/Ruger, William: NATO enlargement and US Grand Strategy. A net assessment. In: *International Politics*, H. 57, 2020, S. 371–400.

Während seiner zweiten Amtszeit als Präsident (1997–2001) wurde die NATO-Erweiterung zu einem der wichtigsten Ziele Clintons. Leidenschaftliche Befürworter dieser Politik, wie Madeline Albright und Richard Holbrook, unterstützten ihn bei seinen Bemühungen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Während seiner ersten Amtszeit als Präsident war es eines der Hauptziele Clintons, Jelzin und seine demokratischen und wirtschaftlichen Reformen zu stärken. Wie es jedoch die politischen Entwicklungen in Russland deutlich gemacht haben, darunter Jelzins Beschluss des russischen Parlaments im Jahr 1993 und der Erste Tschetschenienkrieg (1994–1996), war dies kein ausgesprochener Erfolg, da klar wurde, dass Russlands demokratische, soziale und wirtschaftliche Abwärtsspirale nicht mehr aufzuhalten war. Im Gegenteil, ausländische Einmischung verkomplizierte nur das bestehende Chaos und die Ungewissheit.¹⁰ Russlands Schicksal blieb weiterhin völlig unkalkulierbar.

Dies könnte Clintons Entscheidung beeinflusst haben, der NATO-Erweiterung höchste Priorität einzuräumen und gleichzeitig an einer „zweigleisigen“ Politik festzuhalten. Infolgedessen trieb er seine NATO-Erweiterungspolitik voran, während er versuchte, Russland mit mehreren Vorschlägen zu besänftigen, um das Land in der Nähe, aber außerhalb der westlichen Sicherheitsarchitektur zu halten. Beispiele dafür waren u. a. das Programm „Partnerschaft für den Frieden“, die Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (ursprünglich am 19. November 1990 unterzeichnet und 1999 aktualisiert) und das NATO-Russland-Stiftungsgesetz (Paris, 27. Mai 1997). Um nur ein paar Beispiele von Clintons Versuchen zu zitieren, Russland davon zu überzeugen, der NATO-Erweiterungspolitik zuzustimmen.¹¹

Die NATO-Russland-Gründungsakte brachte klar die Absicht der NATO zum Ausdruck, ihre Politik der offenen Tür, wie sie in Artikel 10 des NATO-Vertrags beschrieben ist, zu unterstützen. Wenn es also Zweifel an den Zusagen des Westens an Russland bezüglich der Osterweiterung des Bündnisses gab, ist das NATO-Russland-Stiftungsgesetz glasklar. Trotz Russlands Bekenntnis zur Gründungsakte blieb die Ambivalenz gegenüber der NATO-Erweiterung in der russischen Elite bestehen. Zuweilen zeigte sich Boris Jelzin, privat, kooperativ mit den westlichen Unterhändlern,

10 Kramer, Mark: The Limits of US influence on Russian Economic Policy, PONARS Policy Memo 173, Harvard University, November 2000.

11 Allison, Roy/Light, Margot/White, Stephen: Putin's Russia and the Enlarged Europe, Chatham House Papers. Blackwell Publishing: Oxford 2006, S. 1–13, 94–127; Ivanov, Igor: Russia-NATO. On the History of the Current Crisis, The Russian International Affairs Council (RIAC), 3. Februar 2022.

während er sich öffentlich hartnäckig gegen die NATO-Erweiterung aussprach. Die Zweideutigkeit und Widersprüchlichkeit des Präsidenten in dieser Frage kann als typisch für seine Präsidentschaft bezeichnet werden und hinterlässt die Russische Föderation in einem sozialen und wirtschaftlichen Debakel und das russische Militär in einer abgründigen Krise.

1999 übernahm Wladimir Putin in einem Kontext politischer Intrigen und sozialer Umwälzungen das Ruder der russischen Politik. Allen Widerigkeiten zum Trotz stellte der neue Kreml-Mann die Ordnung in den Staatsangelegenheiten und eine gewisse Berechenbarkeit für das russische Volk wieder her. Putins Popularität wuchs schnell, was zu einer soliden Basis öffentlicher Unterstützung führte. Nach den Zahlen des *Levada Centers* ist seine Zustimmungsrate seit dem Jahr 2000 nie unter sechzig Prozent gefallen.¹²

In Bezug auf die Frage der NATO-Mitgliedschaft ist ein Gespräch zwischen Lord Robertson und Putin aus dem Jahr 2000 erwähnenswert, da es einen wesentlichen Aspekt der russischen Mentalität offenbart, wenn nicht das Haupthindernis für den Aufbau einer integrativen europäischen Sicherheitsarchitektur mit Russland. Während dieses Gesprächs sagte Putin: „Wann werden Sie uns einladen, der NATO beizutreten?“, worauf Robertson antwortete: „Nun, wir laden die Leute nicht ein, der NATO beizutreten; sie bewerben sich um den Beitritt in die NATO.“ Putin antwortete: „Nun, wir reihen uns nicht an die Seite vieler Länder ein, die keine Rolle spielen.“¹³ Es ist genau diese Großmachthaltung und Geringschätzung kleiner Staaten, die die „kleinen Länder“ Mittel- und Osteuropas motiviert, sich um die NATO-Mitgliedschaft zu bewerben.

Im Kreml wuchsen mit der Zeit Irritation und Misstrauen gegenüber westlichen Sicherheitsinstitutionen. Putin setzte große Hoffnungen in seine ausgestreckte Hand gegen Westen. Doch mehrere Ereignisse werden sicherlich seine Verärgerung geschürt haben:

- Die Bombenangriffe der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien während des Kosovo-Kriegs (1999);
- Der Austritt der USA aus dem Anti-Balistik-Missile-Vertrag von 1972 am 13. Juni 2002;
- Der 2002 begonnene US-Plan zum Aufbau eines NATO-Raketenabwehrsystems in Europa;

12 Yuri Levada Analytical Center: Putin's Approval Rating. Indicators.

13 Rankin, Jennifer: „Ex-NATO head says Putin wanted to join alliance early on in his rule“, *The Guardian*, 4. November 2021.

- Die Aufnahme Bulgariens, der baltischen Staaten, Rumäniens, der Slowakei und Sloweniens – der sogenannten Vilnius-Gruppe – als NATO-Mitglieder am 29. März 2004;
- Die Konzentration der US-Nahostpolitik auf die „Achse des Bösen“, die Fehlentscheidungen wie die Invasion des Irak (2003) und die Rivalität mit dem Iran zur Folge hatte;
- Die Unterstützung des Westens für die sogenannten Farbenrevolutionen. Dies sind Protestbewegungen, die gewaltlosen zivilen Ungehorsam einsetzen, um Regierungen zu stürzen, wie sie während der Rosenrevolution in Georgien (2003–2004), der Orangen Revolution in der Ukraine (2004) und der Tulpenrevolution in Kirgisistan (2005) beobachtet wurden. Moskau, offensichtlich unzufrieden mit diesem Phänomen des zivilen Protests, beschuldigte den Westen, diese Protestbewegungen anzuzetteln und sich damit in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen. Tatsächlich betrachtet Russland seit 2012, als Putin während der „Schneeflockenrevolution“ den bedrohlichsten innenpolitischen Protest gegen sein Regime erlebte, die Unterstützung des Westens für sozialen und politischen Protest als nicht weniger als „Kriegshandlungen mit nichtmilitärischen Mitteln.“¹⁴ Man muss sich der Auswirkungen dieser Ansicht bewusst sein: Russland sieht sich im Krieg mit dem Westen.

Fühlte sich Putin vom Westen ignoriert, missverstanden, abgelehnt oder bedroht? Jedenfalls verlor er stetig sein Vertrauen in den Westen und infolgedessen hielt er am 10. Februar 2007 seine berühmte Münchener Rede, in der er sich weigerte, sich in „angenehmen, aber leeren diplomatischen Begriffen“ zu internationalen Sicherheitsfragen zu äußern.¹⁵ Im Sommer 2008 erging eine weitere Warnung an den Westen, als russische Truppen in Georgien einmarschierten, einem Land mit westlichen Ambitionen und einem übereifrigen Präsidenten.¹⁶ War es eine Reaktion auf den NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008, auf dem eine zukünftige Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens ins Auge gefasst wurde?

14 Jonsson, Oscar: *The Russian Understanding of War. Blurring the Lines between War and Peace*. Georgetown University Press: Washington 2019.

15 Putin, Wladimir: *Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy*, Kreml, 10. Februar 2007.

16 Cornell, Svante E./Starr, S. Frederick: *The Guns of August 2008. Russia's War in Georgia*. Routledge: London 2009; Asmus, Ronald: *A Little War That Shook the World. Georgia, Russia, and the Future of the West*. New York: St. Martin's Press 2010.

In diesem Zusammenhang wurde Putins Politik selbstbewusster, wenn nicht ausgesprochen aggressiv. Es wurden z. B. „aktive Maßnahmen“ eingeleitet, cyber- und politische Operationen, die den Westen ins Visier nahmen und darauf abzielten, die Bruchlinien westlicher Gesellschaften auszunutzen, indem sie unsere Lebensweise als primäres Ziel anzugreifen suchten. Es wurden provokative Militärmanöver zu Wasser und in der Luft durchgeführt, um die Sicherheits- und Militärkräfte des Westens zu testen, einzuschüchtern und zu stören. Kurzum, Russland nutzt politische, diplomatische, wirtschaftliche und andere nichtmilitärische Maßnahmen in Kombination mit Militärgewalt, um die Schwächen des Westens auszunutzen und seine politischen Ziele zu verfolgen.

4. Die Ukraine als integraler Bestandteil der Sicherheitslandschaft Europas

Der russische Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 war nicht der Beginn eines Konflikts zwischen benachbarten Staaten; er war nur die nächste Eskalationsstufe in einem latenten Konflikt, der mit der Unabhängigkeit der Ukraine begann. Tatsächlich hat der Kreml seit 1991 mehrere Fragen, die die Souveränität der Ukraine tangieren, instrumentalisiert und missbraucht, darunter das Schicksal der Schwarzmeerflotte, die Gaslieferungen, die Minderheitenrechte der ethnischen Russen in der Donbas-Region oder auf der Halbinsel Krim, die Orange Revolution von 2004 und die Maidan-Revolution 2013–2014, um Druck auf Kyjiw auszuüben. Seitdem hat Russland verschiedene Strategien angewandt, um die Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine einzuschränken, indem es nichtmilitärische Methoden wie Informations- und Energiekrieg sowie politische Infiltration und Intrigen einsetzt. Mit zunehmendem Druck aus Moskau wurde die Westorientierung Kyjiws, die sich in ihrem Streben nach einer Mitgliedschaft in den westlichen Bündnissen ausdrückte, allmählich deutlicher. Als solches ist Europa und damit auch die westliche Welt in den ukrainisch-russischen Konflikt verwickelt. Auch ein Kompromissvorschlag, den Konflikt zwischen Russland und dem Westen zu entschärfen und der Ukraine einen neutralen Status zu verleihen, kann an dieser Realität nichts ändern.

2014 begann die nächste Eskalationsstufe im Krieg zwischen Russland und der Ukraine, als der Kreml beschloss, die Krim zu annektieren und Teile des Donbas durch Stellvertreter zu kontrollieren. Während das militärische Engagement Russlands in den ersten acht Kriegsjahren etwas begrenzt war, bedeutet Russlands umfassende Militärinvasion im Jahr 2022, die auf einen Regimewechsel und die Annexion abzielt, den extremsten und somit risikvollsten Schritt von Russlands Einmischung in der Ukrai-

ne. Das Ausmaß der materiellen Zerstörung, die Tausenden von Toten und Verwundeten und die Millionen von Flüchtlingen sind brutale, ja traurige Zeugnisse des kriminellen Militärfeldzugs Russlands. Damit steigt täglich der moralische Druck auf Europa und die westliche Welt, sich in diesen Krieg einzumischen.

5. Fazit

Neben einer humanitären Katastrophe ist Krieg ein hochemotionales Ereignis, das tiefe Spuren in der öffentlichen Debatte hinterlässt, da es den westlichen Staaten weitreichende Entscheidungen abverlangt und starke Positionen aufzwingt. Als Folge des Kriegs an Europas Ostflanke bildeten sich zwei extreme Lager, wie es in der deutschen und europäischen Presse zum Ausdruck kommt. Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die behaupten, dass der Krieg in der Ukraine nicht „unser Krieg“ sei und dass daher die Unterstützung für die Kriegsanstrengungen der Ukraine begrenzt werden sollte. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die behaupten, es gehe im Ukraine-Krieg nicht nur um die Ukraine. Es gehe dabei um ganz Europa, denn, wenn der Kreml in Kyjiw nicht gestoppt werde, wird er bald andere Länder in Ost- und Mitteleuropa bedrohen.

Euphorie ist sehr selten ein solider strategischer Berater, und die Gesetze der Geopolitik sind unerbittlich. Daher befürchten wir, dass diese Diskussion obsolet ist. Der Ursprung der Debatte lag im Jahr 1991, als Euphorie herrschte und im Westen Selbstvertrauen reichlich vorhanden war. Die Sicherheitsfrage mittel- und osteuropäischer Staaten, und damit auch die der Ukraine, wurde bereits mit dem Ende des Kalten Kriegs und ihrer damit einhergehenden Emanzipation deutlich dargestellt. Es bleibt die Frage, ob die westeuropäischen Länder jetzt mit den Entscheidungen konfrontiert werden, die sie damals trafen oder nicht getroffen haben. Haben die westeuropäischen Länder seitdem die Verantwortung für ihre Entscheidungen übernommen?

Über diese Fragen müssen wir gründlich nachdenken. Klar ist, dass man den aktuellen Ukraine-Krieg als Ergebnis einer geopolitischen Rivalität zwischen Russland und dem Westen betrachten kann. Doch lassen wir keine Missverständnisse aufkommen: Das vom Kreml verursachte menschliche Elend ist Moskau anzulasten, das seine Vergangenheit nicht aufarbeiten und sich nicht vom Großmachttraum oder dem Wesen der russischen Staatsmacht [*derzhava*] lösen kann. Die russische Elite, die immer noch in ihren eigenen Fantasien und nostalgischen Träumen schwelgt, erträgt nicht das ungeschminkte Antlitz der Realität. Dabei werden die Rechte der

einzelnen Bürger nicht garantiert, geschweige denn die Souveränität „kleiner Staaten“. Und das hat die letzten dreißig Jahre zu einem *Interregnum* gemacht, und nicht zu einem Zeitalter grundlegender Veränderungen. Vielleicht ist dies die traurige Erkenntnis des schrecklichen Kriegs, den einige zur ersten Schlacht des Dritten Weltkriegs erklärt haben.¹⁷

Literaturverzeichnis

- Adomeit, Hannes: Gorbachev's Consent to Unified Germany's Membership in NATO, German Institute for International and Security Affairs (SWP), Working Paper, GF 5 2006/11, December 2006.
- Allison, Roy/Margot Light/Stephen White: Putin's Russia and the Enlarged Europe, Chatham House Papers. Blackwell Publishing: Oxford 2006.
- Asmus, Ronald D.: A Little War That Shook the World: Georgia, Russia, and the Future of the West. St. Martin's Press: New York 2010.
- Asmus, Ronald D.: Opening NATO's Door: How the Alliance Remade Itself for a New Era. Columbia University Press: New York 2002.
- Cornell, Svante E./Starr, S. Frederick: The Guns of August 2008: Russia's War in Georgia. Routledge: London 2009.
- Felshtinsky, Yuri/Michael Stanchev: Blowing Up Ukraine: The Return of Russian Terror and the Threat of World War III. Gibson Square: London 2022.
- Gorbatschow, Michail: Europa als gemeinsames Haus, Rede vor dem Europarat, 6. Juli 1989, https://www.rosalux.de/fileadmin/images/Dossiers/30_Jahre_89/Chronik_Wende/ND-1989-07-07.pdf, 24.11.2022.
- Ivanov, Igor: Russia-NATO: On the History of the Current Crisis, The Russian International Affairs Council (RIAC), 3. Februar 2022, <https://russiancouncil.ru/en/analytics-and-comments/analytics/russia-nato-on-the-history-of-the-current-crisis/>, 12.08.2022.
- Jonsson, Oscar: The Russian Understanding of War. Blurring the Lines between War and Peace. Georgetown University Press: Washington 2019.
- Kramer, Mark: The Limits of US influence on Russian Economic Policy, PONARS Policy Memo 173, Harvard University, November 2000, https://www.ponarseurasia.org/wp-content/uploads/attachments/pm_0173.pdf, 12.08.2022.
- Menon, Rajan/Ruger, William: NATO enlargement and US Grand Strategy: a net assessment. In: International Politics, H. 57, 2020, S. 371–400.
- Müller, Wolfgang: The USSR and the Reunification of Germany, 1989–90. In: Müller, Wolfgang/Gehler, Michael/Suppan, Arnold (Hrsg.): The revolutions of 1989. A Handbook. ÖAW: Vienna, S. 312–353.

17 Felshtinsky, Yuri/Stanchev, Michael: Blowing Up Ukraine: The Return of Russian Terror and the Threat of World War III. London: Gibson Square 2022, S. 13–18.

Putin, Wladimir: Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy, Kremlin, 10. Februar 2007, <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/24034>, 24.11.2022.

Rankin, Jennifer: „Ex-NATO head says Putin wanted to join alliance early on in his rule“, The Guardian, 4. November 2021, <https://www.theguardian.com/world/2021/nov/04/ex-nato-head-says-putin-wanted-to-join-alliance-early-on-in-his-rule>, 12.08.2022.

Sarotte, Mary Elise: The Collapse. The Accidental Opening of the Berlin Wall. Basic Books: Oxford 2014.

Yuri Levada Analytical Center: Putin's Approval Rating. Indicators, <https://www.levada.ru/en/ratings/>, 12.08.2022.

Kapitel 2 Der Ukraine-Krieg als regionale Konfrontation

Jakob Wölkenstein

Abstract: Bis heute suggeriert mancher Kommentar, wie etwa der „Friedensplan“ von Elon Musk, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine könne als ein lokales Phänomen betrachtet werden. Doch die Annahme, es handele sich schlicht um einen Streit zweier Ex-Sowjetrepubliken um überschaubare Territorien, verkennt den Charakter dieser Konfrontation in Ursprung und Ausmaß. Vielmehr bildet die Invasion den Höhepunkt einer seit längerem schwelenden regionalen Konfrontation mit globalen Auswirkungen. Die Suche nach adäquaten Antworten durch Politik und Gesellschaft muss diese Dimension klar zur Kenntnis nehmen und anerkennen, zu welchem System sich Russland unter Putins Führung entwickelt hat. Die „Zeitenwende“ erfordert ein breites Umdenken, an dessen Ende eine resiliente Gesellschaft sowie europäische Wirtschafts-, Energie- und Verteidigungspolitik stehen sollte, die eine langfristige Strategie für Frieden und Sicherheit in (Ost-)Europa definiert. Dazu gehört neben der Integration der Ukraine eine Vision für ein demokratisches, friedliebendes Russland.

Schlüsselwörter: russisch-ukrainischer Krieg, Imperialismus, Revanchismus, Budapester Memorandum, Vielvölkerstaat Sowjetunion, Europäische Sicherheitsordnung, NATO, Baltische Staaten, Ostmitteleuropa, „eingefrorener Konflikt“, Nichtverbreitung von Atomwaffen, Annexion, *RosGosismus*, Putinismus, *Rashism*

1. Einleitung

Dass an der Frontlinie in der Ukraine nicht nur Waffen und Soldaten „aufeinanderprallen“, sondern auch konträre Weltbilder und Wahrnehmungen der Wirklichkeit, wird jedem deutlich, der sich eine der großen Reden Wladimir Putins des Jahres 2022 zu Gemüte führt. Seiner Darstellung –

und vermutlich Überzeugung¹ – nach befindet sich Russland (seit Jahrhunderten) in einem (Abwehr-)Kampf gegen einen „aggressiven Westen“ und steht an der Spitze der „freien Völker der Welt“, die sich nicht dem „angelsächsischen Joch“ unterwerfen wollen. Die Mittel- und Osteuropäer hingegen sehen sich einem russischen Imperialismus gegenüber, der in den letzten 400 Jahren zwar „wiederholt Form und Farbe gewechselt“ hat, aber im Kern derselbe bleibe. Auch wenn man nicht so weit gehen muss, einen roten Faden „von den Mongolen bis Putin“ zu spannen, ist doch Russlands demokratischer Neustart als friedliches Nachbarland nach 1991 in albatraumartiger Manier gescheitert. Auch die deutsche und europäische Politik im Umgang mit Russland, selbst angesichts schwerer Völkerrechtsbrüche „den Gesprächsfaden nicht abreißen“ zu lassen und immer wieder „Brücken des Dialogs“ bauen zu wollen, liegen damit in brennenden Trümmern. Der 24. Februar schien für viele nicht vorstellbar – und fiel doch nicht vom Himmel. Seine Wurzeln und Vorläufer waren vielfältig und wirken spätestens im Rückblick stringent. Das Bild, das sich zeigt, ist weniger ein Ringen um die Kontrolle von Territorien als vielmehr die Zuspitzung einer lange schwelenden Konfrontation zwischen Systemen, Werten und Prinzipien der politischen Ordnung. Seine regionale² Dimension begann in den frühen 1990ern und spitzt sich heute zu in der akuten Bedrohungsperzeption der östlichen EU-Länder und Staaten der Östlichen Partnerschaft aber auch der (militärisch entscheidenden) Ausnutzung belarussischen Territoriums und Infrastruktur durch Russland.³

Zudem hat der russisch-ukrainische Krieg eine globale Komponente – nicht nur angesichts des weltweit ausgetragenen Kampfs um die Deutungshoheit. Er ist ebenso seit Tag eins eine entscheidende Zerreißprobe für die weltweite Nichtverbreitung von Atomwaffen.⁴ Es ist daher auch in vitalem Eigeninteresse des Westens, dass die angegriffene Ukraine ihn zu ihren

1 Da eine präzise Differenzierung wo die Grenze zwischen dem verläuft, was er tatsächlich glaubt und wo gezielte Lügen-Propaganda beginnt, kaum mit Sicherheit vorgenommen werden kann, muss angenommen werden, dass Putin selbst an seine Narrative glaubt.

2 Der Begriff „regional“ ist hier nicht gemeint als „lokal begrenzt“, sondern bezogen auf die weitere Region Mittel- und Osteuropa.

3 Sie drückt sich auch aus im NATO-Beitrittsprozess für Schweden und Finnland sowie den EU-Kandidatenstatus der Ukraine und der Republik Moldau und die verstärkte Militärpräsenz der Bündnispartner von Estland bis Rumänien.

4 Putin hatte bei Kriegsbeginn indirekt allen mit nuklearer Vernichtung gedroht, die die Ukraine unterstützen. Dabei hatte Russland im Budapest Memorandum 1994 der Ukraine, Kasachstan und Belarus territoriale Integrität im Tausch gegen ihre Atomwaffen zugesichert.

Gunsten entscheidet und ein stabiler Frieden in Europa folgt. Dies beginnt mit der Analyse der Ursachen der momentanen Konfrontation.

2. Kontinuitäten

Der Ostblock und der Vielvölkerstaat Sowjetunion (UdSSR), der nach der minderheitenfreundlichen *Korenisazija*-Politik der 1920er Jahre eine sprachliche *Russifizierung* und Auflösung der nationalen Identitäten verfolgt hatte, zerbrachen neben unlösbaren Wirtschaftsproblemen vor allem am Streben der Menschen nach Freiheit und nationaler Eigenständigkeit. Während dieser Übergang in den meisten Ländern Ostmitteleuropas so gut wie gewaltfrei verlief und sich Russland selbst als Russische Föderation neuformierte – der Anteil ethnischer Russen lag nun im Vergleich zur Sowjetunion bei 80 Prozent statt 50 Prozent – blieb das Land doch seinem Wesen und Mentalität nach ein (Rumpf-)Imperium. In den zwei Tschetschenien-Kriegen (1994–1996 und 1999–2000 bzw. offiziell 2009) zeigte sich Moskau hart entschlossen, jedweden weiteren Zerfall zu unterbinden.⁵ Im Rückblick erscheint es nahezu als paradigmatisches Fanal, dass es gerade jener zweite Tschetschenienkrieg war, der den Ex-KGB-Mann Putin an die Macht brachte. Das Prinzip territorialer Integrität galt aus Kremlsicht jedoch von Beginn an nicht für andere – als Transnistrien sich 1992 von der Moldau abgespaltete, leistete Russland Waffenhilfe und es entstand der erste „eingefrorene Konflikt“ im postsowjetischen Raum. Während die zeitgleich eskalierende Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidschan um Bergkarabach komplexe historische Ursachen hat, verstand es Russland doch, sich auch hier durch militärische und ökonomische Unterstützung Einfluss auf beide Seiten und die Region zu sichern.

Aufgrund ihrer historischen Erfahrung und politischen Ausrichtung strebten fast alle der russischen Kontrolle entkommenen Staaten in die NATO. Dass sich dieser Prozess in Mittelosteuropa jedoch in mehreren Etappen über etwa 15 Jahre hinzog und zentralen Staaten wie der Ukraine

5 1991 hatte die Kaukasus-Republik unter Dudajew ihre Unabhängigkeit von Russland ausgerufen, und Moskau begründete den Militäreinsatz mit der Notwendigkeit, die staatliche Integrität der RF zu bewahren. In dieser sehr brutalen Konfrontation machten sich beide Seiten schwerer Kriegsverbrechen schuldig, die russische Seite jedoch in deutlich höherem Ausmaß. Siehe Fradkin, Wladimir: „К чему привела вторая чеченская война“ [Was der zweite Tschetschenienkrieg bewirkt hat], Deutsche Welle, 6. August 2002.

und Georgien der Beitritt verwehrt blieb, führt die heute in Russland vertretene These ad absurdum, der Westen habe das Momentum russischer Schwäche genutzt, um sich ein Maximum von „dessen“ Einflussosphäre anzueignen. Hingegen monieren Experten, dass in den meisten westlichen Hauptstädten bis heute Osteuropapolitik durch die „Russlandbrille“ gesehen werde, Politikansätze wie die „Östliche Partnerschaft“ immer (zu) viel Wert auf die Befindlichkeiten Moskaus legten und kaum differenzierte Länderstrategien formuliert wurden, etwa für den langfristigen Umgang mit der Ukraine. Gleichwohl marschierte Moskau im August 2008 – *nach* der NATO-Absage vom Bukarester Gipfel – in Georgien ein, um nicht nur die Provinzen Abchasien und Südossetien faktisch zu annektieren, sondern Signale an die USA und die NATO zu senden, die „Interessen Russlands zu achten“.⁶

Vor allem der Ukraine kam aus Moskauer Sicht jedoch eine besondere Bedeutung zu. Bereits im Oktober 1991 brach der sogenannte „Krieg der Präsidialerlasse“ zwischen Moskau und Kyjiw um die Zugehörigkeit der Schwarzmeerflotte der UdSSR aus. Erst 1997 konnten sich Leonid Kutschma und Boris Jelzin auf eine Teilung und den Verbleib des nun russischen Teils der Flotte in Sewastopol auf der ukrainischen Krim für 20 Jahre einigen. Im selben Jahr unterzeichneten beide auch den großen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit, der zuletzt 2008 um zehn Jahre verlängert wurde. Doch bereits damals dachten in Moskau viele eher abfällig über die Ukraine als unabhängigen Staat und formulierten Ansprüche auf mindestens die Krim wenn nicht das ganze Land.⁷ Die Debatte um die Zugehörigkeit der Insel Tuzla in der Straße von Kertsch brachte beide Länder 2003 bereits an den Rand einer bewaffneten Auseinandersetzung und für die Anerkennung der Zugehörigkeit zur Ukraine forderte der Kreml deren Beitritt zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum.⁸ Um politi-

6 So die Worte von Präsident Medwedew, siehe Regnum: Медведев назвал принуждение Грузии к миру сигналом для США [Medwedew nennt Georgiens Friedenserzwingung ein Signal an die USA], 8 August 2022.

7 Jelzin selbst war nach Erinnerung eines ukrainischen Diplomaten überzeugt, dass die Ukraine sich Russland wieder anschließen würde, und zur Not Energiepreise als Druckmittel eingesetzt würden, siehe Kyrylenko, Aleksandr: „В СССР был встроен ‘ген смерти’, он встроен и в путинскую РФ: интервью с Юрием Щербаком“ [Das ‚Todes-Gen‘ war in der UdSSR eingebaut und ist auch in Putins Russland eingebaut], Ukraine Segodnya, 23. August 2018.

8 Kondratowa, Walerija: „До войны за Тузлу была пара сотен метров“. Кучма назвал самый сложный момент за каденцию“ [„Es war ein paar hundert Meter vor dem Krieg über Tuzla“. Kutschma nennt härtesten Moment seiner Amtszeit], Liga Novini, 24. August 2020.

sche Zugeständnisse seiner Nachbarn zu erzielen nutzte Russland schon in diesen Jahren gern die Abhängigkeit in den Energiebeziehungen. Besonders trafen die sogenannten „Gaskriege“ Kyjiws prowestliche Regierung unter Wiktor Juschtschenko in den Jahren 2006 und 2009.⁹ Doch selbst Belarus' russlandtreuer Präsident Aljaksandr Lukaschenka bekam dieses „Instrument“ 2004 zu spüren, als er mit Putin über die Modalitäten der Übernahme der belarussischen Transitsgaspipeline „Beltransgas“ durch Gazprom in Streit geriet.¹⁰

Die Wiedererrichtung seines regionalen Einflusses war nicht zuletzt ein zentrales Motiv für Moskau beim Aufbau der unterschiedlichen Integrations- und Kooperationsprojekte im postsowjetischen Bereich.¹¹ Zwar hatte das Zerschneiden des eng integrierten Wirtschaftsraums der UdSSR durchaus die ökonomischen Turbulenzen verstärkt und regionale Integrationsprojekte haben große Potenziale, Vorteile an Mobilität und Wohlstand für die Bürger zu bringen. Doch bestand in diesem Fall ein signifikantes Ungleichgewicht zwischen Russland und allen anderen, erheblich kleineren Staaten. Nicht nur klagten diese regelmäßig über empfundene Ungerechtigkeiten und Ausnutzung der russischen Machtposition. Auch machte Russland selbst in offiziellen Dokumenten kaum einen Hehl daraus, dass es die Projekte als Einflussinstrumente verstand.¹² Folgerichtig übte der Kreml erheblichen Druck aus, als die Ukraine Ende 2013 das EU-Assoziierungsabkommen unterzeichnen wollte – dies hätte deren Integration in russisch-dominierte Strukturen erheblich erschwert. Für die Ukrainerinnen und Ukrainer verband sich die EU-Assoziation jedoch in entscheidender Weise mit einer Perspektive, auch in ihrem durch Korruption geplagten Land Rechtsstaat und Transparenz durchzusetzen – was ihnen in einer Anbindung an Russland, angesichts der dort grassierenden Kleptokratie, Nepotismus und Vetternwirtschaft, unmöglich schien.

9 Vgl. Cohen, Ariel: „Russia's gas war“, Washington Times, 13. Januar 2009; Vesper, Reinhard: „Russlands Gaswaffe“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Januar 2009.

10 Vgl. Rippert, Sébastien: Die energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland 2000–2007, Forum Junge Politikwissenschaft Bd.16. Bouvier: Bonn 2009.

11 Die GUS, der Unionsstaat, die EaWU und die OVKS.

12 Friedrich Ebert Stiftung: Compass 2020. Україна у міжнародних відносинах Цілі, інструменти, перспективи. Україна – Росія: сценарії розвитку відносин до 2020 року [Die Ukraine in den internationalen Beziehungen. Ziele, Instrumente, Perspektiven. Ukraine – Russland: Szenarien für die Entwicklung der Beziehungen bis 2020], S. 4.

Es folgten der Maidan, die Krim-Annexion und die „erste heiße Phase“ des Krieges in der Ostukraine bis 2015, die zur Abspaltung und schleichen- den De-facto-Annexion der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk führ- te. Putin, dessen Zustimmungswerte daheim in die Höhe schossen, hatte nicht nur mehrere internationale Abkommen gebrochen, einschließlich des für die atomare Nichtverbreitung entscheidenden Budapester Memo- randums, sondern pervertierte zugleich demokratische Verfahren und Kernprinzipien der Vereinten Nationen. Mit dem „Selbstbestimmungs- recht der Völker“, ausgedrückt in einem *Gunpoint*-Referendum, begründe- te er den Landraub der Krim und bediente sich wahlweise offener Lügen oder dem „nas tam njet“¹³-Prinzip der plausiblen Abstreitbarkeit. Diese Farce praktisch hinzunehmen war ein wohl notwendiges diplomatisches Übel für Kyjiw und den Westen, um der Ukraine über die Minsker Ab- kommen eine militärische und politische Atempause zu verschaffen.¹⁴ Zu- gleich zog Putin aus diesem Signal der Schwäche offensichtlich die Lekti- on, dass er mit diesen „Methoden“ durchkam. Gleichzeitig wurde erkenn- bar, auf welchen Kurs er sein Land gesetzt hatte.

3. Russlands Weg in den ideologiegetriebenen Autoritarismus

Unter dem Eindruck der Politik Gorbatschows waren die Hoffnungen noch groß, dass auch Russland sich im Inneren zu einem demokratischen Rechtsstaat mit lebendiger Zivilgesellschaft entwickeln würde. Kritik aus dem Westen blieb daher verhalten, als Präsident Jelzin Ende 1993 per Verfassung das Konzept einer „gesteuerten Demokratie“ etablierte, die dem Staatspräsidenten eine große Machtfülle einräumte. Unter Putin, der antrat, das „Chaos“ der 1990er Jahre zu beenden, erfolgte eine weitere Konzentration der Macht in den Händen des Staates. Doch seine von vie- len Russen bis heute gelobte „Stabilität“ wurde begleitet durch politische

13 Zu Deutsch wörtlich „wir sind gar nicht da“. Vgl. Zerkalo (2022): „На смену ‚нас там нет‘ пришло официальное ‚мы все-таки здесь‘“. Зеленский вновь выступил с обращением к украинцам Читать полностью [„Das ‚wir sind nicht da‘ ist durch das offizielle ‚wir sind doch da‘ ersetzt worden“. Selenskyj richtete erneut einen Appell an die Ukrainer], 22. Februar 2022.

14 Damit erfuhr Putin zwar die Genugtuung, auf Augenhöhe über Krieg und Frie- den in Europa zu verhandeln, doch die ukrainische Armee drohte unter der Offensive zusammenzubrechen. Das defizitäre Abkommen, das die blutige „Kon- taktlinie“ verfestigte, ermöglichte es der Ukraine jedoch, Reformen anzugehen und ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern.

Verhaftungen, Einschüchterung der Opposition und einen Einbruch an Freiheitsrechten¹⁵ bis hin zu Morden an kritischen Journalisten.¹⁶ Unter dem Eindruck der sogenannten „Farbrevolutionen“ in der Ukraine und Georgien, wo die Bürger erfolgreich gegen Korruption und Wahlfälschung aufbegehrten, entwickelten Putins Polittechnologen 2005 das Jelzin-Modell weiter zur „souveränen Demokratie“.¹⁷ Was offiziell dem Ziel dienen sollte, die Staatsmacht durch die Beschränkung der demokratischen Prinzipien „im Interesse der russischen Nation in ihrer ganzen Vielfaltigkeit“ abzusichern, begünstigte in Worten des Ex-Premiers Michail Kassjanow vielmehr einen „Siegeszug des Populismus, die fortschreitende Zerstörung öffentlicher und staatlicher Institutionen, die Abkehr von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft“.¹⁸ Gleichzeitig konsolidierte Putin den Einfluss der alten KGB-Eliten und in seinem Umfeld entstanden neue oligarchische Strukturen.¹⁹ Die Macht der Geheimdienste und der Reichtum der Oligarchen wuchsen so sehr, dass Kritiker das System Putin insgesamt als „Mafia-Staat“ bezeichnen.²⁰ Dass Wahlen von einem Instrument des Machttransfers zu einem Ritual der Bestätigung der etablierten Herrschaftsstruktur geworden waren, zeigte spätestens die „Bolotnaja-Revolution“. Die Proteste gegen die gefälschten Duma-Wahlen im November 2011 und Putins Rückkehr als Präsident im März 2012 wurden durch Polizeikräfte unterdrückt. Später sollte sich Putin mit der Verfassungsreform von 2020 eine Machtperspektive bis 2036 sowie Immunität auf Lebenszeit sichern und den Zugang zum Präsidentenamt für potenzielle Gegner weiter begrenzen.

Inhaltlich war Putin in seinen frühen Jahren noch als Pragmatiker aufgetreten und auch Dmitri Medwedew erschien als „liberaler“ Präsident. Doch eine selbstkritische Aufarbeitung der sowjetischen Gewaltgeschichte und eine Politik der Aussöhnung mit den Nachbarstaaten fand in Russland nach 1991 nur in Ansätzen statt, meist beschränkt auf Aktivitäten

15 2004 war Russland erstmals in der Kategorie „Nicht freie Länder“ im Freedom House Report, Freedom House 2005.

16 Ifex: New report: Stifling free speech in Russia, 2012–2018, 10. Oktober 2018.

17 Surkow, Wladislaw: Суверенитет – это политический синоним конкурентоспособности [Souveränität – ist ein politisches Synonym für Wettbewerbsfähigkeit], Jedinaja Rossija – offizielle Website der Partei, 22. Juni 2006.

18 Kassjanow, Michail: „Империя свободы“ [Reich der Freiheit], Kommersant, 29. August 2006.

19 Giles, Keir: Moscow Rules. What Drives Russia to Confront the West. Chatham House: London 2019.

20 Nevzlin, Leonid: The Result of 20 Years of Putin: Russia as a Mafia State, Institute of Modern Russia, 24. Januar 2020.

der Zivilgesellschaft und wurde spätestens seit 2010 staatlicherseits immer stärker zurückgedrängt. Stattdessen wurden die offizielle Politik und Rhetorik immer stärker durchzogen von Elementen einer revanchistischen Ideologie.

Während der Kommunismus jedoch auf einem fest umrissenen Weltbild basierte, ist die Ideologie in Putins Russland vielmehr ein Mosaik verschiedener Bausteine, das aus teils sehr widersprüchlichen Quellen und Epochen schöpft.²¹ Im Kern rekurriert Putin auf die „Demütigung der russischen Nation“ durch den „dekadenten, niederträchtigen, doppelzüngigen“ Westen und dessen „Verrat“ durch die NATO-Osterweiterung. Sich selbst inszeniert er als großen Gegenspieler des Westens und Hüter nationaler und konservativer Werte. Diese Rhetorik als Volkstribun der Unterdrückten und Gedemütigten richtet sich sowohl an ein heimisches Publikum als auch Zielgruppen weltweit und steht in bemerkenswertem Widerspruch zu den Realitäten in und um Russland. Manche Beobachter beschreiben Putins Russland als faschistisch aufgrund der exzessiven Glorifizierung von Stärke, Gewalt und Siegeskult, wachsender Personenverehrung Putins und der Vorstellung eines einzigartigen russischen „Sonderwegs“.²² Doch weist der historische Faschismus, mindestens im Bereich der Innenpolitik, auch gewichtige Unterschiede auf.²³ In der Forschung kursieren daher auch Termini wie *Putinismus* und *Rashism* und die Suche nach einer passenden Betitelung hält an.²⁴ Unter Ausblendung „ausschmückender“ (und oft austauschbarer) Elemente steht im Kern dieses Weltbilds jedoch der unbedingte Herrschaftsanspruch der russischen Staatsmacht über Menschen und Völker in dem beanspruchten Territorium und die Einforderung eines exklusiven Einflussbereichs²⁵ bei den Nachbarstaaten.²⁶ Als eine passende Bezeichnung, die bislang nicht in

21 Es finden sich darin Elemente von Zarismus, Orthodoxie, Sowjetnostalgie, aber auch des Anti-Sowjetismus und neue Symbole wie das „Z“.

22 Eine These, die etwa Starhistoriker Timothy Snyder vertritt (siehe Madan: „Timothy Snyder. Russian reincarnation of fascism“, 27. Mai 2022).

23 Das heutige Russland will keinen „neuen Menschen“ schaffen, orientiert sich obsessiv an der Vergangenheit statt der Zukunft und verzichtet auf soziale Massenmobilisierung – scheut sie gar. Auch gilt der Krieg nicht den Ukrainern als „Rasse“, sondern als Kulturation.

24 Laqueur, Walter: *Putinismus: Wohin treibt Russland?* Propyläen Verlag: Berlin 2015.

25 Putin markiert diesen mit seiner Forderung des Rückzugs der NATO auf den Stand von 1997.

26 Dies spiegelt sich in der ersten Zeile der russischen Hymne („heilige Staatsmacht“), der ständigen Betonung der „staatlichen Souveränität“ durch die Polit-

den wissenschaftlichen Diskurs eingeführt wurde, erschien daher der Begriff „RosGos-ismus“, also eine an die russische Sprachpraxis angelehnte Zusammenfügung der Initialsilben für „Russischer Staat“ (*Росси́йское сою́здательство*) und dem Suffix -ismus, das die Verabsolutierung desselben unterstreicht.

Ein auffälliger Widerspruch tritt zutage, wenn Russland einerseits in neoimperialer Manier nach seinen Nachbarn ausgreift und trotz Putins Heimholungsrhetorik²⁷ einen Herrschaftsanspruch über nicht-russische Territorien anmeldet, während gleichzeitig eine zunehmende Verengung des historisch multinationalen Russlands auf ein (ethno-)nationales Selbstverständnis zu beobachten ist.²⁸ Russland verzichtet damit auf potenzielle *Soft Power* und bindet andere Länder am ehesten auf dem Weg der *Hard Power* an sich, etwa durch Abhängigkeiten bei Rohstoffen, Energie, Waffenlieferungen oder Unterstützung anderer Regimes durch Militär und Söldnertruppen. Die Propaganda in weit verzweigten Netzwerken aus offen kremlnahen Medien bis hin zu massenhaften vorgeblich neutralen, aber aus Russland gesteuerten Webseiten, Botnets und Social Media Accounts streut zumeist eine Mischung aus Halbwahrheiten, Fake News und Ressentiments, die oft weniger den Anspruch erhebt, Russland schön zu zeichnen, als vielmehr den Westen als ein im Verfall begriffenes Babylon²⁹ zu porträtieren und die Glaubwürdigkeit westlicher Institutionen zu untergraben. Wie ideologisch beliebig und rein destruktiv diese Politik

Elite und der Einstellung vieler Russen, den Staat, auch aufgrund einer „existential anxiety“, absolut zu setzen.

- 27 Besonders tritt dies zutage in Aussagen über Peter den Großen oder den „grammatischen“ Beitrag über die „historische Einheit von Russen und Ukrainern“, siehe dazu Putin, Wladimir: Об историческом единстве русских и украинцев [Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern], Kreml, 12. Juli 2021.
- 28 In der Verfassungsreform 2020 wurden erstmals die Russen als staatsbegründendes Volk festgehalten und statt Russisch als internationale Verkehrssprache zu fördern, werden Russischsprachige in den Nachbarländern pauschalisierend der Schutzmacht Moskau zugeordnet. Auch den 9. Mai, klassisch ein verbindender „Gedenktag des Sieges“ in vielen postsowjetischen Ländern, definiert der Kreml verstärkt als „russisches“ Ereignis und durch die deutliche Unterstützung der imperialistischen Putin-Politik durch Patriarch Kirill verliert auch die Russisch-Orthodoxen Kirche außerhalb Russlands signifikant und wohl auf absehbare Zeit irreversibel an Vertrauen und Mitgliedern.
- 29 Dies geschieht mitunter sogar in religiösem Duktus, wenn etwa Ramsan Kadyrow vom Dschihad spricht oder Patriarch Kirill im Westen die Verkörperung des Antichristen sieht.

jedoch sein kann, verdeutlicht die Förderung von wahlweise extrem linken oder extrem rechten Anti-Systemparteien in Ländern über den Globus.³⁰

Wie viele Menschen in Russland diesen Ideen bis zu welchem Grad anhängen und den Krieg in der Ukraine in der Form, wie er tatsächlich stattfindet (nicht die Fernseh-Variante), unterstützen, ist schwer festzustellen. Unter dem Eindruck massiver Propaganda und einem Klima der Angst, sind offizielle Umfragewerte von 80 Prozent mit Vorsicht zu genießen. Doch es ist davon auszugehen, dass eine Mehrheit der Russen den chauvinistischen Kurs grundsätzlich gutheißt – von einem alleinigen „Krieg Putins“ kann jedenfalls keine Rede sein und diese Mentalität wird nicht über Nacht zu ändern sein.

4. Lektionen für den Westen

Ein zentraler Fehler deutscher und europäischer Politik bestand darin, all diese Punkte – Russlands immer aggressiveres Auftreten sowie den Umbau des Staates Richtung Diktatur mit revanchistischer Ideologie – nicht früh genug verbunden und entsprechende Schlüsse daraus gezogen zu haben.³¹ Putins Worte und Taten wurden nicht ausreichend ernst genommen, vom Zerfall der UdSSR als „größte politische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ (2005) bis hin zu seiner historischen Abhandlung über die vorgebliche Nichtexistenz der Ukraine.

Die Reaktionen auf den Georgienkrieg, die Besetzung von Krim und Ostukraine, die Niederschlagung der Proteste von Belarus gefolgt von einer „*creeping annexation*“, die blutige OVKS-Intervention in Kasachstan, aber auch Anschläge auf Personen und kritische digitale Infrastruktur in westlichen Staaten bis hin zu regelmäßigen Luftraumverletzungen der NATO blieben fast immer nur punktuell, halbherzig und die Signale ambivalent. Westlichen Staaten gelang es nicht einmal, nachdrücklich gegen Oligarchen an der Côte d’Azur oder der City of London vorzugehen.³² Der Mangel aus Konsequenz und Entschlossenheit hatte verschiedene Gründe, sei es, dass günstige Energiekosten doch schwerer wogen als Menschenrechte, sei es aus ideologischer Nähe von Parteien, dem nivellierenden Hinweis, der Westen habe ja auch Fehler gemacht oder der Überzeugung,

30 Siehe dazu etwa die umfassenden Studien von iSANS (isans.org).

31 Mahnende Stimmen gab es – etwa aus Polen und den Baltischen Staaten aber auch in Deutschland.

32 Belton, Catherine: *Putin’s People. How the KGB Took Back Russia and Then Took On the West*. Farrar, Straus and Giroux: New York 2020.

Russland könne aufgrund „historischer Verantwortung“ oder seines Nukleararsenals doch „nicht ignoriert werden“. Auch der persönliche Ehrgeiz einzelner Politiker mag eine Rolle gespielt haben, den „Neustart“ meistern zu wollen.³³ In Summe konnte der Kremlherr jedenfalls den Eindruck gewinnen, er müsse nur abwarten und der Westen würde angesichts von Gewöhnungseffekten sein Vorgehen de facto hinnehmen und von sich aus wieder auf ihn zukommen. Ohnehin war die Kosten-Nutzen-Rechnung nach der Krimannexion für ihn innenpolitisch angesichts sensationeller Umfragewerte trotz der westlichen Sanktionen aufgegangen. Das wohl verheerendste Signal in dieser Richtung war der Start von Nord Stream 2 nach der Annexion der Krim.

Nun gilt das deutsche Leitbild vom „Wandel durch Handel“ inzwischen zwar weithin als gescheitert. Doch den Schluss zu ziehen, man hätte Russland von vornherein isolieren sollen, überzeugt wenig – genau das wirft Putin dem Westen ja fälschlicherweise vor. Eine friedliche Annäherung zu versuchen, war richtig, doch sind im Nachhinein drei entscheidende konzeptionelle Schwächen erkennbar. Erstens versäumten es westliche Länder, allen voran Deutschland, ausreichend eigene alternative Versorgungswege bei der Energieinfrastruktur zu erschließen. Die baltischen Länder zeigten 2014 die Alternative: Indem sie mobile *LNG-Terminals* beschafften, eröffneten sie sich die versorgungstechnische Hintertür. Das Gas, das sie dennoch weiter aus Russland bezogen, war fortan deutlich günstiger und 2022 konnte Litauen als erstes Land der EU die Importe auf null senken. Auch bei der Stromversorgung setzten die Balten auf Diversifizierung und schufen über Verbindungen nach Schweden (Unterseekabel *NordBalt*) und Polen (*LitPol Link*) die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Synchronisierung mit dem kontinentalen europäischen Stromnetz.³⁴ Auch andere mittelosteuropäische Länder, wie Rumänien, verstehen die Diversifizierung ihrer Energiequellen seit langem als Frage der nationalen Sicherheit.

33 Dieser Ansatz zu glauben, die Beziehungen mit Russland könnten „unter Männern“, die den richtigen Ton treffen, neu geordnet werden, war zumeist eine Mischung aus gutem Willen und einer gehörigen Portion naiver Überheblichkeit, sowohl gegenüber anderen westlichen Politikern als auch Putin selbst – als sei dieser ein kleiner Junge, dessen Außenpolitik grundsätzlich von situativen Emotionen abhängt. So Obama nach dem Georgienkrieg, aber auch die französischen Präsidenten Sarkozy, Hollande, Macron, von Orban ganz zu schweigen.

34 Diese steht kurz bevor, ist noch nicht erfolgt, noch sind die Baltischen Länder im sogenannten BRELL Ring mit Russland synchronisiert.

Zweitens war die wirtschaftliche Zusammenarbeit russischerseits stark dominiert durch große Staatsunternehmen, vor allem aus dem Energie- und Rohstoffbereich. Ein „Wandel durch Handel“ wäre zu erwarten bei einer dichten Zusammenarbeit im Bereich kleiner und mittelständischer Unternehmen, wo tatsächlich ein unternehmerischer Erfahrungsaustausch stattfinden kann. Nicht jedoch bei Wirtschaftsfeldern, die wenig Eigenverantwortung fördern und tendenziell sogar oligarchische Strukturen begünstigen. Und drittens unterschätzte der Westen mit Blick auf die beschworene Interdependenz, die ja in der Tat auch für die russische Volkswirtschaft eine hohe Abhängigkeit vom Handel mit dem Westen bedeutete, Putins Bereitschaft, all dies dem Ziel der Unterwerfung der Ukraine unterzuordnen und die Kosten auf die Bevölkerung abzuwälzen.

Dabei ist anzunehmen, dass Putin nicht mit diesem hohen Preis gerechnet hatte, sondern davon ausgegangen war, leichtes Spiel zu haben. Denn tatsächlich war es nicht nur in Deutschland nach 1990 zu einem Rückgang der Osteuropaexpertise gekommen, sondern auch die russische Seite hatte sich zuletzt immer stärker im eigenen Narrativ verstrickt und Experten mit „Westkontakten“ im Inneren marginalisiert. So gelten Mythen wie der „Betrug Russlands“ mit Blick auf eine aggressive NATO-Osterweiterung als unumstößliche Wahrheiten. Dass auch hier das Gegenteil der Fall ist, zeigt etwa, dass der Ukraine 2008 ja gerade auch aus Rücksicht auf Russland der gewünschte Beitritt verwehrt wurde.³⁵ Deutschland wird dies heute von den Partnern zum Vorwurf gemacht. Wenngleich die Argumente überzeugen, die Ukraine sei damals weder technisch noch innenpolitisch reif für den Beitritt gewesen und Russland hätte, allein aufgrund seines Krim-Stützpunkts, nur schon früher militärisch interveniert, so hat doch Europa und wiederum allen voran Deutschland zu wenig getan, eigene militärische Stärke zu erhalten und die Ukraine nach 2014 zu ertüchtigen.³⁶

35 Selbst mit Blick auf den EU-Beitritt taten sich viele Politiker lange, diese in den EU-Verträgen für alle Länder Europas festgeschriebene Perspektive bezüglich der Ukraine auf die Tagesordnung zu setzen.

36 So etwa dargelegt von Altkanzlerin Merkel, siehe BBC: „Меркель о Путине: „Украина не была готова войти в НАТО, но мы смогли выиграть время“, [Merkel über Putin: „Die Ukraine war nicht bereit, der NATO beizutreten, aber wir haben es geschafft, Zeit zu gewinnen“], 8. Juni 2022.

5. Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in der massiven Eskalation des Russischen Angriffskriegs auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 eine Konfrontation kulminiert, die deutlich über das Gebiet der Kampfhandlungen hinausgeht. Nach dem Scheitern des erhofften Blitzkriegs sprechen der Kreml und russische Staatsmedien immer öfter vom großen Kampf Russlands gegen den „dekadenten, heuchlerischen“ Westen unter der Führung der USA und stellen sich rhetorisch an die Spitze des Ringens um eine neue Weltordnung. Hier zeigt sich, dass nicht nur Armeen aufeinanderprallen, sondern politische Systeme, Ordnungen, Werte und Rechtsprinzipien. Die regionalen Folgen in Ost- und Mitteleuropa reichen vom NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands über die militärische Stärkung der NATO-Ostflanke bis hin zum geopolitisch angespornten EU-Beitrittswillen der Ukraine, Moldaus und Georgiens. Gleichzeitig sind globale Auswirkungen unübersehbar, wie etwa drohende Hungerkatastrophen durch ausfallende Ernten und Getreideexporte. Ein zentraler Fehler deutscher und europäischer Politik war es, die Signale und Fehlentwicklungen in Russlands aggressiver Außenpolitik und dem inneren Umbau zur Diktatur mit revanchistischer Ideologie über viele Jahre nicht konsequent ernst zu nehmen und politische Schlüsse daraus zu ziehen – im Umgang mit Russland und für die eigene Resilienz und Sicherheit. Stimmen Ostmitteleuropas, die als Warner auftraten, wurden zu oft belächelt und ihre Sorgen mit dem Verweis auf historische Traumata abgetan.

Aus all dem folgt, dass die „Zeitenwende“ nicht nur eine Verbesserung der Energieinfrastruktur, Diversifizierung der wirtschaftlichen Partnerschaften und militärische Nachrüstung erfordert, sondern damit auch ein Mentalitätswandel verbunden sein muss. Angesichts dessen, dass sich das politische Gewicht in Europa absehbar nach Osten verschiebt, müssen Deutschland und die EU ihre Russland- und Osteuropaexpertise weiter ausbauen und vernetzen. Dabei gilt es, die wertvolle Erfahrung der östlichen EU-Partner und dortige *best-practice* Beispiele, auch etwa beim Umgang mit Fake News und Cybersicherheit, stärker als bisher einzubeziehen. Das Bewusstsein in Politik und Bevölkerung muss geschärft werden, mit welchem Russland wir es zu tun haben, welche Ziele es aus welchen Motiven verfolgt und wie tief diese in der russischen Gesellschaft und den Eliten, auch jenseits von Putin, verwurzelt sind. Dies dient einerseits dem Ziel, kurzfristig die Resilienz in der Bevölkerung und zentralen Politikbereichen zu schärfen, Rückschläge und eigene Entbehrungen auszuhalten und die Ukraine im Abwehrkampf mit allen verfügbaren Mitteln unterstützen zu können. Andererseits wird dies nötig sein, um auch lang-

fristig den nötigen Fokus zu erhalten und gegenüber Russland kohärent zu agieren. Denn wenn auf den Krieg ein stabiler Frieden in Europa folgen soll, wird nicht nur die Ukraine wiederaufgebaut und europäisch integriert werden, sondern sich auch Russland tiefgreifend ändern müssen. Doch selbst im optimistischsten Szenario, wenn Russland tatsächlich zu einem Neuanfang bereit ist, wird es eines enormen Kraftakts über mehrere Generationen bedürfen, dem Land und der Gesellschaft zu helfen, sich als friedliches, stabiles und demokratisches Land in europäischer Nachbarschaft neu zu erfinden.³⁷

Literaturverzeichnis

- BBC: „Меркель о Путине: ‚Украина не была готова войти в НАТО, но мы смогли выиграть время‘“, [Merkel über Putin: ‚Die Ukraine war nicht bereit, der NATO beizutreten, aber wir haben es geschafft, Zeit zu gewinnen‘], 8. Juni 2022, <https://www.bbc.com/russian/news-61727760>, 10.10.2022.
- Belton, Catherine: Putin’s People. How the KGB Took Back Russia and Then Took On the West. Farrar, Straus and Giroux: New York 2020.
- Cohen, Ariel: „Russia’s gas war“, Washington Times, 13. Januar 2009, <http://www.washingtontimes.com/news/2009/jan/13/russias-gas-war/?page=all>, 18.09.2022.
- Edinaya Rossiya (2006): Суверенитет – это политический синоним конкурентоспособности [Souveränität – ist ein politisches Synonym für Wettbewerbsfähigkeit], <https://web.archive.org/web/20060418035317/http://www.edinros.ru/news.html?id=111148>, 14.10.2022.
- Fradkin, Wladimir: „К чему привела вторая чеченская война“ [Was der zweite Tschetschenienkrieg bewirkt hat], Deutsche Welle, 6. August 2002, <https://bit.ly/3rb3C5n>, 14.10.2022.
- Freedom House: Freedom in the World 2005. Civic Power and Electoral Politics, https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/75CE2198B0E92B49C1256FC800491066-Freedom_World_Civic_Power_Elect_Pol_Mar_2005.pdf, 14.10.2022.
- Friedrich Ebert Stiftung: Compass 2020. Україна у міжнародних відносинах Цілі, інструменти, перспективи. Україна – Росія: сценарії розвитку відносин до 2020 року [Die Ukraine in den internationalen Beziehungen. Ziele, Instrumente, Perspektiven. Ukraine – Russland: Szenarien für die Entwicklung der Beziehungen bis 2020], <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/ukraine/07748.pdf>, 14.10.2022.

37 Zu Ansätze, wie ein demokratisches Russland beim Aufbau unterstützt werden könnte siehe Kubilius, Andrius/Milov, Vladimir/Freudenstein, Roland/Guriey, Sergej: The EU’s Relations With a Future Democratic Russia. A Strategy, Martens Centre, Juli 2022.

- Giles, Keir: *Moscow Rules: What Drives Russia to Confront the West*. Chatham House: London 2019.
- Ifex: New report: Stifling free speech in Russia, 2012–2018, 10. Oktober 2018, <https://ifex.org/new-report-stifling-free-speech-in-russia-2012-2018/>, 14.10.2022.
- Kassjanow, Michail: „Империя свободы“ [Reich der Freiheit], *Kommersant*, 29. August 2006, <https://www.kommersant.ru/doc/700710>, 14.10.2022.
- Kondratowa, Walerija: „До войны за Тузлу была пара сотен метров“. Кучма назвал самый сложный момент за каденцию“ [„Es war ein paar hundert Meter vor dem Krieg über Tuzla“. Kutschma nennt härtesten Moment seiner Amtszeit], *Liga Novini*, 24. August 2020, <https://news.liga.net/politics/news/do-voyny-za-tuzlu-byla-para-soten-metrov-kuchma-nazval-samyj-slojnyj-moment-za-kade>ntsiyu, 10.10.2022.
- Kubilius, Andrius/Milov, Vladimir/Freudenstein, Roland/Guriev, Sergej: *The EU's Relations With a Future Democratic Russia. A Strategy*, Martens Centre, Juli 2022, <https://www.martenscentre.eu/wp-content/uploads/2022/07/Martens-Centre-Policy-Brief.pdf>, 13.10.2022.
- Kyrylenko, Aleksandr: „В СССР был встроен ‘ген смерти’, он встроен и в путинскую РФ“: интервью с Юрием Щербаком [Das ‚Todes-Gen‘ war in der UdSSR eingebaut und ist auch in Putins Russland eingebaut], *Ukraine Segodnya*, 23. August 2018, <https://ukraine.segodnya.ua/ukraine/v-sssr-byi-vstroen-gen-smerti-on-vstroen-i-v-putinskuyu-rf-intervyu-s-yuriem-shcherbakom-1164922.html>, 14.10.2022.
- Laqueur, Walter: *Putinismus: Wohin treibt Russland?*. Propyläen Verlag: Berlin 2015.
- Madan: „Timothy Snyder. Russian reincarnation of fascism“, 27. Mai 2022, <http://madan.org.il/en/news/timothy-snyder-russian-reincarnation-fascism>, 14.10.2022.
- Nevzlin, Leonid: *The Result of 20 Years of Putin: Russia as a Mafia State*, Institute of Modern Russia, 24. Januar 2020, <https://imrussia.org/en/opinions/3067-the-result-of-20-years-of-putin-russia-as-a-mafia-state>, 14.10.2022.
- Putin, Wladimir: Об историческом единстве русских и украинцев [Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern], *Kreml*, 12. Juli 2021, <http://kremlin.ru/events/president/news/66181>, 14.10.2022.
- Regnum: Медведев назвал принуждение Грузии к миру сигналом для США [Medwedew nennt Georgiens Friedenserzwingung ein Signal an die USA], 8 August 2022, <https://regnum.ru/news/polit/3663846.html>, Abruf am 14.10.2022.
- Rippert, Sébastien: *Die energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland 2000–2007*, *Forum Junge Politikwissenschaft* Bd.16. Bouvier: Bonn 2009.
- Surkow, Wladislaw: Суверенитет – это политический синоним конкурентоспособности [Souveränität – ist ein politisches Synonym für Wettbewerbsfähigkeit], *Jedinaja Rossija* – offizielle Website der Partei, 22. Juni 2006, <https://web.archive.org/web/20060418035317/http://www.edinros.ru/news.html?id=111148>, 14.10.2022.

Veser, Reinhard: „Russlands Gaswaffe“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Januar 2009, <http://www.faz.net/aktuell/politik/streit-mit-kiew-russlands-gaswaffe-1758055.html>, 07.10.2022.

Zerkalo (2022): „На смену ‚нас там нет‘ пришло официальное ‚мы все-таки здесь‘“. Зеленский вновь выступил с обращением к украинцам Читать полностью [„Das ‚wir sind nicht da‘ ist durch das offizielle ‚wir sind doch da‘ ersetzt worden“. Selenskyj richtete erneut einen Appell an die Ukrainer], 22. Februar 2022, <https://news.zerkalo.io/world/10412.html>, 14.10.2022.

Kapitel 3 Russlands Narrative und Desinformation im Krieg gegen die Ukraine

Susanne Spahn

Abstract: Die russischen Medien sind eine wichtige Säule im Krieg Russlands gegen die Ukraine. Sie ebneten den Weg für die „militärische Spezialoperation“, wie der russische Angriffskrieg genannt wird, und rechtfertigen ihn jeden Tag. Die Narrative zur Ukraine sollen den Kampf gegen den vermeintlich „aggressiven Westen“ legitimieren und die Ukraine als faschistischen oder (neo)nazistischen¹ Staat diskreditieren. Dabei verfolgen die Staatsmedien im In- und Ausland unterschiedliche Ziele und senden verschiedene Botschaften: In Russland wird der Patriotismus sowie das imperiale Bewusstsein der Menschen genährt. In Deutschland schüren die Auslandsmedien hingegen Ängste und den Unmut der Menschen und mobilisieren sie zu Protesten. Diesem Beitrag liegt die Auswertung der Berichterstattung der Auslandsmedien *RT DE* und *Sputnik/SNA* sowie der Inlandssender *Rossija 1*, *Rossija 24*, *Perwyj Kanal* (Erster Kanal) und *TV Zentr* zu Grunde.

Schlüsselwörter: Ukraine, Russland, Deutschland, Medien, Desinformation, Krieg, Patriotismus, Proteste, Informationspolitik

1. Einleitung

Publikationen und Sendungen der russischen Medien im Berichtszeitraum von Februar bis Oktober 2022 dienen als Primärquellen. Dabei wurden die inhaltlichen Themenschwerpunkte zum Krieg gegen die Ukraine untersucht. Nach der Methode der linguistischen Mediendiskursanalyse von Ekkehard Felder² wurde das Diskursthema „Russische Narrative“ in verschie-

1 Diese Begriffe werden synonym und zur Kennzeichnung politischer Gegner verwendet, dabei haben sie sich von ihrer ursprünglichen Bedeutung losgelöst.

2 Felder, Ekkehard: Pragma-semiotische Textarbeit und der hermeneutische Nutzen von Korpusanalysen für die linguistische Mediendiskursanalyse. In: Felder, Ekkehard/Müller, Marcus/Vogel, Friedemann (Hrsg.): Korpus-pragmatik. Thematische

dene Subthemen gegliedert. Als nächster Schritt wurden strittige Themen oder agonale Zentren definiert, dies sind Themen mit strittiger Ereignisdeutung und Geltungsansprüchen. Als solche Themen wurde u. a. der aus russischer Perspektive notwendige Kampf gegen den Faschismus/(Neo)Nazismus in der Ukraine identifiziert. Ziel der Analyse ist es aufzuzeigen, wie Russland versucht, die öffentliche Meinung in Russland und Deutschland zu beeinflussen.

2. Russlands Staatsmedien umgehen die EU-Sanktionen

Als Reaktion auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine verbot die Europäische Union (EU) Anfang März 2022 die Verbreitung von Inhalten der russischen Auslandsmedien *Sputnik* und *RT*, einschließlich seiner Tochtergesellschaften. In Deutschland sind seit 2014 der deutschsprachige TV-Sender *RT DE* sowie die Nachrichtenplattform *SNA* (zuvor *Sputnik*) vertreten. Beide Medien sind staatlich finanziert und werden – wie auch die landesweiten Inlandssender – von der russischen Präsidialadministration kontrolliert.³ Im Juni 2022 folgte die Sperrung der russischsprachigen Sender *Rossija RTR/RTR Planeta*, *Rossija 24* und *TV Center-International*. „Russland nutzt all diese staatseigenen Medien, um gezielt Propaganda zu verbreiten und Desinformationskampagnen durchzuführen, u. a. über seine militärische Aggression gegen die Ukraine“, heißt es zur Begründung.⁴ *Rossija 24* und *Rossija RTR* gehören zur staatlichen Medienholding *WGTRK*.⁵ *Rossija RTR/RTR Planeta* ist ein Auslandssender, der über Kabelfernsehen und Satellit ausgestrahlt wird, der Inhalt ist weitgehend mit dem Inlandssender *Rossija 1* identisch.⁶ Der Nachrichtensender *Rossija 24* wird in Russland und international verbreitet. *WGTRK* ist nach eigenen Angaben die

Korpora als Basis diskurslinguistischer Analysen, De Gruyter: Berlin-Boston 2012, S. 115–174.

3 Spahn, Susanne: Russische Medien in Deutschland. Die Bundestagswahlen 2021 – Zwischen Einflussnahme und Desinformation. Friedrich Naumann Stiftung: Potsdam 2022, S. 4–6.

4 Untersagt sind *alle Übertragungs- und Verbreitungsmethoden, die in den EU-Mitgliedsstaaten verwendet oder an sie gerichtet werden*, einschließlich Kabel, Satellit, IP-TV, Plattformen, Websites und Anwendungen. Siehe Rat der Europäischen Union: EU-Sanktionen gegen Russland: ein Überblick, 16. August 2022.

5 WGTRK steht für Allrussische staatliche Fernseh- und Radiogesellschaft, siehe: ВГТРК. ТЕЛЕВИДЕНИЕ, РАДИО, ИНТЕРНЕТ, <https://vgtrk.ru/about>.

6 *Rossija RTR* ist in Deutschland u. a. Teil der Bezahlfernseh-Angebote von *Vodafone Kabel Deutschland*, das im Juni wegen der Sanktionen eingestellt wurde. Vgl.

„branchenformierende Medien-Holding Nr. 1 im Land und erreicht 99 Prozent der Bevölkerung Russlands“.⁷ Der Sender *TV Zentr* wird von der Verwaltung Moskaus finanziert und ist somit auch in staatlicher Hand, die für das Ausland bestimmte Version läuft unter dem Label *TVCI* (TV Center International).⁸

Trotz der Sanktionen sind diese Medien weiterhin im Internet erreichbar. *RT DE* hat eine ganze Reihe von Webseiten unter neuen Domains geschaffen, auf denen auch das TV-Programm im Live-Stream mit VPN zu sehen ist. Auf der Plattform *odysee.com* sind RT-Videos abzurufen.⁹ *SNA* ist ebenfalls auf die Plattform *odysee.com* ausgewichen, und ist dort gleich unter zwei Bezeichnungen verfügbar: *SNA* und „*Satellit*“ (das ist die deutsche Übersetzung von Sputnik). „*Satellit*“ ist auch bei *Telegram* und *YouTube* aktiv.¹⁰ Die zu *WGTRK* gehörenden Sender *RTR Planeta* und *Rossija 24* wurden offensichtlich im Internet nicht gesperrt, denn sie sind auf der hauseigenen online-Plattform „*smotrim.ru*“ verfügbar.¹¹

Doch auch die nicht von der EU gelisteten staatsnahen Sender *Perwyj Kanal* (Erster Kanal) und *NTV* können im Internet live gesehen und Sendungen in der Mediathek abgerufen werden.¹² *Perwyj Kanal*, *NTV* und *Rossija 1* sind die drei Kanäle, die die Meinungsbildung in Russland maßgeblich beeinflussen. Von *Perwyj Kanal* hält die russische Regierung das Kontrollpaket mit 51 Prozent der Aktien, die übrigen Anteile sind im Besitz staatsnaher Aktionäre.¹³ *Perwyj Kanal* wurde kürzlich auch in Deutschland bekannt, als die damalige Mitarbeiterin Maria Owsjannikowa in der laufenden Nachrichtensendung ein Protestplakat „Stoppt den Krieg.“

Vodafone: Info: Einstellung der Verbreitung von RTR Planeta bei Vodafone, 3. Juni 2022.

7 Übersicht über die Sender und Webportale von *WGTRK*, <https://vgtrk.ru/about>, 29.10.2022.

8 Über *TV Zentr*, siehe Kommersant: „Čto takoe kanal TVC“, 22. Dezember 2005.

9 Siehe z. B. <https://pressefreiheit.rtde.live>, dort läuft auch das TV-Programm. Videos sind auf der Plattform <https://odysee.com/@RTDE:e> zu sehen.

10 *SNA* ist nutzbar unter <https://odysee.com/@SNA:a> sowie unter dem Label „*Satellit*“ bei Twitter https://t.me/satellit_de, YouTube https://www.youtube.com/channel/UCT4SXUzme7FrqXfU1_9H8cw/featured und Odysee <https://odysee.com/@Satellit:1>.

11 Auf der Plattform *Smotrim.ru* ist der Live-Stream von *RTR Planeta* (<https://smotrim.ru/channel/1>) und *Rossija 24* (<https://smotrim.ru/channel/3>) zu sehen.

12 Siehe über *Perwyj Kanal*, <https://www.1tv.ru> – *NTV*, <https://www.ntv.ru/air/>.

13 Kutscher, Tamina/Himmelspach, Anton: Die russische Medienlandschaft. Alles Propaganda? Bundeszentrale für politische Bildung, 8. März 2018.

Glaubt der Propaganda nicht. Hier werdet ihr belogen“ in die Kamera hielt.¹⁴

Zielgruppe ist das allgemeine Publikum, das von *RT DE* und *SNA* auf Deutsch adressiert wird. Der deutsche *RT*-Ableger hatte im September 2021 eine Reichweite von insgesamt 1,4 Millionen Abonnenten auf den wichtigsten Social-Media-Plattformen. *SNA* kam auf 327.000 Abonnenten.¹⁵ Die russischsprachigen Sender sind bei der etwa drei Millionen Menschen umfassenden russischsprachigen Community populär. Nach dem „Integrationsbarometer 2020“ des Sachverständigenrats für Integration und Migration vertrauen etwa ein Viertel der Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion – das ist die größte Gruppe der Russischsprachigen in Deutschland – den Medien ihrer früheren Heimat.¹⁶

3. Narrativ 1: Der Kampf gegen Faschisten

Sonntagabend, die „Nachrichten der Woche“ beim TV-Sender *Rossija 1*. Der bekannte Journalist Dmitri Kisseljow moderiert das Thema „Satanismus als Ideologie der ukrainischen Nazis“.¹⁷ Kisseljow steht als „zentrale Figur der Regierungspropaganda für die Entsendung russischer Streitkräfte in die Ukraine“, wie es in der Verordnung des Rates heißt, auf der Sanktionsliste der EU.¹⁸ Die russische (sic!) Stadt Mariupol sei zum Nest ukrainischer Nazis geworden, behauptet Kisseljow über die ukrainische Hafenstadt, Asow-Kämpfer hätten die Bevölkerung einer ganzen Stadt als Geiseln genommen. Ein Experte erklärt: „Die offizielle Religion des Asow-Regiments ist eine Mischung aus heidnischen und mystischen Ideologien. Wer diese dämonische Lehre annimmt, für den ist es natürlich, Menschen zu foltern und quälen.“¹⁹

14 RedaktionsNetzwerkDeutschland: „Nach Protestaktion im TV: Russische Journalistin arbeitet künftig für ‚Welt‘“, 12. April 2022.

15 Ausgewertet wurden die Nutzerzahlen von *Facebook*, *Youtube*, *Twitter*, *Telegram*, *Instagram* und der direkte Zugriff auf die Webseite (Easy Counter), siehe: Spahn, Susanne: Russische Medien in Deutschland, 2022, S. 9.

16 Friedrichs, Nils/Graf, Johannes: Integration gelungen? Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhabe von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern. In: SVR-Studie 2022–1, Berlin, S. 69.

17 Westi Nedeli, 24. Juli 2022, <https://smotrim.ru/video/2448950>, 05.09.2022.

18 Rat der Europäischen Union: Verordnung (EU) Nr. 269/2014, 17. März 2014, S. 22.

19 Maksim Fomin, in: Westi Nedeli, 24. Juli 2022.



Abbildung 1: Ein Bericht über ukrainische Neonazis in den „Nachrichten der Woche“. Screenshot Rossija 1.²⁰

Der Kampf mit den ukrainischen Faschisten steht im Fokus der politischen Sendungen, wie hier die „Nachrichten der Woche“. Gezeigt werden glatzköpfige Männer mit nacktem Oberkörper, die sich Nazi-Symbole wie die Wolfsangel in die Haut tätowieren lassen. Anschließend werden ihre mutmaßlichen Foltermethoden detailliert geschildert.²¹

Der Krieg in der Ukraine – in Russland „Spezialoperation“ genannt – ist das dominierende Thema in den Nachrichten und Talk Shows. Dabei kommt keine Sendung ohne einen ausführlichen Bericht über die mutmaßlichen Gräueltaten der ukrainischen Nazis aus, die häufig mit den deutschen Nationalsozialisten und der SS verglichen werden. Das Narrativ von der nationalistischen bzw. faschistischen Ukraine ist eine der am häufigsten wiederholten Falschdarstellungen. Bereits seit dem Maidan und der Annexion der Krim 2013/14 behaupten die Staatsmedien, Faschisten oder Nationalisten beherrschten die Ukraine. Dies geschieht ungeachtet der Tatsache, dass Nationalisten seit Mai 2014 weder mit einer Partei im ukrainischen Parlament (Werchowna Rada) vertreten sind, noch der Regierung angehören.²² Es gibt nationalistische Gruppen wie das Asow-Regi-

20 Maksim Fomin, in: Westi Nedeli, 24. Juli 2022.

21 Ebd.

22 Spahn, Susanne: Das Ukraine-Bild in Deutschland: Die Rolle der russischen Medien. Wie Russland die deutsche Öffentlichkeit beeinflusst. Verlag Dr. Kovač: Hamburg 2016, S. 96–98.

ment, sie sind aber keine das ganze Land beherrschte politische Kraft²³, wie etwa *RT DE* regelmäßig dem Publikum in Deutschland unterbreitet.²⁴ Die Strategie ist, durch ständiges Wiederholen²⁵, das Stereotyp von den ukrainischen Nazis in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern.

Das Narrativ hat die Funktion, die Verantwortung für die militärische Aggression dem Gegner anzulasten, zum anderen dient es als Legitimation für Russlands Krieg und der Diskreditierung der Ukraine – in Russland und im Ausland. *RT DE* und *SNA* verbreiteten den Vorwurf eines Völkermords durch „das Kiewer Regime“, für den es allerdings keine Belege gab.²⁶ Russland versteht sich als Schutzmacht der Russischsprachigen und Russen im Ausland. Die angeblich Schutzbedürftigen schuf Russland indes selbst, als es mehr als 800.000 Einwohnern in den Separatistengebieten im Donbas die russische Staatsbürgerschaft verlieh, eine Praxis die auch in den neu eroberten Gebieten in der Ostukraine fortgesetzt wird.²⁷

Adressiert an das heimische Publikum in Russland hat das Nazi-Narrativ die Funktion, die Bevölkerung im Geiste des Patriotismus zu mobilisieren und hinter dem „nationalen Führer“ Wladimir Putin zu vereinen.²⁸ Die Parallele zum Zweiten Weltkrieg wird häufig gezogen. So fragt ein Reporter von *Rossija 1* bei einem Bericht von der Front einen Historiker, der nun als Soldat in der Ukraine kämpft, ob er Parallelen zum Großen Vaterländischen Krieg sehe. „Sehr klare Parallelen“, antwortete dieser. „Der Feind ist derselbe: Der Faschismus, nur in diesem Fall der ukrainische

23 Das Asow-Regiment umfasst aktuell zwischen 2.000 und 3.000 Kämpfern und ist in die ukrainische Nationalgarde integriert. In der politischen Landschaft der Ukraine spielen die extreme Rechte nur eine marginale Rolle, so die Einschätzung von Anna Colin Lebedev von der Universität Paris-Nanterre und weiterer Experten. Vgl. Deutschlandfunk: Asow-Regiment, Stepan Bandera & Co. Rechtsextremisten in der Ukraine und ihr Einfluss im Land, 1. Juli 2022.

24 Exemplarisch: Anlässlich einer Demonstration von Rechtsextremen in Kyjiw behauptete *RT DE*, die Macht werde von Nazis ergriffen. Siehe *RT DE*: „Nazis und Neonazis demonstrieren in Kyjiw: Marsch zu Ehren der ukrainischen Waffen-SS-Division“, 30. April 2021.

25 Exemplarisch: *RT DE*: „Sie haben sich wie Faschisten verhalten“ – Ukrainische Truppen verwüsteten das Dorf Sinezki“, 22. August 2022.

26 *SNA*: „Russlands Außenministerium: EU unterstützt Völkermord durch Waffenlieferungen an die Ukraine“, 28. Februar 2022; *RT DE*: „Putin: Russland hat keine Pläne, die Ukraine zu besetzen“, 24. Februar 2022 (zurzeit blockiert, Screen-shot liegt vor).

27 *NTV*: „Russland verteilt Pässe an Ukrainer“, 11. Juni 2022.

28 Zum Führerkult um Wladimir Putin siehe Ennker, Benno: Analyse: Wladimir Putin – Führer, Diktator, Kriegsherr. In: Russland-Analyse Nr. 421, Bundeszentrale für politische Bildung, 20. Juni 2022.

Faschismus. [...] Die Wahrheit ist auf unserer Seite. Wir verteidigen unser Land.“²⁹ Die Erinnerung an den Sieg im Zweiten Weltkrieg nährt den Nimbus „Die Russen sind unbesiegbar“, wie ein anderer Soldat in der Reportage von der Front stolz sagte.³⁰

Panzerhaubitzen am 22. Juni: Warum Medwedew die Deutschen an die Leningrader Blockade erinnert

25. Juni 2022 15:09 Uhr

Es knirscht gewaltig zwischen Deutschen und Russen. Die Russen haben sich daran gewöhnt, russophobe Signale aus Warschau, London oder Washington zu empfangen und dementsprechend zu reagieren. Für Berlin galten in Moskau noch andere Maßstäbe – bis vor kurzem.



Abbildung 2: Auf deutsche Waffenlieferungen reagiert die russische Führung mit Unverständnis. Screenshot: RT DE.³¹

Mit dem Vorwurf des Faschismus sind außerdem Staaten und Politiker konfrontiert, die die Ukraine im Krieg gegen Russland unterstützen. Dies trifft auch auf Deutschland zu. Kritik an Russland wird zum Anlass genommen, die Deutschen an ihre nationalsozialistische Vergangenheit zu erinnern. So publizierte *RT DE* einen Tweet des ehemaligen Präsidenten Dmitri Medwedew mit folgendem Inhalt: „Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat gesagt, dass Russland ‚den Hunger als Waffe einsetzt‘. Es ist natürlich erstaunlich, so etwas von Amtsträgern zu hören, deren Land Leningrad 900 Tage lang in einer Blockade abriegelte, wo fast 700.000 Menschen an Hunger starben.“³²

29 Andrej Smirnow, Historiker, zit. in: Westi Nedeli, 24. Juli 2022.

30 Westi Nedeli, 24. Juli 2022.

31 Sankin, Wladislaw: Panzerhaubitzen am 22. Juni: Warum Medwedew die Deutschen an die Leningrader Blockade erinnert, *RT DE*, 25. Juni 2022.

32 Ebd.



Abbildung 3: *Die Erinnerung an den Sieg über die deutschen Faschisten im Zweiten Weltkrieg ist im russischen Fernsehen allgegenwärtig. Screenshot: Perwyj Kanal.*³³

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg soll zum erneuten Kampf mobilisieren, dient aber auch dazu, Russland als erneutes Opfer des Faschismus zu präsentieren. In der Talk Show „Wremja Wspomnit“ (Zeit sich zu erinnern) beim *Perwyj Kanal*, dem größten TV-Sender Russlands, zeigte Moderator Aleksandr Gordon ein Video über die Siegesfeier im besiegten Berlin von 1945. „Es schien, dass sie es nie vergessen werden“, sagt er, aber dann präsentiert er die Reaktionen Lettlands auf den Krieg in der Ukraine wie die Einordnung Russlands als „Staat, der Terror unterstützt“.³⁴ Auch Beschränkungen Lettlands für die Einreise von russischen Staatsbürgern und den Gebrauch der russischen Sprache werden diskutiert. Gordon sieht die Russen als Opfer eines neuen Faschismus, wenn er fragt: „Im 21. Jahrhundert haben die Russen die Rolle der Juden übernommen, ist es so oder nicht?“ Im Verlauf der Sendung gibt Gordon selbst die Antwort: „Was hat sich geändert in dem Bewusstsein der Letten, die jetzt nach ethnischen Kriterien de facto eine Form des Genozids vollziehen?“³⁵

Diese Beispiele zeigen, dass die Ukraine und die sie unterstützenden Staaten als Faschisten diskreditiert oder mit dem Vorwurf von Nazi-Methoden konfrontiert werden, während sich Russland als Opfer dieses Fa-

33 Gordon, Aleksandr: „Wremja wspomnit“, *Perwyj Kanal*, 17. August 2022. Der Auswärtige Ausschuss des lettischen Parlaments (Saeima) stufte die von Russland ausgehende Gewalt gegen die Ukraine als Staatsterrorismus ein, siehe: LSM.lv: „Saeima committee names Russia terrorist state“, 2. August 2022.

34 Ebd.

35 Ebd.

schismus wähnt. In der Logik führt Russland den Krieg, weil es sich verteidigen muss gegen Feinde in der Ukraine und anderen Staaten.

4. Narrativ 2: Die Ukraine ist kein eigenes Volk mit einer eigenen Geschichte

Staatswissenschaftlerin zur Vorgeschichte des Ukraine-Krieges: "Russen und Ukrainer sind ein Volk!"

7. Sep. 2022 20:51 Uhr

Während von ukrainischer Seite die Abgrenzungsbestrebungen vom allem Russischen seit 2014 immer heftiger wurden, versucht Moskau bis heute, die ethnische Ebene aus dem Konflikt herauszuhalten. Eine neue Publikation widmet sich nun dem vermeintlichen Gegensatz zwischen Ukrainern und Russen.



Abbildung 4: In den Berichten von RT DE wird behauptet, dass Russen und Ukrainer ein Volk seien. Screenshot: RT DE.³⁶

Die Ukraine ist in der Darstellung der russischen Medien keine eigene Nation mit einer eigenen Geschichte und hat folglich auch kein Recht auf staatliche Unabhängigkeit. Damit einher geht die Sichtweise, dass Russen und Ukrainer „ein Volk“ seien.³⁷ Dieser Interpretation stehen allerdings die ukrainische Historiographie und der Prozess der Entkolonialisierung vom Russischen Reich und der Sowjetunion gegenüber.³⁸

Das russische Narrativ geht auf die im Russischen Reich dominierende Vorstellung zurück, dass die Russen und Ukrainer, damals Kleinrussen

36 Exemplarisch: RT DE: „Staatswissenschaftlerin zur Vorgeschichte des Ukraine-Krieges: ‚Russen und Ukrainer sind ein Volk!‘“, 7. September 2022.

37 Ebd.

38 Simon, Gerhard: War die Ukraine eine Kolonie? In: Beck, Marieluise (Hrsg.): Ukraine verstehen. Auf den Spuren von Terror und Gewalt, Bundeszentrale für politische Bildung, 2020, S. 114–116.

genannt, mit den Belarussen eine größere, all-russische Nation bildeten.³⁹ Die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine berührt Russlands nationale Identität: Die Ukrainer erhielten 1991 erstmals dauerhaft ihren unabhängigen Staat, die Russen verloren ihr Imperium. Die Unabhängigkeit beendete die jahrhundertelange gemeinsame Geschichte in der ‚Kiewer Rus‘, im Russischen Reich und in der Sowjetunion. Das Verständnis der Russen als staatstragende Ethnie eines multinationalen Reichs wurde erschüttert. Mehr noch, die Unabhängigkeit der Ukraine beendete die Rolle der Russen als eine Art Führungsnation unter den Ostslawen, wie sie in der all-russischen Identität ihren Ausdruck gefunden hatte.⁴⁰ Dies erklärt, warum Russlands militärische Intervention in der Ukraine wesentlich vehementer und umfassender ist als in anderen westlich orientierten postsowjetischen Staaten wie Georgien und der Republik Moldau. „Entnazifizierung“ bedeutet deshalb die „Befreiung“ der Ukraine nicht wie behauptet vom Faschismus, sondern von ihrer eigenen, von Russland unabhängigen Geschichte und ihrem eigenen Staat – also de facto die Vernichtung ihrer Unabhängigkeit. Die Rückkehr in den russisch dominierten Herrschaftsbereich wird durch den Krieg erzwungen.

5. Narrativ 3: Die Ukrainer müssen von den Nazis befreit werden

Die untersuchten Medien zeigen ausführlich die Erfolge im Kampf mit dem Faschismus, der sogenannten „Entnazifizierung“, die nicht nur auf militärischer, sondern auch auf kultureller und sprachlicher Ebene abläuft. In den „Nachrichten der Woche“ bspw. zeigt ein Soldat Bücher, von denen er sagt, dass sie in Schulen eingesetzt wurden: „Schauen Sie, ein Buch auf Englisch“ (sic), dabei zeigt er den deutschsprachigen Titel „Donbas in Flammen“.⁴¹

39 In der Sowjetunion überdauerte diese Vorstellung in der Form der drei sozialistischen Brudervölker, siehe: Spahn, Susanne: Staatliche Unabhängigkeit – das Ende der ostslawischen Gemeinschaft? Die Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine und Belarus seit 1991. Verlag Dr. Kovač: Hamburg 2011, S. 21–29.

40 Ebd.

41 Westi Nedeli, 24. Juli 2022.



Abbildung 5: Das russische Staatsfernsehen zeigt, wie Soldaten bei der „Entnazifizierung“ Literatur zur Ukraine vernichten.
Screenshot: Rossiya 1.⁴²

Dann greift der Soldat ein anderes Buch: „Ukraine – Geschichte eines großen Staates, Geschichte der Zivilisation der Ukraine“, sagt er höhnisch und liest einen Satz auf Ukrainisch vor. Dann sagt er auf Russisch: „Wir sind jetzt mit der Entnazifizierung beschäftigt und werden diese Literatur überall vernichten und nirgendwo auf der ukrainischen Erde werden die Leute mehr so eine Scheiße lesen.“⁴³

Ein anderer Soldat sagt drohend: „Ihr habt eure eigenen Wurzeln verraten, ihr habt eure eigene Geschichte gelöscht. Es gibt die Geschichte eurer großen Ukraine schon nicht mehr, вже вмерла“ (sie ist schon tot) sagt er auf Ukrainisch⁴⁴. Damit verdreht er die Nationalhymne der Ukraine, in der die erste Zeile heißt „Ruhm und Wille der Ukraine sind noch **nicht** tot“.⁴⁵

Die Ukrainer sind in der Berichterstattung vom Westen verwirrte Landsleute. Russland muss sich in dieser Logik vor der westlichen Expansion verteidigen. Moderator Dmitri Kisseljow stilisiert dies zum „Kampf der Zivilisationen“:⁴⁶ „Russland verteidigt sich, verteidigt seine tausend-jährige multinationale Kultur auf dieser Erde“, sagt der Moderator mit Nachdruck. Russlands Muslime zeigten ihre Unterstützung, führt er aus und zitiert Tschetscheniens Machthaber Ramsan Kadyrow: „Heute gibt es

42 Westi Nedeli, 24. Juli 2022.

43 Ebd.

44 Ebd.

45 Die erste Zeile des von Pawlo Tschubynskyj im Jahr 1862 geschriebenen Gedichts lautet: „Ще не вмерла України і слава, і воля“, für den Text der Hymne der Ukraine siehe <https://www.pisni.org.ua/songs/24717.html> (29.11.2022).

46 Dmitri Kisseljow, in: Westi Nedeli, 24. Juli 2022.

weltweit keinen, der gegen diese höllische Abscheulichkeit vorgeht, die der Westen verbreitet, außer Russland. Ich bin [...] sehr dankbar, dass wir an diesem heiligen Krieg gegen den Satanismus teilnehmen können.“⁴⁷

6. Narrativ 4: Der Westen führt Krieg gegen Russland

In den Sendungen erscheint die Ukraine lediglich als eine Marionette der USA. In Wahrheit seien es die USA und die NATO, die einen Krieg gegen Russland führten, wobei die Ukraine lediglich das Instrument sei, so die Darstellung. Die Ukraine ist in diesem Denken kein eigenständiger Akteur auf der internationalen Bühne, sondern lediglich ein geopolitisches Objekt der Großmächte. Die Amerikaner und Briten (der Sammelbegriff „die Angelsachsen“) hätten die Ukraine gezwungen, gegen Russland diesen sinnlosen Krieg zu führen, führte Moderator Dmitri Kulikow in der Folge mit dem Titel „Der Fall der amerikanischen Hegemonie“ aus. Seine Sendung „Formula Smysla“ läuft im Fernsehen beim Kanal *Solowjow live*.⁴⁸

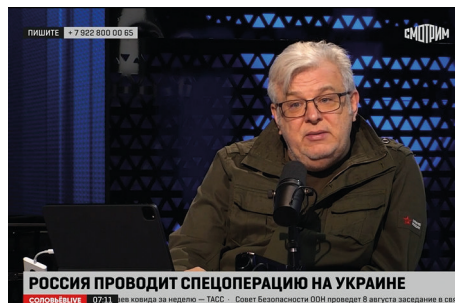


Abbildung 6: Russland sieht sich in einem Krieg gegen den Westen.
Screenshot: *Solowjow live*.⁴⁹

Moderator Dmitri Kulikow sitzt in olivgrüner Militärkleidung mit dem Aufnäher „Armee Russlands“ im Studio. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wolle Verhandlungen aus der Position der Stärke führen, das sei nicht real, meint der Moderator. „Herr Selenskyj, jetzt findet eine

47 Ramzan Kadyrow, in: *Westi Nedeli*, 24. Juli 2022.

48 Kulikow, Dmitri: „Formula Smysla, Padenije amerikanskoj gegemonii“, 8. August 2022.

49 Ebd.

Neubewertung der Situation auf dem Schlachtfeld statt, wohin Sie ihre transatlantischen Herren geschickt haben.“ Er meint, die Ukraine werde keinen Erfolg haben und zu Verhandlungen nach russischen Bedingungen gezwungen sein. „Die Bedingungen für die Ukraine werden immer schlechter, schlechter, [...] und der Ukraine werden [...] nicht Borrell, nicht Stoltenberg helfen, diese ganze Bande, die mit den Körpern und den Leben der Ukrainer Krieg gegen Russland führt.“ Die Ukrainer müssten „zahlen für die amerikanische Provokation gegen Russland“.⁵⁰

7. Narrativ 4: Der Westen ist dekadent und schwach

In Deutschland stellt *RT DE* traditionell die westliche Demokratie als dysfunktional dar, wobei es einen vermeintlichen Gegensatz zwischen dem Volk und dem „System“ schafft. Die Regierung wird als hilflos und unfähig dargestellt, Krisen zu meistern. Die Gesellschaft erscheint dekadent und moralisch verfallen. Russlands autoritäres System hingegen wird als effektiv porträtiert, wobei Präsident Putin als erfolgreicher Krisenmanager in Szene gesetzt wird. In Deutschland hat dies zum Ziel, das Vertrauen der Menschen in ihre Regierung und die Demokratie zu schwächen und auf der anderen Seite den Einfluss Russlands zu stärken. Die Berichterstattung zeichnet sich durch Bipolarität aus: Vermeintliche Feinde wie die Bundesregierung und besonders Parteien mit einer Russland-kritischen Haltung wie Bündnis 90/Die Grünen werden negativ dargestellt. Fürsprecher der russischen Führung wie Politiker der Alternative für Deutschland und Die Linke und anderer Akteure mit einer pro-russischen Agenda werden positiv beschrieben und ihnen in Interviews eine Bühne geboten.⁵¹

Diese Darstellung entspricht der Strategie, die *RT*-Chefredakteurin Margarita Simonjan im Interview so beschrieb: Der Auslandssender *RT* sei eine „Informationswaffe“. Ziel sei es, so Simonjan, im Ausland eine alternative Gegenöffentlichkeit zum Mainstream zu schaffen und damit Nutzer zu gewinnen, dies seien Linke und andere „Kämpfer gegen das System“. Diese könne Russland dann als Ressource „im nächsten Informationskrieg“ nutzen.⁵²

50 Kulikow, Dmitri: „Formula Smysla, Padenije amerikanskoj gegemonii“, 8. August 2022.

51 Ebd., S. 13–18.

52 Spahn, Russische Medien in Deutschland, 2022, S. 5.

In Russland wird der Westen ebenfalls als dekadent, moralisch verkommen und von Krisen erschüttert dargestellt, wobei durch selektive Auswahl von Fakten und Überzeichnung ein unrealistisches Bild geboten wird. Russland erscheint dagegen als eine Festung der Stabilität und Ordnung, die Putin-Führung inszeniert sich als Bewahrer traditioneller Werte und Religion. Putin erscheint als fürsorglicher Landesvater, der selbstlos den Interessen der Heimat dient.⁵³ Damit greifen die Medien auf die bereits in der Sowjetunion bewährte Kommunikationsstrategie zurück, den Stolz der Bürger zu nähren, im vermeintlich besten Land der Welt zu leben. Das ist mit dem Anspruch verbunden, wie einst die UdSSR wieder Weltmacht zu sein.⁵⁴

8. *Narrativ 5: Russland ist ein Imperium in Eurasien*

Die Distanz zum Westen wird aber auch historisch begründet. Die Strömung der Eurasier entstand in den 1920er Jahren, die russische Intellektuelle im europäischen Exil begründeten. Sie vertraten die Idee von Russland als einer eurasischen Großmacht, indem sie auf die gemeinsame Geschichte mit den Steppenvölkern Asiens insbesondere den Mongolen verwiesen. Sie begründeten auch den „Eurasismus“ als politische Theorie, indem sie Russland als eigenen Kontinent Eurasien sahen, der sich im Gegensatz zum Westen definierte.⁵⁵

Der Eurasismus prägt stark die heutigen politischen Debatten und wird von Politologen aufgegriffen, die sich u. a. in den Talk Shows äußern. Ein prominentes Beispiel ist Sergej Karaganow, Ehrenvorsitzender des Rats für Außen- und Verteidigungspolitik. Nach seiner Vorstellung ringt China mit den USA um die globale Dominanz, wobei er Russland an der

53 Dies wird bspw. am Aufbau der Nachrichten deutlich. Beispiel: Perwyj Kanal, 19. August 2022, 12.00 Uhr Moskauer Zeit, <https://www.1tv.com/live>: Erfolge Russlands im Kampf gegen den Faschismus in der Ukraine mit Auszeichnung der Helden. Putins Rede über die Interessen der Heimat. Reportage von einer Waffenausstellung. Katastrophen in Europa: Sturm und Überflutung. Junge Künstler für den Donbass: Spendenaktion.

54 Simon, Gerhard: Russlands Griff nach der Weltmacht. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 15/2022, S. 139–149.

55 In der späten Sowjetunion und im Russland der 1990er Jahre belebte der Historiker Lew Gumiljow den *Eurasismus* mit seinen populären Schriften wie „Drewnia-ja Rus' i Wielikaja Step“ [Die Alte Rus' und die Große Steppe], Moskva 1993. Einen Überblick über die Inhalte und Entwicklung der Eurasier gibt der Band „Puti Evrazii“ [Wege Eurasiens], Moskva 1992.

Seite Chinas als zukünftigen Gewinner dieses Kampfes sieht. „Zwischen Russland und China besteht de facto ein strategisches Bündnis. Es ist gut, dass wir zusammen sind, das schwächt ihre Kräfte [...], Amerika wird zweifellos eine große Niederlage in so einem Krieg an zwei Fronten (gemeint sind Russland und China, Anm. d. Autorin) erleiden“, sagte Karaganow in der Talk Show „Prawo snat“ des Senders TV Zentr.⁵⁶ Europa sei für Russland nicht mehr interessant, so Karaganow: „Europa hat seine Rolle als Quelle der Modernisierung verloren, die es fast 300 Jahre gespielt hat. [...] Intellektuell und wirtschaftlich sollten wir vom Eurozentrismus loskommen.“ Karaganow sieht die Zukunft Russlands im Osten: „Wir sind Eurasier [...] wir kehren nach Hause zurück.“⁵⁷

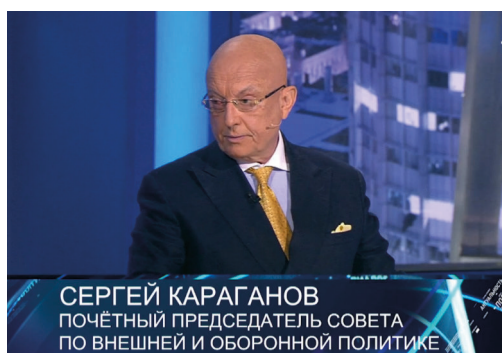


Abbildung 7: Außenpolitiker Karaganov sieht China und Russland als Gewinner des globalen Machtkampfes. Screenshot: TV Zentr.⁵⁸

Der geopolitische Vordenker nährt das imperiale Selbstbewusstsein: „Wir sind ein einzigartiges Imperium. Das können wir der Menschheit bieten: Echte Multikulturalität und Offenheit. Wir sind die Zivilisation der Zivilisationen.“⁵⁹ Karaganow interpretiert den Ukraine-Krieg als „die letzte verzweifelte Gegenattacke des Westens“, der sich weigere, seine weltweite Hegemonie aufzugeben. Russlands Ziel sei es, den Widerstand des Westens zu brechen. Dies sei in zehn bis fünfzehn Jahren zu erwarten und dafür müsse Russland den Krieg gewinnen, so der Experte für Außenpolitik.⁶⁰

⁵⁶ Karaganow, Sergej: „Prawo snat“, TVC, 25. Juni 2022.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Ebd.

9. *Narrativ 6: Die Unterstützung der Ukraine führt den Westen in den Untergang*

Auch in Deutschland geht es darum, den Widerstand der deutschen Regierung zu brechen, gegen Sanktionen und Waffenlieferungen zu agitieren und die Solidarität mit der Ukraine in Frage zu stellen. Das zeigt die Berichterstattung deutlich: *RT DE* greift gezielt Ängste der Menschen vor wirtschaftlichen Problemen oder einer militärischen Konfrontation mit Russland auf, um sie politisch zu instrumentalisieren. *RT DE* warnte mehrfach davor, die deutsche Regierung riskiere mit ihrer Politik einen Atomkrieg mit Russland.⁶¹ Auch wirtschaftlich wird der Zusammenbruch prophezeit: Die Bundesregierung wolle die „Komplettzerstörung der deutschen Wirtschaft“, wurde behauptet.⁶²

Als Ursache für die Krise gilt in der Darstellung aber nicht Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, sondern die Sanktionen gegen Russland. Die Sanktionen werden pauschal für den Preisanstieg für Energie verantwortlich gemacht, obwohl Gas nicht zu den sanktionierten Gütern gehört.⁶³ *RT DE*-Autor Gert Ewen Ungar bspw. schrieb: „Durch das westliche Sanktionsregime gegen Russland steigen die Energiepreise. Die Sanktionen sind gescheitert. Sie schaden der deutschen Wirtschaft und den Bürgern in Deutschland weit mehr als Russland.“⁶⁴

Dabei wird mit Falschdarstellungen gearbeitet, wenn es bspw. heißt: „Diese (die Sanktionen, Anm. d. Autorin) schlagen wie ein Bumerang zurück: Es droht eine Energiekrise bedingt durch Gasknappheit.“⁶⁵ Die Gasknappheit ist jedoch keine Folge der Sanktionen, sondern wurde vom russischen Energiekonzern Gazprom mit Rückendeckung der Putin-Führung gezielt herbeigeführt. Die Rolle Gazproms, der bis Ende August

61 Exemplarisch: *RT DE*: „Ball absurd‘ für die Ukraine – Der Tanz am Abgrund“, 2. Mai 2022.

62 *RT DE*: Interview mit dem Ökonom Eike Hamer, 6. September 2022.

63 „Die EU-Sanktionen enthalten explizite Ausnahmeregeln, die verhindern sollen, dass die Gasversorgung der EU beeinträchtigt wird. (...) Wenn Russland mehr liefern wollte, könnte es das jederzeit und auf vielen Wegen tun. Gazprom könnte z. B. mehr Gas durch die Ukraine pumpen. Hier hat das Unternehmen Kapazitäten gebucht, die es sogar bezahlt, aber nicht nutzt. Die angespannte Situation auf dem europäischen Gasmarkt führt Russland also gezielt herbei.“ Siehe: Die Bundesregierung: Interview mit Janis Kluge. Russland wird technologisch rückständiger werden, 17. August 2022.

64 Ungar, Gert Ewen: „Deutschland rutscht in die Rezession – Wie lange, hängt von der Politik ab, die sie verursacht hat“, *RT DE*, 7. September 2022.

65 *RT DE*: „Energiekrise“.

2022 die Gaslieferungen drosselte und dann komplett einstellte, wird nicht erwähnt.⁶⁶ Mit zahlreichen Beiträgen wird nun die „Energiearmut in Deutschland“ beschrieben und die Unzufriedenheit der Menschen geschürt.⁶⁷

Im Herbst 2022 berichtete *RT DE* wohlwollend über die Demonstrationen gegen die Sanktionen und Regierung in zahlreichen Städten Deutschlands. Die Berichte hatten das Ziel, die Wut der Menschen auf die Sanktionen zu lenken und das politische System anzugreifen. Dabei wurde Russlands Rolle als Verursacher des Kriegs und Aggressor erneut ausgeblendet. „Ein System, das auf Angst basiert, ist zum Scheitern verurteilt“, titelte *RT DE* etwa und meinte damit das gesellschaftliche und politische Gefüge. Der gesellschaftliche Zusammenhalt und eben dieses System würden sich „weiter nach und nach in Luft auflösen“. Autor Tom Wellbrock führte aus: „Im Osten Deutschlands zeichnet sich etwas ab, das das Potential zu großem, flächendeckendem Widerstand hat.“ Er sah das „Ende einer Wohlstandsgesellschaft“ gekommen. Die Ursache dafür seien „fatale politische Entscheidungen“, womit er vor allem die „vermeintliche Solidarität mit der Ukraine“ meinte.⁶⁸



Abbildung 8: Der bekannte Moderator Wladimir Solowjow verhöhnt die Energieparmaßnahmen in Deutschland. Screenshot: Rossiya 1.⁶⁹

In den Inlandsmedien sind die Propagandisten ebenfalls davon überzeugt, dass die Deutschen sich mit den Sanktionen selbst am meisten schaden.

66 Austel, Nadja/Lothar, Sophia: Nord Stream 1 „komplett“ gestoppt – Unabhängigkeit von russischem Gas in Arbeit, Frankfurter Rundschau, 2. September 2022.

67 Exemplarisch: *RT DE*: „Energiearmut in Deutschland nimmt weiter zu“, 22. Oktober 2022.

68 Wellbrock, Tom: „Ein System, das auf Angst basiert, ist zum Scheitern verurteilt“, *RT DE*, 23. Oktober 2022.

69 Ebd.

In der Talk Show „Abend mit Wladimir Solowjow“ bei *Rossija 1* äußerte der bekannte Moderator Solowjow offene Freude darüber, dass die Deutschen im Winter nur bis 19 Grad in öffentlichen Gebäuden heizen dürfen. „Na und, dann geh eben drinnen im Mantel herum. Die Deutschen wird man leicht erkennen können. Sollen sie die ganze Zeit im Mantel in der Wohnung herum, hin und her laufen [...]“. ⁷⁰

Dann lachte er und klatschte sich in die Hände. „Es wird kein Gas geben.“ (Dann teils Deutsch, teils Russisch): „keine Gas, ne budet gasen.“(sic) „Aber das ist nicht schlimm, Sie gewöhnen sich daran“, sagt er an die Adresse Deutschlands.⁷¹ Anschließend behauptete ein Experte, dass Russland von der wirtschaftlichen Isolation angeblich profitiere.⁷² Diese Darstellung ist umstritten. Die Statistiken belegen, dass die russische Wirtschaft von Februar bis Juni 2022 um 6,5 Prozent schrumpfte, während Deutschland sich im Sommer 2022 noch auf Wachstumskurs befand.⁷³

10. Fazit

Die Kampagne gegen die Ukraine begann bereits Ende 2013/Anfang 2014 mit dem Maidan und der Annexion der Krim, seit dem Angriff von 2022 ist sie dominierendes Thema in den russischen staatlichen und staatsnahen Medien. *RT*, *Rossija* und Co. schaffen eine alternative Realität, in der der Angreifer zum Opfer wird und das Opfer zum Täter. Geschickt wird dafür die nationale Erinnerung an den Kampf gegen den Faschismus im Zweiten Weltkrieg instrumentalisiert sowie auf vermeintliche Faschisten in der Ukraine und im Ausland projiziert. Ebenso ist der Rückgriff auf Propaganda-Stereotypen der Sowjetzeit zu sehen: Der inszenierte Kulturkampf und die Abschottung vom Westen sowie die imperialen Ambitionen erinnern an eine Neuauflage von Stalins „Sozialismus in einem Lande“ – nun im Gewand des russländisch-eurasischen Imperiums. Kurzfristig scheinen die Propagandisten ihre Ziele zu erreichen, d. h. insbesondere den Krieg zu legitimieren. In Russland unterstützt eine Mehrheit von 76 Prozent der

70 Wetscher s Wladimirom Solowjowym, *Rossija 1*, 4. August 2022, <https://smotrim.ru/video/2455304>, 14.09.2022.

71 Ebd.

72 Shaende, Jonas: in: Wetscher s Wladimirom Solowjowym, 4. August 2022.

73 Janis Kluge in Die Bundesregierung: Interview mit Janis Kluge, 17. August 2022.

Befragten den Krieg gegen die Ukraine, wie eine Umfrage des Lewada-Zentrums von August 2022 zeigt.⁷⁴

Dennoch ist das System Putin mit seinen Staatsmedien bedroht, trotz des ewigen Mantras von der Stabilität in Russland. Eine Politik der Abschottung kann in Zeiten des Internets nicht funktionieren. Die Unterstützung der Bevölkerung ist labil, dies hat die massenhafte Flucht nach der Teilmobilisierung deutlich gezeigt: Es ist ein Unterschied, die „Spezialoperation“ zu befürworten oder selbst zu den Waffen zu greifen und in der Ukraine für das Vaterland zu sterben. Außenpolitisch hat die Russische Föderation das Problem, dass sie ihren postsowjetischen Nachbarn kein attraktives Integrationsmodell bieten kann. Russland verhindert die Westbindung der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau durch Krieg und Besatzung. Fraglich ist, ob diese Politik der Unterdrückung eine Zukunft hat.

Die russischen Staatsmedien sähen Hass und verherrlichen Gewalt gegen Ukrainer und andere „Faschisten“, womit alle politischen Gegner gemeint sind. Dabei wirken die Sendungen häufig wegen ihrer Brutalität extrem abstoßend. In die deutschen Medien gelangte eine Sendung der russischsprachigen Ausgabe von *RT*. Dort forderte der Moderator, Kinder entweder in einem Fluss zu ertränken oder in einer Hütte anzuzünden, wenn sie der Ansicht seien, die Ukraine sei von Russland okkupiert worden.⁷⁵ Das ist nur die Spitze des Eisbergs. Der Krieg und die ihn verherrlichenden Medien vergiften die Beziehungen der Ukraine zu Russland für lange Zeit. Putin erreicht das Gegenteil von dem, was er bezweckt: Die Trennung des ostslawischen „Bruderstaates“ von Russland ist unumkehrbar.

In Deutschland geht es darum, Krisen zu nutzen, um die Demokratie anzugreifen und zu destabilisieren. Dies zeigt die durch den Krieg ausgelöste Energiekrise deutlich. Der Auslandssender *RT DE* spricht Unzufriedenheit gezielt an und mobilisiert sie zu Protesten. Der von Rechtsextremen und der Querdenken-Bewegung organisierte „Wutwinter“ wird von *RT DE* medial befeuert. In Deutschland zeigt sich besonders gut die politische Agenda von *RT*: Während die russische Führung Probleme schafft – sei es durch die Einstellung der Gaslieferungen, den Krieg und die damit verbundenen Flüchtlingswellen – befeuert *RT DE* die Katastrophenstimmung

74 Lewada-Zentrum: Umfrage über den Konflikt mit der Ukraine vom Juli, 2022, 1. August 2022.

75 NTV: „RT-Moderator ruft zum Kindermord auf“, 26. Oktober 2022.

und bringt die Bevölkerung gegen ihre Regierung auf. Putins Waffen im Informationskrieg dienen nur einem Ziel: Dem Erhalt der eigenen Macht.

Literaturverzeichnis:

- Austel, Nadja/Lother, Sophia: „Nord Stream 1 ‚komplett‘ gestoppt – Unabhängigkeit von russischem Gas in Arbeit“, Frankfurter Rundschau, 2. September 2022, <https://www.fr.de/politik/gazprom-gastransport-nord-stream-1-ukraine-krieg-ne-ws-russland-putin-gas-zr-91764370.html>, 29.10.2022.
- Deutschlandfunk: „Asow-Regiment, Stepan Bandera & Co. Rechtsextremisten in der Ukraine und ihr Einfluss im Land“, 1. Juli 2022, <https://www.deutschlandfunk.de/asow-regiment-stepan-bandera-ukraine-100.html>, 29.10.2022.
- Die Bundesregierung: Interview mit Janis Kluge. Russland wird technologisch rückständiger werden, 17. August 2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-d-e/themen/europa/interview-janis-kluge-2073560>, 29.10.2022.
- Ennker, Benno: Analyse: Wladimir Putin – Führer, Diktator, Kriegsherr. In: Russland-Analyse Nr. 421, Bundeszentrale für politische Bildung, 20. Juni 2022, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-421/509907/analyse-wladimir-putin-fuehrer-diktator-kriegsherr/>, 29.10.2022.
- Felder, Ekkehard: Pragma-semiotische Textarbeit und der hermeneutische Nutzen von Korpusanalysen für die linguistische Mediendiskursanalyse. In: Felder, Ekkehard/Müller, Marcus/Vogel, Friedemann (Hrsg.): Korpus-pragmatik. Thematische Korpora als Basis diskurslinguistischer Analysen, De Gruyter: Berlin-Boston 2012, S. 115–174.
- Friedrichs, Nils/Graf, Johannes: Integration gelungen? Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhabe von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern. In: SVR-Studie 2022–1, Berlin, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/svr-studie-spaetaussiedler-innen.pdf?__blob=publicationFile&v=10, 29.10.2022.
- Gordon, Aleksandr: „Vremja vspomnit“, Perwyj Kanal, 17. August 2022, <https://www.1tv.ru/shows/vremya-pokazhet/vremya-vspomnit/vremya-vspomnit-fragment-informacionnogo-kanala-ot-17-08-2022>, 13.09.2022.
- Karaganow, Sergej: „Prawo snat“, TVC, 25. Juni 2022, https://www.tvc.ru/channel/brand/id/1756/show/episodes/episode_id/77028, 16.08.2022.
- Kommersant: „Čto takoe kanal TVC“, 22. Dezember 2005, <https://www.kommersant.ru/doc/637829>, 29.11.2022.
- Kulikow, Dmitri: „Formula Smysla, Padenije amerikanskoj gegemonii“, 8. August 2022, <https://smotrim.ru/video/2456598>, 11.08.2022.
- Kutscher, Tamina/Himmelspach, Anton: Die russische Medienlandschaft. Alles Propaganda? Bundeszentrale für politische Bildung, 8. März 2018, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/47996/die-russische-medienlandschaft/>, 29.10.2022.

- Lewada-Zentrum: Umfrage über den Konflikt mit der Ukraine vom Juli, 2022, 1. August 2022, <https://www.levada.ru/2022/08/01/konflikt-s-ukrainoj-iyul-2022-goda/>, 29.10.2022.
- LSM.lv: „Saeima committee names Russia terrorist state“, 2. August 2022, <https://eng.lsm.lv/article/politics/saeima/saeima-committee-names-russia-terrorist-state.a467729/>, 29.10.2022.
- NTV: „Russland verteilt Pässe an Ukrainer“, 11. Juni 2022, <https://www.n-tv.de/politik/Russland-verteilt-Paesse-an-Ukrainer-article23392281.html>, 29.10.2022.
- NTV: „RT-Moderator ruft zum Kindermord auf“, 26. Oktober 2022, <https://www.n-tv.de/politik/RT-Moderator-ruft-dazu-auf-ukrainische-Kinder-zu-toeten-russischer-Staatssender-entlaesst-Krassowski-artic-le23670596.html?fbclid=IwAR22QZAdDIXfSUplN3NSWmxDCeX7BuGmolgmb5XEYYAfudkbFq6n7UN6I,26.10.2022.>
- Rat der Europäischen Union: EU-Sanktionen gegen Russland: ein Überblick, 16. August 2022, <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/sanctions-against-russia-explained/>, 29.10.2022.
- Rat der Europäischen Union: Verordnung (EU) Nr. 269/2014, 17. März 2014, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0269-20220721&from=DE>, 29.10.2022.
- RedaktionsNetzwerkDeutschland: „Nach Protestaktion im TV: Russische Journalistin arbeitet künftig für ‚Welt‘“, 12. April 2022, <https://www.rnd.de/medien/marina-owsjannikowa-protestierende-russische-journalistin-arbeitet-kuenftig-fuer-welt-UUDBD2R7QLIT5FCM2IC33SWVFQ.html>, 29.10.2022.
- RT DE: „Nazis und Neonazis demonstrieren in Kyjiw: Marsch zu Ehren der ukrainischen Waffen-SS-Division“, 30. April 2021, <https://pressefreiheit.rtde.live/europa/116852-in-kiew-kommen-neonazis-an/>, 18.11.2022.
- RT DE: „Sie haben sich wie Faschisten verhalten“ – Ukrainische Truppen verwüsteten das Dorf Sinezki“, 22. August 2022, <https://pressefreiheit.rtde.live/kurzclip/s/video/146797-sie-haben-sich-wie-faschisten/>, 18.11.2022.
- RT DE: „Staatswissenschaftlerin zur Vorgeschichte des Ukraine-Krieges: ‚Russen und Ukrainer sind ein Volk!‘“, 7. September 2022, <https://pressefreiheit.rtde.live/international/148052-staatswissenschaftlerin-zur-vorgeschichte-ukraine-krieges/>, 19.09.2022.
- RT DE: „Ball absurd“ für die Ukraine – Der Tanz am Abgrund“, 2. Mai 2022, <https://pressefreiheit.rtde.live/meinung/137547-tanz-am-abgrund/>, 12.05.2022.
- RT DE: Interview mit dem Ökonom Eike Hamer, 6. September 2022, <https://rtde.si/te/kurzclips/video/148099-okonom-deckt-auf-bundesregierung-will/>, 18.11.2022.
- RT DE: „Energiekrise“, o. D., <https://pressefreiheit.rtde.live/themen/energiekrise/>, 24.10.2022.
- RT DE: „Energiearmut in Deutschland nimmt weiter zu“, 22. Oktober 2022, <https://pressefreiheit.rtde.live/inland/152275-energiearmut-in-deutschland-nimmt-weiter-zu/>, 24.10.2022.

- Sankin, Wladislaw: „Panzerhaubitzen am 22. Juni: Warum Medwedew die Deutschen an die Leningrader Blockade erinnert“, RT DE, 25. Juni 2022, <https://pressefreiheit.rtde.live/meinung/141857-panzerhaubitzen-am-22-juni-oder-warum-medwedew-deutschen-leningrader-blockade-erinnert/>, 14.09.2022.
- Simon, Gerhard: Russlands Griff nach der Weltmacht. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 15/2022, S. 139–149, <https://link.springer.com/article/10.1007/s12399-022-00917-5>, 29.10.2022.
- Simon, Gerhard: War die Ukraine eine Kolonie? In: Beck, Marieluise (Hrsg.): Ukraine verstehen. Auf den Spuren von Terror und Gewalt, Bundeszentrale für politische Bildung, 2020, S. 114–116, https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Leseprobe_BPB10875_ISBN9783838216539.pdf, 29.10.2022.
- SNA: Russlands Außenministerium: „EU unterstützt Völkermord durch Waffenlieferungen an die Ukraine“, 28. Februar 2022, <https://snanews.de/20220228/russlands-aussenministerium-eu-unterstuetzt-5597853.html>, 29.10.2022.
- Spahn, Susanne: Russische Medien in Deutschland. Die Bundestagswahlen 2021 – Zwischen Einflussnahme und Desinformation. Friedrich Naumann Stiftung: Potsdam 2022, <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/1210>, 29.10.2022.
- Spahn, Susanne: Das Ukraine-Bild in Deutschland: Die Rolle der russischen Medien. Wie Russland die deutsche Öffentlichkeit beeinflusst. Verlag Dr. Kovač: Hamburg 2016.
- Spahn, Susanne: Staatliche Unabhängigkeit – das Ende der ostslawischen Gemeinschaft? Die Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine und Belarus seit 1991. Verlag Dr. Kovač: Hamburg 2011.
- Ungar, Gert Ewen: „Deutschland rutscht in die Rezession – Wie lange, hängt von der Politik ab, die sie verursacht hat“, RT DE, 7. September 2022, <https://rtde.site/meinung/148140-deutschland-rutscht-in-rezession-wie/>, 18.11.2022.
- Vodafone: Info: Einstellung der Verbreitung von RTR Planeta bei Vodafone, 3. Juni 2022, <https://forum.vodafone.de/t5/Andere-TV-Geräte/Info-Einstellung-der-Verbreitung-von-RTR-Planeta-bei-Vodafone/td-p/2933103>, 29.11.2022.
- Westi Nedeli, 24. Juli 2022, <https://smotrim.ru/video/2448950>, 05.09.2022.
- Wellbrock, Tom: „Ein System, das auf Angst basiert, ist zum Scheitern verurteilt“, RT DE, 23. Oktober 2022, <https://pressefreiheit.rtde.live/meinung/152308-system-auf-angst-basiert-ist/>, 24.10.2022

Kapitel 4 Russlands außenpolitische Determinanten: Expansionspolitik und „Imperialismus“ seit 1991

Olha Husieva

Abstract: Die russische Expansionspolitik und der Imperialismus sind kein neues Phänomen. Seit dem Zerfall der Sowjetunion liebäugeln die russischen Machthaber im Kreml mit der Idee, das verlorene Imperium wieder aufzubauen und die Weltordnung zu revidieren. Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die wichtigsten Determinanten der russischen Außenpolitik seit den 1990er Jahren, zeigt auf, welche Grundgedanken hinter Russlands imperialistischer Politik stehen und analysiert Moskaus wichtigstes Instrumentarium für seine expansionistischen Aktivitäten. Die wiederholte Präsenz gewisser Ideologien, Narrative und Methoden in verschiedenen Kampagnen, seien es konventionelle oder hybride, bestätigen die Existenz eines Musters in der russischen Außenpolitik seit den 1990er Jahren, auf dem der russische Expansionismus beruht. Während dies in der westlichen Welt nicht selten übersehen wurde, haben einige Wissenschaftler in ihren Arbeiten seit vielen Jahren davor gewarnt. Zu ihnen gehörte auch unser Kollege und renommierter Russlandexperte *Dr. Hannes Adomeit* (1942–2022), der die Ideologien und Ziele der russischen politischen Elite genau durchschaute und den Einmarsch Moskaus in der Ukraine in vollem Umfang vorhersagte. Dieses Kapitel ist Dr. Hannes Adomeit gewidmet und stützt sich auf seine zentralen Thesen.

Schlüsselwörter: Velikaya derzhava, Pravoslavie, Pobeda, der Große Vaterländische Krieg, Revanchismus, Transnistrien, Tschetschenienkriege, Krieg in Georgien, „eingefrorene Konflikte“, Donbas-Krise, Primakow-Doktrin

1. Einleitung

*Man kann sagen, dass wir (Russland) eine Ausnahme
unter den Nationen sind. Wir [...] nur existieren,
um der Welt eine große Lektion zu erteilen.*

Pjotr Chaadajew, „Filosofskije Pis'ma“¹, 1836

Nach dem brutalen russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 konnte man in den russischsprachigen sozialen Medien ein plötzliches Auftauchen der Äußerungen von Pjotr Chaadajew beobachten. Als einer der schärfsten Kritiker des russischen Imperiums in der russischen philosophischen Bewegung des 19. Jahrhunderts wurde er als „geisteskrank“ bezeichnet und die Veröffentlichung seiner Texte wurde verboten. Als jedoch Anfang dieses Jahres die Kriegsverbrechen der russischen Armee in Butscha, Irpin und Isjum aufgedeckt wurden, griffen die Intellektuellen auf seine skandalösen Texte über die Entfremdung Russlands von der „universellen Kultivierung des Menschengeschlechts“² zurück, um eine Erklärung für diese tragischen Ereignisse zu finden. Die Welt erlebte einen totalen Schock durch die Entwicklung von Wladimir Putins „spezieller Militäroperation“, die zu epochalen sicherheitspolitischen Veränderungen führte.

Für viele westliche Russlandexperten oder diejenigen, die die russische Welt (z. B. Osteuropa und die baltischen Staaten) kennen, stellt Putins Expansionskurs im Jahr 2022 jedoch kaum eine unerwartete Novität dar. Die imperialistische Politik, der Expansionismus in der engeren Nachbarschaft sowie die Anwendung ähnlicher Kriegsmethoden (Desinformationskampagnen, Deportationen, „Umerziehung“, Angriffe auf die Zivilbevölkerung usw.) sind eine langjährige Gewohnheit Moskaus, die, wie wir heute am Beispiel der Ukraine sehen, im Westen entweder aufgrund einer systematischen Fehleinschätzung Russlands, eines Missverständnisses der Signale des Kremls oder einer bewussten Politik der „geschlossenen Augen“ übersehen wurde. Nur ein rationaler Blick auf Russland und eine frühzeitige Einschätzung seines außenpolitischen Handelns kann eine Garantie dafür sein, dass sich weder die Über- noch die Unterschätzung Russlands wiederholen.

1 Chaadajew, Pjotr: *Filosofskije Pis'ma* [Philosophische Briefe], 1836.

2 Ebd.

2. Das alte „neue“ Russland: Die ideologischen Implikationen des modernen russischen Imperialismus

Rechtlich gesehen ist die moderne Russische Föderation ein „rechtmäßiger Nachfolger“ der Sowjetunion (UdSSR).³ Laut Putin ist dies „selbstverständlich“, weshalb auf seine Initiative hin eine entsprechende Änderung in die Verfassung der Russischen Föderation im Jahr 2020 aufgenommen wurde.⁴ Die Resolution 55/153 der UN-Generalversammlung „Nationality of natural persons in relation to the succession of States“, der zufolge alle 14 anderen Sowjetrepubliken gleichberechtigte Nachfolger sind, wurde ignoriert. In Wirklichkeit wird diese russische Kontinuität⁵ wirtschaftlich (Russland hat einen Großteil der sowjetischen Auslandsschulden bezahlt⁶), diplomatisch (z. B. Übernahme des UdSSR-Sitzes im UN-Sicherheitsrat durch Russland) und vor allem ideologisch dargestellt.

Seit den 1990er Jahren begann sich der russische ideologische Raum zu entwickeln, wobei selektive Merkmale nicht nur aus der Sowjetunion, sondern auch aus dem zaristischen Russland übernommen wurden. Wenn nicht wirtschaftlich, so doch ideologisch fand in den 1990er Jahren fast jeder russische Bürger seinen Platz im neuen Russland. Neben zahlreichen anderen Merkmalen besteht der komplizierte „Ideologiemix“ des heutigen Russlands aus den folgenden vier, manchmal widersprüchlichen „Zutaten“. Es ist wichtig zu erwähnen, dass sie alle als grundlegender Aspekt des „Putinschen Imperialismus“ erkannt werden können.

2.1. „Velikaya derzhava“: Groß(es) Russland

Es handelt sich um ein wieder auftauchendes Phänomen in der russischen Geschichte, das seinen Ursprung im zaristischen Russland der zweiten

3 UN General Assembly: Nationality of Natural Persons in relation to the Succession of States, Resolution 55/153, 12 December 2000, https://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/draft_articles/3_4_1999.pdf, 16.09.2022.

4 TASS: „Putin predlozhit sakrepiť w Konstituzii prawopreemstwo Rossii w otnoshenii SSSR“ [Putin schlug vor, die Nachfolge Russlands in der UdSSR in der Verfassung zu verankern], 2. März 2020.

5 Mehr zum Phänomen der russischen Kontinuität finden Sie in dem Kapitel von Jakob Wöllenstein „Der Ukraine-Krieg als regionale Konfrontation“ in diesem Sammelband.

6 Seager, Ashley: „Russia pays off its Soviet era debts to the west“, The Guardian, 22. August 2006.

Hälfte des 17. Jahrhunderts hat, nämlich *Velikaya Rossiya* (unter Verwendung eines geografischen Konstrukts, das wörtlich „Groß(es) Russland“ bedeutet).⁷ In erster Linie als innenpolitisch orientierte Politik der Selbstkolonisierung eingesetzt, wie bei Alexander Etkind, ging das Konzept schließlich in die Außenpolitik über⁸ – parallel zur Gründung Russlands als Imperium und dementsprechend als Großmacht. Zwischen dem „velikoderzhavnyi“-Konzept und der *Realpolitik* gibt es viele Gemeinsamkeiten, u. a. das natürliche Recht des größeren Staats gegenüber dem kleineren, weniger bedeutenden. Das Paradoxe an diesem ideologischen Aspekt ist die Nichterfüllung des russischen „Großmacht“-Anspruchs, oder wie Anatoly Reshetnikov es ausdrückt: Russland hat oft davon gesprochen, eine Großmacht zu sein, und hatte immer Probleme damit, als solche anerkannt zu werden.⁹ Das gleiche Dilemma erlebt Putin – ausgehend von der demütigenden Niederlage im Kalten Krieg und der Zerstörung der Sowjetunion durch die „schwache Hand von Gorbatschow“. ¹⁰ Nach Putins Ansicht wird Russland zu Unrecht vom Westen/der NATO unterdrückt, und ihm bleibt nichts anderes übrig, als sich dieser modernen Weltordnung zu widersetzen, in der *Velikaya Rossiya* mit kleineren souveränen Staaten auf eine Stufe gestellt oder ganz ausgegrenzt wird.

Die Diplomatie ist ein gutes Feld, um den Wunsch Russlands zu veranschaulichen, als Großmacht wahrgenommen zu werden. So brachte Putin dies u. a. dadurch zum Ausdruck, dass er sämtliche Regierungschefs der Welt im Rahmen von offiziellen Treffen auf sich warten ließ.¹¹ Russland erwartete zudem, von den Verbündeten eingeladen zu werden, der NATO beizutreten und sich nicht wie die kleineren Staaten um einen Beitritt zum Bündnis bewerben zu müssen.¹² Schließlich verwandelte sich diese „geo-

7 Adomeit, Hannes: Putin's 'Greater Russia': misunderstanding or mission? Raam op Rusland, 27. Februar 2018.

8 Siehe Etkind, Alexander: *Internal Colonization: Russia's Imperial Experience*. Cambridge: Polity Press, 2011.

9 Reshetnikov, Anatoly: *Uses of Greatness in Russian International Politics: A Conceptual History of Velikaya Derzhava*, Department of International Relations, Central European University: Budapest, 2018, S. 4.

10 Ponomarjowa, Alja: „Poslednij general'nyj sekretar“ [Der letzte Generalsekretär], Radio Free Europe/Radio Liberty, 2. März 2016.

11 Laut Statista wurde der Rekord bei einem Treffen mit der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgestellt, die 4 Stunden und 15 Minuten auf den Kreml-Chef warten musste. Vgl. McCarthy, Niall: *Putin Likes To Keep Other World Leaders Waiting*, Statista, 16. Juli 2018.

12 Mehr dazu im Kapitel von Joris Van Bladel „Der Ukraine-Krieg als Folge geopolitischer Rivalität“ in diesem Sammelband.

politische Unsicherheit“ in die Überzeugung, dass das russische System dem westlichen überlegen ist, und so glaubte der Kreml – nicht ohne die Ermutigung der anti-westlichen (meist anti-amerikanischen) Regime – an seine „Vormachtstellung“. In den letzten zehn Jahren hegte Moskau den Plan, eine Koalition antiwestlicher Akteure zu vereinen und anzuführen – etwas, das moderne Experten als die Entwicklung der Rivalität zwischen „Diktaturen versus Demokratien“ bezeichnen.¹³

In Bezug auf den Wettbewerb zwischen China und Russland um die führende Rolle in der oben genannten Einheit betont Hannes Adomeit:

„... Putin's Russia has more of a problem providing proof positive that its system is superior to that of the West. Lavrov has argued that „a big debate is underway about which [system] is more effective. The coronavirus infection has taken the debate up a notch.“ The question had arisen, therefore, „To what extent the Western democracies have shown themselves capable of opposing this absolute evil and to what extent countries with centralized, strong and „authoritarian“ government have been successful. History will be the judge.“...The more than preliminary verdict, however, is that China has been much more successful than Russia, both in terms of controlling the virus and in economic performance“.¹⁴

Auch Bastian Giegerich und Maximilian Terhalle bestätigen, dass Russland in diesem Stadium der Geschichte nicht in der Lage ist, eine neue Weltordnung durchzusetzen: „Russia suffers from a myriad of economic and political weaknesses and, unlike China, does not have the potential ability to shape a new world order, it is still strong enough to act as a ‚spoiler‘ state within the existing order [...]“.¹⁵ Der derzeitige Krieg in der Ukraine ist ein gutes Beispiel dafür, dass Russland nicht in der Lage ist, den Titel einer Supermacht zu verteidigen, es aber dennoch schafft, die bestehende Weltordnung zu vergiften – nicht nur konventionell in der Ukraine, sondern auch asymmetrisch in Europa.

13 Vgl. Szulecki, Kacper/Wig, Tore: The War In Ukraine Is All About Democracy Vs Dictatorship, CEU Democracy Institute, 9. April 2022.

14 Adomeit, Hannes: Russia's Strategic Outlook and Policies: What Role for China? In: Kirchberger, Sarah/Sinjen, Svenja/Wörmer, Nils (Hrsg.): Russia-China Relations. Emerging Alliance or Eternal Rivals? Springer: Cham 2022, S. 32 – 33.

15 Giegerich, Bastian/Terhalle, Maximilian: The Responsibility to Defend: Re-thinking Germany's Strategic Culture. Routledge: London 2021, S. 98.

2.2. „Pravoslavie“: Russische Orthodoxie

Die orthodoxe Kirche nimmt in der modernen russischen Ideologie einen wichtigen Platz ein. *Pravoslavie* (wörtlich von rus. *Pravo* – Recht, d. h. ein korrektes Christentum im Gegensatz zum katholischen Zweig) ist einer der Hauptmechanismen, die das russische Gefühl des Exzeptionalismus in seinen Außenbeziehungen mit dem Westen seit der zaristischen Zeit ausmachen. Ursprünglich übernahm die Kiewer Rus' ihr Christentum vom Byzantinischen Reich und während der Entstehung Moskaus und des Falls von Konstantinopel 1453 wurde der Name der „Hauptstadt der Orthodoxie“ kurzerhand von Moskau übernommen. Bereits im 16. und 17. Jahrhundert wurde ein entscheidendes politisches Konzept geboren: „Moskau ist das dritte Rom [...]“¹⁶, das dem wachsenden Reich eine Rechtfertigung für seine Ausnahmestellung und eine einzigartige historische Berufung gab. Darüber hinaus gab die russische Rolle als Nachfolger des byzantinischen orthodoxen Reichs Moskau eine ideologische Grundlage für die Vereinigung aller orthodoxen „Bruderschafts“-Nationen in einem *Pravoslavny Mir* (der orthodoxen Welt). Mit ihrer streng hierarchischen Natur rechtfertigte die Kirche in der zaristischen Zeit den Imperialismus und man kann durchaus feststellen, wie Putin sie auf dieselbe Weise nach innen – zur Rechtfertigung des Autoritarismus – und nach außen – zur Begründung eines natürlichen Anspruchs auf die benachbarten orthodoxen Nationen wie die Ukraine und Belarus – benutzt:

„[...] Russen, Ukrainer und Belarussen sind die Erben des alten Russlands, das der größte Staat in Europa war. Slawische und andere Stämme in dem riesigen Raum – von Ladoga, Nowgorod, Pskow bis Kiew und Tschernigow – waren durch eine Sprache vereint [...]. Und nach der Taufe Russlands – ein orthodoxer Glaube. Die geistige Wahl des Heiligen Wladimir, der sowohl Fürst von Nowgorod als auch Großfürst von Kiew war, bestimmt noch immer weitgehend unsere Verwandtschaft.“¹⁷

16 Klimenko, A. N.: Konzepcija „Moskwa – Tretij Rim“ w geopolititscheskoj praktike I. W. Stalina [Das Konzept „Moskau – Drittes Rom“ in Stalins geopolitischer Praxis]. In: *Westnik Moskovskogo gosudarstwenno lingwistitscheskogo universiteta*, Nr. 24 (684), 2013, S. 124–132.

17 Putin, Wladimir: Ob istoritscheskom edinstwe russkih i ukrainzew [Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern], Kreml, 12. Juli 2021.

2.3. „Wir“ versus „den Westen“

Mithilfe der orthodoxen Kirche entstand ein weiteres Merkmal des russischen Gefühls des Exzeptionalismus in Geschichte und Weltpolitik. Das kollektive Konzept des „Westens“ hat sich durch das Wirken des chauvinistischen Schriftstellers Fjodor Tjutschew in der Mitte des 19. Jahrhunderts im russischen Wortschatz verankert. In seinem Traktat „Russland und der Westen“ skizziert der Autor die endgültigen und unüberwindbaren Unterschiede zwischen Russland und dem Westen (in diesem Fall den europäischen Ländern). Seiner Erklärung zufolge sind die europäischen Länder eher materialistisch und praktisch veranlagt, während Russland von Gott auserwählt, geleitet und beschützt wird. Tjutschew kritisiert den Katholizismus, den Protestantismus und die Revolutionen und stellt fest, dass es „uns“ und „sie“ gibt.¹⁸

Diese Hypothese wurde während des Kalten Kriegs gepredigt und weiterentwickelt und fand einen bequemen Platz in der bunten Ideologie des neuen Russlands. In den frühen 2000er Jahren gewannen die sogenannten „imperialen Romantiker“ in Russland an Popularität, denen zufolge die Notwendigkeit der Schaffung eines starken Staats und territorialer Errungenschaften von wesentlicher Bedeutung ist. Traditionelle imperialistische Werte wie Autokratie, Orthodoxie und Nationalität wurden von der modernen russischen Ideologie übernommen, die auch an die Feststellung einer grundlegenden Unterscheidung zwischen „uns“ und „sie“ erinnert. Der einzige Unterschied besteht darin, dass Tjutschews Definition des „Westens“ als anti-europäisches Konzept durch ein anti-amerikanisches angereichert wurde.¹⁹

2.4. Post-sowjetische Nostalgie

Putin ist mit seiner Trauer um das verlorene Sowjetimperium sicherlich nicht allein, sondern einer von vielen weiteren Russen, die ihre wirtschaftliche Stabilität verloren haben und sich nicht an die sich schnell verändernde Marktwirtschaft der 1990er Jahre anpassen konnten. Für diese Menschen war es logisch, dem Westen – dem Gewinner des Kalten Kriegs

18 Tarasov, Boris: Russia and The West in The History of Fyodor Tyutchev. In: Literary Journal, Nr. 19, 2005, S. 41–53.

19 Letov, Oleg: Russia and The West: The Problem of Russian Identity. In: Human Being: Image and Essence. Humanitarian Aspects 3–4, H. 30–31, 2017, S. 67 ff.

– die Schuld zu geben, da es die westliche Demokratie und das westliche Wirtschaftssystem waren, die die sozialistische Welt ersetzten. Das Gefühl des Verlustes war für die postsowjetische Gesellschaft besonders bitter, da gerade sie die „Nation der Sieger“ des Zweiten Weltkriegs (in Russland: des Großen Vaterländischen Kriegs) war. Diejenigen, die Europa vom Naziregime befreit hatten, mussten nun auf der Strafbank der Geschichte sitzen bleiben. Der heutige Kreml macht sich diese Nostalgie und das Gefühl der Ungerechtigkeit in der Gesellschaft meisterhaft zu Nutze und verspricht seinem Volk durch Propaganda eine historische Revanche am Westen. Zwanzig Jahre lang wurde das Narrativ des Zweiten Weltkriegs stark politisiert, sodass *pobeda* (Sieg) und die Paraden am 9. Mai zu einer heiligen (und rein russischen) Errungenschaft wurden.

Hannes Adomeit beschreibt treffend, wie in der Neuzeit die russische Expansionsgeschichte rein „heroisch“ und „glorreich“ dargestellt wird:

„...es gibt dunkle Seiten, aber im Vergleich zu anderen Staaten, vor allem den USA, sind diese wenig bedeutsam. In seiner Geschichte hat Russland immer wieder „glänzende“ militärische Siege über die Invasoren aus dem Westen [...]. Der Große Vaterländische [...] ist ein Beweis für Patriotismus und Opferbereitschaft der Bevölkerung und für die Notwendigkeit, stets militärisch gerüstet zu sein. [...] der Molotow-Ribbentrop-Pakt ist keineswegs als moralisch verwerflich abzuwerten, sondern war objektiv notwendig – ein historisch gerechtfertigter Akt der Staatsräson. Die Schrecken der sowjetischen Besatzung des Baltikums, Polens und anderer territorialer Zuweisungen aus dem Hitler-Stalin-Pakt im Zeitraum vom September 1939 bis Juni 1941 werden ignoriert. Die Errichtung der Sowjetherrschaft in diesen Gebieten nach 1944 wird als Befreiung dargestellt.“²⁰

Das neue Russland hat die Kernideen des alten Russlands (sei es das sowjetische oder das zaristische) nie wirklich hinter sich gelassen, sondern sie schrittweise als bestimmende Faktoren für seine moderne Innen- und Außenpolitik eingeführt. Alle Versuche, eine völlig neue Annäherung an den Westen herbeizuführen, sind gescheitert, und zwar lange bevor die NATO mit ihrer Osterweiterung die nationale Sicherheit Russlands „bedrohte“. Adomeit zufolge geschah dies bereits 1993, als *derzhavniki*²¹,

20 Adomeit, Hannes: Innenpolitische Determinanten der Putinschen Außenpolitik. In: SIRIUS, Vol. 1, H. 1, Februar 2017, S. 49.

21 Konnte auch in der Literatur als *gosudarstvenniki* gesehen werden: Vertreter der Staatsmacht; diejenigen in der Politik, die für einen mächtigen Staat eintreten, der die Ordnung aufrechterhalten kann. Mehr dazu siehe Sergunin, Alexander:

den neuen transatlantischen Ansatz des damaligen Außenministers Andrej Kosyrew demontierten, indem sie ihn beschuldigten, Russland zu einem „Lakaien“ der USA zu machen.²² Die *derzhavniki* konnten unter ihrem ideologischen Dach russische Nationalisten, Chauvinisten, „Eurasisten“, „Neo-Slawophile“ und sogar Kommunisten vereinen²³. Die Verschiebung der letzten bedeutete für Gennadi Sjaganow, den Führer der Kommunistischen Partei, eine Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 1996. Den neuen Imperialisten bot der Kreml sehr bald ein (diplomatisches) Projekt zum Wiederaufbau des verlorenen Imperiums an – mit Hilfe der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS, gegründet 1991) und schließlich der Eurasischen Wirtschaftsunion (2015). Als solches präsentierte Russland den ehemaligen Sowjetrepubliken die Plattformen für die Zusammenarbeit, die als Alternativen zur Europäischen Union (EU) dargestellt wurden. Dies könnte als eines der *Soft Power*-Instrumente des Kremls auf dem Weg zum Wiederaufbau des verlorenen Imperiums betrachtet werden. Jedoch wurden die russischen *Hard Power*-Instrumente nie in den Regalen der Geschichte abgelegt.

3. Die russischen Appelle an die historische Hegemonie: Transnistrien und Tschetschenien

Zuallererst ist es wichtig, das russische Verständnis von seiner historischen Hegemonie zu erfassen. Wie jedes andere Reich in der Geschichte der Menschheit hatten sowohl das zaristische als auch das sowjetische Russland nie eine stabile Grenzlinie – die Regionen kamen und gingen, manchmal friedlich, meist aber als Ergebnis militärischer Auseinandersetzungen. Auf welche Karte Russlands bezieht sich also das postsowjetische Moskau, wenn es von seinem „natürlichen Recht“ auf Einfluss als *Hegemon* spricht? Anfang der 1990er Jahre war das Ziel der Kommunisten und Revanchisten klar: Ein neues Russland in den Grenzen der UdSSR aufzubauen. Es wird oft angenommen, dass dieser Imperialismus nur Putin zuzuschreiben ist, aber in Wirklichkeit wurde der Grundstein dafür während der Amtszeit von Boris Jelzin (1991–1999) entwickelt.

Explaining Russian Foreign Policy Behavior: Theory and Practice. Ibidem Press: Stuttgart 2016.

22 Adomeit, Russia's Strategic Outlook and Policies, 2022, S. 18.

23 Adomeit, Hannes: Müssen wir Russland besser verstehen lernen? Eine kritische Auseinandersetzung mit den Argumenten für eine neue Russlandpolitik. In: SIRI-US, Vol. 3, H. 3, September 2019, S. 227.

Nach etwas, das schließlich als Jelzin-Doktrin²⁴ getauft wurde, ist *bliznoye zarubezje* (Nahe Nachbarschaft) – als Betrachtung des postsowjetischen Raums – eine „exklusive“ russische Einflussosphäre bei der Moskau von den Vereinten Nationen forderte als „Garant für Frieden und Stabilität in der Region“ anerkannt zu werden.²⁵ Der damalige Außenminister Andrej Kosyrew spezifizierte dieses Gebiet: Es handele sich um „die Länder der GUS und die baltischen Republiken“. Ihm zufolge würde ein Abzug der russischen Truppen ein Machtvakuum und eine Sicherheitsbedrohung für die russischsprachige Bevölkerung bedeuten. Ein damaliges Mitglied des Präsidialrats, Andranik Migranyan, merkte hingegen an, dass die postsowjetischen Staaten ein vorübergehendes Phänomen seien und bald ein neuer Staat sie vereinen werde.²⁶ Bald darauf formuliert der neue Außenminister Jewgenij Primakow die wichtigste grundlegende politische Doktrin, die Russlands Außen- und Militärpolitik für die nächsten zwanzig Jahre bestimmen würde. Demnach akzeptiert Russland eine unipolare Welt der USA nicht, es wird die Wiederherstellung seines Supermachtstatus anstreben und gemeinsam mit China und Indien der US-Dominanz widersprechen.²⁷

Die erste Anwendung militärischer Macht durch das moderne Russland fand im Transnistrienkrieg (1990–1992) statt. Der von Jelzin aus der Sowjetzeit übernommene Konflikt war eigentlich die erste militärische Konfrontation, die durch den Zusammenbruch des UdSSR-Imperiums (oder dessen Vorbedingungen) verursacht wurde. Es wird angenommen, dass Russland zunächst kein geopolitisches²⁸ oder wirtschaftliches Interesse an der Konfrontation zwischen der nicht anerkannten Pridnestrowischen Moldauischen Republik und Moldawien hatte.²⁹ In den letzten dreißig Jahren hat der Kreml jedoch Milliarden von russischen Rubel in die Wirtschaft der PMR (die über 70 Prozent ihres Budgets ausmachen)³⁰ und in ihre „Friedensoperation“ gesteckt. Ist dieses potenzielle Sprungbrett, das relativ klein und nicht dicht besiedelt ist, tatsächlich lohnenswert?

24 Könnte auch als „Kosyrew-Doktrin“ bezeichnet werden.

25 Adomeit, Putin's 'Greater Russia', 2018.

26 Litera, Bohuslav: The Kozyrev Doctrine – a Russian Variation on the Monroe Doctrine. In: Perspectives 4, 1994/95, S. 45.

27 Kainikara, Sanu: Russia's Return To The World Stage: The Primakov Doctrine – Analysis, Eurasia Review, 5. November 2019.

28 Bis zum Krieg in der Ukraine, als Transnistrien im Bedarfsfall als zusätzlicher strategischer Stützpunkt für das russische Militär zur Verfügung stand.

29 Adomeit, Hannes: Russia and its Near Neighbourhood: Competition and Conflict with the EU, College of Europe, Natolin Research Papers, 04/2011, S. 54.

30 Puiu, Victoria: „Can Russia Afford Transnistria?“, Eurasianet, 18 February 2015.

Insbesondere wurde der Fall Transnistrien – vor den Augen des Westens und der UNO – als praktisches Beispiel für Kosyrews Warnungen vor der Gefahr eines „Machtvakuum“ im postsowjetischen Raum nachgewiesen: Wenn Russland abzieht, werden anderswo ähnliche Krisen entstehen. Zudem wurde Transnistrien in gewisser Weise zu einem Präzedenzfall, zu einem ersten Appell zur Wiederherstellung des verlorenen Imperiums. Des Weiteren stellte diese Erfahrung eine Fallstudie für das künftige Engagement des Kremls in seinem *bliznoye zarubezje* dar. Ausgehend von der transnistrischen Erfahrung würde der russische Expansionismus Instrumente wie die folgenden anpassen und verfeinern:

- „Friedensoperation“: Russische Truppen sind die friedensstiftenden Einheiten, ähnlich wie die UN-Blauhelme. Russische Politiker beteiligen sich aktiv an der Ausarbeitung von Friedensabkommen (z. B. das Kozak-Memorandum von 2003).³¹ Russland stützt sich nicht auf bereits bestehende internationale Abkommen (da diese „pro-westlich“ sind), sondern schafft seine eigene internationale Ordnung und seinen eigenen Rechtsraum;
- „Schutz“ der russischsprachigen Bevölkerung: Die Verwendung der *lingua franca* als Argument für die Zugehörigkeit zum *russkiy mir* (russische Welt);
- Gönner-Klient-Beziehungen mit Separatisten³²: eine *Proxy*-Methode, die es beiden Seiten ermöglicht, davon zu profitieren;
- „Einfrieren“ des Konflikts³³: Dies würde es Russland erlauben, das Gebiet wirtschaftlich zu erschöpfen, um den Aufbau von Kapazitäten für einen Gegenangriff zu verhindern sowie die Konfrontation so lange wie möglich hinauszuzögern, um die Ursachen des Konflikts in der öffentlichen Erinnerung zu löschen und seine aktive Lösung von außen zu verhindern.

Neben *bliznoye zarubezje* konnte man in den russischen Medien, in offiziellen Dokumenten oder in Reden von Politikern solche Begriffe wie *russkiy*

31 Mehr zum Kozak-Memorandum 2003 siehe: Russian Draft Memorandum on the basic principles of the state structure of a united state in Moldova (Kozak Memorandum), 17. November 2003, <http://stefanwolff.com/files/Kozak-Memorandum.pdf>, 12.11.2022.

32 Mehr zum Konzept siehe Kosienkowski, Marcin: The patron–client relationship between Russia and Transnistria. In: Hoch, Tomáš/Kopeček, Vincenc (Hrsg.): *De Facto States in Eurasia*. Routledge: Abingdon 2019, S. 183–207.

33 Siehe Rácz, András: Russia's Hybrid War in Ukraine. Breaking the Enemy's Ability to Resist, FIIA Report 43, 2015.

mir (russische Welt) und *bratskije narody* (brüderliche Nationen) entdecken. Sie verweisen auf eine Art natürliche, wenn auch nicht explizite Zugehörigkeit zu Moskaus Autorität. Diese Konzepte sind jedoch ebenso fließend wie die potenziellen Grenzlinien einer solchen Hegemonie. Die russische Hegemonie ist nicht nur die Einheit der russischsprachigen Nationen oder nur der orthodoxen Gläubigen. Wie bei jedem anderen Imperium gibt es auch hier kein einheitliches Merkmal, das die Gebiete vereint, es sei denn, es handelt sich um (nicht erzwungene) wirtschaftliche Vorteile³⁴, eine (erzwungene) Zentralmacht oder militärische Anstrengungen, die sie zusammenführen. Während die Kreml-Ideologen bei der Ukraine und Belarus bequem die bereits erwähnten Faktoren wie Orthodoxie oder gemeinsame Sprache als Einigungsfaktoren einsetzen konnten, gibt es für die überwiegend muslimische, ethnisch nicht-slawische Kaukasusregion³⁵ keine derartigen *Soft Power*-Mechanismen.

Der Erste (1994–1996) und der Zweite (1999–2009) Tschetschenienkrieg nähren eine Theorie über den *stroptivj Kavkaz* (hartnäckigen Kaukasus), die sich auf die langwierigen, komplizierten und blutigen Expansionskriege des zaristischen Russlands im Kaukasus zu Beginn des 18. bis Anfang des 19. Jahrhunderts beziehen.³⁶ Die *vol'nye gortsy* (freie Völker der Berge)³⁷ welches sich seit Jahrhunderten gegen den russischen Imperialismus auflehnt, wollte die Chance des Zusammenbruchs der UdSSR 1991 nutzen und sich mit den übrigen Sowjetrepubliken von der Herrschaft Moskaus lösen. Der tschetschenischen Republik Itschkeria wurde dies jedoch von den russischen Machthabern verwehrt. Jelzin, der befürchtete, dass der Tschetschenienkrieg zu einem Präzedenzfall für die Abspaltung anderer

34 Im Falle Russlands und seiner eigenen wirtschaftlichen Herausforderungen wäre dieses Instrument weniger wirksam. Vgl. Ćwiek-Karpowicz, Jarosław: Limits to Russian Soft Power in the Post-Soviet Area, DGAP Analyse Nr. 8, Juli 2012.

35 Siehe dazu weiterführend Hansen, Stefan: Die Außen- und Sicherheitspolitik der Republik Armenien. Komplementäre Entscheidungen in systemischer Konkurrenz zwischen Ost und West. Nomos: Baden-Baden 2021.

36 Mehr über die Geschichte des russischen Imperialismus im Kaukasus siehe Jahn, Hubertus (Hrsg): Identities and Representations in Georgia from the 19th Century to the Present. De Gruyter/Oldenbourg: Berlin/Bonn 2021.

37 *Vol'nye gortsy* (freie Völker der Berge) ist ein Begriff, der an den Namen der sowjetischen Zeitung im Südkaukasus Bezug nimmt und auf dem Stereotyp beruht, dass alle kaukasischen Bewohner vor allem ihre eigene Freiheit bewundern.

föderaler Bezirke werden könnte³⁸, reagierte mit militärischer Macht³⁹. Damit demonstrierte der Kreml auch dem Westen, dass er bereit sei, die „natürliche Hegemonie“ Russlands militärisch zu verteidigen. Der brüchige Frieden, den Jelzin nach dem ersten Tschetschenienkrieg geschlossen hatte, war für beide Seiten eher eine operative Pause als eine realistische Regulierung der Konfrontation. Als Putin die politische Macht übernahm, begann er, sich den Ruf eines „Herrschers mit starker Hand“⁴⁰ zu erarbeiten, der „Unruhen“ beseitigt und „Ordnung“ schafft. Darüber hinaus hat gerade der Westen 1999 Putin ein starkes Beispiel für „entschlossenes und effizientes militärisches Handeln“ gegeben. Die Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO sorgte sowohl für „eine starke öffentliche Unterstützung für den neuen Krieg des Kremls“ als auch für „eine Aufhebung des Tabus gegen den Einsatz militärischer Gewalt als Instrument zur Lösung ethnischer Probleme“.⁴¹

Die „spezielle Militäroperation“ in Tschetschenien hatte wenig mit dem eingefrorenen Konflikt in Transnistrien gemeinsam, bereicherte jedoch den russischen Werkzeugkasten mit einer neuen Methodologie und Erfahrungen, die schließlich im Krieg gegen die Ukraine stark genutzt werden. Neben vielen anderen Merkmalen seien hier skizziert:

- Desinformation gegenüber der eigenen Bevölkerung: Es wird angenommen, dass Moskau falsche Angaben über die Zahl der Todesopfer unter seinen Soldaten gemacht hat⁴²;

38 Im März 1992 war die neu gegründete Russische Föderation mit der Ausarbeitung des Rechtsabkommens zwischen ihren Föderalstaaten (kraj) beschäftigt. Tschetschenien und Tatarstan waren die einzigen beiden Republiken, die sich weigerten, das Abkommen zu unterzeichnen. Tatarstan unterzeichnete das Dokument schließlich zu günstigeren Bedingungen.

39 Siehe Kipp, Jacob W.: Russia's Wars in Chechnya. In: The Brown Journal of World Affairs 8, H. 1, (Winter/Spring 2001), S. 47.

40 Zemcov A.O.: „Sil'naja Ruka“: Avtoritarnost' W Polititsheskoj Kul'ture Sowremennyh Rossijan [„Starke Hand“: Autoritarismus In Der Politischen Kultur Der Modernen Russen]. In: Politija: Analiz. Hronika. Prognoz. H. 4, 2019.

41 Arbatov, A. G.: The Transformation of Russian Military Doctrine: Lessons Learned from Kosovo and Chechnya, The Marshall Center Papers, No. 2, 2000, S. 2–3.

42 Wines, Michael: „Propaganda's Return. Popular War, Russian Style“, The New York Times, 27. Februar 2000.

- Faktor Moral: Obwohl die russischen Streitkräfte der tschetschenischen Guerilla zahlenmäßig überlegen waren, hatten sie aufgrund der starken Moral des Widerstands Schwierigkeiten, sie zu eliminieren;⁴³
- *Carpet bombing* und *urban fighting*⁴⁴: Einsatz von Luftangriffen und Bombardierungen zur Ausschaltung des Widerstands, gezielte Angriffe auf zivile Infrastrukturen und Anwendung von Terror.⁴⁵

Auch wenn der Westen eine gewisse Reaktion zeigte und die Methoden der russischen Streitkräfte in Tschetschenien kritisierte, wurde dieser Krieg immer noch überwiegend als eine interne Angelegenheit Russlands betrachtet, die es dem Kreml bewusst oder unbewusst ermöglichte, in seiner „natürlichen Hegemonie“ entsprechend seinen Ambitionen zu handeln. Die russischen militärischen Erfahrungen der 1990er Jahre schufen nicht nur einen spezifischen Werkzeugkasten, der später bei anderen expansionistischen Operationen eingesetzt wurde. Sie führten auch zur Erstellung eines neuen nationalen Sicherheitskonzepts und einer neuen Militärdoktrin (Januar–April 2000). Demzufolge wurden die Militärausgaben erhöht, die nukleare Abschreckung und der nukleare Ersteinsatz wurden zu den wichtigsten Säulen der russischen Sicherheit, und „der routinemäßige Einsatz von Streitkräften zur Bewältigung lokaler, auch innerstaatlicher, Konflikte“⁴⁶ wurde eingeführt. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass „lokale Konflikte“ durch die eigene Wahrnehmung des Kremls von seiner „natürlichen Hegemonie“ definiert werden – *bliznoye zarubezje* war einer dieser Fälle.

4. *Ein Jahrzehnt der Gewissheit: Putins Bestreben, Russland zu einer Supermacht zu machen*

In der westlichen Wissenschaft geht man oftmals davon aus, dass Putins imperialistischer Weg 2007 mit seiner bekannten Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz begonnen hat.⁴⁷ Auch wenn es sich um eine

43 Kramer, Mark: The Perils of Counterinsurgency: Russia's War in Chechnya. In: *International Security* 29, H. 3, 2004/2005, S. 5.

44 Myre, Greg: „Russia's wars in Chechnya offer a grim warning of what could be in Ukraine“, NPR, 12. März 2022.

45 Hughes, James: Russia's Wars: Ukraine and Chechnya Compared, ZOIS Spotlight 15/2022, 20. April 2022.

46 Arbatov, The Transformation of Russian Military Doctrine, 2000, S. 26.

47 Putin, Wladimir: Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy, Kreml, 10. Februar 2007.

erste internationale Ankündigung handelte, mit der Ordnung nach dem Kalten Krieg nicht einverstanden zu sein, haben die Vorbereitungen zur Wiederherstellung des verlorenen Imperiums definitiv bereits mit seinem Amtsantritt als Präsident begonnen. Zusätzlich zu den bereits erwähnten Änderungen in der Militärdoktrin trieb Putin die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voran und bestand – sobald Stabilität erreicht war – darauf, die Einnahmequellen für seine künftigen militärischen Ambitionen zu zentralisieren. Zahlreiche Untersuchungen des Teams des russischen Oppositionsführers Alexej Nawalny veranschaulichen, wie *Gazprom* den Gewinn des Landes aus dem Öl- und Gashandel angehäuft und sich zu „Putins Geldbörse“ – sowohl für die Außenpolitik als auch für die Aufrechterhaltung des kleptokratischen Regimes – entwickelt hat.⁴⁸ Genau in diesen ersten Jahren baute der russische Präsident zwei Hauptpfeiler seiner autoritären Herrschaft auf: *vertical vlasti* (die Vertikale der Macht) und die Gruppe der *siloviki* (Leute der Macht). Hannes Adomeit erläutert dazu:

“...The system he [Putin] has built has aptly been called “Putin System”. It is authoritarian, autocratic and increasingly centralized [...]. Decisions of any significance in domestic and foreign policy cannot be made without participation and consent of the Kremlin’s chief. That applies even more to the formation of basic foreign directions.”⁴⁹

Das „militärische Abenteuer“ in der Ukraine in 2022 gibt Anlass zu der Feststellung, dass nicht nur in der Innen- und Außenpolitik die wichtigsten Entscheidungen vom Kremlherrscher abgesegnet werden. Auch auf dem Schlachtfeld wurden, zumindest in den ersten neun Monaten des Kriegs, die Entscheidungen oft nach Putins politischem Bedürfnis und nicht nach operativ-taktischen Erwägungen getroffen.

Putins Glaube an die historische Hegemonie Russlands hat sich, wie man an der Rhetorik der letzten zwei Jahrzehnte ablesen kann, von der Idee des Wiederaufbaus eines Staates innerhalb der sowjetischen Grenzen zum Konzept des Russischen Reichs – einer modernen Supermacht – entwickelt. Vor allem in den letzten Jahren schwärmte der Kremlchef mehr und mehr vom russischen imperialen Ruhm und verglich sich mit Peter dem Großen.⁵⁰ Seine Außenpolitik lässt jedoch vermuten, dass Putin die Vorherrschaft des Russischen Reichs aus der Zeit Alexanders I. (1777–

48 Mehr über die Ermittlungen gegen *Gazprom* von Alexei Nawalny siehe <https://miller.navalny.com/>.

49 Adomeit, *Russia’s Strategic Outlook and Policies*, 2022, S. 17–18.

50 Die Zeit: „Putin vergleicht sich mit Peter dem Großen“, 10. Juni 2022.

1825) wiederherstellen möchte. Dies war nicht nur der Höhepunkt der militärischen Macht des russischen Imperiums, sondern auch der Höhepunkt des russischen Einflusses in Europa, als der russische Führer als „Gendarm Europas“ gefürchtet war.⁵¹ Diese Aufwertung der russischen Vorherrschaft in Europa wurde durch den Sieg in den napoleonischen Kriegen gesichert. In der heutigen Zeit würde man die gleiche Geste der Dankbarkeit für die „Befreiung“ Europas von Nazi-Deutschland erwarten. Während des Kriegs in der Ukraine im Jahr 2022 griff Putin in seinen Reden⁵² mehrfach die Ideen des russischen Imperialisten und Chauvinisten Iwan Iljin über die politische Unfehlbarkeit Russlands, die Idee der „Auserwähltheit“ des russischen Volks und der „brüderlichen Einheit“ der benachbarten slawischen Nationen um die Russen auf. Iljin propagierte ein Konzept des postsowjetischen Russlands, in dem die Ukraine (ein für ihn nicht existierender Staat, er setzte sogar das Wort „Ukrainer“ in Anführungszeichen) unbestreitbar ein Teil eines neuen Russlands sein würde.⁵³ Diese Vorstellungen sind offensichtlich wesentliche Determinanten der Außenpolitik Putins und seines Expansionismus in der Ukraine.

Die russische Nachbarschaft teilte jedoch nicht die imperialistische Vision des Kremls. Als Eduard Schewardnadse, ein moskautreuer Kandidat für das georgische Präsidentenamt, 2003 die Wahlen gegen Micheil Saakaschwili verlor, sah Putin die Gefahr, ein strategisch wichtiges Transkaukasien zu verlieren. Georgien mit seiner *Imperial Road*, die Russland mit dem Nahen Osten verbindet, ist ein wesentlicher Bestandteil für den russischen Status einer Supermacht. In Putins Augen handelte es sich bei dem Aufstand jedoch keineswegs um eine freie Entscheidung des georgischen Volkes, sondern um eine klare Einmischung des Westens (in diesem Fall der USA) in die russische Naturhegemonie.⁵⁴

Ein gewaltloser Regimewechsel durch einen Aufstand der Massen ist etwas, an das ein KGB-Mann, der die Hierarchie und die Macht des Stärkeren favorisiert, nicht glaubt. Die Rosenrevolution in Georgien (2003),

51 Greene, Robert: *The 33 Strategies of War*. Profile Books: London 2007, S. 424.

52 Putin, Wladimir: Podpisanie dogoworow o prinjatii DNR, LNR, Zaporozhskoj i Hersonskoj oblastej w sostaw Rossii [Unterzeichnung von Verträgen über den Beitritt der Regionen DNR, LNR, Saporoschje und Cherson zu Russland], Kreml, 30. September 2022.

53 Tashevskij, Sergej: „Iwan Iljin. Ljubimyj filosof Putina i wojna“ [Iwan Iljin. Putins Lieblingsphilosoph und Krieg], Radio Free Europe/Radio Liberty, 19. Juli 2022.

54 Kommersant: „Blok NATO razoshelsja na blokpakety“ [NATO-Block spaltet sich in Blöcke], 7. April 2008.

die Orangene Revolution in der Ukraine (2004) und die Tulpenrevolution in Kirgisistan (2005) (die sogenannten „farbigen Revolutionen“ im russischen außenpolitischen Konzept von 2013) wurden von Putin als hybride Kriegsführung des Westens betrachtet.⁵⁵ Auch entsprach es nicht Putins Überzeugung, dass kleinere souveräne Staaten ihre Außenpolitik selbst entscheiden könnten (und sollten). Die radikalen demokratischen Reformen Saakaschwilis, sein Kampf gegen die Korruption und seine Annäherung an die EU und NATO wurden in der russischen Propaganda nur als „feindliche westliche Hand“⁵⁶ dargestellt, nicht als Wille des Volkes. Selbst als der georgische Antrag auf Aufnahme in die NATO abgelehnt wurde, sah Putin darin nicht nur weiterhin eine Bedrohung für die Sicherheit seines Staates, sondern auch für sein System:

“In dem Maße, in dem äußere Faktoren die Außenpolitik beeinflussen, sei es hauptsächlich die Sorge der russischen Machtelite, dass das ordnungspolitische Vorbild und die sozio-ökonomische Attraktivität des Westens eine Bedrohung der Legitimität ihrer Herrschaft in Russland darstellten und ihren Einfluss in der von ihr deklarierten Interessensphäre unterhöhlten.”⁵⁷

Der russisch-georgische Krieg (August 2008) zeigte deutlich, wie die russischen Streitkräfte aus den Konfrontationen der 1990er Jahre gelernt haben. Die Werkzeugkästen aus Transnistrien (die russische Armee als „friedensstiftende Kraft“, „Schutz“ der russischsprachigen Bevölkerung, Einfrieren des Konflikts usw.) und Tschetschenien (Desinformationskampagne, Luftbombardements) wurden angewandt. Gleichzeitig hat Putin begriffen, dass es an der Zeit ist, sein imperiales Projekt aktiv auszubauen.

Um dieses Ziel zu erreichen, war der Kreml bei der Wahl der Mechanismen stets flexibel. In der engeren Nachbarschaft wurden die Einsetzung einer „Marionettenregierung“ (z. B. Janukowytsch in der Ukraine, Lukaschenka in Belarus) oder wirtschaftliche Erpressung (z. B. „Gasspiele“ in der Ukraine) angewendet. Aber auch in Europa wurde in den letzten zehn Jahren die vom Kreml verfolgte Agenda durch die Anwendung hybrider Methoden vorangetrieben, z. B. durch die finanzielle Unterstützung

55 Nikitina, Yulia: The „Color Revolutions“ and „Arab Spring“ in Russian Official Discourse. In: *Connections* 14, H. 1, 2014, S. 87–104.

56 Stepowik, Michail: „Ruka Zapada“ ili sowetskij sindrom? [„Hand des Westens“ oder sowjetisches Syndrom?], *Deutsche Welle Russland*, 24. März 2005.

57 Adomeit, Hannes: Altes Denken statt Neues Russland. Innenpolitische Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik, *Portal für Politikwissenschaft*, 26. September 2017.

rechts- oder linksradikaler Parteien, die Einstellung von Lobbyisten, Cyberangriffe oder Desinformationskampagnen. Nord Stream 2 bspw. hatte in der Tat einen wirtschaftlichen Vorteil für beide Seiten, die politischen Perspektiven waren jedoch unterschiedlich. Auch wenn Angela Merkel versicherte, dass es um eine reine „Verbindung durch Handel“⁵⁸ ginge, um Frieden auf der Grundlage gemeinsamer Interessen zu schaffen, so zeigt die Entwicklung im Jahr 2022, dass Putin dies tatsächlich als wirtschaftliche Waffe betrachtet. Er hat die Gelegenheit, der zweite Alexander I. für Europa zu werden, wenn auch dieses Mal mit Gas statt mit einem Säbel.

Ähnlich wie bei North Stream 2 wurde im Zusammenhang mit dem neuen START-Vertrag über die Reduzierung der Nuklearwaffen zwischen den USA und Russland in den Jahren 2010–2011 Optimismus zur Stabilisierung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland festgestellt. In der neu überarbeiteten russischen Militärdoktrin von 2010 wird der Einsatz von Atomwaffen tatsächlich auf „kritische Situationen für [die] nationale Sicherheit“ beschränkt.⁵⁹ Dennoch blieb die konventionelle Kriegsführung ein primäres Mittel für „lokale“ und „regionale“ Kriege (die nahe Nachbarschaft zu lesen). Darüber hinaus hat Russland seit dem Georgienkrieg mit der aktiven Modernisierung seiner Streitkräfte begonnen, die sich als eine der erfolgreichsten Reformen des Landes seit einem Jahrzehnt erwiesen hat.⁶⁰ Hinter dem Vorhang der westlichen Begeisterung über START setzte Russland in der Ukraine wieder eine „Marionettenregierung“ mit Wiktor Janukowytsch ein und reduzierte mit dessen Hilfe aktiv die ukrainische Armee.⁶¹ Unabhängig davon, ob es zu einer *Détente* zwischen Russland und dem Westen kam oder nicht, zielte der Kreml darauf ab, in seiner unmittelbaren Nachbarschaft wieder Einfluss zu gewinnen.

Der ukrainische Maidan-Aufstand (2013–2014) wurde vom Kreml offensichtlich als nichts anderes als das Eindringen des Westens in die russische Hegemonie wahrgenommen. Für Putin hat Washington Russland „eklatant und arrogant“ getäuscht.⁶² Der Kreml nutzte einen günstigen

58 Die Zeit: „Angela Merkel verteidigt den Bau von Nord Stream 2“, 18. Juni 2022.

59 Sokov, Nikolai: The New, 2010 Russian Military Doctrine: The Nuclear Angle, Middlebury Institute of International Studies at Monterey, James Martin Center for Nonproliferation Studies, 5. Februar 2010.

60 Giegerich/Terhalle: The Responsibility to Defend, 2021, S. 98.

61 Starostin, Andriy: Dawajite poshwydshe rozzbrojuwatsja! [Lasst uns so schnell wie möglich abrüsten!], Militarnyj, 28. September 2010.

62 Burnos, Taras: „Putin o Majdane: popytka perepisat' istoriju“ [Putin über den Maidan: ein Versuch, die Geschichte umzuschreiben], Voice of America Ukraine, 7. März 2018.

Moment (Machtwechsel in Kyjiw) und einen gut vorbereiteten Hintergrund (schwache ukrainische Armee, Präsenz der Schwarzmeerflotte, Propaganda, Rhetorik des Schutzes der russischsprachigen Bevölkerung usw.) und besetzte die Krim in kürzester Zeit. Ein solcher Triumph stärkte den Rückhalt Putins im Lande, so dass die *siloviki* die Gunst der Stunde nutzten und den Plan *Novorossiya* zügig vorantrieben. Laut den Planern des Projekts (mit Patruschew, Kosak und Surkow an der Spitze) bestand das Ziel darin, den politischen Einfluss in der Ukraine zurückzugewinnen und ihre Integration in die EU und die NATO zu blockieren – „On the overt level, this was done via the puppet statelets of Donetsk and Luhansk“.⁶³ Bei dieser neuen Konfrontation in seiner unmittelbaren Nachbarschaft wendete Russland erneut die Mittel und Instrumente an, die wir bei früheren Expansionsversuchen gesehen haben: Desinformation, „Schutz“ der russischsprachigen Bevölkerung, „Einfrieren“ des Konflikts, Cyberangriffe usw. Die Donbas-Krise 2014–2021 wurde zu einem klassischen Beispiel für die Anwendung der hybriden Kriegsführung.

Hinsichtlich der Debatte über die Hauptgründe für das Scheitern der Lösung der Donbas-Krise werden oftmals Punkte genannt, die auf einem Missverständnis der Überzeugungen, Ideologien und Ziele Putins durch die Initiatoren des Minsker Abkommens beruhen. Erstens glaubt der Kremlchef nicht an die Unabhängigkeit eines kleineren souveränen Staats, deshalb wollte Putin „die Frage“ zwischen den Supermächten lösen und mit dem US-Präsidenten sprechen, nicht mit Poroschenko oder Selenskyj. Zweitens hegt Moskau seit zwanzig Jahren in seinen außenpolitischen und militärischen Doktrinen die Idee, den Einfluss in der nahen Nachbarschaft wiederzuerlangen. Ob mit hybrider oder konventioneller Kriegsführung, in der Ukraine wäre dies unausweichlich der Fall. Unabhängig von allen westlichen Versuchen Frieden zu schaffen. Drittens trat Putin in sein eigenes „Jahrzehnt der Gewissheit“ ein – sein wichtigstes politisches Ziel war es, die außenpolitische Primakow-Doktrin⁶⁴ in die Tat umzusetzen und als ein neuer Peter der Große oder Alexander I. in die Geschichtsbücher einzugehen.

Im Jahr 2015 griff Putin in den Krieg in Syrien ein, wo die russische Armee und die private paramilitärische Organisation „Wagner Group“

63 Shandra, Alya/Seely, Robert: The Surkov Leaks. The Inner Workings of Russia's Hybrid War in Ukraine, RUSI Occasional Paper, Juli 2019, S. 8.

64 Im Jahr 2014 ändert Russland seine Militärdoktrin erneut und orientiert sich stärker an der Primakow-Doktrin. Siehe Kainikara, Russia's Return To The World Stage, 2019.

die konventionelle Kriegsführung üben konnten. Schritt für Schritt baute Russland seine Beziehungen zu China aus, auch wenn sich beide Seiten nicht als gleichberechtigt betrachten.⁶⁵ Putin versuchte, die (meist autoritären) Regime, die seine Ablehnung gegenüber der bestehenden Weltordnung teilen, um seine Führung zu scharen. Darüber hinaus führte der Kreml in seiner Innenpolitik Reformen durch, um die Kontrolle über das Internet zu übernehmen, die Opposition loszuwerden und die freie Presse zu schädigen. Er leitete auch die Vorbereitung der Wirtschaft des Landes auf den Krieg ein⁶⁶ und setzte eine Reihe von Verfassungsänderungen durch, die Putins autoritäre Herrschaft sichern.

Im Jahr 2018 stellte Moskau eine neue russische Hyperschallwaffe vor. Der russische Präsident bereitete sich eindeutig gezielt auf einen groß angelegten Krieg vor. Beflügelt von der Erfolgsgeschichte der Krim, „befriedet“ durch den „schwachen“ Westen und motiviert, seine imperialistischen Ziele nach den Ideen Primakows umzusetzen, startete Putin 2022 einen Blitzkrieg in der Ukraine. Doch der Triumph der Krim wiederholte sich nicht:

“Applying Max Weber’s typology of political systems, the Putin System can be classified as ‘charismatic’ and as such in need of constant legitimation through domestic and foreign policy victories. The annexation of Crimea was such a victory but one that may very well prove to have been exceptional.”⁶⁷

Trotz der Verluste in der Ukraine im neunten Monat des Kriegs haben Putin und seine *siloviki* noch immer die Macht im Kreml inne. Die Versuche, die Weltordnung, wenn schon nicht zu ändern, so doch zumindest zu stören, werden also weitergehen.

5. Fazit

Der russische Expansionismus und Imperialismus seit 1990 basiert auf alten Ideologien und Grundgedanken, die an der Oberfläche der russischen Geschichte liegen. Diese Ideen, die im Laufe der Jahrzehnte synthetisiert

65 Siehe Bērziņa-Čerenkova, Una Aleksandra: Perfect Imbalance: China and Russia. World Scientific Publishing Co: Europe 2022.

66 Präsident von Russland: Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 02.07.2021 g. Nr. 400 [Erlass Nr. 400 des Präsidenten der Russischen Föderation vom 02.07.2021], Kreml.

67 Adomeit, Putin’s ‘Greater Russia’, 2018.

und von verschiedenen politischen Regimen und Staatsführern aufgegriffen wurden, sind ein hilfreiches Instrument zum Verständnis der politischen Motive Russlands und seiner außenpolitischen Ziele. Das moderne russische Regime ist ein Produkt des orthodoxen Exzeptionismus, der langanhaltenden Auferlegung der Rivalität „Wir“ gegen „den Westen“, des Glaubens an das Konzept des Großen Russlands, des Revanchismus nach dem Kalten Krieg und des sowjetischen Konzepts, dass Russland die Nation der Sieger ist, die Europa vom Nazi-Regime befreit hat.

Erwartungsgemäß verschmolzen diese Ideen und verwandelten sich mit der Zeit in die Hauptdeterminanten der russischen Außenpolitik, die sich schließlich als mehrere ähnliche außenpolitische und militärische Doktrinen präsentierten. Seit den 1990er Jahren bekundete der Kreml seine Absicht, die nahe Nachbarschaft (*bliznoye zarubezje*) zurückzuerobern, brachte seine Ablehnung der US-Dominanz zum Ausdruck und wollte die westliche (sprich demokratische) Weltordnung zerstören. Bereits Anfang der 1990er Jahre verfolgte der Kreml den Plan der „Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit“, indem er die konventionelle Kriegsführung in seiner unmittelbaren Nachbarschaft, in Transnistrien und Tschetschenien, einsetzte, um die Vorherrschaft Moskaus durchzusetzen. Während Russland in eine schlagkräftigere Streitmacht für künftige ehrgeizige Operationen investierte, übernahm er aus seiner imperialistischen Erfahrung der 1990er Jahre einige primär politische und militärische Instrumente, die bald in Georgien, Syrien und der Ukraine zum Einsatz kommen sollten.

So sind die Ideen und Ziele des russischen Expansionismus und Imperialismus sowie die Mechanismen zur Erreichung dieser Ziele stark von einem bestimmten Muster geprägt. Bewusst oder unbewusst wurde dies im Westen lange Zeit übersehen. Im Umgang mit Russland wurde die politische Beurteilung oft vor dem Hintergrund der westlichen Ideen, Werte und Ziele vorgenommen, die sich offensichtlich von den russischen unterscheiden. Die letzten drei Jahrzehnte der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben gezeigt, dass Russland selbst in der höchsten Entspannungsphase immer noch auf seinem „natürlichen Recht“ auf ein Groß(es) Russland beharrt. Putin, der die Ideen der chauvinistischen Denker begrüßt und das Recht kleiner Souveränitäten auf Unabhängigkeit verhöhnt, verfolgt die Agenda der Wiederherstellung des russischen imperialen Ruhms. Doch Putins „neues“ Russland als Gegenmacht zum Westen hat, ungeachtet seines persönlichen Glaubens an die Überlegenheit seines Systems, einfach nicht ausreichend wirtschaftliche und politische Macht, um mitzuhalten.

Die umfassende Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 hat mehrere wichtige Erkenntnisse über Putins Russland zutage gefördert. Erstens, Ob-

wohl Russland kaum das Potenzial hat, den Westen auf konventionellem Wege zu besiegen, kann der Kreml, der die hybride Kriegsführung meisterhaft beherrscht, der modernen Weltordnung dennoch schaden. Zweitens haben die militärischen Misserfolge in Verbindung mit Putins Spiel mit dem „nuklearen Tabu“ das Vertrauen seiner potenziellen Partner in der Anti-West-Koalition – (möglicherweise) Indien und China – schwer beschädigt. Doch selbst wenn Russland seine Chance auf die Führung dieser Achse verspielt hat, ist die Rivalität zwischen autoritären Regimen und Demokratien nicht vom Tisch gefegt. Schließlich sollte der Westen dieses Mal nicht nur sehen, was er sehen will, und nicht denselben Fehler in Bezug auf den russischen Imperialismus wiederholen. Auch wenn Putins Regime gestürzt und durch einen weniger militanten Führer ersetzt wird, werden dadurch die russischen imperialistischen Ideen nicht beseitigt. Sie sind in der Geschichte dieses Landes verwurzelt und könnten kaum in Kürze verschwinden. Daher muss der Westen bereits jetzt die Beziehungen zu Russland nach Putin überdenken und neugestalten, um die russischen Nachbarn vor dem Moskauer Imperialismus zu schützen und weiteren Expansionismus zu verhindern.

Literaturverzeichnis

- Adomeit, Hannes: Altes Denken statt Neues Russland. Innenpolitische Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik, Portal für Politikwissenschaft, 26. September 2017, <https://www.pw-portal.de/themen/altes-denken-statt-neues-russland>, 25.10.2022.
- Adomeit, Hannes: Innenpolitische Determinanten der Putinschen Außenpolitik. In: SIRIUS, Vol. 1, H. 1, Februar 2017, S. 33–52.
- Adomeit, Hannes: Müssen wir Russland besser verstehen lernen? Eine kritische Auseinandersetzung mit den Argumenten für eine neue Russlandpolitik. In: SIRIUS, Vol. 3, H. 3, September 2019, S. 224–241.
- Adomeit, Hannes: „Putin’s ‘Greater Russia’: misunderstanding or mission?“ Raam op Rusland, 27. Februar 2018, <https://www.raamoprusland.nl/dossiers/buitenlandse-politiek/878-putin-s-greater-russia-misunderstanding-or-mission>, 16.09.2022.
- Adomeit, Hannes: Russia and its Near Neighbourhood: Competition and Conflict with the EU, College of Europe, Natolin Research Papers, 04/2011, https://www.coleurope.eu/sites/default/files/research-paper/adomeit_0.pdf, 05.09.2022.
- Adomeit, Hannes: Russia’s Strategic Outlook and Policies: What Role for China? In: Kirchberger, Sarah/Sinjen, Svenja/Wörmer, Nils (Hrsg.): Russia-China Relations. Emerging Alliance or Eternal Rivals? Springer: Cham 2022, S. 17–39.

- Arbatov, A. G.: The Transformation of Russian Military Doctrine: Lessons Learned from Kosovo and Chechnya, The Marshall Center Papers, No. 2, 2000.
- Bërziņa-Čerenkova, Una Aleksandra: Perfect Imbalance: China and Russia. World Scientific Publishing Co: Europe 2022.
- Burnos, Taras: „Putin o Majdane: popytka perepisać istoriju“ [Putin über den Maidan: ein Versuch, die Geschichte umzuschreiben], Voice of America Ukraine, 7. März 2018, <https://www.golosameriki.com/a/putin-on-us-and-maidan/4284823.html>, 27.10.2022.
- Chaadajew, Pjotr: Filosofskie Pis'ma [Philosophische Briefe], 1835. http://az.lib.ru/c/chaadaew_p_j/text_0010.shtml, 14.09.2022.
- Ćwiek-Karpowicz, Jarosław: Limits to Russian Soft Power in the Post-Soviet Area, DGAP Analyse Nr. 8, Juli 2012, https://dgap.org/system/files/article_pdfs/2012-08_DGAPana_C%CC%81wiek-Karpowicz_www.pdf, 12.11.2022.
- Die Zeit: „Angela Merkel verteidigt den Bau von Nord Stream 2“, 18. Juni 2022, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-06/angela-merkel-nord-stream-2-russland-pipeline>, 25.10.2022.
- Die Zeit: „Putin vergleicht sich mit Peter dem Großen“, 10. Juni 2022, https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-06/wladimir-putin-krieg-ukraine-russland-vergleich-h-peter-der-grosse?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, 11.11.2022.
- Etkind, Alexander: Internal Colonization: Russia's Imperial Experience. Cambridge: Polity Press, 2011.
- Giegerich, Bastian/Terhalle, Maximilian: The Responsibility to Defend: Re-thinking Germany's Strategic Culture. Routledge: London 2021.
- Greene, Robert: The 33 Strategies of War. Profile Books: London 2007.
- Hansen, Stefan: Die Außen- und Sicherheitspolitik der Republik Armenien. Komplementäre Entscheidungen in systemischer Konkurrenz zwischen Ost und West. Nomos: Baden-Baden 2021.
- Hughes, James: Russia's Wars: Ukraine and Chechnya Compared, ZOiS Spotlight 15/2022, 20. April 2022, <https://www.zois-berlin.de/en/publications/zois-spotlight/russias-wars-ukraine-and-chechnya-compared>, 16.10.2022.
- Jahn, Hubertus (Hrsg): Identities and Representations in Georgia from the 19th Century to the Present. De Gruyter/Oldenbourg: Berlin/Bonn 2021.
- Kainikara, Sanu: Russia's Return To The World Stage: The Primakov Doctrine – Analysis, Eurasia Review, 5. November 2019, <https://www.eurasiareview.com/05112019-russias-return-to-the-world-stage-the-primakov-doctrine-analysis/>, 12.10.2022.
- Kipp, Jacob W.: Russia's Wars in Chechnya. In: The Brown Journal of World Affairs, Vol. 8, No. 1, (Winter/Spring 2001), <https://www.jstor.org/stable/24590174>, 26.10.2022.
- Klimenko, A. N.: Konzepcija „Moskwa — Tretij Rim“ w geopolititscheskoj praktike I. W. Stalina [Das Konzept „Moskau – Drittes Rom“ in Stalins geopolitischer Praxis]. In: Westnik Moskovskogo gosudarstvennogo lingwistitscheskogo universiteta, Nr. 24 (684), 2013.

- Kommersant: „Blok NATO razoshelsja na blokpakety“ [NATO-Block spaltet sich in Blöcke], 7. April 2008, <https://www.kommersant.ru/doc/877224>, 25.10.2022.
- Kosienkowski, Marcin: The patron–client relationship between Russia and Transnistria. In: Hoch, Tomáš/Kopeček, Vincenc (Hrsg.): *De Facto States in Eurasia*. Routledge: Abingdon 2019, https://www.researchgate.net/publication/334567439_The_patron-client_relationship_between_Russia_and_Transnistria, 12.10.2022.
- Kramer, Mark: The Perils of Counterinsurgency: Russia's War in Chechnya. In: *International Security*, Issue 29, H. 3, 2004/2005, <https://www.jstor.org/stable/4137555>, 16.10.2022.
- Letov, Oleg: Russia and The West: The Problem of Russian Identity. In: *Human Being: Image and Essence. Humanitarian Aspects 3–4*, H. 30–31, 2017.
- Litera, Bohuslav: The Kozyrev Doctrine – a Russian Variation on the Monroe Doctrine. In: *Perspectives*, 1994/95, <https://www.jstor.org/stable/23615773>, 12.10.2022.
- McCarthy, Niall: „Putin Likes To Keep Other World Leaders Waiting“, Statista, 16. Juli 2018, <https://www.statista.com/chart/7400/putin-likes-to-keep-other-world-leaders-waiting/>, 10.11.2022
- Myre, Greg: „Russia's wars in Chechnya offer a grim warning of what could be in Ukraine“, NPR, 12. März 2022, <https://www.npr.org/2022/03/12/108586199/russias-wars-in-chechnya-offer-a-grim-warning-of-what-could-be-in-ukraine>, 16.10.2022.
- Nikitina, Yulia: The „Color Revolutions“ and „Arab Spring“ in Russian Official Discourse. In: *Connections* 14, H. 1, 2014, https://www.jstor.org/stable/26326387#metadata_info_tab_contents, 25.10.2022.
- Ponomarjowa, Alja: „Poslednij general'nyj sekretar'“ [Der letzte Generalsekretär], Radio Free Europe/Radio Liberty, 2. März 2016, <https://www.svoboda.org/a/27584981.html>, 10.11.2022.
- Präsident von Russland: Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 02.07.2021 g. Nr.400 [Erlass Nr.400 des Präsidenten der Russischen Föderation vom 02.07.2021], Kreml, <http://www.kremlin.ru/acts/bank/47046>, 09.11.2022.
- Puiu, Victoria: „Can Russia Afford Transnistria?“, Eurasianet, 18. Februar 2015, <https://eurasianet.org/can-russia-afford-transnistria>, 05.09.2022.
- Putin, Wladimir: Ob istoritscheskom edinstwe russkih i ukrainzew [Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern], Kreml, 12. Juli 2021, <http://kremlin.ru/events/president/news/66181>, 10.10.2022.
- Putin, Wladimir: Podpisanie dogoworow o prinjatii DNR, LNR, Zaporozhskoj i Hersonskoj oblastej w sostaw Rossii [Unterzeichnung von Verträgen über den Beitritt der Regionen DNR, LNR, Saporoschje und Cherson zu Russland], Kreml, 30. September 2022, <http://www.kremlin.ru/events/president/transcripts/speeches/69465>, 01.10.2022.
- Putin, Wladimir: Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy, Kreml, 10. Februar 2007, <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/copy/24034>, 10.10.2022.

- Rácz, András: Russia's Hybrid War in Ukraine. Breaking the Enemy's Ability to Resist, FIIA Report 43, 2015, <https://www.fia.fi/wp-content/uploads/2017/01/fiiareport43.pdf>, 11.10.2022.
- Reshetnikov, Anatoly: Uses of Greatness in Russian International Politics: A Conceptual History of Velikaya Derzhava, Department of International Relations, Central European University: Budapest, 2018, file:///Users/applestock/Download/s/reshetnikova.pdf, 27.09.2022.
- Seager, Ashley: „Russia pays off its Soviet era debts to the west“, The Guardian, 22. August 2006, <https://www.theguardian.com/business/2006/aug/22/russia>, 25.09.2022.
- Shandra, Alya/Seely, Robert: The Surkov Leaks. The Inner Workings of Russia's Hybrid War in Ukraine, RUSI Occasional Paper, Juli 2019, <https://rusi.org/publication/occasional-papers/surkov-leaks-inner-workings-russias-hybrid-war-ukraine>, 10.09.2022.
- Sokov, Nikolai: The New, 2010 Russian Military Doctrine: The Nuclear Angle, Middlebury Institute of International Studies at Monterey, James Martin Center for Nonproliferation Studies, 5. Februar 2010, <https://nonproliferation.org/new-2010-russian-military-doctrine/>, 25.10.2022.
- Starostin, Andrij: Dawajcie poshwydshe rozzbrojuwatysja! [Lasst uns so schnell wie möglich abrüsten!], Militarnyj, 28. September 2010, shorturl.at/cik14, 27.10.2022.
- Stepowik, Michail: „Ruka Zapada“ ili sowetskij sindrom? [„Hand des Westens“ oder sowjetisches Syndrom?], Deutsche Welle Russland, 24. März 2005, shorturl.at/fRZ28, 17.11.2022.
- Szulecki, Kacper/Wig, Tore: The War In Ukraine Is All About Democracy Vs Dictatorship, CEU Democracy Institute, 9. April 2022, <https://revdem.ceu.edu/2022/04/09/the-war-in-ukraine-is-all-about-democracy-vs-dictatorship/>, 10.10.2022.
- Tarasov, Boris: Russia and The West in The History of Fyodor Tyutchev. In: Literary Journal 19, 2005, <https://cyberleninka.ru/article/n/rossiya-i-zapad-v-istoriosofii-f-i-tyutchev>, 13.10.2022.
- Tashevskij, Sergej: „Iwan Iljin. Ljubimyj filosof Putina i wojna“ [Iwan Iljin. Putins Lieblingsphilosoph und Krieg], Radio Free Europe/Radio Liberty, 19. Juli 2022, <https://www.severreal.org/a/ivan-ilin-lyubimyy-filosof-putina/31943204.html>, 01.10.2022.
- TASS: „Putin predlozhit sakrepiť w Konstituzii prawopremstwo Rossii w otnoschenii SSSR“ [Putin schlug vor, die Nachfolge Russlands in der UdSSR in der Verfassung zu verankern], 2. März 2020, <https://tass.ru/politika/7880805>, 16.09.2022.
- Wines, Michael: „Propaganda's Return. Popular War, Russian Style“, The New York Times, 27. Februar 2000, <https://archive.nytimes.com/www.nytimes.com/library/review/022700russia-chechnya-review.html>, 12.11.2022.
- Zemcov A.O.: „Sil'naja Ruka“: Avtoritarnost' W Polititsheskoj Kul'ture Sowremennyh Rossijan [„Starke Hand“: Autoritarismus In Der Politischen Kultur Der Modernen Russen]. In: Politija: Analiz. Hronika. Prognoz. H. 4, 2019, http://politeia.ru/files/salmins_premium/17_third_1.pdf, 26.10.2022.

Kapitel 5 Russlands diktiertem Nicht-Frieden im Donbas 2014–2022: Warum die Minsker Abkommen zum Scheitern verurteilt waren

Hugo von Essen und Andreas Umland¹

Abstract: Die zwischen der Ukraine und Russland unter Vermittlung der OSZE, Deutschlands und Frankreichs abgeschlossenen Minsker Abkommen waren Ausdruck von Völkerrechtsnihilismus und Aggressionsverschleiерung. Im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Auffassung waren die Dokumente, die Moskau der Ukraine im September 2014 und Februar 2015 aufgezwungen hatte, keine Lösung, sondern Teil des Problems. Die in sich widersprüchlichen Minsker Abkommen wurden von Kyjiw unter massivem russischem Druck unterzeichnet. Ihr Abschluss folgte verheerenden militärischen Niederlagen, die reguläre und irreguläre russische Streitkräfte der Ukraine kurz zuvor beigebracht hatten. Die Abkommen waren für den Kreml ein Mittel, die geo- und hegemonialpolitischen Früchte seiner anfänglich verdeckten militärischen Aggression gegen die Ukraine zu ernten. Westliche Staaten – insbesondere Deutschland und Frankreich – unterstützten stillschweigend die offensichtliche russische Infragestellung der europäischen Sicherheitsordnung. Berlin und Paris drängten Kyjiw dazu, die widersprüchlichen Bestimmungen der Minsker Abkommen mit ihren fragwürdigen Sequenzen umzusetzen. Moskau wurde für seine Verletzungen der Vereinbarungen, Verballhornung völkerrechtlicher und demokratischer Grundprinzipien sowie unkooperative Haltung bei den Verhandlungen nicht sanktioniert.

Schlüsselwörter: Minsker Abkommen, Donbas, OSZE, Ukraine, Russland

1 Jakob Hedenskog, Fredrik Löjdquist und John Zachau vom SCEEUS sowie Joachim Krause vom ISPK machten wertvolle Anmerkungen zu einer früheren Fassung des Textes. Die Verantwortung für verbliebene Ungenauigkeiten liegt bei den Autoren. Kürzere Versionen des Textes erschienen zuvor als SCEEUS REPORT (Nr. 3, 2022) und in: Sirius. Zeitschrift für Strategische Analysen 6, H. 3, September 2022, S. 282–292.

1. Einleitung

Drei Tage vor Russlands Großinvasion der Ukraine erkannte Moskau am 21. Februar 2022 die knapp acht Jahre zuvor vom Kreml in einer Geheimoperation geschaffenen De-facto-Regime „Donezker Volksrepublik“ und „Lugansker Volksrepublik“ als Staaten an. Bis dahin hatten viele Beobachter in den so genannten Minsker Abkommen, d. h. den russisch-ukrainischen Vereinbarungen, die 2014–2015 in der Hauptstadt von Belarus unterzeichnet worden waren, einen Weg zur Beilegung des Donbas-Konflikts gesehen.² Kyjiw unterzeichnete die von Moskau entworfenen Texte im Lichte des verdeckten Einmarschs regulärer russischer Truppen in der Ostukraine und einer akuten Gefahr tiefer Vorstöße ins Landesinnere 2014–2015.

Von 2015 bis heute ist die Diskussion um die Beendigung der Aggression Russlands gegen die Ukraine von der gescheiterten Umsetzung der Minsker Abkommen geprägt.³ Etliche Akteure und Beobachter halten diese Vereinbarungen, auch als *Minsk I* und *Minsk II* bekannt, für eine in sträflicher Weise verpasste Chance.⁴ Einige wollen sie wieder zum Leben erwecken oder befürworteten ein *Minsk III*. Jedoch stellten die Vereinbarungen von Minsk keinen Fahrplan zum Frieden dar. Entgegen einer auch im Westen verbreiteten Ansicht waren sie von Anfang an ungeeignetes Instrument zur Konfliktbeilegung. Stattdessen waren sie integraler Bestandteil des Problemnäuels, das schließlich zur schicksalhaften Eskalation im Februar 2022 führte.⁵

2 OSCE: Protocol on the results of consultations of the Trilateral Contact Group, signed in Minsk, 5. September 2014 (Protokoll von Minsk); OSCE: Package of Measures for the Implementation of the Minsk Agreements, 12. Februar 2015.

3 Hrant, Kostanyan/Meister, Stefan: Ukraine, Russia and the EU: Breaking the Deadlock in the Minsk Process, CEPS Working Document 423, 2016; Malyarenko, Tatyana/Wolff, Stefan: The Logic of Competitive Influence-Seeking: Russia, Ukraine, and the Conflict in Donbas. In: Post-Soviet Affairs 34, H. 4, 2018, S. 191–212; Åtland, Kristian: Destined for Deadlock? Russia, Ukraine, and the Unfulfilled Minsk Agreements. In: Post-Soviet Affairs 36, H. 2, 2020, S. 122–139.

4 Charap, Samuel: „The U.S. Approach to Ukraine’s Border War Isn’t Working“, Politico, 19.11.2021.

5 Grigas, Agnia: Beyond Crimea: The New Russian Empire. Yale University Press: New Haven (CT) 2016; D’Anieri, Paul: Ukraine and Russia: From Civilized Divorce to Uncivil War. Cambridge University Press: Cambridge (UK) 2019; Kuzio, Taras: Russian Nationalism and the Russian-Ukrainian War: Autocracy-Orthodoxy-Nationality. Routledge: London 2022.

2. Die Geschichte der Vereinbarungen von Minsk

Nach jahrelanger politischer und ökonomischer Einmischung in der Ukraine ging Moskau im Spätwinter 2014 zu einem verdeckten bewaffneten Angriff auf Russlands angebliche Brudernation über.⁶ Der Kreml begann mit einer militärischen Besetzung der Krim durch ungekennzeichnete reguläre russische Truppen. Parallel zur Annexion der südukrainischen Schwarzmeerhalbinsel schürte Russland auf dem ukrainischen Festland und insbesondere im ostukrainischen Donezer Bassin (Ukr.: Donbas) Unruhen.⁷ Moskau versuchte auch in anderen südlichen und östlichen Teilen des Landes örtliche Spannungen zu eskalieren, war jedoch nur im Donbas erfolgreich.⁸

Es bedurfte zudem der verdeckten Einschleusung einer russischen Kampftruppe, um die vorhandenen gesellschaftlichen Spannungen im Donbas in einen bewaffneten Konflikt zu transformieren. Von der bereits durch Russland annektierten Krim gelang es einer irregulären Einheit unter der Führung des russischen Staatsbürgers und ehemaligen FSB-Offiziers Igor Girkin, genannt „Strelkow“, im April 2014 in das ukrainische Festland vorzudringen und eine Art Pseudobürgerkrieg im Donbas zu entfachen. Girkin erklärt später freimütig: „Den Auslöser zum Krieg habe ich gedrückt. Wenn unsere Einheit nicht über die Grenze gekommen wäre, wäre alles so [folgenlos] ausgegangen wie in Charkow und Odessa“.⁹

6 Hurak, Ihor/D’Anieri, Paul: The Evolution of Russian Political Tactics in Ukraine. In: Problems of Post-Communism 69, H. 2, 2022, S. 121–132.

7 Das Donezer Bassin ist nicht, wie manchmal angenommen, nach der Stadt oder Region Donezk benannt, sondern nach dem Fluss *Siwersky Donez*, der auch durch die Luhansker Oblast fließt. Landschaftlich gehört ebenfalls ein Teil Westrusslands zum Donbas. Der ursprüngliche Landschaftsbegriff hat sich jedoch für den östlichsten Landesteil der Ukraine eingebürgert. Er trägt im ukrainischen Kontext auch soziokulturelle Konnotationen und ist in gewisser Hinsicht dem deutschen Regionalterminus „Ruhrpott“ vergleichbar.

8 Umland, Andreas: „The Glazyev Tapes, Origins of the Donbas Conflict, and Minsk Agreements“, Foreign Policy Association, 13. September 2018.

9 Hans, Julian: Russischer Geheimdienstler zur Ostukraine – „Den Auslöser zum Krieg habe ich gedrückt“, Süddeutsche Zeitung, 21. November 2014.

Im Mai 2014 gelang es Moskau, zwei nicht anerkannte künstliche Kleinstaaten zu errichten, die „Volksrepublik Donezk“ (russische Abkürzung: DNR) und „Volksrepublik Luhansk“ (russische Abkürzung: LNR).¹⁰ Der Kreml setzt dabei sowie im weiteren einige Methoden und Personalien ein, die er in den nichtregierungskontrollierten Gebieten Moldaus und Georgiens seit den 1990er in Einsatz gebracht hatte.¹¹ Dies betrifft etwa die Infiltrierung von Agenten, Förderung von lokalem Separatismus, Nichterfüllung von Waffenstillstandsvereinbarungen und anderen Abkommen, Verballhornung internationaler Organisationen usw.¹²

Nach einigen Gebietsgewinnen der von Russland entsandten beziehungsweise unterstützten paramilitärischen Einheiten begannen die ukrainischen Streitkräfte im Sommer 2014 eine zunächst erfolgreiche Gegenoffensive. Kyjiw eroberte verloren gegangene Gebiete zurück, einschließlich der strategisch bedeutsamen Hafenstadt Mariupol. Abgesehen von irregulären Kämpfern mit russischer wie ukrainischer Staatsbürgerschaft waren bis zu diesem Zeitpunkt nur kleinere reguläre Truppenverbände Russlands, etwa Spezialkräfte des militärischen Spionagedienstes GRU oder das berühmt-berüchtigte Luftabwehrsystem „Buk“, in der Ostukraine zum Einsatz gekommen. Ende August 2014 intervenierte Moskau im Donbas zum ersten Mal mit einem großen Verband ungekennzeichneter regulärer Bodentruppen zur Unterstützung seiner ostukrainischen Stellvertretermilizen. Aufgrund der darauffolgenden Niederlage der ukrainischen Armee in Ilowajsk und aus Furcht vor weiteren Verlusten, erklärte sich Kyjiw zu Verhandlungen mit Moskau in Minsk bereit.

10 Mitrokhin, Nikolay: Transnationale Provokation: Russische Nationalisten und Geheimdienstler in der Ukraine. In: Osteuropa 64, H. 5–6, 2014, S. 157–174; Mitrokhin, Nikolay: Infiltration, Instruktion, Invasion: Russlands Krieg in der Ukraine. In: Osteuropa 64, H. 8, 2014, S. 3–16; Mitrokhin, Nikolay: Bandenkrieg und Staatsbildung: Zur Zukunft des Donbass. In: Osteuropa 65, H. 1–2, 2015, S. 5–22; Mitrokhin, Nikolay: Infiltration, Instruktion, Invasion: Russia's War in the Donbass. In: Journal of Soviet and Post-Soviet Politics and Society 1, H. 1, 2015 S. 219–250; Melnyk, Oleksandr: From the „Russian Spring“ to the Armed Insurrection: Russia, Ukraine and Political Communities in the Donbas and Southern Ukraine. In: The Soviet and Post-Soviet Review 47, H. 1, 2020, S. 3–38.

11 Kragh, Martin (Hrsg.): Security and Human Rights in Eastern Europe: New Empirical and Conceptual Perspectives on Conflict Resolution and Accountability. ibidem-Verlag: Stuttgart 2022.

12 Zachau, John: Russia's Instrumentalisation of Conflict in Eastern Europe: The Anatomy of the Protracted Conflicts in Ukraine, Georgia and Moldova. In: SCEE-US Reports on Human Rights and Security in Eastern Europe 6, 2021.

Das sogenannte „Minsker Protokoll“, auch *Minsk I* genannt, wurde Anfang September 2014 von offiziellen Vertretern der OSZE, der Russischen Föderation und der Ukraine als Mitglieder der sogenannten Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) unterzeichnet.¹³ Zwei Gesandte der sogenannten „Volksrepubliken“, Oleksandr Sachartschenko (inzwischen verstorben) und Ihor Plotnizki (inzwischen verschollen), setzten ebenfalls ihre Unterschrift unter das Protokoll, ohne dass jedoch deren pseudostaatliche Ämter erwähnt wurden. Offensichtlich war dieser Formelkompromiss dem Umstand geschuldet, dass Russland, nicht aber die Ukraine, die angeblichen „Volksrepubliken“ als Konfliktparteien ansah. Ende September 2014 wurde *Minsk I* um ein so genanntes „Memorandum“ mit einigen Klarstellungen ergänzt.

Obgleich das Minsker Protokoll und Memorandum russischen Interessen Tribut zollte und ein fragiler Waffenstillstand erreicht wurde, legten die beiden Dokumente den bewaffneten Konflikt nicht bei. Stattdessen wiederholte sich im Januar–Februar 2015 das Muster vom August–September 2014. Neuerlich einfallende reguläre russische Truppen brachten der Ukraine bei Debalzewe eine weitere verheerende Niederlage bei. In Anbetracht abermals drohender russischer Vorstöße ins Landesinnere unterzeichnete Kyjiw ein sogenanntes „Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Minsker Abkommen.“ Diese Vereinbarung, auch *Minsk II* genannt, enthält detailliertere Bestimmungen als *Minsk I*. Unmittelbar nach seiner Unterzeichnung wurde das Minsker „Paket“ in einer Sicherheitsratsresolution der Vereinten Nationen erwähnt.

Minsk I und *II* bestehen zum einen aus verschiedenen sicherheitsrelevanten Maßnahmen. Dazu gehören ein Waffenstillstand, Rückzug schweren Geräts von der Kontaktlinie sowie die Entwaffnung aller illegalen Gruppen. Zum anderen bestehen sie aus politischen Schritten, die Kyjiw zu erfüllen hat. Zu ihnen gehören Lokalwahlen in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten gemäß ukrainischer Gesetzgebung und die Einräumung gewisser Selbstverwaltungsrechte für die Regionen. Die Bestimmungen sahen auch eine Wiederherstellung voller ukrainischer Kontrolle über die Grenze mit Russland vor, wobei die Reihenfolge der Implementierung der Bestimmungen ein Hauptstreitpunkt wurde.

Die Umsetzung der Vereinbarungen sollte in der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) verhandelt werden. Überdacht wurde der Verhandlungsprozess vom so genannten „Normandie-Format“ bestehend aus Russland, Deutschland, Frankreich und der Ukraine. Zu den positiven Folgen der

13 Protokoll von Minsk, OSCE, 5. September 2014.

beiden Vereinbarungen gehörten ein – wenn auch nur zeitweiliger und fragiler – Waffenstillstand, teilweiser Truppenrückzug von der Kontaktlinie, eine gewisse Milderung humanitären Leids und die theoretische Aussicht auf eine zukünftige Beilegung des Konflikts.

Diese oder ähnliche Erzählungen sind das, woran viele Beobachter denken, wenn sie über die Minsker Abkommen und ihre versuchte Umsetzung sprechen. Doch war der „Minsker Prozess“, so die ukrainische Bezeichnung der trilateralen Verhandlungen, von Anfang an durch mindestens drei gravierende Probleme bezüglich der Entstehung, Bestimmungen und Konsequenzen der Minsker Abkommen gelähmt. Diese Defekte kurz zu besprechen scheint geboten, um ähnliche Lapsi bei künftigen Vereinbarungen in der Ukraine oder andernorts im postsowjetischen Raum zu vermeiden.¹⁴

2.1. Legitimation von Völkerrechtsnihilismus

Die größte Hypothek der Minsker Abkommen war ihre demonstrative Missachtung der Souveränität der Ukraine infolge eines unzureichend gebrandmarkten und nur gering bestraften radikalen Völkerrechtsbruchs durch Russland.¹⁵ Die Ukraine hat den Vereinbarungen (so man diesen Terminus überhaupt benutzen will) nur unter massivem Druck zugestimmt. Moskau hat vor der Unterzeichnung gezielt den militärischen Druck auf Kyjiw erhöht. Dies erlaubte es dem Kreml, die öffentliche Definition und angebliche Lösung des Konflikts in den unterzeichneten

14 Heinemann-Grüder, Andreas: Lehren aus dem Ukrainekonflikt: Das Stockholm-Syndrom der Putin-Versteher. In: Osteuropa 65, H. 4, 2015, S. 3–24; Heinemann-Grüder, Andreas: Was lehrt der Ukraine-Konflikt? In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 11, H. 4, 2018, S. 521–531; Heinemann-Grüder, Andreas/Crawford, Claudia/Peters, Tim (Hrsg.): Lehren aus dem Ukrainekonflikt: Krisen vorbeugen, Gewalt verhindern, Verlag Barbara Budrich: Leverkusen 2021.

15 Grant, Thomas D.: Aggression against Ukraine: Territory, Responsibility, and International Law. Palgrave Macmillan: London 2015; Grant, Thomas D. (2019): International Law and the Post-Soviet Space II: Essays on Ukraine, Intervention, and Non-Proliferation. ibidem-Verlag: Stuttgart 2019; Zadorozhnii, Oleksandr: Hybrid War or Civil War? The Interplay of Some Methods of Russian Foreign Policy Propaganda with International Law. In: Kyiv-Mohyla Law and Politics Journal, H. 2, 2016, S. 117–128.

Dokumenten vorzugeben.¹⁶ Die über sieben Jahre vergeblichen Versuche zur Umsetzung der Minsker Abkommen blieben durch einen eklatanten Mangel an begleitendem westlichem Druck auf Russland sowie ungenügende Unterstützung für die Ukraine geprägt.

Die Prämisse der Minsker Abkommen, wonach es angeblich in der Ostukraine 2014 einen dominanten und autochthonen Willen zur Separation gegeben habe, widersprach zwar – wie auch im Falle der Krimsezession – den damaligen Umfrageergebnissen in den vorgeblich autonomistischen Regionen.¹⁷ Diese Narrative wurde dennoch vehement von Russland verfochten und durch die Anwesenheit von „Separatisten“ (wenig mehr als lokale Strohmannen des Kremls) in den TKG-Arbeitsgruppen unterstrichen. Die russische Erzählung von den Abspaltungen in der Süd- und Ostukraine wurde von westlichen Diplomaten, Politikern und Beobachtern trotz ihrer völkerrechtsnihilistischen Konsequenzen weitgehend respektiert und teils gar als plausible Auslegung der Ereignisse akzeptiert. Freilich wussten auch die meisten externen Entscheidungsträger und Experten um Moskaus Schlüsselrolle bei der Auslösung und Aufrechterhaltung des gewaltsamen Konflikts im Donbas. Dennoch behandelten viele Akteure und Kommentatoren die internationale militärische Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine bis zum Februar 2022 als eine innerstaatliche Konfrontation letzterer.

Tatsächlich handelte es sich beim bewaffneten Konflikt in der Ostukraine 2014–2022 um einen so genannten „delegierten zwischenstaatlichen Krieg“, bei dem die irregulären Truppen der so genannten „Volkrepubliken“ als notdürftig verschleierte Agenten Moskaus auf ukrainischem Staatsterritorium fungierten.¹⁸ Der fundamental internationale, wenn nicht geopolitische Charakter des Krieges wird sowohl in der Vorgeschichte und Genese als auch im größeren Kontext und weiteren Verlauf des Donbaskonflikts deutlich.¹⁹ Russland war zwar sowohl Konfliktauslöser,

16 Schneckener, Ulrich: Hybrider Krieg in Zeiten der Geopolitik? Zur Deutung und Charakterisierung des Donbass-Konflikts. In: Politische Vierteljahresschrift 57, H. 4, 2016, S. 586–613.

17 Umland, The Glazyev Tapes, 2018.

18 Hauter, Jakob: Delegated Interstate War: Introducing an Addition to Armed Conflict Typologies. In: Journal of Strategic Security 12, H. 4, 2019, S. 90–103.

19 Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.): Zerreißprobe Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg. In: Osteuropa 64, H. 5–6, BWV: Berlin 2014; Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.): Gefährliche Unschärfe: Russland, die Ukraine und der Krieg im Donbass. In: Osteuropa 64, H. 9–10, BWV: Berlin 2014; Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.): Zerrissen. Russland, Ukraine, Donbass. In: Osteuropa 65, H. 1–2, BWV: Berlin 2015; Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.): Russlands

-steuerer und -nutznießer, stritt dies aber unentwegt ab und präsentierte sich als – zwar parteiischer und nicht ganz unbeteiligter, aber eben nur – Vermittler. Dieses Schmierentheater blieb auch den westlichen Regierungen im Normandie-Format, Deutschland und Frankreich, kaum verborgen. Sie gingen jedoch offenbar davon aus, dass Moskau die Vereinbarungen letztlich doch in mehr oder minder gutem Glauben umsetzen würde.

Im Vergleich zu ähnlichen Situationen in Transnistrien, Abchasien und der Zchinwali-Region („Südossetien“), wurde die bewaffnete Aufspaltung des Donbas eindeutig und allein vom Kreml vorbereitet, herbeigeführt und dirigiert.²⁰ Wie zunächst von Nikolay Mitrochin (Universität Bremen) und später u.a. von Sanshiro Hosaka (Universität Tartu), Vlad Mykhnenko (University of Oxford), Oleksandr Melnyk (University of Alberta) sowie Jakob Hauter (University College London) illustriert, haben die russische Staatsführung und ihre Agenten einschließlich Söldner in der Ukraine sowohl den Vorlauf und die Auslösung als auch den Verlauf des Krieges entscheidend bestimmt.²¹ Spätestens ab April 2014 waren sowohl regulä-

Krieg gegen die Ukraine: Propaganda, Verbrechen, Widerstand. In: Osteuropa 72, H. 1–3, BWV: Berlin 2022; Marples, David R./Mills, Frederick V. (Hrsg.): Ukraine's Euromaidan: Analyses of a Civil Revolution. ibidem-Verlag: Stuttgart 2015; Yekelchik, Serhy: The Conflict in Ukraine: What Everyone Needs to Know. Oxford University Press: Oxford 2015; Grigas, Beyond Crimea, 2016; Beichelt, Timm/Worschech, Susann (Hrsg.): Transnational Ukraine? Networks and Ties that Influence(d) Contemporary Ukraine. ibidem-Verlag: Stuttgart 2017; Bertelsen, Olga (Hrsg.): Revolution and War in Contemporary Ukraine: The Challenge of Change. ibidem-Verlag: Stuttgart 2017; Marples, David R.: Ukraine in Conflict: An Analytical Chronicle. E-International Relations: London 2017; Soroka, George/Stepniewski, Tomasz (Hrsg.): Ukraine after Maidan: Revisiting Domestic and Regional Security. ibidem-Verlag: Stuttgart 2018; Averre, Derek/Wolczuk, Kataryna (Hrsg.): The Ukraine Conflict: Security, Identity and Politics in the Wider Europe. Routledge: Abingdon (UK) 2019; D'Anieri, Ukraine and Russia, 2019; Wynnycyk, Mychailo: Ukraine's Maidan, Russia's War: A Chronicle and Analysis of the Revolution of Dignity. ibidem-Verlag: Stuttgart 2019.

20 Coppieters, Bruno: „Statehood“, „De Facto Authorities“ and „Occupation“: Contested Concepts and the EU's Engagement in Its European Neighbourhood. In: Ethnopolitics 17, H. 4, 2018, S. 343–361; Malyarenko, Tetyana/Wolff, Stefan: The Dynamics of Emerging De-Facto States: Eastern Ukraine in the Post-Soviet Space. Routledge: Abingdon (UK) 2018; Zachau, Russia's Instrumentalisation, 2021; Kragh, Security and Human Rights, 2022.

21 Mitrokhin, Transnationale Provokation, 2014; Mitrokhin, Infiltration, 2014; Mitrokhin, Bandenkrieg und Staatsbildung, 2015; Mitrokhin, Diktaturtransfer im Donbas, 2017; Hosaka, Sanshiro: Welcome to Surkov's Theater: Russian Political Technology in the Donbas War. In: Nationalities Papers 47, H. 5, 2020, S. 750–773; Mykhnenko, Vlad: Causes and Consequences of the War in Eastern Ukraine:

re als auch irreguläre russische Militäreinheiten mit mehr oder weniger verschleierte Führung Moskaus beim angeblichen „Volksaufstand“ federführend.

Die vorgetäuschte „Sezession“ der Krim im Februar–März 2014 geschah auf noch weit offensichtlicher Initiative Moskaus hin. Sie wurde zumindest von einigen namhaften Persönlichkeiten der Halbinsel, unter anderem dem Sprecher des Parlaments der Autonomen Republik, Wolodymyr Konstantynow, unterstützt. Die angebliche Donbasrebellion dagegen wurde von keinerlei regional bekannten Persönlichkeiten aus dem Donezbecken öffentlich geleitet, initiiert oder begrüßt. National oder zumindest regional bedeutende Vertreter weder der wirtschaftlichen und kulturellen noch der zivilgesellschaftlichen oder wissenschaftlichen Eliten der Donbasregion nahmen am scheinbaren Volksaufstand teil.²²

Selbst prominente, offen pro-russische Politiker aus dem Donbas spielten keine Schlüsselrollen in der vorgeblich von einer erdrückenden Bevölkerungsmehrheit getragenen lokalen Erhebung russophiler Ukrainer. Der einzige bekannte zeitweise ukrainische Ko-Anführer der vermeintlichen Rebellion war Oleh Zarjow, ein ehemaliger stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Partei der Regionen im ukrainischen Einkammerparlament, Werchowyna Rada (Oberster Rat). Zarjow jedoch stammt aus der Stadt Dnipro und nicht aus dem Donbas. Er war ein, wie seine verschiedenen russischen sowie anderen ausländischen Kollegen vor Ort, ins Donezbecken zugereister Separatist.

In den ersten Monaten des angeblichen Volksaufstandes in der Ostukraine waren etliche militärische und politische Schlüsselfiguren russi-

An Economic Geography Perspective. In: *Europe-Asia Studies* 72, H. 3, 2020, S. 528–560; Melnyk, Oleksandr: From the „Russian Spring“ to the Armed Insurrection: Russia, Ukraine and Political Communities in the Donbas and Southern Ukraine. In: *The Soviet and Post-Soviet Review* 47, H. 1, 2020, S. 3–38; Hauter, Jakob (Hrsg.): *Civil War? Interstate War? Hybrid War? Dimensions and Interpretations of the Donbas Conflict in 2014–2020*. ibidem-Verlag: Stuttgart 2021; Hauter, Jakob: *Forensic Conflict Studies: Making Sense of War in the Social Media Age*. In: *Media, War & Conflict*, Sage Publications, 2021.

- 22 Siehe dazu die Debatte: Kudelia, Sergiy: Domestic Sources of the Donbas Insurgency, *PONARS Eurasia*, 29. September 2014; Umland, Andreas: „In Defense of Conspirology: A Rejoinder to Serhiy Kudelia’s Anti-Political Analysis of the Hybrid War in Eastern Ukraine“, *PONARS Eurasia*, 30. September 2014; Kudelia, Sergiy: Reply to Andreas Umland: The Donbas Insurgency Began at Home, *PONARS Eurasia*, 8. Oktober 2014; Matsiyevsky, Yuriy: „The Limits of Kudelia’s Argument: On the Sources of the Donbas ‚Insurgency‘“, *PONARS Eurasia*, 31. Oktober 2014; Kudelia, Sergiy: „Getting to the Bottom on the Sources of the Donbas Insurgency“, *PONARS Eurasia*, 6. November 2014.

sche Staatsbürger, meist ohne nennenswerte biographische oder familiäre Verbindungen zum Donezbecken. Sie hatten als Agenten des Kremls, von Moskau bezahlte Söldner oder irreguläre Kämpfer – von Russland beziehungsweise der annektierten Krim aus – die Grenze zur Ukraine überschritten. Erst einige Monate nach Gründung der beiden „Volksrepubliken“ wurden die meisten Führungspositionen der damals noch nicht einmal von Russland anerkannten Pseudostaaten mit – bis dahin randständigen und weitgehenden unbekannten – lokalen Personen besetzt.

Diese und andere Aspekte der angeblichen „Donbas-Rebellion“ stellten offensichtliche Verletzungen der Souveränität, Integrität sowie Grenze des ukrainischen Staates, der europäischen Sicherheitsordnung und des Völkerrechts im Allgemeinen dar. Sie wurden vom Westen nur mit relativ schwachen sektoralen und einigen ausgewählten individuellen Sanktionen geahndet. Die Reichweite der Strafmaßnahmen gegen Russland stand in einem Missverhältnis zur geopolitischen Bedeutung von Russlands Anschluss der Krim und Pseudobürgerkrieg im Donezbecken. Die Milde der westlichen Reaktion war ein Signal an Moskau, dass sowohl die Krimannexion als auch die verdeckte Intervention in der Ostukraine und damit etliche eklatante Völkerrechtsbrüche, wie zuvor schon in Moldau und Georgien, hingenommen wurden.

Schlimmer noch: Die am 29. Juli 2014 eingeführten sektoralen Sanktionen der EU wurden paradoxerweise zu einem Zeitpunkt verhängt, als die ukrainische Armee im Donbas auf dem Vormarsch war. Zum Zeitpunkt der Verhängung dieser bis Februar 2022 wichtigsten Sanktionen war nicht abzusehen, dass die ukrainische Offensive gegen russische irreguläre Truppen einen Monat später durch einen Großeinsatz russischer regulärer Truppen bei Ilowajsk zurückgeschlagen wird. Es bestand bezüglich des Donbaskrieges Ende Juli 2014 keine dringende Notwendigkeit für die EU, neuartige und relativ harte Sanktionen zu verhängen. Damals sah es nach einem baldigen Sieg Kyjiws in der Ostukraine aus.

Die Sanktionen hatten nur in zweiter Linie mit der Ukraine zu tun. Ihr Hauptgrund war die massenhafte Tötung von EU-Bürgerinnen und Bürgern – hauptsächlich Niederländern – auf dem Flug MH17 am 17. Juli 2014 und nicht die massenhafte Tötung ukrainischer Bürger durch Russland. Das fatale Signal der EU an den Kreml war: „Uns interessiert euer Krieg gegen die Ukraine und der aktuelle Kriegsverlauf wenig. Was jedoch völlig unzulässig ist, ist die Tötung von EU-Bürgern eines westeuropäischen Landes. In einem solchen Fall führen wir ggf. auch dann Sanktionen ein, wenn diese in der jeweils konkreten Kriegssituation an und für sich wenig Sinn machen“.

Vor diesem Hintergrund wunderte es später nicht mehr, dass diese Sanktionen im weiteren Verlauf an die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen gebunden wurden. Ab 2015 bestand ein zweites Paradoxon der Donbas-Sanktionen darin, dass ihre Aussetzung nicht nur an bestimmte russische, sondern auch etliche ukrainische Handlungen zur Umsetzung dieser Vereinbarungen gebunden war, obwohl die Ukraine nicht sanktioniert worden war. Der Abbau der Sanktionen war im Sommer 2014 ursprünglich an einen bedingungslosen Rückzug Russlands aus der Ostukraine gebunden worden, während es ab 2015 um die Implementierung der Minsker Abkommen ging.

2.2. Ignorieren demokratischer Grundprinzipien

Damit im Zusammenhang stand ein weiteres Problem der Umsetzung der Minsker Abkommen, die die Wiedereingliederung der *de facto* von Russland kontrollierten Gebiete in den ukrainischen Staat vorsahen. Dies war die Frage, wer Kyjiws Verhandlungspartner in diesem Prozess sein sollte. Anfangs war die ukrainische Führung geneigt, die von Moskau im September 2014 diktierten *Minsk I*-Verpflichtungen zügig zu erfüllen – ungeachtet ihrer demütigenden Bestimmungen.

Die Werchowyna Rada verabschiedete im Herbst 2014 ein Gesetz über einen Sonderstatus für die besetzten Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk. Kyjiw setzte für Dezember 2014 Lokalwahlen in den nicht länger regierungskontrollierten Kommunen der Ostukraine an. Wären diese Wahlen im Einklang mit ukrainischen Gesetzen und internationalen Kriterien durchgeführt worden, hätten sie die Gelegenheit geboten, legitime Verhandlungspartner der okkupierten Region zu etablieren. Diese hätten die *de facto* von Russland eingesetzten vorgeblichen Vertreter der vermeintlichen Aufständischen ersetzen können. Ein solches Prozedere hätte die Chance geboten, die Einmischung Moskaus in den ukrainischen innenpolitischen Prozess sukzessive zurückzudrängen.

Genau diese wollte der Kreml jedoch nicht. Einen Monat vor den geplanten Wahlen nach ukrainischem Recht im besetzten Donbas, führten Anfang November 2014 die beiden moskaukontrollierten *De-facto*-Regime rechtswidrig ihre eigenen, so genannten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk durch. Diese weitgehend inszenierten Abstimmungen wurden nicht mit Kyjiw abgesprochen. Sie wurden vermutlich von Moskau initiiert oder zumindest toleriert.

Gesamtukrainische Parteien konnten nicht an den Pseudowahlen teilnehmen – nicht einmal prorussische, wie die Kommunistische Partei

der Ukraine oder die aus der Partei der Regionen hervorgegangen Gruppierungen. Auch waren Kämpfer der irregulären Streitkräfte der beiden „Volksrepubliken“ während des Abstimmungsprozesses allgegenwärtig; sie sollten offensichtlich Widerstand gegen die Abspaltung unterdrücken. Die Medien der okkupierten Regionen wurden mittelbar oder unmittelbar aus Russland kontrolliert. Es gab keine internationale Überwachung der Abstimmung durch relevante Beobachterorganisationen, wie die OSZE.

Die Scheinwahl verlieh den Anführern der russischen Satellitengebilde eine Scheinlegitimität. Die Ergebnisse der Pseudowahlen und anderer Scheinabstimmungen waren ein Schlüsselement in der Propaganda und Verhandlungsführung des Kremls. Die parademokratisch bevollmächtigten Anführer der „DNR“ und der „LNR“ wurden teils nicht nur von staatlichen russischen, sondern auch westlichen Akteuren oder Beobachtern als Vertreter der Bevölkerung des Donbas aufgefasst. In den internationalen Medien wurden sie häufig als die Konfliktpartei dargestellt, die Kyjiw gegenüberstehe.

Der mit den Pseudowahlen einhergehende frühzeitige und prinzipielle Verstoß gegen das 2014er Minsker Protokoll und Memorandum durch Moskau und seine Agenten in den „Volksrepubliken“ überschattete die nachfolgenden Verhandlungen. Wirkliche Wahlen gemäß ukrainischem Gesetz und mit Teilnahme ukrainischer (einschließlich prorussischer) Parteien wären ein entscheidender Schritt im Wiedereingliederungsprozess gewesen. Stattdessen schufen die manipulierten Abstimmungen vom November 2014 unrepräsentative lokale Machtorgane, deren vorgebliche Legitimität es Russland erlaubte, zu behaupten, dass sie für die „Bevölkerung des Donbas“ sprechen.

Damit erfolgte bereits 2014 eine politische Konsolidierung der semiautonomen Institutionen der „Volksrepubliken“, die im Weiteren mittels Moskauer Unterstützung, etwa durch illegale, grenzüberschreitende „humanitäre Konvois“ (offenbar nicht selten mit Waffen und Munition beladen), am Leben erhalten wurden. Die schon früh quasi institutionell festgeschriebene Untergrabung der Souveränität der Ukraine mit diversen Scheinabstimmungen wurde zu einem fundamentalen Hindernis für eine Wiedereingliederung der abgespaltenen Gebiete und Umsetzung der politischen Teile der Minsker Abkommen.²³

Sie löste jedoch keinerlei angemessene Reaktionen des Westens aus. Statt diese und andere Verstöße gegen die Minsker Abkommen zu sanktio-

23 Coynash, Halya: The Facts speak for themselves re Russia's military involvement in Donbas – OSCE Chief Monitor, Human Rights in Ukraine, 2. November 2018.

nieren, wurden bis 2022 lediglich bereits bestehende sektorale Sanktionen, die schon vor den Minsker Abkommen verhängt worden waren, in Kraft belassen. Später wurden einige individuelle Sanktionen hinzugefügt.

Eine ähnlich verhaltene Reaktion betraf die zunehmende Verteilung russischer Pässe an die Einwohner der besetzten Gebiete durch Moskau. Es gab bereits vor Anerkennung der beiden so genannten „Volksrepubliken“ durch Moskau am 21. Februar 2022 eine aktive Politik der Überführung von Donbas-Bewohnern in die russische Staatsbürgerschaft.²⁴ Obwohl die Verteilung russischer Pässe ein weiterer eklatanter russischer Verstoß gegen die Minsker Abkommen war, gab es keine westlichen Schritte dahingehend Moskau für diesen Rechtsbruch relevante zusätzliche Kosten aufzuerlegen. Die russische Vertragsbrüchigkeit wurde von den westeuropäischen Beteiligten am Verhandlungsprozess – d. h. der deutschen und französischen Regierung – zwar kritisch bewertet, jedoch letztlich hingenommen.

Die inszenierten Wahlen im Jahr 2014 und später in den besetzten Gebieten erschwerten nicht nur die Aufgabe, einen rechtmäßig bevollmächtigten und repräsentativen Verhandlungspartner für Kyjiw zu bestimmen. Sie warfen auch die Frage auf, wie man im Weiteren die scheinlegitimen Pseudobehörden entmachten würde, sollte es je zu einer Situation kommen, in der frei gewählte lokale Abgeordnete das Ruder übernehmen könnten. Die Billigung, Organisation und Anerkennung der Pseudowahlen durch Moskau untergrub schon 2014 den Minsker Verhandlungsprozess, noch bevor *Minsk II* im Februar 2015 unterzeichnet wurde. Die darauffolgende Verteilung von russischen Pässen, Einführung des Rubel und andere Maßnahmen deuteten bereits damals an, wohin die Reise geht – sukzessive Annexion der besetzten Gebiete durch Russland.

2.3. Den Aggressor die Früchte seiner Aggression ernten lassen

Wie erwähnt, wurden *Minsk I* und *Minsk II* vor dem Hintergrund großer Einmärsche regulärer russischer Bodentruppen in die Ostukraine im August 2014 und Februar 2015 ausgehandelt – sofern das Wort „aushandeln“ überhaupt angebracht ist. Die Vereinbarungen wurden nach verheerenden ukrainischen Niederlagen mit Hunderten Toten, Verwundeten und Gefangenen in Ilowajsk und Debalzewe geschlossen. Kyjiw unterzeichnete die

24 Burkhardt, Fabian: Russlands „Passportisierung“ des Donbas. In: SWP-Aktuell A 58, 30. Juni 2020.

Minsker Abkommen vor allem, weil es sonst mit noch tieferen Vorstößen von Russlands Armee auf ukrainisches Gebiet rechnen musste.

Der offizielle Chefunterhändler Kyjiws, Leonid Kutschma, der zweite Präsident der Ukraine, und der von 2014 bis 2019 amtierende ukrainische Präsident Petro Poroschenko sahen keinen anderen Ausweg. Sie mussten die von Putin weitgehend vorgefertigten, demütigenden Texte akzeptieren. Kutschma und Poroschenko taten dies ungeachtet der Tatsache, dass die Vereinbarungen Bestimmungen enthielten, die offensichtlich darauf abzielten, die Souveränität, Integrität und Staatlichkeit der Ukraine zu untergraben. Diese Situation war als solche bedenklich genug.

Beunruhigender noch war die Tatsache, dass der Westen es Moskau erlaubte beziehungsweise sogar den Kreml dabei unterstützte, die Minsker Abkommen dafür zu nutzen, über Jahre politischen und diplomatischen Druck auf Kyjiw auszuüben. Moskau tat dies häufig unter Verweis auf die Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrats vom 17. Februar 2015. Die ausdrückliche Erwähnung der *Minsk II*-Vereinbarung in diesem offiziellen Dokument verstärkte das rechtliche Gewicht der umstrittenen Übereinkunft, die fünf Tage zuvor unterzeichnet worden war.

Absurderweise etwa mahnte Russland mit Verweis auf *Minsk II* wiederholt die Dezentralisierung der Ukraine an.²⁵ Jedoch hatte im April 2014 bereits eine tiefe Reform der ukrainischen lokalen Selbstverwaltung noch Monate vor Unterzeichnung der Minsker Abkommen mit ihrer Forderung nach Dezentralisierung begonnen.²⁶ Die Führung der Russischen Föderation, die de facto zentralistisch und nicht föderalistisch organisiert ist, wollte weniger eine wirkliche Dezentralisierung als eine „Balkanisierung“ der Ukraine.²⁷

Statt sich diesen und ähnlichen russischen Taktiken entgegenzustellen, bemühten sich westliche Vertreter mehrfach, Kyjiw zu Zugeständnissen zu bewegen, welche die Souveränität der Ukraine untergraben würden. Sie empfahlen der Ukraine, den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten einen verfassungsrechtlich verankerten Sonderstatus zu gewähren und dort Lokalwahlen abzuhalten, noch bevor die irregulären Streitkräfte Russlands im Donbas abgezogen oder entwaffnet werden. Westliche Poli-

25 Alim, Eray: „Decentralize or Else“: Russia’s Use of Offensive Coercive Diplomacy against Ukraine. In: *World Affairs* 183, H. 2, 2020, S. 155–182.

26 Romanova, Valentyna/Umland, Andreas: *Ukraine’s Decentralization Reforms Since 2014: Initial Achievements and Future Challenges*, Chatham House Research Papers, September 2019.

27 Rjabčuk, Mykola: *Dezentralisierung und Subsidiarität: Wider die Föderalisierung à la russe*. In: *Osteuropa* 64, H. 5–6, 2014, S. 217–225.

tiker und Diplomaten widersetzten sich unzureichend der russischen Weigerung, eine dauerhafte und vollständige Überwachung der ukrainisch-russischen Staatsgrenze durch die OSZE zu erlauben. Russland schränkte den Spielraum der 2014 mit Moskaus Einverständnis etablierten „Special Monitoring Mission“ der OSZE in der Ukraine ein. Der Kreml tat dies sowohl über die OSZE-Zentrale in Wien als auch vor Ort im Donbas, in den sog. „Volkrepubliken“.²⁸

Nicht nur in diesen oder jenen Einzelfragen, sondern auch in der strategischen Grundausrichtung blieben insbesondere die EU und ihre westeuropäischen Mitgliedsstaaten acht Jahre lang auf einem Holzweg.²⁹ Der Westen schloss bis Anfang 2022 die Lieferung selbst defensiver schwerer Waffen an die Ukraine aus. Die Möglichkeit zusätzlicher relevanter sektoraler Sanktionen gegen Russland wurde bis zum Beginn des großen russischen Truppenaufmarschs 2021 kaum ernsthaft diskutiert.

Stattdessen wurde die *Message* anfangs relativ klarer Strafmaßnahmen im weiteren vernebelt. 2015 entschied sich die EU dafür, wie oben schon erwähnt, die Aufhebung ihrer Donbas-bezogenen Strafmaßnahmen gegen Russland an die Umsetzung der Minsker Abkommen zu knüpfen. Die beiden Vereinbarungen wurden jedoch erst nach Verhängung sektoraler Sanktionen im Sommer 2014 geschlossen. Das Sanktionspaket hatte anfangs einen vollständigen Abzug Russlands aus dem Donbas als Bedingung für die Rücknahme der Sanktionen vorgesehen. Durch ihre nachträgliche Anbindung an *Minsk I* und *II* waren sie nicht mehr nur an die Einstellung von Regelverstößen durch Russland gebunden. Nunmehr war

-
- 28 Adamski, Łukasz: Beobachtung der Beobachter: Die OSZE und Russlands Aggression gegen die Ukraine. In: Osteuropa 65, H. 1–2, 2015, S. 43–56; Haug, Hilde Katrine: The Minsk Agreements and the OSCE Special Monitoring Mission: Providing Effective Monitoring for the Ceasefire Regime. In: Security and Human Rights 27, H. 3–4, 2016, S. 342–357; von Twickel, Nikolaus: Zwischen den Fronten: Was die OSZE-Beobachter in der Ukraine leisten können, und was nicht. In: Internationale Politik 72, H. 2, 2017, S. 48–53; Kemp, Walter: Civilians in a War Zone: The OSCE in Eastern Ukraine. In: OSCE Yearbook 2017, H. 23, 2018, S. 113–123; Härtel, André/Pisarenko, Anton/Umland, Andreas: The OSCE's Special Monitoring Mission to Ukraine: The SMM's Work in the Donbas and Its Ukrainian Critique in 2014–2019. In: Security and Human Rights 31, H. 1–4, 2021, S. 121–154; Kragh 2022.
- 29 Härtel, André: The EU Member States and the Crisis in Ukraine: Towards an Eclectic Explanation. In: Romanian Journal of European Affairs 19, H. 2, 2019, S. 87–106; Barshadska, Iuliia: Brüssel zwischen Kyjiw und Moskau: Das auswärtige Handeln der Europäischen Union im ukrainisch-russischen Konflikt 2014–2019. ibidem-Verlag: Stuttgart 2022.

das Sanktionsende auch von bestimmten Schritten der Ukraine abhängig, obgleich diese nicht sanktioniert war.

Parallel leitete die deutsche Regierung 2015 mit dem berüchtigten Nord Stream 2-Projekt, eine – nach Abschluss des ersten Nord Stream-Projektes 2012 – weitere Erhöhung der künftigen Abhängigkeit Deutschlands von Russland ein.³⁰ Berlin schickte sich damit auch an, den wirtschaftlichen Hebel der Ukraine gegenüber Russland nochmals zu schwächen. Die zweite Gaspipeline von Gazprom durch die Ostsee nach Nordostdeutschland wurde ebenso wie die erste als ein privatwirtschaftliches Vorhaben dargestellt, von dem keinerlei sicherheitspolitische Bedrohung für die Ukraine ausgehe.

Die territorialen „Gewinne“, die Russland während der ersten hochintensiven Phase verdeckter Aggressionen gegen die Ukraine in den Jahren 2014–2015 erzielte, wurden nicht nur für den Kreml zu neuen Basisnormen. Sie wurden in erheblichen Teilen auch von westlichen Politikern und Diplomaten als neue objektive Ausgangspunkte für Verhandlungen und Bezugsrahmen für eine Wiederannäherung zwischen den beiden Ländern akzeptiert. Statt fortwährend daran erinnert zu werden, dass die neuen politischen Bedingungen im Donbas und auf der Krim grundsätzlich unannehmbar sind, wurde der russische Aggressor von internationalen Vermittlern implizit belohnt. Moskau wurde erlaubt, bei internationalen Verhandlungen und Debatten mit seinem ukrainischen Opfer eine ständige Ernte der Früchte seiner militärischen Aggression zu betreiben.

Ein markantes Beispiel für die Fragwürdigkeit der *Minsk II*-Vereinbarung vom Februar 2015 war deren Artikel 9, welcher vorsah: „... die Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle über die Staatsgrenze durch die Regierung der Ukraine im gesamten Konfliktgebiet, beginnend am Tag 1 nach den Lokalwahlen.“ Diese Abfolge antizipierte eine Rückkehr Kyjiwer Kontrolle über die ukrainisch-russische Grenze entlang der besetzten Gebiete nicht vor, sondern im Anschluss an eine politische Lösung. Dies hätte bedeutet, dass die ukrainische Regierung Wahlen auf einem Territorium hätte abhalten müssen, welches immer noch unter faktischer russischer Kontrolle war. Solch ein Verfahren hätte Moskau die Möglichkeit gegeben, mittels seiner Agenten und Stellvertreter in den besetzten Gebieten den politischen Prozess, der den Konflikt vorgeblich beilegen soll, zu unterwandern.

30 Umland, Andreas: Germany's Russia Policy in Light of the Ukraine Conflict: Interdependence Theory and Ostpolitik. In: *Orbis* 66, H. 1, 2021, S. 78–94.

Problem dieser wie anderer widersprüchlicher Formulierungen in *Minsk I* und *II* war nicht nur und nicht so sehr, dass es Russland gelungen war, diese Bestimmungen durch rücksichtslosen Druck auf die Ukraine in die Vereinbarungen hineinzuschmuggeln. Problematischer noch war die Tatsache, dass westliche Regierungen und Organisationen selbst die besonders absurden Punkte in den beiden Minsker Abkommen akzeptierten. So unterbreiteten der französische Diplomat Pierre Morel sowie der deutsche Außenminister (und heutige Bundespräsident) Frank-Walter Steinmeier im Jahr 2015 Pläne zur Konfliktbeilegung, die stillschweigend die militärischen Erfolge des Kremls im gleichen Jahr anerkannten und die russischen Geländegewinne zum Ausgangspunkt nahmen.³¹ Im Rahmen des Morel-Plans und der Steinmeier-Formel wurde Kyjiw nun nicht nur von Moskau, sondern auch von Paris und Berlin nahegelegt, demokratische Wahlen auf einem Gebiet abzuhalten, das *de facto* von einem aggressiven Nachbarstaat kontrolliert wurde, der der Erfahrung nach alles unternehmen würde, um den Ausgang der Wahlen zu manipulieren.

In den folgenden Jahren rieten deutsche Politiker und Diplomaten der ukrainischen Regierung immer wieder, die Steinmeier-Formel umzusetzen. Sie konzentrierten sich auf Zugeständnisse der Ukraine in Bezug auf Lokalwahlen und forderten einen „Sonderstatus“ für die besetzten Gebiete. Effektive Schritte, die sich explizit gegen Russlands fundamentale Verstöße gegen das Völkerrecht und die europäische Sicherheitsordnung richteten, waren hingegen von Seiten der deutschen und französischen Regierung kaum zu erkennen. Insbesondere Berlin drängte Kyjiw sich auf fragwürdige Prozedere einzulassen, obwohl es immer eindeutiger Anhaltspunkte dafür gab, dass Moskau nicht an einer wirklichen Konfliktlösung interessiert war.

Indessen posierte Russland auf der weltpolitischen Bühne in der Vermittlerrolle und bemühte sich unentwegt darum, den aus Moskau initiierten internationalen in einen innerstaatlichen Konflikt zu verwandeln und aus der Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine Nutzen zu ziehen. Moskau nutzte die beiden „Volksrepubliken“ als Instrumente, um die innere Stabilität und Außenbeziehungen der Ukraine zu untergraben. Dies

31 Getmanchuk, Alyona/Solodkyi, Sergiy: German Crisis Management Efforts in the Ukraine–Russia Conflict from Kyiv’s Perspective, *German Politics* 27, H. 4, 2018, S. 591–608; Wittke, Cindy/Rabinovych, Maryna: Five Years After: The Role of International Actors in the „Ukraine Crisis“. In: *East European Politics* 35, H. 3, 2019, S. 259–263; Wittke, Cindy: The Minsk Agreements – More than „Scraps of Paper“? In: *East European Politics* 35, H. 3, 2019, S. 264–290; Åtland, *Destined for Deadlock?*, 2020; Zachau 2021.

war eine Strategie, die der Kreml, bereits lange vor 2014, über zwanzig Jahre lang in Moldawien und Georgien angewandt hatte.

Der von Moskau geforderte Preis für eine teilweise Rückgabe der ostukrainischen Beute seiner hybriden Aggression bestand darin, wieder einen Fuß in die Tür des gesamten ukrainischen Staatswesens zu bekommen. Zwischen Ende 2020 und Anfang 2021 kam der Kreml zu dem Schluss, dass er dies mittels lediglich diplomatischer, politischer und hybrider Mittel nicht erreichen konnte. Putin begann Plan B zur Unterwerfung der Ukraine umzusetzen und Truppen an der russisch- sowie belarussisch-ukrainischen Grenze und auf der Krim für eine traditionelle militärische Invasion zu konzentrieren.

3. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Der Diktatfrieden der Minsker Abkommen, der durch Initiativen wie das Normandie-Format oder die Steinmeier-Formel unterstützt wurde, hätte vom Westen nie akzeptiert werden dürfen. Wie wir jetzt wissen, haben die Minsker Abkommen den russisch-ukrainischen Konflikt nicht entschärfen, sondern verschärft. Sie konnten dessen gewaltsame Eskalation im Februar 2022 nicht verhindern.

Frankreich und insbesondere Deutschland engagierten sich, hauptsächlich aus humanitären Gründen, in vielen Verhandlungsrunden. Auch die OSZE war hochpräsent.³² Aus heutiger Distanz betrachtet, stellt sich dieser Einsatz als Kompensationsversuch dar, welcher das Fehlen einer militärischen Unterstützung für die Ukraine und entschlosseneren Sanktionierung Russlands wettmachen sollte. Sowohl die physische als auch mediale Präsenz internationaler Organisationen fungierte als Feigenblatt und nicht Hilfsinstrument bei der Suche nach einer Konfliktlösung.³³ Vor dem Hintergrund der Erfahrungen von 2014–2022 war es nicht nur aus normativen und ethischen Gründen für den Westen fragwürdig, die Einhaltung ungerechter und manipulativer Waffenstillstandsvereinbarungen wie der Minsker Abkommen zu fordern. Wie das desaströse Finale der

32 Tanner, Fred: The OSCE and the Crisis in and around Ukraine: First Lessons for Crisis Management. In: OSCE Yearbook 2015, H. 21, 2016, S. 241–250; Guliyev, Farid/Gawrich, Andrea: OSCE Mediation Strategies in Eastern Ukraine and Nagorno-Karabakh: A Comparative Analysis. In: European Security 30, H. 4, 2021, S. 569–588.

33 Puglierin, Jana: OSZE dient Kreml als Feigenblatt, Bundeszentrale für politische Bildung. 6. September 2016.

Verhandlungen demonstrierte, ist womöglich gutgemeintes Engagement zur Umsetzung solcher Deals zudem strategisch unklug.

Auch noch so häufige Wiederholung gutgemeinter Rezepte und wohlklingender Konzepte kann die fundamentale Problematik mittels Gewalt und Drohungen oktroyierter Knebelverträge nicht mildern. Formeln wie „friedliche Konfliktbeilegung“, „Vertrauensbildung“, „Förderung des Dialogs“ usw. sind von vielen westlichen Politikern und Unterhändlern subjektiv womöglich ernst gemeint. Objektiv erfüllt die Verfolgung solcher Ansätze im postsowjetischen Raum die Funktion einer Nebelwand, welche die bittere Realität tatsächlicher Ambitionen, Kräfte und Ereignisse vor Ort verschleierte. Anstatt effektive Hilfe zu bekommen, bleibt das Aggressionsoffer gegenüber dem Aggressor, welcher westliche Vermittlungsversuche als Zeichen von Schwäche deutet, sich selbst überlassen.

Verhandlungsgeschäftigkeit bei der Umsetzung zweifelhafter Dokumente, wie der Minsker Abkommen, kann zu einem Deckmantel für substantielle Untätigkeit und andauernde Ergebnislosigkeit werden. Falsch angewandte Diplomatie gegenüber imperialistischen Mächten kann Konflikte in die Länge ziehen und eskalieren, anstatt sie zu entschärfen. Wenn der Westen Akteuren wie Russland erlaubt, die Früchte seiner Aggression zu ernten, sendet er allen involvierten Parteien – ja womöglich auch Akteuren in anderen Weltregionen – gefährliche Signale.³⁴

In den Jahren 2014–2022 erweckte der Westen im Kreml einen fatalen Eindruck. Er vermittelte Moskau, dass Russland mit dem Schaffen vollendeter Tatsachen vor Ort einen neuen Bezugsrahmen für darauffolgende Verhandlungen setzen kann. Zwar wird eine militärische Aggression rhetorisch scharf verurteilt und womöglich sogar sanktioniert. Doch wird die neue Sachlage infolge einer Okkupation als aktualisierte *Baseline* einer anschließenden Kompromissuche akzeptiert.

Der Stärkere kann, so die russische Lehre, militärische Macht, systematischen Regelverstoß und methodische Rücksichtslosigkeit zur Verbesserung seiner Verhandlungsposition einsetzen. Diese *Message* aus Brüssel, Berlin und Paris ermutigte Moskau, 2022 neuerlich die militärischen Umstände in der Ukraine in die von ihm gewünschte Richtung zu verschieben. Bleibt

34 Suško, Oleksandr/Umland, Andreas: Unrealistisches Szenario: Anmerkungen zum „Pluralen Frieden“. In: Osteuropa 67, H. 3–4, 2017, S. 109–120; Umland, Andreas: Kein fauler Kompromiss! Der Donbass, die Ukraine und der Westen. In: Osteuropa 71, H. 8–9, 2021, S. 61–68; Umland, Andreas: Should Washington Have Pressed Kyiv into a Compromise with Moscow? In: World Affairs 185, H. 2, 2022, S. 319–330.

zu hoffen, dass Politiker und Diplomaten im Westen die bittere Lektion aus dem Minsk-Desaster gelernt haben.

Literaturverzeichnis

- Adamski, Łukasz: Beobachtung der Beobachter: Die OSZE und Russlands Aggression gegen die Ukraine. In: Osteuropa 65, H. 1–2, 2015, S. 43–56.
- Alim, Eray: "Decentralize or Else:" Russia's Use of Offensive Coercive Diplomacy against Ukraine. In: World Affairs 183, H. 2, 2020, S. 155–182.
- Åtland, Kristian: Destined for Deadlock? Russia, Ukraine, and the Unfulfilled Minsk Agreements. In: Post-Soviet Affairs 36, H. 2, 2020, S. 122–139.
- Averre, Derek/Wolczuk, Kataryna (Hrsg.): The Ukraine Conflict: Security, Identity and Politics in the Wider Europe. Routledge: Abingdon (UK) 2019.
- Barshadska, Iuliia: Brüssel zwischen Kyjiw und Moskau: Das auswärtige Handeln der Europäischen Union im ukrainisch-russischen Konflikt 2014–2019. ibidem-Verlag: Stuttgart 2022.
- Beichelt, Timm/Worschech, Susann (Hrsg.): Transnational Ukraine? Networks and Ties that Influence(d) Contemporary Ukraine. ibidem-Verlag: Stuttgart 2017.
- Bertelsen, Olga (Hrsg.): Revolution and War in Contemporary Ukraine: The Challenge of Change. ibidem-Verlag: Stuttgart 2017.
- Burkhardt, Fabian: Russlands „Passportisierung“ des Donbas, SWP-Aktuell A 58, 30. Juni 2020, www.swp-berlin.org/publikation/russlands-passportisierung-des-donbas. 28.11.2022.
- Charap, Samuel: „The U.S. Approach to Ukraine's Border War Isn't Working“, Politico, 19. November 2021, www.politico.com/news/magazine/2021/11/19/ukraine-russia-putin-border-522989, 28.11.2022.
- Coppieters, Bruno: „Statehood“, „De Facto Authorities“ and „Occupation“: Contested Concepts and the EU's Engagement in Its European Neighbourhood. In: Ethnopolitics 17, H. 4, 2018, S. 343–361.
- Coynash, Halya: The Facts speak for themselves re Russia's military involvement in Donbas – OSCE Chief Monitor, Kharkiv Human Rights Protection Group, 2. November 2018, khpg.org/en/index.php?id=1541107927, 28.11.2022.
- D'Anieri, Paul: Ukraine and Russia: From Civilized Divorce to Uncivil War. Cambridge University Press: Cambridge (UK) 2019.
- Getmanchuk, Alyona/Solodkyy, Sergiy: German Crisis Management Efforts in the Ukraine–Russia Conflict from Kyiv's Perspective. In: German Politics 27, H. 4, 2018, S. 591–608.
- Grant, Thomas D.: Aggression against Ukraine: Territory, Responsibility, and International Law. Palgrave Macmillan: London 2015.
- Grant, Thomas D.: International Law and the Post-Soviet Space II: Essays on Ukraine, Intervention, and Non-Proliferation. ibidem-Verlag: Stuttgart 2019.

- Grigas, Agnia: *Beyond Crimea: The New Russian Empire*. Yale University Press: New Haven (CT) 2016.
- Guliyev, Farid/Gawrich, Andrea: OSCE Mediation Strategies in Eastern Ukraine and Nagorno-Karabakh: A Comparative Analysis. In: *European Security* 30, H. 4, 2021, S. 569–588.
- Hans, Julian: Russischer Geheimdienstler zur Ostukraine – „Den Auslöser zum Krieg habe ich gedrückt“, *Süddeutsche Zeitung*, 21. November 2014, <http://www.sueddeutsche.de/politik/russischer-geheimdienstler-zur-ostukraine-den-ausloeser-zum-krieg-habe-ich-gedrueckt-1.2231494>, 28.11.2022.
- Härtel, André: The EU Member States and the Crisis in Ukraine: Towards an Eclectic Explanation. In: *Romanian Journal of European Affairs* 19, H. 2, 2019, S. 87–106.
- Härtel, André/Pisarenko, Anton/Umland, Andreas: The OSCE's Special Monitoring Mission to Ukraine: The SMM's Work in the Donbas and Its Ukrainian Critique in 2014–2019. In: *Security and Human Rights* 31, H. 1–4, 2021, S. 121–154.
- Haug, Hilde Katrine: The Minsk Agreements and the OSCE Special Monitoring Mission: Providing Effective Monitoring for the Ceasefire Regime. In: *Security and Human Rights* 27, H. 3–4, 2016, S. 342–357.
- Hauter, Jakob: Delegated Interstate War: Introducing an Addition to Armed Conflict Typologies. In: *Journal of Strategic Security* 12, H. 4, 2019, S. 90–103.
- Hauter, Jakob (Hrsg.): *Civil War? Interstate War? Hybrid War? Dimensions and Interpretations of the Donbas Conflict in 2014–2020*. ibidem-Verlag: Stuttgart 2021.
- Hauter, Jakob: *Forensic Conflict Studies: Making Sense of War in the Social Media Age*. In: *Media, War & Conflict*, Sage Publications, 2021.
- Heinemann-Grüder, Andreas: Lehren aus dem Ukraine Konflikt: Das Stockholm-Syndrom der Putin-Versteher. In: *Osteuropa* 65, H. 4, 2015, S. 3–24.
- Heinemann-Grüder, Andreas: Was lehrt der Ukraine-Konflikt? In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 11, H. 4, 2018, S. 521–531.
- Heinemann-Grüder, Andreas/Crawford, Claudia/Peters, Tim (Hrsg.): *Lehren aus dem Ukraine Konflikt. Krisen vorbeugen, Gewalt verhindern*, Verlag Barbara Budrich: Leverkusen 2021.
- Hosaka, Sanshiro: Welcome to Surkov's Theater: Russian Political Technology in the Donbas War. In: *Nationalities Papers* 47, H. 5, 2020, S. 750–773.
- Hrant, Kostanyan/Meister, Stefan: Ukraine, Russia and the EU: Breaking the Deadlock in the Minsk Process. In: *CEPS Working Document* 423, 2016, <https://biblio.ugent.be/publication/8514008>, 28.11.2022.
- Hurak, Ihor/D'Anieri, Paul: The Evolution of Russian Political Tactics in Ukraine. In: *Problems of Post-Communism* 69, H. 2, 2022, S. 121–132.
- Kemp, Walter: Civilians in a War Zone: The OSCE in Eastern Ukraine. In: *OSCE Yearbook* 2017, H. 23, 2018, S. 113–123.

- Kragh, Martin (Hrsg.): *Security and Human Rights in Eastern Europe: New Empirical and Conceptual Perspectives on Conflict Resolution and Accountability*. ibidem-Verlag: Stuttgart 2022.
- Kudelia, Sergiy: *Domestic Sources of the Donbas Insurgency*, PONARS Eurasia, 29. September 2014, www.ponarseurasia.org/memo/domestic-sources-donbas-insurgency, 28.11.2022.
- Kudelia, Sergiy: *Reply to Andreas Umland: The Donbas Insurgency Began at Home*, PONARS Eurasia, 8. Oktober 2014, <https://www.ponarseurasia.org/reply-to-andreas-umland-the-donbas-insurgency-began-at-home/>, 28.11.2022.
- Kudelia, Sergiy: „Getting to the Bottom on the Sources of the Donbas Insurgency“, PONARS Eurasia, 6. November 2014, www.ponarseurasia.org/getting-to-the-bottom-on-the-sources-of-the-donbas-insurgency/, 28.11.2022.
- Kuzio, Taras: *Russian Nationalism and the Russian-Ukrainian War: Autocracy-Orthodoxy-Nationality*. Routledge: London 2022.
- Malyarenko, Tetyana/Wolff, Stefan: *The Dynamics of Emerging De-Facto States: Eastern Ukraine in the Post-Soviet Space*. Routledge: Abingdon (UK) 2018.
- Malyarenko, Tatyana/Wolff, Stefan: *The Logic of Competitive Influence-Seeking: Russia, Ukraine, and the Conflict in Donbas*. In: *Post-Soviet Affairs* 34, H. 4, 2018, S. 191–212.
- Marples, David R.: *Ukraine in Conflict: An Analytical Chronicle*. E-International Relations: London 2017.
- Marples, David R./Mills, Frederick V. (Hrsg.): *Ukraine's Euromaidan: Analyses of a Civil Revolution*. ibidem-Verlag: Stuttgart 2015.
- Matsiyevsky, Yuriy: „The Limits of Kudelia's Argument: On the Sources of the Donbas Insurgency“, PONARS Eurasia, 31. Oktober 2014, www.ponarseurasia.org/the-limits-of-kudelia-s-argument-on-the-sources-of-the-donbas-insurgency/, 28.11.2022.
- Melnik, Oleksandr: *From the „Russian Spring“ to the Armed Insurrection: Russia, Ukraine and Political Communities in the Donbas and Southern Ukraine*. In: *The Soviet and Post-Soviet Review* 47, H. 1, 2020, S. 3–38.
- Mitrokhin, Nikolay: *Transnationale Provokation: Russische Nationalisten und Geheimdienstler in der Ukraine*. In: *Osteuropa* 64, H. 5–6, 2014, S. 157–174.
- Mitrokhin, Nikolay: *Infiltration, Instruktion, Invasion: Russlands Krieg in der Ukraine*. In: *Osteuropa* 64, H. 8, 2014, S. 3–16.
- Mitrokhin, Nikolay: *Bandenkrieg und Staatsbildung: Zur Zukunft des Donbass*. In: *Osteuropa* 65, H. 1–2, 2015, S. 5–22.
- Mitrokhin, Nikolay: *Infiltration, Instruction, Invasion: Russia's War in the Donbass*. In: *Journal of Soviet and Post-Soviet Politics and Society* 1, H. 1, 2015 S. 219–250.
- Mitrokhin, Nikolay: *Diktaturtransfer im Donbass: Gewalt und „Staatsbildung“ in Russlands „Volksrepubliken“*. In: *Osteuropa* 67, H. 3–4, 2017, S. 41–55.
- Mykhnenko, Vlad: *Causes and Consequences of the War in Eastern Ukraine: An Economic Geography Perspective*, *Europe-Asia Studies* 72, H. 3, 2020, S. 528–560.

- OSCE: Protocol on the results of consultations of the Trilateral Contact Group, signed in Minsk, 5. September 2014, <https://www.osce.org/ru/home/123258>, 28.11.2022.
- OSCE: Package of Measures for the Implementation of the Minsk Agreements, 12. Februar 2015, <https://www.osce.org/ru/cio/140221>, 28.11.2022.
- Puglierin, Jana: OSZE dient Kreml als Feigenblatt, Bundeszentrale für politische Bildung, 6. September 2016, <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/meinung-osze-dient-kreml-als-feigenblatt>, 28.11.2022.
- Rjabčuk, Mykola: Dezentralisierung und Subsidiarität: Wider die Föderalisierung à la russe. In: Osteuropa 64, H. 5–6, 2014, S. 217–225.
- Romanova, Valentyna/Umland, Andreas: Ukraine's Decentralization Reforms Since 2014: Initial Achievements and Future Challenges, Chatham House Research Papers, September 2019, www.chathamhouse.org/sites/default/files/2019-09-24-UkraineDecentralization.pdf, 28.11.2022.
- Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.): Zerreißprobe Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg. In: Osteuropa 64, H. 5–6, BWV: Berlin 2014.
- Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.): Gefährliche Unschärfe: Russland, die Ukraine und der Krieg im Donbass. In: Osteuropa 64, H. 9–10, BWV: Berlin 2014.
- Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.): Zerrissen. Russland, Ukraine, Donbass. In: Osteuropa 65, H. 1–2, BWV: Berlin 2015.
- Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.): Russlands Krieg gegen die Ukraine: Propaganda, Verbrechen, Widerstand. In: Osteuropa 72, H. 1–3, BWV: Berlin 2022.
- Schneckener, Ulrich: Hybrider Krieg in Zeiten der Geopolitik? Zur Deutung und Charakterisierung des Donbass-Konflikts. In: Politische Vierteljahresschrift 57, H. 4, 2016, S. 586–613.
- Soroka, George/ Stepniewski, Tomasz (Hrsg.): Ukraine after Maidan: Revisiting Domestic and Regional Security. ibidem-Verlag: Stuttgart 2018.
- Tanner, Fred: The OSCE and the Crisis in and around Ukraine: First Lessons for Crisis Management. In: OSCE Yearbook 2015, H. 21, 2016, S. 241–250.
- von Twickel, Nikolaus: Zwischen den Fronten: Was die OSZE-Beobachter in der Ukraine leisten können, und was nicht. In: Internationale Politik 72, H. 2, 2017, S. 48–53.
- Suško, Oleksandr/Umland, Andreas: Unrealistisches Szenario: Anmerkungen zum „Pluralen Frieden“. In: Osteuropa 67, H. 3–4, 2017, S. 109–120.
- Umland, Andreas: Inwieweit war Russlands Anschluss der Krim historisch gerechtfertigt? Zur Problematik „realistischer“ Annexionsnarrative. Sirius: Zeitschrift für Strategische Analysen 2, H. 2, 2008, S. 162–169.
- Umland, Andreas: „The Glazyev Tapes, Origins of the Donbas Conflict, and Minsk Agreements“, Foreign Policy Association, 13. September 2018, foreignpolicyblogs.com/2018/09/13/the-glazyev-tapes-origins-of-the-donbas-conflict-and-minsk-agreements/, 28.11.2022.

- Umland, Andreas: Germany's Russia Policy in Light of the Ukraine Conflict: Interdependence Theory and Ostpolitik. In: *Orbis* 66, H. 1, 2021, S. 78–94.
- Umland, Andreas: Kein fauler Kompromiss! Der Donbass, die Ukraine und der Westen. In: *Osteuropa* 71, H. 8–9, 2021, S. 61–68.
- Umland, Andreas: Should Washington Have Pressed Kyiv into a Compromise with Moscow? In: *World Affairs* 185, H. 2, 2022, S. 319–330.
- Umland, Andreas: „In Defense of Conspirology: A Rejoinder to Serhiy Kudelia's Anti-Political Analysis of the Hybrid War in Eastern Ukraine“, *PONARS Eurasia*, 30. September 2014, <https://www.ponarseurasia.org/in-defense-of-conspirology-a-rejoinder-to-serhiy-kudelia-s-anti-political-analysis-of-the-hybrid-war-in-eastern-ukraine/>, 28.11.2022.
- Wilson, Andrew: The Donbas in 2014: Explaining Civil Conflict Perhaps, but not Civil War. In: *Europe-Asia Studies* 68, H. 4, 2016, S. 631–652.
- Wittke, Cindy: The Minsk Agreements – More than “Scraps of Paper”? In: *East European Politics* 35, H. 3, 2019, S. 264–290.
- Wittke, Cindy/Rabinovych, Maryna: Five years after: the role of international actors in the “Ukraine Crisis”. In: *East European Politics* 35, H. 3, 2019, S. 259–263.
- Wynnyckij, Mychailo: *Ukraine's Maidan, Russia's War: A Chronicle and Analysis of the Revolution of Dignity*. ibidem-Verlag: Stuttgart 2019.
- Yekelchik, Serhy: *The Conflict in Ukraine: What Everyone Needs to Know*. Oxford University Press: Oxford 2015.
- Zachau, John: Russia's Instrumentalisation of Conflict in Eastern Europe: The Anatomy of the Protracted Conflicts in Ukraine, Georgia and Moldova, *SCEEUS Reports on Human Rights and Security in Eastern Europe* 6, 2021, <https://ui.se/globalassets/evenemang/bilder-till-programmen/sceeus/russias-instrumentalisation-of-conflict-in-eastern-europe-the-anatomy-of-the-protracted-conflicts-in-ukraine-georgia-and-moldova-hrs-no-6.pdf>, 28.11.2022.
- Zadorozhnii, Oleksandr: Hybrid War or Civil War? The Interplay of Some Methods of Russian Foreign Policy Propaganda with International Law. In: *Kyiv-Mohyla Law and Politics Journal*, H. 2, 2016, S. 117–128.

Kapitel 6 Deutschlands Ostpolitik bis zum Überfall Russlands auf die Ukraine

Joachim Krause

Abstract: Deutschlands Ostpolitik war seit 1999 weitgehend auf Russland fixiert und hat die Beziehungen zu den anderen Staaten Osteuropas und Ostmitteleuropas ebenso vernachlässigt wie die Bündnispolitik. Die nicht zu übersehende autoritäre Regression sowie die umfangreichen militärischen Angriffsvorbereitungen Russlands wurden von der Bundesregierung konstant ignoriert. Stattdessen wurde eine erhöhte Abhängigkeit von Russland bei der Erdgasversorgung betrieben, obwohl die Europäische Union seit 2010 den Beschluss gefasst hatte, sich weniger abhängig von Russland zu machen. Auf die russische Kriegsführung gegen die Ukraine seit 2014 reagierte Berlin mit einer Beschwichtigungspolitik und einer Rüstungskontroll-Rhetorik, die erhebliche Zweifel am strategischen Beurteilungsvermögen der letzten beiden Koalitionsregierungen unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel haben aufkommen lassen. Deutsche Ostpolitik wurde durch eine Idealisierung und Stilisierung der Brandt'schen Ostpolitik und einen unreflektierten, erweckungsartigen Pazifismus angeleitet. Sie hat indirekt zum neuerlichen Krieg Russlands gegen die Ukraine beigetragen, weil sie das Risikokalkül Russlands erleichtert hat. Mit einer Ostpolitik, die wirklich fest im westlichen Bündnis verankert gewesen wäre und die zwischen den Anliegen Russlands und der Osteuropäer balanciert hätte, hätte Russland im Februar 2022 den Krieg vermutlich nicht begonnen.

Schlüsselwörter: Deutsche Außenpolitik, deutsche Ostpolitik, Russland, Ukraine, Energiepolitik

1. Einleitung

Der frühere ukrainische Botschafter Andrij Melnyk (2014–2022) hat in Deutschland viel Kritik auf sich gezogen, weil er vor und auch nach Kriegsbeginn die deutsche Politik dafür kritisiert hat, dass diese die Aggressivität Russlands sehenden Auges unterschätzt und durch ihr Festhalten

an der Partnerschaft mit Moskau (insbesondere mit dem Bau der beiden Nord Stream Pipelines) und der Verweigerung von Waffenlieferungen die Position der Ukraine im Streit mit Moskau unterminiert und damit indirekt zum Krieg beigetragen habe. Brandbriefe gegen Melnyk gab es viele, bis hin zu Petitionen empörter Bürger, dass die Bundesregierung ihn zur *persona non grata* erklären sollte.¹ In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit die deutsche Ostpolitik der vergangenen Jahre tatsächlich dazu beigetragen hat, dass dieser Krieg ausbrechen konnte. Unter *deutscher Ostpolitik* wird dabei die Politik der Bundesregierung gegenüber Russland und seinen anderen direkten oder indirekten Nachbarn in Ostmitteleuropa sowie in Osteuropa verstanden. Im Folgenden wird die deutsche Ostpolitik seit 1990 daraufhin untersucht, inwieweit diese die Sicherheitslage der Ukraine verschlechtert haben könnte.

Deutsche Ostpolitik war und ist immer Politik gegenüber Russland und gegenüber den anderen Staaten Osteuropas und Ostmitteleuropas. Angesichts der enormen Interessenunterschiede und der teilweise offenen Feindschaft zwischen Russland und vielen seiner Nachbarstaaten hat Ostpolitik für Deutschland daher immer den Charakter eines *Spagats* gehabt. Die Frage ist dann zu stellen: Hat die deutsche Politik es verstanden, die notwendige Balance zu wahren? Oder hat sie zu einer Seite stärker tendiert? Hinzu kommt eine weitere Dimension: Ostpolitik geht nicht ohne *Bündnispolitik*, denn aus der Vergangenheit konnte man die klare Erkenntnis ziehen, dass eine Politik gegenüber Russland nicht ohne Einbettung in das westliche Bündnis und im Konsens mit den Mitgliedstaaten der EU betrieben werden kann. Von daher ist zu fragen, ob die deutsche Politik auch immer den bündnispolitischen und europapolitischen Aspekten Genüge getan hat. Zusammen genommen ist deutsche Ostpolitik darauf zu hinterfragen, ob es gelungen ist, die *Trias aus Russlandpolitik, Politik gegenüber den östlichen Nachbarstaaten (einschließlich der Ukraine) und den westlichen Bindungen in einem Gleichgewicht* zu halten. Die These Melnyks und vieler anderer Beobachter ist, dass dieses Gleichgewicht nicht gehalten worden ist, sondern dass sich Deutschland eng an Russland angeschlossen hat. Sollte sich diese These als korrekt erweisen, dann ist in einem weiteren Schritt zu fragen, ob Deutschland damit zum Ausbruch des Kriegs im Februar 2022 direkt oder indirekt beigetragen hat.

1 Vgl. Tagesspiegel: „Sächsischer CDU-Mann forderte Ausweisung; Vorsitzender Merz will sich nicht zu Affront gegen Melnyk äußern“, 30. August 2022; siehe auch Deutschlandkurier: „Skandal-Botschafter: Altparteien und Medien tanzen nach der Melnyk-Flöte“, 7. April 2022.

Grob gesprochen kann man die deutsche Ostpolitik seit 1990/92 in fünf Phasen einteilen: (1) die Phase der von Helmut Kohl geführten christlich-liberalen Koalition (bis Ende 1998), (2) die Phase der rot-grünen Koalition unter Kanzler Gerhard Schröder, (3) die Phase der Großen Koalition aus Union und SPD unter Angela Merkel (2005–2009), (4) die Phase der christlich-liberalen Koalition unter Angela Merkels Kanzlerschaft (2009–2013) und (5) die erneute Phase der Koalition aus Union und SPD unter Kanzlerin Angela Merkel (2013–2021). In allen fünf Phasen lassen sich Bemühungen identifizieren, das Gleichgewicht zwischen den drei oben genannten Anliegen zu wahren. Allerdings fiel die jeweilige Bilanz sehr unterschiedlich aus. Man kann sagen, dass während der Amtszeit von Bundeskanzler Kohl (bis Ende 1998) eine Politik verfolgt wurde, in der die Beziehungen zu Russland und den osteuropäischen Staaten eine gleichgewichtige Rolle einnahmen und bei der es wenig Anlass gab, an der Verankerung Deutschlands in NATO und EU zu zweifeln. Dies änderte sich in der Ära der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder (1999–2005), in der vor allem die SPD die Beziehungen zu Russland eindeutig zu priorisieren begann und die transatlantische und EU-Verankerung zwar immer wieder betont, aber kaum praktiziert wurde. Wer sich erhofft hatte, dass die von Angela Merkel geführten Koalitionen mit der SPD (2005–2009, 2013–2021) oder der FDP (2009–2013) an dieser Schieflage etwas ändern würden, wurde enttäuscht. Die Unionsparteien (und im Übrigen auch die FDP) setzten der von der SPD vorgegebenen ostpolitischen Richtung und der immer nebulöser und zweifelhafter werdenden Bündnispolitik nichts entgegen. Vielmehr blieb es bei dem Fokus auf Russland – auch nach der Ukraine Krise 2014 – und die Bündnispolitik endete in einem Desaster.

Die Frage, ob Deutschland damit zum Kriegsausbruch beigetragen hat, muss man differenziert beantworten. Von einer direkten Kriegsverursachung kann zweifellos nicht die Rede sein, aber indirekt haben die deutschen Bundesregierungen dazu beigetragen das Risikokalkül Russlands Ende 2021 so zu beeinflussen, dass die Entscheidung zum Krieg fallen konnte. Eine Verantwortung für die Entscheidung Russlands, diesen Krieg zu eröffnen, tragen insbesondere die letzten beiden Koalitionen aus Union und SPD unter der Kanzlerschaft Angela Merkels.

2. Die Jahre der Regierung Kohl (1990–1998)

Schon in der Zeit der Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands und den darauffolgenden schwierigen Jahren zwischen 1991 und 1997 waren der damalige Bundeskanzler Kohl und seine Außenminis-

ter aus der FDP (Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel) zum einen um gute Beziehungen zu Moskau bemüht und gleichzeitig darum, den osteuropäischen Nachbarn in der Frage der Annäherung an europäische und transatlantische Institutionen entgegenzukommen. Das war nicht einfach, denn die künftige Ausrichtung Russlands war kaum vorhersehbar und der russische Präsident Boris Jelzin war zwar offen für Anregungen aus Bonn. Aber die innenpolitische Situation in Russland war chaotisch und nach den ersten freien Duma Wahlen im Dezember 1993 war abzu-sehen, dass eine demokratische Reform Russlands ausbleiben würde und nationalistische, imperialistische und revisionistische Tendenzen die Über-hand bekommen würden. Dennoch blieb die Politik der Bundesregierung darum bemüht, in Russland die Kräfte der Vernunft, der wirtschaftlichen und politischen Reform nach Möglichkeit zu unterstützen – meist mit Geld und Ideen. Immerhin standen bis 1994 noch russische Truppen auf dem Gebiet der früheren DDR. Auch die deutsche Politik der Vorsicht bei Auslandseinsätzen (keine Teilnahme der Bundeswehr an der Befreiung von Kuwait 1991) gehörte in dieses Kalkül. Gegenüber Polen hatte Kohl bereits 1991 das Weimarer Dreieck initiiert. Es war der Versuch eines deutsch-französisch-polnischen Konsultationsformates, welches dem größten ostmitteleuropäischen Staat eine Mitsprache über europäische Angele-genheiten vermitteln sollte.

Bezüglich der Wünsche der osteuropäischen und ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten waren es Bundeskanzler Kohl und der christdemokratische Verteidigungsminister Volker Rühe, die zumindest den Deutschland nahe stehenden Staaten Polen, Tschechien und Ungarn eine Perspektive für den Beitritt zur NATO geben wollten. Diese wollten nach dem Ergebnis der Duma-Wahl vom Dezember 1993, in dem nationalistische, kommunistische und proto-faschistische Parteien die Mehrheit erhielten, so schnell wie möglich in die Europäische Union und vor allem in die Nordatlanti-sche Allianz. Es war auch – aber keinesfalls alleine – dem Bemühen der deutschen Bundesregierung zu verdanken, dass 1997 zwischen der NATO und Russland eine Grundsatzvereinbarung erzielt werden konnte, die den Interessen Russlands (welches sich durch die NATO-Erweiterung brüskiert und potenziell gefährdet sah) und der Kandidatenstaaten gerecht werden sollte. In der *NATO-Russland-Akte* wurde festgelegt, dass die NATO neue Mitglieder aufnehmen könne, wenn sichergestellt sei, dass keine substanti-ellen (weniger als eine Brigade) ausländischen Militärverbände und keine Atomwaffen dort stationiert werden würden. Außerdem galt der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), der die Truppenstärken und die Zahl der zulässigen Waffensysteme in allen Ländern regelte und verhindern sollte, dass ein Staat oder eine Allianz eine Invasionsfähigkeit

erhält. Die NATO verringerte zudem einseitig ihre Truppenstärke, so dass nach dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns die Gesamtzahl der westlichen Truppen in Europa kleiner war als davor. Zur NATO-Russland-Grundsatzakte gehörte auch die Schaffung des *NATO-Russland-Rates*. Mit ihm sollte die Möglichkeit der kontinuierlichen Kommunikation und Kontaktbildung zwischen Russland und der westlichen Allianz geschaffen werden. Aus Gründen der Symmetrie – und weil man damals nicht recht wusste, wohin die Ukraine tendieren würde – wurde parallel dazu ein NATO-Ukraine-Rat gebildet, der aber ohne Substanz blieb.

Mit dieser Einigung wurde der Weg zur Mitgliedschaft der drei genannten ostmitteleuropäischen Staaten sowie später der baltischen Staaten, der Slowakei, Bulgariens, Rumäniens und auch Kroatiens und anderer Balkan-Staaten in die NATO geebnet. Russland war stets dagegen, aber andererseits entstand niemals eine Lage, bei der die Sicherheit Russlands infolge der Erweiterung der Allianz hätte gefährdet werden können. Die so oft beschworene „Einkreisung“ Russlands hat nie stattgefunden.

Neben dieser balancierten Ostpolitik verfolgte die Bundesregierung eine Bündnispolitik, die sich langsam aber beständig darauf einstellte, dass man einerseits die Bundeswehr reduzieren musste (von 650.000 Soldaten Ende 1990 auf weniger als 370.000 laut Vorgabe des Vertrags über die Einheit Deutschlands, den Zwei plus Vier Vertrag), andererseits aber zentrale Fähigkeiten erhalten musste. In diesem Zusammenhang bemühte sich die Bundesregierung darum, Fähigkeiten zur Bündnisverteidigung zu erhalten und gleichzeitig auf die neuen Aufgaben der Allianz vorbereitet zu sein, die in Richtung *out-of-area* Einsätze ging. Unter dem Eindruck der Befreiung Kuwaits von der irakischen Invasion und der Kriege im früheren Jugoslawien hatte sich die NATO mehr und mehr derartigen Einsätzen zugewandt. Im Jahr 1995 konnte sich das Bündnis in einem schwierigen und widersprüchlichen Prozess dazu durchringen, militärisch in den Konflikt einzugreifen, um einen Waffenstillstand (Dayton) zu erzwingen. In den folgenden Jahren kam es zu weiteren Einsätzen dieser Art, im Kosovo 1999 und Anfang 2002 in Afghanistan. Bis 1995 blieb die Bundesregierung zurückhaltend, was die Mitwirkung an derartigen Einsätzen anging, aber 1995 und 1999 beteiligte sie sich an NATO-Einsätzen gegen Serbien.

3. Die Phase der rot-grünen Koalition (1998–2005)

Mit der Machtübernahme der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder (SPD) und Joschka Fischer (Bündnis90/Grüne) im Dezember 1998 veränderte sich scheinbar erst einmal nichts. Die neue Bundesregierung nahm

am Kosovo-Einsatz der NATO teil und es gelang dem neuen Außenminister ein durchaus passabler Einstand, indem durch seine Vermittlung ein Ende der Kriegshandlungen bewirkt werden konnte.² Außenminister Fischer musste allerdings am 13. Mai 1999 einen Anschlag eines seiner Parteigenossen mit einem Farbbeutel hinnehmen. Als am 11. September 2001 islamistische Terroristen von al-Qaida das *World Trade Center* in New York und das Pentagon in der Nähe von Washington, D.C. angriffen und ein weiteres Flugzeug entführten und zum Absturz brachten, demonstrierte die Bundesregierung sofort Solidarität mit den USA und entsandte sogar deutsche Spezialkräfte, um den USA bei der Bekämpfung von al-Qaida in Afghanistan zu helfen. Auch die aktive Mitwirkung der Bundesregierung bei der Herbeiführung der UN-Konferenz über die Zukunft Afghanistans im November und Dezember 2001 und die Bereitschaft Berlins, sich an einer von den Vereinten Nationen mandatierten Truppe zum Schutz des Wiederaufbaus in Afghanistan (ISAF) zu beteiligen, demonstrierte eine Bündnistreue, die Kritiker von SPD und Grüne diesen Parteien nicht zuge-
traut hatten.

Allerdings fand trotz dieser ermutigenden bündnispolitischen Anfänge auf der strukturellen Ebene und auf der Ebene der vorherrschenden Narrative mit dem Antritt von Rot-Grün ein Paradigmenwechsel der deutschen Außenpolitik (und damit auch der Ostpolitik und mittelfristig auch der Bündnispolitik) statt, der damals von vielen Beobachtern nicht in dieser Radikalität erwartet wurde und der über die Zeit der rot-grünen Koalition hinausweisen sollte. Dieser Paradigmenwandel hatte folgende Komponenten:

- Mit den Grünen und auch mit der SPD gelangten Kräfte in zentrale außenpolitische und sicherheitspolitische Funktionen, die aus der Friedensbewegung kamen und ein völlig anderes Narrativ von Kriegen und Konflikten vertraten als Union und FDP. Nach dem Beschluss des Bundestags vom Oktober 1983, den Rüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses umzusetzen, hatte es zeitweilig so ausgesehen, als ob die weltfremden und idealistischen Vorstellungen der Friedensbewegung und der sie intellektuell unterstützenden kritischen Friedensforschung austrocknen würden. Das war nicht der Fall. Die Grünen schafften es als unverbrüchlich pazifistische Partei in Landtage und den Bundestag zu kommen und die SPD verabschiedete sich 1983 vom außenpolitischen

2 Krause, Joachim: Die deutsche Politik in der Kosovo-Krise. In: Krause, Joachim (Hrsg.): Kosovo. Humanitäre Intervention und kooperative Sicherheit in Europa, Leske und Budrich: Opladen 2000, S. 103–119.

Profil ihres früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt und übernahm viele der Positionen, die bei den Grünen geläufig waren. In diesem rot-grünen friedenspolitischen Kosmos waren Kriege und Konflikte nicht das Resultat übelwollender Mächte (vor allem nicht Russlands, wenn eher der USA), sondern das Ergebnis von Missverständnissen und Misstrauen. Beide galt es zu überwinden, insbesondere durch den Abbau von Bedrohungsvorstellungen. Da Bedrohungsvorstellungen durch Waffen der jeweils anderen Seite geweckt werden, wurden Waffenbesitz, Waffenherstellung und Waffenexporte geächtet und Abschreckung als kriegstreibend bezeichnet. Krisen und Konflikte waren politisch-psychologisch zu bearbeiten, dabei galt es „Eskalationsdynamiken“ zu verhindern (insbesondere, dass lokale Kriege nicht in „Flächenbrände“ ausarteten) und Kriege aus Versehen entstehen können. Als besonders schlimm galten Rüstungswettläufe, die durch Abrüstung oder Rüstungskontrolle zu verhindern wären. Das westliche Bündnis wurde von Vielen zwar in gewisser Weise noch als notwendig akzeptiert, aber im Grunde galt in diesem Kosmos die NATO nichts, die Vereinten Nationen und der Multilateralismus wurden hingegen als besonders bedeutend herausgestellt. Deutschland sollte eine Zivilmacht sein, die anderen als Vorbild dienen und die besonders in multilateralen Gremien als Ermöglicher von Kompromissen brillierte. In diesem Sinne wurde vor allem das Auswärtige Amt seit Anfang 1999 systematisch umprogrammiert. Zudem gewannen derartige Einsichten in den Medien (wo die Parteipräferenz von Politikjournalisten am ehesten den Grünen und auch der SPD gilt)³ und bei erzieherischen Berufen (Schulen, Universitäten, Erwachsenenbildung) an Unterstützung. Das politische Meinungsklima in Deutschland wurde dadurch bis heute entscheidend beeinflusst – nicht zuletzt, weil aus Union und FDP keine wirklichen Gegenpositionen zu vernehmen waren.

- Innerhalb der SPD – aber auch bei den Grünen – setzte eine Neubelebung und Neuinterpretation der Ostpolitik Willy Brandts und Egon Bahrs ein, die in Richtung einer pro-russischen Position ging und die bis heute große Teil der Partei und ihrer Sympathisanten anleitet. Diese Neubelebung baute auf drei Behauptungen auf, die der Hauptarchitekt der deutschen Ostpolitik und damalige Außenminister Frank-Walter

3 Vgl. Statista Research Department: Parteipräferenz von Politikjournalisten in Deutschland, 19. August 2010.

Steinmeier in einer Rede im Jahr 2008⁴ vortrug und von denen eine halbwegs stimmte, die anderen zwei schlichtweg falsch waren: Zum einen sagte Steinmeier, die Ostpolitik habe den Frieden unter schwierigen Bedingungen sicherer gemacht. Das ist im Prinzip richtig. Nur muss hinzugefügt werden, dass der Beitrag der Ostpolitik zur Sicherheit in Europa bescheiden blieb. Die Ostpolitik Brandts erreichte Erleichterungen im menschlichen Sektor (die wichtig für die Betroffenen waren). Sie bewirkte eine – leider nur vorübergehende – Periode der politischen Entspannung in den Beziehungen zwischen Ost und West. Aber sie versagte vollkommen, als sich nach 1975 die Beziehungen verschlechterten. Und sie hatte überhaupt keinen Einfluss auf den Abbau der Militärkonfrontation, sondern ihre Vertreter ließen sich in der Zeit der Nachrüstungsdebatte Anfang der 80er Jahre von der sowjetischen Politik mehr oder weniger instrumentalisieren. Zum zweiten sagte Steinmeier, dass die Ostpolitik den Demokratiebewegungen in Osteuropa neue Möglichkeiten und Freiräume eröffnet habe. Dies stimmte keineswegs. Das Grundprinzip der Ostpolitik Brandts und Bahrs war es, die Anerkennung der Vormacht Russlands und der Kommunistischen Parteien in der DDR und in Polen zu nutzen, um gewisse kleine und manchmal nur klimatische Veränderungen zu bewirken. Sozialdemokratische Politiker zeigten sich in den späten 70er und 80er Jahren (selbst 1989) vielmehr verärgert bis entsetzt über das Wirken demokratischer Opposition in Polen und anderen Ländern im Sowjetorbit und verurteilten deren Handeln als schädlich, weil es gegen den Geist der Entspannung sei, die Vorherrschaft der Sowjetunion und des kommunistischen Systems in Frage zu stellen.⁵ Dies war gleichsam die „dunkle“ Seite der Ostpolitik von Brandt und Bahr. Die dritte Behauptung Steinmeiers, wonach die Ostpolitik entscheidend dazu beigetragen habe, die Blockkonfrontation letztlich ganz zu überwinden, ist ebenfalls falsch. Die Ostpolitik der SPD zielte nicht darauf, die Ost-West-Teilung zu überwinden, sie wollte diese erträglicher und kontrollierbarer machen. Das war in den 60er und 70er Jahren ein durchaus sinnvolles

4 Rede von Bundesaußenminister Steinmeier anlässlich der Podiumsdiskussion bei der Willy-Brandt-Stiftung: Auf dem Weg zu einer europäischen Ostpolitik, 4. März 2008.

5 Hofmann, Gunter: Polen und Deutsche auf dem Weg zur europäischen Revolution. Suhrkamp: Berlin 2011, S. 292f.; Krzemiński, Adam: Im Osten viel Neues. Deutsche Ostpolitik aus polnischer Perspektive. In: Zeitschrift für Außen und Sicherheitspolitik 8, H. 1, 2015, S. 403–425; Urban Thomas: Verstellter Blick. Die deutsche Ostpolitik. edition.fotoTapeta: Berlin 2022.

Anliegen. Bestenfalls war auf einen langsamen Prozess des Wandels durch Annäherung gehofft worden, aber nicht auf ein schnelles Ende wie es 1989/90 kam. Und das Ende des Ost-West-Konflikts kam nicht in Folge der Ostpolitik Willy Brandts und Egon Bahrs zustande, sondern weil mit Michail Gorbatschow ein Mann zum Generalsekretär der KPdSU gewählt wurde, der verstand, dass sich Russland den Ost-West-Konflikt ökonomisch und gesellschaftlich nicht mehr leisten konnte und weil die einzige Trumpfkarte der Sowjetunion – die Überlegenheit bei konventionellen und nuklearen Fähigkeiten – mit der Umsetzung des Nachrüstungsbeschlusses der NATO für Mittelstreckenraketen und der Modernisierung und Verbesserung der amerikanischen Land- und Luftstreitkräfte (*AirLand-Battle*, *Follow-on-Forces Attack*) seit Mitte der 80er Jahre nicht mehr zog.⁶

In der Kombination aus den beiden hier genannten Narrativen entstand eine gefährliche Mischung aus Realitätsverweigerung, der Kanonisierung eines utopischen Pazifismus und einer hochgradig verkärten Ostpolitik. Diese hat die deutsche Außenpolitik der Jahre bis zum Ende der rot-grünen Koalition 2005 gekennzeichnet. Hinzu kam der 2001 von der Bundesregierung beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie. Bei ihm war schon damals abzusehen, dass es im Zusammenhang mit der Klimaproblematik einen kombinierten Ausstieg aus Kernenergie und Kohle geben wird. Diese Perspektive war wiederum Anlass für wichtige Teile der deutschen Industrie und der Energieversorger, den möglichst störungsfreien Bezug von Erdgas aus Russland verstärkt ins Auge zu fassen. Damit waren die Grundlagen einer illusorischen und utopischen Russlandpolitik gelegt, die von Teilen der Wirtschaft unterstützt wurde.

Eine Konsequenz dieser sich langsam aber stetig durchsetzenden Neuausrichtung war die Fokussierung der deutschen Ostpolitik auf Russland auf Kosten Polens und der anderen mittelosteuropäischen und osteuropäischen Staaten (darunter auch die Ukraine). Diese Politik wurde intensiv vom Kanzleramt betrieben. Ihr Architekt war der damalige Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier. Bundeskanzler Schröder entwickelte zudem ein auffällig freundschaftliches Verhältnis zum russischen Präsidenten

6 Der frühere NVA Oberst Siegfried Lautsch hat in einem 2013 erschienen Buch sehr plastisch beschrieben, wie noch vor Gorbatschows Amtsantritt der Warschauer Pakt sein offensives Militärkonzept umstellen musste, weil aufgrund von *AirLand Battle* und *Follow-on-forces attack* diese Strategie nicht mehr durchführbar war. Die Demonstrationen der Friedensbewegung in Westdeutschland hatten offenkundig keinen Einfluss auf die Militärplanung des Warschauer Paktes.

Wladimir Putin. Dieser war 2000 in dieses Amt gewählt worden, nachdem er sich bei der brutalen Niederschlagung des Aufstands in Tschetschenien einen Ruf als „Macher“ erworben hatte. Er wurde vor allem von den Angehörigen der machtvollen Sicherheitsdienste geschätzt, deren Denken tief im großrussischen Nationalismus und Imperialismus verankert war. Putin gab sich gegenüber Schröder moderat und reformwillig und beeindruckte auch im Sommer 2001 mit einer Rede im Deutschen Bundestag. Tatsächlich war seine Agenda von Anbeginn an eine andere – die Wiederherstellung der imperialen Größe Russlands.

Bündnispolitisch blieb die rot-grüne Koalition mit der Fortsetzung und dem Ausbau des Engagements der Bundeswehr im Rahmen von ISAF auf Kurs. Aber die bis 1999 gewährte Balance zwischen Auslandseinsätzen und Bündnisverteidigung ging nach und nach verloren. Bündnisverteidigung galt als überholt, die entsprechenden Fähigkeiten der Bundeswehr wurden aufgegeben oder vernachlässigt. Politisch wichtig war nur noch die Aufrechterhaltung einer insgesamt sehr kleinen (nie mehr als 5.000 Soldaten umfassenden) Präsenz in Afghanistan. Darüber hinaus wurde die Bundeswehr verkleinert und es wurde in allen Bereichen gespart. Zudem nahm die Bundesregierung in mehr und mehr Fragen einen kritischen Kurs gegen die Bush-Administration in Washington ein.

Diese Tendenzen kulminierten in den Auseinandersetzungen um die Absicht der US-Regierung, die Regierung von Saddam Hussein im Irak im Wege einer internationalen Militärintervention zu stürzen. Im Sommer 2002 hatte US-Präsident George W. Bush angekündigt, dass seine Regierung entschlossen war, das verbrecherische Regime Saddams zu stürzen, welches sich nicht an die Auflagen hielt, die der UN-Sicherheitsrat 1991 im Rahmen der Waffenstillstandsresolution 687 (3 April 1991) und weiterer Resolutionen verhängt hatte. Das Vorhaben war nicht unberechtigt, aber die Vorbereitung und die Begründung ließen deutliche Mängel erkennen und der Umgang der Bush-Regierung mit Verbündeten und Freunden, die kritische Fragen stellten, gab berechtigten Anlass zur Kritik.⁷ Aber die Art und Weise, wie die rot-grüne Bundesregierung mit dem Thema umging, erregte ebenfalls Kritik.⁸ Es hätte gereicht, wenn die Bundesregierung die Ablehnung deutlich gemacht und sich nicht an der internationalen Koalition beteiligt hätte. Aber angesichts der bevorstehenden

7 Halper, Stefan/Clarke, Jonathan: *America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order*. Cambridge University Press: Cambridge 2004, S. 201–230.

8 Vgl. Shawcross, William: *Allies. The United States, Britain, Europe and the War in Iraq*. Atlantic Books: London 2003, S. 102ff.

Bundestagswahl im September 2002 sah Bundeskanzler Schröder offenbar eine Chance, die Wahlen doch noch zu gewinnen und schlug einen Kurs ein, bei dem er sich und die rot-grüne Bundesregierung als Kämpfer für den Frieden gegen den „Kriegstreiber“ George W. Bush darstellte. Diese Kampagne ging einher mit einer Welle des Anti-Amerikanismus in den deutschen Medien wie auch in den Argumentationslinien von SPD und Grünen.⁹ Die sozialdemokratische Bundesministerin Heide Däubler-Gmelin unterstellte Bush gar, er würde Methoden wie Hitler anwenden, um von innenpolitischen Problemen abzulenken.¹⁰

Der Ausgang der Bundestagswahlen gab Schröder Recht. Die SPD erhielt mit 38,5 Prozent so viel Stimmen wie die Union, und da die Grünen stärker abschnitten als die FDP, konnte die Regierung im Amt bleiben. Der bündnispolitischer Schaden war jedoch enorm und hat die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland bis heute belastet. Aber auch in der Ostpolitik zeigten sich Verwerfungen. Polen hatte sich für die Politik der Bush-Administration im Irak-Konflikt ausgesprochen und unterstützte die Invasion im März 2003 mit Truppen.¹¹ Während Kanzler Kohl das Weimarer Dreieck (Deutschland, Frankreich, Polen) begründet hatte, traf sich Kanzler Schröder sehr zum Ärger der Polen und Balten nun bevorzugt *à trois* mit dem französischen Präsidenten Chirac und dem russischen Präsidenten Putin – zuletzt in Ostpreußen.¹² Ohnehin wurde die Beziehung Schröders zu Putin immer enger. Vor dem Hintergrund zunehmend kritischer Berichte über Fälschungen bei den Präsidentschaftswahlen in Russland und der unverhohlenen Einmischung Putins in die ukrainischen Wahlen (wobei der Russland nicht genehme Kandidat Juschtschenko vom russischen Geheimdienst vergiftet wurde), verstieg sich Schröder im November 2014 in einer Fernsehsendung zu der abstrusen Behauptung, wonach Putin ein „lupenreiner Demokrat“ sei¹³ – eine Behauptung, die er 2012 nach den offenkundig manipulierten Präsidentschaftswahlen in Russland dann noch mal ausdrücklich bestätigte.¹⁴ Dieses Engagement

9 Zum Antiamerikanismus unter der deutschen Linken vgl. Diner, Dan: Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments. Propyläen: Berlin 2002, S. 115ff.

10 Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Ministerin in Erklärungsnot“, 19. September 2002.

11 Krzemiński, Im Osten viel Neues, 2015.

12 Ludwig, Michael: „Putin, Schröder und Chirac – Zusammenkunft mit Tradition“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juli 2005.

13 Hamburger Abendblatt, 23. November 2004.

14 Die Welt: „Schröder verteidigt ‚lupenreinen Demokraten‘ Putin“, 7. März 2012.

sollte sich für Schröder materiell auszahlen. Nach Ende seiner Dienstzeit wechselte er in den Aufsichtsrat der *Nord Stream AG*. Ein halbes Jahr später wurde er Vorsitzender des Aufsichtsrats des Pipeline-Konsortiums *NEGP Company*, einer Tochter des russischen Staatskonzerns *Gazprom* und zwei Jahre später wurde er Vorsitzender des Aufsichtsrates der weitgehend im Staatsbesitz befindlichen russischen Firma *Rosneft*. Seine kombinierten Jahreseinnahmen aus diesen Positionen wurden auf mehr als eine Million Euro geschätzt.

In diesen Jahren bildete sich in Polen sowie bei den meisten mittelost-europäischen Staaten und gerade auch in der Ukraine die Überzeugung heraus, dass Deutschland sich gemeinsam mit Frankreich auf ihre Kosten mit Russland gemein tut. Im Mittelpunkt der Besorgnisse stand damals das Pipeline-Projekt *Nord Stream*, welches Russland direkt mit Deutschland verbinden sollte (unter Umgehung der Ukraine und Polens). Angesichts wiederholter Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine über den Transfer russischen Erdgases durch die Ukraine und die Bezahlung der an die Ukraine gelieferten Gasmengen, hatte der russische Staatskonzern *Gazprom* diese Idee deutschen Unternehmen vorgetragen. Nach einer deutlichen politischen Unterstützung aus Berlin wurde im September 2005 in Anwesenheit des noch amtierenden Bundeskanzlers Schröder und des russischen Präsidenten Putin die entsprechende Vereinbarung unterzeichnet.

Nord Stream ging Ende 2011 in Betrieb und – wie ein kundiger Beobachter völlig zu Recht feststellte – damit wurde der ukrainischen Regierung ein wichtiges Druckmittel aus der Hand genommen, mit dem es sich gegen russische Einmischung wehren konnte.¹⁵ Als im Februar 2014 der Moskau genehme Präsident Janukowytsch aufgrund der massiven Proteste der Bevölkerung (Maidan) sein Amt aufgeben musste, wurde klar, was der Wegfall dieses Druckmittels für die Ukraine bedeutete: Russland besetzte und annektierte die Krim und inszenierte mit Spezialtruppen und Freischärlern im Donbas „Volksaufstände“, die dann zur Intervention russischer Verbände führten, die verhindern sollten, dass die Ukrainer die Gebiete zurückerobern. Die deutsche Ostpolitik der Regierung Schröder hat diesen mehr oder weniger hybriden Angriff Russlands auf die Ukraine also mit zu verantworten gehabt.

15 Umland, Andreas: Die friedenspolitische Ambivalenz deutscher Pipelinedeals mit Moskau – eine interdependenztheoretische Erklärung des russisch-ukrainischen Konfliktes. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 4, H. 3, 2020, S. 293–303.

4. Die erste Koalition Merkel (2005–2009)

Die Bundestagswahlen vom 18. September 2005 führten zum Verlust der Regierungsmehrheit von SPD und Grünen. Aber auch die Union musste erhebliche Verluste einstecken, hatte aber Anspruch auf das Kanzleramt, weil sie mit gerade mal 34,2 Prozent den höchsten Stimmanteil erzielen konnte. Eine Koalition mit der FDP war nicht möglich, so dass sich Frau Merkels Kanzlerschaft nur durch eine Koalition mit der SPD realisieren ließ. Wer gehofft hatte, dass sich ein Wandel in der deutschen Ostpolitik und in der Bündnispolitik vollziehen werde, der wurde bald enttäuscht. Der Architekt der Russlandpolitik Schröders, Frank-Walter Steinmeier, wurde nunmehr Außenminister und nutzte dieses Amt, um die Beziehungen zu Russland und weniger zu den anderen osteuropäischen Staaten in bewährter Manier weiter zu gestalten. Ziel Steinmeiers war es nun, die Beziehungen zu Russland zu einer strategischen Partnerschaft werden zu lassen – etwas, was die Regierung Kohl unter anderen innenpolitischen Voraussetzungen in Russland auch schon versucht hatte. Zwar betonte Steinmeier immer wieder, dass seine Ostpolitik eingebettet in das westliche Bündnis sei, aber dies war Rhetorik. Solange die Bush-Administration in Washington regierte, änderte sich an den angespannten deutsch-amerikanischen Beziehungen nichts. Im Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik stand Russland, welches durch eine Politik der Integration und Annäherung („Wandel durch Handel“) an die westliche Staatengemeinschaft herangeführt werden sollte.¹⁶

Diese Politik Steinmeiers wurde auf europäischer Ebene durch enge Konsultationen mit Frankreich abgestützt und bewirkte innerhalb der EU eine Art deutsche bzw. deutsch-französische Hegemonie was die Ostpolitik betraf.¹⁷ Deutschlands Russlandpolitik dominierte auch die Russlandpolitik der EU. Unter den Ländern Osteuropas und Ostmitteleuropas löste diese Entwicklung Sorgen aus, aber diese wurden in Berlin und Paris nicht beachtet. Im Auswärtigen Amt wurde laut eines Berichts der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ab 2005 an einem Konzept für eine neue Russlandpolitik gearbeitet, die unter dem Motto „Wandel durch Verflechtung“ stand.¹⁸ Verantwortlich dafür sei der Planungsstab des damaligen Bundes-

16 Adomeit, Hannes: Bilanz der deutschen Russlandpolitik seit 1990. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 4, H. 3, 2020, S. 276–292.

17 Siddi, Marco: A Contested Hegemon? Germany's Leadership in EU Relations with Russia. In: *German Politics* 29, H. 1, 2020, S. 97–114.

18 Wehner, Markus: „Rechtfertigt Steinmeiers Russland-Politik die Ausladung?“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. April 2022.

außenministers Frank-Walter Steinmeier gewesen. Die Bundeskanzlerin habe dem Vorhaben zwar skeptisch gegenübergestanden, hätte Steinmeier aber freie Hand gelassen. Auffallend war, wie wenig sich Steinmeier dabei von Berichten beirren ließ, die auf die innenpolitische Lage in Russland (insbesondere die autoritäre Regression und die Missachtung der Menschenrechte unter Putin sowie der zunehmend erkennbar werdende kleptokratische Charakter des Regimes) und auf zweifelhafte Aussagen Putins zur Außenpolitik verwiesen. Insbesondere seine Aussage vor der Duma vom April 2005, wonach der Kollaps der Sowjetunion die größte strategische Katastrophe des Jahrhunderts war,¹⁹ hätte im Auswärtigen Amt alle Alarmglocken zum Läuten bringen müssen. Ähnliches galt für Putins Philippika vor der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007. Aber die deutsche Ostpolitik blieb auf Russland fixiert, auch wenn es immer wieder Anläufe zum Dialog mit Polen gab, die sich aber zunehmend schwieriger gestalteten.

Mit der Wahl von Dmitri Medwedew zum Präsidenten Russlands im März 2008 schien sich die Perspektive einer dauerhaften strategischen Partnerschaft für Steinmeier aufzutun. Medwedew machte Äußerungen, die vielversprechend schienen. Tatsächlich war er nur ein Statthalter für Putin, der sich laut der damals gültigen Verfassung für keine dritte Amtsperiode hätte aufstellen können und der als Ministerpräsident aber weiterhin die Politik bestimmte. Rücksichtnahme auf Russland stand in der deutschen Politik ganz vorne an. Als im April des gleichen Jahres in Budapest beim NATO-Gipfel auf Antrag der Bush-Administration über die Aufnahme Georgiens und der Ukraine in das Atlantische Bündnis entschieden werden sollte, wurde dieses Ansinnen von Deutschland und Frankreich mit Rücksichtnahme auf russische Bedenken abgelehnt. Stattdessen wurden beide Staaten auf eine ungewisse Zukunft vertröstet. Für beide bedeutete es, in eine verhängnisvolle strategische Dunkelzone gestoßen zu werden, in der Russland sie ungestört bedrängen konnte.²⁰ Die Folgen dieser Entscheidung schienen weder die Bundeskanzlerin noch den Außenminister zu beunruhigen. Die Ukraine und Georgien standen weit außerhalb des Interesses beider. Doch schon im August desselben Jahres ließ sich der georgische Ministerpräsident Saakaschwili von süd-ossetischen Separatisten zu einer Militäroperation zu genau dem Zeitpunkt verleiten, wo eine grö-

19 Sinyakov, Denis: „Putin – Soviet collapse a ‘genuine tragedy’“, NBC News, 25. April 2005; Osborn, Andrew: „Putin – Collapse of the Soviet Union was ‘catastrophe of the century’“, The Independent, 26. April 2005.

20 Busse, Nikolas: „Die NATO und die Ukraine – Merkels strategischer Fehler“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. April 2022.

ßere russische Militärübung in unmittelbarer Nähe Georgiens stattfand. Es dauerte nur wenige Stunden bis russische Truppen in Georgien einfielen und es zur Vertreibung vieler georgischer Menschen aus ihren angestammten Wohngebieten kam. Die Ereignisse in Georgien hatten nachweisbar keinen Einfluss auf die deutsche Russlandpolitik, die weiterhin auf Partnerschaft – besonders bei der Modernisierung Russlands – und der Zusammenarbeit im Energiesektor setzte. Russland blieb weiterhin der primäre Partner im Rahmen der Ostpolitik.

Man kann im Nachhinein fragen, wie hätte sich die Lage der Ukraine entwickelt, wenn diese 2009 oder 2010 in die NATO aufgenommen worden wäre? Man sollte davon ausgehen, dass weder die Annexion der Krim noch die hybriden Eroberungen im Donbas stattgefunden hätten und auch der Angriff vom Februar dieses Jahres wäre vermutlich ausgeblieben. In den Jahren bis 2010 hätte Russland natürlich versuchen können, die Krim zu annektieren oder den Donbas zu besetzen. Aber der Krieg gegen Georgien hatte deutliche Schwächen des russischen Militärs aufgezeigt und zu dem Zeitpunkt hatte die Ukraine noch die Möglichkeit, mit der Unterbindung russischer Erdgaslieferungen zu drohen. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine hätte natürlich zu einer enormen Verärgerung in Russland geführt und alle deutschen Pläne einer Modernisierungspartnerschaft durchkreuzt. Im Fall einer Aufnahme der Ukraine in die NATO wäre die deutsche Umarmungsstrategie gegenüber Russland vermutlich gescheitert. Im Nachhinein wäre das aber kein Schaden gewesen, denn diese ist später ohnehin krachend gescheitert. Im Jahr 2010 war Russland noch nicht in einer Position, in der es militärisch so stark hätte auftrumpfen können wie 2014. Aber die Präferenz der Koalition lag auf Russland. Dessen Domestizierung galt allen anderen politischen Zielen als übergeordnet. Deshalb wurde der Ukraine der Beitritt zur NATO verweigert.

Erstaunlich war, dass in der von Kanzlerin Merkel geführten Koalition kein Versuch seitens der Union erfolgte, die beiden oben angeführten außenpolitische Narrative der rot-grünen Koalition in Frage zu stellen. Weder der utopische Pazifismus noch die verklärte Version der Brandt'schen Ostpolitik schien in der Union unangenehm aufzufallen. Offenbar konnte die Kanzlerin gut damit leben und diejenigen Stimmen in der Partei, die noch den Glaubenssätzen der Kohl-Ära anhängen, wurden marginalisiert. Die Unionsparteien waren seit Beginn der Bundesrepublik Deutschland die Parteien, die für Westbindung und Verteidigung im Rahmen des westlichen Bündnisses, für Europapolitik und für traditionelle Werte des Westens standen. Diese Tradition verschwand in der Ära Merkel binnen weniger Jahre weitgehend aus den Parteien (aus der CSU noch schneller als aus der CDU) und die Union schloss sich dem rot-grünen Narrativ

völlig kritiklos an. Dazu beigetragen hat der Umstand, dass vor allem in den Medien (besonders den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern) dieses Narrativ stark vertreten war. Abweichler wurden als „Kalte Krieger“ abqualifiziert und aus dem öffentlichen Raum weitgehend ferngehalten.

Ein Beispiel für diese kritiklose Übernahme des rot-grünen Narrativs ist das folgende Zitat des früheren CDU-Politikers Friedbert Pflüger aus einem Offenen Brief an den damaligen ukrainischen Botschafter Melnik vom Januar 2022:

„Ich gehöre, wie Sie wissen, nicht der Partei Willy Brandts an. Aber ich bin sehr froh, dass es ihn gab und er die Eskalationsspirale von Drohungen und Rechthabereien des Kalten Krieges mit seiner Politik durchbrach. Ich weiß noch, wie Egon Bahr, sein Unterhändler gegenüber der Sowjetunion, angegriffen wurde, er mache sich mit dem Kreml gemein. Gerade in krisenhaften Situationen braucht es Persönlichkeiten, die auch auf ‚der anderen Seite‘ Vertrauen genießen und von dort die Ängste, Ambitionen und ‚rote Linien‘ vermitteln. Ach, hätten wir doch jetzt einen Egon Bahr!“

Pflüger empfahl Melnyk, er solle nicht auf Abschreckung gegen Russland setzen, sondern eher eine „Klima-KSZE“ anregen. Zudem führte er aus: „Vielleicht ist es doch besser, nach einem Interessenausgleich zu suchen, anstatt die bestehenden Brände noch zu beschleunigen.“²¹ Weitere Beispiele dieser Art boten der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer oder der bayrische Ministerpräsident Markus Söder, der noch wenige Tage vor dem Beginn der russischen Invasion behauptete, dass Putin „kein Feind Europas“ sei.²² Diese Jahre markierten das Ende des pro-westlichen außenpolitischen Konsens, der seit Ende der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland markiert hatte. Die SPD hatte sich aus diesem Konsens schon in den 80er Jahren verabschiedet. Wer gehofft hatte, dass die Union ihn weiter vertreten werde, wurde nun enttäuscht.

21 Pflüger, Friedberg: „Offener Brief an den ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk“, Cicero, 27. Januar 2022.

22 Frasch, Timo/Schuller, Konrad: „Markus Söder im Interview: ‚Russland ist kein Feind Europas‘“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Januar 2022.

5. Die Jahre der christlich-liberalen Koalition (2009–2013)

Bei der Bundestagswahl im September 2009 erhielten Union und FDP genügend Stimmen, um eine „bürgerliche“ Koalition zu bilden. Ein Wandel der deutschen Ostpolitik (in Richtung ausgeglichener Beziehungen zu Russland auf der einen und den osteuropäischen und ostmitteleuropäischen Staaten auf der anderen Seite) und eine bündnisfreundlichere Politik erfolgte jedoch nicht. Auch die FDP unter ihrem Vorsitzenden Guido Westerwelle hatte sich voll dem Zeitgeist des utopischen Pazifismus und der Verklärung der Brandt'schen Ostpolitik angeschlossen und in seiner Amtszeit wurden die Beziehungen zu Russland und den anderen osteuropäischen Staaten nicht verändert. Westerwelle, der seiner Partei große Stimmgewinne eingebracht hatte, weil er Kompetenz in der Wirtschafts- und Finanzpolitik hatte, insistierte darauf, das Außenministerium zu bekommen, weil er sich von dieser Position einen hohen Popularitätsgewinn versprach. Mit seiner Forderung nach Abzug der letzten amerikanischen Kernwaffen vom deutschen Boden löste er eine transatlantische Vertrauenskrise aus. Ebenso mit seiner Weigerung, sich an der Operation der NATO zu beteiligen, die die Bevölkerung Libyens vor den marodierenden Truppen Ghaddafis schützen sollte. Der deutsche Politikwissenschaftler Christian Hacke hat Westerwelle damals als den „borniertesten deutschen Außenminister seit Ribbentrop“ bezeichnet.²³ Aber auch die Kanzlerin nutzte nicht den Spielraum, um sich aus der von der SPD vorgegebenen Richtung zu befreien. Dahinter stand die Rücksichtnahme auf die deutsche Wirtschaft.

Teile der deutschen Industrie und vor allem die großen Energieversorger hatten angesichts des sich abzeichnenden Ausstiegs aus Kernenergie und Kohle und unter den Bedingungen des Erneuerbaren Energiegesetzes nach sicheren Bezugsquellen für Erdgas gesucht. Da rückte Russland immer mehr in den Fokus und die deutsche, auf Russland fixierte Ostpolitik passte genau in dieses Bild. Die einhergehenden Risiken, die sich in Russland deutlich abzeichneten, wurden von den deutschen Unternehmen ignoriert. Sie glaubten wohl auf die Bundesregierung vertrauen zu können, hatte diese doch einen Nachrichtendienst zur Verfügung und viele professionelle Diplomaten, die Russland gut zu kennen schienen. Schon in der Ära Schröder, aber immer deutlicher in der Ära Merkel zeichnete sich in diesem Zusammenhang eine große Koalition von utopischen Pazifisten,

23 SPIEGEL: „Kritik an Westerwelle: ‚Borniertester Außenminister seit von Ribbentrop‘“, 22. April 2011.

illusionsgetriebenen Russlandfreunden und der Industrie und der Energieversorger ab, die sich in der naiven Annahme einig waren, dass Russland ein verlässlicher strategischer Partner sei, mit dem man handeln könne, der Abhängigkeiten nicht ausnutzt, und der auch militärisch keine problematischen Wege geht. Unter dem Label „deutsche Ostpolitik“ entstand ein Sammelsurium aus friedenspolitischer Erweckung, Russlandfixierung und kommerziellen Interessen, welches die Politik so nachhaltig strukturierte, dass warnende Stimmen aus dem In- und Ausland mit einer unglaublichen Ignoranz weggewischt wurden.

Im Übrigen verlief die bündnispolitische Dimension auch nicht viel besser. Zwar trat im Januar 2009 mit Barack Obama ein Präsident der Demokraten sein Amt an, zu dem die deutsche Bundeskanzlerin ein deutlich besseres Verhältnis entwickelte als zu dessen Vorgänger. Aber das Hauptinstrument deutscher Bündnispolitik – eine einsatzfähige Bundeswehr – litt weiterhin unter ihrer Vernachlässigung. Auch hier versagte die Union, die bis Ende der 90er Jahre die Partei der Bundeswehr gewesen war. Schon der Verteidigungsminister der ersten Großen Koalition, Franz Josef Jung, hatte keinen Bezug mehr zur Bundeswehr. Unter seinem Nachfolger, dem medienaffinen und nach höheren Ämtern blickenden Karl-Theodor zu Guttenberg kam es zu den größten und medial am meisten gefeierten Einschnitten in die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr (einschließlich der Aussetzung der Wehrpflicht). Sein Nachfolger Thomas de Maiziere konnte die Verfehlungen Guttenbergs nicht wieder gut machen. Er war ebenso wie Jung und von Guttenberg ohne Vorbereitung in dieses Amt gekommen. Mit verteidigungspolitischem Sachverstand ausgestattete Bundestagsabgeordnete der Unionsfraktion galten nicht als ministrabel oder wurden in andere Ministerien platziert (wie MdB Christian Schmidt, der Landwirtschaftsminister wurde). Die Vernachlässigung der Bundeswehr wurde vor allem in den USA mit großer Sorge gesehen. Die Bundeskanzlerin und ihre zuständigen Ressortminister teilten diese Sorge offenbar nicht.

6. *Die Jahre der Koalition aus Union und SPD (2013–2021)*

Der Ausgang der Bundestagswahl vom September 2013 war für die FDP katastrophal. Sie konnte – nicht zuletzt aufgrund des grandiosen Scheiterns ihres Außenministers – nicht die 5-Prozent Hürde überspringen und Kanzlerin Merkel musste trotz ihres großen Erfolges (CDU und CSU erhielten über 40 Prozent der abgegebenen Stimmen) erneut eine Koalition mit der SPD eingehen. Der Architekt der russlandorientierten Ostpolitik, Frank-Walter Steinmeier, trat somit erneut das Amt des Außenministers

an. Dieses hatte er bis Januar 2017 inne, danach wurde er Bundespräsident. Seine Nachfolger als Außenminister waren Sigmar Gabriel (Januar 2017 bis März 2018) und Heiko Maas (März 2018 bis Dezember 2021).

Zu Beginn der Arbeit der Koalition aus Union und SPD (von einer „Großen“ Koalition mochten damals angesichts der Schwäche der SPD immer weniger sprechen) hätte man eigentlich eine Neubewertung der Russlandpolitik erwarten können. Dafür sprachen zwei ganz zentrale und nicht zu übersehende Entwicklungen:

- Zum einen erfolgte die Wiederwahl Wladimir Putins als Präsident Russlands im März 2012 unter Bedingungen, bei denen von einer fairen und freien Wahl nicht mehr gesprochen werden konnte. Es kam zu massiven Protesten in Russland, die gewaltsam unterdrückt wurden und die erkennen ließen, wie repressiv das System geworden war. Es kam mehr und mehr zu politischen Morden an Oppositionellen, die zum Teil auch im Ausland erfolgten. In dieser Phase wurde offenkundig, dass Putin die Proteste als von außen gelenkt bezeichnete und die USA und westliche Mächte beschuldigte, mit „farbigen Revolutionen“ Russland bedrohen zu wollen. Die angebliche Anstiftung „farbiger Revolutionen“ seitens westlicher Kräfte wurde sogar in der russischen Militärdoktrin als eine der zentralen Bedrohungen russischer Sicherheit aufgeführt und führte ihrerseits dazu, dass Russland vermehrt versuchte, westliche Demokratien seinerseits zu destabilisieren. Im Jahr 2012 wurden eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die es oppositionellen Bewegungen massiv erschwerten, ihrer Tätigkeit in Russland nachzugehen. Sie mussten sich als ausländische Agenten registrieren lassen und ihre Arbeit wurde behindert, wo immer es ging. Ausländische nicht-staatliche Organisationen mussten Russland verlassen.²⁴
- Zum Zweiten wurde mehr und mehr im Westen wahrgenommen, dass Russland mit einem umfangreichen Modernisierungsprogramm des Militärs begonnen hatte. Dieses wurde 2008 nach den Erfahrungen mit dem Krieg gegen Georgien initiiert. In diesem Zusammenhang wurde im Dezember 2020 das staatliche Rüstungsprogramm für die Jahre 2011 bis 2020 aufgelegt. Diesem Programm zufolge wollte Russland innerhalb der nächsten Dekade Finanzmittel in der Größenordnung von 23 Billionen Rubel (nach damaligem Wechselkurs 755 Milliarden US-

24 Adomeit, Hannes: Russland und der Westen. Von „strategischer Partnerschaft“ zur strategischen Gegnerschaft. In: Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen 5, H. 2, 2021, S. 114.

Dollar) zur Modernisierung der russischen Streitkräfte aufwenden.²⁵ Dieses Programm änderte die Modernisierungspläne grundlegend. War es bis dahin das Hauptziel der Modernisierung, die Fähigkeit zur Interventionen im Bereich der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu sichern, so richtete sich dieses Modernisierungsprogramm auf einen größeren Krieg aus – entweder gegen die NATO oder gegen die Ukraine.²⁶

Beide hier genannten Entwicklungen wurden vor allem in Nordeuropa, in Osteuropa, in Großbritannien und den USA mit großer Sorge registriert. Eine Analyse der Nationalen Verteidigungsuniversität in Tampere in Finnland kam schon 2013 zu dem Ergebnis, dass hinter diesen Modernisierungen ein strategisches Konzept stehe, welches auf Revision von Grenzen aus ist und die Sicherheit Finnlands und anderer osteuropäischer Staaten bedrohe.²⁷ Die Verfasser wiesen auf das große Beschaffungs- und Munitionierungsprogramm der russischen Streitkräfte hin. Zum ersten Mal seit dem Ende der Sowjetunion sei Russland wieder in die massive Serienproduktion von Waffensystemen und Munition eingestiegen. Die Wehrpflicht sei nicht aufgehoben, was bedeute, dass das Land neben seinen etwa 700.000 aktiven Soldaten auf eine Reserve von mehreren Millionen Mann zurückgreifen könnte. Die Modernisierungen der Streitkräfte und deren

25 Adomeit, Hannes: Russland und der Westen. Von „strategischer Partnerschaft“ zur strategischen Gegnerschaft. In: *Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen* 5, H. 2, 2021, S. 115.

26 Monaghan, Andrew: *Russian State Mobilization: Moving the Country on to a War Footing*. Royal Institute of International Affairs: London 2016; Connolly, Richard/Boulègue, Mathieu: *Russia's New State Armament Programme. Implications for the Russian Armed Forces and Military Capabilities to 2027*. Royal Institute for International Affairs: London 2018; Lavrov, Anton: *Russian Military Reforms from Georgia to Syria*. Center for Strategic and International Studies (CSIS): Washington D.C. 2018; Johnson, Dave: *General Gerasimov über die Entwicklungslinien der russischen Militärstrategie – Eine Analyse*. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 3, H. 3, 2019, S. 255–261; Dick, Charles: *Russian Ground Forces Posture Towards the West*. Royal Institute of International Affairs: London 2019; Muzyka, Konrad: *Russian Forces in the Western Military District*. Center for Naval Analysis (CAN): Washington D.C. 2020; Hackett, James: *Die Modernisierung der russischen Streitkräfte*. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 5, H. 2, 2021, S. 125–139; Westerlund, Fredrik: *The role of the military in Putin's foreign policy. An overview of current research*. Swedish Defence Research Agency (FOI): Stockholm 2021.

27 Forss, Stefan/Kiianlinna, Lauri/Inkinen, Pertti/Hult, Heikki: *The Development of Russian Military Policy and Finland*. National Defence University, Research Reports No. 49: Tampere 2013.

operativ-strategische Ausrichtung im Ostseeraum lasse den Wunsch erkennen, vornehmlich in der Nachbarschaft militärisch eingreifen zu können. Die Verfasser kritisierten, dass sowohl in Paris wie in Berlin die strategischen Implikationen dieses Aufbaus nicht verstanden worden wären. Vielmehr betrachteten die beiden Regierungen Russland immer noch als strategischen Partner.

Im September 2013 fand in Russland und Belarus die alle vier Jahre stattfindende Militärübung *Zapad* statt. Diese ergab zahlreiche Einblicke in den Stand der Modernisierung der russischen Streitkräfte und vor allem in die strategische Zielrichtung, die damit verfolgt worden war.²⁸ Das angegebene Ziel – Bekämpfung terroristischer Eindringlinge, die ganze Städte und Landstriche kontrollierten – wurde teilweise tatsächlich verfolgt. Dabei wurden Praktiken von „terroristischen Eindringlingen“ erprobt und übungsmäßig im Kampf getestet, die versuchten, ein Land durch Besetzung von öffentlichen Gebäuden und Nachrichtensendern zu destabilisieren, um dann die Kontrolle zu übernehmen. Dies waren exakt jene Methoden, die dann im Frühjahr 2014 in der Ukraine von russischen Spezialtruppen und „Freiwilligen“ bei der Besetzung der Krim und von Teilen der Ostukraine angewandt worden sind. Im Verlauf der Übung wurde aber immer deutlicher, dass die russischen Streitkräfte in großem Maße auch die kombinierte, streikraftübergreifende Kriegführung auf einem regionalen Schauplatz übten, an der auch Truppen des Innenministeriums sowie der Zivilverteidigung teilnahmen. Es wurden klassische Übungen konventioneller Kriegsführung gegen einen gut bewaffneten Gegner durchgeführt. Eine große Rolle spielten maritime und amphibische Operationen sowie Luftlandeunternehmen. Auch gab es spektakuläre Tests mit dem neuen Raketensystem *Iskander*. An der Übung nahmen erstmals auch *Su-34* Flugzeuge teil. Anders als bei der Übung *Zapad 2009* wurden dieses Mal keine Atomwaffenschläge geübt.²⁹

28 Vgl. Zdanavičius, Liudas/Czekaj, Matthew (Hrsg.): *Russia's Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security*. Jamestown Foundation/National Defence Academy of Latvia: Washington D.C./Riga 2015.

29 Siehe Järvenpää, Pauli: *ZAPAD 2013 – A View from Helsinki*. In: Liudas Zdanavičius/Matthew Czekaj (Hrsg.): *Russia's Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security*, The Jamestown Foundation/National Defence Academy of Latvia: Washington D.C./Riga, 2015, S. 43–57; Blank, Stephen: *What do the Zapad 2013 Exercises Reveal?* In: Liudas Zdanavičius/Matthew Czekaj (Hrsg.): *Russia's Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security*, The Jamestown Foundation/National Defence Academy of Latvia: Washington D.C./Riga, 2015, S. 8–13.

Diese Entwicklungen wurden in der Bundesregierung nicht wahrgenommen bzw. als irrelevant abgetan. Es ist davon auszugehen, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) auf die Verschärfung der Innenpolitik in Russland und die ambitionierten russischen Rüstungsprogramme hingewiesen hat und zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie die Experten aus Tampere gekommen war. Auch wurden Warnungen aus Polen ignoriert.³⁰ Im Kanzleramt und im Außenministerium schien das offenkundig niemand zu interessieren. Unbeirrt hielt die Bundesregierung an ihrer partnerschaftlichen Russlandpolitik fest. Spätestens 2013 hatte sich deutlich abgezeichnet, dass Russland einen revisionistischen Konfrontationskurs gegen den Westen und die Ukraine vorhatte (sofern sich diese weiter in Richtung Westen bewegt) und dass militärische Mittel und die Nutzung von Energieabhängigkeiten zentrale Instrumente dieser Politik werden sollten. Zu diesem Zeitpunkt hätte eine Generalrevision der deutschen Russland- und Ostpolitik stattfinden müssen. Sie kam nicht zustande, weil der deutsche Außenminister Steinmeier unbeirrt an seinem Kurs festhielt, weil die Bundeskanzlerin ihm mehr oder weniger freie Hand ließ und weil die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen andere Prioritäten setzte. Für von der Leyen war es wichtig, dass sich Soldatinnen und Soldaten in den Kasernen wohlfühlten und dass das Beschaffungswesen der Bundeswehr effektiver gestaltet werden konnte. Für Letzteres wurden Millionenbeträge für Beratungsleistungen der Firma McKinsey aufgewandt, die am Ende keinen sichtbaren Effekt erzielten. Für Analysen zur strategischen Lage wurden dagegen wenig Gelder bereitgestellt. *Die Bundesregierung antwortete auf eine sich abzeichnende besorgniserregende internationale Entwicklung mit vollständiger strategischer Blindheit.* Es ist in diesem Zusammenhang wenig beruhigend festzustellen, dass eine ähnliche Form von strategischer Blindheit in Frankreich vorherrschte und aus Paris keine Impulse kamen, die in eine andere Richtung hätten weisen können. Bis 2022 hielt der französische Präsident Macron stur daran fest, dass die hauptsächliche Bedrohung Europas der islamistische Fundamentalismus sei und Russland ein Partner wäre.³¹

Der unvermeidliche Realitätsschock erzielte die Bundesregierung im Februar und März 2014, als Russland erst die Krim durch unmarkierte Spezialkräfte („grüne Männer“) besetzte und dann im Donbas und in Odesa durch wiederum nicht markierte Spezialkräfte und Söldnertruppen öffent-

30 Krzemiński 2015.

31 Vgl. z. B. RadioFreeEurope/RadioLiberty: „Macron Says Russia, China Not NATO Allies' Common Enemies – Terrorism Is“, 28. November 2019.

liche Gebäude und Fernsehsender einnahm und Volksrepubliken ausrufen ließ. In Odesa scheiterte das Vorhaben blutig, in den Bezirken Donezk und Luhansk konnten die russischen Freischärler nur durch Interventionen russischer Streitkräfte Gebiete unter ihrer Kontrolle halten.

Die Bundesregierung reagierte auf die Krim-Besetzung mit Versuchen der diplomatischen Intervention in Moskau. Diese erbrachten keine Ergebnisse. Forderungen europäischer Staaten und der USA nach massiven Sanktionen wurden von der Bundesregierung zurückgewiesen. Die Hauptfurcht in Berlin war, dass die Operation auf der Krim nur eine Falle sei, die die Ukrainer zu einer militärischen Operation zur Rückgewinnung der Ukraine veranlassen sollte. Von daher galt es, nicht auf die Russen einzuwirken, sondern die Ukrainer zur Zurückhaltung zu bewegen.³² Das alles überragende Motto war „De-Eskalation“ – obwohl es keinerlei Hinweise darauf gab, dass in Kyjiw irgendwelche Vorbereitungen zu einer militärischen Intervention in Richtung Krim getroffen wurden. Durch diese De-Eskalationsstrategie unterlief die Bundesregierung ein einheitliches Vorgehen der Europäischen Union gegen Russland. Dort gab es vor allem unter den Osteuropäer viele Stimmen, die für starke Sanktionen eintraten. Die Bundesregierung verhinderte dies alles. Auch nach den hybriden Aggressionen im Donbas und den verzweifelten Versuchen der Ukraine, die Kontrolle über ihr Territorium wieder herzustellen, bemühte sich die Bundesregierung zusammen mit der französischen Regierung in erster Linie um einen Waffenstillstand (Normandie-Format). Dies war angesichts der schwierigen Lage der Ukraine angebracht, aber im Laufe des Prozesses ließen sich Deutschland und Frankreich auf einen Verhandlungsrahmen (Minsk I und Minsk II) ein, in dem die Fiktion akzeptiert wurde, wonach Russland kein Akteur in diesem Spiel sei, sondern, dass es nur um einen innerukrainischen Bürgerkrieg gehe, in dem die russische Regierung (der eigentliche Anstifter) als Vermittler fungiere (siehe vorheriges Kapitel). Zudem wurde eine Regelung für die besetzten Gebiete vereinbart, die widersprüchlich und nicht umsetzbar war und letztlich die russische Annexion verstetigte. Deutschland und Frankreich billigten durch ihre Mitwirkung mehr oder weniger stillschweigend die durch Russland vollzogene grundsätzliche Infragestellung der Kernnormen der europäischen Friedensordnung wie auch der Charta der Vereinten Nationen.³³ Interes-

32 Dies Phase ist aufgearbeitet bei Eitel, Peter 2021: The Russian Annexation of Crimea 2014: Which Role for Surprise, especially for Germany? Dissertation der Christian-Albrechts Universität zu Kiel: Kiel 2021, Kapitel III.

33 Essen, Hugo von/Umland, Andreas: Russlands diktiert Nicht-Frieden im Donbas 2014–2022. Warum die Minsker Abkommen von Anbeginn an zum Scheitern

santerweise wurde die damalige Politik Deutschlands in den wissenschaftlichen Debatten weniger problematisch gesehen.³⁴

Die Alternative wäre eine entschlossene Politik der westlichen Gemeinschaft gewesen, die massive Sanktionen in der Art gegen Russland verhängt hätte, wie sie erst nach dem 24. Februar 2022 erfolgt sind. Dieses von den meisten europäischen Staaten und den USA bevorzugte Vorgehen scheiterte im Frühjahr 2014 an dem Widerstand der Bundesregierung und Frankreichs. Erst nach dem Abschuss eines Passagierflugzeugs der *Malaysia Airlines* am 17. Juli 2014 durch russische Freischärler, die sich eine Flugabwehrrakete von regulären russischen Truppen „ausgeliehen“ hatten, schwenkte auch die Bundesregierung auf die Verhängung von Sanktionen ein. Diese blieben jedoch relativ harmlos, galt es doch „den Gesprächsfaden nach Moskau“ nicht abreißen zu lassen.

Auch innerhalb der NATO bremste die deutsche Bundesregierung (meist im Duo mit Frankreich) die Versuche, gegen Russland eine effektive konventionelle Verteidigungsfähigkeit im Baltikum und Ostmitteleuropa aufzubauen. Zwar wurde auf den Gipfeln von Wales, Warschau und Brüssel beschlossen, dass es kleine multinationale Kampfgruppen in den drei baltischen Staaten und in Polen geben sollte, diese sollten aber bestenfalls Bataillonsstärke haben.³⁵ Die Bundesregierung hatte Wert darauf gelegt, dass die NATO-Russland-Akte von 1997 auf keinen Fall von der NATO verletzt werde. Auch hier wurde wieder der ansonsten abreißende Gesprächsfaden bemüht, obwohl Russland die Kernbestimmungen der Akte bereits fundamental verletzt hatte. Die Bundesregierung konnte nicht verhindern, dass auf den oben genannten Gipfeltreffen sowie nachfolgenden Treffen der Außen- und Verteidigungsminister die militärische Bedrohung durch Russland wiederholt beschrieben wurde. Zwar unterzeichneten die Bundeskanzlerin, der Außenminister und die Verteidigungsministerin die betreffenden Dokumente, nur fanden sich die entsprechenden Formulierungen in ihren Reden nicht wieder. Tatsächlich wurde weiter-

verurteilt waren. In: *Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen* 6, H. 3, 2022, S. 282–292. Dieser Beitrag findet sich auch als Kapitel 5 dieses Bandes.

34 Vgl. Siddi, Marco: German Foreign Policy towards Russia in the Aftermath of the Ukraine Crisis: A New Ostpolitik? In: *Europe-Asia Studies* 68, H. 4, 2016, S. 665–677; Forsberg, Tuomas: From ‚Ostpolitik‘ to ‚frostpolitik‘? Merkel, Putin and German foreign policy towards Russia. In: *International Affairs* 92, H. 19, 2016, S. 21–42.

35 Meyer zum Felde, Rainer: Abschreckung und Dialogbereitschaft – der Paradigmenwechsel der NATO seit 2014. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 2, H. 2, 2018, S. 101–117.

hin von der Notwendigkeit von Entspannung, Vertrauensbildung und De-Eskalation gesprochen.

Auf den Gipfeltreffen hatte die Bundesregierung weitgehende Zusagen gemacht. So wurde versprochen, dass die Ausgaben für Verteidigung von 1,1 Prozent auf 2 Prozent steigen würden. Zudem sollten die sechs Brigaden des Heeres einsatzfähig gemacht werden und bis 2030 auf zehn Brigaden anwachsen. Im Rahmen der schnellen Eingreiftruppe der NATO versprach die Bundesregierung, jenseits der in Litauen zu stationierenden Panzerkompanie weiterhin für die besonders schnell einsetzbare Truppe (VJTF) ein Divisionshauptquartier, Divisionstruppen sowie zwei einsatzfähige Kampfbrigaden vorzuhalten.³⁶

Diese Zusagen wurden weitgehend nicht eingehalten. Innerhalb der Bundesregierung – und vor allem von der SPD-Fraktion – wurde die zwei Prozent Zusage offen in Frage gestellt und deren Umsetzung blockiert.³⁷ Versuche der Bundeskanzlerin oder der Verteidigungsministerin von der Leyen, auf die Einhaltung der Zusagen zu drängen, konnten nicht beobachtet werden. Diese Missachtung der Vereinbarungen von Wales und Warschau führte zu einer tiefgehenden Verstimmung im deutsch-amerikanischen Verhältnis, als der damalige US-Präsident Donald Trump die mangelnde Bereitschaft Deutschlands kritisierte und androhte, dass sich die USA aus dem NATO-Vertrag zurückziehen könnte. Die Antwort der Bundeskanzlerin blieb blass. Was ihr zu Hilfe kam, war der Umstand, dass der rüde Umgangston von Trump die meisten Beobachter gegen diesen aufbrachte. Merkel wurde in den Medien als beruhigender Faktor dargestellt. Tatsächlich war die mangelnde Bereitschaft der Bundesregierung in den USA (und zwar nicht nur bei Republikanern) ein schweres bündnispolitisches Manko, welches erhebliche Zweifel an der Bündnistreue Deutschlands geweckt hat und noch immer weckt.

Allerdings konnte eine gewisse Änderung in der Politik der Bundesregierung gegenüber Russland beobachtet werden: Wurden die russischen Rüstungsanstrengungen bis 2014 weitgehend ignoriert oder für unwichtig befunden, griff nun die Vorstellung um sich, dass Russland so überragend militärisch stark sei, dass es keinen Sinn mache, der Ukraine zu helfen, sich gegen einen erneuten russischen Angriff zu wappnen. Bundeskanzlerin Merkel lehnte wiederholt deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine

36 Meyer zum Felde 2018, Abschreckung und Dialogbereitschaft, S. 114.

37 Meyer zum Felde, Rainer: Deutsche Verteidigungspolitik – Versäumnisse und nicht eingehaltene Versprechen. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 4, H. 3, 2020, S. 315–332.

ab, weil Russland ohnehin militärisch überlegen sei und die Ukraine sich nicht verteidigen könne.³⁸ Auch kam von ihr die Aussage, dass es in der „Region schon genug Waffen“ gäbe.

In der wissenschaftlichen Diskussion – besonders unter Russland- und Osteuropaexperten – wurde die Bundesregierung wiederholt für diese Politik kritisiert. Aber diese Ratschläge wurden nicht beachtet. Der Verfasser dieses Artikels machte 2014 eine ähnliche Erfahrung, als er in einem vom Auswärtigen Amt angefragten Beitrag für den *Global Review 2014* die Aussage traf, dass Russland die strategische Konfrontation mit dem Westen suche. Der Beitrag wurde praktisch aus dem Verkehr gezogen, weil er nicht dem Wunschdenken des Außenministers und seiner Berater entsprach.³⁹ Eher wurde auf Ratschläge der Friedensforschung gehört, wie der 2017 veröffentlichte Beitrag von Matthias Dembinski und Hans-Joachim Spanger mit dem Titel „Pluraler Frieden: Leitideen für eine neue Russlandpolitik.“⁴⁰ In ihm anerkannten sie das Recht Russlands, sich von einer als imperial verstandenen liberalen Ordnung abzuwenden und eine eigene Ordnungsvorstellung in ihrem Umfeld umzusetzen. Ihr Beitrag lief auf die Akzeptanz einer russischen Einflusszone in Osteuropa hinaus⁴¹ und ließ die „dunkle“ Seite der Brandt'schen Ostpolitik deutlich werden. Auch diese basierte auf der Anerkennung einer russischen Vormacht und es war Egon Bahr, der davon ausging, dass nur durch die Akzeptanz dieser Vormacht Gesprächsfähigkeit herzustellen sei und Diplomatie mit Moskau möglich wäre. Unter den Bedingungen der 70er Jahre, als sowjetische Truppen tief in Europa standen, mag das noch „realistisch“ gewesen sein, aber unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts lief das auf den Ausverkauf der Ukraine und auf die Empfehlung hinaus, dass diese sich dem russischen Willen unterordnen müsse.

Der Beitrag von Dembinski und Spranger wurde in der Fachwelt zerrissen,⁴² er reflektierte aber ziemlich genau den Proto-Realismus der von

38 Heinemann-Grüder, Andreas: Russland-Politik in der Ära Merkel. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 6, H. 4, 2022, S. 366.

39 Vgl. Dokumentation „Global Review 2014: Warnungen vor Russland gab es zu Genüge, sie wurden nur nicht beachtet“. In: *Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen* 6, H. 2, 2014, S. 227.

40 Dembinski, Matthias/Spanger, Hans-Joachim: Pluraler Frieden. Leitideen für eine neue Russlandpolitik. In: *Osteuropa* 67, H. 3/4, 2017, S. 87–96.

41 Heinemann-Grüder 2022, Russland-Politik in der Ära Merkel, S. 368.

42 Heinemann-Grüder, Andreas: Wider den Sonderfrieden. Eine Replik auf das Konzept vom „Pluralen Frieden“. In: *Osteuropa* 67, H. 3/4, 2017, S. 103–108; Meister, Stefan: Wasser auf Putins Mühlen. „Pluraler Frieden“ als russlandfixierte Ostpolitik. In: *Osteuropa* 67, H. 3/4, 2017, S. 129–133; Sushko, Oleksandr/Umland, An-

Angela Merkel geführten Koalition aus Union und SPD. Die Politik gegenüber Russland wurde – das zeigte sich besonders im Minsk-Prozess – zu einer Beschwichtigungspolitik, deren Hauptziel es war, den russischen Präsidenten zufrieden zu stellen, damit er nicht noch mehr Schaden anrichtet. In diesem Zusammenhang wurde die Rüstungspolitik Russlands irgendwie als gegeben hingenommen, der man nichts entgegensetzen könne. Die der NATO gegebenen Zusagen zur Verstärkung der Bundeswehr wurden nicht eingehalten und somit ein sich ständig zugunsten Russlands veränderndes militärisches Ungleichgewicht in Europa als quasi natürlich und unabänderlich akzeptiert.

Stattdessen wurde das Konzept der Rüstungskontrolle (welches zu Zeiten des Kalten Kriegs ein probates Mittel der Verständigung über die Bewältigung von Krisen war, welche durch Rüstung entstehen können) immer dann angeführt, wenn auf weitere russische Rüstungsmaßnahmen hingewiesen wurde. So zeichnete sich Mitte des vergangenen Jahrzehnts ab, dass Russland ein beachtliches Arsenal an konventionell und nuklear bestückbaren Marschflugkörpern aufbaute, welches auf Europa zielte und zielgenaue Angriffe erlaubte.⁴³ Dies geschah sowohl im Rahmen des INF-Vertrags als auch unter Umgehung des Vertrags. Eigentlich hätte dieser Aufbau zu einer Diskussion über Gegenmaßnahmen oder eine Kombination aus Gegenmaßnahmen und Vertragsangeboten führen müssen. Stattdessen wurde die US-Regierung kritisiert, dass diese eine der wichtigsten Säulen der europäischen Sicherheitsarchitektur aufgegeben habe.⁴⁴ Die USA hatten 2018 den INF-Vertrag aufgekündigt, nachdem Russland diesen seit 2013 kontinuierlich gebrochen hatte. Die Obama-Administration hatte sich zu diesem Schritt aus Rücksichtnahme auf die Bundesregierung nicht entschließen können, nachdem Versuche zur Klärung im Rahmen von Konsultationen mit Russland gescheitert waren. Die Trump-Administration war hingegen weniger zurückhaltend.

Rüstungskontrolle wurde zu einer Ideologie, deren Hauptzweck es war, zum einen multilateralen Aktivismus in den Vereinten Nationen

dreas/Weichsel, Volker: Unrealistisches Szenario. Anmerkungen zum „Pluralen Frieden“. In: Osteuropa 67, H. 3/4, 2017, S. 109–120.

43 Brauß, Heinrich/Krause, Joachim: Was will Russland mit den vielen Mittelstreckenwaffen? In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 3, H. 2, 2019, S. 154–166.

44 Vgl. Auswärtiges Amt: Außenminister Maas zur Ankündigung der USA, sich aus dem INF-Vertrag zurück zu ziehen, 21. Oktober 2018.

bezüglich kommender Probleme zu betreiben,⁴⁵ und zum anderen, um Diskussionen über russische Rüstungsanstrengungen zu beschwichtigen und möglichst dabei den USA eine Schuld zuzuschreiben. Ihr Hauptideologe war der SPD-Abgeordnete und seit 2019 auch Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich, der die Entspannungspolitik, Rüstungskontrolle und die „blockübergreifenden [sic!] Entspannung“ beschwor.⁴⁶ Aber auch der frühere Außenminister und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier äußerte sich in dieser Weise. So kritisierte Steinmeier im Juni 2016 ein vom Umfang her kleines Manöver der NATO im Baltikum als „Säbelraseln und Kriegsgeheul.“ Er sagte in diesem Zusammenhang: „Wer glaubt, mit symbolischen Panzerparaden an der Ostgrenze des Bündnisses mehr Sicherheit zu schaffen, der irrt. [...] Wir sind gut beraten, keine Vorwände für eine neue, alte Konfrontation frei Haus zu liefern.“⁴⁷

Der Höhepunkt der Beschwichtigungspolitik war jedoch die Zustimmung der Bundesregierung zum Bau einer weiteren *Nord Stream*-Pipeline (*Nord Stream 2*). Diese Zustimmung wurde Ende 2014 von der Bundesregierung signalisiert, die allerdings stets betonte, dass es sich um ein kommerzielles Projekt handle. Anders als bei *Nord Stream 1* war dieses Mal *Gazprom* alleiniger Betreiber des Pipelinebaus, die Firma *Wintershall Dea* und andere Firmen hatten sich als Darlehensgeber an der Finanzierung des Pipeline-Projekts beteiligt. Das Projekt wurde sofort in ganz Europa kritisiert, weil es der Anfang des Jahrzehnts vereinbarten Politik der Europäischen Union zuwiderlief, wonach sich die Mitgliedstaaten weniger von Russland abhängig machen sollten.⁴⁸ Zudem gewährte die Bundesregierung, in der die Verantwortung für Energiesicherheit im Wirtschaftsministerium ressortierte, dem russischen Konzern *Gazprom* Zugangsrechte zu Gasspeichern in Deutschland. Die Bundesregierung ließ es bis 2015 sogar zu, dass bis zu 25 Prozent der deutschen Gasspeicherkapazität Tochterge-

45 Krause, Joachim: Deutsche Rüstungskontrollpolitik im strategischen Niemandsland. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 5, H. 2, 2021, S. 157–164.

46 Mützenich, Rolf: „Für Ignoranz und Ausgrenzung ist Russland zu groß und zu mächtig“, Vorwärts, 20. Dezember 2016; Mützenich, Rolf: Echte Entspannungspolitik ist kein Appeasement, 19. Januar 2015; Mützenich, Rolf: „Entspannungspolitik auf der Höhe der Zeit“, IPG, 17. Januar 2022. In dem Interview gab er tatsächlich den Satz von sich: „Langfristig muss unser Ziel eine europäische Sicherheitsordnung jenseits der Blöcke sein.“

47 Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Konflikt mit Russland: Steinmeier kritisiert Nato-Manöver in Osteuropa“, 18. Juni 2016.

48 Umbach, Frank: Strategische Irrtümer, Fehler und Fehlannahmen der deutschen Energiepolitik seit 2002. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 6, H. 4, 2022, S. 378.

sellschaften des russischen Staatskonzerns *Gazprom* gehörten. Die letzte Übertragung erfolgte 2015, als der große Gasspeicher in Rehden nach Vermittlung durch den ehemaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Genehmigung des damaligen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel verkauft wurde. Die Deutschen hätten sich, so die Wirtschaftswoche, „nach und nach und bei vollem Bewusstsein in die Hand Moskaus begeben.“⁴⁹

Diese Abhängigkeit von russischem Erdgas war durchaus im Interesse deutscher Energieversorger und Großverbraucher, die sich nach dem 2011 beschleunigtem Ausstieg aus der Atomenergie und dem ebenfalls beschlossenen Ausstieg aus der Kohlekraft zu Recht Sorgen um die Versorgungssicherheit bei der Stromversorgung machten. Denn die Versorgungssicherheit stand nicht im Mittelpunkt der Energiepolitik, sondern das öffentlichkeitswirksame Setzen von umweltpolitischen Signalen. Allerdings war das russische Gas keinesfalls so billig, wie angepriesen.⁵⁰ Um zu verhindern, dass die Bundesregierung in den globalen Markt für Flüssiggas einsteigt und LNG-Terminals baut, wurden aus Russland Meinungskampagnen gegen LNG gestartet, die suggerieren sollten, dass die USA mit LNG den Deutschen teures und schmutziges Gas aus der Fracking-Produktion andrehen wollten. Diese Desinformation wurde von Umwelt- und Klimaschützern kritiklos übernommen und hat auch die Politik der Bundesregierung beeinflusst.

Das Projekt *Nord Stream 2* sorgte nochmals für eine massive Störung der deutsch-amerikanischen Beziehungen und damit für eine schwere Beschädigung des Bündnisses, die völlig überflüssig war. Nicht nur die Trump-Administration in Person des unglücklich agierenden Botschafters Grenell, sondern auch der Kongress zeigten sich unbeeindruckt von den Argumenten der Bundesregierung und verhängten schwerwiegende Sanktionen gegen Firmen, die sich an dem *Gazprom*-Projekt beteiligten. Sie trieb genauso wie die meisten europäischen Regierungen und das Europa-Parlament die Sorge um, dass Deutschland sich in einem Maße von russischen Staatsfirmen in der Energieversorgung (insbesondere beim Erdgas) abhängig mache, dass es gänzlich erpressbar werde. Angesichts der Ereignisse der vergangenen zwei Jahre ist deutlich geworden, dass diese Sorge berechtigt war. Dabei wurde dieses Projekt von der Bundeskanzlerin, dem Wirtschaftsminister, dem Außenminister und weiteren Regierungsvertre-

49 Güßgen, Florian: Warum gehört Deutschlands größter Gasspeicher Gazprom?, Wirtschaftswoche, 28. Januar 2022.

50 Umbach 2022, S. 384.

tern mal als Ausdruck europäischer Souveränität oder aber als politisch unbedeutendes, rein kommerzielles Projekt bezeichnet, was es zweifellos zu keinem Zeitpunkt war.

7. Wie stark hat Deutschland der Ukraine geschadet?

Fasst man die bisherigen Überlegungen zusammen, so gelangt man zu *sieben kardinalen Grundfehlern* deutscher Ostpolitik seit 1998:

1. Die parteienübergreifende Verklärung der Brandt'schen Ostpolitik als angebliche Ursache der Beendigung des Ost-West-Konflikts und als bevorzugtes Instrument zum Umgang mit Russland, ohne dass die *dunkle Seite* der Ostpolitik (die Anerkennung russischer Herrschaft über andere Länder als Ausgangsbasis für diplomatische Beziehungen zu Moskau) auch nur ansatzweise thematisiert oder problematisiert worden ist.
2. Die Verklärung von Abrüstung, Rüstungskontrolle, Multilateralismus und „Dialog“ als Allheilmittel zur Lösung politischer Probleme. Dahinter steht eine erweckungsartige pazifistische Weltsicht, nach der Konflikte und Kriege allein aus Missverständnissen heraus entstehen und es gelte, Vertrauen zu Nachbarstaaten aufzubauen und dabei vor allem auf Rüstungskontrolle und Diplomatie zu setzen, während Abschreckung abzulehnen sei.⁵¹
3. Das Ignorieren der autoritären Regression Russlands und der schleichenden Machtübernahme durch eine kleptokratische und kriminelle Machtvertikale, die großrussisch-imperialistische Ziele verfolgte und den strategischen Konflikt mit dem Westen suchte und daher eben nicht an Partnerschaft interessiert war. Diese Politik war seit 2012, spätestens seit 2014 nicht mehr zu übersehen und wurde dennoch von der Bundesregierung nicht wahrgenommen. Eine derartige strategische Verblendung findet man in der neueren deutschen Geschichte (seit 1949) nicht. Sucht man nach historischen Parallelen, so fallen die Jahre

51 Adomeit, Hannes/Krause, Joachim: Der neue (Kalte?) Krieg. Das russische Ultimatum vom Dezember 2021 und die Folgen für die westliche Allianz. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 6, H. 2, 2022, S. 140.

zwischen 1890 und 1914 ins Auge, in denen eine ähnliche strategische Blindheit vorherrschte.⁵²

4. Das weitgehende Ignorieren des Wiederaufkommens einer militärischen Bedrohung Europas durch Russland, sowohl im Bereich konventioneller Waffen als auch im nuklearen Sektor.
5. Die Vernachlässigung und Herabsetzung der berechtigten Anliegen der Osteuropäer, insbesondere ihrer Bedrohungsängste bezüglich Russland.
6. Die Vertiefung der Energiepartnerschaft mit Russland, welche dazu führte, dass die deutsche Versorgung mit Erdgas zunehmend in der Hand russischer Firmen lag und zu einer Verwundbarkeit führte, die die Deutschen und ihre europäischen Nachbarstaaten nunmehr teuer zu stehen kommt.
7. Die Weigerung Deutschlands, der Ukraine Waffen zu liefern, mit denen sie sich nach 2014 bereits gegen weitere Aggressionen Russlands hätte schützen können. Stattdessen verfolgte die Bundesregierung eine Dialog-Diplomatie, die effektiv der politischen Absicherung der territorialen Gewinne Moskau in den Kämpfen von 2014 diente und als *appeasement*-Politik qualifiziert werden muss.

In welcher Weise haben diese Fehler der Ukraine geschadet? Diese Frage ist nicht so einfach zu beantworten. Aber einige Aussagen lassen sich durchaus formulieren. Sie betreffen das Risikokalkül Moskaus, denn am Beginn eines jeden Kriegs steht eine Überlegung des Angreifers darüber, welche Risiken man eingehen kann und welche nicht. Sicher ist, dass die deutsche Ostpolitik und insbesondere die Fixierung auf die Partnerschaft mit Russland in Moskau das Risikokalkül bezüglich eines umfassenden Kriegs gegen die Ukraine beeinflusst hat. Die vollständige Zerschlagung der ukrainischen Staatlichkeit und einer eigenständigen Nation war schon seit vielen Jahren beschlossene Sache in Moskau. Aus Moskauer Sicht dürfte die deutsche Politik (sowohl Ostpolitik wie die Bündnis- und Verteidigungspolitik) das Risikokalkül in zwei Punkten mitbestimmt haben:

- Aus militärischer Sicht mussten die für einen umfassenden Angriff erforderlichen Bedingungen, in den Augen Putins, dann gegeben sein, als die Modernisierung der Streitkräfte Russlands so weit fortgeschritten war, dass ein rascher Sieg über die Ukraine in den Bereich des Mög-

52 Vgl. Krause, Joachim: Strategische Irrtümer deutscher Außenpolitik im Rückblick – die Jahre von 1890 bis 1914. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 6, H. 4, 2022, S. 394–414.

lichen rückte und solange sichergestellt war, dass die Streitkräfte des größten zentraleuropäischen Staates, der Bundesrepublik Deutschland, unfähig sind, gegebenenfalls militärisch zusammen mit anderen Nationen zugunsten der Ukraine einzugreifen. Von der Bundesregierung wurde wohl angenommen, dass sie um eines schnellen Friedens willen jede Art von Waffenstillstand in der Ukraine zu akzeptieren bereit sei und sich allen Bemühungen in der westlichen Welt um eine militärische Antwort entgegenstellen würde. Die Bundeswehr ist tatsächlich seit vielen Jahren zu komplexen Verteidigungsoperationen nicht mehr in der Lage. Sie steht derzeit „blank“ da, wie es der Inspekteur des Heeres Anfang 2022 ausdrückte.⁵³ Mit ihrer faktischen Selbstentwaffnung und der völlig illusorischen Friedenspolitik haben die Bundesregierungen der vergangenen 23 Jahre indirekt dazu beigetragen, dass Putin den Westen heute so kaltblütig berechnend hat herausfordern und die Ukraine als Vergeltung für die Ablehnung des an die NATO gerichteten Ultimatums vom Dezember 2021 hat angreifen können. Bei einer kampfbereiten, zur Übernahme von Bündnisverteidigung fähigen Bundeswehr hätte Putin wahrscheinlich das Ultimatum vom Dezember nicht gestellt und mutmaßlich die Ukraine auch nicht angegriffen.⁵⁴

- Infolge der hohen Abhängigkeit Deutschlands von Russland bei der Gasversorgung war es bei der Kriegsplanung wohl Teil des russischen Kalküls, davon auszugehen, dass sich Deutschland nicht nur an militärischen Operationen (einschließlich Waffenlieferung) nicht beteiligen wird, sondern dass es auch die erwarteten wirtschaftlichen Sanktionen nicht mitträgt oder nur mit großer Verzögerung.

Das russische Risikokalkül – wenn es so war, wie hier dargestellt – hat sich jedoch als falsch herausgestellt. Die Ukraine hat sich nicht unterwerfen lassen, der Westen hilft der Ukraine mit Waffen (selbst die Bundesrepublik), Deutschland trägt die schwerwiegenden Sanktionen mit und stellt derzeit seine Gasimportstruktur hastig und in Gänze um. Dennoch ist der Krieg von Russland begonnen worden und die Bundesregierungen, insbesondere die letzten beiden Koalitionen unter Kanzlerin Merkel müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie trotz vielfacher Warnungen und Hinweisen es haben geschehen lassen, dass eine Situation entstehen konnte, in der Russland glaubte die Ukraine angreifen zu können – wohl in der Hoff-

53 So der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, am 23. Februar 2022, hier zitiert bei Christoph Rieke: „Bundeswehr steht mehr oder weniger blank da“, Tagesspiegel, 24. Februar 2022.

54 Adomeit/Krause, *Der neue (Kalte?) Krieg*, 2022, S. 141.

nung, dass die Übernahme schnell geschehen würde und in dem Glauben, dass anschließend eine Invasion in den baltischen Staaten möglich wäre.⁵⁵ Für den überaus mutigen Verteidigungswillen der Ukrainerinnen und Ukrainer muss man in Europa sehr dankbar sein. Wäre der russische Angriff zuerst im Baltikum begonnen worden, wäre die NATO-Verteidigung vermutlich eingebrochen und die NATO wäre mit zwei unangenehmen Alternativen konfrontiert gewesen: entweder die russische Eroberung zu akzeptieren, oder eine Rückeroberung einzuleiten, auf die Russland mit dem Einsatz nicht-strategischer Kernwaffen antworten könnte.⁵⁶ Nach den umfangreichen Verlusten Russlands in der Ukraine ist diese Option erst einmal vom Tisch. Aber die aggressive, revisionistische Politik des Kremls wird sich in den kommenden Jahren weiter fortsetzen.

Die letzten 23 Jahre der Ostpolitik stellen das dunkelste und katastrophalste Kapitel der ansonsten durchaus lobenswerten Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland dar. Es ist, wie Nikolas Busse von der FAZ geschrieben hat, der GAU der deutschen Außenpolitik eingetreten.⁵⁷ Diese Katastrophe zu überwinden haben sich die Regierung und die Oppositionspartei CDU/CSU vorgenommen. Ob dies gelingt, ist noch nicht klar. Es bedarf dazu eigentlich einer Aufarbeitung der beschriebenen Fehler der jüngsten Vergangenheit, der sich Union und SPD und auch FDP und Grüne bislang entzogen haben. Äußerungen deutscher Politiker und Politikerinnen, wonach sie sich geirrt oder von Putin haben täuschen lassen, sind keine Vergangenheitsbewältigung, sondern schieben die Verantwortung lediglich weg. Die letzten 23 Jahre deutscher Ostpolitik haben zwei Fehler deutlich gemacht: Die Tendenz dazu, an utopischen theoretischen Konzepten festzuhalten, auch wenn die Realität deutlich dagegen spricht, und die Neigung, trotz der Betonung europäischer und transatlantischer Solidarität letztlich doch sehr eng definierte nationale Interessen zu verfolgen.⁵⁸

Was die deutsche Neigung zu Utopien betrifft, so sei am Ende ein Zitat des deutschen Philosophen Peter Slotterdijk angefügt, der sagte: „Utopien

55 Diese Schlussfolgerungen muss man aus dem Ultimatum Russlands an die NATO und die USA vom Dezember 2021 ziehen. Vgl. ebd. S. 130f.

56 Kroenig, Matthew: Russlands Nuklearstrategie gegenüber Europa – wie organisiert man Abschreckung gegen Deeskalation mit nuklearen Schlägen?. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 2, H. 4, 2018, S. 323–338.

57 Busse, Nikolas: „Nötig ist eine Zeitenwende im Kopf“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. März 2022.

58 Dieter, Heribert: Ein schwieriger Partner. Deutschlands eigennützige Außenpolitik. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 4, H. 3, 2020, S. 245–257.

sind nicht dazu da, verwirklicht zu werden. Sie liefern Bilder, die den Menschen ihre gesunde Unzufriedenheit erhalten. Hände weg von der Verwirklichung, zumal was deutsche Ideen angeht. Deutschland ist, als Heimat von Karl Marx, die größte Exportnation für Irrtümer, die die Welt bewegen. [...] Ideen, die aus Deutschland kommen, haben eine gefährliche Neigung zur Verwirklichung.“⁵⁹

Literaturverzeichnis

- Adomeit, Hannes: Innenpolitische Determinanten der Putinschen Außenpolitik. In: *Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen* 1, H. 1, 2017, S. 33–52.
- Adomeit, Hannes: Bilanz der deutschen Russlandpolitik seit 1990. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 4, H. 3, 2020, S. 276–292.
- Adomeit, Hannes: Russland und der Westen. Von „strategischer Partnerschaft“ zur strategischen Gegnerschaft. In: *Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen* 5, H. 2, 2021, S. 107–124.
- Adomeit, Hannes/Krause, Joachim: Der neue (Kalte?) Krieg. Das russische Ultimatum vom Dezember 2021 und die Folgen für die westliche Allianz. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 6, H. 2, 2022, S. 129–149.
- Auswärtiges Amt: Außenminister Maas zur Ankündigung der USA, sich aus dem INF-Vertrag zurück zu ziehen, 21. Oktober 2018, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-inf-vertrag/2151668>, 28.11.2022.
- Blank, Stephen: What do the Zapad 2013 Exercises Reveal? In: Liudas Zdanavičius/Matthew Czekaj (Hrsg.): *Russia's Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security*, Jamestown Foundation/National Defence Academy of Latvia: Washington D.C./Riga 2015, S. 8–13.
- Brauß, Heinrich/Krause, Joachim: Was will Russland mit den vielen Mittelstreckenwaffen? In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 3, H. 2, 2019, S. 154–166.
- Busse, Nikolas: „Nötig ist eine Zeitenwende im Kopf“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. März 2022.
- Busse, Nikolas: „Die NATO und die Ukraine – Merkels strategischer Fehler“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. April 2022.
- Connolly, Richard/Boulègue, Mathieu: *Russia's New State Armament Programme. Implications for the Russian Armed Forces and Military Capabilities to 2027*. Royal Institute for International Affairs: London 2018.
- Dembinski, Matthias/Spanger, Hans-Joachim: Pluraler Frieden. Leitideen für eine neue Russlandpolitik. In: *Osteuropa* 67, H. 3/4, 2017, S. 87–96.

59 Neue Züricher Zeitung: „Peter Sloterdijk: ‚Deutschland ist die grösste Exportnation für Irrtümer‘“, 24. November 2022.

- Deutschlandkurier: „Skandal-Botschafter: Altparteien und Medien tanzen nach der Melnyk-Flöte“, 7. April 2022, <https://deutschlandkurier.de/2022/04/skandal-botschafter-altparteien-und-medien-tanzen-nach-der-melnyk-floete/>, 28.11.2022.
- Dick, Charles: Russian Ground Forces Posture Towards the West. Royal Institute of International Affairs: London 2019.
- Dieter, Heribert: Ein schwieriger Partner. Deutschlands eigennützige Außenpolitik. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 4, H. 3, 2020, S. 245–257.
- Die Welt: „Schröder verteidigt ‚lupenreinen Demokraten‘ Putin“, 7. März 2012, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article13907973/Schroeder-verteidigt-lupenreinen-Demokraten-Putin.html>, 28.11.2022.
- Diner, Dan: Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments. Propyläen: Berlin 2002.
- Eitel, Peter 2021: The Russian Annexation of Crimea 2014: Which Role for Surprise, especially for Germany? Dissertation der Christian-Albrechts Universität zu Kiel: Kiel 2021.
- Essen, Hugo von/Umland, Andreas: Russlands diktierter Nicht-Frieden im Donbas 2014–2022. Warum die Minsker Abkommen von Anbeginn an zum Scheitern verurteilt waren. In: Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen 6, H. 3, 2022, S. 282–292.
- Forsberg, Tuomas: From ‚Ostpolitik‘ to ‚frostpolitik‘? Merkel, Putin and German foreign policy towards Russia. In: International Affairs 92, H. 19, 2016, S. 21–42.
- Forss, Stefan/Kiianlinna, Lauri/Inkinen, Pertti/Hult, Heikki: The Development of Russian Military Policy and Finland. National Defence University, Research Reports No. 49: Tampere 2013.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Ministerin in Erklärungsnot“, 19. September 2002, <https://www.faz.net/aktuell/politik/hitler-bush-vergleich-ministerin-in-erklarungsnot-171357.html>, 28.11.2022.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Konflikt mit Russland: Steinmeier kritisiert Nato-Manöver in Osteuropa“, 18. Juni 2016, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/konflikt-mit-russland-steinmeier-kritisiert-nato-manoever-in-osteuropa-14294513.html>, 28.11.2022.
- Frasch, Timo/Schuller, Konrad: „Markus Söder im Interview: ‚Russland ist kein Feind Europas‘“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Januar 2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/markus-soeder-im-interview-russland-ist-kein-feind-europas-17744426.html>, 28.11.2022.
- Güßgen, Florian: „Warum gehört Deutschlands größter Gasspeicher Gazprom?“, Wirtschaftswoche, 28. Januar 2022, <https://www.wiwo.de/unternehmen/energie/gefaehrliche-abhaengigkeit-warum-gehoert-deutschlands-groesster-gasspeicher-gazprom/28014654.html>, 18.11.2022.
- Hackett, James: Die Modernisierung der russischen Streitkräfte. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 5, H. 2, 2021, S. 125–139.
- Halper, Stefan/Clarke, Jonathan: America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order. Cambridge University Press: Cambridge 2004.

- Heinemann-Grüder, Andreas: Wider den Sonderfrieden. Eine Replik auf das Konzept vom „Pluralen Frieden“. In: Osteuropa 67, H. 3/4, 2017, S. 103–108.
- Heinemann-Grüder, Andreas: Russland-Politik in der Ära Merkel. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 6, H. 4, 2022, S. 359–372.
- Hofmann, Gunter: Polen und Deutsche auf dem Weg zur europäischen Revolution. Suhrkamp: Berlin 2011.
- Järvenpää, Pauli: ZAPAD 2013 – A View from Helsinki. In: Liudas Zdanavičius/ Matthew Czekaj (Hrsg.): Russia's Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security, The Jamestown Foundation/National Defence Academy of Latvia: Washington D.C./Riga, 2015, S. 43–57.
- Johnson, Dave: General Gerasimov über die Entwicklungslinien der russischen Militärstrategie – Eine Analyse. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 3, H. 3, 2019, S. 255–261.
- Krause, Joachim: Die deutsche Politik in der Kosovo-Krise. In: Krause, Joachim (Hrsg.): Kosovo. Humanitäre Intervention und kooperative Sicherheit in Europa. Leske und Budrich: Opladen 2000, S. 103–119.
- Krause, Joachim: Deutsche Rüstungskontrollpolitik im strategischen Niemandsland. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 5, H. 2, 2021 S. 157–164.
- Krause, Joachim: Strategische Irrtümer deutscher Außenpolitik im Rückblick – die Jahre von 1890 bis 1914. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 6, H. 4, 2022, S. 394–414.
- Kroenig, Matthew: Russlands Nuklearstrategie gegenüber Europa – wie organisiert man Abschreckung gegen Deeskalation mit nuklearen Schlägen? In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 2, H. 4, 2018, S. 323–338.
- Krzemiński, Adam: Im Osten viel Neues. Deutsche Ostpolitik aus polnischer Perspektive. In: Zeitschrift für Außen und Sicherheitspolitik 8, H. 1, 2015, S. 403–425.
- Lautsch, Siegfried: Schauplatz Deutschland. Erfahrungen und Erkenntnisse eines NVA-Offiziers. Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften: Potsdam 2013.
- Lavrov, Anton: Russian Military Reforms from Georgia to Syria. Center for Strategic and International Studies (CSIS): Washington D.C. 2018.
- Ludwig, Michael: „Putin, Schröder und Chirac – Zusammenkunft mit Tradition“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juli 2005.
- Meister, Stefan: Wasser auf Putins Mühlen. „Pluraler Frieden“ als russlandfixierte Ostpolitik. In: Osteuropa 67, H. 3/4, 2017, S. 129–133.
- Meyer zum Felde, Rainer: Abschreckung und Dialogbereitschaft – der Paradigmenwechsel der NATO seit 2014. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 2, H. 2, 2018, S. 101–117.
- Meyer zum Felde, Rainer: Deutsche Verteidigungspolitik – Versäumnisse und nicht eingehaltene Versprechen. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 4, H. 3, 2020, S. 315–332.
- Monaghan, Andrew: Russian State Mobilization: Moving the Country on to a War Footing. Royal Institute of International Affairs: London 2016.

- Muzyka, Konrad: Russian Forces in the Western Military District. Center for Naval Analysis (CAN): Washington D.C. 2020.
- Mützenich, Rolf: „Für Ignoranz und Ausgrenzung ist Russland zu groß und zu mächtig“, Vorwärts, 20. Dezember 2016, <https://www.vorwaerts.de/artikel/muetzenich-ignoranz-ausgrenzung-russland-gross-maechtig>, 28.11.2022.
- Mützenich, Rolf: Echte Entspannungspolitik ist kein Appeasement, 19. Januar 2015, <https://www.rolfmuetzenich.de/publikation/echte-entspannungspolitik-kein-appeasement>, 28.11.2022.
- Mützenich, Rolf: „Entspannungspolitik auf der Höhe der Zeit“, IPG, 17. Januar 2022, <https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/entspannungspolitik-auf-der-hoehe-der-zeit-5653/>, 29.11.2022.
- Neue Züricher Zeitung: „Peter Sloterdijk: ‚Deutschland ist die grösste Exportnation für Irrtümer‘“, 24. November 2022, <https://www.nzz.ch/feuilleton/peter-sloterdijk-ueber-zeitenwende-und-weltkerklaerungen-ld.1713217?reduced=true>, 29.11.2022.
- Osborn, Andrew: „Putin – Collapse of the Soviet Union was ‘catastrophe of the century’“, The Independent, 26. April 2005, <https://www.independent.co.uk/news/world/europe/putin-collapse-of-the-soviet-union-was-catastrophe-of-the-century-521064.html>, 28.11.2022.
- Pflüger, Friedberg: „Offener Brief an den ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk“, Cicero, 27. Januar 2022, <https://www.cicero.de/aussenpolitik/offener-brief-ukraine-botschafter-andrij-melnyk-russland-sanktionen-krieg>, 28.11.2022.
- RadioFreeEurope/RadioLiberty: „Macron Says Russia, China Not NATO Allies’ Common Enemies – Terrorism Is“, 28. November 2019, <https://www.rferl.org/a/macron-says-russia-china-not-nato-allies-common-enemies---terrorism-is/30297520.html>, 28.11.2022.
- Shawcross, William: Allies. The United States, Britain, Europe and the War in Iraq. Atlantic Books: London 2003.
- Siddi, Marco: German Foreign Policy towards Russia in the Aftermath of the Ukraine Crisis: A New Ostpolitik? In: Europe-Asia Studies 68, H. 4, 2016, S. 665–677.
- Siddi, Marco: A Contested Hegemon? Germany’s Leadership in EU Relations with Russia. In: German Politics 29, H. 1, 2020, S. 97–114.
- Sinyakov, Denis: „Putin – Soviet collapse a ‘genuine tragedy’“, NBC News, 25. April 2005, <https://www.nbcnews.com/id/wbna7632057>.
- SPIEGEL: „Kritik an Westerwelle: ‚Borniertester Außenminister seit von Ribbentrop‘“, 22. April 2011, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/kritik-an-westerwelle-borniertester-aussenminister-seit-von-ribbentrop-a-758504.html>, 28.11.2022.
- Statista Research Department: Parteipräferenz von Politikjournalisten in Deutschland, 19. August 2010, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/163740/umfrage/parteipraeferenz-von-politikjournalisten-in-deutschland/#statisticContainer>, 28.11.2022.

- Sushko, Oleksandr/Umland, Andreas/Weichsel, Volker: Unrealistisches Szenario. Anmerkungen zum „Pluralen Frieden“. In: Osteuropa 67, H. 3/4, 2017, S. 109–120.
- Tagesspiegel: „Sächsischer CDU-Mann forderte Ausweisung. Vorsitzender Merz will sich nicht zu Affront gegen Melnyk äußern“, 30. August 2022, <https://www.tagesspiegel.de/politik/vorsitzender-merz-will-sich-nicht-zu-affront-gegen-melnyk-aussern-8594911.html>, 28.11.2022.
- Umbach, Frank: Strategische Irrtümer, Fehler und Fehlannahmen der deutschen Energiepolitik seit 2002. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 6, H. 4, 2022, S. 373–393.
- Umland, Andreas: Die friedenspolitische Ambivalenz deutscher Pipelinedeals mit Moskau – eine interdependenztheoretische Erklärung des russisch-ukrainischen Konfliktes. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 4, H. 3, 2020, S. 293–303.
- Urban Thomas: Verstellter Blick. Die deutsche Ostpolitik. edition fotoTapeta: Berlin 2022.
- Wehner, Markus: „Rechtfertigt Steinmeiers Russland-Politik die Ausladung?“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. April 2022.
- Westerlund, Fredrik: The role of the military in Putin’s foreign policy. An overview of current research. Swedish Defence Research Agency (FOI): Stockholm 2021.
- Zdanavičius, Liudas/Czekaj, Matthew (Hrsg.): Russia’s Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security. Jamestown Foundation/National Defence Academy of Latvia: Washington D.C./Riga 2015.

Kriegsgeschehen und Entwicklungen

Kapitel 7 Russlands Strategie im Ukraine-Krieg: Wiederherstellung russischer Größe mit allen Mitteln

Johanna Möhring

Abstract: Russlands Ukraine-Strategie ist aufs Engste mit dem Streben nach Machterhalt auf nationaler und internationaler Ebene verbunden. Aus der Sicht russischer Machthaber muss die Ukraine, um Russlands Großmachtstatus zu sichern, ihrer Staatlichkeit und kulturellen Identität beraubt werden. Hierfür bediente sich Russland hauptsächlich einer indirekten Strategie, in der Militärmacht einschließlich Atomwaffen eine zentrale Rolle spielt. Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine trägt nach dem Fehlschlagen eines erzwungenen Regierungswechsels in Kyjiw im Februar 2022 Züge eines genozidären Vernichtungskriegs. Angesichts russischer militärischer Misserfolge setzt Russland auf sein nukleares Drohpotential und auf indirekte Druckmittel zur Erreichung seiner Kriegsziele.

Schlüsselwörter: Russland, Ukraine, Neoimperialismus, Imperialismus, multipolare Welt, indirekte Strategie, nichtlineare Kriegsführung, Rolle des Militärs, Vernichtungskrieg, Atomwaffen

1. Einleitung

Russland stellt als irredentistischer Territorialstaat, der die Wiederherstellung seines einstigen zaristischen, später sowjetischen Herrschaftsbereichs in einem post-imperialen, post-kolonialen demokratischen Europa verfolgt, einen Anachronismus dar. Die Ukraine ist in diesem Zusammenhang Projektionsfläche russischer imperialer Vorstellungen, Bedingung seines Großmachtstatus und Hindernis in nationalstaatlicher Form zugleich.

1.1. *Neoimperiale Machtkonsolidierung und systemischer Wettbewerb Russlands*

Seit nach dem Ersten Weltkrieg die Großreiche in Europa zerfielen und sich das Ende der europäischen Kolonialreiche in Übersee zumindest ankündigte, ist Russland, ein autokratischer imperialer Vielvölkerstaat mit kolonialer Vergangenheit, der zuerst unter bolschewistischem Vorzeichen, dann nach dem Zerfall der Sowjetunion offiziell als Nationalstaat wieder auferstand, ein politischer Anachronismus. In Russland hat bis heute kein Bewusstseinswandel bezüglich seiner imperialen Vergangenheit stattgefunden, was den Blick auf seine (neo-)imperiale Gegenwart verstellt.¹ Ebenso ist die kritische Beschäftigung mit den vom sowjetischen Regime begangenen Verbrechen an seinen eigenen Bevölkerungen, aber auch in den Ländern, die in seinen Herrschaftsbereich fielen, nach einer kurzen Phase in den 1990er Jahren von staatlichen Autoritäten unterbunden worden.² Russlands aktuelles neoimperiales Projekt sucht in der Ausdehnung seines Einflussbereichs Sicherheit, erzeugt aber dadurch bei sich ein Gefühl der Umzingelung.³ Es stellt ein in großen Teilen posttheroisches Europa,

-
- 1 Nach gängigen Definitionen des Imperialismus, welche transkoloniale Besitztümer, sowie die Fähigkeit, imperiale Interessen weltweit dauerhaft durchsetzen zu können voraussetzen, gelten das russische Imperium, sowie sein Nachfolger die Sowjetunion eingeschränkt als imperialistische Konstrukte. So war die Sowjetunion auch auf dem Höhepunkt ihrer militärischen Macht wirtschaftlich nicht in der Lage, ferne Volkswirtschaften langfristig zu beeinflussen. Siehe Osterhammel, Jürgen/Jansen, Jan C.: *Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen*. 7. überarb. Aufl., C.H. Beck: München 2012, S. 28. Russland kombiniert sein seit dem Ende der 1990er Jahre neoimperiales Streben, durch Macht und Einfluss andere Länder zu dominieren mit einer „klassischen“ imperialen Politik der territorialen Expansion z. B. in der Ukraine.
 - 2 Am 28. Dezember 2021 wurde die russische Menschenrechtsorganisation „Internationale Gesellschaft für historische Aufklärung, Menschenrechte und soziale Fürsorge Memorial“, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Staatsverbrechen und politische Verfolgung in der Sowjetunion von der Oktoberrevolution bis zum Ende der Sowjetunion im Dezember 1991 zu dokumentieren, per obersten Gerichtsbeschluss „liquidiert“ (so der Wortlaut des Urteils). Das Menschenrechtszentrum „Memorial“ in Moskau, welches sich für die Rechte politischer Gefangener, von Minderheiten, Migranten und Homosexuellen einsetzt, wurde am Tag darauf per örtlichen Gerichtsentscheid ebenfalls „liquidiert“. Memorial erhielt am 7. Oktober 2022 den Friedensnobelpreis.
 - 3 Siehe Foucher, Michel: *Ukraine-Russie. La carte mentale du duel*. Gallimard, „Tracts“: Paris 2022.

welches Konfrontation, vor allem militärischer Art in der Vergangenheit verorten möchte, vor eine große Herausforderung.⁴

Putins Russland strebt nach Wiederherstellung vermeintlich vergangener Größe. Hierfür muss aus russischer Sicht der Einfluss der Vereinigten Staaten besonders in Europa zurückgedrängt⁵ und die internationalen normativen und institutionellen Rahmenbedingungen zu Russlands Vorteil verändert werden. Der russische Krieg gegen die Ukraine ist, wenngleich auch vielleicht der zentrale, nur ein Schauplatz einer systemischen Konfrontation mit der westlichen Staatengemeinschaft unter amerikanischer Führung um die Natur der internationalen Beziehungen.

1.2. Die Ukraine als Schlüssel russischer Großmachtpolitik

Was das Ziel der Rückgewinnung und Konsolidierung russischen Einflusses betrifft, nimmt die Ukraine zusammen mit Belarus in der Vorstellungswelt aktueller russischer Machthaber als Teil eines imaginären, sprachlich, religiös und kulturell homogenen, von Russland dominierten ostslawischen Raums (*Russkij Mir*) eine zentrale Position ein.⁶ Zum einen

-
- 4 Der Begriff der „post-heroischen Gesellschaften“ Europas, aus der Erfahrung der Schrecken des Ersten Weltkriegs (und des Zweiten Weltkriegs) heraus ist eng mit dem Politikwissenschaftler Herfried Münkler verknüpft. Der Autor weist darauf hin, dass post-heroisch nicht unheroisch bedeuten muss. Siehe Münkler, Herfried: *Kriegssplinter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert*. Rowohlt Verlag: Reinbek 2017, S. 143 ff.
 - 5 Siehe die am 17. Dezember 2021 vom russischen Außenministerium veröffentlichten Abkommensentwürfe, einmal den „Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation über Sicherheitsgarantien“, Außenministerium der Russischen Föderation, 17. Dezember 2021, sowie das „Abkommen über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation und der Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertragsorganisation [NATO]“, Außenministerium der Russischen Föderation, 17. Dezember 2021, welche Europa in eine russische und eine amerikanische Einflusszone einteilen sollen.
 - 6 Das autokratisch geführte Belarus, welches in der Vergangenheit trotz der seit 1997 existierenden Russisch-Belarussischen Union versuchte, einen eigenen, von Russland unabhängigen Kurs zu verfolgen, geriet durch die Protestbewegung gegen die Präsidentschaft von Aljaksandr Lukaschenka ab 2020 verstärkt in den Einflussbereich seines Nachbarn. Im Herbst 2021 vereinbarten Lukaschenka und Putin einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und eine stärkere militärische Zusammenarbeit. Es ist mittlerweile wichtiger Stützpunkt im Krieg Russlands gegen die Ukraine. Siehe Rácz, András: *Becoming a military district. Deepening military Cooperation between Russia and Belarus*, European Union Institute for Security Studies (EUISS), 14. März 2022.

ließe sich die Vision Russlands als eurasische Macht, in Europa den Ton angehend, Gegenmodell und Gegenspieler der Vereinigten Staaten ohne das Territorium, die Ökonomie und die Bevölkerung der Ukraine nicht verwirklichen.

Zum anderen würde eine demokratische, wohlhabende, in westlichen Institutionen verankerte Ukraine als politische Alternative zu einem autokratischen System, das den nationalen Wohlstand in die Taschen einer an Wladimir Putin gebundenen Elite abschöpft, eine Bedrohung für dessen Machterhalt darstellen. Russlands Ideologen wenden sich nicht nur gegen eine Westbindung der Ukraine, sie stehen einer eigenständigen kulturellen ukrainischen Identität feindlich gegenüber.⁷ Es gilt, die Ukraine als Nationalstaat und kulturelle Einheit zu zerstören und die „entnazifizierte“, ihrer kulturellen Spezifität beraubte Ukraine in den russischen Herrschaftsbereich zurückzuführen.⁸

2. *Strategische Umsetzung russischer Zielvorstellungen*

Um seinen Einflussbereich zu konsolidieren und das internationale System zu verändern, bedienen sich Russlands Machthaber hauptsächlich einer indirekten Strategie, in der Militärmacht einen entscheidenden Faktor darstellt.

2.1. *Russlands innen- und außenpolitische Doppelstrategie*

Während auf innenpolitischer Ebene die Machtverhältnisse eingefroren werden sollen und zu diesem Zweck jegliche glaubwürdige Form politischer Opposition unterbunden wird, strebt Russland international danach, die Strukturen eines regelbasierten Staatensystems, welche von Russland als behindernd wahrgenommen werden, aufzubrechen.⁹ Eine „multipolare Welt“, in der Macht ohne Komplexe ausgeübt werden kann, steht in enger

7 Mit der Ablehnung russischer kultureller Vorherrschaft hat die Ukraine nicht nur einen Präzedenzfall für andere Staaten geschaffen, die seitens Moskaus dem russischen „Kulturraum“ zugerechnet werden, sondern auch für die multinationalen Regionen (*Kraj*) der Russischen Föderation.

8 Thom, Françoise: „Russian Ideologues Aim to Liquidate the Ukrainian Nation“, *Desk Russie*, 8. April 2022.

9 Siehe Covington, Steve: *Putin's Choice for Russia*. Belfer Center for Science and International Affairs. Harvard Kennedy School: Cambridge MA 2015.

Verbindung mit dem Ziel der Aufrechterhaltung nationaler Herrschaftsverhältnisse.

Russland rechtfertigt seine seit Präsident Putins Amtseinsetzung geführte Politik der „harten Diplomatie und des sanften Zwangs“¹⁰ durch die angebliche Bedrohung russischer Interessen durch westliche Einflussnahme in seinem geographischen Nahbereich. Innenpolitisch nutzt das System, welches um Präsident Putin unter Verstaatlichung krimineller Machenschaften in der Wirtschaft und Konsolidierung der staatlichen Sicherheitsorgane entstanden ist, das Streben nach Russlands Größe als Legitimationsgrundlage.¹¹ Die Machtstrukturen, welche pseudofeudale Züge tragen und in denen die russisch-orthodoxe Kirche einen der Stützpfiler darstellt, bedienen sich einer Mischung aus chauvinistischen russischen Ressentiments, religiös verbrämter geopolitischer Visionen und Sympathie für den Stalinismus.¹² Russische Strategen bekennen sich offen zum expandierenden Charakter des russischen Staates, sowie zu seiner repressiven Natur.¹³ Die Glorifizierung des Zweiten Weltkriegs, sowie die aktive Vorbereitung der russischen Bevölkerung, mithilfe einer ausgedehnten Propaganda-Maschine, auf eine militärische Konfrontation mit dem Westen, auch nuklearer Art, ist Teil dieses Ansatzes.¹⁴

10 Sherr, James: *Hard Diplomacy and Soft Coercion. Russia's influence abroad.* Chatham House: London 2013, S. 119.

11 Zur kriminellen und geheimdienstlichen Doppelnatur des russischen Staates unter Putin siehe z. B. Belton, Catherine: *Putin's people. How the KGB took back Russia and then took on the West.* William Collins: London 2020.

12 Der Historiker Jaroslaw Schimow beschreibt in seinem Essay „Der Putinismus ist kein politisches Regime. Es handelt sich um Banditismus mit Ideen“ die Funktionsweise organisierter Kriminalität und die ideologische Hülle des aktuellen russischen Regimes. Schimow, Jaroslaw: „К путинизму не нужно относиться как к политическому режиму. Это бандитизм с идеями“, *Medusa*, 15. Juni 2022.

13 Siehe z. B. den im Februar 2019 in der *Nesawissimaja Gaseta* publizierten Artikel „Der langwährende Staat Putins“ von Wladislaw Surkow, Vizeministerpräsident von 2011 bis 2013 und Präsidenschaftsberater von 2013 bis 2022. Der seit April 2022 unter Hausarrest Stehende gilt als Kremlideologe und als einer der Architekten der Annexion der Krim und der separatistischen Bewegungen im Donbas. Surkow, Wladislaw: *Долгое государство Путина. О том, что здесь вообще происходит*, *Nesawissimaja Gaseta*, 11. Februar 2019.

14 Siehe z. B. Courtois, Stéphane/Ackerman, Galia (Hrsg.): *La Seconde Guerre Mondiale dans le discours politique russe à la lumière du conflit russo-ukrainien.* L'Harmattan: Paris 2016. Wladimir Putin ließ nicht zufällig im Mai 2008, kurz vor dem Krieg mit Georgien wieder Waffen über den Roten Platz zur Parade des 9. Mai rollen, welche den Sieg über Nazi-Deutschland im „Großen Vaterländischen Krieg“ feiert.

2.2. *Permanente Konfrontation mit indirekten Mitteln*

Auf einem Spektrum der Einflussnahme, welches von legalen bis illegalen Maßnahmen reicht, wendet Russland sowohl nicht-militärische und militärische Elemente wahlweise und in Kombination gleichzeitig und in verschiedenen geographischen Schauplätzen an. Diese indirekte Strategie findet ihre Inspiration sowohl in der Tradition zaristischer Geheimdienste und Militärs, als auch in den Erfahrungen sowjetischer Sicherheitsorgane. Diese setzten ab den 1920er Jahren Subversion als außenpolitisches Instrument offen und verdeckt, mit oder ohne Anwendung von Gewalt, aus einer Position der relativen Schwäche heraus gegen ihre Gegner ein. Nach 1947 prägte der Ansatz entscheidend den Systemkonflikt zwischen Ost und West, da die Existenz von Atomwaffen eine direkte Auseinandersetzung unmöglich machte.¹⁵

Mit Beginn des neuen Jahrhunderts wurde diese Strategie, welche direkte militärische Konfrontation zum Erreichen politischer Ziele nach Möglichkeit vermeidet, unter Putin wieder aktiviert. Hierfür können eine Reihe von Gründen genannt werden: Die Konsolidierung des Einflusses der Sicherheitsorgane im russischen Regierungsgefüge, auch in russischen Militärkreisen, sowie die Erkenntnis russischer Schwäche im Vergleich zu westlichen Staaten und der Unmöglichkeit, mit dem Westen wirtschaftlich aufzuschließen. Ebenso zu nennen wären die russische Interpretation der „farbigen Revolutionen“ als von den Vereinigten Staaten orchestriert, sowie der Wunsch, den Westen mit seinen eigenen Waffen der „soft power“ (bzw. Einflussnahme) zu schlagen, um die Niederlage des Falls der Sowjetunion wieder wettzumachen.¹⁶ Russland sieht seine indirekte Strategie als eine spiegelbildliche Antwort auf westliche Strategien, Russlands Interessen zu schaden.¹⁷

15 Die Aus- und Bewertung sowjetischer und nun russischer sogenannter „Aktiver Maßnahmen“ stellt sich als schwierig dar, zum einen, da die Archive der sowjetischen Sicherheitsorgane nicht zugänglich sind, zum anderen, da die nach Ende des Kalten Kriegs in Umlauf gebrachten Informationen, teils durch Ankauf und mit Hilfe von „Überläufern“ ebenfalls den Zweck gehabt haben können, sowjetischen Einfluss im Ausland und geheimdienstliche Fähigkeiten in einem besonders günstigen Licht darzustellen. Siehe Knight, Amy: The Selling of the KGB. In: The Wilson Quarterly, Winter 2000.

16 Minic, Dimitri: Invasion russe de l'Ukraine. Une rupture politico-stratégique? In: Russie.Nei.Visions, n° 126, März 2022.

17 Klein, Margarete: Russlands neue Militärdoktrin: NATO, USA und „farbige Revolutionen“ im Fokus. In: SWP-Aktuell 12/2015.

Russland nutzt die europäische Bereitschaft zur Kooperation und die Offenheit seiner politischen Systeme, seiner Ökonomien und seiner Gesellschaften zur schädlichen Einflussnahme. Finanzierung politischer Parteien des extremen Spektrums und das Schüren vorhandener gesellschaftlicher Konflikte mit Hilfe von Desinformation nehmen einen zentralen Platz in der Konfrontationsstrategie des Kremls ein.¹⁸ Neben Cyberattacken bedient sich Russland z. B. gezielt Europas Abhängigkeit von russischen Rohstoffen, besonders im Energiebereich.¹⁹

Die konzeptionelle Beschreibung und Einordnung dieser Form der hybriden Auseinandersetzung sorgt für Debatten²⁰, und westliche Demokratien tun sich immer noch schwer, diesen vielgestaltigen Versuch der Subversion als Konfrontation und Gefahr zu erkennen, da er in weiten Teilen unterhalb der Schwelle militärischer Gewalt verbleibt.²¹ Russische Sicherheitsorgane testen die Resilienz westlicher Gesellschaften ausdauernd, einfallsreich und in mehreren geographischen Kontexten gleichzeitig. Russland mag zwar mit seinen vorhandenen wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen nicht in der Lage sein, eine glaubwürdige Alternative zur aktuellen internationalen Ordnung zu schaffen, es kann jedoch Vorhandenes durch eine „Strategie der Unordnung“ unter Druck setzen, abnutzen und damit zerstören.²²

-
- 18 Yablokov, Ilya: Russian disinformation finds fertile ground in the West. In: *Nature Human Behaviour* 6, 2022, S. 766–767.
 - 19 Die französische Historikerin Françoise Thom spricht in diesem Zusammenhang von „parasitärer Koexistenz“.
 - 20 Der Term „hybride Kriegsführung“ ist konzeptionell nicht unumstritten, auch steht zur Debatte, ob es sich um eine Neuheit, oder vielmehr über ein klassisches Kontinuum der Kriegsführung, auch in russischer Tradition handelt. Russische Analysten verwenden zur Beschreibung vermeintlicher hybrider Angriffe durch die NATO und die Vereinigten Staaten den Terminus „nelinejnaja woina“ (nicht-lineare Kriegsführung). Siehe z. B. Galeotti, Mark: The mythical ‘Gerasimov Doctrine’ and the language of threat. In: *Critical Studies on Security* 7, H. 4, Februar 2018, S. 1–5.
 - 21 Während ehemalige Sowjetrepubliken und einstige Warschauer Pakt Staaten bereits in den 2000ern vor dieser Art der Konfrontation warnten, dauerte es einige Zeit, bis westlich gelegene NATO-Mitglieder sich mit dieser Problematik ernsthaft befassen. Da der NATO-Verteidigungsfall nur bei einem bewaffneten Angriff auf ein NATO-Mitglied eintritt, besitzt diese seit 2015 eine „Hybride Strategie“, um sich auf hybride Angriffe vorzubereiten, sie durch Abschreckung zu verhindern und, sollte dies fehlschlagen, NATO-Staaten zu verteidigen. Siehe NATO: NATO’s Response to hybrid threats, 21. June 2022.
 - 22 Wladislaw Surkow, der ehemalige Chefideologe des Kremls hatte in einem Artikel im November letzten Jahres dazu aufgerufen, das Chaos in die ganze Welt zu exportieren. Siehe Surkow, Wladislaw: „Куда делся хаос? Распаковка

2.3. Die strategische Rolle des russischen Militärs

Die Streitkräfte werden von den russischen Machthabern als wichtiger Machtfaktor angesehen. International erlauben sie Russland, seine indirekte Strategie umzusetzen, indem die russische Armee in einer Abwandlung der Devise des ehemaligen sowjetischen Geheimdienstes KGB als abschreckendes „Schild“ fungiert, welches es dem „Schwert“ der russischen Geheimdienste erlaubt zu agieren.²³

Russland hat in den letzten zwei Jahrzehnten nach der dramatischen Deklassierung der russischen Streitkräfte in Folge des Zerfalls der Sowjetunion signifikante Ressourcen investiert, um seine Armee zu modernisieren und zu reformieren, mit den Schwerpunkten Waffensysteme, Einsatzbereitschaft und Personal (zum Erfolg dieser Reformen, siehe Abschnitt 4.1). Hierbei wurde darauf geachtet, nicht den Fehler der Sowjetunion zu wiederholen, sich wirtschaftlich durch überdimensionierte Rüstungsausgaben zu schwächen. Ebenso wurden die konzeptionellen Grundlagen der russischen Militärstrategie überarbeitet und an das neue Sicherheitsumfeld aus russischer Sicht angepasst. So entstand ein strategischer Ansatz, der „nukleare, konventionelle und informationelle (Cyber-)Einflussinstrumente zu einem integrierten koerzitiven Mechanismus zusammenfügt“.²⁴

Nuklearwaffen sind international, aber auch regional ein wichtiges Element dieser Strategie (mehr dazu unter Abschnitt 4.2.). Aus konventioneller Sicht erfüllen die russischen Streitkräfte mehrere Aufgaben: Zum einen sollen sie ebenfalls vor einem Angriff auf Russland abschrecken, zum anderen einem inneren und äußeren Publikum Russlands Macht und Einsatzbereitschaft vor Augen führen. Zu diesem Zweck organisiert Russland seit 1999 Großmanöver, auch unter Einbindung der Nuklearstreitkräfte.²⁵ Zudem soll die russische Armee in der Lage sein, Einsätze außerhalb des

стабильности“, Actual Comment, 20.11.2021. Für eine Inventur subversiver Aktionen des Kremls gegen westliche Verbündete, siehe Mandraud, Isabelle/Théron, Julien: Poutine, la stratégie du désordre. Tallandier: Paris 2021.

23 Dieses Bild stammt von Christopher N. Donnelly, britischer Experte des sowjetischen und russischen Militärs. Sowohl Schild und Schwert zieren das Wappen des 1954 gegründeten und 1991 offiziell aufgelösten KGB, der als FSB wiederaufstand.

24 Adamsky, Dmitry (Dima): From Moscow with coercion: Russian deterrence theory and strategic culture. In: Journal of Strategic Studies 41, H.1 – 2, 2018, S. 33–60.

25 Zum Nutzen militärischer Übungen siehe z. B. Heuser, Beatrice/Heier, Tormod/Lasconjarias, Guillaume (Hrsg.): Military Exercises: Political Messaging and Stra-

Landes durchzuführen, um befreundete Regime, ob im „nahen Ausland“ oder in größerer Entfernung, zu unterstützen. Hierbei spielt das der russischen Regierung nahestehende private Sicherheits- und Militärunternehmen *Wagner Group*, deren Söldner sich aus den russischen Streitkräften rekrutieren und die vom russischen Militärgeheimdienst GRU und der russischen Armee logistisch unterstützt werden, eine wichtige Rolle.²⁶

Bezüglich des informationellen Elements der russischen Militärstrategie muss angemerkt werden, dass die Idee der Subversion eine lange Tradition im russischen strategischen Denken hat, die bis zur kaiserlichen russischen Schule der Militärstrategie zurückreicht.²⁷ Es handelt sich u. a. um Ansätze und Überlegungen, die westlichen Armeen, die z. B. in Kolonialkriegen kämpften, ebenfalls nicht fremd sein dürften. Was nichtlineare Kriegsführung betrifft, hat das russische Militär Konzepte der „psychologisch-informationellen Konfrontation“ entwickelt, die sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten zum Einsatz kommen, z. B. in der Ukraine und in Syrien.²⁸

3. Russlands indirekte und direkte Strategie zur Beendigung ukrainischer Staatlichkeit

Der zentrale Platz der Ukraine in den geopolitischen und spirituellen Konzeptionen von Putins Russland erklärt, warum der Kreml spätestens seit der „Orangen Revolution“ 2004 versucht, nicht nur die politische und

tegic Impact. NATO Defense College NDC Forum Papers Series, Rome 2018, S. 9.

26 Russland ist aktuell u. a. in Armenien, Abchasien, Belarus, Libyen, Mali, der Ukraine, Südossetien, Sudan, Transnistrien, Venezuela und der Zentralafrikanischen Republik, entweder dauerhaft mit Militärbasen oder ad hoc militärisch präsent, ob mit offiziellen Soldaten oder mit Wagner-Truppen. Zu Wagner und seinen Beziehungen zum russischen Staat, siehe z. B. Østensen, Åse Gilje/Bukkvoll, Tor: Private military companies – Russian great power politics on the cheap? In: *Small Wars & Insurgencies* 33, H. 1–2, 2022, S. 130–151.

27 Diese wurde auch durch Militärdenker im Exil aufrechterhalten, deren Schriften nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in Russland rezipiert wurden. Ofer Fridman hebt in diesem Zusammenhang besonders Ewgeni Messner, „The face of Contemporary War“ hervor, welche 1959 in Buenos Aires veröffentlicht wurde. Zu den Wurzeln russischer Militärkunst siehe Fridman, Ofer: *Strategiya: The Foundations of the Russian Art of Strategy*. Hurst & Company: London 2021, S. 13 ff., S. 235 ff.

28 Minic, Dimitri: La guerre informationnelle psychologique dans la pensée militaire russe et ses applications en Ukraine et en Syrie. In: *Annuaire français des relations internationales*, vol. XXII, 2021, S. 523–533.

wirtschaftliche Orientierung der Ukraine zu bestimmen. Er setzt vielmehr indirekte und direkte Mittel ein, um einen ukrainischen Nationalstaat als funktionierende politische und kulturelle Einheit zu zerstören.

3.1. *Verhinderung der Westintegration durch Krim-Annexion und Krieg in der Ostukraine*

Der russische Ansatz der Ostbindung der Ukraine mit Hilfe russland-freundlicher Kräfte in Politik und Wirtschaft geriet durch das geplante EU-Assoziierungsabkommen und durch die Protestbewegung „Euromaidan“ 2013–2014 als Reaktion auf russischen Druck, sich nicht Europa zuzuwenden, ins Wanken. Als Antwort optierte Russland für die Anwendung seiner Strategie der indirekten Konfrontation, welche kinetische Elemente, wie z. B. den Einsatz paramilitärischer Truppen und den verdeckten Einsatz russischer Militärkräfte mit nichtkinetischen Elementen wie ökonomischen, diplomatischen, kulturellen, psychologisch-informationellen sowie Cyber-Operationen verband.

Im Frühjahr 2014 erfolgten die Annexion der Krim durch russische Soldaten ohne Truppenabzeichen, das Entfachen eines Krieges in der Ostukraine, in welchem Russland die Ausbildung, Ausrüstung, Anleitung und direkte militärische Unterstützung separatistischer Kräfte übernahm, sowie Desinformationskampagnen zur Diskreditierung politischer Institutionen der Ukraine im eigenen Land, in Russland und im europäischen Ausland.²⁹ In Folge akzeptierte die Ukraine die Minsker Vereinbarungen von 2014 und 2015 unter der Ägide von Frankreich, Deutschland und Russland, welche nie völlig umgesetzt wurden. Minsk I und II legten ein Verhandlungsformat fest, welches es Russland (offiziell nicht Konfliktpartei) erlaubte, Druck auf Kyjiw auszuüben. In den fast vollständig von Russland abhängigen separatistischen „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk entstanden diktatorische, quasi-staatliche Strukturen, in denen russische Pässe verteilt wurden. Die Kontaktlinie im Donbas blieb trotz permanent aufflackernden Kampfhandlungen relativ statisch. Die Ukraine hatte zusammen mit der Krim ca. sieben Prozent ihres Staatsgebiets verloren.³⁰

29 Lange-Ionatamishvili, Elina: Analysis of Russia's information campaign against Russia. Examining non-military aspects of the crisis in Ukraine from the strategic communications perspectives. NATO Strategic Communications Centre of Excellence: Riga 2015.

30 Es handelt sich um ungefähr 44.000 km² der insgesamt 603.000 km² des ukrainischen Staatsgebiets. Bis Anfang 2019 sollen in der Ostukraine zudem geschätzt

Auch wenn es nicht gelang, einen offenen Konflikt zwischen russischsprachigen und nicht-russischsprachigen Teilen der ukrainischen Bevölkerung zu provozieren, und die dysfunktionalen ukrainischen Staatsstrukturen dem kombinierten kinetischen und nicht-kinetischen russischen Angriff standhielten, hatte Russland ein wichtiges Ziel erreicht: Als Kriegsschauplatz auf Dauer schien eine Integration der Ukraine in westliche Strukturen trotz internationaler Unterstützung Kyjiws zukünftig illusorisch.

3.2. Genese eines „Regimewechsels mit militärischen Mitteln“

Da sich der 2014/15 in der Ukraine erreichte *Status quo* trotz Verhandlungen im Minsk Format und kontinuierlicher Anwendung einer indirekten Strategie nicht weiter im russischen Sinne zu bewegen schien, wurde ein neuer Ansatz gesucht. Während der COVID-19-Pandemie soll sich der russische Präsident zurückgezogen in intensiven persönlichen Studien mit der Ukraine beschäftigt haben.³¹

Innenpolitisch hatte die 2020 orchestrierte Verfassungsreform für Putin den Weg frei gemacht, bis 2036 im Amt bleiben zu können, mit für 2024 geplanten Präsidentschaftswahlen. Außenpolitisch schien die Gelegenheit für einen „Befreiungsschlag“ günstig: Die westlichen Gegenspieler zeigten sich, besonders unter dem katastrophalen Eindruck des Rückzugs der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten aus Afghanistan im August 2021, sowie der unmittelbar bevorstehenden Fertigstellung der umstrittenen *Nord Stream 2*-Pipeline als schwach und uneins. Das Kalkül Putins, mit einem offenen Angriff auf die Ukraine Erfolg haben zu können, lässt sich jedoch vor allem auf langjähriges Versagen des Westens zurückführen, gegen die zahlreichen, seine Interessen untergrabenden Aktivitäten des Kremls vorzugehen. Die russische Führungsrige schien nicht damit gerechnet zu haben, dass Europa und Nordamerika den erneuten Angriff auf die Ukraine als direkte Bedrohung werten und das Land entschieden

13.000 Menschen, davon mehr als 3000 Zivilisten bei Kampfhandlungen ums Leben gekommen sein. Siehe RadioFreeEurope/RadioLiberty: „Death Toll Up To 13,000 In Ukraine Conflict, Says UN Rights Office“, 26 Februar 2019.

- 31 Siehe z. B. der im Juli 2021 veröffentlichte Artikel von Wladimir Putin, „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“, in dem er u. a. die „Trinität“ von Groß-, Klein- (hiermit sind die Ukrainer gemeint) und Weißrussen beschwört. Putin, Wladimir: Об историческом единстве русских и украинцев, 12. Juli 2021.

politisch, finanziell, nachrichtendienstlich und militärisch unterstützen würden.

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 erklärt sich ebenfalls durch die Unterschätzung des ukrainischen Militärs, sowie des Widerstands und der Resilienz der ukrainischen Bevölkerung.³² Von der massiven Unterstützung ihrer Regierung, zum spontanen Engagement z. B. im Katastrophenschutz und Krankendienst bis hin zu Angriffen vor allem auf Nachschubkonvois und Waffen- und Benzindepots russischer Einheiten – russische Planer schienen stattdessen erwartet zu haben, von großen Teilen der Bevölkerung als Befreier mit Brot und Salz begrüßt zu werden.³³ Die militärischen Fähigkeiten und der Lernwille ukrainischer Streitkräfte wurden von russischer Seite ebenfalls stark unterbewertet.

Diese Unterschätzung eines genuin ukrainischen (Überlebens-)Willens fand ihr Gegenstück in einer Überschätzung Russlands realexistierender militärischer Kräfte.³⁴ Die Erfolge der russischen indirekten Strategie in der Vergangenheit, z. B. bei der Krim-Annexion oder in Syrien, in denen nur begrenzt Truppenteile zum Einsatz kamen, hatte den fälschlichen Eindruck entstehen lassen, dass russische Truppen gegen die Ukraine im Jahr 2022 ebenso gut wie in anberaumten Großübungen gegen einen imaginären NATO-Feind abschneiden würden.

Ein weiterer Grund, der Präsident Putin zum Angriff auf die Ukraine bewogen haben mag, ist innenpolitischer Natur. Auch wenn der Krieg objektiv negative Konsequenzen für Russland u. a. in Form von Sanktionen nach sich zieht, hat er unabhängig von Eroberungszielen und Kriegsverlauf den Vorteil, eine russische Bevölkerung in der Periode bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen 2024 zu mobilisieren. Krieg wird zum Ziel an sich, denn die systematische Zerstörung gesellschaftlicher Werte und die Demoralisierung der russischen Bevölkerung in Folge hält den Bedarf nach einfachen Wahrheiten und klaren Anweisungen aufrecht.³⁵ Er trägt zudem zu einer wachsenden Isolierung der russischen Gesellschaft in

32 Zur Wichtigkeit des Elements der Resilienz in kriegesischen Konfrontationen, siehe z. B. Braw, Elisabeth: The UK's Integrated Review: The Centrality of Resilience Concepts, RUSI Commentary, 6. April 2020.

33 Antonova, Natalia: „Argument: Russians Believe Ukrainians Want to Be ‚Liberated‘“, Foreign Policy, 2. Dezember 2021.

34 Die Überschätzung russischer militärischer Fähigkeiten durch Putin fand ihr Gegenstück in der Überbewertung russischer Militärmacht seitens westlicher Staaten.

35 Siehe Medwedew, Sergej: *Мать родна. Сергей Медведев – о войне как национальной идее* [Mutterland. Sergej Medwedew über den Krieg als nationale Idee: Mat' rodna], Radio Swoboda, 18. Juli 2022.

Europa bei.³⁶ Die angesichts militärischer Niederlagen ab September 2022 angeordnete und seitdem oftmals chaotisch durchgeführte „Teilmobilisierung“, welche eine Flucht wehrtauglicher Männer aus Russland auslöste, könnte jedoch den russischen gesellschaftlichen Konsens nicht nur bezüglich des Krieges gegen die Ukraine ins Wanken bringen.³⁷

4. Die russische „Sondermilitäroperation“ in der Ukraine

Was mit einer Luftlandeoperation mit Ziel Kyjiw einen raschen Sieg, und die „Entnazifizierung“ und „Demilitarisierung“ der ganzen Ukraine versprach, begrenzte sich in Folge erbitterten ukrainischen Widerstands auf einen Kampf um die „Befreiung“ des Donbas, den die russische Armee aktuell zwar nicht mehr zu gewinnen scheint, aber auch nicht zwangsläufig verlieren muss. Russische Kampfhandlungen tragen Zeichen eines genozidären Vernichtungskriegs. Im Rahmen der russischen „Sonderoperation“ in der Ukraine ist das nukleare Element allgegenwärtig.

4.1. Das Scheitern russischer Kriegsführung

Nachdem Putin am 21. Februar 2022 die staatliche Unabhängigkeit der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk anerkannt hatte, begann am 24. Februar Russlands militärischer Angriff auf die Ukraine mit einer Kombination aus Bombardierungen strategischer und ziviler Ziele durch Artillerie und Luftwaffe, Cyberangriffen auf Kommandostrukturen der ukrainischen Armee, dem Einsatz von Elite-Luftlandekräften um Kyjiw, sowie dem Einmarsch von ungefähr 120.000 der an der Grenze zusammengezogenen 190.000 russischen Bodentruppen, die vom Norden, Nord- und Süd-Osten und Süden in die Ukraine vorstießen.³⁸ Dem Angriff vorausge-

36 Siehe Krimer, Ksenia: „Die Gesellschaft der Gewalt“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Juli 2022.

37 Kreml: Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation, 21. September 2022. Die Teilmobilisierung russischer Streitkräfte sollte sich vorerst auf eine russische Reserve von 300.000 beschränken. Mobilisiert werden überproportional viele Angehörige Russlands ethnischer Minderheiten.

38 Es handelt sich hierbei um geschätzte siebzig Prozent der operativen russischen Landstreitkräfte. Die 190.000 Soldaten schließen separatistische Einheiten aus dem Donbas sowie russische Sicherheitskräfte zur Besatzung mit ein.

gangen war eine russische Unterwanderungskampagne ukrainischer Verteidigungs-, Sicherheits- und Strafverfolgungsorgane.³⁹

Ab Ende März zog sich die russische Armee nach schweren Verlusten aus dem Norden und Nordwesten zurück, um ihre Offensive auf die Vergrößerung der russisch-separatistisch-kontrollierten Teile im Osten des Landes zu konzentrieren.⁴⁰ Ende August/Anfang September 2022 gelang es der ukrainischen Armee, durch Gegenoffensiven Territorium im Nordosten und Süden des Landes zurückzuerobern. Ukrainische Rückeroberungen dauerten trotz Russlands völkerrechtswidriger Scheinreferenden und Annexion der Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson weiter an.

Wie erklärt sich das Scheitern russischer Truppen? Durch die in den letzten 15 Jahren unternommenen Reformen waren zwar besser ausgebildete und einsatzfähigere russische Streitkräfte als die der 90er Jahre entstanden. Russland verfügt aber nach Reformbemühungen ab 2007 unter Verteidigungsminister Anatoli Serdjukow, gefolgt 2012 durch weitere Reformen unter der Ägide von Sergej Schoigu, weder über eine gestraffte Berufsmarmee, noch über massenmobilisierungsfähige Streitkräfte sowjetischer Prägung. Die entwickelten asymmetrischen Waffensysteme existieren in zu geringer Stückzahl, um kriegsentscheidend zu sein. Ebenso war es nicht gelungen, die endemische Korruption in den Streitkräften einzudämmen.⁴¹

Die gravierenden logistischen Mängel in der Planung, das Auswechseln quasi sämtlicher Kommandeure der „Sonderoperation“, die mangelnde Koordination zwischen Truppenteilen und die fast völlige Abwesenheit von Operationen verbundener Kräfte sprechen eine deutliche operationelle Sprache.⁴² Es frappieren zudem die hohen Verlustraten russischer Soldaten, inklusive ranghoher Offiziere, die sich durch Reserve und Rekrutierung kurz- und mittelfristig nicht ausgleichen lassen, sowie eine niedrige Kampfmoral. Hinzu kommt die mangelhafte militärische Ausrüstung, einschließlich Kommunikationstechnik und Versorgung der Truppen, sowie

39 Siehe Saito, Mari/Tsvetkova, Maria: „The enemy within. How Russia spread a secret web of agents across Ukraine“, Reuters, 28. Juli 2022.

40 Siehe Utz, Tobias/Serif, Moritz/Hoppe, Constantin/Akkoyun, Nail/Stör, Christian/Neumeyer, Sarah: „Schwere Verluste für Russland: 44.700 Soldaten gefallen, 1900 Panzer zerstört“, Frankfurter Rundschau, 21. August 2022.

41 Donnelly, Chris N.: Ukraine Update, Renova Associates Report, Privates Briefing-Papier, 22. Mai 2022.

42 Kofman, Michael/Lee, Rob: „Not Built for Purpose: The Russian Military’s Ill-Fated Force Design“, War on the Rocks, 2. Juni 2022.

der rapide Verbrauch von Munition und der Verschleiß militärischen Geräts, für die kein ausreichender Ersatz bereitsteht. Russland fehlt es zudem an militärischen Satelliten zur Aufklärung, die russische Luftwaffe kann nur begrenzt zum Einsatz kommen, und die russische Marine ist im Schwarzen Meer völlig marginalisiert.

Doch obwohl die russische Armee mit ihren Leistungen in der Ukraine alles andere als glänzt, ist Russland seinem Ziel, die Ukraine als nationale Entität zu schwächen, mit seiner „Sondermilitäroperation“ in gewisser Hinsicht nähergekommen. Zum Zeitpunkt der Artikelverfassung ist mehr als ein Fünftel des ukrainischen Territoriums von Russland besetzt, darunter hochwertiges Agrarland. Häfen am Schwarzen und Asowschen Meer, der Krimkanal und das Atomkraftwerk Saporischschja, das größte Atomkraftwerk Europas, befinden sich unter russischer Kontrolle.

In Ermangelung einer militärischen Unterwerfung der Ukraine konzentriert sich Russland auf die Zerstörung des Landes. Zivile Infrastruktur der Energie- und Wasserversorgung, Krankenhäuser, Schienennetze, Straßen und Fabrikanlagen werden gezielt bombardiert. Die russische Belagerung und der Beschuss ukrainischer Städte legen Vergleiche mit der russischen Strategie des Terrors in Tschetschenien und Syrien nahe. Laut UNHCR sind mehr als 5,5 Millionen Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder, aus dem Land geflüchtet.⁴³ Ebenso sollen fast eine Million Ukrainer aus besetzten Teilen des Landes gegen ihren Willen nach Russland deportiert worden sein, darunter mehr als 10.000 von ihren Eltern getrennte Kinder.⁴⁴ Der Abzug russischer Truppen offenbart in den befreiten Gebieten systematische Menschenrechtsvergehen und Kriegsverbrechen an der ukrainischen Zivilbevölkerung und an ukrainischen Soldaten.⁴⁵ All dies legt die Einordnung russischer Kampfhandlungen in der Ukraine als Vernichtungskrieg mit genozidalen Zügen nahe.

4.2. Der russische Krieg gegen die Ukraine im Schatten des Atoms

Nach einem „langen Jahrzehnt“ ihrer Marginalisierung nach dem Ende des Kalten Kriegs kehrten Atomwaffen mit Russlands Krieg in Georgien

43 Siehe Santos, Sofia/Pitet, Benjamin: „Deported civilians: How civilians are illegally deported to Russia“. Center for Information Resilience, 5. August 2022.

44 Tsui, Karina: „At least 900,000 Ukrainians ‘forcibly deported’ to Russia, U.S. Says“, Washington Post, 13. Juli 2022.

45 Siehe z. B. Koch, Matthias: „Kriegsverbrechen mit System. Das Geheimnis der russischen Grausamkeit“, Redaktionsnetzwerk Deutschland, 2. August 2022.

2008, allerspätstens aber mit der russischen Annexion der Krim, in die strategische Unterhaltung Europas zurück. Atomwaffen bestimmen seitdem wieder das Verhältnis zwischen Russland und den Mitgliedern der NATO und der EU.

Was Russlands Krieg 2022 gegen die Ukraine betrifft, sind alle seine Etappen durch die Existenz und den möglichen Einsatz russischer Nuklearwaffen geprägt. Ob gemeinsame Militärübungen mit Belarus mit nuklearer Komponente im Vorfeld des Angriffs auf die Ukraine im Februar⁴⁶, nukleares Säbelrasseln in präsidentialen Ansprachen⁴⁷, Heraufsetzung der Alarmbereitschaft der Nuklearstreitkräfte zu Kriegsbeginn⁴⁸, sowie die Besetzung von und Kampfhandlungen um die Atomanlagen von Tschernobyl und Saporischschja: Putin operiert mit der atomaren Bedrohung in allen Formen, besonders mit der Furcht vor einer nuklearen Katastrophe im weitesten Sinne.

46 Belarus hat kürzlich seinen nicht-nuklearen Status aufgegeben und angekündigt, russische Atomwaffen auf seinem Territorium stationieren zu wollen. Am 25. Juni 2022 kündigte Putin an, dass *Iskander-M* taktische Raketensystem, welches Raketen mit sowohl konventioneller als auch nuklearer Bewaffnung abfeuern können, nach Belarus zu verlegen. Siehe Maler, Sandra: „Putin promises Belarus nuclear-capable missiles to counter ‘aggressive’ West“, Reuters, 25. Juni 2022.

47 „Wer versucht, uns zu behindern und erst recht eine Bedrohung für unser Land, für unser Volk zu schaffen, muss wissen, dass die Antwort Russlands sofort erfolgen wird und zu Konsequenzen führen wird, wie Ihr sie in Eurer Geschichte noch nie erlebt habt“. Diese Formulierung wird allgemein als Androhung eines möglichen Einsatzes von Atombomben interpretiert. Siehe Kreml: Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation, 24. Februar 2022. Siehe ebenfalls die Ansprache des Präsidenten vom 21. September 2022, in dem nochmals der mögliche Einsatz von Atomwaffen annonciert wurde, sowie Putins Rede vom 30. September 2022, in dem er auf den „Präzedenzfall“ von Hiroshima hinwies (Ansprache des Präsidenten „Signing of treaties on accession of Donetsk and Lugansk people's republics and Zaporozhye and Kherson regions to Russia“, 30. September 2022).

48 Siehe Kreml: Treffen von Wladimir Putin mit dem Verteidigungsminister Serguei Schoigu und dem Generalstabschef Waleri Guerassimow, 27. Februar 2022, Moskau. Diese Heraufsetzung der Alarmbereitschaft scheint sich jedoch auf die Erhöhung des Personalschlüssels in den Kommandozentralen der strategischen Raketentruppen und der beiden Atomflotten Nord und Pazifik zu beschränken, und keine Veränderungen zu beinhalten, was den Status mobiler interkontinentaler ballistischer Atomraketen oder anderer Elemente der nuklearen Triade betreffen. Ebenso scheinen keine taktischen Atomwaffen die zentralen Lager verlassen zu haben. Siehe hierzu Faucon, Isabelle: Guerre en Ukraine: le sens du signallement nucléaire russe, Fondation pour la Recherche Stratégique, n°30/2022, 26. Juli 2022.

Atomare Bewaffnungen spielen für Russland im internationalen, aber auch in regionalen und lokalen Kontexten eine zentrale Rolle. Im internationalen Kontext dienen sie klassisch der Abschreckung eines Angriffs mit Massenvernichtungswaffen auf russisches Staatsgebiet und auf das seiner Verbündeten, mit der Drohung, mit atomkopfbestückten land-, luft- und seegestützten Raketen inakzeptablen Schaden als Vergeltung zufügen zu können. Die seit dem Jahre 2000 veröffentlichten russischen Militärstrategien sehen zudem den begrenzten Einsatz von Atomwaffen im Rahmen einer konventionellen Auseinandersetzung vor. Seit Anfang der 2000er Jahr ist aus diesem Grund die Simulation eines limitierten Atomschlags Teil der regelmäßig stattfindenden russischen Großmanöver.⁴⁹

Die Konzeption eines begrenzten Einsatzes von Atombomben erklärt sich durch die Befürchtung, ausgelöst durch den Kosovokrieg 1999, waffentechnisch überlegene NATO-Staaten könnten sich militärisch in „russische innere Angelegenheiten“ einmischen.⁵⁰ Während die russische Militärdoktrin im Jahre 2000 vom Nuklearwaffeneinsatz „als Reaktion auf eine groß angelegte Aggression unter Einsatz konventioneller Waffen in Situationen, die für die nationale Sicherheit der Russischen Föderation kritisch sind“⁵¹ spricht, wurde ab 2010 die Schwelle des Einsatzes von Atomwaffen im Falle eines konventionellen Konflikts heraufgesetzt, und auf den Fall einer existentiellen Bedrohung Russlands beschränkt.⁵² Der 2020 veröffentlichte sechsseitige präsidiale Erlass „Prinzipien staatlicher Politik im Bereich nuklearer Abschreckung“ bestätigt den selben Wortlaut eines Einsatzes von Atombomben in einer konventionellen Auseinandersetzung „im Falle einer Aggression gegen Russland mit konventionellen Waffen, die die Existenz des Staates bedrohen“.⁵³

49 Als Ziele eines limitierten Einsatzes von Nuklearwaffen strategischer und sub-strategischer Natur wurden in vergangenen militärischen Übungen im Gegensatz zum Kalten Krieg militärische, statt Bevölkerungs- oder ökonomische Ballungszentren anvisiert. Siehe Sokow, Nikolai: „Russian military doctrine calls a limited nuclear strike ‘de-escalation’. Here’s why“, Bulletin of the Atomic Scientists, 8. März 2022.

50 Ball, Joshua: „Escalate to De-Escalate: Russia’s Nuclear Deterrence Strategy“, Global Security Review, 7. März 2022.

51 Siehe „Militärdoktrin der Russischen Föderation“, veröffentlicht im April 2000.

52 Siehe „Militärdoktrin der Russischen Föderation“, veröffentlicht im Februar 2010 und „Militärdoktrin der Russischen Föderation“, veröffentlicht im Dezember 2014; Siehe auch Ven Bruusgaard, Kristin: Russian nuclear strategy and conventional inferiority. In: Journal of Strategic Studies 44, H. 1, 2020, S. 3–35.

53 Kreml: Указ Президента Российской Федерации от 02.06.2020 № 355 [Erlass des Präsidenten der russischen Föderation am 02.06.2020]; Dieser Punkt wurde im

Im Jahr 2018 unterstrich das Pentagon in seiner „Nuclear Posture Review“, dass Russland eine Atombombe mit geringer Sprengkraft einsetzen könnte, um seine Gegner zum Einlenken zu bewegen.⁵⁴ Unter Experten wird das Konzept der „Eskalation zwecks Deeskalation“ kontrovers debattiert⁵⁵, in offiziellen russischen Dokumenten kommt es nicht vor.⁵⁶ Auf regionaler Ebene würden Atomwaffen Russland damit theoretisch eine militärische Konfliktaustragung ermöglichen, die auch die Einnahme von Territorium miteinschließt. Damit fügten sich Atomwaffen in ein Kontinuum der „Anti-Access/Area Denial, A2/AD“-Verteidigung⁵⁷ ein, die u. a. in der Arktis, im Baltikum und auf der Krim Anwendung findet.

Würde Russland im Krieg gegen die Ukraine einen oder mehrere seiner 4.310 Atomsprengköpfe in irgendeiner Form einsetzen? Am 21. September 2022 warnte der russische Präsident davor, Atomwaffen im Fall einer Bedrohung Russlands territorialer Integrität einzusetzen, was mit der offiziellen russischen Nukleardoktrin brechen würde.⁵⁸ Nach der Annexion der durch russische und separatistische Truppen nur partiell gehaltenen Gebiete der Ostukraine beansprucht Russland diese als Teil seines Staatsgebiets.

März 2022 in einem Interview von Dmitrii Medwedew, aktueller Vize-Präsident des Sicherheitsrates der Russischen Föderation nochmals bestätigt. Medwedew, Dmitrii: „Odnopoliarnomu miru konets, SchA bol'she ne khoziaewa planety Zemlja“ [Die unipolare Welt geht zu Ende, die Vereinigten Staaten sind nicht mehr die Herren der Welt], RIA Novosti, 26. März 2022.

54 Siehe z. B. das Vorwort des amerikanischen Verteidigungsministers Seite I, sowie Seite XI–XII. Nuclear Posture Review, The Pentagon: Washington 2018.

55 Siehe z. B. Oliker, Olga/Balitskiy, Andrey: „The Nuclear Posture Review and Russian 'De-Escalation': A Dangerous Solution to a Nonexistent Problem“, War on the Rocks, 20. Februar 2018.

56 Aus russischer Sicht soll die russische nukleare Doktrin vor allem dem Risiko eines Russland potenziell entwaffnenden Erstschlages vorbeugen. Siehe Roberts, Cynthia: „Revelations about Russia's Nuclear Deterrence Policy“, War on the Rocks, 19. Juni 2020.

57 Zugangsverweigerung und Gebietsverbot. Ein „Anti-Access/Area-Denial“-Waffensystem (A2/AD) ist eine Verteidigungsvorrichtung oder -strategie, die dazu dient, einen Gegner daran zu hindern, ein Land-, See- oder Luftgebiet zu besetzen oder zu durchqueren.

58 „И при угрозе территориальной целостности нашей страны, для защиты России и нашего народа мы, безусловно, используем все имеющиеся в нашем распоряжении средства. Это не блеф.“ [Sollte die territoriale Integrität unseres Landes bedroht sein, werden wir zum Schutz Russlands und unseres Volkes sicherlich alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen. Das ist kein Blöf.]. Kreml: Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation, 21. September 2022.

Die zuweilen eschatologische Rhetorik des russischen Präsidenten in Bezug auf die Ukraine legt die Frage nahe, wie der Tatbestand einer Bedrohung russischer staatlicher Existenz oder russischer territorialer Integrität ausgelegt werden könnte. Hier gibt besonders die Verflechtung von kirchlichen und weltlichen politischen und militärischen Autoritäten zu denken: In den Atomstreitkräften hat wie in anderen Teilen des Militärs die orthodoxe Priesterschaft alle Kommandoebenen durchdrungen und die Kirche positioniert sich als Hüterin des staatlichen Nuklearpotenzials.⁵⁹

Putins (politisches) Überleben hängt von einem Ausgang der Kampfhandlungen in der Ukraine ab, der innenpolitisch als Erfolg dargestellt werden kann. Seine nukleare Rhetorik spiegelt den bereits erwähnten koerzitiven russischen Ansatz wider, Atomwaffen nicht nur zur Abschreckung eines ABC- und konventionellen Angriffs, sondern auch zur Einschüchterung seiner Gegner zu benutzen. Obwohl die Konsequenzen eines Einsatzes nuklearer Waffen⁶⁰ für Russland nur schwer berechenbar wären und ihn deshalb unwahrscheinlich erscheinen lassen, lässt sich ein nuklearer Tabubruch seitens Russlands nicht völlig ausschließen. Ein Einlenken unter dem Eindruck nuklearer Drohungen oder gar der Anwendung von Atomwaffen stellt jedoch keinen gangbaren Weg dar. Solch ein Erfolg für Putin würde zukünftige kriegerische Auseinandersetzungen mit Russland nur wahrscheinlicher machen und zudem eine Welle nuklearer Proliferation in der Welt auslösen.

5. Ausblick

Ist Russland mit seinem direkten militärischen Angriff auf die Ukraine dem Ziel, seinen Herrschaftsbereich zu erweitern und seinen Großmachtstatus zu konsolidieren, nähergekommen? Trotz russischer Gebietsgewinne, ziviler und militärischer ukrainischer Verluste, sowie der Verursachung massiver Schäden sind der ukrainische Staat und die ukrainische Nation gestärkt aus dem russischen Angriff hervorgegangen, nicht zuletzt durch breite Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft. Russische Streitkräfte haben durch die „Sonderoperation“ an Ansehen eingebüßt. International erscheint Russland isoliert und im Inneren regen sich seit der „Teilmobilisierung“ kritische Stimmen hinsichtlich der Kriegsführung.

59 Siehe Adamsky, Dimitry: *Russian Nuclear Orthodoxy. Religion, Politics, and Strategy*. Redwood City: Stanford University Press 2019.

60 Ebenso wäre ein Angriff mit chemischen Waffen denkbar.

Russland verfügt jedoch weiterhin über Mittel, um seine strategischen Ziele zu verfolgen. Russische Drohungen einer militärischen Eskalation könnten westliche Staaten dazu bringen Druck auf die Ukraine auszuüben an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Die weltweite wirtschaftliche Krise, verschärft durch einen durch Russland ausgelösten Mangel an Energieressourcen, Getreide, Düngemittel und anderen Rohstoffen bietet Russland zudem viele Möglichkeiten, die indirekte Strategie der Unterminierung seiner Gegner weiter zu verfolgen. Ebenso lässt sich gezielte Sabotage kritischer Infrastruktur westlicher Gesellschaften durch Russland nicht ausschließen.

Wie Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine auch ausgehen mag, bis Russland für eine post-imperiale Zukunft bereit ist, sind das Schicksal der Ukraine, aber auch das der Länder des westlichen Balkans, von Moldau, Georgien oder Armenien, mit der Zukunft Europas untrennbar verbunden. Der Versuch, Russland nach Ende des Kalten Kriegs in eine regelbasierte europäische Sicherheitsarchitektur zu integrieren, welche keine „Einflusszonen“ einzelner Staaten anerkennt, muss spätestens seit Februar 2022 als endgültig gescheitert angesehen werden. Die Konfrontation mit Russland auf multiplen, stetig wechselnden Spielfeldern internationaler und nationaler Politik, sowie die Gestaltung eines neuen Verhältnisses wird enorme zwischen Partnern abgestimmte politische, militärische, wirtschaftliche und kulturelle Kraftanstrengungen erfordern.⁶¹

Literaturverzeichnis:

- Adamsky, Dmitry (Dima): From Moscow with coercion: Russian deterrence theory and strategic culture. In: *Journal of Strategic Studies* 41, H. 1–2, 2018, S. 33–60.
- Adamsky, Dmitry (Dima): *Russian Nuclear Orthodoxy. Religion, Politics, and Strategy*. Redwood City: Stanford University Press 2019.
- Antonova, Natalia: „Argument: Russians Believe Ukrainians Want to Be ‚Liberated‘“, *Foreign Policy*, 2. Dezember 2021, <https://foreignpolicy.com/2021/12/02/russia-ukraine-liberated/>, 05.09.2022.
- Außenministerium der Russischen Föderation: Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation über Sicherheitsgarantien, 17. Dezember 2021, https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790818/?lang=en, 05.09.2022.

61 Siehe hierzu z. B. das neue Strategische Konzept der NATO vom Juni 2022. NATO: NATO 2022 Strategic Concept, 29. Juni 2022.

- Außenministerium der Russischen Föderation: Abkommen über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation und der Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertragsorganisation [NATO], 17. Dezember 2021, https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790803/, 05.09.2022.
- Ball, Joshua: „Escalate to De-Escalate: Russia’s Nuclear Deterrence Strategy“, *Global Security Review*, 7. März 2022, <https://globalsecurityreview.com/nuclear-de-escalation-russias-deterrence-strategy/>, 31.08.2022.
- Belton, Catherine: *Putin’s people. How the KGB took back Russia and then took on the West*. William Collins: London 2020.
- Braw, Elisabeth: *The UK’s Integrated Review: The Centrality of Resilience Concepts*, *RUSI Commentary*, 6. April 2020, <https://rusi.org/explore-our-research/publications/commentary/uks-integrated-review-centrality-resilience-concepts>, 04.08.2022.
- Courtois, Stéphane/Ackerman, Galia (Hrsg.): *La Seconde Guerre Mondiale dans le discours politique russe à la lumière du conflit russo-ukrainien*. L’Harmattan: Paris 2016.
- Covington, Steve: *Putin’s Choice for Russia*. Belfer Center for Science and International Affairs, Harvard Kennedy School: Cambridge, MA 2015.
- Donnelly, Chris N.: *Ukraine Update*. Renova Associates Report, Privates Briefing-Papier, 22. Mai 2022.
- Faucon, Isabelle: *Guerre en Ukraine: le sens du signalement nucléaire russe*, *Fondation pour la Recherche Stratégique*, n°30/2022, 26. Juli 2022, <https://www.frstrategie.org/sites/default/files/documents/publications/notes/2022/202230.pdf>, 10.10.2022.
- Foucher, Michel: *Ukraine-Russie. La carte mentale du duel*. Gallimard, „Tracts“: Paris 2022.
- Fridman, Ofer: *Strategiya. The Foundations of the Russian Art of Strategy*. Hurst & Company: London 2021.
- Galeotti, Mark: *The mythical ‘Gerasimov Doctrine’ and the language of threat*. In: *Critical Studies on Security* 7, H. 4, Februar 2018, S. 1–5.
- Heuser, Beatrice/Heier, Tormod/Lasconjarias, Guillaume (Hrsg.): *Military Exercises: Political Messaging and Strategic Impact*. NATO Defense College NDC Forum Papers Series: Rome 2018.
- Klein, Margarete: *Russlands neue Militärdoktrin: NATO, USA und „farbige Revolutionen“ im Fokus*. In: *SWP-Aktuell* 12/2015.
- Knight, Amy: *The Selling of the KGB*. In: *The Wilson Quarterly*, Winter 2000.
- Koch, Matthias: „Kriegsverbrechen mit System. Das Geheimnis der russischen Grausamkeit“, *Redaktionsnetzwerk Deutschland*, 2. August 2022, <https://www.rnd.de/politik/krieg-gegen-die-ukraine-das-geheimnis-der-russischen-grausamkeit-YH46LYXOWNDEXEQITOSQHPRNVE.html>, 21.09.2022.
- Kofman, Michael/Lee, Rob: „Not Built for Purpose: The Russian Military’s Ill-Fated Force Design“, *War on the Rocks*, 2. Juni 2022, <https://warontherocks.com/2022/06/not-built-for-purpose-the-russian-militarys-ill-fated-force-design/>, 05.09.2022.

- Kreml: Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation, 24. Februar 2022, <http://kremlin.ru/events/president/news/67843>, 11.09.2022.
- Kreml: Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation, 21. September 2022, <http://www.kremlin.ru/events/president/news/69390>, 21.09.2022.
- Kreml: Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation, 30. September 2022, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/69465>, 01.10.2022.
- Kreml: Указ Президента Российской Федерации от 02.06.2020 № 355 [Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation am 2. Juni 2020], <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202006020040?index=0&rangeSize=1>, 31.08.2022.
- Kreml: Treffen von Wladimir Putin mit dem Verteidigungsminister Serguei Schoigu und dem Generalstabschef Waleri Guerassimow, 27. Februar 2022, <http://kremlin.ru/events/president/news/67876>, 11.09.2022.
- Krimer, Ksenia: „Die Gesellschaft der Gewalt“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Juli 2022, <https://zeitung.faz.net/fas/feuilleton/2022-07-31/681cabb138149be186b6f4d36bc6d202>, 08.08.2022.
- Lange-Ionatamišvili, Elina: Analysis of Russia's information campaign against Russia. Examining non-military aspects of the crisis in Ukraine from a strategic communications perspectives. NATO Strategic Communications Centre of Excellence: Riga 2015.
- Maler, Sandra: „Putin promises Belarus nuclear-capable missiles to counter 'aggressive' West“, Reuters, 25. Juni 2022, <https://www.reuters.com/world/europe/russia-will-supply-belarus-with-iskander-m-missile-systems-putin-2022-06-25/>, 21.09.2022.
- Mandraud, Isabelle/Théron, Julien: Poutine, la stratégie du désordre. Tallandier: Paris 2021.
- Medwedew, Dimitrii: Odnopoliarnomu miru konets, SChA bol'che ne khoziaeva planety Zemlia, RIA Novosti, 26. März 2022, 31.08.2022.
- Medwedew, Sergej: Мать родна. Сергей Медведев – о войне как национальной идее, Radio Swoboda, 18. Juli 2022, www.svoboda.org/a/matj-rodna-sergey-medvedev-o-voynе-kak-natsionaljnoy-idee/31947357.html, 08.08.2022.
- Militärdoktrin der Russischen Föderation, April 2000, <https://www.armscontrol.org/act/2000-05/russias-military-doctrine>, 31.08.2022.
- Militärdoktrin der Russischen Föderation, Dezember 2014, <https://rusemb.org.uk/press/2029>, 12.09.2022.
- Militärdoktrin der Russischen Föderation, Februar 2010, https://carnegieendowment.org/files/2010russia_military_doctrine.pdf, 12.09.2022.
- Miller, Christopher: „Death Toll Up To 13,000 In Ukraine Conflict, Says UN Rights Office“, RadioFreeEurope/RadioLiberty, 26. Februar 2019, <https://www.rferl.org/a/death-toll-up-to-13-000-in-ukraine-conflict-says-un-rights-office/29791647.html>, 12.09.2022.
- Minic, Dimitri: Invasion russe de l'Ukraine. Une rupture politico-stratégique? In: Russie.Nei.Visions 126, März 2022.

- Minic, Dimitri: La guerre informationnelle psychologique dans la pensée militaire russe et ses applications en Ukraine et en Syrie. In: Annuaire français des relations internationales XXII, 2021, S. 523–533.
- Münkler, Herfried: Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert. Rowohlt Verlag: Reinbek 2017.
- NATO: NATO 2022 Strategic Concept, 29. Juni 2022, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/6/pdf/290622-strategic-concept.pdf, 11.09.2022.
- NATO: NATO's Response to hybrid threats, 21. June 2022, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_156338.html, 03.09.2022.
- Oliker, Olga/Balitskiy, Andrey: „The Nuclear Posture Review and Russian ‘De-Escalation’: A Dangerous Solution to a Nonexistent Problem“, War on the Rocks, 20. Februar 2018, <https://warontherocks.com/2018/02/nuclear-posture-review-russian-de-escalation-dangerous-solution-nonexistent-problem/>, 31.08.2022.
- Østensen, Åse Gilje/Bukkvoll, Tor: Private military companies – Russian great power politics on the cheap? In: Small Wars & Insurgencies 33, H. 1–2, 2022, S. 130–151.
- Osterhammel, Jürgen/Jansen, Jan C.: Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen. 7. überarb. Aufl., C.H. Beck: München 2012.
- Putin, Wladimir: Об историческом единстве русских и украинцев, 12. Juli 2021, <http://kremlin.ru/events/president/news/66181>, 07.09.2022.
- Rácz, András: Becoming a military district. Deepening military Cooperation between Russia and Belarus, European Union Institute for Security Studies (EUISS), 14. März 2022, <https://www.iss.europa.eu/content/becoming-military-district>, 10.10.2022.
- RadioFreeEurope/RadioLiberty: „Death Toll Up To 13,000 In Ukraine Conflict, Says UN Rights Office“, 26. Februar 2019, <https://www.rferl.org/a/death-toll-up-to-13-000-in-ukraine-conflict-says-un-rights-office/29791647.html>, 12.09.2022.
- Roberts, Cynthia: „Revelations about Russia's Nuclear Deterrence Policy“, War on the Rocks, 19. Juni 2020, <https://warontherocks.com/2020/06/revelations-about-russias-nuclear-deterrence-policy/>, 25.08.2022.
- Saito, Mari/Tsvetkova, Maria: „The enemy within. How Russia spread a secret web of agents across Ukraine“, Reuters, 28. Juli 2022, www.reuters.com/investigates/special-report/ukraine-crisis-russia-saboteurs, 04.08.2022.
- Santos, Sofia/Pitet, Benjamin: „Deported civilians: How civilians are illegally deported to Russia“, Center for Information Resilience, 5. August 2022, www.info-res.org/post/deported-civilians-how-civilians-are-illegally-deported-to-Russia, 06.09.2022.
- Schimow, Jaroslaw: „К путинизму не нужно относиться как к политическому режиму. Это бандитизм с идеями“, Medusa, 15. Juni 2022, <https://meduza.io/feature/2022/06/15/k-putinizmu-ne-nuzhno-otnositsya-kak-k-politicheskomu-rezhi-mu-eto-banditizm-s-ideyami>, 04.08.2022.
- Sherr, James: Hard diplomacy and soft coercion. Russia's influence abroad. Chatham House: London 2013.

- Sokow, Nikolai: „Russian military doctrine calls a limited nuclear strike ‘de-escalation’. Here’s why“, *Bulletin of the Atomic Scientists*, 8. März 2022, <https://thebulletin.org/2022/03/russian-military-doctrine-calls-a-limited-nuclear-strike-de-escalation-heres-why/>, 31.08.2022.
- Surkow, Wladislaw: „Долгое государство Путина. О том, что здесь вообще происходит“, *Nesawissimaja Gaset*, 11. Februar 2019, www.ng.ru/ideas/2019-02-11/5_7503_surkov.html, 08.08.2022.
- Surkow, Wladislaw: „Куда деля хаос? Распаковка стабильности“, *Actual Comment*, 20. November 2021, <https://actualcomment.ru/kuda-delsya-khaos-raspakovka-stabilnosti-2111201336.html>, 23.08.2022.
- Thom, Françoise: „Russian Ideologues Aim to Liquidate the Ukrainian Nation“, *Desk Russie*, 8. April 2022, <https://en.desk-russie.eu/2022/04/08/russian-ideologues-aim.html>, 05.09.2022.
- Tsui, Karina: „At least 900,000 Ukrainians ‘forcibly deported’ to Russia, U.S. Says“, *Washington Post*, 13. Juli 2022, <https://www.washingtonpost.com/world/2022/07/13/ukraine-russia-forced-deportation-antony-blinken/>, 12.09.2022.
- U.S. Department of Defense: *Nuclear Posture Review*. Washington DC: Februar 2018.
- Utz, Tobias/Serif, Moritz/Hoppe, Constantin/Akkoyun, Nail/Stör, Christian/Neumeyer, Sarah: „Schwere Verluste für Russland: 44.700 Soldaten gefallen, 1900 Panzer zerstört“, *Frankfurter Rundschau*, 21. August 2022, <https://www.fr.de/politik/soldaten-truppen-militaer-ticker-ukraine-krieg-news-russland-verluste-zr-91719391.html>, 12.09.2022.
- Ven Bruusgaard, Kristin: Russian nuclear strategy and conventional inferiority. In: *Journal of Strategic Studies* 44, H. 1, 2020, S. 3–35.
- Yablokov, Ilya: Russian disinformation finds fertile ground in the West. In: *Nature Human Behaviour* 6, 2022, S. 766–767.

Kapitel 8 Operativ-taktisches Vorgehen der russischen Armee im Ukraine-Krieg 2022

Markus Reisner

Abstract: Seit dem Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine am 24. Februar 2022 gehört der Einsatz mechanisierter Verbände, massierter Artillerie und der bis jetzt kaum gekannte massenhafte Einsatz ballistischer Raketen, von Marschflugkörpern und Drohnen zum Alltag der Ukraine. Die russische „bataillonstaktische Gruppe“ wird nun auch in der Öffentlichkeit vermehrt wahrgenommen, ihr Erfolg jedoch im Gegensatz zu 2014 in Frage gestellt.

Schlüsselwörter: russischer Angriffskrieg, bataillonstaktische Gruppe (BTG), „Spezialoperation“, Donbas, „Russische Dampfwalze“, westliche Waffensysteme, Mobilisierung, ukrainische Offensive in Charkiw und Cherson

1. Einleitung

Die gefechtstechnische und taktische Einsatzführung der russischen Streitkräfte wird seit dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine in der Öffentlichkeit kommentiert und diskutiert.¹ Die Gliederung und der Einsatz der russischen bataillonstaktischen Gruppe (BTG) im Donbas ist Gegenstand laufender militärischer Bewertungen. Tatsächlich ist eine alleinige aktuelle Beurteilung zu kurz gegriffen. Es ist entscheidend, auch den Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine im Sommer 2014 zu betrachten. Damals wurden mehrere russische BTGs erstmals eingesetzt. Der Erfolg des damaligen russischen Überfalles auf die Ukraine war die Grundlage für die Planungen des russischen Angriffs im Februar 2022. Der Einsatz der russischen BTGs im Sommer 2014 brachte den russischen Generalstab zur Annahme, dass deren Einsatz unter den richtigen Rahmenbedingungen und unter Einhaltung der Einsatzdoktrinen sowie zumutbarer

1 Zagorodnyuk, Andriy: „Ukrainian victory shatters Russia’s reputation as a military superpower“, Atlantic Council, 13. September 2022.

Aufgabenstellungen erfolgreich zur Wirkung kommen kann. Die Erfolge der Gefechte im Donbas in den Jahren 2014 und 2015 überzeugte die russische Seite, dass gleichzeitige, an mehreren Fronten schmal und tief geführte Angriffe für einen gewünschten schnellen Vorstoß sorgen können. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die Planungen des russischen Angriffs am 24. Februar 2022 ganz wesentlich von diesen Erfahrungen beeinflusst wurden.²

Doch auch die ukrainische Seite zog ihre Lehren. Sie erkannte, dass eine Abwehr einmarschierender russischer Kräfte unmittelbar in Grenznähe nicht möglich ist. Bereits dem Einsatz der russischen Artillerie vom russischen Staatsgebiet aus konnte nicht begegnet werden, da jedes Gegenfeuer einen sofortigen Einmarschgrund geliefert hätte. Dem folgenden gleichzeitigen Ansatz konnte man hingegen vor allem in dem offenen und flachen Grenzraum nichts entgegensetzen. Es war somit klar, dass bei einem neuerlichen russischen Angriff ein etwaiger Abwehrerfolg nur in der Tiefe des ukrainischen Staatsgebietes Erfolg haben konnte. Der russische Gegner musste also ins Land gelassen werden, um dort gezielt bekämpft werden zu können.³

2. Die russische bataillonstaktische Gruppe (BTG)

Der Krieg in Georgien 2008 zeigte, dass aus damaliger russischer Sicht die Divisions- und Regimentsstruktur für eine moderne Einsatzführung wenig geeignet ist. Als Ergebnis des ab 2008 begonnenen Reformprozesses der russischen Streitkräfte erhielten die Brigaden oder Regimenter die Aufgabe mit den verfügbaren Berufskadern kleine, ad hoc einsatzbereite Verbände, sogenannte BTGs, zu bilden. Der erstmalige Einsatz dieser Kräfte fand beim Einmarsch der russischen Streitkräfte in der Ukraine im Sommer 2014 statt. Die BTG ist eine taktische Formation welche im Kern ein verstärktes Kampfbataillon abbildet. Dieses besteht aus mechanisierter und motorisierter Infanterie und Kampfpanzern, überaus starken Artilleriean-

2 Reisner, Markus/Hahn, Christian: Die russische Dampfwalze – Eine erste Zwischenbewertung. In: Truppendienst 3/2022, Wien 2022.

3 Jensen, Benjamin: „Ukraine’s rapid advance against Russia shows mastery of 3 essential skills for success in modern warfare“, Yahoo News, 16. September 2022; Poulsen, Niels Bo/Staun, Jørgen (Hrsg.): Russia’s Military Might – A Portrait of its Armed Forces. Djøf Publishing: Copenhagen 2021.

teilen sowie Aufklärungs-, Pionier-, Fliegerabwehr-, elektronische Kampfführung- sowie Versorgungselementen.⁴

Die BTG kann selbständig den Kampf der verbundenen Waffen führen, ist jedoch kaum in der Lage, größere Operationen ohne entsprechende logistische Unterstützung umzusetzen. Die BTG ist aufgrund ihrer Autarkie nur eingeschränkt in der Lage „tiefe Operationen“ durchzuführen, was bisher frühestens ab der Divisionsebene möglich war. Bei solchen Aufgabenstellungen sind die Kommandanten der BTGs mit Situationen konfrontiert unterschiedlichste Waffen- und Truppengattungen zu koordinieren und komplexe logistische Planungen zu gewährleisten. Dies erfordert einen hohen Ausbildungsstand. Aus Sicht der russischen Streitkräfte war der Einsatz der BTGs in der Ukraine in 2014 ein Erfolg. An diesen Erfolg wollte man auch im Februar 2022 anknüpfen.⁵

3. Phase 1: Der russische Angriff am 24. Februar 2022

Am 24. Februar 2022 erfolgte in einer durch Präsident Putin selbst erklärten „Spezialoperation“ der Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine. Der Auftakt waren gezielte Cyberangriffe und Luftschläge gegen die Kommunikationsinfrastruktur der politischen und militärischen Führung, die ortsfeste weitreichende Fliegerabwehr und die Luftstreitkräfte, sowie der Versuch eines Enthauptungsschlages in Kyjiw.⁶ Der Einsatz der russischen weitreichenden Präzisionswaffen erfolgte skaliert. Dies ist ein Indiz dafür, dass man nicht mit großem und nachhaltigem ukrainischen Widerstand rechnete. Die in den Monaten vor dem Angriff zusammengezogenen knapp 200.000 russischen Soldaten wurden in fünf großen Kräftegruppierungen zum Einsatz gebracht. Jede Kräftegruppierung wurde durch einen der fünf Militärbezirke Russlands gestellt. Der westliche, südliche, zentrale, nördliche und östliche Militärbezirk bildeten jeweils Kräfte in der Stärke von 30.000 bis 50.000 Soldaten. Das Hauptquartier eines Militärbezirkes ist in der Lage, seine eigene teilstreitkraftübergreifende Operation durchzuführen. Es kann zudem seine eigenen organischen Mittel für alle geforderten Wirkungsbereiche einsetzen. Die Militärbezirke stehen im Frieden wie im Einsatz unter dem Kommando des gemeinsamen Strategischen

4 Reisner/Hahn, Die russische Dampfwalze, 2022.

5 Reisner, Markus: Krieg in der Ukraine – Die „Bataillonstaktische Gruppe“ im Angriff, Österreichs Bundesheer, 17. März 2022.

6 Kofsky, Jeremy: „An Airfield too far: Failures at Market Garden and Antonov Airfield“, Modern War Institute, 5. Mai 2022.

Kommandos in Moskau. Dieses hatte vor dem Beginn des Angriffs am 24. Februar 2022 die Gefechtsaufgaben der fünf angreifenden Kräftegruppierungen definiert. Jedes Militärbezirkskommando hatte daher den Auftrag, das gesetzte Angriffsziel selbstständig zu gewinnen.⁷

3.1. Einsatz von kombinierten Armeen

Die russischen Streitkräfte verfügen über insgesamt zwölf sogenannte kombinierte Armeen. Diese sind das Bindeglied zwischen dem Hauptquartier der Militärbezirke und den Divisionen, Brigaden und Regimentern. Die kombinierten Armeen nehmen die Funktionen von operativ-taktischen Hauptquartieren wahr. Alle zwölf kombinierten Armeen waren von Beginn an der „Spezialoperation“ in der Ukraine beteiligt. Sie waren zusätzlich durch weitere Kräfte (z. B. Luftlandeverbände und Artillerieeinheiten, als auch Paramilitärische Einheiten „Rosgwardia“ und ein privates Militärunternehmen „Wagner Group“) verstärkt. Die jeweilige kombinierte Armee wurde in ihrer Struktur so zusammengesetzt, dass sie die an sie gestellte Aufgabe erfüllen konnte. Der Einmarsch in die Ukraine wurde in folgender Gliederung vorgenommen⁸:

Kräftegruppierung „Kyjiw Nordwest“
(gestellt durch den östlichen Militärbezirk):

- 35. und 36. kombinierte Armee;
- Teile 98. und 106. Luftlandedivision

Kräftegruppierung „Kyjiw Nordost“
(gestellt durch den zentralen Militärbezirk):

- 2. und 41. kombinierte Armee;
- Teile 98. und 106. Luftlandedivision

Kräftegruppierung „Charkiw“
(gestellt durch den westlichen Militärbezirk):

- 6. und 20. kombinierte Armee;
- 1. Gardepanzerarmee

7 Reisner, Markus: Der Krieg um die Ukraine – Die Schlacht im Donbass. Eine Kurzzusammenfassung nach 70 Tagen. In: Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik (AIES), Fokus 4/2022, 5. Mai 2022.

8 Reisner/Hahn, Die russische Dampfwalze, 2022; Poulsen/Staun, Russia's Military Might, 2021.

Kräftegruppierung „Donbas“

(gestellt durch den südlichen Militärbezirk):

- 8. und 49. kombinierte Armee;
- Teile 150. MotSchützendivision

Kräftegruppierung „Krim“

(gestellt durch den südlichen Militärbezirk):

- 58. kombinierte Armee;
- Teile 76. Luftlandedivision

Hinzu kam die Kräftegruppierung „Brest“ mit jeweils brigadestarken Kräften der 5. und 29. kombinierten Armee. Beim Einmarsch bestand eine kombinierte Armee in der Regel aus zwei bis vier Brigaden. Dabei handelte es sich mit Masse um mechanisierte Infanteriebrigaden, in seltenen Fällen um Panzerbrigaden. Hinzu kamen Raketen-, Artillerie-, Flugabwehr-, Pionier-, Aufklärungs-, ABC-, Elektronische Kampfführung (EloKa)- und Fernmelde- sowie Logistikeinheiten. Hier war nicht immer genügend Gerät vorhanden. So wurden oft nur einzelne TOS-1-Raketenwerfer, aber nicht ganze Batterien, an die Verbände zugeteilt. Eine Brigade bzw. ein Regiment bildete bis zu zwei BTGs. Eine kombinierte Armee verfügt über durchschnittlich acht bis zehn BTGs. Eine Besonderheit stellte die 1. Gardepanzerarmee dar. Diese besteht aus der 2. MotSchützendivision, der 4. Panzerdivision, der 47. Gardepanzerdivision und der 27. MotSchützenbrigade. Diese Verbände bildeten knapp zwanzig BTGs.⁹

3.2. Der Abwehrerfolg der Ukraine

In den ersten Tagen ging der russische Vormarsch zügig voran. Im Gegensatz zum Angriff der russischen Kräfte im August 2014 wurde diesmal von den ukrainischen konventionellen Streitkräften jedoch nicht versucht, die russischen Kräfte in Grenznähe aufzuhalten. 2014 führte dies zu den bereits erwähnten massiven ukrainischen Verlusten. Diesmal marschierten die russischen Kräfte ein und wurden von den Ukrainern vorerst nur gering in Verzögerungskämpfen gebunden. Man ließ die russischen Verbände fast eine Woche lang vormarschieren, bis ihre Versorgungslinien überdehnt und ohne Sicherung verletzlich wurden. Gezielte Brückensprengungen führten zu weiteren Verzögerungen. Dann schlugen die ukrainischen Spezialeinsatzkräfte und Einheiten der Nationalgarde zu. Sie zerstörten

9 Reisner, Der Krieg um die Ukraine – Die Schlacht im Donbass, 5. Mai 2022.

in dutzenden Hinterhalten und im Zusammenwirken mit bewaffneten Drohnen die sich im Anmarsch befindlichen russischen Versorgungskonvois.¹⁰ Hinzu kam der dezentrale Einsatz der eigenen Artillerie kombiniert mit einem zeit- und raumoptimierten System der Feueranforderung (Softwareanwendung GIS „Arta“ bzw. „Kropyva“). Als nach fünf Tagen die russischen Kräfte zur Auffrischung eine erste operative Pause einlegten, stellten sie fest, dass sie von der Versorgung abgeschnitten worden waren. Es mussten nun Kräfte zur Sicherung eingesetzt werden. Diese Kräfte fehlten ab diesem Zeitpunkt in den Verbänden an den Fronten.¹¹

Hier zeigten sich schnell die Grenzen der russischen BTGs. In der Not gab die russische Seite einzelne Waffensysteme (z. B. ganze Batterien der Fliegerabwehr) auf und nahm den Treibstoff aus den aufgegebenen Fahrzeugen, um dadurch unter Plünderung ukrainischer Tankstellen weiter vorankommen zu können. Dies traf vor allem im Norden und Nordosten zu. Im flachen Gelände des Südens, wo die Ukraine auf dem ausgedehnten Flusssystem nicht alle Brücken wie geplant gesprengt hatte¹², ging der Vormarsch weiter zügig voran. Mariupol wurde am Ende der ersten Woche eingeschlossen. Die ersten Wochen des Kriegs waren jedoch gekennzeichnet von Erfolgsmeldungen auf Seiten der Ukraine. Bilder von brennenden russischen Panzern und Schützenpanzern und von erfolgreichen Angriffen auf Versorgungs- und Nachschubkonvois der russischen Streitkräfte dominierten in den Medien. Vor allem der geringe Anteil an infanteristischen Kräften in den russischen BTGs führte nun zu großen Ausfällen innerhalb dieser.¹³ Es wurde zunehmend offensichtlich, dass die Gliederung der BTG – Garant für den Erfolg 2014 – nicht in der Lage war, die geforderten Gefechtsaufgaben erfolgreich abzuschließen.¹⁴

10 Reisner, Markus: Der Einsatz von Drohnen im Ukrainekrieg, Österreichs Bundesheer, 28. April 2022.

11 Reisner, Markus: Der Einsatz der ukrainischen Artillerie. In: Truppendienst – Magazin des Österreichischen Bundesheeres, 29. Juni 2022; Reisner, Markus: Die Erfolgsgeschichte der ukrainischen Artillerie, Österreichs Bundesheer, 19. Mai 2022.

12 Karpjuk, Oleksandr: „Історія оповита чутками: чому не підірвали міст з Кримом“ [Die Geschichte ist voller Gerüchte: Warum haben sie die Brücke zur Krim nicht gesprengt?], Focus.ua, 16. Mai 2022.

13 Reisner, Markus: Erfolgreiche Abwehr einer russischen Kampfgruppe in einem Vorort von Kiew, Österreichs Bundesheer, 10. März 2022.

14 Reisner/Hahn, Die russische Dampfwalze, 2022; Spencer, John/Collins, Liam: „Waterworld: How Ukraine flooded three rivers to help save Kyiv“, Modern War Institute, 1. Juli 2022.

4. Phase 2: Die Bildung eines neuen russischen Schwergewichtes

Nach ersten Erfolgen und mit zunehmendem Eintreffen von Aufklärungsdaten und Waffenlieferungen durch die USA und NATO gingen die ukrainischen Streitkräfte erstmals Anfang April in die Offensive über. Die Ausfälle in den russischen Führungskadern begannen zu steigen. Es gelang den ukrainischen Streitkräften den umfassenden Angriff der russischen Truppen entscheidend zu verzögern und im Raum Kyjiw, Tschernihiw und Sumy, im Norden und Nordosten der Ukraine, sogar nachhaltig abzuwehren. Am Ende der sechsten Woche kam es daher zu einem Strategiewechsel in der russischen Einsatzführung. Nach mehreren Wochen des Einsatzes war klar, dass das geplante „Tiefe Gefecht“ der russischen Streitkräfte gescheitert war. Der Angriff von fünf Kräftegruppierungen an vier Fronten hatte nicht funktioniert. Die Belagerung von Kyjiw musste am West- und Ostufer des Dnipro nach knapp vierzig Tagen aufgegeben werden. Auch Charkiw, ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt und bedeutendes Operationsziel (ausgedrückt durch den Ansatz der russischen 1. Gardepanzerarmee), hielt den Angriffen stand. Mithilfe von Kampfflugzeugen, Drohnen, Marschflugkörpern und ballistischen Raketen zerstörten die russischen Streitkräfte zwar weiterhin gezielt Waffenlager, Artillerie und Kommunikationsknotenpunkte in der Ukraine, doch am Boden kam die Offensive ins Stocken.¹⁵

Als erreichbares Ziel legte die russische Führung nun einen Angriff auf den Donbas fest. Durch eine neue Schwergewichtsbildung sollte die „Spezialoperation“ erfolgreich weitergeführt werden. Die russischen Truppen versuchten daher ab der sechsten Woche des Kriegs das zentrale Schwergewicht in den Donbas zu verlegen. Dort sollte in einer neuen Phase des Kriegs durch die Einkesselung der ukrainischen Kräfte eine vorläufige Entscheidung gesucht werden. Innerhalb von zehn Tagen wurden ab der siebenten Woche die Kräfte der beiden nördlichen Kräftegruppierungen (insgesamt vier kombinierte Armeen und Luftlandverbände mit insgesamt zu diesem Zeitpunkt noch 40.000 bis 50.000 Soldaten) im Eisenbahntransport in den knapp 1.000 km entfernten Donbas verlegt. Hier kam es zu einer Umgruppierung der Kräfte. Nach dem Rückzug der russischen Kräfte bis Anfang April nach Belarus und Russland konnte das West- und Ostufer des Dnipro bei Kyjiw bis zur belarussischen Grenze wieder durch

15 Reisner, Markus: Der Krieg um die Ukraine – Eine Bilanz nach 40 Tagen, Österreichs Bundesheer, 4. April 2022; Reisner, Der Krieg um die Ukraine – Die Schlacht im Donbass, 5. Mai 2022.

die Ukraine in Besitz genommen werden. Dies wurde als großer Erfolg gefeiert. Im Donbas bereiteten sich die russischen Truppen inzwischen auf die nächste Phase vor.¹⁶

4.1. Die „Russische Dampfwalze“

Im Donbas sollte nun von den russischen Streitkräften versucht werden, an der Kontaktlinie eine regionale Entscheidung durch die Einkesselung der ukrainischen Streitkräfte zu erzwingen. Durch gezielte Vorstöße aus den Räumen Isjum und Wolnowacha sollte mit einer Nord- und Südumfassung ein Kessel gebildet werden. Ab der neunten Woche begannen die russischen Kräfte daher im Donbas mit dem Angriff in einer Zangenbewegung aus dem Norden (südlich Isjum) und Süden (südwestlich Donezk). Der Ansatz erfolgte nun langsam, breit und mit massiver Artillerieunterstützung. Dazu wurden die Kräfte völlig neu gegliedert. Zwei bis drei BTGs wurden in Regimentskampfgruppen zusammengefasst. Die Kampfunterstützung wurde ausgegliedert, in eigenen Gruppierungen zusammengefasst und weitere Artillerie aus Russland herangeführt. Die Gesamtführung der Operation wurde an zwei Militärbezirke übergeben. So steht der Raum Charkiw bis Donbas und der Raum Cherson bis Mariupol-Nord unter einem Kommando. Da bereits im Donbas im Einsatz, übernahm der südliche Militärbezirk dort das Kommando. Der russische Vormarsch erfolgt langsam (mit ca. 1,5 Kilometer Tagesleistung), in Gefechtsform, mit Infanterieunterstützung und umfangreichem Artillerievorbereitungsfeuer. In der Regel kämpfen die russischen Verbände für knapp fünf Tage, bevor sie ausgewechselt werden. Die Rotation und der Angriffsbeginn werden von massivem Artilleriefeuer begleitet. Auch während des Vormarsches wird jeder erkannte Widerstand vorrangig mit Artilleriefeuer niedergekämpft. Das Ziel einer Umfassung wurde ebenfalls räumlich kürzer gesteckt.¹⁷

Bis zur zwölften Woche gewannen die russischen Zangenbewegungen kaum Raum, trotzdem konnten Tag für Tag stetig Geländegewinne erreicht werden. Entlang des Flusses Siwerskyj Donez tobten heftige Gefechte. Mit Hilfe von Pontonbrücken versuchen beide Seiten immer wieder sich gegenwärtig an unerwarteter Stelle zu umfassen. In der Nacht vom 5.

16 Reisner, Markus: Ukraine Krieg: „Zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig“, Österreichisches Bundesheer, 17. August 2022.

17 Reisner, Der Krieg um die Ukraine – Eine Bilanz nach 40 Tagen, 4. April 2022.

auf den 6. Mai 2022 zeigte diese neue traditionelle Operationsführung schließlich Erfolg. Bei Popasna gelang den russischen Kräften der vorerst entscheidende Durchbruch. Es konnte schließlich Mitte Mai ein Kessel im Ausmaß von 40 mal 40 Kilometern gebildet werden.¹⁸ Dieser wurde am Westrand auf eine Enge von zwanzig Kilometern eingedrückt und somit operativ geschlossen, denn die ukrainischen Versorgungslinien befanden sich nun unter Kontrolle des russischen Artilleriefeuers.¹⁹ Um den heftigen russischen Angriffen im Donbas zu begegnen, versuchte die ukrainische Seite die russischen Kräfte an ungünstiger Stelle zu treffen. Dazu wurden im April und Mai 2022 im Raum nördlich und nordostwärts von Charkiw sowie bei Cherson lokal begrenzte Gegenoffensiven begonnen. Alle Angriffe konnten von den russischen Kräften abgewehrt werden. Auch hier gingen die russischen Truppen bei der Abwehr kräfteschonend vor. So wurde oft auf verteidigungsgünstiges Gelände zurückgegangen.²⁰

5. Phase 3: Der ukrainische Gegenangriff

Seit Ende August 2022 konnten die ukrainischen Streitkräfte dank der Offensiven in Cherson und Charkiw weitere nachhaltige Erfolge gegen die russischen Truppen erzielen. Um zu verstehen, wie dies gegen die vermeintliche Übermacht der russischen Truppen möglich war, sollen nun beide ukrainische Offensiven näher betrachtet werden. Als Ausgangspunkt für die Analyse der beiden Offensiven dienen die vier Faktoren Gelände, eingesetzte Kräfte, Zeit und Information.

5.1. Die Offensive im Raum Cherson bis Lyman

Die ukrainische Offensive im Raum Cherson im Süden der Ukraine begann am 29. August 2022 und die wechselvollen Kämpfe dauern bis heute an.²¹

18 Reisner, Markus: Der Krieg um die Ukraine – Die Schlacht im Donbass I, Österreichs Bundesheer, 20. Mai 2022.

19 Reisner, Markus: Die Schlacht im Donbass II – Eine Bilanz nach 96 Tagen, Österreichs Bundesheer, 30. Mai 2022.

20 Reisner, Markus: Die Schlacht im Donbass III – Luhansk ist gefallen – Eine Bilanz nach 170 Tagen, Österreichs Bundesheer, 8. Juli 2022.

21 Reisner, Markus: Alles auf eine Karte – Die ukrainischen Offensiven in Charkiv und Cherson, Österreichs Bundesheer, 12. September 2022.

Faktor Gelände

Die russischen Streitkräfte konnten bereits zu Beginn des Kriegs das Westufer des Flusses Dnipro in Besitz nehmen. Seitdem halten sie dort einen Brückenkopf, der sich von der Dnipro-Mündung im Südwesten über die Stadt Cherson bis in den Nordosten zieht. Im Juli und August 2022 gelang es den Ukrainern Kräfte bereitzustellen, um die Voraussetzungen für eine mögliche Offensive zu schaffen. Die Vorbereitungsphase war vor allem vom Versuch geprägt, den russischen Brückenkopf zu isolieren. Das Ziel war es, die drei wesentlichen Übergangsstellen über den Dnipro – eine Brücke bei Cherson, eine Eisenbahnbrücke in deren Nähe sowie eine weitere Brücke bei einem Kraftwerk im Osten – zu zerstören. Diese drei Brücken stellten Nadelöhre für die Versorgung der russischen Truppen dar. Nach diesem *Shaping* war es die Absicht der Ukrainer, die russischen Streitkräfte mit zwei Angriffen im Norden und Süden zu binden. Danach sollten mit einem zentralen Stoß zwei Kessel zwischen dem Dnipro und den ukrainischen Streitkräften gebildet werden. In weiterer Folge wäre es die Absicht der ukrainischen Streitkräfte gewesen, einen Kessel nach dem anderen zu zerschlagen.²²

Faktor Kraft

Die vom Westen gelieferten Waffensysteme waren eine wesentliche Voraussetzung für einen möglichen Erfolg der Offensive. Besonders zu erwähnen sind die gelieferten Panzer vom Typ T-72 aus Polen und Tschechien, aber auch Schützenpanzer vom Typ BMP. Diese bildeten die Speerspitze der Angriffe. Das Mehrfachraketenwerfer-System HIMARS erwies sich hingegen bei der Zerstörung der Brücken ebenfalls als effektiv. Auch der Einsatz von mobiler Artillerie, wie das polnische System KRAB, war von wesentlicher Bedeutung. Die Angriffe selbst erfolgten durch drei mechanisierte Kampfgruppen und vor allem mobile Einheiten, die es den Ukrainern nach einem Durchbruch ermöglichen sollten, rasch Geländeteile in Besitz zu nehmen. Am Beispiel von HIMARS zeigt sich die Wirkung westlicher Waffensysteme. Bisher wurden etwa 16 Stück Mehrfachraketenwerfer-Systeme an die Ukraine geliefert, die damit mehr als 400 russische Ziele angriffen. Dies wirkte sich vor allem auf die Logistik der russischen

22 Reisner, Markus: Alles auf eine Karte – Die ukrainischen Offensiven in Charkiv und Cherson, Österreichs Bundesheer, 12. September 2022.

Truppen aus, da unter anderem wichtige Munitionslager und Stützpunkte zerstört wurden.²³

Faktor Zeit

Die russischen Streitkräfte setzten zur Aufklärung der ukrainischen Bereitstellungen Drohnen ein. Daraus ergab sich für die Ukrainer die Herausforderung, ihre Kräfte im offenen Gelände bereitzustellen, ohne sofort zum Ziel von Beschuss zu werden. Das flache Gelände ließ kaum Deckungsmöglichkeiten zu. Videos und Bildmaterial zeigen, wie die russische Seite mit Artillerie immer wieder gezielt die wenigen Heckenstreifen beschießt, in denen sich die ukrainische Seite untergezogen hatte. Auch vom Beginn der Offensive gibt es Fotos, auf denen man die vorrückenden ukrainischen Verbände im offenen Gelände und das Einschlagen der Granaten der russischen Artillerie erkennen kann. Erst Anfang Oktober verbesserte sich die Situation für die vorstoßenden ukrainischen Truppen. Es gelang nach entsprechender Aufklärung ausgedünnte Stellen in der russischen Frontlinie zu erkennen und diese zu durchbrechen. Die russischen Truppen waren gezwungen sich auf vorbereitete Stellungen und Stützpunkte in der Tiefe (Linie Ishchenka – Dudtschany) zurückzuziehen.²⁴

Faktor Information

Die Offensive begann am 29. August 2022 an drei Stellen. Einerseits mit Bindungsangriffen im Südwesten bzw. im Nordosten sowie mit dem Versuch eines zentralen Vorstoßes inklusive eines Brücken- bzw. Flussübergangs in der Mitte. Dort war es die Absicht, nach der Zerstörung der Brücken in der vorbereitenden Phase zwei Kessel zu bilden. Aufgrund des guten Lagebildes der russischen Truppen war es diesen möglich, die ukrainischen Angriffsspitzen rasch mit Gegenangriffen, Artillerie und dem Einsatz von Kampfhubschraubern abzunutzen. Darum dürfte es bisher auch keinen signifikanten Vormarsch der ukrainischen Seite gegeben haben. Be-

23 Reisner, Markus: Schwere Waffen für die Ukraine, Truppendienst – Magazin des Österreichischen Bundesheeres, 17. August 2022; Reisner, Markus: Schwere Waffen für die Ukraine: Heavy Metal & Rock'n' Roll, Österreichs Bundesheer, 17. Juni 2022.

24 Reisner, Alles auf eine Karte, 12. September 2022.

merkenwert ist jedoch der Vorstoß im zentralen Bereich des russischen Brückenkopfes sowie im Nordosten. Das Problem bei der weiteren Entwicklung der Offensive ist vor allem die laufende Aufklärung der russischen Seite. Diese hat sich zudem seit Monaten vor allem in der Tiefe in vorbereiteten Stellungen eingegraben. Hier versucht die ukrainische Seite seit Oktober durch massierten Artillerieeinsatz eine Entscheidung zu erzwingen. Ein klarer Indikator ist dabei der Schwergewichtseinsatz von aus den USA gelieferten HIMARS Raketenwerfern mit M30A1 Geschossen (mit Flächensplitterwirkung gegen Truppenansammlungen und Verteidigungsstellungen).²⁵

5.2. *Offensive in Charkiw*

Die ukrainische Offensive im Raum Charkiw begann am 6. September 2022 und hier wurde tatsächlich ein durchschlagender messbarer Erfolg erzielt.²⁶

Faktor Gelände

Im Raum der zweiten Offensive versuchten die russischen Streitkräfte nach dem Erfolg der Kesselschlacht von Lyssytschansk weiter Richtung Westen anzugreifen. Dazu wurde ein weiteres Korps, das dritte Armee Korps, aufgestellt. Die angenommene Absicht der Russen war es, aus dem Raum Isjum in den Süden vorzustoßen und damit die Situation im Donbas mit einem Schlag für sich zu entscheiden. Bereits seit Juli gab es immer wieder Hinweise, dass sich die ukrainischen Streitkräfte im Raum Charkiw bereitstellen würden, um diesen russischen Plan zu verhindern. Tatsächlich schafften es die Ukrainer unter der höchsten Geheimhaltung, dort Kräfte bereitzustellen. Der Plan war weiter in Richtung Osten bis an den Fluss Oskil vorzustoßen. Dies würde die Ukrainer in die Lage versetzen, diesen Raum in Besitz zu nehmen und die russischen Streitkräfte bei Isjum einzukesseln.²⁷

25 Reisner, Alles auf eine Karte, 12. September 2022.

26 Ebd.

27 Ebd.

Faktor Kraft

Auch bei dieser zweiten Offensive war westliches Militärmaterial entscheidend für den Erfolg. Einerseits spielten erneut Panzer vom Typ T-72 aus Polen und Tschechien eine große Rolle, aber auch Schützenpanzer vom Typ M113. Außerdem wurden auch Mehrfachraketenwerfer vom Typ MLRS eingesetzt (Mehrfachraketenwerfer-Systeme auf Ketten). Zum Einsatz kam zudem die Panzerhaubitze 2000, die sich für den Verschuss endphasengesteuerter Munition vom Typ „Excalibur“ eignet. Auch hochmobile Einheiten, zum Teil auf *Pickups* oder gepanzerten Fahrzeugen (z. B. „Bushmaster“) waren von zentraler Bedeutung. Dass die Moral der ukrainischen Soldaten dieser Angriffsgruppierung sehr hoch ist, demonstriert ein Video, das unmittelbar vor dem Beginn der Gefechte aufgenommen wurde. Es zeigt, wie ukrainische Soldaten sich nochmals versammeln und ihre Nationalhymne singen. Der Einsatz spezieller Waffensysteme trug ebenfalls zum Gelingen dieser Offensive bei. Ein Beispiel dafür ist die bereits genannte endphasengesteuerte Artilleriemunition vom Typ „Excalibur“, die eine hohe Zielgenauigkeit hat. Ein anderes wirkungsvolles Waffensystem ist die Anti-Radar-Rakete vom Typ AGM-88 aus den USA. Mit dieser gelang es der Ukraine, gezielt russische Fliegerabwehrsysteme zu zerstören und den eigenen Vormarsch sowie den Einsatz der eigenen Luftwaffe – wenn auch in geringem Umfang – durchzusetzen.²⁸

Faktor Zeit

Die Offensive begann am 6. September 2022 und fasste an einer günstigen Stelle Fuß, wo eher untergeordnete russische Einheiten im Einsatz waren. Eine gemischte Kampfgruppe konnte mit Panzern vorausfahrend einen zentralen Durchbruch erzielen. Dieser Vorstoß entwickelte sich rasch und wurde zentral in Richtung Osten weiter vorangetrieben. Schlussendlich war es möglich, eine Distanz von mehr als fünfzig Kilometern in kurzer Zeit zu überbrücken. Dank dieses Durchbruchs konnten hochmobile ukrainische Einheiten rasch Ortschaften in Besitz nehmen, die ukrainische Flagge hissen und Bilder davon in den sozialen Netzwerken teilen. Damit entstand für die russischen Soldaten der Eindruck, dass sie zunehmend umfasst und eingekesselt werden. Das Ergebnis war schließlich eine Flucht der russischen Streitkräfte in Richtung Osten. Wie die Militärgeschichte

28 Reisner, Alles auf eine Karte, 12. September 2022.

zeigt, war es auch hier nicht mehr möglich, eine große Armeeformation, welche einmal begonnen hat sich fluchtartig abzusetzen, aufzuhalten. Die Russen taten das Einzige, das zu diesem Zeitpunkt noch möglich war: Sie versuchten eine Verteidigungsstellung am Fluss Oskil einzurichten und dort die zurückflutenden Verbände aufzunehmen. Wie prekär die Situation war sieht man in mehreren Videos, die zeigen sollen, wie russische Soldaten mit schweren Hubschraubern vom Typ MI-26 bis in die Nacht hinein Panzer anlandeten und diese Linie verstärkten. Von den russischen Truppen wurde schließlich viel schweres Gerät (man nimmt an die Ausstattung von drei Panzerregimentern) zurückgelassen, weil man sich überstürzt nur mit den leichten Fahrzeugen Richtung Osten oder Richtung Süden bzw. Richtung Isjum, abgesetzt hatte.²⁹

Faktor Information

Der ukrainische Angriff wurde im Kern von zwei mechanisierten Brigaden, einer Luftsturmbrigade, territorialen Einheiten und zusätzlichen Elementen zur Unterstützung durchgeführt. Die ukrainischen Streitkräfte stießen rasch vor und schafften es, den Angriff Richtung Osten weiter voranzutreiben. Dies war vor allem aufgrund eines vorhandenen detaillierten Lagebildes möglich. Ein Ergebnis der engen Abstimmung zwischen den USA und der Ukraine und das Resultat der „in time“-Übergabe von Aufklärungsdaten. Die ukrainischen Verbände setzten ihre Angriffe zielgerichtet in den erkannten Lücken an. Das Problem aus russischer Sicht war hingegen, dass es ihnen nicht gelang, diesen Angriffsschwung zu brechen und sie daher von den Ereignissen überrollt wurden.³⁰

6. Historische Vergleiche

Bei der Analyse dieser Offensive kann man historische Vergleiche heranziehen. Ein Beispiel wäre das Unternehmen *Cobra* im Juli 1944: Der Durchbruch der alliierten Streitkräfte aus dem Brückenkopf in der Normandie in die Tiefe des französischen Tieflandes. Dabei gelang es durch den Einsatz von zwei Panzerdivisionen rasch in die Tiefe zu stoßen und die

29 Reisner, Alles auf eine Karte, 12. September 2022.

30 Reisner, Markus: Die ukrainischen Offensiven in Cherson und Charkiv, Truppendienst – Magazin des Österreichischen Bundesheeres, 5. Oktober 2022.

Voraussetzungen für den Kessel von Falaise zu schaffen. Den deutschen Streitkräften gelang es nur fluchtartig aus diesem Kessel auszubrechen und sie ließen eine hohe Anzahl an Waffen, Ausstattung und Gerät zurück. Die Situation lässt sich auch mit dem Unternehmen *Bagration* im Juni 1944 vergleichen. Dort gelang es durch einen massiven Angriff, nicht nur die russische Seite voranzutreiben, sondern vor allem die deutsche Seite in eine Fluchtbewegung überzuleiten, die bis fast zur Grenze des Deutschen Reiches nicht mehr nachhaltig gestoppt werden konnte. Auch dieses Ereignis ist in der Ukraine theoretisch möglich. Es ist aber auch möglich, dass der Erfolg nur von kurzer Dauer ist, vergleichbar mit der deutschen Ardennen-Offensive im Dezember 1944. In diesem Fall gelang zwar der Vorstoß, aufgrund der Überlegenheit des Gegners war man jedoch gezwungen, das gewonnene Gelände wieder aufzugeben. Möglicherweise führen die Erfolge der ukrainischen Streitkräfte aber dazu, dass es zu Umbrüchen in Russland kommt, ähnlich wie im Oktober 1917. Momentan gibt es zwar keine Indikatoren dafür, aber es könnte durchaus sein, dass es nach weiteren schweren Niederlagen zu Zerfallserscheinungen kommt.³¹

7. Zusammenfassung und Ausblick

Beim russischen Vormarsch im Februar 2022 machten sich rasch die Grenzen der BTG-Struktur bemerkbar. Vor allem der Mangel an massierter Infanterie und die dezentrale, überwiegend auf operativer Ebene vorherrschende Führungsstruktur wirkten sich nachteilig aus. Es zeigt sich, dass der anfängliche russische Kräfteansatz von 200.000 Soldaten, die zunehmend abgenutzt wurden, bereits von vorne herein zu gering gewählt worden war. Der Beginn der russischen Offensive im Donbas zeigt ebenfalls, dass die russischen Streitkräfte aber immer noch davon überzeugt sind, eine Entscheidung zu ihren Gunsten auf dem Gefechtsfeld zu erreichen. Der Wechsel zur langsamen und traditionellen russischen Gefechtstechnik und Taktik zeigt die Handschrift erfahrener Kommandeure, und Entscheidungen werden nicht nur aus politischen, sondern auch aus operativ-taktischen Gründen getroffen. Dies zeigt aber auch, dass die russischen Kräfte in der Lage sind, sich auf die Taktik der ukrainischen Kräfte einzustellen. Die russischen Streitkräfte haben jedoch bereits hohe Verluste erlitten und

31 Reisner, Markus: „Ukrainisches Fegefeuer“ – Der Krieg um die Ukraine, eine Kurzzusammenfassung nach 250 Tagen, Österreichisches Bundesheer, 1. November 2022.

sind an drei Fronten (Donbas, Charkiw, Cherson) gefordert. Ein noch immer möglicher Erfolg der russischen Seite wird davon abhängen, ob sie in der Lage ist, laufend eigene Kräfte und Reserven nachzuführen und im Gegenzug die ukrainische Versorgung in der Tiefe abzuschneiden. Für die ukrainischen Streitkräfte besteht hingegen seit dem 24. Februar 2022 die andauernde Herausforderung eines Abnutzungskriegs. Eine große ukrainische Offensive erscheint erst mittelfristig, unter der Voraussetzung von massiven westlichen Militärhilfen, möglich. Das Ziel des Westens wird es mittelfristig sein, die russischen Reserven abzunützen.³²

Russland beherrscht nach wie vor die Krim und den Oblast Luhansk sowie zu einem hohen Anteil Cherson und Saporischschja. Auch in Donezk gelingt es den russischen Truppen nach wie vor langsam vorzumarschieren. Hier sind knapp über fünfzig Prozent besetzt. Entscheidende Vorstöße gelangen bei Charkiw und Cherson. Das bedeutet, das von Russland besetzte Gelände verringert sich weiter, auf zumindest unter zwanzig Prozent. Nach der erfolgreichen Durchführung dieser ukrainischen Offensiven, geht der Konflikt nun in eine neue Phase. Die erste Phase war der Angriff und die Abwehr der russischen Streitkräfte im Raum Kyjiw. Die zweite Phase war das Übergehen der Handlungsinitiative an Russland und die Angriffe im Donbas mit der Kesselschlacht von Lyssytschansk. Die dritte Phase ist durch die Offensiven bei Cherson bzw. Charkiw vom Übergehen der Initiative auf die ukrainische Seite gekennzeichnet. Zurzeit ist erkennbar, dass der Erfolg von Charkiw durch weitere ukrainische Angriffe im Raum Lyman bzw. über den Fluss Oskil ausgenützt werden soll. Hier kann ebenfalls eine Einkesselung gelingen. Südostwärts von Lyman rücken die Russen aber weiterhin langsam in Richtung Westen vor. Ziel ist die gänzliche Einnahme des Oblastes Donezk.³³

Die taktisch-operativen Erfolge im Raum Charkiw und Cherson haben gezeigt, dass die ukrainischen Streitkräfte in der Lage sind, nach einer Zusammenziehung der Kräfte und nach entsprechender Geheimhaltung eine Offensive durchzuführen und die „russische Dampfwalze“ zu brechen. Die Offensiven zeigen auch, dass die westlichen Waffenlieferungen das Gefechtsfeld entscheidend beeinflussen können. Es hängt nun maßgeblich davon ab, ob die ukrainischen Streitkräfte diesen Erfolg weiter ausbauen können. Das Ergebnis wird man in den nächsten Wochen und Monaten

32 Reisner, Markus: Der Kampf um unsere Meinung, Österreichs Bundesheer, 14. September 2022.

33 Reisner, Markus: Die militärische Lage in der Ukraine – Die vier Herausforderungen, Österreichs Bundesheer, 17. März 2022.

sehen. Es wird auch von den Auswirkungen der russischen Mobilisierung und der laufenden strategischen Abnützung (Angriffe mittels ballistischer Raketen, Marschflugkörpern und Drohnen) abhängig sein. Erst im Frühjahr wird sich daher zeigen, ob tatsächlich eine Wende in diesem Krieg herbeigeführt wurde.³⁴

Literaturverzeichnis:

- Gretskiy, Igor: A War of the Final Soviet Generation: Russia's Demography, Society, and Aggression Against Ukraine, International Centre for Defence and Security Estonia (ICDS), 31. August 2022, <https://icds.ee/en/a-war-of-the-final-soviet-generation-russias-demography-society-and-aggression-against-ukraine/>, 04.11.2022.
- Jensen, Benjamin: „Ukraine's rapid advance against Russia shows mastery of 3 essential skills for success in modern warfare“, Yahoo News, 16. September 2022, <https://www.yahoo.com/news/ukraines-rapid-advance-against-russia-121936979.html>, 02.11.2022.
- Karpjuk, Oleksandr: „Історія оповита чутками: чому не підірвали міст з Кримом“ [Die Geschichte ist voller Gerüchte: Warum haben sie die Brücke zur Krim nicht gesprengt?], Focus.ua, 16. Mai 2022, <https://focus.ua/uk/voennye-novosti/515707-istoriya-uvyazla-sluhami-volonter-o-tom-pochemu-ne-podirvali-mosty-s-krymom>, 30.10.2022.
- Kofsky, Jeremy: „An Airfield too far: Failures at Market Garden and Antonov Airfield“, Modern War Institute, 5. Mai 2022, <https://mwi.usma.edu/an-airfield-too-far-failures-at-market-garden-and-antonov-airfield/>, 30.10.2022.
- Poulsen, Niels Bo/Staun, Jørgen (Hrsg.): Russia's Military Might – A Portrait of its Armed Forces. Djøf Publishing: Copenhagen 2021.
- Reisner, Markus/Hahn, Christian: Die russische Dampfwalze – Eine erste Zwischenbewertung. In: Truppendienst 3/2022, Wien 2022.
- Reisner, Markus: „Ukrainisches Fegefeuer“ – Der Krieg um die Ukraine, eine Kurzzusammenfassung nach 250 Tagen, Österreichisches Bundesheer, 1. November 2022, <https://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=11601>, 02.11.2022.
- Reisner, Markus: Alles auf eine Karte – Die ukrainischen Offensiven in Charkiv und Cherson, Österreichs Bundesheer, 12. September 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=Q9-NER8aFJ4&t=2s>, 06.10.2022.

34 Reisner, „Ukrainisches Fegefeuer“, 1. November 2022; Gretskiy, Igor: A War of the Final Soviet Generation: Russia's Demography, Society, and Aggression Against Ukraine, International Centre for Defence and Security Estonia, 31. August 2022.

- Reisner, Markus: Der Einsatz der ukrainischen Artillerie. In: Truppendienst – Magazin des Österreichischen Bundesheeres, 29. Juni 2022, <https://www.truppendienst.com/themen/beitraege/artikel/der-einsatz-der-ukrainischen-artillerie>, 05.10.2022.
- Reisner, Markus: Der Einsatz von Drohnen im Ukrainekrieg, Österreichs Bundesheer, 28. April 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=C1ARa-BGcHs>, 12.10.2022.
- Reisner, Markus: Der Kampf um unsere Meinung, Österreichs Bundesheer, 14. September 2022. <https://www.youtube.com/watch?v=cV1IV8BQ-k4&t=7s>, 07.10.2022.
- Reisner, Markus: Der Krieg um die Ukraine – Die Schlacht im Donbass. Eine Kurzzusammenfassung nach 70 Tagen. Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik (AIES), Fokus 4/2022, 5. Mai 2022.
- Reisner, Markus: Der Krieg um die Ukraine – Eine Bilanz nach 40 Tagen, Österreichs Bundesheer, 4. April 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=baW0m83O99c>, 08.10.2022.
- Reisner, Markus: Die Erfolgsgeschichte der ukrainischen Artillerie, Österreichs Bundesheer, 19. Mai 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=pzAl29GI9MA>, 11.10.2022.
- Reisner, Markus: Die militärische Lage in der Ukraine – Die vier Herausforderungen, Österreichs Bundesheer, 17. März 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=p4l07aRlPcQ&t=323s>, 07.10.2022.
- Reisner, Markus: Die Schlacht im Donbass I – Eine Bilanz nach 70 Tagen, Österreichs Bundesheer, 20. Mai 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=QJiuc4KWmQo&t=7s>, 12.10.2022.
- Reisner, Markus: Die Schlacht im Donbass II – Eine Bilanz nach 96 Tagen, Österreichs Bundesheer, 30. Mai 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=RpC1kXhW2Lw&t=100s>, 11.10.2022.
- Reisner, Markus: Die Schlacht im Donbass III – Luhansk ist gefallen – Eine Bilanz nach 170 Tagen, Österreichs Bundesheer, 8. Juli 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=55fjOOP4AkQ&t=46s>, 10.11.2022.
- Reisner, Markus: Die ukrainischen Offensiven in Cherson und Charkiv. In: Truppendienst – Magazin des Österreichischen Bundesheeres, 5. Oktober 2022, <https://www.truppendienst.com/themen/beitraege/artikel/die-ukrainischen-offensiven-in-cherson-und-charkiv>, 05.10.2022.
- Reisner, Markus: Erfolgreiche Abwehr einer russischen Kampfgruppe in einem Vorort von Kiew, Österreichs Bundesheer, 10. März 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=qNeXbNY3HYQ&t=3s>, 07.10.2022.
- Reisner, Markus: Krieg in der Ukraine – Die „Bataillonstaktische Gruppe“ im Angriff, Österreichs Bundesheer, 15. März 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=5n7jAXgxFRQ&t=5s>, 10.10.2022.
- Reisner, Markus: Schwere Waffen für die Ukraine. In: Truppendienst – Magazin des Österreichischen Bundesheeres, 17. August 2022, <https://www.truppendienst.com/themen/beitraege/artikel/schwere-waffen-fuer-die-ukraine>, 07.10.2022.

- Reisner, Markus: Schwere Waffen in die Ukraine, Österreichs Bundesheer, 17. Juni 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=JlIFj8AEbOY&t=8s>, 12.10.2022.
- Reisner, Markus: Ukraine Krieg: „Zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig“, Österreichisches Bundesheer, 17. August 2022, <https://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=11511>, 07.10.2022.
- Spencer, John/Collins, Liam: „Waterworld: How Ukraine flooded three rivers to help save Kyiv“, Modern War Institute, 1. Juli 2022, <https://mwi.usma.edu/water-world-how-ukraine-flooded-three-rivers-to-help-save-kyiv/>, 30.10.2022.
- Zagorodnyuk, Andriy: „Ukrainian victory shatters Russia's reputation as a military superpower“, Atlantic Council, 13. September 2022, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/ukrainian-victory-shatters-russias-reputation-as-a-military-superpower/>, 26.10.2022.

Kapitel 9 Die Verteidigung der Ukraine gegen Russlands Angriffskrieg in 2022

Oleksiy Melnyk und Olha Husieva

Abstract: Der russische Überfall auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 bedeutet für die Ukraine eine kolossale Zahl von zivilen und militärischen Opfern auf täglicher Basis. Dennoch kann das Land sowohl auf operativ-taktischer als auch auf diplomatischer Ebene bemerkenswerte Entwicklungen vorweisen – vor allem mit Blick auf seinen Widerstand gegen den russischen Aggressor. In diesem Kapitel werden drei Hauptschlüssel für die bisher erfolgreiche Verteidigung der Ukraine skizziert: Die Erfahrungen des Landes im Krieg mit Russland seit 2014, die westliche militärische Unterstützung und die Moral des ukrainischen Volks.

Schlüsselwörter: Donbas-Konflikt, Ukroboronprom, Reform des Sicherheitssektors (SSR), Ukrainische Streitkräfte, NATO-Standards, westliche Waffensysteme

1. Die ukrainische Verteidigungsarmee bis 2022: Erfahrungen werden gesammelt

Dass der Kreml 2014 die Operationen zur blitzschnellen Annexion der Halbinsel Krim und zur Etablierung separatistischer Einheiten in der Ostukraine erfolgreich durchführen konnte, lag weniger am hohen Kampfpotenzial der russischen Armee als an der Unfähigkeit der Ukraine, Widerstand zu leisten. In erster Linie ist dies auf den Zustand der ukrainischen Armee zurückzuführen. Laut einem Bericht des damals neu ernannten Verteidigungsministers Ihor Tenyukh auf der Sondersitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine am 28. Februar 2014 gelang es der Ukraine, „aus dem ganzen Land eine militärische Gruppe von etwa fünftausend Soldaten zu sammeln, die in der Lage sind, Kampf-

einsätze durchzuführen“, was eine Anerkennung der Tatsache war, dass die Ukraine praktisch keine Armee hatte.¹

Es wird behauptet, dass der größte Schaden für die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine während der Präsidentschaft von Viktor Janukowitsch (2010–2013) entstanden ist, als ausschließlich pro-russisch orientierte Personen in leitende Positionen der Sicherheitskräfte berufen wurden, von denen einige sogar die russische Staatsbürgerschaft hatten. Es ist wahrscheinlich, dass es seit 2010 einen von Russland gesteuerten Prozess der Untergrabung der Kampffähigkeit der Streitkräfte als Schlüsselkomponente der militärischen Sicherheit und Verteidigung der Ukraine gab, einschließlich Maßnahmen zur Verlagerung von Militäreinheiten und militärischen Kommando- und Kontrollorganen, was dazu führte, dass die ohnehin begrenzten Fähigkeiten der Verteidigungsorganisation in Richtung Russland untergraben wurden.

Es ist jedoch anzumerken, dass die Aktionen von Janukowitschs Team nicht der einzige Grund waren. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 erbte die Ukraine einen Teil der zweiten Staffel der sowjetischen Militärgruppierung in westlicher Richtung, die auf ihrem Gebiet stationiert war. Neben der militärischen Infrastruktur, den Rüstungsgütern, der Munition und den Unternehmen des sowjetischen militärisch-industriellen Komplexes verfügte die Ukraine über rund eine Million Militärangehörige (Streitkräfte, Binnen-, Grenz- und Eisenbahntrouppen, Zivilschutzkräfte). Wie so oft ist dieses Erbe für einen jungen unabhängigen Staat sowohl ein Vorteil als auch eine schwere Last, da die Einsparungsmöglichkeiten bei den Verteidigungsausgaben die Kosten für Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verringerung des übermäßigen militärischen Potenzials der Ukraine nicht kompensieren konnten. Im Zeitraum 1992–2014 sank die Zahl der Soldaten von 720.000 auf 121.000 Personen.

Tabelle 1: Personalstand der Streitkräfte der Ukraine und Anzahl der wichtigsten Waffenarten (Stand zu Beginn des jeweiligen Jahres)

	1992	2000	2005	2010	2014
<i>Militärisches Personal</i>	720.000	310.000	180.000	150.000	120.900
<i>Ziviles Personal</i>	180.000	90.000	65.000	50.000	44.600

1 Ukrains'ka prawda: Stenograma RNBO: „Ukraina mogla sibraty dlja sahystry lyshe 5 tysjatsch soldatiw“ [Abschrift des NSDC: Ukraine konnte nur 5 Tausend Soldaten für die Verteidigung sammeln], 22. Februar 2016.

<i>Kampfpanzer</i>	6.500	4.000	771	776	723
<i>Gepanzerte Kampffahrzeuge</i>	7.000	5.000	1.884	2.332	2.164
<i>Artillerie mit einem Kaliber von mehr als 100 mm</i>	7.200	4.000	1.364	946	633
<i>Kampfflugzeuge</i>	1.500	680	204	208	160

Quelle: Verteidigungsministerium der Ukraine: Stratehichnyj oboronnyj bjuleten' Ukraïny do 2015 roku (Bila knyha Ukraïny) [Strategisches Verteidigungsbulletin der Ukraine bis 2015 (Weißbuch der Ukraine)], Kyjiw 2004, S. 22; Verteidigungsministerium der Ukraine: Bila knyha 2005. Oboronna polityka Ukraïny [Weißbuch 2005. Verteidigungspolitik der Ukraine], Kyjiw 2006, S. 13; Verteidigungsministerium der Ukraine: Weißbuch 2010 [Bila knyha Ukraïny 2010], Kyjiw 2011; Verteidigungsministerium der Ukraine: Weißbuch 2011 [Bila knyha Ukraïny 2011], Kyjiw 2012; Verteidigungsministerium der Ukraine: Weißbuch 2013 [Bila knyha Ukraïny 2013], Kyjiw 2014.

Die Reformen des Verteidigungsbereichs, die der russischen Invasion im Jahr 2014 vorausgingen, hatten vor allem deklarativen Charakter, was in erster Linie auf Ressourcenknappheit und die Unterschätzung der Wahrscheinlichkeit eines groß angelegten bewaffneten Angriffs zurückzuführen war. Im letzten strategischen Verteidigungsbulletin der Ukraine aus der Vorkriegszeit hieß es, dass „eine bewaffnete Aggression, die zu einem lokalen oder regionalen Krieg gegen die Ukraine führen könnte, mittelfristig unwahrscheinlich ist“.²

Tatsächlich entsprach die Art der russischen Militär aggression im Zeitraum von Februar 2014 bis Februar 2022 eher dem Format einer „speziellen Militäroperation“ als einer groß angelegten Invasion, da der Kreml auf jede erdenkliche Weise versuchte, die Beteiligung seiner regulären Truppen an dem Konflikt zu verbergen und auf den umfassenden Einsatz der Luftwaffe verzichtete.

2 Werchowna Rada der Ukraine: Ukas Presydynta Ukraïny Nr.240/2016. Pro rishennja Rady nazional'noï bezspeky i oborony Ukraïny wid 29 grudnja 2012 roku „Pro Stratehichnyj oboronnyj bjuleten' Ukraïny“ [Erlass des Präsidenten der Ukraine Nr. 240/2016. Über den Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 29. Dezember 2012 „Über das strategische Verteidigungsbulletin der Ukraine“], 6. Juni 2016.

Das Jahr 2014 kann als Wendepunkt in der Entwicklung des nationalen Sicherheits- und Verteidigungssystems angesehen werden. Die von der Ukraine gesammelten Erfahrungen schufen die Grundlage für weitere Schritte auf politischer und praktischer Ebene zur Vorbereitung auf die Abwehr der im Februar 2022 begonnenen totalen russischen Aggression. Gemäß der Militärdoktrin der Ukraine von 2015 wird „eine bewaffnete Großaggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine mit Operationen zu Lande, in der Luft, im Weltraum und auf See [...]“ als vorrangiges militärisches Bedrohungsszenario definiert.³

So führte die Anfangsphase des bewaffneten Konflikts zwischen Russland und der Ukraine (2014–2015) objektiv zu einer klaren Definition der Quelle und der Art der militärischen Bedrohung sowie des wahrscheinlichsten Szenarios ihrer Umsetzung, was sich in strategischen Dokumenten niederschlug und eine klare Formulierung von Reformprioritäten ermöglichte. Das Problem der begrenzten materiellen und personellen Ressourcen des Staats wurde weitgehend durch internationale Hilfe und die aktive Beteiligung von Vertretern der Zivilgesellschaft kompensiert. Die Liste der vom Verteidigungsministerium festgelegten Prioritäten lässt sich grob in drei Kernbereiche gliedern⁴:

- *Personal* (Verbesserung der Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung, Entwicklung des Unteroffizierskorps, Steigerung der Attraktivität des Dienstes, Erhöhung des Anteils der weiblichen Soldatinnen, Schaffung einer hochqualifizierten Mobilisierungsreserve);
- *Ausrüstung und Waffen* (Instandsetzung, Modernisierung, Entwicklung und Kauf neuer Modelle aus in- und ausländischer Produktion, internationale Unterstützung);
- *umfassende Unterstützung* (zentralisiertes Logistiksystem, separate medizinische Unterstützungsstruktur).

3 Präsident der Ukraine: Ukas Prezydenta Ukraïny Nr. 555/2015. Pro rishennja Rady nazional'noï bezpeky i oborony Ukraïny wid 2 weresnja 2015 roku „Pro novu redakciju Voennoï doktrini Ukraïni“ [Erlass des Präsidenten der Ukraine Nr. 555/2015. Über den Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 2. September 2015 „Über die neue Fassung der Militärdoktrin der Ukraine“], 24. September 2015.

4 Werchowna Rada der Ukraine: Postanowa Kabinetu Ministriw Ukraïny Nr. 671. Pro zatwerdzhennja Polozhennja pro Ministerstwo oborony Ukraïny [Entschließung des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 671. Zur Genehmigung der Verordnung über das Verteidigungsministerium der Ukraine], 26. November 2014.

Seit 2014 haben die ukrainischen Behörden sechs Mobilisierungsphasen durchgeführt und Mechanismen für den Aufbau und die Aufrechterhaltung der erforderlichen Anzahl von Soldatinnen und Soldaten sowie die Beschaffung von zivilem Material für den Verteidigungsbedarf ausgearbeitet. Anfang 2022 befanden sich rund 200.000 Personen mit Kampferfahrung in der operativen Reserve der Streitkräfte und insgesamt waren fast 1,5 Millionen Personen im Militärregister eingetragen. Die 2014 auf regionaler Ebene gegründeten Freiwilligenbataillone und Einheiten der Territorialverteidigung wurden nach und nach in die Streitkräfte und die Nationalgarde integriert oder stellten die Grundlage für die Bildung von Brigaden (in jeder Region und in der Hauptstadt Kyjiw) dar, die zu einem einzigen System der Territorialverteidigung zusammengefasst und dem Kommando der Streitkräfte unterstellt wurden.

Zu den weiteren wichtigen Änderungen gehört die Trennung der Machtbereiche des Verteidigungsministers, des Oberbefehlshabers und des Generalstabschefs der ukrainischen Streitkräfte, die den NATO-Standards entspricht und dementsprechend eine Abkehr von den sowjetischen Rudimenten der Militärverwaltung symbolisiert. Die Umstellung der Hauptquartiere auf die *J-Structure* (nach NATO-Standards) hat die Interaktion erheblich vereinfacht und dementsprechend die Interoperabilität mit den Partnern erhöht.

Ende 2021 wurde der Prozess der Ausarbeitung einer Reihe strategischer Dokumente und eines Regelungsrahmens für jedes Element des Sicherheitssektors abgeschlossen, das die notwendige Grundlage für den Übergang zur nächsten Reformphase bildet.⁵ Zu den wichtigsten Dokumenten gehört das Gesetz „Zu den Grundlagen des nationalen Widerstands“, das der Verteidigung einen umfassenden Charakter verleiht, einschließlich der Änderung des Status der Territorialen Verteidigungskräfte (TDF) als Teil der Streitkräfte der Ukraine. Bereits im Januar 2022 wurden Maßnahmen zur Umstrukturierung der Territorialen Verteidigungskräfte ergriffen, deren Personalstärke auf 10.000 Stammkräfte erhöht werden sollte, mit der Möglichkeit einer raschen Aufstockung auf 130.000 Mann auf Kosten der ausgebildeten Reserve.

5 Präsident der Ukraine: Ukas Prezydenta Ukraïny Nr. 392/2020. Pro rishennja Rady nazional'noi bezpeky i oborony Ukraïny wid 14 weresnja 2020 roku „Pro Strategiju nazional'noi bezpeky Ukraïny“ [Erlass Des Präsidenten der Ukraine Nr. 392/2020. Über den Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine „Über die nationale Sicherheitsstrategie der Ukraine“], 14. September 2020.

2. Reaktion auf die russische Invasion in 2022

Putins „spezielle Militäroperation“ sollte ein Blitzkrieg sein, mit minimalen militärischen, Image- und wirtschaftlichen Verlusten. Die potenziellen militärischen und internationalen politischen Risiken waren im Vergleich zu den erwarteten Gewinnen offensichtlich verschwindend gering. Bereits in der Anfangsphase des Einmarschs konnte die Ukraine eine Widerstandskraft und -fähigkeit unter Beweis stellen, deren Ausmaß zwar noch keinen Anlass zu großem Optimismus gab, aber bereits frühere Prognosen zumindest hinsichtlich des Zeitrahmens der Pläne des Kremls in Frage stellte. Der weitere Verlauf der Kampfhandlungen veränderte allmählich, aber konsequent, die Einschätzungen der möglichen Szenarien für das Ende des Konflikts. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Kapitels⁶ besteht immer noch ein erheblicher Grad an Unsicherheit, aber immer mehr Beobachter neigen zu der Auffassung, dass die Ukraine strategische Vorteile hat.

Es ist derzeit schwierig, eine eindeutige Antwort auf die Frage zu geben, welche Faktoren solche Veränderungen im Verlauf des Konflikts verursacht haben. So wurden die strategischen Fehleinschätzungen, die im Zusammenhang mit dem Kreml am häufigsten genannt werden, wahrscheinlich auch von der ukrainischen militärischen und politischen Führung gemacht. Beide Seiten unternahmen – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – erhebliche Anstrengungen zum Aufbau militärischer Fähigkeiten, was in der realen Situation die These bestätigt, dass Quantität nicht unbedingt in Qualität transformiert werden kann.

Die ukrainische Armee konnte nicht nur nach Ansicht der Kreml-Strategen, sondern auch laut der überwältigenden Mehrheit der Militärexperten darauf zählen, ihre Würde zu bewahren – ein tapferer, aber kurzlebiger Widerstand gegen einen unvergleichlich stärkeren Feind im Angesicht der unvermeidlichen Niederlage. Solche offensichtlichen Prognosen über die Möglichkeiten zur Beendigung des Kriegs beruhten in erster Linie auf einem Vergleich der militärischen Fähigkeiten der Parteien. Die russische Armee hatte eine zahlenmäßige Überlegenheit von mehr als dem Vierfachen an Truppenstärke und bei bestimmten Arten von Hauptwaffen das Drei- bis Zehnfache.⁷

Die ersten Stunden und Tage nach dem russischen Einmarsch ließen bei externen Beobachtern – selbst bei großen Sympathisanten der Ukraine

6 Dieses Kapitel wurde im November 2022 fertiggestellt.

7 Peter, Laurence: Putin warning: „What does Russian military call-up mean for Ukraine?“, BBC News, 21. September 2022.

– keinen Zweifel an der Richtigkeit früherer Vorhersagen aufkommen.⁸ Offizielle russische Berichte über die vollständige Zerstörung des ukrainischen Luftverteidigungssystems, der Luftstreitkräfte und der wichtigsten militärischen Kommando- und Kontrollzentren wurden angesichts des Tempos des Vormarsches der Kolonnen und der weitgehenden Dominanz russischer Militärflugzeuge im Luftraum praktisch nicht angezweifelt. Vorsichtiger Optimismus über die taktischen Erfolge der ukrainischen Seite kam auf, als die ersten 72 Stunden, die für die Einnahme von Kyjiw vorgesehen waren, verstrichen und sich die Berichte über eine Verlangsamung der russischen Offensive mit Abbildungen von zerstörtem russischen Ausrüstungsmaterial häuften.⁹

Der erste Rückzug der russischen Truppen Ende März aus dem Norden und Osten der Ukraine war keine „Geste des guten Willens“, sondern ein Eingeständnis des Scheiterns der vorangegangenen Fehlkalkulationen der russischen Führung bei der Planung der Operation. Experten haben neben einer unrealistischen militärischen Planung auch katastrophale Probleme der russischen Logistik festgestellt, die von der Planung bis zur notdürftigen Ausbildung von Spezialisten und untauglichen Transportmitteln reichen.¹⁰

Russische Waffen, die, so Wladimir Putin, „keine Entsprechung in der Welt haben“¹¹, mit all ihren zweifellos zerstörerischen Fähigkeiten haben nicht das erwartete Ausmaß der Zerstörung der ukrainischen Verteidigungskapazitäten gebracht. Dies gilt sowohl für kinetische Waffen als auch für den Einsatz von Cyberangriffen. Trotz eines Vorteils bei den Luft- und Raketenschlagskapazitäten ist es Russland nicht gelungen, durch massive Angriffe eine strategische Wirkung zu erzielen oder die Luftüberlegenheit aufrechtzuerhalten. Das russische System des integrierten Gefechtsfeldmanagements (Führungs-, Kontroll-, Kommunikations-, Computer-, Nachrichten-, Überwachungs- und Aufklärungssystem, C4ISR), das im Laufe der Jahre entwickelt und angeblich in Syrien und während der

8 Kagan, Frederick W./Barros, George/Stepanenko, Kateryna: „Russian Offensive Campaign Assessment“, Institute for the Study of War, 1. März 2022.

9 Mitzer, Stijn/Janovsky, Jakub/Oliemans, Joost/Dan, Kemal: Attack On Europe: „Documenting Russian Equipment Losses During The 2022 Russian Invasion Of Ukraine“, Oryx, März 2022.

10 Jones, Seth G.: Russia's Ill-Fated Invasion of Ukraine: Lessons in Modern Warfare, Center for Strategic and International Studies, 1. Juni 2022.

11 Iswestija: „Putin zajawil o ne imejuschtschem analogow w mire nowom rossijskom oruzhii“ [Putin kündigt neue russische Waffen an, die ihresgleichen suchen], 23. Februar 2022.

Kämpfe im Donbas 2014–2021 erprobt wurde, erwies sich unter den Bedingungen groß angelegter intensiver Kampfhandlungen im Jahr 2022 als ineffektiv.

Bedeutsam ist, dass die ukrainische Armee im Zeitraum 2014–2021 dank der Zusammenarbeit mit der NATO einige wesentliche NATO-Standards übernommen hat, die im Krieg von 2022 einen großen Unterschied machten. Im Vergleich zur russischen Armee konnten sich die ukrainischen Einheiten von einem archaischen, lethargischen sowjetischen Entscheidungsprozess an der Front verabschieden. Den ukrainischen Streitkräften wurde beigebracht, auf der untersten Ebene der Militärhierarchie die Initiative zu ergreifen und dringende taktische Entscheidungen zu treffen, ohne sie mit dem Oberkommando abzustimmen.¹² Im Jahr 2020 konnten die ukrainischen Soldaten immer noch dafür bestraft werden, dass sie ohne Erlaubnis des übergeordneten Hauptquartiers das Feuer erwidern, wenn sie von DNR und LNR angegriffen werden.¹³ Erst 2022 wurde die neue westliche Schule, die Entscheidung den Einsatzkräften zu überlassen, allgemein angenommen und begünstigte sofort die ukrainische Seite.

3. Die militärische Unterstützung des Westens

In der ersten Phase des Kriegs (24. Februar bis 1. April) kämpften die ukrainischen Verteidiger hauptsächlich mit veralteten Waffen aus sowjetischer Produktion und einem geringen Anteil an modernisierten und neuesten Modellen. Die kurz vor der Invasion erhaltenen westlichen Waffen waren für den Nahkampf ausgelegt, da das wahrscheinlichste Szenario des russisch-ukrainischen Konflikts zu diesem Zeitpunkt eine schnelle Besetzung und ein langer Guerillakrieg war. Die ersten überzeugenden taktischen Siege veranlassten die Partner, die Klassifizierung und den Umfang der militärischen Unterstützung radikal zu überarbeiten. So wurde im April 2022 die Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine (informelle Koalitionen zur Unterstützung der Ukraine in den Formaten *Ramstein* und *Kopenhagen*) gegründet, die die Grundlage für eine systematische und langfristige Unterstützung der ukrainischen Verteidigungskapazitäten in

12 Informationen von einem Soldaten der ukrainischen Armee (aus privater Quelle des Autors, der anonym bleiben möchte), ein Gespräch von 31.07.2022.

13 Ebd.

dem Konflikt bildete, der sich in der Folge zu einem Zermürbungskrieg entwickelte.¹⁴

Allein für den Zeitraum Februar bis November 2022 belief sich die Militärhilfe für die Ukraine auf 41,3 Milliarden Euro, wobei Polen und die baltischen Staaten (z. B. Litauen und Estland, die 41 Prozent bzw. 37 Prozent ihrer Verteidigungshaushalte zur Verfügung stellten) an der Spitze liegen.¹⁵ Der Westen stellte sich dieser Herausforderung in der Tat als konsolidierte Flanke, auch wenn es zwischendurch Meinungsverschiedenheiten über Art, Menge und Zeitpunkt bestimmter Waffenlieferungen gab. Während der ersten sechs Wochen des Kriegs, als die russischen Raketenangriffe auf die Zivilbevölkerung am stärksten waren, war der virale Aufruf *#NATOClosethesky* nicht nur Teil der virtuellen Welt. Die Staats- und Regierungschefs Polens und der baltischen Staaten waren die ersten westlichen Politiker, die in das vom Krieg zerrüttete Kyjiw reisten¹⁶, doch ihr Besuch war nicht nur ein Zeichen des außergewöhnlichen Mitgefühls und der Unterstützung.

Die osteuropäischen Regierungschefs zogen in Erwägung, der Ukraine lebenswichtige Unterstützung zu gewähren, um die größte Schwäche der Ukraine – die fehlende Luftüberlegenheit – zu verbessern. Die Länder prüften kurzzeitig die Option, innerhalb der NATO eine Friedensmission zu bilden, um tatsächlich militärisch in den Krieg einzugreifen und den Luftraum zu schließen.¹⁷ Selbst im Nachhinein ist es schwer, die möglichen Vor- und Nachteile einer solchen Operation in der Realität abzuwägen, obwohl sie sich definitiv auf das Image der Einheit des Westens auswirken würde, die Putin so aktiv zu zerstören versucht.

14 Razumkov Centre: Rol' i Mistse Ukraïny w Perspektywnyh Jewropejs'kyh ta Jewroatlantychnyh Systemah Bezpeky [Die Rolle und der Platz der Ukraine in den zukünftigen europäischen und euro-atlantischen Sicherheitssystemen], Kyjiw, 2022, S. 21–22; Ukrinform: Sustritsh u Kopengageni stane rozshirenjam formatu „Ramshtajn“ – Minoborony Nimechchyny [Treffen in Kopenhagen wird eine Erweiterung des „Ramstein“-Formats sein – Deutsches Verteidigungsministerium], 8. August 2022.

15 Ukrinform: „Sojuznyky z'ogorich nadaly Ukraïni zbroï na sumu, schtscho stanowyt' 86% wijs'kowoho bjudzhetu Rossiji – Kyslytsia“ [Verbündete haben der Ukraine in diesem Jahr Waffen im Wert von 86 % des russischen Militärbudgets geliefert – Kyslytsia], 1. November 2022.

16 Podolsky, Jewhen: „Wizyt solidarnosti do Kyjewa: Prezidenty Pol'schtschi ta Prybaltyky zustrylsja iz Selens'kym“ [Solidaritätsbesuch in Kiew: Treffen der Präsidenten Polens und der baltischen Staaten mit Selenskyj], DIP, 13. April 2022.

17 Wądołowska, Agnieszka: „Poland to call for peacekeeping mission in Ukraine at NATO summit“, Notes from Poland, 18 March 2022.

Seit dem 24. Februar liegt die Hauptrolle bei der Unterstützung der Ukraine nach wie vor auf der US-Seite. An einem ersten Wendepunkt des Kriegs, dem Kampf um Kyjiw und die Städte Moshchun und Irpin, setzte der effektive Einsatz der leichten US-Panzerabwehrwaffen *Javelin* und des tragbaren Flugabwehrraketensystems *Stinger* ein erstes Zeichen zur Notwendigkeit, die Ukraine dringend aufzurüsten¹⁸. Washingtons erste Lieferungen von 155-mm-Haubitzen ermöglichten es der Ukraine, langwierige Kämpfe in Sjewjerodonezk zu führen, die Russland unerwartet viel Zeit und Personal kosteten, um die Stadt zu halten. Diese entscheidende Operation gab den westlichen Verbündeten die Gewissheit, dass die Ukraine gute Chancen hat, den Angriffen standzuhalten und sogar eine Gegenoffensive zu starten, sobald eine dynamischere Waffenlieferung durchgesetzt wird. Trotz der zu erwartenden russischen Versäumnisse in den Bereichen Logistik, Projektmanagement und Kommunikation (aufgrund der tief verwurzelten Korruption) sowie des Zusammenbruchs der Moral der Armee (aufgrund wahnhafter militärischer Ziele und Bedingungen) waren die russischen Streitkräfte bis vor kurzem in Bezug auf die Menge an Waffen und Munition gegenüber der Ukraine zuversichtlich: Im Juni 2022 betrug der Koeffizient zwischen den Artillerieeinheiten der ukrainischen und der russischen Armee jeweils 1:15.¹⁹

Ein weiterer Triumph auf dem ukrainischen Schlachtfeld sind die UAV-Systeme, die hauptsächlich von den USA (*Switchblade*, *Phoenix Ghost*, *RQ-20 Puma*)²⁰, und der Türkei (*Bayraktar TB2*) geliefert werden. Aufgrund der Einfachheit der Herstellung und der Effizienz der Nutzung hat die Ukraine eine eigene Produktionslinie für Schlag-, Korrektur- und Aufklärungsdrohnen in Betrieb genommen, deren Testphase im Oktober 2022 endet.²¹ Die Lieferung eines starken Artilleriesystems und mehrerer Raketenwerfer (*HIMARS*) ermöglichte es der Ukraine, im September 2022

18 Ukrinform: „Interview z Den Rise, spesial'nyj radnyk Walerija Zaluzhnoho“ [Interview with Dan Rice, Sonderberater von Valeriy Zaluzhny], 19. Mai 2022.

19 Epstein, Jake/Haltiwanger, John: „Ukraine says Russia has 10 to 15 times more artillery than its military, warning that its survival hinges on the West sending more weapons“, *Business Insider*, 10 June 2022.

20 Mirer, Polina: „Jaku zbroju ta na jaku sumu Ukraïna otrymala wid SSHa z pochatyk wojny“ [Welche Waffen und für wie viel Geld hat die Ukraine seit Beginn des Krieges von den USA erhalten?], *Suspilne Media*, 12. Mai 2022.

21 Bunetskyj, Dmytro: Peretworyty wijnu artilerii na wijnu droniw: u chomu sut' i jak pracjuwatyme programa rozwitky bezpilotnykyw w Ukraïny [Die Umwandlung des Artilleriekriegs in einen Drohnenkrieg: Was ist das Wesentliche und wie wird das Drohnenentwicklungsprogramm in der Ukraine funktionieren?], 15. Oktober 2022.

eine beeindruckende Offensive in Charkiw und Cherson zu starten und sogar militärische Ziele auf russischem Gebiet zu treffen. Die französischen Panzerhaubitzen CAESAR ergänzten und ersetzten teilweise die sowjetischen 203-mm-Kanonen 2S7 *Pion* oder 152,4-mm-Kanonen 2S3 *Akatsiya* in den ukrainischen Artilleriebrigaden. Trotz einiger Skeptiker im Westen, die befürchteten, dass die ukrainischen Soldaten nicht ausreichend an den westlichen Systemen geschult seien, haben die Brigaden, die mit *Pion* oder *Akatsiya* arbeiteten, CAESAR in kürzester Zeit erfolgreich adaptiert.

Ein wesentliches „Hilfsmittel“ für eine erfolgreichere Herbstoffensive der Ukraine wäre sicherlich die Lieferung von Kampfpanzern. Zunächst hatte der Westen beschlossen, die ukrainischen Streitkräfte mit sowjetischen Panzern aus seinen Lagern zu versorgen – im April 2022 lieferten die Tschechische Republik und Polen Hunderte von T-72- und BMP-1-Panzern²². Die NATO-Verbündeten hielten Abstand von der Entscheidung, neuere Fahrzeuge zu liefern, obwohl dies die Rückeroberung ukrainischer Gebiete eindeutig beschleunigen würde. Die Ukraine gibt an, dass der größte „Sponsor“ von Panzern für die ukrainische Armee derzeit die russischen BTGs sind, da diese oftmals Panzer beim Rückzug zurücklassen. Doch trotz dieser „Leihgabe“ aus Russland von fast 400 Kampfpanzern und 170 Artilleriesystemen²³, erfordert die lange Frontlinie noch mehr schwere Waffen, um gegen die russische Armee bestehen zu können. Während Deutschland es noch vermeidet, eine Führungsrolle bei der Lieferung der neuesten Kampfpanzer zu übernehmen, wird dies früher oder später ein logischer Schritt für alle Verbündeten sein.

Einer der größten Erfolge des Westens im Ukraine-Krieg ist wahrscheinlich der Triumph seiner Geheimdienste. Vor allem die britischen und US-amerikanischen Dienste lieferten vor dem 24. Februar eine präzise Vorhersage für Putins militärische Pläne und versorgen die Ukraine bis heute in Echtzeit mit genauen, wichtigen Informationen über ihren Feind. Die „strategische Warnung“ des Westens²⁴ in Verbindung mit einem umfas-

22 The Page: „Wid partysans'kyh Javelin do raket ta SRK: jaku sbroju Sahid daw Ukraïni za try misjazi“ [Vom Guerilla-Javelin bis zu Raketen und SAMs: Welche Waffen der Westen der Ukraine in drei Monaten gegeben hat], 26. Mai 2022.

23 Dzenko, Wolodymyr: „Lend-lis“ po-rosijs'ky. Jak Rosija stala najbil'shym post-achal'nykom wazhkoho ozbrojennja Ukraïny u 2022 rozi [„Land-lease“ auf Russisch. Wie Russland zum größten Lieferanten schwerer Waffen an die Ukraine im Jahr 2022 wurde], Forbes, 28. September 2022.

24 Abdalla, Neveen Shaaban/Davies, Philip H. J./Gustafson, Kristian/Lomas, Dan/Wagner, Steven: „Intelligence and the War in Ukraine: Part 1“, War on the Rocks, 11. Mai 2022.

senden System von Agenten der Hauptnachrichtendirektion des Verteidigungsministeriums in den russischen Gebieten ermöglichte es der Ukraine, den russischen Vormarsch innerhalb der ersten zwei Monate zu verlangsamen, indem sie die Logistik- und Nachschubzentren sogar auf dem russischen Festland zerstörte²⁵ – in der Tat eine beispiellose Entwicklung der Ereignisse für den Kreml.

Darüber hinaus ist eine neue Art der ausländischen Unterstützung für den ukrainischen Verteidigungssektor entstanden – die nichtstaatliche Unterstützung durch Privatpersonen oder Unternehmen. Die persönliche Entscheidung des CEO von *SpaceX*, die *Starlink*-Satellitenschüsseln in kürzester Zeit zu liefern, oder das Engagement des Direktors von *Baykar Technology*, die Produktion und Lieferung von UAVs zu beschleunigen, stellten eine schnelle und wirksame Veränderung auf dem Kampfgebiet zu Gunsten der Ukraine dar.

4. Die nationale Waffenentwicklung und -produktion in der Ukraine

Trotz der kritischen Abhängigkeit von westlicher Hilfe hat die Ukraine selbst bemerkenswerte Fortschritte bei der Entwicklung und Herstellung einiger sehr anspruchsvoller Waffen gemacht. Wie bereits erwähnt, hat die Ukraine einen großen Teil des sowjetischen militärisch-industriellen Komplexes geerbt. Es handelte sich jedoch nicht um einen autarken Produktionszyklus und aufgrund der Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren, der Entmilitarisierung und der starken Abhängigkeit vom russischen militärisch-industriellen Komplex sah sich die Industrie mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert, insbesondere nach dem Ausbruch des Kriegs im Jahr 2014.²⁶ Danach genehmigte die ukrainische Regierung eine *Roadmap* für den Zeitraum 2016–2022,²⁷ die es ermöglichte, Originalwaffen zu entwickeln, die auch aktuell eine wesentliche Rolle spielen.

25 ZN,UA: „Ataka ta znytschennja ob'ektiw u Belgorodi mozhe uskladnyty dlja RF ataky na Charkiw — rozwidka Britanii“ [Angriff und Zerstörung von Einrichtungen in Belgorod könnten russische Angriffe auf Charkiw erschweren – Britischer Geheimdienst], 2. April 2022.

26 *Military*: „Jak Ukraïni wigotowljati sutschasnu zbroju?“ [Wie kann die Ukraine moderne Waffen produzieren?], 14. Februar 2022.

27 Dubenskyj, Witalij: „Poroschenko wwiw u diju zahody z rozwytky ukraïns'kogo OPK“ [Poroschenko ergreift Maßnahmen zur Entwicklung der ukrainischen Rüstungsindustrie], Deutsche Welle, 3. August 2016.

Die Versenkung des Flaggschiffs der russischen Schwarzmeerflotte, des Raketenkreuzers *Moskwa*, im April 2022 wird mit Sicherheit in die Geschichtsbücher eingehen. Dieser militärische Erfolg wird dem vom staatlichen Konstruktionsbüro *Luch* in Kyjiw entwickelten Anti-Schiffssystem *Neptune* mit einer Reichweite von 280 Kilometern zugeschrieben.²⁸ Das Konstruktionsbüro *Pivdenne* in der Stadt Dnipro entwickelte die Rakete *Typhoon-1* für das MLRS-System *Grad*, die eine doppelte Reichweite von bis zu 40 Kilometer hat, sowie eine Version mit hoher Präzision, die *Typhoon-1M*. Ein weiteres Projekt zur Entwicklung von 122-mm-Systemen wie *Verba* und *Berest* sowie die 220-mm-Rakete *Bureviy* haben die Effektivität der ukrainischen Artillerie erheblich verbessert.²⁹ Wenn die Ukraine in der Lage gewesen wäre, ihre Vorhaben im militärisch-industriellen Bereich bis 2022 planmäßig zu verwirklichen, hätte ein späterer russischer Angriff eine ernsthaftere Reaktion zur Folge gehabt.

Der nachgewiesene Erfolg der in der Ukraine hergestellten Waffen auf dem Schlachtfeld eröffnet auch eine neue Phase für die westliche Zusammenarbeit mit der Ukraine im militärisch-industriellen Bereich. Eine engere Zusammenarbeit in diesem Gebiet würde beiden Seiten zugutekommen.

5. Die nichtmaterielle Komponente der ukrainischen Verteidigung: Ein Faktor der Moral

„Die Ukraine hängt von der Moral ab und Russland von den Söldnern“³⁰, erklärte *The Guardian*, und betonte noch einmal, in Anlehnung an Sun Tzu und Clausewitz, wie wesentlich dieses Prinzip für einen Sieg ist. Im Gegensatz zu den Herausforderungen der Russen im Herbst 2022, 300.000 Soldaten zu mobilisieren, zeigen die Warteschlangen vor den militärischen Rekrutierungsbüros in der Ukraine deutlich, dass die Motivation hoch ist. Sowohl die ukrainischen Soldatinnen und Soldaten als auch die Zivil-

28 Badrak, Dmytro: „Nowitnja ukrains'ka zbroja. Top-10 ostannih dosjagnen' derzhawnyh pidprijemstw“ [Die neuesten ukrainischen Waffen. Top 10 der neuesten Errungenschaften staatlicher Unternehmen], Glavcom, 3. September 2020.

29 Defense Express: „Najzikawishi rosrobky oboronno-promyslowoho kompleksu Ukraïni, jaki mozhut' wity na poligoni u 2021 rozi“ [Die interessantesten Entwicklungen des militärisch-industriellen Komplexes der Ukraine, der 2021 auf dem Übungsplatz stehen könnte], 3. Januar 2021.

30 Sabbagh, Dan: „Ukraine depends on morale and Russia on mercenaries. It could decide the war“, *The Guardian*, 17. September 2022.

bevölkerung demonstrieren eine beeindruckende Moral gegenüber Beobachtern von außen. Ob diese Beobachter nun aus Europa oder Russland kommen, ihr Erstaunen rührt wohl von einer fehlenden Kenntnis der Geschichte des Landes her. So wie der ukrainische militärisch-technische Sektor und das Kommando acht Jahre Zeit hatten, sich anzupassen, Lücken zu schließen und die russischen Taktiken zu studieren, hatte das ukrainische Volk Hunderte von Jahren Zeit, die russischen Unterdrückungsmethoden zu erlernen und so eine Immunität zu entwickeln – etwas, das die Menschen in Europa erst jetzt, angesichts der russischen Desinformationskampagne, zu lernen beginnen.

Der wesentliche Kern für die Moral der Ukraine beruht auf zwei Schlüsselbegriffen, die für die Mehrheit der Bevölkerung einfach zu verstehen sind. Erstens: Putin verstößt gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte – die Angriffe sowohl 2014 als auch 2022 sind zweifellos unrechtmäßig und werden auch allgemein als ungerecht empfunden. Zweitens: Wie man aus der „Familiengeschichte“ weiß³¹, verlieren die Durchschnittsukrainer mehr, wenn sie sich weigern, das russische Invasionsregime zu bekämpfen, egal ob es ein zaristisches, sowjetisches oder putinistisches ist. Sobald der Eindringling die Oberhand gewinnt, kann ein Vertreter der ukrainischen Herkunft deportiert, ausgegrenzt, sexuell vergewaltigt, kastriert, bestraft oder getötet werden.

Die befreiten Städte Butscha, Irpin und Isjum bieten ein tragisches Bild der russischen Methoden im Kriegsgebiet, die im Laufe der Geschichte immer wieder angewandt wurden (z. B. Kaukasuskriege, Tschetschenienkrieg, Syrien). Lange bevor der skandalöse Artikel „Was soll Russland mit der Ukraine tun?“ der Kreml-Propaganda-Zeitung *RIA Novosti* massenhafte ethnische Säuberungen vorschlug³², zeigte die angewandte Methodik „vor Ort“ bereits, wohin dies führt. So ist die überwiegende Mehrheit der Ukrainer der Meinung, dass es besser ist zu kämpfen, als aufzugeben und das Schicksal von Mariupol zu erleben.

Die russische Führung hat die Lektion der letzten acht Jahre eindeutig nicht gelernt und setzt immer noch darauf, die ukrainische Moral zu bre-

31 Wie z. B. der Holodomor (ein künstlicher Hunger, die von der Kommunistischen Partei 1932–1933 in den überwiegend von Ukrainern bewohnten Gebieten durchgeführt wurde), die Repressionen Stalins Ende der 1930er Jahre, die Gesetze zum Verbot der ukrainischen Sprache und Kultur (z. B. Waluew-Rundschreiben von 1863, Ems-Dekret von 1876), sowie die Deportation der wohlhabenden ukrainischen Bauern („Kulaken“).

32 Sergejtschow, Timofej: „Chto Rossija dolzhna sdelat' s Ukrainoj“ [Was Russland in Bezug auf die Ukraine tun sollte], *RIA Nowosti*, 3. April 2022.

chen. Nach den Misserfolgen auf dem Schlachtfeld im Herbst 2022 wendet der Kreml weiterhin asymmetrische Methoden der Kriegsführung an, wie Erpressung (z. B. nukleare Bedrohung), Desinformation (z. B. die angebliche Herstellung einer „dirty Bomb“ durch die Ukraine) und Terrorismus (Raketen- und Drohnenangriffe auf zivile Infrastrukturen). Solche Angriffe führen in der Tat zu erheblichen Komplikationen im ukrainischen Alltag, da die Stromausfälle insbesondere die Industrie lahmlegen, die medizinische Versorgung gefährden und die Logistik beeinträchtigen. Allerdings werden diese Angriffe für die russische Führung kaum wirksam bleiben und die ukrainische Moral brechen. Nicht nur die Ukraine führt im Bündnis mit den westlichen Partnern neue Luftabwehrsysteme ein, sondern auch das ukrainische Versorgungssystem ist widerstandsfähiger als erwartet. Den kommunalen Diensten gelingt es, Schäden in kürzester Zeit zu beheben, gerade weil die Ukraine eine sowjetische Infrastruktur geerbt hat, die jahrzehntelang umgestaltet und mit zusätzlichen Sicherheitsressourcen ausgebaut wurde, um einem vermeintlichen Angriff des Westens während des Kalten Kriegs standzuhalten.

Ein weiteres soziales Phänomen der Ukraine in diesem Krieg, die ehrenamtliche Bewegung, entstand auf dem Maidan und verbrachte die letzten acht Jahre damit, die ukrainischen Soldatinnen und Soldaten im Donbas auszurüsten. Im Jahr 2022 gelang es Hunderten von Zellen und Einheiten, Tausenden von unabhängigen Menschen, per *Crowdfunding* Ressourcen zu beschaffen und die benötigten Güter für Zivilisten oder Militärs zu kaufen: Von Proviant und medizinischen Kits bis hin zu beeindruckenden Kampagnen zum Kauf von *Bayraktar TB2*-Drohnen oder britischen Schützenpanzern *Spartan* für die Armee.³³ Unter den Bedingungen eines totalen Kriegs, in dem jeder in der Ukraine ein Ziel der russischen Kriegsführung ist, wird ein solches freiwilliges Engagement als bewusster und unbestrittener persönlicher Beitrag für das Überleben des Landes angesehen. Während sich die westliche Öffentlichkeit also über Selenskyjs Aussage „Ich brauche Munition, keine Mitfahrgelegenheit“³⁴ wundert, wird seine Reaktion in der Ukraine als natürlich empfunden.

Eine langwierige Invasion Russlands hat die Ukrainer tatsächlich geeint und zum Reifeprozess der Nation beigetragen. In den letzten acht Jahren

33 Myronenko, Toma: „Fond Serhija Prytuly ob'jawił sbor na bronetransportery Spartan. Cel' – 200 mln grn“ [Die Serhiy Prytula Foundation hat eine Spendenaktion für gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Spartan angekündigt. Ziel – 200 Mio. Griwna], *Forbes*, 2. November 2022.

34 Kessler, Glenn: „Zelensky's famous quote of 'need ammo, not a ride' not easily confirmed“, *The Washington Post*, 6. März 2022.

haben sich die Widerstandsfähigkeit, die Moral und die Anpassungsfähigkeit verbessert, sodass ein robustes Hindernis für Putins Expansionismus entstanden ist. Gleichzeitig verringert eine solche anhaltende Ausrottung der Bevölkerung die Chancen der Ukraine, einem Kompromiss zuzustimmen. Gegenwärtig sind sowohl die Bevölkerung als auch die politische Führung der Ansicht, dass ein Friedensabkommen nur unter der Bedingung der Grenzlinie von 2013, mit Reparationen und einem Tribunal, unterzeichnet werden kann. Doch es gibt bereits ein geringes Segment in der Gesellschaft, das die Ukraine erst nach dem Zusammenbruch des modernen Russlands als Bundesstaat in Sicherheit sieht und entsprechend bis dahin kämpfen wird – „*Carthago delenda est*“. Die andauernden russischen Angriffe werden kaum die ukrainische Moral brechen, welche neuen kreativen Formen diese Angriffe auch immer haben werden. Es besteht jedoch eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die sich häufenden Kriegsverbrechen die ukrainische Gesellschaft radikalisiert werden. Auch auf dieses Szenario muss sich Europa vorbereiten; und die Ukraine dabei zu unterstützen, den konventionellen Krieg so bald wie möglich zu gewinnen, ist eine der Lösungen.

6. *Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Ukraine mit dem Westen:
Von formalen Kontakten zur existenziellen Partnerschaft*

Aus einer Reihe von Gründen (z. B. Versagen der Wirtschaftsreformen in den 1990er Jahren, pro-russische Politik, Korruption, zentralisierte Wirtschaft, Oligarchie) war die Ukraine nicht in der Lage, den Weg der Integration der baltischen Staaten in die europäische und euroatlantische Sicherheitsarchitektur unmittelbar nach dem Zusammenbruch der UdSSR zu beschreiten. Seit dem Beginn der Reform des Sicherheitssektors (SSR) im Jahr 1991 war die Partnerschaft zwischen der Ukraine und dem Westen im Verteidigungssektor konstant, aber kaum konsequent.³⁵ Für beide Seiten handelte es sich weniger um eine dauerhafte Strategie, sondern eher um einen Lackmus-Test, der von den persönlichen Vorlieben der häufig wechselnden Staatsführer abhing.³⁶

35 Melnyk, Oleksiy: „Putting Democratic Values at the Centre of International Assistance to Ukraine“, PeaceLab, 14. September 2020.

36 Razumkov Centre: Ukraine: 30 Years on the European Path, Razumkov Centre 2021. Zapovit: Kyjiw 2021, S. 329–340.

Auch viele europäische Hauptstädte waren sehr empfänglich für die Absichten des Kremls, die Ukraine als *Pufferzone*³⁷ zwischen der NATO und Russland zu erhalten. Putins groß angelegter Einmarsch in 2022 machte die Idee, die Ukraine sei ein „neutraler“ Staat, zunichte und auch der lange Verzicht des Westens, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, war nicht mehr zu halten.

Die USA sind nach wie vor der größte Partner des ukrainischen Verteidigungssektors – durch finanzielle Hilfe, Ausbildungsprogramme und militärische Ausrüstung (einschließlich der Lieferung von Patrouillenbooten *Mark VI*, *Island* und *Sea Force*, Mörserradar, gepanzerten Geländewagen, Panzerabwehrraketen *Javelin* usw.).³⁸ Kanada und Großbritannien stehen traditionell an zweiter Stelle bei den Finanzspenden für den ukrainischen Sicherheitssektor, die sich hauptsächlich auf Schulungen, medizinische Ausrüstung und finanzielle Hilfe konzentrieren.³⁹ Die führende Liste der Partner im Verteidigungssektor umfasst die Türkei, mit der die Ukraine bis 2022 drei direkte Außenwirtschaftsverträge über die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung, die nicht in der Ukraine hergestellt werden (Korvetten, unbemannte Luftfahrzeuge und Munition), unterzeichnet hat.⁴⁰

Die existenzielle Notwendigkeit Europas, die Lücken im ukrainischen Verteidigungssektor zu schließen, sowie die reine Absicht, die schrecklichen Verbrechen der russischen Armee in der Ukraine oder gar die faschistische Absicht, das ganze Land zu vernichten, zu stoppen⁴¹, zwangen die westlichen Partner, etwas zu beginnen, was Ende 2021 noch unvorstellbar

37 Ein Pufferstaat bedeutet, dass er neutral ist. Die Ukraine war jedoch von 2010–2013 nicht neutral, sondern pro-russisch. Mehr über die Merkmale eines „Pufferstaates“ siehe Krause, Joachim: Wird Russland in Belarus militärisch intervenieren?, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, Policy Brief Nr. 8, August 2020.

38 Ukrainisches Verteidigungsministerium: Analiz stanu mizhnarodnoho spiwrobitnytwa u Ministerstwi oborony Ukraïny ta Zbrojnyh Sylah Ukraïny sa 2020 rik [Analyse des Stands der internationalen Zusammenarbeit im Verteidigungsministerium der Ukraine und in den Streitkräften der Ukraine für 2020], 11. Juni 2021.

39 Ukrainisches Verteidigungsministerium: Kil'kiski pokasnyky mizhnarodnoho spiwrobitnytwa u 2014–2017 [Quantitative Indikatoren für die internationale Zusammenarbeit im Zeitraum 2014–2017].

40 Ukrainisches Verteidigungsministerium: Analiz stanu mizhnarodnoho spiwrobitnytwa u Ministerstwi oborony Ukraïny ta Zbrojnyh Sylah Ukraïny za 2020 rik [Analyse des Stands der internationalen Zusammenarbeit im Verteidigungsministerium der Ukraine und in den Streitkräften der Ukraine für 2020], 11. Juni 2021.

41 Sergeytsew, Timofej: „Chto Rossija dolzhna sdelat' s Ukraïnoj“ [Was Russland in Bezug auf die Ukraine tun sollte], RIA Nowosti, 3. April 2022.

war – die Lieferung schwerer Waffen. Die frühere Forderung, zunächst die Reformen im Justiz- und Wirtschaftssektor zu vollenden und die Korruption im Sicherheitssektor zu überwinden (*Ukroboronprom*-Reform), ist nach wie vor die wichtigste Voraussetzung für den NATO-Beitritt der Ukraine⁴², stellt aber definitiv kein Hindernis mehr für eine enge Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich dar.

7. *Komplizierte jedoch vitale Beziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland im Jahr 2022*

Im Vergleich zu 2014 hat die Einheit der westlichen Verbündeten angesichts der Herausforderung durch die russische Aggression definitiv Bestand gehabt und ist sogar noch stärker geworden. Dennoch hatte Kyjiw (und wahrscheinlich manchmal auch Washington und Brüssel) von einigen europäischen Staaten eine stärkere Reaktion auf die registrierten Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen durch die russische Armee erwartet. Unter den für die ukrainische Regierung „problematischsten Partnern“ ließ die „Ostpolitik“ Deutschlands die ukrainische Seite ratlos zurück. Während die deutsche Regierung als einer der Vorreiter bei der Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge gewürdigt wurde, machte sie in den ukrainischen Medien jedoch auch mit dem Eklat um Frank-Walter Steinmeier, dem Vorwurf an Olaf Scholz eine „beleidigte Leberwurst“ zu sein, oder den wiederholt unterbrochenen bzw. verzögerten Waffenlieferungen auf sich aufmerksam.

Deutschland hat sich für die Ukraine als ein komplizierter, aber unverzichtbarer Partner erwiesen. Dennoch kann kaum jemand in der Ukraine die „Befriedung des Aggressors“ der Regierung Merkel, die „Steinmeier“-Formel, die die Donbas-Krise de facto „eingefroren“ hat, oder den „*Nord Stream 2*-Sieg“ der russischen Lobbyisten vergessen. Es ist überflüssig zu erklären, warum die Ukraine schockiert war, als sie von einigen deutschen Experten die Begründung für die außergewöhnlichen Beziehungen zu Russland im Jahr 2022 hörte. Berlins besondere historische „Verpflichtung“ gegenüber Russland, nicht aber gegenüber der Ukraine, die 1941–

42 Hetmanchuk, Aljona/Solodkyj, Serhiy/Akhurdinova, Marianna: „Marshrut do Chlenstwa. Chomu Ukraïni Warty Zaproponuwały Dorozhnju Kartu Dlja Wstupu do NATO?“ [Weg zur Mitgliedschaft. Warum Sollte der Ukraine ein Fahrplan für den Nato-Beitritt Angeboten Werden?], New Europe Center, 2021.

1943 von der Wehrmacht weitgehend zerstört wurde, wurde von den Menschen in der Ukraine als nichts anderes als imperialistisch aufgefasst.

Bis zum 24. Februar 2022 war die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Ukraine im Verteidigungsbereich eine der schwächsten unter allen westlichen Partnern. Als drittgrößter Geldgeber der Ukraine hat Berlin jedoch traditionell den Bereich der Entwicklungsprogramme⁴³ und der Unterstützung der Reformen in verschiedenen Sektoren übernommen. Kyjiw versuchte, die Beziehungen zu seinem mächtigen westlichen Nachbarn eher vorsichtig aufzubauen, wobei es ständig an die deutschen Wirtschaftsinteressen in Russland oder die traditionelle deutsche Haltung gegen seine Waffenlieferungen erinnert wurde.⁴⁴

Robert Habecks Besuch in der Ostukraine, sein Eintreten für Waffenlieferungen und die Anerkennung des ukrainischen Selbstverteidigungsrechts im Mai 2021⁴⁵ gaben Kyjiw jedoch die Hoffnung, dass der Regierungswechsel in Berlin zu einer deutlichen Änderung des Vorgehens führen würde. Für Kyjiw hat die Regierung der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel die Ukraine nicht als strategischen Partner betrachtet, sondern vielmehr „die strategische Gesamtsituation mit Russland im Auge behalten und diese Perspektive in die NATO-Beratungen eingebracht“.⁴⁶

Trotz Putins Behauptungen, er werde von den USA „an die Wand gedrückt“⁴⁷, blieb die Ukraine-Krise von 2014–2021 eine rein regionale Angelegenheit. An den Friedensgesprächen im Rahmen des Normandie-Formats ab 2014 nahmen die USA nicht teil. Washington überließ diese Angelegenheit bewusst oder unbewusst den Europäern und bot Frankreich und Deutschland die Gelegenheit, eine führende Rolle zu übernehmen, Europas Autonomie in Verteidigungsfragen unter Beweis zu stellen und die Verantwortung für seine eigene Sicherheit zu übernehmen.

43 Brady, Kate: „What does Germany do for Ukraine?“, Deutsche Welle, 26. September 2019.

44 Letzteres ruft jedoch in der Ukraine immer noch eine leichte kognitive Dissonanz hervor, wenn man weiß, dass Deutschland und Frankreich im Zeitraum 2015–2020 trotz des Waffenembargos, der Annexion der Krim und der russischen Präsenz in Syrien die führenden Waffenexporteure nach Russland waren (siehe Brillaud, Laure/Curic, Ana/Miñano, Leila/Schmidt, Nico: EU member states exported weapons to Russia after the 2014 embargo, Investigate Europe, 17. März 2022.)

45 Rippert, Ulrich: „German Green Party leader Habeck wants to arm Ukraine against Russia“, World Socialist Web Site, 28 May 2021.

46 Ebd.

47 Putin, Wladimir: Obraschtschenie Prezidenta Rossijskoj Federazii [Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation], Kreml, 21. Februar 2022.

Mit der ersten Verletzung des Waffenstillstands durch die von Russland unterstützten Separatisten aus der DNR im Dezember 2014⁴⁸, sowie mit der „vollen Unterstützung“ des russischen *Nord Stream 2*-Projekts haben die europäischen Staaten, darunter auch Deutschland, bei der Verteidigung Europas versagt. Während der letzten acht Jahre hat Berlin nicht anerkannt, dass die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine auch Deutschlands Sicherheitsinteressen sind,⁴⁹ und zwar aus mindestens drei Gründen:

- ein stabiler und widerstandsfähiger Nachbar ist für Deutschland wirtschaftlich von Vorteil;
- die Integrität des ukrainischen Territoriums gewährleistet die Rechtsstaatlichkeit und moderne Sicherheitsordnung in Europa;
- Es lag im deutschen Interesse, den *Status Quo* der Region zu schützen, in der Berlin eine führende Rolle spielte, während eine Instabilität die Achse weiter nach Osten verschieben und Osteuropa zu einem neuen Zentrum der EU machen könnte.

Nach neun Monaten des Kriegs in der Ukraine muss man trotz der Fehler und verpassten Chancen Deutschlands dennoch anerkennen, dass Deutschland wesentliche Beiträge zu den ukrainischen Erfolgen auf dem Schlachtfeld geleistet hat. Durch die besondere Hilfe des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz⁵⁰ erhielten die Ukrainer im Juni 2022 gepanzerte Mannschaftstransportwagen vom *Typ M113*.⁵¹ Diese 54 AMPV-Einheiten spielten eine wichtige Rolle bei der August-September-Offensive, als das ukrainische Kommando die Offensive in Cherson ankündigte, in Wirklichkeit aber einen Gegenangriff um Charkiw startete. Das ukrainische Kommando hatte schließlich die einmalige Gelegenheit, die Truppen in kürzester Zeit über Hunderte von Kilometern zu verlagern. Zwei der im April versprochenen wirksamen deutschen Luftabwehrsysteme *Iris-T SLM*⁵², erreichten die Ukraine schließlich im Oktober und lieferten vom ersten Tag an beeindruckende Ergebnisse in der Abwehr russischer Angriffe auf die (kritische) Infrastruktur. Auch Berlins Überlegungen, Bergepan-

48 OSCE: OSCE SMM Patrol caught up in small arms crossfire, 16. Dezember 2014.

49 Melnyk, Putting Democratic Values at the Centre of International Assistance to Ukraine, 14. September 2020.

50 Informationen aus einer privaten Quelle des Autors, der anonym bleiben möchte, Gespräch vom 20.05.2022.

51 Die Bundesregierung: Militärische Unterstützungsleistungen für die Ukraine, 25.10.2022.

52 Ebd.

zer zu liefern, ist ein kreativer Weg, um die Lieferung von Kampfpanzern zu vermeiden: Während der zu erwartenden feuchten Winterzeit können die ukrainischen Streitkräfte russische Panzer, die im Schlamm stecken geblieben sind, herausziehen und für den eigenen Gebrauch übernehmen.

7. Fazit

Trotz aller pessimistischen Prognosen konnte die Ukraine dem russischen Großangriff in 2022 bislang standhalten und sogar einige beeindruckende Ergebnisse auf dem Schlachtfeld erzielen. Dies beruht zweifellos auf dem Widerstand der ukrainischen Zivilbevölkerung sowie der massiven Waffenlieferungen der Verbündeten. Letztere hätten durchaus weiter an ihrer vorsichtigen und minimalen Unterstützung der Ukraine mit Waffen, wie es nach der Krim-Besatzung der Fall war, festhalten können. Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 und der Fähigkeit der Ukraine den russischen Truppen auf beeindruckende Weise standzuhalten entschied sich der Westen jedoch dazu, die ukrainische Armee mit wesentlichen Verteidigungsmitteln zu versorgen. Die geglückte Herbstoffensive der ukrainischen Armee in den Gebieten von Charkiw und Cherson, die zweifellos das Ergebnis einer solchen militärischen Unterstützung ist, hat die verbleibende Skepsis einiger NATO-Mitglieder hinsichtlich der ukrainischen Fähigkeit, neue Waffensysteme zu übernehmen, sie kreativ in die Taktik und die Landschaft der Ostukraine zu integrieren und das Vorrücken der russischen Armee zu stoppen, weiter ausgeräumt. Der Krieg hat sich in einen Zermübungskrieg verwandelt und nun hat Kyjiw dank der engagierten militärischen Unterstützung des Westens sowie der starken ukrainischen Moral (Widerstandsfähigkeit und Durchhaltevermögen) eine beträchtliche Chance auf einen Sieg – was auch immer vom Westen oder der Ukraine als Sieg betrachtet wird.

Im Hinterkopf vieler Ukrainer bleibt jedoch auch der Gedanke, dass eine frühere Unterstützung der ukrainischen Armee durch den Westen den Schaden für die Ukraine und Europa viel geringer hätte ausfallen lassen können. In Anbetracht der verpassten Gelegenheiten ist es daher wichtig, dass die westlichen Verbündeten – und vor allem Berlin – nach dem 24. Februar eine neue, vernünftige Strategie sowohl für die Ukraine als auch für Osteuropa entwerfen. So muss auch die Bundesregierung anerkennen, dass Deutschland, sowie die gesamte demokratische Welt, auf den Erfolg der Ukraine im Krieg gegen Russland angewiesen ist – nicht zuletzt, um ein Übergreifen des Kriegs auf andere Länder zu verhindern.

Die Waffenlieferungen der neuesten NATO-Systeme, insbesondere deutscher Kampfpanzer, kann ein Ende des anhaltenden brutalen Krieges in der Ukraine herbeiführen und eine weitere Eskalation in Osteuropa verhindern. Wichtig ist, dass die politischen und finanziellen Aspekte der deutschen Hilfe für die Ukraine sowie Deutschlands strategisches Interesse an der Ukraine als Investition in eine gemeinsame europäische Sicherheit und in Deutschlands eigene Sicherheit erkannt und klar kommuniziert werden.⁵³

Literaturverzeichnis

- Abdalla, Neveen Shaaban/Davies, Philip H. J./Gustafson, Kristian/Lomas, Dan/Wagner, Steven: „Intelligence and the War in Ukraine: Part 1“, War on the Rocks, 11. Mai 2022, <https://warontherocks.com/2022/05/intelligence-and-the-war-in-ukraine-part-1/>, 16.10.2022.
- Badrak, Dmytro: „Nowitnja ukrains'ka zbroja. Top-10 ostannih dosjagnen' derzhavnyh pidpryjemstv“ [Die neuesten ukrainischen Waffen. Top 10 der neuesten Errungenschaften staatlicher Unternehmen], Glavcom, 3. September 2020, <https://glavcom.ua/publications/novitnya-ukrajinska-zbroja-top-10-ostannih-dosjagnen-derzhavnih-pidpriemstv-702873.html>, 21.10.2022.
- Brady, Kate: „What does Germany do for Ukraine?“, Deutsche Welle, 26. September 2019, <https://www.dw.com/en/what-does-germany-do-for-ukraine/a-50590709>, 19.09.2022.
- Bunetskyj, Dmytro: Peretworyty wijnu artilerii na wijnu droniw: u chomu sut' i jak pracjuwatyme programa rozwityk bezpilotnykyw w Ukraïny [Die Umwandlung des Artilleriekriegs in einen Drohnenkrieg: Was ist das Wesentliche und wie wird das Drohnenentwicklungsprogramm in der Ukraine funktionieren?], 15. Oktober 2022, <https://dev.ua/news/drony-interviu>, 15.10.2022.
- Dzenko, Wolodymyr: „Lend-lis“ po-rosijs'ky. Jak Rosija stala najbil'shym postachal'nykom wazhkoho ozbrojennja Ukraïny u 2022 rozi [„Land-lease“ auf Russisch. Wie Russland zum größten Lieferanten schwerer Waffen an die Ukraine im Jahr 2022 wurde], Forbes, 28. September 2022, <https://forbes.ua/war-in-ukraine/lend-liz-po-ruski-rosiya-stala-naybilshim-postachalnikom-vazhkogo-ozbroennja-ukraini-u-2022-rotsi-28092022-8631>, 21.10.2022.

53 Mehr dazu finden Sie in dem Kapitel von Dr. Timo Graf „Der Ukraine-Krieg als exogener Schock für das Russlandbild und die Bündnissolidarität in der deutschen Bevölkerung“ in diesem Sammelband.

- Defense Express: „Najzikawishi rosbobky oboronno-promyslowoho kompleksu Ukraïni, jaki mozhut' wity na poligoni u 2021 rozi“ [Die interessantesten Entwicklungen des militärisch-industriellen Komplexes der Ukraine, der 2021 auf dem Übungsplatz stehen könnte], 3. Januar 2021, https://defence-ua.com/weapon_and_tech/najtsikavishi_rozbobki_oboronno_promislovogo_kompleksu_ukraïni_jaki_mozhut_vity_na_poligoni_u_2021_rotsi-2492.html, 15.10.2022.
- Die Bundesregierung: Militärische Unterstützungsleistungen für die Ukraine, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>, 25.10.2022.
- Dubenskyj, Witaliy: „Poroshenko wwiw u diju zahody z rozwytky ukraïns'kogo OPK“ [Poroschenko ergreift Maßnahmen zur Entwicklung der ukrainischen Rüstungsindustrie], Deutsche Welle, 3. August 2016.
- Epstein, Jake/Haltiwanger, John: „Ukraine says Russia has 10 to 15 times more artillery than its military, warning that its survival hinges on the West sending more weapons“, Business Insider, 10 June 2022, <https://www.businessinsider.com/ukraine-military-pleads-western-weapons-survival-saying-russia-more-artillery-2022-6>, 29.09.2022.
- Hetmanchuk, Aljona/Solodkyj, Serhiy/Akhurdinova, Marianna: „Marshrut do Chlenstwa. Chomu Ukraïni Warty Zaproponuwaty Dorozhnju Kartu Dlja Wstupu do NATO?“ [Weg zur Mitgliedschaft. Warum Sollte der Ukraine ein Fahrplan für den Nato-Beitritt Angeboten Werden?], New Europe Center, 2021, https://rpr.org.ua/wp-content/uploads/2021/06/Ukraine-NATO_Road_web_ukr.pdf, 13.09.2022.
- Iswestija: „Putin zajawil o ne imejuschthem analogow w mire nowom rossijskom oruzhii“ [Putin kündigt neue russische Waffen an, die ihresgleichen suchen], 23. Februar 2022, <https://iz.ru/1295772/2022-02-23/putin-zaiawil-o-ne-imeishch-em-analogov-v-mire-novom-rossiiskom-oruzhii>, 16.10.2022.
- Jones, Seth G.: Russia's Ill-Fated Invasion of Ukraine: Lessons in Modern Warfare, Center for Strategic and International Studies, 1. Juni 2022, <https://www.csis.org/analysis/russias-ill-fated-invasion-ukraine-lessons-modern-warfare>, 10.09.2022.
- Kagan, Frederick W./Barros, George/Stepanenko, Kateryna: „Russian Offensive Campaign Assessment“, Institute for the Study of War, 1. März 2022, <https://www.understandingwar.org/background/russian-offensive-campaign-assessment-march-1>, 27.09.2022.
- Kessler, Glenn: „Zelensky's famous quote of 'need ammo, not a ride' not easily confirmed“, The Washington Post, 6. März 2022, <https://www.washingtonpost.com/politics/2022/03/06/zelenskys-famous-quote-need-ammo-not-ride-not-easily-confirmed/>, 02.11.2022.
- Krause, Joachim: Wird Russland in Belarus militärisch intervenieren?, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, Policy Brief Nr. 8, August 2020, https://www.ispk.uni-kiel.de/de/publikationen/ispk-policy-briefs/ISPK_PB_08_Belarus.pdf, 25.10.2022.

- Melnyk, Oleksiy: „Putting Democratic Values at the Centre of International Assistance to Ukraine“, PeaceLab, 14. September 2020, <https://peacelab.blog/2020/09/putting-democratic-values-at-the-centre-of-international-assistance-to-ukraine>, 25.09.2022.
- Militarynyj: „Jak Ukraïni wigotowljati sutschasnu zbroju?“ [Wie kann die Ukraine moderne Waffen produzieren?], 14. Februar 2022, <https://mil.in.ua/uk/blogs/yak-ukrayini-vygotovlyaty-suchasnu-zbroyu/>, 21.10.2022.
- Mirer, Polina: „Jaku zbroju ta na jaku sumu Ukraïna otrymala wid SSHa z pochatykы wıjny“ [Welche Waffen und für wie viel Geld hat die Ukraine seit Beginn des Krieges von den USA erhalten?], Suspilne Media, 12. Mai 2022, <https://suspilne.media/238412-aku-zbrou-ta-na-aku-sumu-ukraina-otrymala-vid-ssa-z-pocatku-vijni/>, 29.09.2022.
- Mitzer, Stijn/Janovsky, Jakub/Oliemans, Joost/Dan, Kemal: Attack On Europe: „Documenting Russian Equipment Losses During The 2022 Russian Invasion Of Ukraine“, Oryx, März 2022, <https://www.oryxspioenkop.com/2022/02/attack-on-europe-documenting-equipment.html>, 12.10.2022.
- Myronenko, Toma: „Fond Serhija Prytuly ob'jawił sbor na bronetransportery Spartan. Cel' – 200 mln grn“ [Die Serhiy Prytula Foundation hat eine Spendenaktion für gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Spartan angekündigt. Ziel – 200 Mio. Griwna], Forbes, 2. November 2022, <https://forbes.ua/ru/news/fond-sergiya-prituly-ogolosiv-zbir-na-bronetransporteri-spartan-meta-200-mln-grn-02112022-9462>, 02.11.2022.
- OSCE: OSCE SMM Patrol caught up in small arms crossfire, 16. Dezember 2014, <https://www.osce.org/ukraine-smm/132096>, 08.11.2022.
- Peter, Laurence: Putin warning: „What does Russian military call-up mean for Ukraine?“, BBC News, 21. September 2022, <https://www.bbc.com/news/world-europe-62981289>, 23.09.2022.
- Podolsky, Jewhen: „Wizyt solidarnosti do Kyjewa: Prezidenty Pol'schtschi ta Prybaltyky zustrilisja iz Selens'kym“ [Solidaritätsbesuch in Kiew: Treffen der Präsidenten Polens und der baltischen Staaten mit Selenskyj], DIP, 13. April 2022, <https://dip.org.ua/estoniya/vizit-solidarnosti-do-kiyeva-prezidenti-polshhi-ta-pribaltiki-zustrilisya-iz-zelenskim/>, 11.10.2022.
- Präsident der Ukraine: Ukas Prezydenta Ukraïny Nr. 392/2020. Pro rishennja Rady nazional'noï bezpeky i oborony Ukraïny wid 14 weresnja 2020 roku „Pro Strategiju nazional'noï bezpeky Ukraïny“ [Erlass Des Präsidenten der Ukraine Nr. 392/2020. Über den Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine „Über die nationale Sicherheitsstrategie der Ukraine“], 14. September 2020, www.president.gov.ua/documents/3922020-35037, 17.09.2022.

- Präsident der Ukraine: Ukas Prezydenta Ukraïny Nr. 555/2015. Pro rishennja Rady nazional'noi bezpeky i oborony Ukraïny wid 2 weresnja 2015 roku „Pro novu redakciju Voennoi doktrini Ukraïni” [Erlass des Präsidenten der Ukraine Nr. 555/2015. Über den Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 2. September 2015 „Über die neue Fassung der Militärdoktrin der Ukraine“], 24. September 2015, <https://www.president.gov.ua/documents/5552015-19443>, 16.09.2022.
- Putin, Wladimir: Obraschtschenie Presidenta Rossijskoj Federazii [Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation], Kreml, 21. Februar 2022, <http://kremlin.ru/events/president/news/67828>, 11.10.2022.
- Razumkov Centre: Rol' i Mistse Ukraïny w Perspektywnyh Jewropejs'kyh ta Jewroatlantychnyh Systemah Bezpeky [Die Rolle und der Platz der Ukraine in den zukünftigen europäischen und euro-atlantischen Sicherheitssystemen], Kyjiw, 2022, S. 21–22, https://razumkov.org.ua/images/2022/11/16/2022_Rolj_i_mistce_Ukr.pdf, 02.11.2022;
- Razumkov Centre: Ukraine: 30 Years on the European Path, Razumkov Centre 2021. Zapovit: Kyjiw 2021, S. 329–340.
- Rippert, Ulrich: „German Green Party leader Habeck wants to arm Ukraine against Russia“, World Socialist Web Site, 28 May 2021, <https://www.wsws.org/en/articles/2021/05/29/ukra-m29.html>, 12.10.2022.
- Sabbagh, Dan: „Ukraine depends on morale and Russia on mercenaries. It could decide the war“, The Guardian, 17. September 2022, <https://www.theguardian.com/world/2022/sep/17/ukraine-depends-on-morale-and-russia-on-mercenaries-it-could-decide-the-war>, 19.09.2022.
- Sergejsew, Timofej: „Chto Rossija dolzhna sdelat' s Ukrainoj“ [Was Russland in Bezug auf die Ukraine tun sollte], RIA Nowosti, 3. April 2022, <https://ria.ru/2020403/ukraina-1781469605.html>, 15.10.2022.
- The Page: „Wid partysans'kyh Javelin do raket ta SRK: jaku sbroju Sahid daw Ukraïni za try misjazi“ [Vom Guerilla-Javelin bis zu Raketen und SAMs: Welche Waffen der Westen der Ukraine in drei Monaten gegeben hat], 26. Mai 2022, <https://thepage.ua/ua/politics/yak-zahid-ozbroyiv-ukrayinu-za-tri-misyaci-vijni>, 15.10.2022.
- Ukrainisches Verteidigungsministerium: Analis stanu mizhnarodnoho spiwrobitnyctwa u Ministerstwi oborony Ukraïny ta Zbrojnyh Sylah Ukraïny sa 2020 rik [Analyse des Stands der internationalen Zusammenarbeit im Verteidigungsministerium der Ukraine und in den Streitkräften der Ukraine für 2020], 11. Juni 2021, <https://www.mil.gov.ua/diyalnist/mizhnarodne-spiwrobitnicztwo/a-naliz-stanu-mizhnarodnogo-spiwrobitnicztwa-u-ministerstwi-oboroni-ukraini-ta-zbrojnih-silah-ukraini-za-2020-rik.html>, 30.10.2022.
- Ukrainisches Verteidigungsministerium: Kil'kisni pokasnyky mizhnarodnoho spiwrobitnyctwa u 2014–2017 [Quantitative Indikatoren für die internationale Zusammenarbeit im Zeitraum 2014–2017], <https://www.mil.gov.ua>, 30.10.2022.

- Ukrains'ka prawda: „Stenograma RNBO: Ukraïna mogla sibraty dlja sahysty lyshe 5 tysjatsch soldatiw“ [Abschrift des NSDC: Ukraine konnte nur 5 Tausend Soldaten für die Verteidigung sammeln], 22. Februar 2016, <https://www.pravda.com.ua/news/2016/02/22/7099906/>, 16.09.2022.
- Ukrinform: „Interview z Den Rise, spezial'nyj radnyk Walerija Zaluzhnoho“ [Interview with Dan Rice, Sonderberater von Valerij Zaluzhnyj], 19 May 2022, <https://www.ukrinform.ua/rubric-ato/3487212-den-rajs-specialnij-radnik-valeria-zaluzno-go.html>, 29.09.2022.
- Ukrinform: „Sojuznyky z'ogorich nadaly Ukraïni zbroï na sumu, schtscho stanovyt' 86% wijs'kowoho bjudzhetu Rossiji – Kyslytsia“ [Verbündete haben der Ukraine in diesem Jahr Waffen im Wert von 86 % des russischen Militärbudgets geliefert – Kyslytsia], 1. November 2022, <https://www.ukrinform.ua/rubric-ato/3605451-souzniki-cogoric-nadali-ukraini-zbroi-na-sumu-so-stanovit-86-vijskovogo-budzetu-rf-kislica.html>, 02.11.2022.
- Ukrinform: Sustritsh u Kopengageni stane rozshirennjam formatu „Ramshtajn“ – Minoborony Nimechchyny [Treffen in Kopenhagen wird eine Erweiterung des „Ramstein“-Formats sein – Deutsches Verteidigungsministerium], 8. August 2022, <https://www.ukrinform.ua/rubric-ato/3545977-zustric-u-kopengageni-stane-rozsirennam-formatu-ramstajn-minoborony-nimeccini.html>, 02.11.2022.
- Wądołowska, Agnieszka: „Poland to call for peacekeeping mission in Ukraine at NATO summit“, Notes from Poland, 18 March 2022, <https://notesfrompoland.com/2022/03/18/poland-to-call-for-peacekeeping-mission-in-ukraine-at-nato-summit/>, 29.09.2022.
- Werchowna Rada der Ukraine: Postanova Kabinetu Ministriw Ukraïny Nr. 671. Pro zatwerdzhennja Polozhennja pro Ministerstwo oborony Ukraïny [Entschließung des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 671. Zur Genehmigung der Verordnung über das Verteidigungsministerium der Ukraine], 26. November 2014, <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/671-2014-%D0%BF#Text>, 16.09.2022.
- Werchowna Rada der Ukraine: Ukas Presydena Ukraïny Nr. 240/2016. Pro rishennja Rady nazional'noi bezspeky i oborony Ukraïny wid 29 grudnja 2012 roku „Pro Strategitschnyj oboronnyj bjuleten' Ukraïny“ [Erlass des Präsidenten der Ukraine Nr. 240/2016. Über den Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 29. Dezember 2012 „Über das strategische Verteidigungsbulletin der Ukraine“], 06. Juni 2016, <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/771/2012#Text>, 16.09.2022.
- ZN,UA: „Ataka ta znyschtschennja ob'ektiw u Belgorodi mozhe uskladnyty dlja RF ataky na Charkiw — rozwidka Britanii“ [Angriff und Zerstörung von Einrichtungen in Belgorod könnten russische Angriffe auf Charkiw erschweren – Britischer Geheimdienst], 2. April 2022, <https://zn.ua/ukr/UKRAINE/ataka-ta-znischchennja-obektiv-u-bilhorodi-mozhe-uskladniti-dlja-rf-ataki-na-kharkiv-rozvidka-britaniji.html>, 18.10.2022.

Kapitel 10 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine: Eine völker- und menschenrechtliche Einordnung

*Christina Binder**

Abstract: Der Beitrag untersucht den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine aus völker- und menschenrechtlicher Perspektive. Dabei wird zunächst auf den Rahmen des allgemeinen Völkerrechts, insbesondere auf das völkerrechtliche Gewaltverbot, eingegangen. Hierauf wird der Konflikt aus der Perspektive des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechte und des internationalen Strafrechts beurteilt. Auch die Befassung des IGH wird beleuchtet. Der Beitrag zeigt, dass der russische Angriff auf die Ukraine eine klare Völkerrechtsverletzung darstellt. Grundlegende Regeln des allgemeinen Völkerrechts, der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts und des internationalen Strafrechts werden verletzt. Die Reaktionsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft sind allerdings, angesichts der Tatsache, dass Russland ein Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates mit Veto-Kompetenz ist, begrenzt.

Schlüsselwörter: Russischer Angriffskrieg, allgemeines Völkerrecht, Gewaltverbot, internationale Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht, internationales Strafrecht

1. Einleitung

Russland¹ startete am 24. Februar 2022 einen bewaffneten Angriffskrieg gegen die Ukraine, der einen Paradigmenwechsel, eine Zeitenwende, in den internationalen Beziehungen darstellt. Nicht nur hat der Angriff der Russischen Föderation auf ihr Nachbarland den Krieg zurück nach Europa gebracht. Aus der Sicht des Völkerrechts setzt der Angriffskrieg eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrates auch das System der kollektiven Sicherheit der Satzung der Vereinten Nationen (SVN), so wie es nach dem

* Die Autorin dankt Philipp Janig für umfassende Recherchen ebenso wie für hilfreiche Kommentare. Der Beitrag wurde im September 2022 fertiggestellt.

1 Russland wird im Folgenden austauschbar mit Russischer Föderation gebraucht.

Zweiten Weltkrieg konzipiert wurde, außer Kraft. Denn das Veto Russlands verhindert ein wirksames Tätigwerden des VN-Sicherheitsrates.²

All dies erfordert eine völker- und menschenrechtliche Einordnung des russischen Angriffskriegs. Die Bandbreite der betroffenen völkerrechtlichen Bereiche ist beträchtlich. Sie umfassen das allgemeine Völkerrecht, die Grundregeln internationaler Beziehungen so wie sie in der SVN verankert sind; hinzu kommen das humanitäre Völkerrecht (HVR), die internationalen Menschenrechte (MR) und das internationale Strafrecht als Völkerrechtsregime, bei denen der Schutz des Individuums im Zentrum steht. Während erstere Regime (HVR, MR) sich auf Staatenverantwortlichkeit konzentrieren, ist das internationale Strafrecht mit der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Einzelpersonen befasst.

Auch die Vielzahl der mit dem Konflikt befassten internationalen Institutionen ist außergewöhnlich. Um nur im engeren Bereich der hier erörterten Völkerrechtsgebiete zu bleiben: die VN (Sicherheitsrat, Generalversammlung, Generalsekretär, Internationaler Gerichtshof (IGH)), der Europarat (v.a. der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)), der internationale Strafgerichtshof (IStGH) und die OSZE. Letztere hat u.a. im Rahmen des für den Konflikt aktivierten Moskauer Mechanismus zwei Expertenmissionen eingesetzt, die *fact-finding* Berichte über Verletzungen des HVR, der Menschenrechte und des internationalen Strafrechts im April und Juli 2022 veröffentlicht haben.

Im Folgenden soll zunächst auf den Rahmen des allgemeinen Völkerrechts, das *ius ad bellum* eingegangen werden. Dem folgt eine Beurteilung aus der Perspektive des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechte und des internationalen Strafrechts. Auch die Befassung des IGH wird beleuchtet.

2. Allgemeines Völkerrecht: Das *ius ad bellum*

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt eine klare Völkerrechtsverletzung dar. Das Gewaltverbot des Art. 2(4) der SVN,³ die zentrale

2 Details dazu gleich unten, Teil 2.

3 Art. 2(4) SVN: „Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Art. 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen: [...] 4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt. [...]“

Grundregel internationaler Beziehungen, wird durch die russische Aggression vom 24. Februar 2022 verletzt. Auch die Schwelle einer bewaffneten Aggression ist eindeutig erreicht.⁴ Die Möglichkeiten, auf diese Aggression im Rahmen der VN zu reagieren, sind aber begrenzt. Der VN-Sicherheitsrat, der kollektive Maßnahmen bei Friedensbrüchen und Angriffshandlungen beschließen könnte, ist aufgrund des russischen Vetorechts blockiert.⁵

Die VN-Generalversammlung wiederum hat nur gewisse beschränkte Möglichkeiten, mit der russischen Aggression umzugehen. Diese hat sie zum Teil bereits verwendet: So hat die Generalversammlung die russische Invasion wiederholt verurteilt⁶ und u.a. am 20. April 2022 – auf Initiative von Liechtenstein – beschlossen, nach jeder Ausübung des Vetorechts im Sicherheitsrat verpflichtend eine Sitzung einzuberufen und die Situation zu diskutieren („veto initiative“).⁷ Damit sollen die politischen Kosten erhöht werden.⁸ Auch den Ausschluss Russlands aus dem VN-Menschenrechtsrat hat die Generalversammlung noch im April beschlossen.⁹ Diese Initiativen haben hohe politische Symbolkraft, praktisch bleiben sie aber relativ zahnlos.

Gleichfalls blieben die Vermittlungsversuche von VN-Generalsekretär Antonio Guterres bislang vergleichsweise erfolglos. Zwar konnte im Juli 2022 unter seiner Vermittlung (ebenso wie unter jener des türkischen Präsidenten Recep Erdogan) ein Abkommen zwischen der Ukraine und

4 Art. 3 VN-GV: Definition of Aggression, <https://daccess-ods.un.org/tmp/9177219.8677063.html>.

5 Art. 39ff SVN; das Vetorecht ist in Art. 27 SVN verankert. Etwas genauer zu Geschichte und Kontext: Hovell, Devika: „Council at War: Russia, Ukraine and the UN Security Council“, Blog of the European Journal of International Law, 25. Februar 2022.

6 Am 2. März 2022 hat die VN GV mit großer Mehrheit die Invasion der Ukraine verurteilt, Russland aufgefordert sich zurückzuziehen, und die Anerkennung der sog. Volksrepubliken zurückzunehmen (141 dafür | 5 dagegen | 35 Enthaltungen). Am 24. März wurde dies in einer zweiten Resolution bekräftigt (140 dafür | 5 dagegen | 38 Enthaltungen). Das Ganze geschah im Rahmen des „Uniting for Peace“-Framework. Siehe <https://daccess-ods.un.org/tmp/2521322.07155228.html>; <https://digitallibrary.un.org/record/3966630?ln=en>; zur Resolution siehe Barber, Rebecca: What can the UN General Assembly do about Russian Aggression in Ukraine?, Blog of the European Journal of International Law, 26. Februar 2022.

7 https://digitallibrary.un.org/record/3969448?ln=en_10.11.2022.

8 Siehe Donaldson, Ben: „Liechtenstein’s ‘Veto Initiative’ Wins Wide Approval at the UN. Will It Deter the Big Powers?“, PassBlue, 26. April 2022.

9 93 Staaten stimmten dafür, 24 dagegen, es gab 58 Enthaltungen. Vgl. United Nations: UN General Assembly votes to suspend Russia from the Human Rights Council, 7. April 2022.

der Russischen Föderation über die Ausfuhr von ukrainischem Getreide erreicht werden.¹⁰ Bemühungen hinsichtlich der Erklärung des Gebiets um das Atomkraftwerk von Saporischschja zur entmilitarisierten Zone bzw. weitergehend zur Erreichung eines Waffenstillstands verliefen allerdings ergebnislos.

Auch die Möglichkeiten des IGH – dem justiziellen Hauptorgan der VN – sind, wie noch im Detail im Teil 6 zu zeigen ist, begrenzt. Damit verfügen die VN – angesichts der Aggression durch ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats – nur über ein sehr eingeschränktes Instrumentarium zum Umgang mit dem russischen Angriffskrieg.

Die Ukraine selbst ist angesichts der bewaffneten Aggression durch Russland zum Recht auf Selbstverteidigung i.S.d. Art. 51 SVN¹¹ berechtigt. Dabei dürften (theoretisch) auch andere Staaten die Ukraine, auf deren Einladung, im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung bei der militärischen Antwort auf die russische Aggression unterstützen. Das wäre völkerrechtskonform und von Art. 51 SVN gedeckt.¹² Allerdings macht ein militärisches Eingreifen anderer Staaten auf Seiten der Ukraine diese Staaten zur Konfliktpartei.¹³ Es stellt eine Eskalation dar, an der niemand Interesse haben kann: Vor der Gefahr eines „Dritten Weltkriegs“ wurde mehrfach gewarnt. Entsprechend dringend wird versucht, die direkte Involvierung als Konfliktpartei zu vermeiden, wie sich etwa in der konsequenten Ablehnung der Errichtung von Flugverbotszonen durch die USA/NATO zeigt. Militärische Unterstützung und Waffenlieferungen, auch von militärisch

10 MDR Aktuell: „Russland und Ukraine unterzeichnen Abkommen über Getreide-Exporte“, 22. Juli 2022.

11 Art. 51 SVN: „Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung [...]“.

12 Es darf insofern nicht von russischer Seite mit Gegenmaßnahmen beantwortet werden. Siehe i.d.S. Krajewski, Markus: „Neither Neutral nor Party to the Conflict?“, Völkerrechtsblog, 9. März 2022.

13 Hierdurch würden die jeweiligen Staaten zwar zur Konfliktpartei. Eine bewaffnete Reaktion Russlands gegen die betreffenden Staaten würde allerdings gegen das Gewaltverbot des Art. 2(4) SVN verstoßen und wäre insofern völkerrechtswidrig. Im Rahmen des HVR dürfte Russland allerdings etwa Militärbasen in anderen Staaten, von denen Flugzeuge zur militärischen Unterstützung der Ukraine abheben, als legitimes Kriegsziel angreifen. Die Beurteilung aus der Perspektive des *ius ad bellum* und des *ius in bello* fällt insofern unterschiedlich aus. Auch Belarus kann als Konfliktpartei angesehen werden, da russische Angriffe von belarussischem Territorium aus durchgeführt werden. Deutscher Bundestag: Sachstand – Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konflikteilnahme, 16. März 2022, S. 9.

schwerem Gerät, machen einen Staat demgegenüber noch nicht zur Konfliktpartei. Daher ist die Frage, ob und welche Waffen ein Staat an die Ukraine liefern will, im Prinzip von politischen und militärischen Erwägungen abhängig.¹⁴ So viel ist zum *ius ad bellum* zu sagen, dem Recht zum Krieg.

3. Humanitäres Völkerrecht (HVR): Das *ius in bello*

Auch bei einer Einordnung des russischen Angriffskriegs aus der Perspektive des HVR, des *ius in bello*, des Rechts im Krieg, sind zahlreiche Völkerrechtsverletzungen festzustellen. Dabei ist die Anwendung der Regeln des HVR unabhängig von der Rechtmäßigkeit des Kriegs (vom *ius ad bellum*, dem Recht zum Krieg). Die Regeln gelten für beide Seiten, für Russland ebenso wie für die Ukraine.¹⁵ Da es sich um einen internationalen bewaffneten Konflikt handelt, sind insbesondere die vier Genfer Konventionen von 1949, das erste Zusatzprotokoll über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte – die von der Ukraine ebenso wie von der russischen Föderation ratifiziert wurden – und das auf bewaffnete Konflikte anwendbare Völkergewohnheitsrecht einschlägig. Weiter sind beide Staaten Vertragsparteien der Haager Landkriegsordnung von 1907.

Das humanitäre Völkerrecht enthält insbesondere Regeln zum Umgang mit besonders geschützten Personen wie Verwundeten, Kriegsgefangenen und Zivilisten. Es begrenzt auch die Art und Weise der Kriegsführung (z. B. dahingehend welche Waffen eingesetzt werden dürfen); normiert das Unterscheidungsgebot (dass Zivilpersonen und -objekte nicht Ziel eines Angriffs werden dürfen); das Gebot der Verhältnismäßigkeit (dass Schaden an der Zivilbevölkerung nicht exzessiv gegenüber dem erhofften militärischen Vorteil sein darf) und das Vorsorgeprinzip (dass der Angreifer alles Notwendige in seiner Macht befindliche tun muss, um Schaden an der Zivilbevölkerung zu vermeiden). Ein konkreter Rechtsrahmen für die Beset-

14 Das ist anders bei neutralen Staaten wie Österreich.

15 Beachte in dem Zusammenhang, dass auf russischer innerstaatlicher Ebene, seit der Änderung der russischen Verfassung im Jahr 2020, der Verfassung Vorrang vor Entscheidungen internationaler Gerichte und Vertragsorgane eingeräumt wird. Siehe für Details Mälksoo, Lauri: International Law and the 2020 Amendments to the Russian Constitution. In: American Journal of International Law 115, H. 1, Januar 2021, S. 78–93.

zung von Gebieten ist in der vierten Genfer Konvention von 1949¹⁶ und Art. 42–56 der 1907 Haager Landkriegsordnung normiert.¹⁷ Die Vorgaben des HVR das Recht im Krieg betreffend sind damit relativ klar.

Sie werden insbesondere von Russland massiv verletzt. Die von der OSZE im Rahmen des Moskauer Mechanismus eingesetzten Expertenmissionen haben systematische Verletzungen des HVR vor allem durch die russische Seite festgestellt.¹⁸ Konkret machte der von der OSZE Kommission im April 2022 veröffentlichte Bericht u. a. folgende zusammenfassende Feststellungen und spricht von:

„[...] clear patterns of IHL violations by the Russian forces on many of the issues investigated. This concerns in particular their conduct of hostilities. It is not conceivable that so many civilians would have been killed and injured and so many civilian objects, including houses, hospitals, cultural property, schools, multi-story residential buildings, administrative buildings, penitentiary institutions, police stations, water stations and electricity systems would have been damaged or destroyed if Russia had respected its IHL obligations in terms of distinction, proportionality and precautions in conducting hostilities in Ukraine. The conduct of the siege of Mariupol is an extreme example. [...]

16 Beachte in dem Zusammenhang, dass Russland das diesfalls auch einschlägige erste Zusatzprotokoll von 1977 zu den Genfer Abkommen über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte am 23. Oktober 2019 gekündigt hat. Vgl. ICRC: *Treaties, States parties, and Commentaries – Signatory States – Protocol Additional to the Geneva Conventions of 12 August 1949, and relating to the Protection of Victims of International Armed Conflicts (Protocol I)*, 8. Juni 1977. Da die Kündigung grundsätzlich ein Jahr später wirksam wird, sind die Bestimmungen des Zusatzprotokolls nicht mehr auf den Ukraine-Konflikt anwendbar.

17 Dabei sind Luhansk und Donezk eindeutig besetztes Gebiet; die Anwendung auf die gesamte Ukraine nach dem 24. Februar 2022 ist strittiger. Jedenfalls übt Russland Kontrolle über zahlreiche Städte und Dörfer aus, die es zur Besatzungsmacht machen. Generell erscheint es sinnvoll, einem funktionellen Konzept der Besetzung zu folgen, das graduell anwendbar ist: Ab dem Zeitpunkt, wo ein negativer Akt ausgeübt werden kann, ist er verboten (siehe etwa das Deportationsverbot der Zivilbevölkerung).

18 Siehe OSCE: *Report of the OSCE Moscow Mechanism’s mission of experts entitled ‘Report On Violations Of International Humanitarian And Human Rights Law, War Crimes And Crimes Against Humanity Committed In Ukraine Since 24 February 2022’*, 13. April 2022; OSCE: *Report of the OSCE Moscow Mechanism’s mission of experts entitled ‘Report on Violations of International Humanitarian and Human Rights Law, War Crimes and Crimes Against Humanity Committed in Ukraine (1 April–25 June 2022)’*, 14. Juli 2022.

Some violations and problems were also identified regarding practices of Ukraine. The Mission is in particular concerned about the treatment of prisoners of war, originally considered criminals, and treated in ways that are incompatible with Geneva Convention III.”¹⁹

Der Bericht der zweiten OSZE Expertenmission kam zu sehr ähnlichen Schlussfolgerungen und bestätigte die Feststellungen der ersten Mission bzgl. schwerer Verletzungen (u. a.) des HVR.²⁰ Dabei können den zahlreichen Verstößen durch die Russische Föderation nur wenige Mechanismen zur Rechteinhaltung im Regime des HVR entgegengesetzt werden, allenfalls wäre an eine *International Humanitarian Fact Finding Commission* zu denken, die als *special fact-finding body* im Rahmen des Art. 90 des 1. ZP zu den Genfer Konventionen errichtet werden könnte.²¹ Eine solche Kommission ist aber, neben praktischen Schwierigkeiten der Einsetzung, auf Faktenfeststellungen beschränkt.²² Die Durchsetzbarkeit des HVR ist damit stark begrenzt, vor allem was die zwischenstaatliche Dimension anbelangt. Das internationale Strafrecht ermöglicht allerdings, wie noch zu zeigen ist (Teil 5), die strafrechtliche Verfolgung von *Individuen*, welche schwerste Verletzungen des humanitären Völkerrechts wie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen.

4. Internationale Menschenrechte

Der Rahmen für die Beurteilung der menschenrechtlichen Seite wird (regional) vor allem vom Europarat und von der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) vorgegeben. Auf globaler Ebene sind die Menschenrechtsverträge der VN und generell das Völkergewohnheitsrecht an-

19 Bericht der ersten OSZE Expertenmission, 13. April 2022, S. 93.

20 Siehe etwa den Bericht der zweiten OSZE Expertenmission, 14. Juli 2022, S. 114.

21 Siehe die Webseite IHFFC.org.

22 Russland hat seine ursprünglich gegebene generelle Zustimmung am 23. Oktober 2019 zurückgezogen. Vgl. den Bericht der zweiten OSZE Expertenmission, 14. Juli 2022, S. 110: „The IHFFC is a permanent international body composed of 15 experts which may investigate allegations of grave breaches and serious violations of IHL committed in international armed conflicts. It may do so with respect to States which have accepted its jurisdiction through a general declaration or on an *ad hoc* basis. So far, over 70 States, including Ukraine, have issued a general declaration. The Russian Federation did so as well but it withdrew the declaration on 23 October 2019. The *ad hoc* acceptance of the IHFFC would however still be an option [...]“.

wendbar. Zahlreiche menschenrechtliche Standards werden durch den russischen Angriffskrieg verletzt.

Der VN-Menschenrechtsrat setzte vor diesem Hintergrund noch im März 2022 eine unabhängige internationale Untersuchungskommission zur Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine ein.²³ Auf regional europäischer Ebene wurde Russland am 16. März aus dem Europarat ausgeschlossen bzw. hat am gleichen Tag die Beendigung seiner Mitgliedschaft notifiziert.²⁴ Der Ausschluss impliziert u.a. auch den Rückzug aus der EMRK, der sechs Monate nach dem Ausscheiden aus dem Europarat wirksam wird (Art. 58 Abs. 2, 3 EMRK).²⁵ Damit können bis zum 16. September 2022 erfolgte und Russland zurechenbare Menschenrechtsverletzungen noch vor dem EGMR geltend gemacht werden. Nach dem 16. September 2022 können sich relevante menschenrechtliche Verpflichtungen für Russland zumindest noch aus den globalen Menschenrechtsverträgen (v. a. dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, BPBR) oder dem Völkergewohnheitsrecht ergeben.²⁶

In Bezug auf Russland ist dabei eine weitere vorgelagerte Frage, inwieweit es menschenrechtliche Verpflichtungen auf ukrainischem Staatsgebiet hat. Das wäre insbesondere bei effektiver Kontrolle über Gebiete (v. a. in den Volksrepubliken Luhansk und Donezk gegeben) oder Personen der Fall. Allerdings hat die Große Kammer des EGMR in *Georgia v Russia (II)* festgehalten, dass in der aktiven Phase von internationalen bewaffneten Konflikten kein Staat die effektive Kontrolle über ein Gebiet erringen kann. Davon unberührt bleiben etwaige Verpflichtungen auf Basis der effektiven Kontrolle über Personen oder bestimmte verfahrensrechtliche Verpflichtungen.²⁷ Demgegenüber stellt der VN-Menschenrechtsausschuss in Bezug auf das Recht auf Leben inzwischen weitergehend auf eine rein funktionale Sichtweise, d.h. auf die direkten und vernünftig vorhersehbaren Auswirkungen auf das Recht auf Leben, ab.²⁸ Angriffskriege, die zum

23 Siehe UNHRC: Independent International Commission of Inquiry on Ukraine.

24 Siehe Council of Europe: War in Ukraine: Follow up, 16. März 2022.

25 Russland scheidet als Folge des Ausschlusses vom Europarat am 16. September 2022 auch als Vertragspartei aus der revidierten Europäische Sozialcharta aus.

26 Die Ukraine bleibt an alle menschenrechtlichen Vorgaben gebunden: Sie ist Vertragspartei der EMRK und aller einschlägiger Menschenrechtsverträge.

27 Milanovic, Marko: *Georgia v. Russia No. 2: The European Court's Resurrection of Bankovic in the Contexts of Chaos*, Blog of the European Journal of International Law, 25. Januar 2022.

28 Siehe VN MRA, GC Comment Nr. 36, Recht auf Leben, 3. September 2019, Rn. 63: „[...] all persons over whose enjoyment of the right to life it exercises power or effective control. This includes persons located outside any territory ef-

Verlust von Leben führen, stellen, so der Menschenrechtsausschuss, per se eine Verletzung des Rechts auf Leben dar.²⁹ Dies erweitert den Rahmen einer allfälligen russischen Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen entsprechend. Allerdings erfordert die grundsätzlich komplementäre Anwendbarkeit von Menschenrechten und HVR in bewaffneten Konflikten v.a. bei Verletzungen des Rechts auf Leben und des Rechts auf persönliche Freiheit eine Prüfung unter HVR-Gesichtspunkten.³⁰

Die von der OSZE eingesetzten Expertenmissionen haben in den schon erwähnten Berichten entsprechende Verletzungen grundlegender Menschenrechte vor allem in den Gebieten unter russischer Kontrolle festgestellt:

„The Mission has also considered the impact of the current conflict on human rights. While it has not been able to verify all the reported incidents which might involve violations of IHRL, it has found credible evidence suggesting that such violations, concerning even the most fundamental human rights (right to life, prohibition of torture and other inhuman and degrading treatment and punishment), have been committed, mostly in the areas under the effective control of Russia.“³¹

Auch die zweite OSZE Expertenmission kommt zu sehr ähnlichen Schlussfolgerungen.³²

Damit erscheinen zahlreiche menschenrechtliche Vorgaben und Standards verletzt. Was die Durchsetzung der menschenrechtlichen Pflichten anbelangt, käme vor allem der EGMR in Betracht. Dieser entscheidet be-

fectively controlled by the State, whose right to life is nonetheless impacted by its military or other activities in a direct and reasonably foreseeable manner.“

29 Siehe ebd., Rn. 70: „States parties engaged in acts of aggression as defined in international law, resulting in deprivation of life, violate *ipso facto* article 6 of the Covenant. At the same time, all States are reminded of their responsibility as members of the international community to protect lives and to oppose widespread or systematic attacks on the right to life, including acts of aggression, international terrorism, genocide, crimes against humanity and war crimes, while CCPR/C/GC/36 15 respecting all of their obligations under international law. States parties that fail to take all reasonable measures to settle their international disputes by peaceful means might fall short of complying with their positive obligation to ensure the right to life.“

30 Für Details siehe Doswald-Beck, Louise/Vité, Sylvain: International Humanitarian Law and Human Rights Law – International Review of the Red Cross, No. 293, ICRC, 30. April 1993.

31 Bericht der ersten OSZE-Expertenmission, 13. April 2022, S. 93.

32 Siehe i.d.S etwa den Bericht der zweiten OSZE-Expertenmission, 14. Juli 2022, S. 114.

kanntlich bindend und kann sich noch, wie ausgeführt, mit Völkerrechtsverletzungen durch die Russische Föderation befassen, die bis zum 16. September 2022 begangen worden sind.

Die Ukraine hat schon am Tag der russischen Invasion, am 24. Februar 2022, eine zwischenstaatliche Beschwerde gegen Russland vor dem EGMR eingebracht.³³ Anfang März hat der EGMR vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen gegen Russland gemäß *Rule 39* seiner Verfahrensordnung beschlossen.³⁴ Allerdings wurden und werden diese von russischer Seite ignoriert. Auch mit zukünftiger Umsetzung ist nicht zu rechnen: Am 11. Juni 2022 hat die Russische Föderation ein Gesetz erlassen, dass es „decisions of the ECtHR entering into force after 15 March 2022“³⁵ nicht umsetzen würde. Die Durchsetzbarkeit der Verletzung menschenrechtlicher Pflichten hat insofern (zumindest kurz- und mittelfristig) gegenüber Russland nur äußerst geringe Erfolgsaussichten.

5. Internationales Strafrecht

Eine weitere Dimension, jene der individuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeit, wird durch das internationale Strafrecht vorgegeben. Die primäre Institution auf internationaler Ebene für die Durchsetzung der individuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Einzelpersonen ist der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), der auf Basis eines 2002 in Kraft getretenen multilateralen Vertrags (IStGH-Statut, Römer Statut) errichtet wurde. Weder Russland noch die Ukraine sind Vertragsstaaten des IStGH-Statuts. Allerdings hat sich die Ukraine im April 2014 und September 2015 der Gerichtsbarkeit des IStGH ab dem 21. November 2013, gemäß Art. 12 (3) Römer Statut unterworfen. Damit ist der IStGH für Verletzun-

33 EGMR, Appl. No. 11055/22, *Ukraine v. Russia* (X).

34 Konkret rief der EGMR die russische Regierung dazu auf „[to] refrain from military attacks against civilians and civilian objects, including residential premises, emergency vehicles and other specially protected civilian objects such as schools and hospitals, and to ensure immediately the safety of the medical establishments, personnel and emergency vehicles within the territory under attack or siege by Russian troops“. Crawford, Julia: *Ukraine vs Russia: What the European Court of Human Rights can (and can't) do*, Justiceinfo.net, 7. April 2022; Vgl. die Pressemitteilung vom 1. März 2022: <https://hudoc.echr.coe.int/eng-press#%20>.

35 Siehe für Details den Bericht der zweiten OSZE Expertenmission, 14. Juli 2022, S. 12.

gen des Völkerstrafrechts auf dem Staatsgebiet der Ukraine zuständig.³⁶ Dies gilt allerdings nicht für das Verbrechen der Aggression (d. h. des Angriffskriegs an sich), bei dem sich sowohl der angreifende als auch der angegriffene Staat der Gerichtsbarkeit des IStGH unterworfen haben müssen. Für die Ahndung letzterer wird von einigen die Errichtung eines internationalen Sondertribunals gefordert.³⁷

Materiell rechtlich/inhaltlich kommen damit die Straftatbestände der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, allenfalls auch des Völkermordes³⁸ in Betracht. Konkret stellen – in zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikten wie dem hier untersuchten – Angriffe auf Zivilisten und zivile Objekte, also bspw. die vorsätzliche Bombardierung von Wohngebäuden, Kriegsverbrechen dar. Angriffe auf militärische Objekte sind hingegen grundsätzlich zulässig. Etwas anderes gilt nur dann, wenn sie mit unverhältnismäßigen zivilen Kollateralschäden verbunden sind.³⁹ Bestimmte Verletzungen des humanitären Völkerrechts können auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen, wenn sie (etwa Tötung, Folter oder Vergewaltigung) „im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung und in Kenntnis des Angriffs“ (Art. 7 IStGH-Statut) begangen werden. Im Ukraine-Krieg wurden entsprechende Kriegsverbrechen ebenso wie Verbrechen gegen die Menschlichkeit insbesondere durch die russische Seite von den OSZE Expertenmissionen festgestellt.⁴⁰

Was die konkrete Durchsetzung der völkerstrafrechtlichen Verantwortlichkeit anbelangt, haben am 1. und 2. März 2022 mehrere Staaten die Si-

36 Andere Möglichkeiten böten eine Strafverfolgung auf nationaler Ebene (v.a. durch die Ukraine, aber auch durch Litauen, Polen, Spanien, Schweden und Deutschland); siehe auch die Initiative für die Einsetzung eines internationalen Sondertribunals für die Ukraine zur Ahndung des Verbrechens der Aggression. Für Details vgl. den Bericht der zweiten OSZE-Expertenmission, 14. Juli 2022, S. 112ff.

37 Siehe ebd.

38 Völkermord ist insofern schwieriger zu argumentieren, als dass er neben den objektiven Tatbestandsmerkmalen, auch das subjektive Element (*mens rea*), die Absicht der Auslöschung einer bestimmten Volksgruppe erfordert (siehe Art. 6 IStGH-Statut).

39 Allerdings bleibt auf materiell-rechtlicher Ebene bei Kriegsverbrechen (Art. 8 IStGH-Statut) die Herausforderung, die völkerrechtlich zulässige militärische Gewaltanwendung von strafbaren Verletzungen der Gesetze und Gebräuche des Kriegs abzugrenzen.

40 Siehe i.d.S etwa den Bericht der zweiten OSZE-Expertenmission, 14. Juli 2022, S. 112.

tuation in der Ukraine an den IstGH überwiesen.⁴¹ Am 2. März hat der Chefankläger des IstGH offiziell Untersuchungen zu den Vorkommnissen in der Ukraine eröffnet. Diese umfassen behauptete Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord seit dem 21. November 2013. Das Tätigwerden des IstGH eröffnet die Möglichkeit, dass zumindest längerfristig die für die schwersten Menschenrechtsverletzungen hauptverantwortlichen Individuen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Auch die Strafverfolgung durch innerstaatliche Gerichte, die in der Ukraine, aber auch in anderen Staaten auf Basis des Prinzips der universellen Zuständigkeit für schwerste Verbrechen durchgeführt werden, trägt hierzu bei.

6. Internationaler Gerichtshof (IGH)

Ein weiteres Forum, die völkerrechtliche Verantwortlichkeit Russlands festzustellen, bietet der IGH, das justizielle Hauptorgan der VN. Obgleich alle Mitglieder der VN (also auch die Ukraine und Russland) Vertragsparteien des IGH Statuts sind, bedeutet dies allerdings nicht automatisch, dass der IGH auch für einen Streitfall zuständig ist. Vielmehr muss die Gerichtsbarkeit des IGH entsprechend anerkannt werden. Dies kann grundsätzlich auf drei Arten erfolgen: Im Rahmen einer generellen Unterwerfungserklärung (Fakultativklausel); durch Zuständigmachung im Rahmen eines bestimmten Vertrags (kompromissarische Klausel); und *ad hoc*, für einen bestimmten Streitfall.⁴²

Für den vorliegenden Streitfall fehlt dem IGH eine breite Zuständigkeit, weder die Ukraine noch Russland haben eine generelle Unterwerfungserklärung abgegeben. Daher kann sich die Zuständigkeit realistisch nur auf bestimmte Verträge stützen, die eine kompromissarische Klausel beinhalten. Dies ist etwa in der von der Ukraine ebenso wie von Russland ratifizierten Völkermord-Konvention der Fall (siehe Art. IX der Konvention).

41 Bis zum 25. August 2022 hatten sich vier weitere Staaten dem *joint referral* angeschlossen oder ein eigenständiges *referral* eingebracht (Japan, Nordmazedonien, Montenegro und Chile). Damit haben insgesamt 43 Staaten die Situation in der Ukraine an den IstGH überwiesen: <https://www.icc-cpi.int/ukraine>.

42 Siehe Art. 36 IGH Statut.

Am 26. Februar 2022 hat die Ukraine ein Verfahren gegen Russland eingeleitet, gestützt auf Art. IX der Völkermord-Konvention.⁴³ Sie argumentiert grob, dass die Ukraine selbst keinen Völkermord in Luhansk und Donezk begangen hat und dass die Anerkennung der Luhansker und Donezker Volksrepubliken sowie die „special military operation“ auf diese falsche Behauptung gestützt sind – sie finden somit keine Basis in der Völkermord-Konvention. Russland hat dem IGH diesbezüglich am 5. März mitgeteilt, dass es sich nicht am mündlichen Verfahren beteiligen würde. Es bestreitet die Gerichtsbarkeit des IGH.⁴⁴

Am 16. März 2022 hat der IGH (auf Antrag) seine vorläufige Zuständigkeit festgestellt, einstweilige Verfügungen erlassen (*provisional measures*) und angeordnet, dass: Russland sofort sämtliche seit 24. Februar 2022 gestarteten Militäroperationen in der Ukraine einstellt; Russland sicherstellt, dass keine militärischen, paramilitärischen oder sonstige von ihnen kontrollierten Kräfte die Militäroperation weiter betreiben; und beide Parteien keine Handlungen unternehmen, die zur weiteren Eskalation beitragen. Die Parteien haben für ihr schriftliches Vorbringen in der Sache bis zum 23. September 2022 (Ukraine) bzw. 23. März 2023 (Russland) Zeit. Zahlreiche Staaten (Lettland, Litauen, Neuseeland, Deutschland, die Vereinigten Staaten, Schweden, Frankreich, Rumänien, Italien, Polen, Dänemark und Irland) haben sich seitdem als Interventen dem Verfahren angeschlossen; auch die Europäische Union (EU) hat „Auskünfte“ gegeben.⁴⁵

Die einstweilige Verfügung des IGH wird von Russland offensichtlich nicht beachtet. Die mögliche Durchsetzbarkeit derselben ist jedoch in mehrerer Hinsicht beschränkt. Zwar besagt Art. 94 SVN, dass alle Mitglieder der VN sich den Entscheidungen des IGH fügen müssen und dass, wenn eine Partei in einem Streitfall seine Verpflichtungen nicht erfüllt,

43 International Court of Justice: Allegations of Genocide under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide. Ukraine v. Russian Federation, 26. Februar 2022.

44 Vgl. Document (with annexes) from the Russian Federation setting out its position regarding the alleged “lack of jurisdiction” of the Court in the case, 7. März 2022. <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220307-OTH-01-00-EN.pdf>.

45 Die Intervention der betreffenden Staaten erfolgte gemäß Art. 63 des IGH Statuts; die EU hat am 18. August 2022 gemäß Art. 34 Abs. 2 des IGH Statuts und Art. 69 Abs. 2 der Verfahrensordnung, dem Gerichtshof aus eigener Initiative Informationen („Auskünfte“) gegeben. Pressemitteilung 2022/19 vom 18. August 2022: <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220818-PRE-01-00-EN.pdf>; siehe auch <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220316-ORD-01-00-EN.pdf>.

sich die andere Partei an den Sicherheitsrat wenden kann. Der SR könnte dann die notwendigen Maßnahmen beschließen, um der Entscheidung Wirksamkeit zu verleihen. Dies scheitert allerdings zunächst an Russlands Vetomöglichkeit. Darüber hinaus können nur Urteile, nicht aber vorläufige Maßnahmen i.S.d. Art. 94(2) SVN durchgesetzt werden.⁴⁶ Zumindest könnte die Verletzung der Anordnung vorläufiger Maßnahmen seitens Russlands durch den IGH festgestellt werden; ebenso wie die Höhe der Entschädigung. Doch auch die Durchsetzung dieser Feststellung scheitert am russischen Veto. Damit sind auch hier die Möglichkeiten der internationalen Gemeinschaft begrenzt.

7. Fazit

Eine völker- und menschenrechtliche Einordnung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ergibt ein eindeutiges Bild: Der russische Angriff stellt eine klare Völkerrechtsverletzung dar. Grundlegende Regeln des allgemeinen Völkerrechts, der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts und des internationalen Strafrechts werden verletzt.

Gleichzeitig offenbart der russische Angriffskrieg die Schwächen des Völkerrechts, das dezentral angelegt ist und nur begrenzt über Institutionen zur Durchsetzung im Fall von Verletzungen verfügt. Machtpolitik, vor allem, wenn sie von einem Staat wie Russland ausgeht, der ein ständiges Mitglied im Sicherheitsrat ist und über Atomwaffen verfügt, gewinnt. Zumindest kurzfristig. Aus längerfristiger Perspektive ist zu hoffen, dass die internationalen Institutionen, multilaterale Zusammenarbeit und der völkerrechtliche Rahmen generell wieder politikbestimmend werden. Institutionen wie der IStGH ermöglichen zumindest längerfristig, die Hauptverantwortlichen für die im Rahmen des russischen Angriffskriegs begangenen schwersten Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen. Auch die Klarstellung des völkerrechtlichen Rahmens, die Feststellung der entsprechenden Verpflichtungen Russlands etwa durch den IGH, ist schon für sich betrachtet wertvoll. Andere wichtige Initiativen der internationalen Gemeinschaft sind Untersuchungskommissionen und Mechanismen, die Tatsachen festhalten. Der bereits erwähnte Moskauer Me-

46 Siehe generell Borjas, Diego Sanchez: The ICJ Order in Ukraine vs Russia. Quo Vadis?, Völkerrechtsblog, 28. März 2022. Die einzige Möglichkeit wäre, ein „soft enforcement“ des SR im Rahmen des Kapitels 6 SVN zu erwirken; da an Streitfällen beteiligte Parteien sich gemäß Art. 27(3) SVN zu enthalten haben.

chanismus der OSZE, auf dessen im April und Juli veröffentlichte Berichte schon Bezug genommen wurde, ist so eine Möglichkeit. Auch die im März 2022 vom VN-Menschenrechtsrat eingesetzte Untersuchungskommission trägt hierzu bei.⁴⁷ Damit können zumindest Fakten außer Streit gestellt und begangene Menschenrechtsverletzungen dokumentiert werden, wobei langfristig multilaterale Zusammenarbeit ebenso wie internationales Recht und nicht die Machtpolitik des Stärkeren obsiegt.

Literaturverzeichnis

- Barber, Rebecca: What can the UN General Assembly do about Russian Aggression in Ukraine? EJIL: Talk!, 26. Februar 2022, <https://www.ejiltalk.org/what-can-the-un-general-assembly-do-about-russian-aggression-in-ukraine/>, 10.11.2022.
- Borjas, Diego Sanchez: The ICJ Order in Ukraine vs Russia. Quo Vadis? Völkerrechtsblog, 28. März 2022, <https://voelkerrechtsblog.org/de/the-icj-order-in-ukraine-v-russia/>, 10.11.2022.
- Council of Europe: War in Ukraine: Follow up, 16. März 2022, <https://www.coe.int/en/web/portal/war-in-ukraine/follow-up>, 10.11.2022.
- Crawford, Julia: Ukraine vs Russia: What the European Court of Human Rights can (and can't) do, Justiceinfo, 7. April 2022, www.justiceinfo.net/en/90187-ukraine-russia-european-court-of-human-rights-can-do.html, 10.11.2022.
- Deutscher Bundestag: Sachstand – Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konflikteilnahme, 16. März 2022, www.bundestag.de/resource/blob/892384/d9b4c174ae0e0af275b8f42b143b2308/WD-2-019-22-pdf-data.pdf, 23.11.2022.
- Donaldson, Ben: „Liechtenstein's 'Veto Initiative' Wins Wide Approval at the UN. Will It Deter the Big Powers?“, PassBlue, 26. April 2022, <https://www.passblue.com/2022/04/26/liechtensteins-veto-initiative-wins-wide-approval-at-the-un-will-it-deter-the-major-powers/>, 10.11.2022.
- Doswald-Beck, Louise/Vité, Sylvain: International Humanitarian Law and Human Rights Law – International Review of the Red Cross, No. 293, ICRC, 30. April.1993.
- Hovell, Devika: „Council at War: Russia, Ukraine and the UN Security Council“, EJIL: Talk!, 25. Februar 2022, <https://www.ejiltalk.org/council-at-war-russia-ukraine-and-the-un-security-council/>, 10.11.2022.
- ICRC: Treaties, States parties, and Commentaries – Signatory States – Protocol Additional to the Geneva Conventions of 12 August 1949, and relating to the Protection of Victims of International Armed Conflicts (Protocol I), 8. Juni 1977, https://ihl-databases.icrc.org/applic/ihl/ihl.nsf/States.xsp?xp_viewStates=XPages_NORMStatesParties%20&xcp_treatySelected=470, 10.10.2022.

47 UNHRC: Independent International Commission of Inquiry on Ukraine.

- International Court of Justice: Allegations of Genocide under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide. *Ukraine v. Russian Federation*, 26. Februar 2022, <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220227-APP-01-00-EN.pdf>, 10.11.2022.
- Krajewski, Markus: „Neither Neutral nor Party to the Conflict?“, *Völkerrechtsblog*, 9. März 2022, <https://voelkerrechtsblog.org/neither-neutral-nor-party-to-the-conflict/>, 10.11.2022.
- Mälksoo, Lauri: International Law and the 2020 Amendments to the Russian Constitution. In: *American Journal of International Law* 115, H. 1, January 2021, S. 78–93.
- Milanovic, Marko: *Georgia v. Russia No. 2: The European Court’s Resurrection of Bankovic in the Contexts of Chaos*, *EJIL: Talk!*, 25. Januar 2021, www.ejiltalk.org/georgia-v-russia-no-2-the-european-courts-resurrection-of-bankovic-in-the-contexts-of-chaos/, 10.11.2022.
- OSCE: Report of the OSCE Moscow Mechanism’s mission of experts entitled ‘Report On Violations Of International Humanitarian And Human Rights Law, War Crimes And Crimes Against Humanity Committed In Ukraine Since 24 February 2022’, 13. April 2022, <https://www.osce.org/odihr/515868>, 20.08.2022.
- OSCE: Report of the OSCE Moscow Mechanism’s mission of experts entitled ‘Report on Violations of International Humanitarian and Human Rights Law, War Crimes and Crimes Against Humanity Committed in Ukraine (1 April–25 June 2022)’, 14. Juli 2022, <https://www.osce.org/odihr/522616>, 20.08.2022.
- UNHRC: Independent International Commission of Inquiry on Ukraine, <https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/iicihr-ukraine/index>, 10.11.2022.
- United Nations: UN General Assembly votes to suspend Russia from the Human Rights Council, 7. April 2022, <https://news.un.org/en/story/2022/04/1115782>, 23.11.2022.

Kapitel 11 Die Cyberdimension in Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

Arthur de Liedekerke und Kira Frankenthal

Abstract: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine in 2022 ist weltweit einer der ersten konventionellen Konflikte zwischen zwei Staaten mit fortgeschrittenen Cyberfähigkeiten. Auch wenn die Cyberdimension des Kriegs auf den ersten Blick von geringem Ausmaß erscheint, so ist die Ukraine durchgehend von Cyberangriffen und der Verbreitung von Desinformationen betroffen. Dennoch hat sich die Cyberlage nicht so entwickelt, wie viele Experten es erwartet hatten. Dieses Kapitel befasst sich mit den bisher wichtigsten Entwicklungen, erläutert Ursachen für die Standhaftigkeit der ukrainischen Cybersicherheit und zeigt auf, was im Cyberspace zu erwarten ist, wenn der Krieg weiter fortschreitet.

Schlüsselwörter: Russland-Ukraine-Krieg, Cyberangriffe, Desinformation, Deepfakes, Cyberabwehr, BSI, ENISA

1. Einleitung

Cyberangriffe sind seit geraumer Zeit Teil der modernen Kriegsführung. Tatsächlich betrachten die Russen cybergestützte Operationen sowohl als „einen Arm der russischen Propagandamaschine und ein Mittel zur Schaffung und Verbreitung von Desinformationen, sowie als ein Werkzeug zur Störung der kritischen Infrastruktur oder der militärischen Fähigkeiten eines Gegners“.¹

Angesichts der Anfang 2022 drohenden Invasion warnten Experten vor Russlands ausgeprägten Cyberfähigkeiten. Diese hätten das Potenzial, eine neue Welle von Cyberangriffen auf die Ukraine zu entfesseln, die sich möglicherweise auch auf den Rest der Welt auswirken würde. Seit Beginn des Kriegs lassen sich jedoch entgegengesetzte Einschätzungen über den Charakter und die Bedeutung der Cyberdimension in Russlands Krieg

1 Zitat im Original englisch. Siehe Willet, Marcus: The Cyber Dimension of the Russia-Ukraine War, International Institute for Strategic Studies, 6. Oktober 2022.

gegen die Ukraine beobachten, die von „Cyberkrieg in vollem Umfang“ bis hin zu „auffallend abwesend“ reichen.

2. Die Rolle von cybergestützten Operationen in Russlands Krieg gegen die Ukraine in 2022

Die Ukraine ist nicht erst seit dem 24. Februar 2022 von russischen Cyberoperationen betroffen. Schon seit der Besatzung der Krim im Jahr 2014 hat sich der Kreml u. a. in Kommunalwahlen eingemischt, die kritische Infrastruktur der Ukraine angegriffen, erfolgreich Regierungswebsites kompromittiert und Desinformationen verbreitet.

Seit Jahren ist die Ukraine eine Art Testobjekt für russische Cyberangriffe. Die teilweise sehr fortschrittlichen Cyberwaffen waren mitunter besonders wirkungsvoll und in vielerlei Hinsicht beispiellos. So legte z. B. die *BlackEnergy-Malware* im Jahr 2015 das Kyjiwer Stromnetz lahm und löste dadurch mitten im Winter einen großen Stromausfall aus.² Diese und andere verheerende Vorfälle in den folgenden Jahren, wie der Wurm *NotPetya*³, sind Teil der langjährigen Bemühungen Moskaus, seinen Nachbarn zu destabilisieren, Kyjiws Handlungsfähigkeiten zu schädigen und einen entscheidenden Vorsprung im Cyberraum zu behalten.

Bereits im Vorfeld der groß angelegten militärischen Offensive intensivierte Russland seine digitalen Angriffe auf ukrainische Ziele. Ein Ende April 2022 veröffentlichter Microsoft-Bericht bestätigt, dass Russland-nahe Akteure vermutlich bereits seit März 2021 entsprechende Vorbereitungen trafen.⁴ So wurden z. B. seit Ende 2021 regelmäßig Websites von Regierungsinstitutionen entstellt. Hacker, die direkt vom Kreml gesponsert wurden oder sehr stark mit dessen Interessen verbunden waren, setzten u. a. zerstörerische *Malware* – insbesondere Datenlöschprogramme – auf Regierungsnetzwerke, einschließlich des Außenministeriums der Ukraine, frei. Nicht zuletzt wurde am 14. Januar 2022 eine ominöse Warnung auf offizi-

2 Zetter, Kim: „Inside the Cunning, Unprecedented Hack of Ukraine’s Power Grid“, WIRED, 3. März 2016.

3 *NotPetya*, abgeleitet von der 2016 erstmals aufgetauchten *Petya-Malware*, war eine hochgradig zerstörerische Erpressungssoftware (*Ransomware*), die erstmals gegen die Ukraine eingesetzt wurde und Mitte 2017 Tausende von Unternehmen weltweit betraf. Viele Länder haben seitdem die russische Regierung beschuldigt, hinter diesen Angriffen zu stecken.

4 Digital Security Unit: Special Report: Ukraine. An overview of Russia’s cyberattack activity in Ukraine, Microsoft, 27. April 2022.

ellen ukrainischen Websites verbreitet: „Habt Angst und erwartet das Schlimmste“.⁵ Nur ein paar Stunden vor dem Einmarsch in die Ukraine griff Russland erneut eine Reihe wichtiger Einrichtungen im Land an was dazu führte, dass die Computersysteme mehrerer Regierungs-, Militär- und kritischer Infrastrukturbereiche stark in ihrer Funktionsfähigkeit eingeschränkt wurden. Dies ähnelte in vielerlei Hinsicht den Angriffen, die Russland 2008 gegen Georgien und 2014 im Rahmen des Überfalls auf die Krim durchgeführt hatte.⁶

Seit Beginn des Kriegs im Februar 2022 erhöhte sich die Zahl der Cyberangriffe noch einmal deutlich. Dabei konnte der Einsatz einer ganzen Bandbreite von russischen Cyberwaffen beobachtet werden: *Wiper-Malware*, *Distributed Denial of Service* (DDoS; Überflutung eines Servers mit Internetverkehr, um zu verhindern, dass Nutzer auf die betreffende Website zugreifen), *Phishing*-Kampagnen und vor allem die Unterbrechung satellitengestützter Internetdienste – die inzwischen berüchtigte Sabotageaktion, die Russland zugeschrieben wird⁷ und durch die das KA-SAT-Netz von *Viasat*, auf das das ukrainische Militär, der Geheimdienst und die Polizei angewiesen sind, teilweise vom Netz genommen wurde.⁸

Mit dem Fortschreiten des Kriegs hat der Kreml seine Cyberoperationen weiter verstärkt, insbesondere solche, die kritische Infrastrukturen angreifen. Eine russische Cyberoperation gegen *Ukrtelecom* – einen großen nationalen Telekommunikationsbetreiber – legte Ende März die Kommunikationsdienste in der Ukraine für mehrere Stunden lahm.⁹ Anfang April wurde *Industroyer2*, eine verbesserte Variante einer Malware, die 2016 Stromausfälle in Kyjiw verursacht hatte, auf den Systemen eines der größten Energieversorger des Landes identifiziert und neutralisiert.

Zusätzlich zu den Cyberangriffen konnten zahlreiche anhaltende und groß angelegte Desinformationskampagnen und Informationsoperationen beobachtet werden. Auch diese greifen auf die Möglichkeiten des Cyberspace hinsichtlich der Verbreitung und der Geschwindigkeit des Aus-

5 Harding, Luke: „Ukraine hit by ‚massive‘ cyber-attack on government websites“, The Guardian, 14. Januar 2022.

6 Willet, The Cyber Dimension of the Russia-Ukraine War, 6. Oktober 2022.

7 Rat der Europäischen Union: Russian cyber operations against Ukraine: Declaration by the High Representative on behalf of the European Union, 10. Mai 2022.

8 Pearson, James/Satter, Raphael/Bing, Christopher/Schectman, Joel: „Exclusive: U.S. spy agency probes sabotage of satellite internet during Russian invasion, sources say“, Reuters, 12. März 2022.

9 Vallance, Chris: „Ukraine war: Major internet provider suffers cyber-attack“, BBC, 28. März 2022.

tauschs von Inhalten zu. Ergänzt wurde dies durch traditionelle Propaganda mit inszenierten Szenen in den russischen Medien und einer strengen Kontrolle der Berichterstattung in der Presse und auf anderen Medienplattformen. Mithilfe von relativ neuen Technologien wurden zudem *Deep-fakes* – manipulierte Videos und Audiodateien – im Internet verbreitet, darunter gefälschte Clips vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sowie dem russischen Machthaber Wladimir Putin.¹⁰ Das Ziel war es, Chaos zu stiften, die Ukraine zu destabilisieren und ihre Cyberabwehr zu erschöpfen, um damit Russlands konventionelle Operationen zu unterstützen.

Dennoch erwarteten die meisten Experten weitaus größere Störungen oder gar ein noch nie dagewesenes Ausmaß an „*shock and awe*“¹¹. Die Tatsache, dass dies zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Kapitels¹² so nicht eingetreten ist, sollte nicht dazu verleiten, den doch bereits entstandenen Schaden herunterzuspielen. Denn, das Tempo und die kumulative Wirkung dieser Angriffe hatten doch einen sehr disruptiven Effekt. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass viele Vorfälle im Rahmen verdeckter operativer Aktivitäten entweder unentdeckt blieben oder nicht gemeldet wurden. Dennoch haben wir es nicht mit einem Vorfall katastrophalen Ausmaßes zu tun, einem „Cyber-Pearl-Harbour“, der ganze Teile der kritischen Infrastruktur oder lebenswichtige Kommando- und Kontrollsysteme der Ukraine in die Knie zwingt. Das Ausmaß der russischen Cyberangriffe seit Beginn des Kriegs ist weit entfernt von dem, was vorhergesagt wurde und hat Moskau wenn überhaupt eher einen geringen strategischen Nutzen für seine Kriegsziele gebracht.

3. Der Cyber-Widerstand der Ukraine

Zu den Ursachen der eher eingeschränkten Auswirkungen von russischen Cyberoperationen im Krieg gegen die Ukraine kursieren verschiedene Thesen:

10 Simonite, Tom: „A Zelensky Deepfake Was Quickly Defeated. The Next One Might Not Be“, WIRED, 17. März 2022.

11 *Shock and Awe* ist eine militärische Strategie, die darauf abzielt, den Gegner bereits zu Beginn eines Konflikts durch den Einsatz überwältigender Gewalt (in diesem Fall in Form von Cyberangriffen) in „Angst und Schrecken“ zu versetzen, um dadurch dessen Widerstandswillen zu brechen. HarperCollins: *Shock and Awe*, 2022.

12 Dieser Beitrag wurde im November 2022 eingereicht.

Erstens, die Fähigkeit der Ukraine sich effektiv gegen die Flut verschiedener Cyberangriffe zu wehren bzw. diese einzudämmen, ist u. a. das Ergebnis der unmittelbaren Erfahrungen, die das Land in acht Jahren Krieg gegen den Kreml und seine Stellvertreter gesammelt hat. Die ständige Bedrohung durch vom Kreml gesponserte Cyberakteure führte dazu, dass die Ukraine sich seit 2014 intensiv auf potenzielle Gefahren aus dem Cyberbereich vorbereiten konnte – wie z. B. mit einer Cybersicherheitsstrategie, einem Cybersicherheitsgesetz, einer Umgestaltung ihrer Nachrichtendienste sowie verstärkten Fähigkeiten zur Reaktion auf Vorfälle beim CERT-UA (Computer Emergency Response Team of Ukraine).

Zweitens spielt die Unterstützung, die die Ukraine von NATO-Verbündeten und Industriepartnern erhalten hat, eine wichtige Rolle. Wie der Direktor der Nationalen Sicherheitsbehörde und des US-Cyberkommandos, General Paul Nakasone, selbst zugab, reiste im Dezember 2021 ein „Hunt-Forward“-Team der *Mission Force* in die Ukraine, um beim Aufbau der Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe zu helfen.¹³ Große Technologieunternehmen des privaten Sektors waren von Beginn der Kampfhandlungen an sehr proaktiv und boten ihre Fähigkeiten zur Verteidigung der Ukraine an. Dazu gehörte die Migration von Daten und Diensten der ukrainischen Regierung auf verteilte *Cloud-Server* und die kontinuierliche Bereitstellung von Bedrohungsdaten. Diese enge Zusammenarbeit zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor und sogar die Beteiligung von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen einer „gesamtgesellschaftlichen Reaktion“ hat die ukrainische Regierung bei der Stärkung ihrer Cyber-Resilienz erheblich unterstützt.

Drittens wird davon ausgegangen, dass die Massenmobilisierung ukrainischer (und schließlich internationaler) freiwilliger Hacker und patriotischer Programmierer – viele unter dem Banner der „IT-Armee“ – einen Beitrag zur Gegenoffensive geleistet hat. Mit einem Talentpool von bis zu 300.000 Fachleuten im Vorfeld des Kriegs konnte sich Selenskyj somit auf viele technisch versierte Männer und Frauen verlassen, die als zweite Verteidigungslinie fungierten.¹⁴

Viertens hat Russland es versäumt, Cyberoperationen sinnvoll in seine konventionellen Operationen zu integrieren. Moskau hat bisher noch keine Cyberoperationen in einer Weise eingesetzt, die eindeutig mit militä-

13 Smalley, Suzanne: „Nakasone says Cyber Command did nine ‚hunt forward‘ ops last year, including in Ukraine“, CyberScoop, 4. Mai 2022.

14 Mäder, Lukas: „Im Ukraine-Krieg kämpft eine ‚IT-Armee‘ online gegen Russland. Die Freiwilligen attackieren sogar Apotheken und Universitäten“, Neue Zürcher Zeitung, 23. Juli 2022.

rischen Einheiten koordiniert und darauf ausgelegt ist, den Vormarsch von Boden- oder Luftstreitkräften zu erleichtern. So haben russische Cybereinheiten bspw. die Stromversorgung oder Internetverbindungen in der Ukraine noch nicht – etwa unmittelbar vor einer Offensive – in großem Umfang lahmgelegt. In einem Artikel in *Foreign Affairs* weist der stellvertretende NATO-Generalsekretär für Nachrichtendienste und Sicherheit, David Cattler, auf Russlands „missteps and struggles“ hin, die mit ziemlicher Sicherheit dazu führten, dass Russland bislang nicht in der Lage war, sein Cyberprogramm zur Unterstützung seiner konventionellen Streitkräfte in vollem Umfang einzusetzen.¹⁵

Schließlich vermuten einige Experten, dass Russland seine Angriffe taktisch zurückgehalten hat, um zu vermeiden, dass bestimmte strategische Gegebenheiten offengelegt werden. Die limitierten Angriffe könnten aber auch damit zusammenhängen, dass Russland vorsichtig ist, massive Auswirkungen – auch über die Ukraine hinaus – zu verursachen, die eine Reaktion des Westens auslösen könnten.¹⁶ Von Moskau willkürlich verursachte Schäden, die sich weit über das Kriegsgebiet hinaus ausbreiten und an *NotPetya* erinnern, könnten die NATO in den Kampf hineinziehen. Das Bündnis erklärte, dass nicht nur ein äußerst schädlicher Cyberangriff auf ein Mitglied des Bündnisses Artikel 5 auslösen könnte, sondern auch eine Häufung kleinerer Angriffe (die von Fall zu Fall beurteilt werden).

4. Die Auswirkungen der russischen Cyberangriffe auf Europa und Deutschland

Neben den direkten Auswirkungen auf die Ukraine, konnte auch eine gewisse Ausweitung russischer Cyberaktivitäten auf andere Länder beobachtet werden.¹⁷

Ein Bericht von *Moody's Investors Service* im Oktober 2022 stellte fest, dass der russische Einmarsch in die Ukraine zu einem erheblichen Anstieg

15 Cattler, David/Black, Daniel: „The Myth of the Missing Cyberwar“, *Foreign Affairs*, 6. April 2022.

16 De Liedekerke, Arthur/Laudrain, Arthur: *Russia's Cyber War: What's Next and What the European Union Should Do*, Council on Foreign Relations, 30. März 2022.

17 Sabbagh, Dan: „Russian hackers targeting opponents of Ukraine invasion, warns GCHQ chief“, *The Guardian*, 10. Mai 2022.

an Cyberangriffen in der EMEA-Region¹⁸ beigetragen hat.¹⁹ Auch wenn die Angriffe intensiver und raffinierter geworden sind, betonte Juhan Lepasaar, Direktor der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA), dass es trotz einer „herausfordernden“ Bedrohungslandschaft keine „radikale Veränderung der Cyberbedrohungen“ gegeben habe.²⁰

Auch Deutschland ist von den Auswirkungen des Konflikts im Cyberbereich nicht verschont geblieben. Am 15. März warnte das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Nutzer vor der Anwendung jeglicher vom Moskauer Softwareentwickler *Kaspersky Lab* entwickelter Sicherheitssoftware. Diese berge ein erhöhtes Risiko, von russischen Behörden dazu angehalten zu werden, sich in die Netzwerke der Kunden einzuhacken.²¹ Wenige Tage später schaltete ein Cyberangriff auf die Bodeninfrastruktur des KA-SAT-Netzes Tausende von Windkraftanlagen im Lande ab.²² Mitte Oktober wurden bei einem Vorfall mit vermuteter russischer Beteiligung die Glasfaserkabel des staatlichen Bahnkonzerns Deutsche Bahn durchtrennt, wodurch der Zugverkehr für drei Stunden zum Erliegen kam.²³ Obwohl es sich dabei letztlich um einen eher physischen Akt handelte, unterstrich dieser Vorfall die Menge an frei verfügbaren Online-Informationen über die kritischen Systeme in Deutschland.

Auch wenn Deutschland nach Angaben der Bundesregierung im Vergleich zu anderen europäischen Partnern von russischen Angriffen relativ verschont geblieben ist²⁴, haben diese Ereignisse das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) im Juli dazu veranlasst, eine neue Cybersicherheitsagenda vorzulegen.²⁵

18 EMEA bezeichnet im Englischen den Wirtschaftsraum „Europe“, „Middle East“ und „Africa“.

19 Xiao, Menghan: „Cyberattacks accelerating in Europe, Moody’s says“, SC Media, 17. Oktober 2022.

20 Kabelka, Laura: „EU’s cybersecurity agency chief warns to keep guard up“, Euractiv, 27. September 2022.

21 Nasr, Joseph: „Germany issues hacking warning for users of Russian anti-virus software Kaspersky“, Reuters, 15. März 2022.

22 Burgess, Matt: „A Mysterious Satellite Hack Has Victims Far Beyond Ukraine“, WIRED, 23. März 2022.

23 Hoyer, Katja: „Germans are under attack. Can they adapt?“, The Washington Post, 25. Oktober 2022.

24 Kabelka, Laura: „Germany still not affected by Russia-linked cyberattacks“, Euractiv, 6. Mai 2022.

25 Deutsche Welle: „Germany bolsters defenses against Russia cyber threat“, 12. Juli 2022; Bundesministerium des Innern und für Heimat: Cybersicherheitsagenda des Bundesministeriums des Innern und für Heimat. Ziele und Maßnahmen für die 20. Legislaturperiode, Juni 2022.

5. Erste Lehren

Es wäre verfrüht, auf der Grundlage des zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Beitrags noch laufenden Krieges endgültige Schlussfolgerungen zu ziehen. Nichtsdestotrotz können aus den bisherigen Aktivitäten im Cyberspace erste wichtige Lehren gezogen werden.

Der Krieg in der Ukraine sollte Experten dazu veranlassen, das Konzept Cyberkrieg bzw. die Rolle des Cyberraumes in einem konventionellen Krieg neu zu bewerten. Es ist wahrscheinlich, dass die Erwartungen an „shock and awe“ unrealistisch waren. Dennoch kann die sich derzeit in der Ukraine entfaltende Situation ein fundiertes Beispiel für den Beitrag des Internets zu einem konventionellen Konflikt liefern. Vor allem die beeindruckende Cyberabwehr der Ukraine könnte Deutschland und anderen europäischen Ländern als Vorbild für die eigene Verteidigung im Cyberbereich dienen. Dabei spielen besonders Technologieunternehmen eine entscheidende Rolle, die mit ihren High-End-Fähigkeiten wertvolle Erkenntnisse aus einer riesigen Menge verarbeiteter Daten gewinnen können. Aber auch die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit öffentlicher und privater Akteure sowie die Unterstützung durch Verbündete sollte nicht unterschätzt werden. Hierfür könnten Regierungen z. B. die Einrichtung von sogenannten „Datenbotschaften“²⁶ im Ausland in Betracht ziehen.

Westliche Beobachter sollten jedoch nicht davon ausgehen, dass die Strategie mit der Kyjiw Russlands Angriffe im Cyberspace so erfolgreich abgewehrt hat, auf einfache Weise auf die eigenen Länder übertragen werden könne. Viele Aspekte sind spezifisch für den ukrainischen Kontext:

- Erstens ist die Ukraine in der Lage, auf eine hohe Anzahl komplexer Cyberangriffe von verschiedenen staatlichen und staatlich geförderten Akteuren zu reagieren und diese zu entschärfen. Das ist u. a. das Ergebnis der direkten Erfahrungen, die das Land in acht Jahren Krieg gegen den Kreml und seine Stellvertreter gesammelt hat.
- Zweitens stellt die Massenmobilisierung ukrainischer freiwilliger Hacker und patriotischer Programmierer eine Besonderheit dar. Selenskyj konnte sich auf eine gesamtgesellschaftliche Reaktion stützen, bei der sich neben der Regierung auch der private Sektor und gemeinnützige Organisationen an den Verteidigungsanstrengungen beteiligten. Dies

26 Die Einrichtung von Datenbotschaften ist ein innovativer Ansatz, der zuerst von den Esten erforscht wurde. Das Konzept zielt darauf ab, die digitale Kontinuität von Nationalstaaten durch staatliche Serverressourcen außerhalb ihrer Landesgrenzen zu gewährleisten.

ist zum großen Teil dem Status der Ukraine als globales „IT-Powerhouse“ zu verdanken, einer lebendigen digitalen Zivilgesellschaft sowie einer Tradition des Aktivismus. In vielen westlichen Ländern würde der Einsatz einer solchen „IT-Armee“ jedoch unter Umständen auf erhebliche Hürden stoßen – einschließlich rechtlicher und ethischer Vorbehalte aufgrund von Datenschutz- und Sicherheitsrisiken für potenzielle Kollateralopfer der Angriffe von Hackerkollektiven.

- Drittens spielen auch die „Informationsoperationen“ rund um den Kriegsschauplatz eine entscheidende Rolle. Der Erfolg der Ukraine kann u. a. darauf zurückgeführt werden, dass sie mit den russischen Desinformationskampagnen vertraut ist und auf diese entsprechend reagieren kann. Dabei kommt vor allem der effektiven Nutzung von Sozialen Medien eine große Bedeutung bei der Streuung von Gegennarrativen zu. Hinzu kommt die Fähigkeit der Ukrainer, in der russischen Sprache kommunizieren zu können. So wandte sich bspw. Selenskyj selbst am Vorabend der Invasion mit seiner Botschaft direkt an das russische Volk – und zwar auf Russisch.²⁷

6. Fazit

Auch wenn sich die bisherigen Entwicklungen und Auswirkungen im Bereich der Cyberkriegsführung im Rahmen halten, wäre es ein großer Fehler euphorisch zu sein. Ein in die Enge getriebenes Russland, das mit einer Reihe von Niederlagen auf dem Schlachtfeld konfrontiert ist und wenige andere Optionen auf dem Tisch hat – die nukleare Dimension einmal ausgeschlossen – wird vermutlich verstärkt auf den Cyberraum zurückgreifen. Dieser wird sich als ideale Grundlage erweisen, um eine Isolation zu umgehen, westliche Verteidigungspläne auszuspionieren und zu stören, Technologie und geistiges Eigentum zu stehlen sowie globale Unruhen zu verstärken.

Nachdem die westlichen Staaten ihre Unterstützung für die Ukraine in den letzten Monaten verstärkten, konnten eine Reihe von „Strafmaßnahmen“ durch russische Cyberakteure gegen bestimmte Länder beobachtet

²⁷ Für weitere Einzelheiten siehe: De Liedekerke, Arthur/De Rivoire, Hector: „Ukraine's cyber resistance is impressive – but hard to replicate“, euobserver, 26. September 2022.

werden – vor allem in Finnland²⁸, Estland²⁹ und Montenegro³⁰. Diese Einschätzung wird von der im November veröffentlichten *ENISA Threat Landscape 2022* geteilt, die davon ausgeht, dass westliche bzw. NATO-Verbündete (insbesondere Einrichtungen der kritischen Infrastruktur) mit hoher Wahrscheinlichkeit als Teil von Vergeltungsmaßnahmen verstärkt ins Visier genommen werden.³¹

Je mehr westliche Unternehmen sich aus Russland zurückziehen – eine Art strategische Entkopplung – desto mehr Anreize hat Russland, Cyberwaffen gegen Unternehmen und andere Staaten einzusetzen. Selbst wenn Moskau einer Art Waffenstillstand zustimmt, wäre der verstärkte Einsatz von Cyberangriffen und Desinformationskampagnen eine der wenigen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um der Ukraine und dem Westen in einer Art Grauzone – dann wieder unterhalb der Schwelle einer direkten Konfrontation – Schaden zuzufügen.

Langfristig werden jedoch verlorene Investitionen, ein eingeschränkter Zugang zu Schlüsseltechnologien sowie grundsätzliche Einschränkungen der russischen Wirtschaft die Fähigkeit Russlands, einen Krieg im Cyberraum zu führen, stark beeinträchtigen. Die Entschlossenheit des Westens und die Unterstützung anderer gleichgesinnter Partner bei der Aufrechterhaltung der notwendigen Sanktionen werden entscheidend dazu beitragen, die Fähigkeiten von Putins Cyberarmee zu drosseln.

Literaturverzeichnis

Bundesministerium des Innern und für Heimat: Cybersicherheitsagenda des Bundesministeriums des Innern und für Heimat. Ziele und Maßnahmen für die 20. Legislaturperiode, Juni 2022, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/cybersicherheitsagenda-20-legislatur.html>, 28.11.2022.

Burgess, Matt: „A mysterious satellite hack has victims far beyond Ukraine“, *Wired*, 23. März 2022, <https://www.wired.com/story/viasat-internet-hack-ukraine-russia/>, 19.11.22.

28 Teivainen, Aleks: „Finnish Parliament’s website brought down by Russian hacker group“, *Helsinki Times*, 10. August 2022.

29 Sytas, Andrius: „Estonia says it repelled major cyber attack after removing Soviet monuments“, *Reuters*, 18. August 2022.

30 Euractiv: „Cyberattack hits Montenegro government, defence minister points at Russia“, 28. August 2022.

31 ENISA: *ENISA Threat Landscape 2022*, 3. November 2022.

- Cattler, David/Black, Daniel: „The myth of the missing cyberwar“, Foreign Affairs, 1. August 2022, <https://www.foreignaffairs.com/articles/ukraine/2022-04-06/myth-h-missing-cyberwar>, 19.11.22.
- De Liedekerke, Arthur/De Rivoire, Hector: Ukraine's cyber resistance is impressive – but hard to replicate, euobserver, 26. September 2022, <https://euobserver.com/opinion/156126>, 28.11.2022.
- De Liedekerke, Arthur/Laudrain, Arthur: „Cyber War: What's next and what the European Union should do, Council on Foreign Relations“, 30. März 2022, <https://www.cfr.org/blog/russias-cyber-war-whats-next-and-what-european-union-should-do>, 19.11.22.
- Deutsche Welle: „Germany bolsters defenses against Russia cyber threat“, 12. Juli 2022, <https://www.dw.com/en/germany-bolsters-defenses-against-russian-cyber-threat/a-62442479>, 19.11.22.
- Digital Security Unit: Special Report: Ukraine – An overview of Russia's cyberattack activity in Ukraine, Microsoft, 27. April 2022, <https://query.prod.cms.rt.microsoft.com/cms/api/am/binary/RE4Vwwd>, 19.11.22.
- ENISA: ENISA Threat Landscape 2022, 3. November 2022, <https://www.enisa.europa.eu/publications/enisa-threat-landscape-2022>, 28.11.2022.
- Euractiv: „Cyberattack hits Montenegro Government, defence minister points at Russia“, 28. August 2022, <https://www.euractiv.com/section/global-europe/news/cyberattack-hits-montenegro-government-defence-minister-points-at-russia/>, 19.11.22.
- Harding, Luke: „Ukraine hit by 'massive' cyber-attack on government websites“, The Guardian, 14. Januar 2022, <https://www.theguardian.com/world/2022/jan/14/ukraine-massive-cyber-attack-government-websites-suspected-russian-hackers>, 19.11.22.
- HarperCollins: Shock and Awe, <https://www.collinsdictionary.com/de/worterbuch/englisch/shock-and-awe>, 29.11.2022.
- Hoyer, Katja: „Germans are under attack. Can they adapt?“, The Washington Post, 25. Oktober 2022, <https://www.washingtonpost.com/opinions/2022/10/25/russia-sabotage-germany-railroads-hacking-drones/>, 19.11.22.
- Kabelka, Laura: „EU's cybersecurity agency chief warns to Keep Guard up“, Euractiv, 28. September 2022, <https://www.euractiv.com/section/cybersecurity/news/eu-cybersecurity-agency-chief-warns-to-keep-guard-up/>, 19.11.22.
- Kabelka, Laura: „Germany still not affected by Russia-linked cyberattacks“, Euractiv, 6. Mai 2022, <https://www.euractiv.com/section/cybersecurity/news/germany-still-not-affected-by-russia-linked-cyberattacks/>, 19.11.22.
- Mäder, Lukas: „Im Ukraine-Krieg kämpft eine ‚IT-Armee‘ online gegen Russland. Die Freiwilligen attackieren sogar Apotheken und Universitäten“, Neue Züricher Zeitung, 23. Juli 2022, <https://www.nzz.ch/technologie/ukraine-krieg-freiwillig-illige-it-armee-greift-russische-ziele-an-ld.1689428>, 29.11.2022.

- Nasr, Joseph: „Germany issues hacking warning for users of Russian anti-virus software Kaspersky“, Reuters, 15. März 2022, <https://www.reuters.com/technology/germany-issues-hacking-warning-users-russian-anti-virus-software-kaspersky-2022-03-15/>, 19.11.22.
- Pearson, James/Satter, Raphael/Bing, Christopher/Schectman, Joel: „Exclusive: U.S. Spy Agency probes sabotage of satellite internet during Russian invasion, sources say“, Reuters, 11. März 2022, <https://www.reuters.com/world/europe/exclusive-us-spy-agency-probes-sabotage-satellite-internet-during-russian-2022-03-11/>, 19.11.22.
- Rat der Europäischen Union: Russian cyber operations against Ukraine: Declaration by the high representative on behalf of the European Union, 10. Mai 2022, <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/05/10/russian-cyber-operations-against-ukraine-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union/>, 19.11.22.
- Sabbagh, Dan: „Russian hackers targeting opponents of Ukraine invasion, warns GCHQ chief“, The Guardian, 10. Mai 2022, [:/www.theguardian.com/technology/2022/may/10/russian-hackers-targeting-opponents-of-ukraine-invasion-warns-gchq-chief](https://www.theguardian.com/technology/2022/may/10/russian-hackers-targeting-opponents-of-ukraine-invasion-warns-gchq-chief), 19.11.22.
- Simonite, Tom: „A Zelensky Deepfake was quickly defeated. The next one might not be“, Wired, 17. März 2022, <https://www.wired.com/story/zelensky-deepfake-facebook-twitter-playbook/>, 19.11.22.
- Smalley, Suzanne: „Nakasone says Cyber Command did nine ‘hunt forward’ ops last year, including in Ukraine“, CyberScoop, 4. Mai 2022, <https://www.cyberscoop.com/nakasone-persistent-engagement-hunt-forward-nine-teams-ukraine/>, 19.11.22.
- Sytas, Andrius: „Estonia says it repelled major cyber attack after removing Soviet monuments“, Reuters, 18. August 2022, <https://www.reuters.com/world/europe/estonia-says-it-repelled-major-cyber-attack-after-removing-soviet-monuments-2022-08-18/>, 19.11.22.
- Teivainen, Aleks: „Finnish Parliament's website brought down by Russian Hacker Group“, Helsinki Times, 10. August 2022, <https://www.helsinkitimes.fi/finland/finland-news/domestic/22011-finnish-parliament-s-website-brought-down-by-russian-hacker-group.html>, 19.11.22.
- Vallance, Chris: „Ukraine war: Major internet provider suffers cyber-attack“, BBC News, 28. März 2022, <https://www.bbc.com/news/60854881>, 10.11.22.
- Willett, Marcus: The Cyber Dimension of the Russia–Ukraine War, International Institute for Strategic Studies, 6. Oktober 2022, <https://www.iiss.org/blogs/survival-blog/2022/10/the-cyber-dimension-of-the-russia-ukraine-war>, 19.11.22.
- Xiao, Menghan: „Cyberattacks accelerating in Europe, Moody's says“, SC Media, 18. Oktober 2022, <https://www.scmagazine.com/analysis/vulnerability-management/cyberattacks-accelerating-in-europe-moodys-says>, 19.11.22.
- Zetter, Kim: „Inside the cunning, unprecedented hack of Ukraine's power grid“, Wired, 3. März 2016, <https://www.wired.com/2016/03/inside-cunning-unprecedented-hack-ukraines-power-grid/>, 19.11.22.

Kapitel 12 Der Ukraine-Krieg als exogener Schock für das Russlandbild und die Bündnissolidarität in der deutschen Bevölkerung

Timo Graf

Abstract: Als Reaktion auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine kehren die NATO und die Bundeswehr zur territorialen Bündnisverteidigung als Hauptauftrag zurück. Trägt die deutsche Bevölkerung diese verteidigungspolitische Kehrtwende mit? Zwar bekennt sich eine große Mehrheit prinzipiell zur NATO, doch die Ergebnisse bisheriger Bevölkerungsbefragungen offenbaren zugleich eine mangelnde Bereitschaft zur konkreten militärischen Unterstützung der östlichen NATO-Partner. Ein Grund hierfür war das in der deutschen Bevölkerung weitgehend fehlende Gefühl der Bedrohung durch Russland. Die Bewertung der Bedrohungslage hat sich mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine jedoch schlagartig und grundlegend verändert – mit Auswirkungen auf die Bündnistreue der Deutschen. Dieser Einstellungswandel sollte kommunikativ begleitet werden, denn die weitverbreitete Unkenntnis in der Bevölkerung über die Bundeswehr-Missionen zur Bündnisverteidigung bleibt problematisch.

Schlüsselwörter: Öffentliche Meinung, Bedrohungsperzeption, Russland, Bündnisverteidigung, NATO

1. Einleitung

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine bedeutet eine neue Dimension der Eskalation in den Spannungen zwischen dem liberalen Europa und dem anti-liberalen, autokratischen und revanchistischen Russland unter Wladimir Putin. Nach etwas mehr als dreißig Jahren „End of History“¹ ist die Friedensdividende in Europa endgültig aufgebraucht. Die NATO

1 Fukuyama, Francis: The End of History and the Last Man. Penguin Books: London 1992.

und die Bundeswehr reagieren darauf mit der Rückkehr zur territorialen Landes- und Bündnisverteidigung als Hauptauftrag.

Bereits seit 2014 ist eine allmähliche Revitalisierung der Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO zu beobachten – als Reaktion auf Russlands völkerrechtswidrige Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim und die gewaltsame Destabilisierung der Ostukraine.² Im Zentrum der NATO-Bemühungen stehen seitdem der Schutz der Ostflanke des Bündnisgebiets und die Rückversicherung der östlichen Bündnispartner. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 beschleunigt die Rückbesinnung auf die territoriale Landes- und Bündnisverteidigung als Hauptauftrag der NATO und der Bundeswehr. Die NATO kündigte einen Monat nach Kriegsbeginn eine Verdoppelung ihrer Truppenpräsenz in Osteuropa an und benennt Russland in ihrem Strategischen Konzept vom Juni 2022 als „die größte Bedrohung für die Sicherheit der Bündnispartner und die Sicherheit im euro-atlantischen Raum“.³ Auf der Bundeswehrtagung im September 2022 hat Bundeskanzler Olaf Scholz die Landes- und Bündnisverteidigung wieder als Hauptauftrag der Bundeswehr festgelegt:

„Lange Zeit hat unser Land – und das schließt die Politik ausdrücklich ein – eine echte Priorisierung der Aufgaben der Bundeswehr vermieden. Brunnen bohren, humanitäre Hilfe absichern [...]. Der Kernauftrag der Bundeswehr ist die Verteidigung der Freiheit in Europa – oder etwas weniger lyrisch ausgedrückt: die Landes- und Bündnisverteidigung. [...] Alle anderen Aufgaben haben sich diesem Auftrag unterzuordnen.“⁴

Deutschland ist in der Auseinandersetzung mit Russland zwar kein „Frontstaat“, trägt aber durch die Größe und Leistungsfähigkeit seiner Streitkräfte sowie seine geografische Lage im Zentrum Europas eine besondere Verantwortung für die Bündnisverteidigung im Allgemeinen und für die Verteidigung der NATO-Ostflanke im Besonderen. Es gilt der Grundsatz: „Einen Feind, gemeinsam mit seinen Partnern, an der Bündnisgrenze im Zaum zu halten, ist besser, als ihn im eigenen Land – mit all den Opfern, die das mit sich bringt – alleine bekämpfen zu müssen“.⁵ Als Re-

2 BMVg: Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Bundesministerium der Verteidigung: Berlin 2016.

3 NATO: NATO 2022 Strategic Concept. NATO: Brüssel 2022.

4 Scholz, Olaf: Rede von Bundeskanzler Scholz bei der Bundeswehrtagung am 16. September 2022 in Berlin.

5 BMVg: Auftrag Landes- und Bündnisverteidigung. Bundesministerium der Verteidigung: Berlin 2020, S. 13.

aktion auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Bundeswehr ihr bestehendes Engagement im Baltikum (*enhanced Forward Presence* in Litauen und *Air Policing Baltikum*) verstärkt und sich umgehend an den neuen NATO-Missionen zur Sicherung der Ostflanke des Bündnisgebietes in Polen, Rumänien und der Slowakei beteiligt.

In Anbetracht der Herausforderung ist schnelles und entschlossenes politisches und militärisches Handeln geboten, was aber dazu führt, dass die gesellschaftliche Verständigung über die verteidigungspolitischen Richtungsentscheidungen nur mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung möglich ist. Ausbleiben darf sie jedenfalls nicht. Vor 2022 haben nämlich nur wenige Bürgerinnen und Bürger Russland als Bedrohung empfunden, was nicht ohne Auswirkungen auf die Bündnistreue in der Bevölkerung blieb: Obwohl sich die Mehrheit klar zur NATO und zum Prinzip der kollektiven Bündnisverteidigung bekennt, mangelte es bisher an der Bereitschaft zur konkreten militärischen Unterstützung der östlichen Bündnispartner. Hat Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine in der deutschen Bevölkerung für einen klareren Blick auf Russland gesorgt? Sind die Bürgerinnen und Bürger vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs endlich bereit, Deutschlands militärisches Engagement zur Sicherung der NATO-Ostflanke mitzutragen?

Der Beitrag beantwortet diese Fragen auf der Grundlage von repräsentativen Bevölkerungsbefragungen, die das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) erhebt.⁶ Als Hinführung auf die empirische Analyse werden zunächst die grundlegende Bedeutung der öffentlichen Meinung für die Bündnisverteidigung und der Einfluss von Bedrohungsperzeptionen auf die Bündnissolidarität der Bürgerinnen und Bürger diskutiert. Im Anschluss werden die wahrgenommene Bedrohung durch Russland und die Bündnissolidarität der Deutschen im Zeitverlauf betrachtet sowie der Zusammenhang dieser beiden Betrachtungsgrößen

6 Die Befragungen erfolgen seit 1996 einmal jährlich als persönliche und computer-gestützte Interviews (CAPI) im Haushalt der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Befragten werden zufällig in einem mehrfach geschichteten Verfahren ausgewählt. Die Teilnahme ist freiwillig, anonym und erfolgt ohne Vergütung. Die Stichprobe ist repräsentativ für die in Haushalten lebende, deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren. Es wurden in jedem Befragungsjahr mehr als 2.000 Personen interviewt (Netto-Stichprobe). Die Daten werden von einem externen und professionellen Umfrageinstitut erhoben. Die Auftragsvergabe erfolgt durch ein öffentliches Ausschreibungsverfahren. Die Konzeption des Fragebogens und die Auswertung der erhobenen Daten erfolgt durch das ZMSBw.

erörtert. Die berichteten Ergebnisse sind von besonderem Wert, weil aktuelle empirische Untersuchungen zur NATO-Bündnistreue der deutschen Bevölkerung Mangelware sind⁷ – vor allem solche, die die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs abbilden können.⁸ Der Beitrag schließt mit einer Reflektion über die Implikationen der Analyseergebnisse für die strategische Kommunikation der Bundesregierung und der Bundeswehr.

2. Bedeutung der öffentlichen Meinung für die Bündnisverteidigung

Anders als die „klassischen“ Auslandseinsätze wie in Afghanistan (ISAF und *Resolute Support*) bedürfen die Beteiligungen der Bundeswehr an den *anerkannten Missionen* zur Sicherung der NATO-Ostflanke keines Mandats des Deutschen Bundestags und erfolgen einzig auf Beschluss der Bundesregierung. Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang also die öffentliche Meinung?

Neben einer als zögerlich wahrgenommenen Haltung der Bundesregierung zur militärischen Unterstützung der Ukraine könnte auch eine kritische öffentliche Meinung zur Bündnisverteidigung bei Deutschlands NATO-Partnern zu einem Vertrauensverlust führen⁹, schließlich entscheidet jedes Mitgliedsland selbst, welchen Beitrag es zur Bündnisverteidigung

-
- 7 Empirische Untersuchungen zur Bündnistreue der deutschen Bevölkerung vor 2022: Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia/Steinbrecher, Markus: *Cold War Revisited? Die deutsche Bevölkerung und die Renaissance der Bündnisverteidigung*. In: Hartmann, Uwe/von Rosen, Claus (Hrsg.): *Jahrbuch Innere Führung 2017: Die Wiederkehr der Verteidigung in Europa und die Zukunft der Bundeswehr*. Miles-Verlag: Berlin 2017, S. 137–153; Fagan, Moira/Poushter, Jacob: *NATO seen favorably across member states*. Pew Research Center: Washington, D.C. 2020; Graf, Timo: *Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Wie steht es um die Bündnistreue in der Bevölkerung?* In: Hartmann, Uwe/Janke, Reinhold/von Rosen, Claus (Hrsg.): *Jahrbuch Innere Führung 2021/22. Ein neues Mindset Landes- und Bündnisverteidigung?* Miles-Verlag: Berlin 2022, S. 129–155; Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: *Wachsamkeit als Preis von Sicherheit und Freiheit? Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Bündnisverteidigung*. In: Steinbrecher Markus/Biehl, Heiko/Bytzeck, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hrsg.): *Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger*. Springer VS: Wiesbaden 2018, S. 177–216; Stokes, Bruce: *NATO's Image Improves on Both Sides of Atlantic*. Pew Research Center: Washington, D.C. 2017.
- 8 Zink, Wolfgang: *Die Sicherheit aus Sicht der Bevölkerung: Ein Stimmungsbarometer, 2022*.
- 9 Meyer zum Felde, Rainer: *Deutsche Verteidigungspolitik: Versäumnisse und nicht gehaltene Versprechen*. In: *Sirius* 4, H. 3, S. 315–332.

leistet – sogar im Verteidigungsfall gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrags.¹⁰ Solidarität und Vertrauen bilden seit 70 Jahren das Fundament der NATO – und damit der Sicherheit Deutschlands und Europas.

Öffentliches Unverständnis für die territoriale Bündnisverteidigung als Hauptauftrag der Bundeswehr könnte aber nicht nur das Vertrauen im Bündnis untergraben, sondern auch die zivil-militärischen Beziehungen in Deutschland beeinträchtigen, was der Zielsetzung der Inneren Führung zuwiderliefe, eine breite gesellschaftliche Legitimation für die Bundeswehr und ihre Aufgaben und Einsätze anzustreben und so die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft zu fördern.¹¹

Überhaupt hat die Verteidigungspolitik durch den Ukraine-Krieg an gesellschaftspolitischer Relevanz gewonnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die öffentliche Meinung im Sinne der Bevölkerungsmeinung den (wahrgenommenen) Handlungsspielraum der politischen Entscheidungsträger und somit verteidigungspolitische Entscheidungen beeinflussen kann – zumindest in westlichen Demokratien wie Deutschland.¹² Ganz konkret kann die öffentliche Meinung die Ausgestaltung des nationalen Engagements im Rahmen eines multinationalen Militäreinsatzes beeinflussen, also nicht *ob* man sich beteiligt, sondern *wie*.¹³

Eine kritische öffentliche Meinung zum Auftrag der Bündnisverteidigung im Allgemeinen und zu den Bundeswehr-Missionen zur Sicherung der NATO-Ostflanke im Besonderen könnte sich zudem negativ auf die soldatische Motivation der deutschen Einsatzsoldatinnen und -soldaten auswirken. Sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse belegen, dass eine als kritisch wahrgenommene öffentliche Meinung durchaus die Ein-

10 Giegerich, Bastian: Die NATO. Springer VS: Wiesbaden 2012; Hunter, Robert: NATO's Article 5: The Condition for a Military and a Political Coalition. In: *European Affairs* 2, H. 4, 2001.

11 Biehl et al. 2017, S. 150–151.

12 Burstein, Paul: The Impact of Public Opinion on Public Policy: A Review and an Agenda. In: *Political Research Quarterly* 56, H. 1, 2003, S. 29–40; Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y.: Effects of Public Opinion on Policy. In: *The American Political Science Review* 77, H. 1, 1983, S. 175–190.

13 Biehl, Heiko: United We Stand, Divided We Fall? Die Haltungen europäischer Bevölkerungen zum ISAF-Einsatz. In: Seiffert, Anja/Langer, Phil C./Pietsch, Carsten (Hrsg.): *Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven*. VS Verlag: Wiesbaden 2012, S. 169–186; Haesebrouck, Tim: Who follows whom? A coincidence analysis of military action, public opinion and threats. In: *Journal of Peace Research* 56, H. 6, 2019, S. 753–766; Viehrig, Henrike: *Militärische Auslandseinsätze. Die Entscheidungen europäischer Staaten zwischen 2000 und 2006*. VS Verlag: Wiesbaden 2010.

satzmotivation der Soldatinnen und Soldaten beeinträchtigen und die soldatische Motivation nachhaltig beeinflussen kann.¹⁴

Vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge ist zu berücksichtigen, dass Russland seit vielen Jahren versucht, mit Desinformationskampagnen die öffentliche Meinung in westlichen Ländern in seinem Interesse zu manipulieren. Laut eines im März 2021 veröffentlichten Untersuchungsberichts des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) ist Deutschland das Hauptziel russischer Desinformationskampagnen in Europa.¹⁵ Die öffentliche Meinung in Deutschland ist somit selbst zum Ziel der hybriden Kriegsführung Russlands geworden. Grund für die Konzentration auf Deutschland ist aus Sicht des EAD nicht nur Deutschlands wirtschaftliche und politische Bedeutung innerhalb der EU, sondern auch die (russische) Vermutung, dass weite Teile der deutschen Bevölkerung russlandfreundlich seien. Wie die nachfolgende Betrachtung des „Russlandbilds“ in der deutschen Bevölkerung offenbart, ist bzw. war diese Annahme nicht ganz unbegründet.

3. Zur Bedeutung von Bedrohungsperzeptionen

Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung steht die Hypothese, dass die NATO-Bündnistreue der deutschen Bevölkerung maßgeblich vom *Russlandbild der Befragten* beeinflusst wird. Abgeleitet ist diese Hypothese aus der jahrzehntelangen Forschung zum Einfluss von Länderwahrnehmungen auf außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Präferenzen und Sachfragenorientierungen, die sich einer besonderen Konjunktur während des Kalten Kriegs erfreute. Mit der „kognitiven Revolution“ in der Sozialwissenschaft ab den 1950er Jahren und der „konstruktivistischen Wende“ in der Politikwissenschaft in den späten 1970er Jahren wurde die Bedeutung realistischer, materialistischer und spieltheoretischer Theorien und

14 Biehl, Heiko: Einsatzmotivation und Kampfmoral. In: Leonhard, Nina/Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Militärsoziologie: Eine Einführung. Springer VS: Wiesbaden 2012, S. 447–474; Biehl, Heiko/Keller, Jörg: Hohe Identifikation und nüchterner Blick – Die Sicht der Bundeswehrsoldaten auf ihre Einsätze. In: Jaberg, Sabine/Biehl, Heiko/Mohrmann, Günter/Tomforde, Maren (Hrsg.): Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sozialwissenschaftliche Analysen, Diagnosen und Perspektiven. Duncker & Humblot: Berlin 2009, S. 121–141; Seiffert, Anja/Heß, Julius: Leben nach Afghanistan: Die Soldaten und Veteranen der Generation Einsatz der Bundeswehr. Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr: Potsdam 2020, S. 329.

15 Europäischer Auswärtiger Dienst (2021): Vilifying Germany, Wooing Germany.

die ihnen zugrunde liegende Annahme einer universell gültigen und „objektiven“ Rationalität zur Erklärung der internationalen Beziehungen, insbesondere zwischen den USA und der Sowjetunion, in Frage gestellt. Dabei wurde die Rationalität der Akteure in den internationalen Beziehungen nicht grundsätzlich in Abrede gestellt, aber nicht mehr als „universell“ oder „objektiv“ anerkannt, sondern in Abhängigkeit von kulturellen Prägrungen („strategische Kulturen“)¹⁶ und subjektiven (Fehl-)Wahrnehmungen¹⁷ verstanden.

Die maßgebliche Theorie zur Erklärung der internationalen Beziehungen auf der Grundlage von subjektiven Länderwahrnehmungen ist die *International Image Theory*.¹⁸ Den Kern dieser Theorie bildet die Annahme, dass sich die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Präferenzen der politischen Entscheidungsträger wie auch der Bürgerinnen und Bürger maßgeblich auf strukturierte Wahrnehmungen anderer Länder (sog. *Images*) zurückführen lassen, die einem Stereotyp im sozialpsychologischen Sinne ähneln und als kognitive Heuristik bei der Präferenzbildung dienen.¹⁹ Diese kognitive Heuristik ist vor allem für die „Allgemeinbevölke-

-
- 16 Snyder, Jack L.: The Soviet Strategic Culture: Implications for Limited Nuclear Options. RAND: Santa Monica 1977; Hurwitz, Jon/Peffley, Mark: How are foreign policy attitudes structured? A hierarchical model. In: American Political Science Review 81, H. 4, 1987, S. 1099–1120.
 - 17 Boulding, Kenneth: National Images and International Systems. In: Journal of Conflict Resolution 3, H. 2, 1959, S. 120–131; Holsti, Ole R.: The Belief System and National Images. In: The Journal of Conflict Resolution 6, H. 3, 1962, S. 244–252; Hurwitz, Jon/Peffley, Mark: American Images of the Soviet Union and National Security Issues. In: Rattinger, Hans/Munton, Don (Hrsg.): Debating National Security. The Public Dimension. Peter Lang: Frankfurt am Main 1991, S. 101–138; Jervis, R.: Perception and Misperception in International Politics. Princeton University Press: New Jersey 1976.
 - 18 Alexander, Michele G./Brewer, Marilynn B./Herrmann, Richard K.: Images and Affect: A Functional Analysis of Out-group Stereotypes. In: Journal of Personality and Social Psychology 77, H. 1, 1999, S. 78–93; Cottam, Richard W.: Foreign Policy Motivation: A General Theory and a Case Study. University of Pittsburgh Press: Pittsburgh 1977; Herrmann, Richard K.: Perception and Behavior in Soviet Foreign Policy. University of Pittsburgh Press: Pittsburgh 1985; Herrmann, Richard K.: The Power of Perceptions in Foreign-Policy Decision Making: Do Views of the Soviet Union Determine the Policy Choices of American Leaders? In: American Journal of Political Science 30, H. 4, 1986, S. 841–875; Herrmann, Richard K.: Image Theory and Strategic Interaction in International Relations. In: Huddy, Leonie/Sears, David O./Jervis, Robert (Hrsg.): Oxford Handbook of Political Psychology. Oxford University Press: Oxford 2003, S. 285–314.
 - 19 Herrmann, Richard K./Fischerkeller, Michael P.: Beyond the Enemy Image and Spiral Model: Cognitive-Strategic Research after the Cold War. In: International

rung“ von Bedeutung, weil die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger im Durchschnitt nur über einen geringen Kenntnisstand über außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Themen bzw. Sachfragen verfügt. Außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Präferenzen und Sachfrageorientierungen würden also weniger auf der Grundlage von (fehlendem) Fachwissen gebildet, sondern aus subjektiven Länderwahrnehmungen abgeleitet. In diesem Zusammenhang wird der subjektiven Wahrnehmung eines anderen Landes als Bedrohung für die nationale Sicherheit eine zentrale Rolle für die verteidigungspolitische Präferenzbildung beigemessen.²⁰ Mit einem als nicht feindlich wahrgenommen Land werden kooperative Beziehungen bevorzugt. Wird ein Land dagegen als feindlich wahrgenommen, sollte dies zu einer Präferenz für abwehrende Maßnahmen führen. Diese Zusammenhänge wurden vielfach in unterschiedlichen Experimenten und Befragungen nachgewiesen.²¹

Die öffentliche Wahrnehmung Russlands als Bedrohung sollte die Haltung der deutschen Bevölkerung zur NATO bzw. zur Bündnisverteidigung beeinflussen, wurde die NATO doch einst gegründet, um (West-)Europa vor einer Bedrohung durch die Sowjetunion zu schützen. Und genau diesen Schutzauftrag haben die NATO und die Bundeswehr infolge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine wieder für sich entdeckt. Eine Auswertung der ZMSBW-Umfragedaten aus dem Jahr 2017 konnte bereits einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Russlandbild der Befragten und deren Einstellung zur militärischen Unterstützung der östlichen NATO-Staaten nachweisen: Je kritischer die Einstellung zu Russland, desto größer die Bündnissolidarität.²² Wer Russland als Bedro-

Organization 49, H. 3, 1995, S. 415–450; Herrmann, Richard K./Voss, James F./Schooler, Tonya Y.E./Ciarocchi, Joseph: Images in International Relations: An Experimental Test of Cognitive Schemata. In: *International Studies Quarterly* 41, H. 3, 1997, S. 403–433.

20 Cottam 1977; Holsti, Ole R.: Cognitive Dynamics and Images of the Enemy. In: *Journal of International Affairs* 21, H. 1, 1967, S. 16–39; Hurwitz, Jon/Peffley, Mark: Public Images of the Soviet Union: The Impact on Foreign Policy Attitudes. In: *Journal of Politics* 51, H. 1, 1990, S. 3–28; Silverstein, Brett: Enemy Images: The Psychology of U.S. Attitudes and Cognitions regarding the Soviet Union. In: *American Psychologist* 44, H. 6, 1989, S. 903–913.

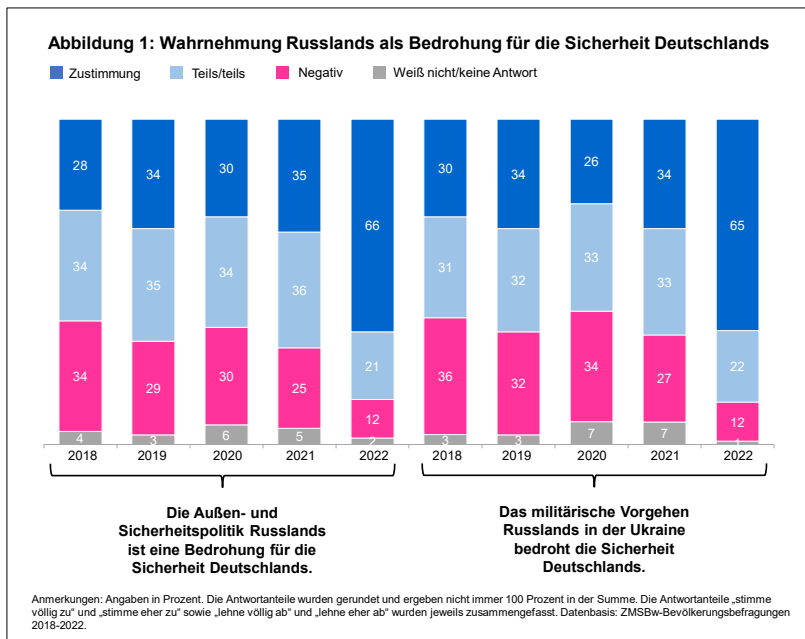
21 Alexander et al. 1999; Herrmann 1986, 2003; Herrmann, Richard K./Tetlock, Philip E./Visser, Penny S.: Mass Public Decisions on Going to War: A Cognitive-Interactionist Framework. In: *American Political Science Review* 93, H. 3, 1999, S. 553–573; Schafer, Mark: Images and Policy Preferences. In: *Political Psychology* 18, H. 4, 1997, S. 813–829.

22 Steinbrecher et al. 2018.

hung wahrnimmt, sollte die konkreten Bemühungen der NATO und der Bundeswehr zur Sicherung der NATO-Ostflanke stärker unterstützen, als jene Bürgerinnen und Bürger, die in Russland keine Bedrohung erkennen.

4. Russland als Bedrohung aus Sicht der Bevölkerung

Die Ergebnisse der ZMSBw-Bevölkerungsbefragungen der Jahre 2018 bis 2021 offenbaren ein schwach ausgeprägtes Gefühl der Bedrohung durch Russland: Im Durchschnitt nahm nur ein Drittel der Befragten die russische Außen- und Sicherheitspolitik und das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahr; ein Drittel war geteilter Meinung und ein Viertel bis ein Drittel erkannte kein Bedrohungspotenzial (vgl. Abb. 1).



Auch fühlte sich nur ein geringer Teil der Bürgerinnen und Bürger von Krieg in Europa oder Spannungen zwischen dem Westen und Russland in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht (vgl. Abb. 2). Insgesamt lässt sich mit Blick auf die Zeit vor dem Ukraine-Krieg feststellen, dass das

Gefühl der Bedrohung durch Russland in der deutschen Bevölkerung eher schwach ausgeprägt war und nur eine Minderheit einen militärischen Konflikt fürchtete. Diese Befunde decken sich mit den Ergebnissen anderer repräsentativer Bevölkerungsbefragungen für die Zeit vor 2022.²³

Mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 hat sich das Gefühl der Bedrohung durch Russland jedoch grundlegend verändert. Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vom März 2022 fühlen sich drei Viertel der Deutschen durch Russland bedroht.²⁴ Eine repräsentative Umfrage vom März 2022 für das „Deutsch-Polnische Barometer 2022“ zeigt, dass im Durchschnitt drei Viertel der Deutschen Russland als eine politische (73 Prozent Zustimmung), wirtschaftliche (74 Prozent Zustimmung) und militärische (74 Prozent Zustimmung) Bedrohung wahrnehmen.²⁵ In einer Befragung vom Mai/Juni 2022 für das Beratungsunternehmen *PriceWaterhouseCoopers* sehen 78 Prozent der Befragten die EU-Mitgliedstaaten und Deutschland durch gewaltsame Handlungen, Cyberangriffe und Destabilisierungsversuche von russischer Seite bedroht.²⁶ Zudem fühlen sich 66 Prozent durch derartige russische Handlungen in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht.

In den Ergebnissen der im Juni/Juli 2022 erhobenen ZMSBw-Bevölkerungsbefragung bildet sich der radikale Wandel in der Bedrohungsperzeption ebenfalls ab. Die in den letzten Jahren eher ambivalente Wahrnehmung der Beziehungen zu Russland ist der Erkenntnis gewichen, dass Russlands Außen- und Sicherheitspolitik (66 Prozent Zustimmung; +31 Prozentpunkte) und Russlands militärisches Vorgehen in der Ukraine (65 Prozent Zustimmung; +31 Prozentpunkte) eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands darstellen (vgl. Abb. 1). Die stark veränderte öffentliche Wahrnehmung Russlands bildet sich auch in dem reduzierten Anteil jener ab, die eine ambivalente Einstellung zu Russland haben. Im Vergleich zu den Vorjahren ist dieser Anteil jeweils um über 10 Prozent-

23 Institut für Demoskopie Allensbachs: Sicherheitsreport 2021; Kucarczyk, Jacek/Lada-Konefal, Agnieszka: Mit einer Stimme: Deutsche und Polen über den russischen Angriff auf die Ukraine. Deutsch-polnisches Barometer 2022 Sonderausgabe. Deutsches Polen-Institut: Darmstadt 2022; Vice, Margaret: Public Worldview Unfavorable Toward Putin, Russia. Pew Research Center: Washington, D.C. 2017.

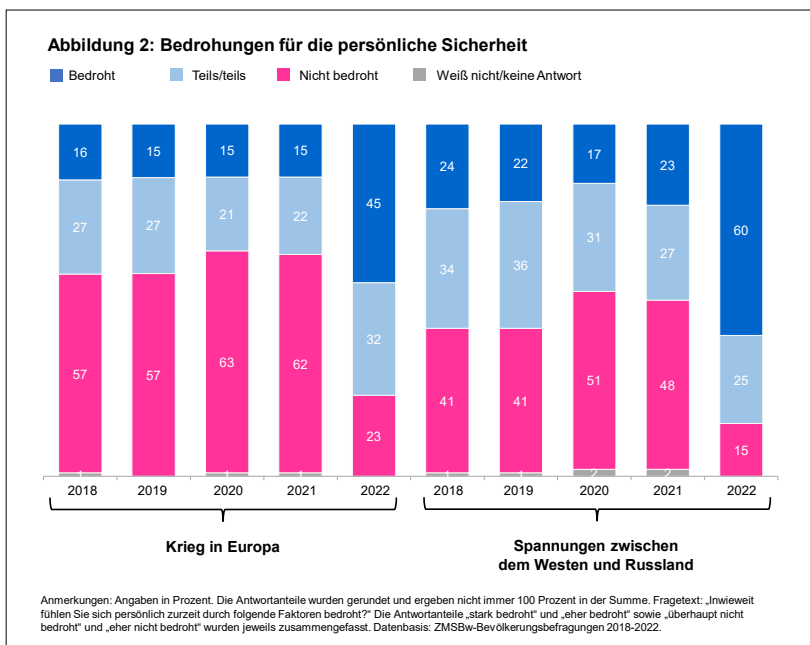
24 Köcher, Renate: „Ein gefährliches Land“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.04.2022.

25 Kucharczyk/Lada-Konefal 2022: 8

26 Zink 2022

punkte gesunken. Auch der Anteil der Befragten, die keine Antworten geben wollten, hat sich im Vergleich zum Vorjahr verringert.

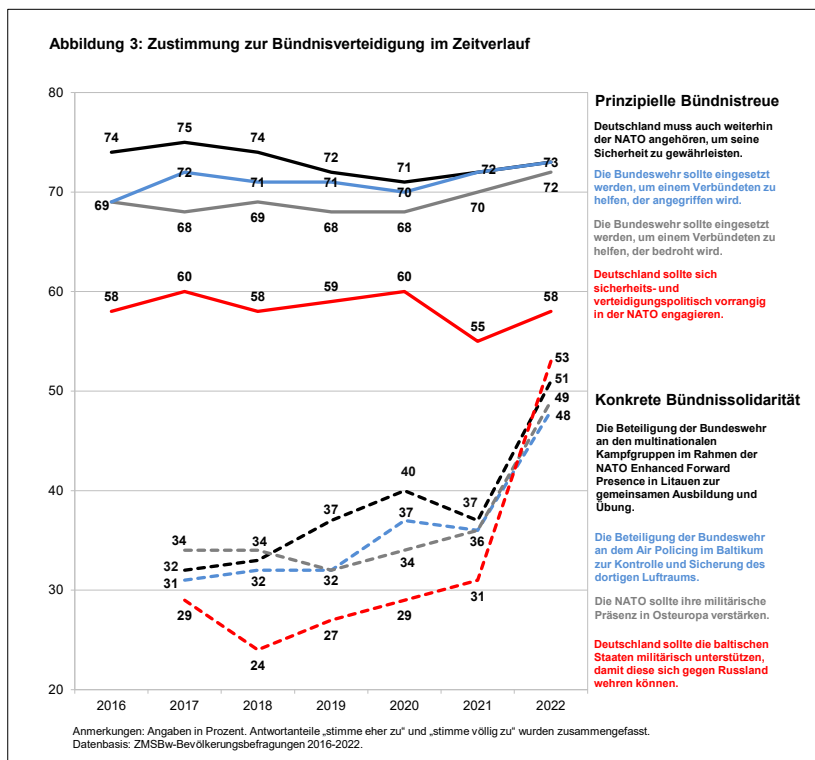
Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine wirkt sich aber nicht nur auf die strategische Bedrohungsperzeption aus, sondern auch auf das *persönliche* Sicherheitsgefühl der Menschen in Deutschland. Der Anteil derjenigen, die sich durch Krieg in Europa persönlich bedroht fühlen, hat sich im Vergleich zu 2021 verdreifacht – von 15 auf 45 Prozent – und der Anteil derjenigen, die sich durch Spannungen zwischen dem Westen und Russland bedroht fühlen, hat sich mehr als verdoppelt (60 Prozent; +37 Prozentpunkte) (vgl. Abb. 2). Derart massive Veränderungen wurden in der seit 1996 erhobenen ZMSBw-Bevölkerungsbefragung noch nie registriert.



5. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Die Bündnissolidarität der Deutschen

Die Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw offenbaren seit Jahren eine bemerkenswerte Diskrepanz zwischen einer hohen Zustimmung zu Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO und zum Prinzip der kollektiven Bünd-

nisverteidigung einerseits und einer eher schwach ausgeprägten Zustimmung zur militärischen Unterstützung der östlichen Bündnispartner und zur Beteiligung der Bundeswehr an konkreten NATO-Missionen andererseits (vgl. Abb. 3).



Zwar verzeichnen die Zustimmungswerte zur Beteiligung der Bundeswehr an den beiden NATO-Missionen im Baltikum bereits seit 2018 einen leichten Anstieg, jedoch liegen sie im Vergleich zu den anderen Auslandseinsätzen der Bundeswehr für den Zeitraum 2017–2021 nur im Mittelfeld der öffentlichen Zustimmung.²⁷ Auch ist die grundsätzliche Bereitschaft zur

27 Graf, Timo/Biehl, Heiko: Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. In: Graf, Timo/Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Scherzer, Joel: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland: Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2021. Zentrum für

militärischen Unterstützung der östlichen Bündnispartner im Zeitraum 2018–2021 geringfügig gestiegen, blieb aber bis zuletzt deutlich hinter der prinzipiellen Bündnistreue zurück (vgl. Abb. 3). Die ausgeprägte Diskrepanz zwischen „Anspruch“ und „Wirklichkeit“ in der Haltung der Deutschen zur Bündnisverteidigung blieb somit bis einschließlich 2021 bestehen.

Infolge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist der öffentliche Zuspruch zur konkreten Verteidigung der NATO-Ostflanke massiv gestiegen, wie die Ergebnisse der ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2022 belegen.²⁸ Die Verstärkung der militärischen Präsenz der NATO in Osteuropa stößt aktuell in der Bevölkerung auf deutlich größere Zustimmung als noch im Vorjahr (vgl. Abb. 3): 49 Prozent (+13 Prozentpunkte) sprechen sich dafür aus, dass die NATO ihre Präsenz in Osteuropa verstärken sollte, 22 Prozent lehnen dies ab und 24 Prozent sind unentschieden. Zudem plädiert inzwischen eine absolute Mehrheit (53 Prozent; +22 Prozentpunkte) dafür, dass Deutschland die baltischen Staaten militärisch unterstützen sollte, damit sich diese gegen Russland wehren können, 16 Prozent lehnen dies ab und 27 Prozent haben eine ambivalente Haltung. Auch der öffentliche Zuspruch zu den Bundeswehr-Missionen an der NATO-Ostflanke ist stark gestiegen: Die Beteiligung der Bundeswehr an der *enhanced Forward Presence* in Litauen wird von einer absoluten Mehrheit der Befragten (51 Prozent; +14 Prozentpunkte) und am verstärkten *Air Policing* im Baltikum von einer relativen Mehrheit (48 Prozent; +12 Prozentpunkte) unterstützt. Zudem erhalten auch die Beteiligungen der Bundeswehr an den neueren Engagements in Polen (51 Prozent), der Slowakei (46 Prozent) und Rumänien (43 Prozent) hohe Zustimmungswerte.

6. Der Einfluss der Bedrohungswahrnehmung auf die Bündnissolidarität

Die vorstehenden Auswertungen legen nahe, dass sich die konkrete Bündnissolidarität in der deutschen Bevölkerung infolge des Ukraine-Kriegs und der damit einhergehenden Veränderung der Bedrohungsperzeption massiv verändert hat. Die Ergebnisse der ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2022 zeigen, wie sehr die Bündnissolidarität vom Bedrohungsgefühl ab-

Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr: Potsdam 2022, S. 253–269.

28 Graf, Timo: Zeitenwende im sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild. Ergebnisse der ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2022. Zentrum für Militär-geschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr: Potsdam 2022, S. 6.

hängt. Wer Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnimmt, unterstützt alle Aussagen zur konkreten Bündnisverteidigung sehr viel stärker als jene Befragten, die Russland nicht als Bedrohung wahrnehmen oder ein ambivalentes Bedrohungsgefühl haben: NATO-Präsenz in Osteuropa verstärken 57 zu 30 Prozent; militärische Unterstützung der baltischen Staaten 62 zu 28 Prozent; grundsätzlich stärkeres militärisches Engagement Deutschlands an der Ostflanke 57 zu 33 Prozent; Beteiligung der Bundeswehr an der *enhanced Forward Presence* in Litauen 59 zu 28 Prozent; Beteiligung der Bundeswehr am *Air Policing* im Baltikum 56 zu 27 Prozent.

Zwischen dem Gefühl der Bedrohung durch Russland und der Zustimmung zur konkreten Sicherung der NATO-Ostflanke bestand allerdings schon vor 2022 ein signifikanter Zusammenhang. Exemplarisch dargestellt wird dieser Zusammenhang in Tabelle 1 auf Grundlage der Befunde der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2021.

Tabelle 1: Zusammenhang zwischen Bedrohungsgefühl und Bündnissolidarität 2021

„Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen.“				
a) Die NATO sollte ihre militärische Präsenz in Osteuropa verstärken. b) Deutschland sollte die baltischen Staaten militärisch unterstützen, damit diese sich gegen Russland wehren können. c) Die Beteiligung der Bundeswehr an den multinationalen Kampfgruppen im Rahmen der NATO <i>Enhanced Forward Presence</i> in Litauen zur gemeinsamen Ausbildung und Übung. d) Die Beteiligung der Bundeswehr an dem <i>Air Policing</i> im Baltikum zur Kontrolle und Sicherung des dortigen Luftraums.“				
	Zustimmung: a) NATO-Präsenz in Osteuropa	Zustimmung: b) DEU mil. Unterstützung für baltische Staaten	Zustimmung: c) Beteiligung Bw an eFP Litauen	Zustimmung: d) Beteiligung Bw an Air Policing
Bedrohungsperzeption				
Russland	***	***	***	***
Bedrohung	54	46	46	45
Teils/teils	32	28	35	35
Keine Bedrohung	19	16	33	33

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Ausgewiesen sind die zusammengefassten Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“. Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2021

Die Ergebnisse zeigen sehr eindrücklich, dass die Zustimmung zu allen Aspekten der konkreten Bündnissolidarität in der Gruppe derer am stärksten ausgeprägt ist, die Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen (Russlands Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Russlands militärisches Vorgehen in der Ukraine) – das waren aber nur gut ein Drittel. Der Zusammenhang zwischen der Bedrohungsperzeption und

der NATO-Bündnissolidarität wurde für Deutschland auch mit anderen repräsentativen Befragungsdaten nachgewiesen.²⁹

Weiterführende multivariate Analysen auf der Grundlage der Daten der ZMSBw-Bevölkerungsbefragungen der Jahre 2020 und 2021 konnten ebenfalls belegen, dass die Unterstützung der deutschen Bevölkerung für ein konkretes militärisches Engagement an der NATO-Ostflanke maßgeblich durch das Gefühl der Bedrohung durch Russland beeinflusst wurde: Wer sich (nicht) durch Russland bedroht fühlte, war eher (nicht) dazu bereit, ein konkretes militärisches Engagement zur Sicherung der NATO-Ostflanke zu unterstützen.³⁰ Das fehlende Bedrohungsgefühl durch Russland vergrößerte zudem die Lücke zwischen prinzipieller Bündnistreue und konkreter Bündnissolidarität. Diese Effekte des Bedrohungsgefühls sind auch dann noch statistisch signifikant, wenn die Einflüsse anderer relevanter Erklärungsfaktoren in der Analyse berücksichtigt werden, wie z. B. das Vertrauen in den Bündnispartner USA, die Grundhaltung zur Bundeswehr, eine Präferenz für eine multilaterale Ausrichtung der deutschen Außenpolitik, die grundsätzliche Bereitschaft zum Einsatz der Streitkräfte als Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Kenntnisstand über die Beteiligung der Bundeswehr an den NATO-Missionen im Baltikum.

Die Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die nationale Sicherheit Deutschlands spielt also eine ganz entscheidende Rolle für die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO im Allgemeinen und für die Bereitschaft zur konkreten militärischen Unterstützung der östlichen Bündnispartner im Besonderen. Bis zu Russlands Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 dämpfte die weitgehend fehlende Wahrnehmung Russlands als Bedrohung die öffentliche Zustimmung zu Deutschlands militärischem Engagement zur Sicherung der NATO-Ostflanke. Infolge dessen bestand in den vergangenen Jahren ein ausgeprägtes Missverhältnis zwischen der stark ausgeprägten prinzipiellen Bündnistreue und dem eher geringen Zuspruch zur praktischen Verstärkung der NATO-Ostflanke (vgl. Abb. 3). Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine sorgt im Jahr 2022 dafür, dass die Mehrheit der Deut-

²⁹ Stokes 2017.

³⁰ Graf, Zwischen Anspruch und Wirklichkeit, 2022; Graf, Timo: Einstellungen zur Bündnisverteidigung. In: Graf, Timo/Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Scherzer, Joel: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland: Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2021. Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr: Potsdam 2022, S. 79–100.

schen Russland als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnimmt. Diese veränderte Bedrohungsperzeption erhöht die öffentliche Zustimmung zur konkreten Verteidigung der NATO-Ostflanke, was bei einer nahezu unverändert hohen Zustimmung zur NATO und zum Prinzip der Bündnisverteidigung dazu führt, dass die bisherige Lücke zwischen prinzipieller Bündnistreue und konkreter Bündnissolidarität weitgehend geschlossen werden konnte (vgl. Abb. 3).

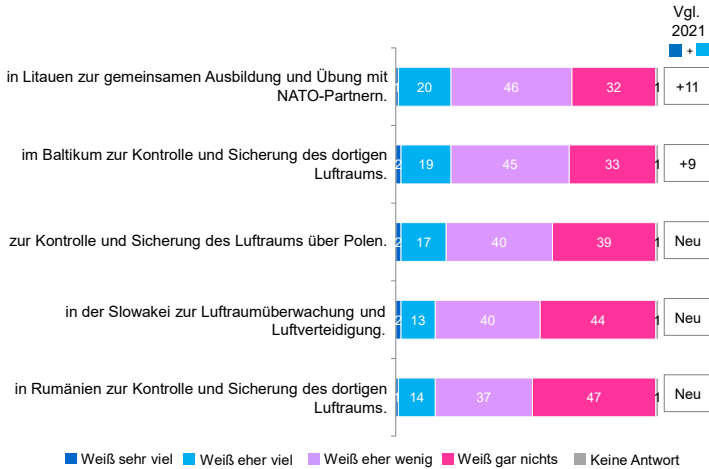
7. Geringer Kenntnisstand über die NATO-Missionen bleibt ein Problem

Aktuell ist die Empörung über den Ukraine-Krieg und die damit verbundene Aufmerksamkeit für Themen der Bündnisverteidigung groß. Ob es gelingt, die aktuelle Stimmungslage in eine dauerhafte öffentliche Zustimmung zur Beteiligung der Bundeswehr an den konkreten Maßnahmen zur Bündnisverteidigung an der Ostflanke zu überführen, dürfte aber nicht nur von der Bedrohungswahrnehmung abhängen, sondern auch ganz entscheidend von der Informationsarbeit der Bundeswehr und des BMVg.

Im Zuge der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg wird verstärkt über die NATO-Präsenz in Osteuropa und die entsprechenden Bundeswehr-Missionen berichtet. Im Vergleich zu 2021 ist der aktuelle Informationsstand in der Bevölkerung zur Beteiligung der Bundeswehr an den NATO-Missionen im Baltikum (*enhanced Forward Presence* Litauen: +11 Prozentpunkte; *Air Policing* Baltikum: +9 Prozentpunkte) auch deutlich gestiegen (vgl. Abb. 4). Für sich betrachtet, bleibt der Kenntnisstand in der Bevölkerung über die Bundeswehr-Missionen an der NATO-Ostflanke aber eher gering: nur 15 (Slowakei und Rumänien) bis 21 Prozent (*eFP* Litauen und *Air Policing* Baltikum) der Befragten geben an, sehr viel oder eher viel über diese Missionen zu wissen; die große Mehrheit (78 bis 84 Prozent) gibt an, wenig oder gar nichts zu wissen.

Abbildung 4: Wissensstand über die Bundeswehr-Missionen an der NATO-Ostflanke

„Was wissen Sie über die aktuellen Einsätze der Bundeswehr im Ausland? Sagen Sie bitte zu jedem Einsatz, ob Sie sehr viel, eher viel, eher wenig oder gar nichts über diesen wissen. Der Einsatz der Bundeswehr ...“

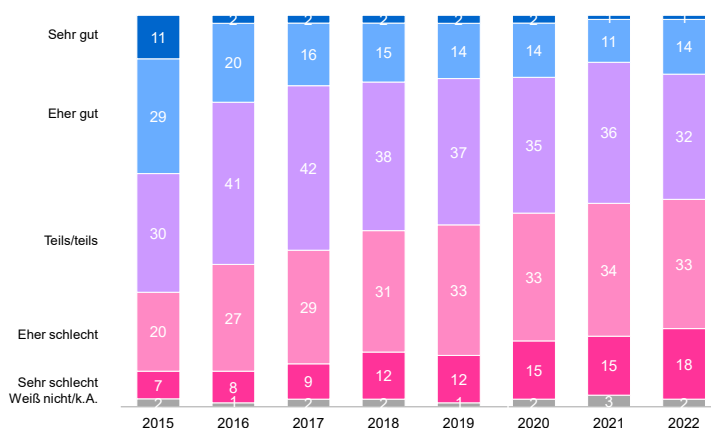


Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile wurden gerundet und ergeben nicht immer 100 Prozent in der Summe. Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022.

Darüber hinaus zeigt sich, dass das durchschnittliche subjektive Informationsniveau der Bürgerinnen und Bürger über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland seit Jahren rückläufig ist. Aktuell fühlt sich die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger schlecht über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert. Damit setzt sich die negative Entwicklung der vergangenen Jahre fort: Der Anteil derjenigen, die sich sehr schlecht oder eher schlecht informiert fühlen, ist von 27 Prozent im Jahr 2015 kontinuierlich auf 51 Prozent im Jahr 2022 gestiegen, während im gleichen Zeitraum der Anteil derjenigen, die sich gut informiert fühlen, von 40 Prozent auf 15 Prozent gesunken ist (vgl. Abb. 5).

Abbildung 5: Informiertheit über die Auslandseinsätze der Bundeswehr

„Wie gut fühlen Sie sich über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert?“



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile wurden gerundet und ergeben nicht immer 100 Prozent in der Summe.
 Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragungen 2015-2022.

Der in der Bevölkerung geringe Wissensstand über die Bundeswehr-Missionen zur Sicherung der NATO-Ostflanke und der hohe Anteil an Befragten, die sich grundsätzlich schlecht über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert fühlen, ist äußerst bedenklich, weil die Zustimmung zu den Missionen der Bundeswehr stark vom Kenntnisstand über diese abhängt. Wie in den Vorjahren zeigt sich auch 2022 der immense Einfluss, den das subjektive Informationsniveau über die Bundeswehr-Missionen auf die Einstellung zu diesen hat. Befragte, die angeben, über grundlegende Kenntnisse zu den Bundeswehr-Missionen zur Sicherung der NATO-Ostflanke zu verfügen, stimmen diesen deutlich stärker zu als jene Befragten, die über wenige oder keine Kenntnisse verfügen (vgl. Tab. 2). Die Unterschiede in den Zustimmungswerten von mehr und weniger informierten Bürgerinnen und Bürgern sind dabei erheblich und variieren zwischen 20 (Rumänien und Slowakei) und 26 Prozentpunkten (*Air Policing* Baltikum und *eFP* Litauen). Die Befragten, die über ein gewisses Maß an Kenntnissen über die Missionen verfügen, unterstützen diese auch mehrheitlich. Umgekehrt erfährt bei Befragten mit geringeren Kenntnissen keine Mission eine mehrheitliche Zustimmung. Damit konzentriert sich ein Großteil der Vorbehalte und der Ablehnung bei den Bevölkerungsteilen, die weniger über die Bundeswehrengagements an der NATO-Ostflanke wissen.

„Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Einsätzen im Ausland völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. Der Einsatz der Bundeswehr ...“				
	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/ k.A.
Litauen (enhanced Forward Presence) ***				
Wissen vorhanden ³	72	19	9	(3)
Wissen nicht vorhanden ⁴	46	26	24	8
Polen (Luftraumüberwachung) ***				
Wissen vorhanden	70	17	13	(0)
Wissen nicht vorhanden	47	25	24	4
Baltikum (Air Policing Baltikum) ***				
Wissen vorhanden	68	(20)	(12)	(0)
Wissen nicht vorhanden	42	30	22	5
Slowakei (enhanced Vigilance Activities) ***				
Wissen vorhanden	63	24	12	(1)
Wissen nicht vorhanden	43	26	25	6
Rumänien (enhanced Air Policing South) ***				
Wissen vorhanden	61	23	17	(0)
Wissen nicht vorhanden	41	27	27	6

8. Fazit

Infolge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist das ambivalente „Russlandbild“ in der deutschen Bevölkerung der Erkenntnis gewichen, dass Russland eine Bedrohung für Deutschland darstellt. Diese veränderte Bedrohungswahrnehmung hat dazu geführt, dass die bisher eher zögerliche Bereitschaft der Deutschen zur konkreten militärischen Unterstützung der östlichen Bündnispartner und zur Sicherung der NATO-Ostflanke deutlich gestiegen ist, wodurch die in den letzten Jahren zu beobachtende Lücke zwischen der stark ausgeprägten prinzipiellen Bündnistreue und der schwach ausgeprägten konkreten Bündnissolidarität in der deutschen Bevölkerung weitgehend geschlossen werden konnte.

Diese Befunde verdeutlichen, wie wichtig ein gemeinsames Bedrohungsverständnis ist: fehlt dieses, kann darunter die Bündnissolidarität leiden. Anders formuliert: Die Bereitschaft in der deutschen Bevölkerung, den östlichen Bündnispartnern militärisch beizustehen, hängt maßgeblich von dem Gefühl der eigenen Betroffenheit ab. Die östlichen Bündnispartner, insbesondere Polen und die baltischen Staaten, haben Deutschland seit vielen Jahren vor der Gefahr durch Russland gewarnt. Anstatt Gehör zu finden, sahen sie sich mit einer ambivalenten Haltung zu Russland in der deutschen Politik und Bevölkerung konfrontiert. Diese ambivalente Haltung blieb nicht ohne Folgen. So zieht der Direktor des Instituts für

Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK), Professor Dr. Joachim Krause, mit Blick auf Deutschlands bisherigen Beitrag zur Sicherung der NATO-Ostflanke ein äußerst kritisches Fazit:

„[...] Bündnispolitik bestand vornehmlich darin, sich durch Kritik an den USA hervorzutun, aber ansonsten nur kleine Beiträge zur Bündnisolidarität zu leisten. Die Interessen und Anliegen unserer östlichen Bündnispartner wurden weitgehend ignoriert. [...] Bemühungen innerhalb der NATO zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit der baltischen Staaten wurden von der Bundesregierung nur halbherzig umgesetzt.“³¹

Erst jetzt, wo die Mehrheit der Deutschen Russland als Bedrohung für die nationale und persönliche Sicherheit wahrnimmt, sind diese auch bereit, Deutschlands militärischen Beitrag zur Sicherung der NATO-Ostflanke zu unterstützen.

Die aktuelle Veränderung in der Einstellung der Deutschen zur Bündnisverteidigung ist eine logische Konsequenz der objektiv veränderten Bedrohungslage. Damit diese Einstellungsveränderung nachhaltig ist, muss sie kommunikativ begleitet werden. Denn die öffentliche Zustimmung zu den Bundeswehr-Missionen an der NATO-Ostflanke hängt neben dem Gefühl der Bedrohung auch maßgeblich vom Kenntnisstand über diese Missionen ab – und der ist im Durchschnitt äußerst gering. Der Konsum tagesaktueller Nachrichten allein wird dieses Defizit nicht beheben können, insbesondere wenn das Medieninteresse im weiteren Kriegsverlauf abnehmen oder sich die deutsche Medienberichterstattung gänzlich auf die Debatte über die wirtschaftlichen Kriegsfolgekosten für Deutschland fokussieren sollte. Auch in Anbetracht der vielen „Fake News“ und Falschinformationen zum Themenkomplex NATO-Russland-Ukraine ist es erforderlich, dass die Bundeswehr und das BMVg den Bürgerinnen und Bürgern ein möglichst umfangreiches Informationsangebot machen, damit diese eine gut informierte und belastbare Haltung zum Bundeswehr-Engagement an der NATO-Ostflanke entwickeln können.

Im Rahmen der Informationsarbeit sollten keine unnötigen Feindbilder aufgebaut werden, gleichwohl erfordert die aktuelle Lage Ehrlichkeit in der politischen Kommunikation. Russland führt mitten in Europa einen Angriffskrieg gegen ein souveränes und demokratisches Land, das sich zu den europäischen Werten bekennt. Russische Soldaten und Söldner

31 Krause, Joachim: Ein Sicherheitsrat wäre das Ende der strategischen Blindheit. In: Die Bundeswehr, H. 11, 2022, S. 14–16.

haben in der Ukraine tausende Zivilisten getötet, Hunderttausende nach Russland verschleppt und Millionen vertrieben. Zehntausende ukrainische Bürgerinnen und Bürger sind im Kampf um das Überleben ihrer Familien, des ukrainischen Staats und der ukrainischen Kultur gestorben. Mit seinem barbarischen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine hat Russland die seit dem Ende des Kalten Kriegs bestehende europäische Sicherheitsordnung zerstört und bedroht damit die Sicherheit, die Freiheit und den Wohlstand ganz Europas. Die Bundeswehr-Missionen an der NATO-Ostflanke dienen der Abwehr dieser Bedrohung.

Diese Kommunikations- und Informationsarbeit ist unerlässlich, weil eine kritische öffentliche Meinung zur Beteiligung der Bundeswehr an den Missionen zur Sicherung der NATO-Ostflanke nicht nur das Vertrauen der östlichen NATO-Partner schwächen, sondern auch die Motivation der deutschen Soldatinnen und Soldaten im Einsatz beeinträchtigen und die zivil-militärischen Beziehungen in Deutschland belasten könnte. Eine derartige Entwicklung würde den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit der NATO schwächen und somit Russland in die Hände spielen.

Literaturverzeichnis

- Alexander, Michele G./Brewer, Marilynn B./Herrmann, Richard K.: Images and Affect: A Functional Analysis of Out-group Stereotypes. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 77, H. 1, 1999, S. 78–93.
- Biehl, Heiko: United We Stand, Divided We Fall? Die Haltungen europäischer Bevölkerungen zum ISAF-Einsatz. In: Seiffert, Anja/Langer, Phil C./Pietsch, Carsten (Hrsg.): *Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven*. VS Verlag: Wiesbaden 2012, S. 169–186.
- Biehl, Heiko: Einsatzmotivation und Kampfmoral. In: Leonhard, Nina/Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): *Militärsoziologie: Eine Einführung*. Springer VS: Wiesbaden 2012, S. 447–474.
- Biehl, Heiko/Keller, Jörg: Hohe Identifikation und nüchterner Blick – Die Sicht der Bundeswehrsoldaten auf ihre Einsätze. In: Jaberg, Sabine/Biehl, Heiko/Mohrmann, Günter/Tomforde, Maren (Hrsg.): *Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sozialwissenschaftliche Analysen, Diagnosen und Perspektiven*: Duncker & Humblot: Berlin 2009, S. 121–141.
- Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia/Steinbrecher, Markus: Cold War Revisited? Die deutsche Bevölkerung und die Renaissance der Bündnisverteidigung. In: Hartmann, Uwe/von Rosen, Claus (Hrsg.): *Jahrbuch Innere Führung 2017: Die Wiederkehr der Verteidigung in Europa und die Zukunft der Bundeswehr*. Miles-Verlag: Berlin 2017, S. 137–153.
- BMVg: Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Bundesministerium der Verteidigung: Berlin 2016.

- BMVg: Auftrag Landes- und Bündnisverteidigung. Bundesministerium der Verteidigung: Berlin 2020.
- Boulding, Kenneth: National Images and International Systems. In: *Journal of Conflict Resolution* 3, H. 2, 1959, S. 120–131.
- Burstein, Paul: The Impact of Public Opinion on Public Policy: A Review and an Agenda. In: *Political Research Quarterly* 56, H. 1, 2003, S. 29–40.
- Cottam, Richard W.: *Foreign Policy Motivation: A General Theory and a Case Study*. University of Pittsburgh Press: Pittsburgh 1977.
- Europäischer Auswärtiger Dienst (2021): Vilifying Germany, Wooing Germany, <https://euvsdisinfo.eu/vilifying-germany-wooing-germany2/>, 12.10.2022.
- Fagan, Moira/Poushter, Jacob: NATO seen favorably across member states. Pew Research Center: Washington, D.C. 2020.
- Fukuyama, Francis: *The End of History and the Last Man*. Penguin Books: London 1992.
- Gareis, Sven Bernhard: Schlüssiges Konzept oder Schlagwort? Zu Anspruch und Praxis „Vernetzter Sicherheit“ in Afghanistan. In: *Sicherheit und Frieden* 28, H. 4, 2010, S. 239–246.
- Giegerich, Bastian: *Die NATO*. Springer VS: Wiesbaden 2012.
- Glatz, Rainer L./Zapfe, Martin: Ambitionierte Rahmennation: Deutschland in der NATO. In: *SWP-Aktuell* 62, 2017, S. 1–8.
- Graf, Timo: Zeitenwende im sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild. Ergebnisse der ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2022. Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr: Potsdam 2022, S. 6.
- Graf, Timo: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Wie steht es um die Bündnistreue in der Bevölkerung? In: Hartmann, Uwe/Janke, Reinhold/von Rosen, Claus (Hrsg.): *Jahrbuch Innere Führung 2021/22. Ein neues Mindset Landes- und Bündnisverteidigung?* Miles-Verlag: Berlin 2022, S. 129–155.
- Graf, Timo: Einstellungen zur Bündnisverteidigung. In: Graf, Timo/Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Scherzer, Joel: *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland: Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2021*. Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr: Potsdam 2022, S. 79–100.
- Graf, Timo/Biehl, Heiko: Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. In: Graf, Timo/Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Scherzer, Joel: *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland: Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2021*. Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr: Potsdam 2022, S. 253–269.
- Haesebrouck, Tim: Who follows whom? A coincidence analysis of military action, public opinion and threats. In: *Journal of Peace Research* 56, H. 6, 2019, S. 753–766.
- Herrmann, Richard K.: *Perception and Behavior in Soviet Foreign Policy*. University of Pittsburgh Press: Pittsburgh 1985.

- Herrmann, Richard K.: The Power of Perceptions in Foreign-Policy Decision Making: Do Views of the Soviet Union Determine the Policy Choices of American Leaders? In: *American Journal of Political Science* 30, H. 4, 1986, S. 841–875.
- Herrmann, Richard K.: Image Theory and Strategic Interaction in International Relations. In: Huddy, Leonie/Sears, David O./Jervis, Robert (Hrsg.): *Oxford Handbook of Political Psychology*. Oxford University Press: Oxford 2003, S. 285–314.
- Herrmann, Richard K./Fischerkeller, Michael P.: Beyond the Enemy Image and Spiral Model: Cognitive-Strategic Research after the Cold War. In: *International Organization* 49, H. 3, 1995, S. 415–450.
- Herrmann, Richard K./Tetlock, Philip E./Visser, Penny S.: Mass Public Decisions to Go to War: A Cognitive-Interactionist Framework. In: *American Political Science Review* 93, H. 3, 1999, S. 553–573.
- Herrmann, Richard K./Voss, James F./Schooler, Tonya Y.E./Ciarocchi, Joseph: Images in International Relations: An Experimental Test of Cognitive Schemata. In: *International Studies Quarterly* 41, H. 3, 1997, S. 403–433.
- Holsti, Ole R.: The Belief System and National Images. In: *The Journal of Conflict Resolution* 6, H. 3, 1962, S. 244–252.
- Holsti, Ole R.: Cognitive Dynamics and Images of the Enemy. In: *Journal of International Affairs* 21, H. 1, 1967, S. 16–39.
- Hunter, Robert: NATO's Article 5: The Condition for a Military and a Political Coalition. In: *European Affairs* 2, H. 4, 2001, <https://www.europeaninstitute.org/index.php/20-european-affairs/fall-2001/629-natos-article-5-the-conditions-for-a-military-and-a-political-coalition>, 16.10.2022.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark: How are foreign policy attitudes structured? A hierarchical model. In: *American Political Science Review* 81, H. 4, 1987, S. 1099–1120.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark: Public Images of the Soviet Union: The Impact on Foreign Policy Attitudes. In: *Journal of Politics* 51, H. 1, 1990, S. 3–28.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark: American Images of the Soviet Union and National Security Issues. In: Rattinger, Hans/Munton, Don (Hrsg.): *Debating National Security. The Public Dimension*. Peter Lang: Frankfurt am Main 1991, S. 101–138.
- Infratest Dimap: ARD-Deutschlandtrend März 2022, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2022/maerz/>, 09.10.2022.
- Institut für Demoskopie Allensbachs: Sicherheitsreport 2021, https://www.sicherheitsreport.net/wp-content/uploads/PM_Sicherheitsreport2021.pdf, 10.10.2022.
- Jervis, R.: *Perception and Misperception in International Politics*. Princeton University Press: New Jersey 1976.
- Köcher, Renate: Ein gefährliches Land. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.04.2022, https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-zum-russlandbild-der-deutschen-12897404.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2, 15.09.2022.

- Krause, Joachim: Ein Sicherheitsrat wäre das Ende der strategischen Blindheit. In: Die Bundeswehr, H. 11, 2022, S. 14–16.
- Kucarczyk, Jacek/Lada-Konefal, Agnieszka: Mit einer Stimme: Deutsche und Polen über den russischen Angriff auf die Ukraine. Deutsch-polnisches Barometer 2022 Sonderausgabe. Deutsches Polen-Institut: Darmstadt 2022, <https://www.deutsches-polen-institut.de/assets/downloads/einzelveroeffentlichungen/Deutsch-Polnisches-Barometer-2022-Sonderausgabe.pdf>, 10.10.2022.
- Meyer zum Felde, Rainer: Deutsche Verteidigungspolitik: Versäumnisse und nicht gehaltene Versprechen. In: Sirius 4, H. 3, S. 315–332.
- NATO: NATO 2022 Strategic Concept. NATO: Brüssel 2022.
- Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y.: Effects of Public Opinion on Policy. In: The American Political Science Review 77, H. 1, 1983, S. 175–190.
- Schafer, Mark: Images and Policy Preferences. In: Political Psychology 18, H. 4, 1997, S. 813–829.
- Scholz, Olaf: Rede von Bundeskanzler Scholz bei der Bundeswehrtagung am 16. September 2022 in Berlin, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/erede-von-bundeskanzler-scholz-bei-der-bundeswehrtagung-am-16-september-2022-2127078>, 18.10.2022.
- Seiffert, Anja/Heß, Julius: Leben nach Afghanistan: Die Soldaten und Veteranen der Generation Einsatz der Bundeswehr. Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr: Potsdam 2020.
- Silverstein, Brett: Enemy Images: The Psychology of U.S. Attitudes and Cognitions regarding the Soviet Union. In: American Psychologist 44, H. 6, 1989, S. 903–913.
- Snyder, Jack L.: The Soviet Strategic Culture: Implications for Limited Nuclear Options. RAND Corporation: Santa Monica 1977.
- Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: Wachsamkeit als Preis von Sicherheit und Freiheit? Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Bündnisverteidigung. In: Steinbrecher Markus/Biehl, Heiko/Bytzek, Evelyn/ Rosar, Ulrich (Hrsg.): Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Springer VS: Wiesbaden 2018, S. 177–216.
- Stokes, Bruce: NATO's Image Improves on Both Sides of Atlantic. Pew Research Center: Washington, D.C. 2017.
- Vice, Margaret: Public Worldview Unfavorable Toward Putin, Russia. Pew Research Center: Washington, D.C. 2017.
- https://www.pewresearch.org/global/wp-content/uploads/sites/2/2017/08/Pew-Research-Center_2017.08.16_VIEWS-of-Russia-Report.pdf, 12.10.2022.
- Viehlig, Henrike: Militärische Auslandseinsätze. Die Entscheidungen europäischer Staaten zwischen 2000 und 2006. VS Verlag: Wiesbaden 2010.
- von Bredow, Wilfried: Eine Bundeswehr für alle Fälle? Von der Schwierigkeit, sicherheitspolitische Prioritäten zu setzen. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 14, H. 4, 2016, S. 519–544.

Zink, Wolfgang: Die Sicherheit aus Sicht der Bevölkerung: Ein Stimmungsbarometer, 2022, <https://www.pwc.de/de/branchen-und-markte/oeffentlicher-sektor/die-sicherheitslage-aus-sicht-der-bevoelkerung.pdf>, 10.10.2022.

Zeitenwende für Deutschlands Sicherheitspolitik

Kapitel 13 Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

*Tobias Lindner*¹

Abstract: Der 24. Februar 2022 stellt einen tieferen Einschnitt in die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik dar als alles, was wir in den letzten 30 Jahren erlebt haben. Der folgende Artikel versucht einzuordnen, wie sich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auf die deutsche Sicherheitspolitik, Deutschlands Beziehungen zu Russland und unser Verhältnis zur Ukraine auswirkt.

Schlüsselwörter: Zeitenwende, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, Russland-Politik, Ukraine-Politik

1. Was bedeutet die Zeitenwende sicherheitspolitisch?

Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine Zäsur für Sicherheit und Frieden in Europa. Russland hat die Ukraine damit auf brutale Weise in einen Kampf gezwungen, in dem es um nichts weniger als das Überleben der Ukraine als eigenständige Nation geht. Diese Zäsur wirkt sich auf Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik aus; der Bundeskanzler hat dafür den inzwischen international verwendeten Begriff der „Zeitenwende“ geprägt. In der unmittelbaren Reaktion auf den russischen Angriffskrieg bedeutet dies für Deutschland und seine Verbündeten, die Ukraine entschlossen und nachhaltig in ihrer Selbstverteidigung zu unterstützen.

Die Zeitenwende geht jedoch deutlich weiter und reicht über den Kontext des aktuellen Kriegs hinaus: Wir werden unser Verständnis von Sicherheit neu definieren und in neue Politik umsetzen müssen. Sicherheit muss heute breiter denn je definiert werden. Sie beinhaltet im Kern den Schutz vor Krieg und Gewalt. Sicherheit umfasst aber auch den Schutz

1 Das vorliegende Kapitel ist ein politischer Beitrag aus dem Auswärtigen Amt, verfasst von Staatsminister Dr. Tobias Lindner.

unserer Freiheit und unserer Demokratie. Als offene und weltweit vernetzte Gesellschaft werden wir in Deutschland immer häufiger Ziel von Angriffen auf unsere Werte, bspw. durch hybride Bedrohungen wie Desinformationskampagnen. Nicht zuletzt muss Sicherheit im Sinne des Erhalts unserer Lebensgrundlagen gedacht werden, denn die Auswirkungen der Klimakrise auf unsere Sicherheit sind bereits deutlich spürbar.

Unsere Sicherheitspolitik muss sich der Breite und Neuartigkeit der Herausforderungen systematisch anpassen. Sicherheit betrifft nicht mehr nur die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Gerade die Auswirkungen des Angriffskriegs auf die Ukraine und die Folgen der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass Gesundheitspolitik, Wirtschafts- und Energiepolitik wesentliche Felder unseres Handelns sein müssen. So können Lieferketten in der Industrie zu Achillesfersen unserer Wirtschaft werden und gewinnen so sicherheitspolitische Bedeutung. Die Sprengstoffanschläge auf die Gaspipelines in der Ostsee zeigen, wie schon manche Cyberangriffe zuvor, die Verletzlichkeit unserer Infrastruktur für Angriffe von außen. Die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit erscheint immer schwieriger. Deshalb brauchen wir zukünftig einen integrierten Ansatz, der Gefahren zusammenhängend analysiert und Instrumente vieler Politikfelder besser zusammenbringt.

Ein solcher Neuansatz ist notwendig, um die Herausforderungen für unsere Sicherheit anzugehen. Russlands neo-imperiale Politik zielt auf eine Umwälzung der europäischen Sicherheitsordnung und bedroht unmittelbar Deutschlands Sicherheit und die seiner Verbündeten. Die Klimakrise ist ohne Zweifel die größte langfristige Herausforderung für künftige Sicherheitspolitik. Sie trifft weltweit besonders arme Regionen am stärksten, befeuert dort gewaltsame Konflikte und treibt Menschen in die Flucht. Auch hierzulande sind die Auswirkungen spürbar, da Extremwetterereignisse immer häufiger großen Schaden anrichten.

Die Lösung globaler Probleme wird jedoch durch die zunehmende Multipolarität und wachsende Rivalität des internationalen Systems erschwert. Moskau und Peking vertreten immer aggressiver ihre Ordnungsvorstellungen, die auf die Logik von Einflussphären setzen und die unserem Ideal einer starken regelbasierten Ordnung auf Basis der Charta der Vereinten Nationen widersprechen.

Im Sinne eines integrierten Ansatzes wird die Bundesregierung um die Jahreswende eine Nationale Sicherheitsstrategie veröffentlichen. Verteidigungspolitisch sollten wir damit die Bundeswehr noch konsequenter auf die Kernaufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung ausrichten und dafür eine verlässliche Finanzierung ihres Personals und ihrer Ausstattung sicherstellen. Das bereits beschlossene Sondervermögen für die Bundeswehr

und die Reformen im Beschaffungswesen sind hierfür wesentliche Schritte. Deutschland wird weiter gefordert sein, sich bei der Bewältigung von Konflikten in seiner Nachbarschaft zu engagieren, denn der Krieg gegen die Ukraine zeigt, wie sehr wir auf Stabilität in unserer Nachbarschaft angewiesen sind. In unserem zivilen wie militärischen Krisenengagement gilt besonders, dass wir unsere Instrumente noch besser verzahnen müssen, um unserem Anspruch, präventiv zu handeln, gerecht zu werden.

Sicherheitspolitik nach der Zeitwende muss darauf abzielen, unser internationales Engagement stärker an der Realität des internationalen Systemwettbewerbes auszurichten und Partnerschaften mit jenen Staaten auszubauen, die sich zum Erhalt der regelbasierten internationalen Ordnung bekennen. Dabei wollen wir besonders unsere internationalen Klimapartnerschaften verstärken.

Die Nationale Sicherheitsstrategie wird darstellen müssen, wie wir in Deutschland unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Resilienz erhöhen werden. Wir können uns nach außen nur schützen, wenn wir auch im Innern gefestigt und abwehrfähig sind. Dazu gehört, einseitige Abhängigkeiten unserer Wirtschaft zu verringern und unsere Versorgung mit strategischen Gütern zu diversifizieren. Katastrophenschutz und Krisenmanagement müssen nach den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie und Extremwetterereignissen gestärkt und angepasst werden – dies erfordert eine noch engere Abstimmung zwischen Bund und Ländern. Auch unsere Cyberarchitektur muss zunehmenden Angriffen gewachsen sein.

Sicherheitspolitik nach der Zeitenwende muss diese Aspekte analysieren und bearbeiten. Die Bundesregierung nimmt diese Aufgabe an, braucht aber für den Erfolg alle relevanten Kräfte in Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

2. Was bedeutet die Zeitenwende für unsere Russland-Politik?

Mit seiner Entscheidung, einen völkerrechtswidrigen, durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieg gegen die Ukraine zu beginnen, hat Wladimir Putin alle Brücken zwischen Russland und der Europäischen Union (EU) sowie zwischen Russland und Deutschland mutwillig eingerissen. Unsere Reaktion war klar und unmissverständlich: Wir haben in der EU gemeinsam umfassende, zielgerichtete Sanktionen verhängt, haben in Abstimmung mit unseren Partnern zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen Russlands ausgewiesen, die gegen unsere Interessen gehandelt und unsere innere Sicherheit gefährdet haben, und wir haben so gut wie jegliche Kooperation im politischen,

wirtschaftlichen und kulturellen Bereich abgebrochen oder ausgesetzt. Ein Zurück zu einer Zusammenarbeit, wie wir sie über die letzten, oft auch schwierigen Jahre aufrechterhalten haben, kann und wird es nicht geben. Vielmehr müssen wir uns auf eine lange Konfrontation mit einem Russland einstellen, das eine antiwestliche Agenda verfolgt. Diese Wahl hat Putin getroffen.

Wir sind uns mit unseren Partnern – in der EU, den G7 und weit darüber hinaus – einig, dass wir einem neo-imperialen Russland, das zu fast jeder Eskalation bereit scheint, eine Politik der klaren Prinzipien entgegenzusetzen wollen. Unsere Einheit ist dabei unsere besondere Stärke. Gemeinsam haben wir es vermocht, in der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine starke Zahl an Unterstützern für eine Resolution zu gewinnen, die die illegalen Annexionen ukrainischer Territorien vom 30. September 2022 verurteilt. Dass neben Russland selbst nur Syrien, Belarus, Nordkorea und Nicaragua dagegen gestimmt haben, zeigt, wie isoliert Russland auf der Weltbühne ist. Die verabschiedete Resolution ist auch deshalb ein wichtiger Text, weil darin die Rechtsüberzeugung der Völkergemeinschaft zu den illegalen Annexionen klar zum Ausdruck kommt und damit auch der völkerrechtliche Ausgangspunkt für eine friedliche Lösung dauerhaft definiert wird.

Wir hatten im Vorfeld weltweit intensiv für die Resolution geworben, und dabei betont, dass es um nicht weniger als die Charta der Vereinten Nationen mit ihren grundlegendsten Prinzipien geht. Wir wollen weiter um unentschlossene Staaten werben. Wir werden hier weltweit weiter im Gespräch bleiben und dabei verdeutlichen, dass alle Staaten ein Interesse an der Verteidigung der VN-Charta haben, die von Russland anhaltend und schwerwiegend verletzt wird. Und wir werden weiter gemeinsam Lösungen für die weltweiten Auswirkungen dieses Kriegs suchen und russischer Desinformation entgegentreten müssen.

Für unsere Russlandpolitik gilt: Wir müssen uns auch strategisch auf ein revisionistisches und konfrontatives Russland einstellen.

Dazu gehört erstens, dass wir dem russischen Angriffskrieg dauerhaft entgegentreten und die Ukraine unterstützen solange wie nötig. Es muss ganz deutlich werden: Wer so massiv Regeln bricht, der muss seine weltweite Isolierung spüren, für den darf es in keinem internationalen Forum „business as usual“ geben. Wir werden den Sanktionsdruck auf Russland aufrechterhalten, damit deutlich wird, dass aggressiver Revisionismus und Regelbruch Konsequenzen haben. Unsere Sanktionen gegen Russland zeigen Wirkung. Sie beschneiden nicht nur Moskaus wirtschaftliche, sondern vor allem auch seine militärischen Fähigkeiten. So hat Russland zunehmend Schwierigkeiten, an Technologie-Produkte zu gelangen. Die Wir-

kung der Sanktionen wird mit weiterem Zeitablauf weiter zunehmen. Die wirtschaftliche Basis Russlands wird auf Jahre geschwächt – durch fehlende internationale Finanzierung, Technologien, Know-how und mangelnde Anbindung an internationale Märkte.

Zweitens erhöhen wir unsere Resilienz gegenüber Angriffen von außen. Wir investieren in moderne Technologie und Ausrüstung, verzahnen unsere europäischen Verteidigungsindustrien besser und stärken den europäischen Pfeiler der NATO. Wir machen auch unsere Gesellschaft auf allen Ebenen widerstandsfähiger gegen hybride Angriffe. Präsident Putin hat es auf unseren gesellschaftlichen Frieden abgesehen. Dagegen braucht es eng zusammenarbeitende Geheimdienste und eine schlagkräftige Cyberabwehr – in Deutschland wie in Abstimmung mit unseren Verbündeten.

Russland setzt Energie gezielt als geopolitische Waffe ein. Mit seinen Lieferverknappungen beim Erdgas verfolgt es offensichtlich eine doppelte Absicht. Erstens soll eine ausreichende Befüllung der EU-Speicherkapazitäten verhindert sowie Knappheit und hohe Preise erzeugt werden. Zweitens versucht Russland, die EU mit Blick auf Sanktionen zu spalten. Deshalb arbeiten wir daran, so schnell wie möglich wegzukommen von russischem Gas und fossiler Energie insgesamt. Es ist wichtig, dass wir unsere Importabhängigkeit von russischem Gas von 55 Prozent im Jahr 2021 deutlich senken konnten und weiter senken. Ziel ist der gemeinsame europäische Ausstieg aus russischen Energieimporten. Dafür sind EU-weites Krisenmanagement und Solidaritätsmechanismen unabdingbar. Wir sind dabei, bilaterale Solidaritätsvereinbarungen für schwere Gasknappheitssituationen mit unseren Nachbarn zu unterzeichnen – den Anfang haben wir bereits mit Dänemark und Österreich gemacht.

Auch die EU-Ebene spielt hier eine wichtige Rolle. So unterstützen wir das *REPowerEU*-Paket der EU-Kommission zur Reduzierung des Gasverbrauchs, das zudem die Erreichung der Klimaschutzziele gewährleisten und Auswirkungen hoher Preise adressieren soll. Jeder Euro für Solarparks, Windkraftanlagen und grüne Wasserstoffelektrolyseure ist eine Investition nicht nur in unsere, sondern auch in die globale Sicherheit.

Drittens müssen wir noch gezielter in unsere Partnerschaften mit Drittländern investieren. Wir sollten genauer zuhören, um deren Sorgen und Bedürfnisse besser zu verstehen. Dafür müssen wir auch unsere Nachbarschaftspolitik im Osten strategischer denken. Es ist gut, dass die Ukraine und die Republik Moldau EU-Beitrittskandidaten sind. Auch den Menschen auf dem Westbalkan müssen wir eine glaubwürdige europäische Perspektive geben, ohne falsche Erwartungen zu wecken. Aber auch außerhalb Europas versucht Russland, seinen Einfluss auszudehnen. Mit seiner monatelangen Blockade der ukrainischen Schwarzmeerhäfen nahm Russ-

land billigend in Kauf, dass die Ernährungskrise sich in vielen Ländern weiter zugespitzt hat, mit Folgen auch für politische Stabilität und Extremismus. Auch nach Abschluss des Istanbul Abkommens im Juli 2022 streut Russland Falschmeldungen zu vermeintlichen westlichen Sanktionen gegen Nahrungsmittel und stellt immer wieder die Verlängerung des Abkommens in Frage. Zusammen mit unseren Partnern in EU und G7 bemühen wir uns, Russlands Desinformation noch klarer und vernehmbarer zu entlarven, und werden gleichzeitig unser umfangreiches Engagement für Ernährungssicherheit, u. a. in den Ländern Afrikas, fortsetzen. Anders als Russland bieten wir verlässliche Partnerschaften und faire Investitionen.

Viertens wollen wir aber auch die russische Zivilgesellschaft stärker unterstützen. Wir wollen Kanäle fördern, über die sich die Menschen in Russland mit objektiven Informationen versorgen können. Wir vernetzen die russische Diaspora und fördern unabhängige NGOs. Wir erteilen gezielt Stipendien und Arbeitserlaubnisse und unterstützen russischsprachige Journalistinnen und Journalisten dabei, frei über Russland zu berichten. Die Visa-Erteilung ist dabei ein wichtiges Instrument. Wir wollen keinen Anschein von Normalität und sorglosem Tourismus in Zeiten eines brutalen Angriffskriegs; deshalb haben wir in der EU das Visumserleichterungsabkommen mit Russland ausgesetzt. Aber wir tragen auch Sorge, dass regierungskritischen Russinnen und Russen und politisch Verfolgten weiterhin die Möglichkeit einer Reise nach Deutschland offensteht, und vor dem Militärdienst fliehende Russinnen und Russen möglichst unbürokratisch in den Nachbarländern Visaanträge stellen können.

3. Was bedeutet die Zeitenwende für unsere Ukraine-Politik?

Deutschland unterstützt die Ukraine politisch, finanziell, mit humanitärer Hilfe und auch durch Waffenlieferungen. Wir tun das seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 und werden das weiter tun – bis die Ukraine diesen Krieg gewonnen hat. Die letzten Tage und Wochen haben gezeigt, wie wichtig insbesondere unsere Waffenlieferungen – gerade auch die Lieferung schwerer Waffen – für die ukrainische Verteidigung und die Rückeroberung der von russischen Truppen besetzten Gebiete der Ukraine sind. Diese Waffenlieferungen wollen wir fortsetzen. Insofern ist es wichtig, dass die EU bis November 2022 über die *Europäische Friedensfazilität* über 3 Mrd. Euro für militärische Unterstützung der

Ukraine zur Verfügung gestellt hat.² Die Luftangriffe der russischen Streitkräfte auf ukrainische Städte und zivile Infrastruktur haben zudem nochmals bedrückend deutlich gezeigt, wie wichtig die Stärkung der ukrainischen Luftabwehrfähigkeiten ist. Anfang Oktober hat Deutschland bereits das erste von insgesamt vier geplanten Luftabwehrsystemen IRIS-T an die Ukraine übergeben. Mit den hochmodernen IRIS-T-Systemen wird es in Zukunft hoffentlich noch besser gelingen, ukrainische Städte und die ukrainische Zivilbevölkerung vor den barbarischen russischen Luftangriffen zu schützen.

Die Außenministerinnen und Außenminister der EU haben außerdem eine Ausbildungsmission für die Streitkräfte der Ukraine beschlossen. In deren Rahmen sollen insgesamt 15.000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten in Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten ausgebildet werden. Diese Mission soll einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die bereits laufenden Unterstützungsmaßnahmen zu koordinieren, zu ergänzen und neue Maßnahmen noch gezielter auf den ukrainischen Bedarf auszurichten. Deutschland strebt einen substantiellen Beitrag an, stellt auch eines von zwei Hauptquartieren.

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs hat Deutschland rund 460 Millionen Euro³ für humanitäre Hilfe in der Ukraine und ihren Nachbarländern zur Verfügung gestellt. Damit sind wir der zweitgrößte Geber hinter den USA. Mit den bisherigen Mitteln konnten u. a. Geflüchtete und Binnenvertriebene versorgt, medizinische und psychosoziale Hilfe zur Verfügung gestellt, Lebensmittelpakete verteilt und Wasser- und Sanitäranlagen gebaut werden. Hinzu kommt, dass wir ukrainische Haushalte mit Heizung und Brennstoffen für den Winter fit machen. Der Energiesektor in der Ukraine ist durch gezielte russische Zerstörung stark in Mitleidenchaft gezogen worden. Es besteht daher dringender Bedarf an Ersatzteilen und auch direkten Energielieferungen. Mit Beginn der Heizsaison wird die Verfügbarkeit von Kohle- und Gasreserven besonders kritisch.

Wir haben auch das deutsche Engagement im humanitären Minen- und Kampfmittelräumen ausgebaut. Ohne humanitäres Minenräumen wird der Wiederaufbau der Ukraine nach Ende des Kriegs nicht möglich sein. Das Minenräumen ist auch unabdingbare Voraussetzung für Stabilisierung, Rückkehr von Geflüchteten und die Nutzung von Ackerflächen.

2 Stand 18.11.2022: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_699.

3 Stand 18.11.2022.

Auf Einladung des deutschen G7-Vorsitzes und der EU-Kommission hat eine internationale Konferenz am 25. Oktober in Berlin über den Wiederaufbau der Ukraine beraten. An der Konferenz nahmen renommierte Expertinnen und Experten, internationale Organisationen, Think Tanks, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und des Privatsektors teil. Der Wiederaufbau der Ukraine wird eine internationale Kraftanstrengung erfordern, die schon jetzt eine effektive Abstimmung unter den internationalen Partnern erfordert, insbesondere im G7- und EU-Kreis. Die Konferenz konnte hierzu einen wichtigen Beitrag und fachliche Empfehlungen für das weitere Vorgehen liefern. Im Wiederaufbau liegt die Chance, diesen mit einer Modernisierung von Staat und Wirtschaft zu verknüpfen, einer ökologischen Transformation und nicht zuletzt Reformen, die auch für den EU-Beitrittsprozess wichtig sind.

Auf Empfehlung der EU-Kommission verlieh der Europäische Rat im Juni 2022 der Ukraine den Kandidatenstatus und unterstrich damit, dass die Ukraine ein Teil der europäischen Familie ist. Dieser Schritt bedeutet den Menschen in der Ukraine viel – er bringt sie auch emotional näher an Europa. Nun bedarf es vor allem einer engagierten Umsetzung der vom Europäischen Rat und der EU-Kommission festgelegten Reformschritte. Deutschland wird die Ukraine auf ihrem Weg Richtung Europa weiterhin tatkräftig unterstützen.

4. Fazit

Der russische Präsident führt Krieg gegen die Ukraine, weil sich Kyjiw nach Europa gewendet und die Werte von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit für sich angenommen hat. Damit wurden die Entwicklungen in der Ukraine mit ihrer Strahlkraft in den letzten Jahren eine zunehmende Bedrohung für den Erhalt des autoritären System Putins. Der Kreml hat mit dem Angriffskrieg aber nicht nur die Ukraine getroffen, sondern die gesamte europäische Sicherheitsordnung. Es geht nicht nur um die Freiheit der Ukraine, sondern um die Werte ganz Europas. Für diese Werte kämpft die Ukraine derzeit. Dafür braucht sie unsere volle Unterstützung – darauf kann sich die Ukraine verlassen.

Kapitel 14 Europas Reaktion auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und Deutschlands Platz in der europäischen Sicherheitsarchitektur

Angela Mehrer und Jana Puglierin

Abstract: Als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine haben die europäischen Mitgliedstaaten geschlossen reagiert, Russland sanktioniert und umfassende Hilfspakete im militärischen sowie humanitären und finanziellen Bereich für die Ukraine beschlossen. Dabei haben sich innerhalb der EU neue Machtdynamiken entwickelt. Eine inklusive und kooperative Sicherheitsordnung gemeinsam mit Moskau ist auf absehbare Zeit nicht mehr vorstellbar. Stattdessen kommt es darauf an, in Europa Sicherheit vor Russland herzustellen. Zukünftig müssen sich die Europäer darauf einstellen, dass die USA sich verstärkt auf den indopazifischen Raum konzentrieren werden und die Europäer stärker selbst für ihre Sicherheit sorgen müssen. Die an Berlin gerichteten Erwartungen, eine viel größere Rolle beim militärischen Schutz Europas zu spielen, sind deutlich gestiegen. Deutschland muss hier eine Führungsrolle einnehmen und in enger Kooperation mit den NATO-Verbündeten dazu beitragen, Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten.

Schlüsselwörter: Ukraine, Russland, Angriffskrieg, europäische Sicherheitsarchitektur, Deutschland, Sanktionen, Hilfeleistungen, Sicherheitsordnung

1. Europäische Reaktionen auf den russischen Einmarsch in die Ukraine

Russlands Krieg gegen die Ukraine löste ungewohnte Einigkeit in der Europäischen Union (EU) aus. Während sich die EU-Mitgliedstaaten in den letzten Jahren in außenpolitischen Fragen oft schwertaten mit einer Stimme zu sprechen, reagierten sie diesmal resolut, geschlossen und schnell. Nur drei Tage nach Beginn des Kriegs hatte die EU bereits zwei umfassende Sanktionspakete verhängt, ihren Luftraum für russische Flugzeuge geschlossen und einem Hilfspaket in Höhe von 1,2 Milliarden Euro zugestimmt. Sie hatte erklärt, dass Bürger und Bürgerinnen der Ukraine

bis zu drei Jahre in der EU leben können, ohne Asyl zu beantragen. Durch die Finanzierung von Waffen und Ausrüstung für die Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität brach die EU außerdem mit dem jahrzehntelangen Tabu, keine Waffen in Krisengebiete zu senden. Mit der Verleihung des Kandidatenstatus an die Ukraine und Moldau in Rekordgeschwindigkeit wurde in Brüssel schließlich „das Tor für die zweite große Osterweiterung aufgestoßen“.¹ Vieles, das noch kurz vorher undenkbar erschien, wurde plötzlich möglich. Schaut man auf all diese Entwicklungen, stellt der russische Einmarsch nichts weniger als „ein[en] Wendepunkt für unsere Union“² dar, wie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits am 27. Februar 2022 konstatierte. Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, sprach von der „verspätete[n] Geburt eines geopolitischen Europas“.³

Vorherige Uneinigkeiten zwischen den EU-Mitgliedstaaten, die besonders auf unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen fußten, wurden durch den Krieg überlagert und geschlossenes Handeln stand im Fokus. Dennoch zeigten sich hinter den Kulissen auch Spannungen, je länger der Krieg andauerte, und es entwickelten sich neue Dynamiken unter den EU-Mitgliedstaaten. Kritik richtet sich seither vor allem gegen Deutschland.

Während der russische Angriffskrieg die Wahrnehmung von Russland als existenzielle Bedrohung insbesondere in Polen und im Baltikum bestätigte, standen die Deutschen am 24. Februar 2022 vor den Trümmern ihrer bisherigen Russlandpolitik. Gemeinsam mit Paris hatte Berlin bis zuletzt versucht, das Minsk II-Format wiederzubeleben, den Kreml von seinem aggressiven Vorgehen abzubringen und Russland durch Dialog in die bestehende europäische Sicherheitsordnung einzubinden. Berlin glaubte, dass ein Interessenausgleich mit dem Kreml zwar schwierig, aber letztlich möglich sei, und Russland als *Stakeholder* in die bestehende Architektur integriert werden könne. Das deutsche Mantra lautete: „Sicherheit in Europa ist nur mit Russland möglich“.⁴ Dies, in Verbindung mit dem deutschen

1 Lippert, Barbara: Die EU und die zweite große Osterweiterung – Déjà-vus und Neuerungen. In: Bossong, Rafael et al.: Der mögliche EU-Beitritt der Ukraine und seine Konsequenzen, SWP 360 Grad, 2022.

2 Von der Leyen, Ursula: Erklärung zu weiteren Maßnahmen als Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine vom 27. Februar 2022, Europäische Kommission, Pressemitteilung.

3 Borrell, Josep: Putins Krieg und das geopolitische Europa, Project Syndicate, 3. März 2022.

4 Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Scholz. Sicherheit in Europa nur mit Russland möglich“, 15. Februar 2022.

Festhalten an der *Nord Stream 2*-Pipeline bis in den Januar 2022 hinein, sowie der anfänglichen Blockade einer Lieferung von estnischen Haubitzen (die ursprünglich aus DDR-Beständen stammen) an die Ukraine, brachte Deutschland vor Kriegsbeginn den Ruf ein, mit Blick auf Russland ein unsicherer Kantonist zu sein. In Warschau, Tallin und Riga, aber auch in Stockholm und Helsinki, fragten sich im Januar 2022 viele, was sie von Berlin zu erwarten hatten. Die *New York Times* brachte diesen Eindruck auf den Punkt und titelte: „Wo steht Deutschland im Ukraine-Konflikt? Seine Alliierten wundern sich.“⁵

Nach Kriegsbeginn gelang es der Bundesregierung, dieses Misstrauen zumindest teilweise zu zerstreuen. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 im Bundestag gehaltene Regierungserklärung über die „Zeitenwende“ erhielt in Europa und den USA viel positive Resonanz und Unterstützung. Die Welt, so Scholz, sei durch den russischen Einmarsch in der Ukraine über Nacht eine andere geworden. Die europäische Sicherheitsordnung sei zertrümmert. Europas Freiheit, Demokratie und Wohlstand seien in existenzieller Gefahr.⁶ Die Beschlüsse, die Scholz in seiner historischen Rede verkündete, trafen auch im Bundestag auf breite Zustimmung. Sie umfassten Waffenlieferungen an die Ukraine, weitreichende Sanktionen gegen Russland, eine Verstärkung der Ostflanke der NATO, ein im Grundgesetz abgesichertes „Sondervermögen Bundeswehr“, sowie eine sofortige Reduzierung der Energieabhängigkeit von Russland. In den folgenden Monaten entwickelte sich die Bundesrepublik laut Daten des *Ukraine Support Trackers* des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) hinter den Vereinigten Staaten, den EU-Institutionen und dem Vereinigten Königreich zum viertgrößten Geber humanitärer, finanzieller und militärischer Hilfen für die Ukraine.⁷

Dennoch wuchs das Misstrauen gegenüber Deutschland, vor allem bei den EU-Partnern in Mittel-, Ost- und Nordeuropa, in den darauffolgenden Monaten wieder an. Viele hatten dort den Eindruck, dass Deutschland dem groß angekündigten Tabubruch, die Ukraine mit Waffen zu beliefern, nicht ausreichend Taten hatte folgen lassen. Deutschland liefere zu zögerlich, zu wenig, zu spät – so die weit verbreitete Kritik. Dazu kam die Frustration darüber, dass Berlin bei den Debatten über den Ausschluss

5 Bennhold, Katrin: „Where Is Germany in the Ukraine Standoff? It's Allies Wonder“, *The New York Times*, 25. Januar 2022.

6 Vgl. Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022. In: Reden zur Zeitenwende, 1. Aufl., September 2022.

7 Vgl. IfW Kiel: *Ukraine Support Tracker, Commitments from January 24 to October 3, 2022*.

Russlands aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT sowie über einen möglichen Importstopp für russisches Öl und Gas auf der Bremse gestanden hatte. Minna Ålander vom *Finnish Institute of International Affairs* resümierte am 17. November 2022 in der *ZEIT*: „Die deutsche Antwort auf Russlands Aggression fiel enttäuschend aus.“⁸

Aufgrund dieses veritablen Vertrauensverlusts und der Fehlkalkulationen in der deutschen Russlandpolitik (trotz jahrelanger Warnungen aus dem In- und Ausland), konnte Deutschland bei der Formulierung der europäischen Antwort auf den Krieg in der Ukraine dieses Mal nicht die führende Rolle einnehmen, die es etwa bei der Bewältigung der Folgen der Covid-19-Pandemie oder der Migrationskrise 2015 gespielt hatte. Anders als nach der Annexion der Krim 2014, als Angela Merkel den Norden, Süden, Osten und Westen der EU hinter einer geeinten Position versammelt hatte, konnte Berlin dieses Mal nicht als „ehrlcher Makler“ wirken. Auch Frankreich fiel als Führungsnation in Europa weitgehend aus. Die EU-Länder an der Ostflanke hatten weder Macrons Initiative aus dem Jahr 2019 vergessen, mit Russland Verhandlungen über eine neue europäische Sicherheitsordnung aufzunehmen,⁹ noch seine Äußerungen zum „Hirntod“ der NATO im selben Jahr. Dazu kam, dass das eigentlich so mächtige deutsch-französische Tandem nach der Bundestagswahl aus dem Tritt gekommen war und eine Vielzahl an Unstimmigkeiten die Kooperation zwischen beiden Ländern belastete.¹⁰

Stattdessen übernahmen vor allem Polen, Tschechien und die Baltischen Staaten gemeinsam mit Finnland das Ruder und übten maßgeblichen Einfluss auf die Krisenreaktion der EU aus. Gerade weil sie in ihrer Einschätzung der Motive des russischen Präsidenten richtig gelegen hatten und auch aufgrund ihrer geographischen Lage als Frontstaaten entwickelten sich diese Länder zum neuen Taktgeber der EU in der Krise. Sylvie Kaufmann, Kolumnistin bei der französischen Zeitung *Le Monde* und Wissenschaftlerin an der *Robert Bosch Academy* in Berlin betonte die Neuartigkeit dieser Dynamik:

„Dies ist nicht das alte Ost-West-Gefälle, nicht das alte Europa gegen das neue. Der Krieg in der Ukraine hat bestehende Koalitionen ins

8 Ålander, Minna: „Deutschland und Nordeuropa. Ihr enttäuscht uns!“, *Die Zeit*, 16. November 2022.

9 Vgl. Gressel, Gustav/Liik, Kadri/Shapiro, Jeremy/Varma, Tara: Emmanuel Macron's very big idea on Russia, *ECFR Commentary*, 25 September 2019.

10 Vgl. Ross, Jacob/Kremer, Kenny: Stunde der Wahrheit, *DGAP Kommentar*, 26. Oktober 2022.

Wanken gebracht. Die Nähe Viktor Orbáns zum Kreml hat die Visegrád-Gruppe, bestehend aus Ungarn, Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik, gelähmt. Polen und die baltischen Staaten können nun auf die Unterstützung nordischer Länder wie Finnland und Schweden zählen, wodurch Paris und Berlin in die Defensive geraten.“¹¹

Es bleibt abzuwarten, ob sich diese neue Dynamik weiter verfestigen und auch in anderen Politikfeldern zeigen wird. Jedenfalls konnte bislang trotz aller Spannungen eine offene Spaltung der EU vermieden werden – am Ende überwog die Einsicht, dass die Geschlossenheit der EU für eine erfolgreiche Unterstützung der Ukraine unverzichtbar ist. Die immer größere Zahl an ukrainischen Geflüchteten in der EU stellt diese Einigkeit allerdings zunehmend in Frage. Es besteht die Sorge, dass die große Aufnahmebereitschaft der Europäerinnen und Europäer kippt und es wieder zu Streitigkeiten – wie 2015 – über die Verteilung innerhalb der EU kommen könnte.

2. EU-Sanktionen gegen Russland: Einheit in Vielfalt angesichts neuer Machtdynamiken

Unmittelbar nach dem russischen Einmarsch wurde ein umfassendes Sanktionspaket verabschiedet,¹² welches Kommissionspräsidentin von der Leyen als „das größte Sanktionspaket in der Geschichte unserer Union“ bezeichnete.¹³ In den nachfolgenden Monaten weitete die EU ihr Sanktionsregime schrittweise aus. Nachfolgend soll die Debatte um Reiseverbote und Energiesanktionen vertieft werden, um die unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten und die neuen Machtdynamiken innerhalb der EU zu verdeutlichen.

11 Kaufmann, Sylvie: „War in Ukraine has shaken the EU’s power dynamics“, *Financial Times*, 30. August 2022.

12 Europäischer Rat: EU-Sanktionen gegen Russland: ein Überblick, 2022.

13 Europäische Kommission: Rede von Präsidentin von der Leyen auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments zu Russlands Aggression gegen die Ukraine, 2022.

2.1. Ein „Visaban“ für russische Staatsbürger

Neben dem gezielten Einfrieren von russischen Vermögenswerten im Westen, wurden nach dem 24. Februar 2022 vor allem Mitglieder der russischen Duma und des Nationalen Sicherheitsrates, sowie Militärpersonal, hochrangige Beamte, Geschäftsleute und Oligarchen mit Einreiseverboten belegt. Im August 2022 forderten die Regierungen Estlands und Finnlands umfassende Schengen-Visabeschränkungen für russische Touristinnen und Touristen und wurden dabei von Litauen, Lettland, Polen, Dänemark und Tschechien unterstützt. Sie argumentierten, dass dies eine moralische Pflicht im Angesicht des russischen Einmarsches in die Ukraine sei, es die Umgehung von EU-Handelsbeschränkungen erschwere und außerdem im Sicherheitsinteresse der EU sei. Dies stieß vor allem in Deutschland, Frankreich, und Griechenland, sowie beim EU-Außenbeauftragten Borrell auf harten Widerstand, da, so die Argumente der Gegner, ein „Visaban“ letztlich dem Kreml in die Hände spiele, Russland weiter von der EU isoliere und es russischen Dissidenten erschwere, das Land zu verlassen.¹⁴ Zum ersten Mal nach Beginn des russischen Angriffskrieges drohte der EU die offene Spaltung.

Nach harten Diskussionen einigten sich die EU-Staaten letztendlich auf einen Kompromiss.¹⁵ Die EU-Kommission hob die bis dahin geltende Visa-Erleichterung für russische Staatsangehörige vorläufig auf. Darüber hinaus wurde den einzelnen Mitgliedstaaten viel Freiraum eingeräumt, im Rahmen des Schengen-Abkommens nationale Maßnahmen zu ergreifen. Ein generelles Einreiseverbot wurde indes nicht beschlossen. Der gefundene Kompromiss legte die Streitigkeiten innerhalb der EU vorläufig bei. Die Debatte um den „Visaban“ zeigte jedoch exemplarisch, wie das neue Kraftfeld aus Nord-, Mittel- und Osteuropa es vermochte, sich Gehör zu verschaffen und notfalls auch ohne die Unterstützung der etablierten West-Süd-Flanke die europäische Agenda zu bestimmen.

14 Ein guter Überblick über die Argumente beider Seiten bietet das Blog Symposium des *Verfassungsblogs*: verfassungsblog.de/category/debates/european-visa-for-russian-tourists-debates/.

15 Europäischer Rat: Rat beschließt vollständige Aussetzung der Visaeerleichterungen für Russland, 2022.

2.2. Ein Öl- & Gas (Teil-)embargo

Ein Embargo von russischem Öl und Gas war von Beginn des Kriegs an in der EU besonders umstritten. Während sich bspw. Polen und die Baltischen Staaten sofort für einen kompletten Stopp russischer Energielieferungen einsetzten, verwies insbesondere Deutschland auf seine enorme Abhängigkeit in diesem Bereich. Auch wenn andere Länder die deutschen Bedenken durchaus teilten, präsentierte sich die Bundesregierung in Brüssel lange in besonderem Maße als Bremserin.¹⁶ Dies zeigte sich erstmals bei der Frage nach dem Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-Zahlungssystem. Zwar gelang es Ende Februar auf Druck insbesondere Polens, Estlands, Lettlands und Litauens, sieben russische Banken von SWIFT auszuschließen. Die größte russische Bank *Sberbank* und die *Gazprombank* blieben bei den Maßnahmen jedoch zunächst unberücksichtigt, da sie eine zentrale Rolle bei der Abwicklung von Zahlungen für russische Energielieferungen an Europa spielten. Mit dem sechsten Sanktionspaket der EU vom Juni 2022 gelang es, das bestehende Verbot u. a. auf die *Sberbank* auszuweiten, nicht jedoch auf die *Gazprombank*.

Neben dem SWIFT-Teilausschluss wurde ein Einfuhrverbot für Kohle und Öl aus Russland in die EU beschlossen. Zusätzlich wurden die Ausfuhr von Gütern und Technologien für die Extraktion und Verarbeitung von russischem Erdöl sowie neue Investitionen in den russischen Energiesektor verboten. Allerdings konnten viele EU-Mitgliedstaaten weiterhin nicht vollkommen auf russisches Öl verzichten. Daher wurden im Juni de facto nur etwa zwei Drittel der russischen Öllieferungen in die EU mit einem Embargo belegt. 2023 soll kein Öl mehr auf dem Seeweg bezogen werden. Ausgeschlossen von dieser Regel sind Ungarn, die Slowakei und Tschechien, die weiterhin russisches Öl importieren dürfen. Aufgrund einer Überbrückungszeit von sechs Monaten für Rohöl und acht Monaten für Ölprodukte greifen die Sanktionen erst vollständig ab Dezember 2022 bzw. Februar 2023. Trotz dieser Ausnahmen soll der Import russischen Erdöls bis zum Jahresende 2022 um 90 Prozent reduziert werden.¹⁷ Die Wirksamkeit dieser Sanktionen wurde jedoch in Frage gestellt, da Akteure wie Indien und China den Öl-Fluss lediglich umlenkten und Russland somit kaum unter dem Teilembargo litt. Als Lösung für dieses Problem und als Reaktion auf Putins Scheinreferenden in Donezk, Luhansk, Saporisch-

16 Vgl. Becker, Markus/Sauga, Michael: „Mögliches Ölembargo gegen Russland. Wie Deutschland Europa überrascht“, SPIEGEL online, 3. Mai 2022.

17 Europäischer Rat: EU-Sanktionen gegen Russland.

schja und Cherson, billigten die EU-Staaten im Oktober mit dem achten Sanktionspaket die Rechtsgrundlage für einen von den G7 beschlossenen Preisdeckel für Öllieferung auf dem Seeweg in Drittstaaten. Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis stufte die neuen Sanktionen weiterhin als zu schwach ein, sie seien jedoch „besser als nichts, als gar kein Paket.“¹⁸

In der Debatte um ein Ölembargo entwickelte sich Berlin vom Gegner zum Antreiber. Deutschlands Reduzierung seiner Ölimporte aus Russland bis Mai auf 12 Prozent schaffte dafür den politischen Raum.¹⁹ Unabhängigkeit von russischem Gas zu erreichen, ist für Deutschland indes um einiges schwieriger. Schließlich vertiefte Deutschland mit den *Nord Stream*-Pipelines seine Abhängigkeit von russischem Erdgas gerade noch. Jahrelang war die Bundesregierung von ihren Verbündeten gewarnt worden, die übergroße Abhängigkeit von Russland mache Deutschland und damit die gesamte EU anfällig für russische Erpressungsversuche. 2020 importierte Deutschland 66,1 Prozent seines Erdgasverbrauchs aus Russland²⁰ – mit der Inbetriebnahme von *Nord Stream 2* wäre diese Zahl noch weiter gestiegen. Nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs setzte Deutschland nun allerdings alles daran, sich schnellstmöglich von russischen Energieträgern unabhängig zu machen. Im ersten Halbjahr 2022 produzierte Deutschland schon 17,9 Prozent weniger Strom aus Erdgas als noch ein Jahr zuvor und der Anteil von Erdgas bei der Stromerzeugung lag im zweiten Quartal 2022 sogar bei nur noch 10 Prozent.²¹ Insgesamt stellt es sich jedoch als schwieriger heraus, alternative Lieferanten für Gas als für Öl zu finden. Litauen und die Niederlande begannen schon vor Jahren sich nach anderen Quellen umzuschauen, weshalb sie im Gegensatz zu Deutschland, Italien, Österreich und Ungarn – die besonders abhängig von russischem Gas sind – als Hauptbefürworter für ein Gasembargo gelten. Polen und Tschechien, das von einem Embargo wirtschaftlich am schwersten getroffen wäre, arbeiten mit Hochdruck an Lösungen, um die Lieferungen aus Russland beenden zu können.²² Bis diese gefunden sind, erscheint ein gemeinsames EU-Gasembargo als unwahrscheinlich.

18 Tagesschau: „Nach russischen Eskalationen: EU einigt sich auf Russland-Sanktionen“, 5. Oktober 2022.

19 Becker/Sauga: Mögliches Ölembargo gegen Russland.

20 Eurostat: Einfuhren von Erdgas. Deutschland 2020.

21 Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 374 vom 7. September 2022.

22 Askew, Joshua/Sandford, Alasdair: „Vergleich: Welche EU-Länder wollen russisches Gas und Öl abdrehen?“, Euronews, 18. April 2022.

3. Die Zukunft Europas: Eine Neuausrichtung der europäischen Sicherheitsordnung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat deutlich gemacht, dass eine inklusive und kooperative Sicherheitsordnung gemeinsam mit Moskau auf absehbare Zeit nicht zu verwirklichen ist. Stattdessen geht es für die Europäer darum, Sicherheit vor Russland herzustellen.²³ Die zukünftige Sicherheitsordnung wird deshalb wieder die Eindämmung und Abschreckung russischer Aggression zum Ziel haben. Dementsprechend haben die NATO-Staaten bereits begonnen, ihre Fähigkeiten zur Abschreckung und Verteidigung des Bündnisgebiets substanziell und nachhaltig zu erhöhen. Sie wollen ihre Verteidigungsbudgets steigern und die Schlagkraft ihrer Armeen verstärken. Schweden und Finnland wollen Mitglieder der NATO werden, Dänemark hat sich für die Teilnahme an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU entschieden. Anders als von vielen erhofft, wird die Bedeutung des Militärischen für die zukünftige Organisation von Sicherheit in Europa nicht ab-, sondern zunehmen. Auch wenn noch offen ist, wann und unter welchen Bedingungen der Krieg in der Ukraine endet, wird es keinen Weg zurück zum *Status quo ante* mit Russland geben. Die weitreichenden Sanktionen gegen Russland, das Streben nach weitgehender Energieunabhängigkeit von Moskau sowie die militärische, humanitäre und finanzielle Unterstützung der Ukraine zielen maßgeblich darauf ab, Russland zu isolieren und der Ukraine einen größeren partnerschaftlichen Stellenwert zu geben.

Noch ist eine neue Ordnung in Europa allenfalls in Konturen zu erahnen. Vieles deutet darauf hin, dass die Zukunft Europas von viel größerer Unsicherheit, von neuen Konflikten und globalen Umbrüchen geprägt sein wird.²⁴ Auch der sich immer weiter verschärfende globale Systemkonflikt zwischen China und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) wird Auswirkungen auf die europäische Sicherheit haben. Präsident Joe Biden ist nach Donald Trump und Barack Obama bereits der dritte US-Präsident, der die strategischen Interessen der USA primär im indopazifischen Raum verortet, weshalb die Sicherheit Europas auf der amerikanischen Prioritätenliste weiter nach unten rutscht. Die Europäer müssen sich deshalb künftig sehr viel mehr im Rahmen der Landes- und

23 Vgl. Major, Claudia/Mölling, Christian: „Zusammen mit Russland, das geht nicht mehr“, ZEIT online, 24. April 2022.

24 Vgl. Puglierin, Jana: Wohin führt der Epochenbruch? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40–41/2022, S. 8–12.

Bündnisverteidigung, aber auch beim Krisenmanagement in der eigenen Peripherie engagieren, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Bislang hat Russlands Angriffskrieg dazu geführt, dass die Mitgliedstaaten der NATO und der EU so geeint wie lange nicht zusammenstehen, auch wenn dazu erst so mancher Kompromiss geschmiedet werden musste. Trotzdem identifiziert die Kreml-Führung den Zusammenhalt des Westens als Gravitationszentrum des transatlantischen Bündnisses und der westlichen Unterstützung für den Widerstand der Ukraine – ihn zu spalten, das europäische Projekt zu torpedieren und einen Keil zwischen die Alliierten zu treiben ist das erklärte Ziel Putins. Für die Europäer kommt es entscheidend darauf an, sich trotz aller internen Meinungsverschiedenheiten nicht auseinanderdividieren zu lassen.

Deutschland steht dabei vor einer besonderen Herausforderung. Es muss verlorenes Vertrauen zurückgewinnen – insbesondere in Mittel- und Osteuropa – und seinen Partnern zeigen, dass es aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat und nicht wieder in alte Reflexe zurückfällt. Alleingänge, wie das *Nord Stream 2*-Projekt, dürfen sich nicht wiederholen. Stattdessen muss Deutschland seine Russlandpolitik europäisch einbetten. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Größe kommt Berlin außerdem eine herausragende Rolle beim Wiederaufbau der Ukraine zu.

Spätestens jetzt muss sich die Bundesrepublik auch von sicherheitspolitischen Prinzipien verabschieden, an denen sie sich jahrelang orientiert hat. Dazu gehört vor allem die Idee einer europäischen „Friedensdividende“, auf Basis derer sich Deutschland trotz seiner zunehmenden Beteiligung an Auslandseinsätzen immer noch in erster Linie als „Zivilmacht“ verstand. Jahrzehntelange Mängelverwaltung haben die Bundeswehr ausgehöhlt. Am Tag des Kriegsbeginns in der Ukraine konstatierte der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, die Bundeswehr sei „mehr oder weniger blank“.²⁵ Vor dem Hintergrund des russischen Revisionismus muss es oberste Priorität haben, die Bundeswehr wieder abwehrbereit zu machen und sie in die Lage zu versetzen, führend zum Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv der NATO beizutragen. In ihrer Grundsatzrede zur sich im Entstehen befindenden nationalen Sicherheitsstrategie hat Verteidigungsministerin Christine Lambrecht auch von einer militärischen Führungsrolle für Deutschland gesprochen. Diese bestehe darin, der europäischen Friedensordnung „die Kraft zu geben, die Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Stabilität“ garantiere. Ohne eine funktionsfä-

25 Vgl. Wüstner, André: „Mehr oder weniger blank“, Blogbeitrag auf der Internetseite des Deutschen Bundeswehrverbands, 25. Februar 2022.

hige und einsatzbereite Bundeswehr ist Deutschland als Sicherheitsgarant jedoch nicht glaubwürdig. Kein Partner wird dem deutschen Führungsanspruch folgen. Will Deutschland zum Stabilitätsanker für Europas Sicherheit werden, auf den sich die europäischen Partner verlassen können, muss die Bundeswehr dazu strukturell und materiell in die Lage versetzt werden und die Bundesregierung muss die notwendigen finanziellen Mittel dafür dauerhaft und verlässlich bereitstellen.

4. Fazit

Als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gelang es den Mitgliedstaaten der Europäischen Union weitgehend geschlossen zu reagieren, Russland mit dem bis dahin größten Sanktionspaket zu belegen und umfassende militärische, humanitäre und finanzielle Hilfspakete für die Ukraine zu beschließen. Dabei entstand eine neue Machtdynamik innerhalb der EU: Mit den baltischen und nördlichen Staaten fanden mittel- und osteuropäische Länder wie Tschechien und Polen neue Partner, die entschlossener auftraten und verlässlicher erschienen als Deutschland oder Frankreich. Insbesondere Russlands unmittelbare Nachbarn haben erkannt, dass eine inklusive und kooperative europäische Sicherheitsordnung mit Moskau auf absehbare Zeit nicht möglich ist. Stattdessen gilt es Sicherheit in Europa vor Russland herzustellen.

Letztlich müssen die Europäer mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen und sich darauf einstellen, dass die USA ihren Schutzschild nicht mehr selbstverständlich über Europa aufspannen werden. Einiges deutet darauf hin, dass Washington sich zunehmend auf den indopazifischen Raum konzentriert und Europa in der Prioritätenliste nach unten rutscht. Europäische Führung muss diese Lücke füllen. Die Erwartungen an Berlin, eine viel bedeutendere Rolle beim militärischen Schutz Europas zu spielen, sind deutlich gestiegen. In enger Zusammenarbeit mit seinen NATO-Verbündeten kann Deutschland diese Pflichten übernehmen und zukünftig für Sicherheit und Stabilität auf dem europäischen Kontinent sorgen. Hierfür muss Berlin jedoch erstmal das durch einen mangelnden Entscheidungswillen verlorene Vertrauen zurückgewinnen.

Literaturverzeichnis

- Ålander, Minna: „Deutschland und Nordeuropa. Ihr enttäuscht uns!“, *Die Zeit*, 16. November 2022, www.zeit.de/2022/47/nordeuropa-finnland-russland-ukraine-krieg-sicherheitspolitik, 18.11.2022.
- Askew, Joshua/Sandford, Alasdair: Vergleich: „Welche EU-Länder wollen russisches Gas und Öl abdrehen?“, *Euronews*, 18. April 2022, de.euronews.com/my-europe/2022/04/18/vergleich-welche-eu-lander-wollen-russisches-gas-und-ol-abdrehen, 20.11.2022.
- Becker, Markus/Sauga, Michael: „Mögliches Ölembargo gegen Russland. Wie Deutschland Europa überrascht“, *SPIEGEL online*, 3. Mai 2022, www.spiegel.de/politik/deutschland/krieg-in-der-ukraine-wie-deutschland-beim-thema-oel-embargo-europa-ueberrascht-a-a6075295-be3d-4dee-a2b0-12413be46b88, 20.11.2022.
- Bennhold, Katrin: „Where Is Germany in the Ukraine Standoff? It's Allies Wonder“, *The New York Times*, 25. Januar 2022, www.nytimes.com/2022/01/25/world/europe/germany-russia-nato-ukraine.html, 18.11.2022.
- Borrell, Josep: Putins Krieg und das geopolitische Europa, *Project Syndicate*, 3. März 2022, www.project-syndicate.org/commentary/geopolitical-europe-responds-to-russias-war-by-josep-borrell-2022-03/german, 19.11.2022.
- Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022. In: *Reden zur Zeitenwende*, 1. Aufl., September 2022, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2131062/78d39dda6647d7f835bbe76713d30c31/bundeskanzler-olaf-scholz-reden-zur-zeitenwende-download-bpa-data.pdf?download=1>, 19.11.2022.
- Europäische Kommission: Rede von Präsidentin von der Leyen auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments zu Russlands Aggression gegen die Ukraine, 2022, www.luxembourg.representation.ec.europa.eu/actualites-et-evenements/actualites/discours-de-la-presidente-von-der-leyen-la-pleniere-du-parlement-europeen-sur-lagression-de-lukraine-2022-03-01_de, 11.09.2022.
- Europäischer Rat: EU-Sanktionen gegen Russland: ein Überblick, 2022, www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/sanctions-against-russia-explained/, 11.09.2022.
- Europäischer Rat: Rat beschließt vollständige Aussetzung der Visaerleichterungen für Russland, 2022, www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/09/09/council-adopts-full-suspension-of-visa-facilitation-with-russia/, 11.09.2022.
- Eurostat: Einfuhren von Erdgas. Deutschland 2020, ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/energy_trade/entrade.html?geo=DE&year=2020&language=DE&trade=import&sic=G3000&filter=all&fuel=gas&unit=TJ_GCV&defaultUnit=TJ_GCV&detail=1&chart=, 20.11.2022.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Scholz. Sicherheit in Europa nur mit Russland möglich“, 15. Februar 2022, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/scholz-sicherheit-in-europa-nur-mit-russland-moeglich-17807342.html, 23.11.2022.

- Gressel, Gustav/Liik, Kadri/Shapiro, Jeremy/Varma, Tara: Emmanuel Macron's very big idea on Russia, ECFR Commentary, 25. September 2019, https://ecfr.eu/article/commentary_emmanuel_macrons_very_big_idea_on_russia/, 18.11.2022.
- IfW-Kiel: Ukraine Support Tracker. Commitments January 24 to October 3, 2022, www.ifw-kiel.de/topics/war-against-ukraine/ukraine-support-tracker/?cookieLevel=not-set, 16.11.2022.
- Kaufmann, Sylvie: „War in Ukraine has shaken the EU's power dynamics“, Financial Times, 30. August 2022, www.ft.com/content/2206a011-8769-4205-a5d1-f98492cb73b5, 19.11.2022.
- Lippert, Barbara: Die EU und die zweite große Osterweiterung – Déjà-vus und Neuerungen. In: Bossong, Raphael et al.: Der mögliche EU-Beitritt der Ukraine und seine Konsequenzen, SWP 360 Grad, 2022, www.swp-berlin.org/publikation/der-moegliche-eu-beitritt-der-ukraine-und-seine-konsequenzen, 16.11.2022.
- Major, Claudia/Mölling, Christian: „Zusammen mit Russland, das geht nicht mehr“, ZEIT online, 24. März 2022, www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/russland-kooperative-sicherheitsordnung-krieg-ukraine-deutschland, 19.11.2022.
- Puglierin, Jana: Wohin führt der Epochenbruch? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40–41/2022, S. 8–12.
- Ross, Jacob/Kremer, Kenny: Stunde der Wahrheit, DGAP Kommentar, 26. Oktober 2022, <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/stunde-der-wahrheit>, 18.11.2022.
- Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr.374 vom 7. September 2022, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/09/PD22_374_43312.html, 11.09.2022.
- Tagesschau: „Nach russischen Eskalationen: EU einigt sich auf Russland-Sanktionen“, 5. Oktober 2022, www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-sanktionspaket-russland-101.html, 20.11.2022.
- Von der Leyen, Ursula: Erklärung zu weiteren Maßnahmen als Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine vom 27. Februar 2022, Europäische Kommission, Pressemitteilung, www.ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/state_ment_22_1441, 20.11.2022.
- Wüstner, André: „Mehr oder weniger blank“, Blogbeitrag auf der Internetseite des Deutschen Bundeswehrverbands, 25. Februar 2022, <https://www.dbwv.de/aktuelle-themen/verband-aktuell/beitrag/mehr-oder-weniger-blank>, 19.11.2022.

Kapitel 15 Die sicherheitspolitische Autonomie Europas und der hegemoniale Schatten der NATO

Markus Kaim und Ronja Kempin

Abstract: Der russisch-ukrainische Krieg ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrags noch nicht beendet, sicher ist aber bereits, dass er viele Verlierer kennen wird – im politischen, militärischen, finanziellen und physischen Sinn. Es wird jedoch auch einige Gewinner geben – die NATO ist einer davon. Das transatlantische Bündnis erlebt derzeit eine gewaltige Renaissance. Denn der Krieg in der Ukraine hat die politische Aufmerksamkeit der europäischen Gesellschaften wie die Washingtons gleichermaßen wieder auf die Grundfragen europäischer Sicherheit gelenkt, wie dies wohl seit den 1990er Jahren nicht mehr der Fall war. Damals leiteten die Vereinigten Staaten (USA) die Osterweiterung der NATO an und führten zwei Kriege auf dem Balkan.

Schlüsselwörter: Ukraine-Krieg, NATO, GSVP, Washington, sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit EU-USA

1. Die USA als „europäische Macht“

Die USA sind unter Präsident Joe Biden nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ihren sicherheitspolitischen Verpflichtungen in und für Europa ohne Zögern nachgekommen und haben ihre Rolle als „europäische Macht“ kraftvoll unterstrichen. Seit dem Februar 2022 hat die Biden-Administration Kyjiw mit massiven Waffenlieferungen unterstützt, den Westen auf Wirtschaftssanktionen nie dagewesenen Umfangs eingeschworen und ihre Truppenpräsenz in Europa ausgebaut.¹ Ein Schwerpunkt der US-Truppenverstärkungen ist dabei die Ostflanke der NATO. Insgesamt haben die USA seit dem 24. Februar die Zahl ihrer Soldaten in Europa von rund 20.000 auf mehr als 100.000 erhöht. Zudem hat der US-Kongress bis Ende Oktober 2022 finanzielle Hilfen an die Ukraine in einer Gesamthöhe

1 Siehe zu den Details Arabia, Christina L./Bowen, Andrew S.: U.S. Security Assistance to Ukraine, CRS In Focus, 29. August 2022.

von 54 Milliarden US-Dollar bereitgestellt. Es ist schwer vorstellbar, dass es in den letzten 30 Jahren eine Zeit gab, in der die transatlantischen Beziehungen stärker im Bewusstsein der amerikanischen politischen Eliten gewesen sind.

Auch die Bundesregierung hat mit ihren Entscheidungen im Kontext der „Zeitenwende“ eine klare Positionierung an der Seite der Regierung Biden vorgenommen, die nicht zwingend zu erwarten gewesen war. Folgte die Regierung von Angela Merkel in der Sicherheitspolitik dem etwas diffusen Paradigma „Europäischer werden, um transatlantisch zu bleiben“, so ließ Bundeskanzler Olaf Scholz keinen Zweifel daran aufkommen, dass der Umgang mit der Krise nur in einem engen Schulterschluss mit Washington erfolgen könne. Seine Politik, nur diejenigen Waffensysteme an die Ukraine zu liefern, zu deren Lieferung auch Washington bereit sei, illustriert diesen Punkt beispielhaft, auch wenn einige Beobachter darin vor allem eine Ausrede sehen, nicht mehr Waffen bereitzustellen.² Diese uneingeschränkte transatlantische „Färbung“ der deutschen Sicherheitspolitik ist ein direktes Ergebnis des russischen Kriegs gegen die Ukraine und der amerikanischen Reaktion darauf.

Dieser Trend wird auch von der öffentlichen Meinung in Deutschland gedeckt: Deutsche und US-Amerikaner bewerten die bilateralen Beziehungen durchweg als sehr positiv. Aus deutscher Sicht erreicht die Bewertung aktuell den besten Wert seit 2017: 82 Prozent der Deutschen sehen das transatlantische Verhältnis in einem „guten“ oder „sehr guten“ Zustand. Noch im Jahr 2020 teilten nur 18 Prozent diese Einschätzung. Die USA bleiben außerdem der wichtigste Partner für die Deutschen (36 Prozent), noch vor Frankreich (32 Prozent). Vor allem beim Schutz und der Verteidigung Europas, z. B. im Rahmen der NATO, sehen 81 Prozent der Befragten die USA als Partner. Im Jahr 2021 lag der Wert noch bei 73 Prozent.³

2. Eine Momentaufnahme

Doch das Engagement der Regierung Biden zugunsten der Ukraine und der europäischen Sicherheit ist letztlich nur eine Momentaufnahme, über die man sich in den Hauptstädten Europas zwar freuen darf, die man

2 Vgl. Brössler, Daniel/Krüger, Paul-Anton/Szymanski, Mike: „Im Reinen mit sich und Joe Biden“, *Süddeutsche Zeitung*, 17. September 2022.

3 Vgl. die Angaben in: Körber-Stiftung (Hrsg.): *The Berlin Pulse. Rethinking Security for Germany and Europe*, Berlin 2022.

jedoch nicht als Grundlage der eigenen strategischen Planungen heranziehen sollte. Denn Russland und der Krieg in der Ukraine werden zwar in den kommenden Monaten und vielleicht sogar Jahren ein wichtiges Thema für Washington bleiben. Doch auch wenn die Unterstützung der Regierung Biden für die Ukraine in einer kurzfristigen Perspektive nicht nachlassen wird, wird Washington das derzeitige Niveau des diplomatischen Engagements, der Truppenentsendungen und der Ressourcenausstattung für Europa langfristig nicht aufrechterhalten können und wollen.

Denn die politische Hinwendung der USA zum indo-pazifischen Raum hält weiter an und Chinas machtpolitischer Aufstieg lenkt die Aufmerksamkeit der USA bereits wieder auf den Pazifik. Diese Priorisierung hat US-Außenminister Antony Blinken im Mai 2022 den Europäern klar kommuniziert:

„Auch wenn der Krieg von Präsident Putin weitergeht, werden wir uns weiterhin auf die schwerwiegendste langfristige Herausforderung für die internationale Ordnung konzentrieren – und die geht von der Volksrepublik China aus. China ist das einzige Land, das sowohl die Absicht hat, die internationale Ordnung neu zu gestalten, als auch in zunehmendem Maße über die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht verfügt, dies zu tun. Pekings Vision würde uns von den universellen Werten abbringen, die in den letzten 75 Jahren einen Großteil des weltweiten Fortschritts ermöglicht haben.“⁴

Der Ausbruch eines militärischen Konflikts in Asien, bei dem China Taiwan angreifen könnte, würde die Prioritäten der USA sogar noch weiter und schneller verändern.⁵ Vor diesem Hintergrund werden die aktuelle US-Regierung, aber auch ihre Nachfolgerin, mit dem Dilemma konfrontiert sein, die politischen Erwartungen ihrer Verbündeten in Europa und Asien gleichermaßen zu erfüllen und die zur Abschreckung Russlands und Chinas erforderliche Truppenpräsenz gleichzeitig aufrechtzuerhalten. Somit droht eine politische Überlastung und militärische Überdehnung der USA, die aus einer Vielzahl von innenpolitischen Gründen keine Chance

4 Blinken, Antony J.: The Administration's Approach to the People's Republic of China, Rede an der George Washington University, Washington D.C., 26. Mai 2022.

5 Vgl. Francis, Ellen: „China plans to seize Taiwan on ‘much faster timeline’, Blinken says“, Washington Post, 18. Oktober 2022.

auf Umsetzung hat.⁶ Sowohl Washington als auch die europäischen Staaten müssen daher Überlegungen dazu anstellen, wie die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen im Lichte der geopolitischen Verschiebungen, die mit dem 24. Februar 2022 ihre äußere Form gefunden haben, neu zu justieren sind.

3. Amerikanische Ambivalenz

Die amerikanische Politik gegenüber einer stärkeren sicherheitspolitischen Rolle Europas ist nicht frei von einer gewissen Ambivalenz: Noch jeder US-Präsident hat die Europäer aufgefordert, mehr Geld für die Verteidigung auszugeben, aber das übergreifende Ziel der US-Politik bestand bislang nicht darin, Europa auch zu einer eigenständigeren politischen Rolle zu drängen. Im Jahr 2000 machte Lord George Robertson, der damalige NATO-Generalsekretär, auf diese Ambivalenz aufmerksam:

„Die Vereinigten Staaten leiden unter einer Art von Schizophrenie. Auf der einen Seite sagen die Amerikaner: ‚Ihr Europäer müsst mehr von der Last tragen‘. Und wenn die Europäer dann sagen: ‚OK, wir werden mehr von der Last tragen‘, sagen die Amerikaner: ‚Moment mal, wollt ihr uns sagen, wir sollen nach Hause gehen?‘“⁷

In den vergangenen Jahren, als der französische Präsident Emmanuel Macron den Vorstoß für eine stärkere sicherheitspolitische Rolle unter der Überschrift „strategische Autonomie“ anführte, befürchtete Washington einen erneuten Versuch, Europa von der NATO abzukoppeln.⁸ Infolgedessen haben die Vereinigten Staaten ihren Einfluss in Europa letztlich dazu genutzt, um diejenigen Bemühungen zu blockieren, die zu einem sicherheitspolitisch unabhängigeren Europa hätten führen können.⁹

6 Vgl. zu diesen Beschränkungen die Beiträge in: Overhaus, Marco (Hrsg.): State of the Union, Langfristige Trends in der US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik und ihre Konsequenzen für Europa. In: SWP-Studie 6, Juni 2021, Berlin.

7 Zitiert in Drozdak, William: „U.S. Tepid On European Defense Plan. EU Leaders Dismiss Worry About NATO“, Washington Post, 7. März 2000.

8 Vgl. dazu die Beiträge in Lippert, Barbara/von Ondarza, Nicolai/Perthes, Volker (Hrsg.): Strategische Autonomie Europas. Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte. In: SWP-Studie 2, Februar 2019, Berlin.

9 Vgl. Bergmann, Max: „Europe on Its Own. Why the United States Should Want a Better-Armed EU“, Foreign Affairs, 22. August 2022.

Auch die Regierung Biden tut sich bislang schwer, eine kohärente Strategie zu entwickeln, um ihre widerstreitenden Verpflichtungen auszubalancieren und die neu entdeckte Fokussierung Europas auf sicherheitspolitische Fragen für die eigene geopolitische Entlastung nutzbar zu machen. Zwar haben sich die Vereinigten Staaten in den vergangenen Monaten mit ihrer hegemonialen Stellung im euro-atlantischen Sicherheitsgefüge einmal mehr als unentbehrlich erwiesen. Aber sie haben die neue Dynamik bislang nicht dazu genutzt, um die strukturellen Probleme aktiv anzugehen, die die europäische Verteidigung seit Jahrzehnten plagten.¹⁰ Doch auf einen solchen externen Impuls scheinen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) angewiesen zu sein, da sie es sich in ihrer sicherheitspolitischen Unmündigkeit (zu) bequem gemacht haben. Insbesondere im Bereich der militärischen Fähigkeitsentwicklung bleiben die EU-Staaten nach wie vor zerstritten.

4. Neue Dynamik

Doch zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine eine neue Dynamik in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ausgelöst hat. Diese lässt sich an drei Punkten ablesen:

4.1. Strategischer Kompass

Zum einen haben die Mitgliedstaaten den „Strategischen Kompass“ beschlossen: Seine Erarbeitung wurde in der zweiten Jahreshälfte 2020 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft initiiert und am 25. März 2022 unter französischer Ratspräsidentschaft durch die Billigung des Europäischen Rates abgeschlossen. Mit dem Dokument wollten sich die EU-Mitgliedstaaten einen ebenso ambitionierten wie realistischen Fahrplan für die Entwicklung von Fähigkeiten und Instrumenten geben, um in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik handlungsfähiger zu werden.

Russlands Einmarsch in die Ukraine hat dazu geführt, dass der Strategische Kompass noch einmal grundlegend überarbeitet wurde. Russland wird in dem 64-seitigen Dokument nunmehr als zentrale Bedrohung für

10 Vgl. Martin, Garret/Sinkonen, Ville: Past as Prologue? The United States and European Strategic Autonomy in the Biden Era, *European Foreign Affairs*, Review 27, Special Issue, 2022, S. 99–120.

die europäische Sicherheit bezeichnet. Um ihr zu begegnen, müssen die Komplementarität zwischen der EU und der NATO stärker verankert werden, die Verteidigungsausgaben in Europa steigen und die Bemühungen zur Abwehr hybrider Bedrohungen sowie von Cyberangriffen deutlich erhöht werden. Die Umsetzung der zahlreichen Vorhaben soll bis zum Jahr 2030 erfolgt sein, viele Ziele sollen bereits 2025 erreicht sein. Dazu zählt im Bereich des Krisenmanagements etwa die *Rapid Deployment Capacity* von bis zu 5.000 Einsatzkräften, die aufgebaut werden und regelmäßig gemeinsam üben soll, damit die EU bei Ausbruch einer Krise rasch und entschlossen handeln kann — „nach Möglichkeit mit Partnern und notfalls allein“. ¹¹ Darüber hinaus sollen die militärischen Kommando- und Kontrollstrukturen der EU gestärkt und finanzielle Anreize für die Mitgliedstaaten geschaffen werden, Streitkräfte für zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bereit zu stellen.

Neben dem Krisenmanagement der EU, das darauf abzielt, die USA als sicherheits- und verteidigungspolitischen Akteur in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU zu entlasten, misst der Strategische Kompass dem Themenkomplex „Fähigkeiten“ eine besondere Bedeutung zu. Zu den größten Schwachpunkten der europäischen Verteidigungspolitik gehören zweifelsfrei ein Mangel an koordinierten und verstärkten Investitionen in Verteidigungskapazitäten und innovative Militärtechnologien. Im Strategischen Kompass verpflichten sich die Mitgliedstaaten nunmehr dazu, auf eine volle Interoperabilität ihrer Streitkräfte hinzuwirken, kritische Fähigkeitslücken gemeinsam zu schließen sowie eine resiliente, wettbewerbsfähige und innovative industrielle und technologische Basis der europäischen Verteidigung zu schaffen. ¹²

11 Rat der Europäischen Union: Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung, 21. März 2022, S. 3.

12 Vgl. zum Strategischen Kompass der EU u.a. Kaim, Markus/Kempin, Ronja: Kompass oder Windspiel? Eine Analyse des Entwurfs für den „Strategischen Kompass“ der EU. In: SWP-Aktuell 2022/A 01, 5. Januar 2022; Rat der Europäischen Union: Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung; Puglierin, Jana: Der Strategische Kompass: Ein Fahrplan für die Europäische Union als sicherheitspolitische Akteurin, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Arbeitspapier 7/2022.

4.2. Europäische Friedensfazilität

Zweitens nutzt die EU seit Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine die „Europäische Friedensfazilität“ (EPF), um die ukrainischen Streitkräfte zu unterstützen. Die EPF ist ein haushaltsexternes Instrument, mit dessen Hilfe die EU-Mitgliedstaaten die Fähigkeit der Union zur Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Stärkung der internationalen Sicherheit verbessern wollen. Die EPF ist 2021 an die Stelle der früheren Finanzierungsinstrumente in diesem Bereich getreten, des Athena-Mechanismus und der Friedensfazilität für Afrika. Gleichzeitig ist ihr Anwendungsbe-
reich ausgeweitet worden: Über die Friedensfazilität können operative Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen finanziert werden. Um Drittstaaten, regionale oder internationale Organisationen sicherheits- und verteidigungspolitisch zu stärken, können über die finanziellen Mittel der EPF Kapazitäten im Militär- und Verteidigungsbe-
reich gestärkt und/oder militärische Aspekte von Friedensunterstützungsoperationen unterstützt werden. Für den Zeitraum 2021–2027 ist die EPF mit einem Finanzvolumen von 5,692 Milliarden Euro ausgestattet.¹³

Mehr als die Hälfte dieses Finanzrahmens haben die EU-Mitgliedstaaten 2022 ausgeschöpft, um die ukrainischen Streitkräfte militärisch auszustatten und auszurüsten. Am 17. Oktober 2022 einigte sich der Rat darauf, die Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine auf 3,1 Milliarden Euro aufzusto-
cken. Vier Tage nach Beginn der russischen Angriffe auf die Ukraine hatten die EU-Mitgliedstaaten bereits 500 Millionen Euro an Unterstützungsgeldern freigegeben. Es folgten weitere Leistungen im März, April, Mai und Juli 2022.¹⁴ Der Löwenanteil der EU-Gelder fließt in schwere militärische Ausrüstung. Ein kleinerer Betrag steht für Ausrüstung und Hilfs-
lieferungen wie persönliche Schutzausrüstung, Verbandskästen und Kraftstoff zur Verfügung. Zunehmend werden aus den Geldern der EPF auch die Wartung und Reparatur bereits gespendeter Waffensysteme ermög-
licht.¹⁵

Doch nicht nur zugunsten der Ukraine setzt die EU in bislang unbekanntem Maße Gelder für verteidigungspolitische Zwecke frei. Auch die Mitgliedstaaten erhalten Anreize, Rüstung gemeinsam zu beschaffen. Neben dem im EU-Haushalt für die Jahre 2021–2027 eingerichteten langfris-

13 Amtsblatt der Europäischen Union: Beschluss (GASP) 2021/509 des Rates vom 22. März 2021 zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2015/528, 24. März 2021, S. L102/14—L102/17.

14 Rat der Europäischen Union: Zeitleiste – Europäische Friedensfazilität, 2022.

15 Ebd.

tigen Finanzierungsinstrument des „Europäischen Verteidigungsfonds“, mit dem gemeinsame Forschung und Entwicklung von Verteidigungskapazitäten gefördert werden soll, hat die EU-Kommission im Juli 2022 zudem vorgeschlagen, ein kurzfristiges Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) für den Zeitraum 2022–2024 einzurichten. Mit diesem Instrument, das mit 500 Millionen Euro ausgestattet sein soll, können die Mitgliedstaaten gemeinsam den dringendsten Bedarf an Verteidigungsgütern decken, der ihnen durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine entstanden ist. Schließen sich mindestens drei Mitgliedstaaten bei der gemeinsamen Beschaffung der am meisten benötigten Verteidigungsgüter zusammen, können diese Gelder aus dem temporären Finanzierungsinstrument beantragen.¹⁶

4.3. EUMAM Ukraine

In Folge des russischen Kriegs gegen die Ukraine haben die Europäer schließlich drittens die GSVP im allgemeinen gestärkt. Dänemark, das der GSVP seit ihrer Verankerung im Vertrag von Maastricht fern geblieben war¹⁷, entschied sich Anfang Juni 2022 dazu, sein *Opt-Out* zu beenden. Darüber hinaus haben die 27 EU-Staaten am 17. Oktober 2022 beschlossen, eine Mission zur Unterstützung der Ausbildung ukrainischer Militärangehöriger einzurichten, die *EU Military Assistance Mission in support of Ukraine* (EUMAM Ukraine). Das Ziel dieser neuen GSVP-Mission ist ehrgeizig: Auf eigenem Territorium wollen die EU-27 in einem ersten Schritt etwa 15.000 Angehörige des ukrainischen Militärs ausbilden und die Ausbil-

16 Europäische Kommission: EU stärkt europäische Verteidigungsindustrie mit 500-Millionen-Euro-Instrument, Vertretung in Deutschland, Pressemitteilung, 19. Juli 2022.

17 Dänemark verfügt über eine so genannte „Opt-Out Klausel“. Diese wurde als Teil des Edinburgh-Abkommens von 1992 eingeführt, einem Text, der speziell entwickelt wurde, um es Dänemark zu ermöglichen, den Vertrag von Maastricht von 1991 zu ratifizieren. Die dänische Bevölkerung hatte diesen mit 50,7 Prozent knapp abgelehnt. Das Abkommen schlug maßgeschneiderte Bestimmungen vor, die Dänemarks Beteiligung in vier Bereichen, in denen die EU-Integration vertieft werden sollte, klarstellten: Staatsbürgerschaft, Justiz und Inneres, Währungsunion und Verteidigung. In der Verteidigung zog sich das Land aus allen Entscheidungen zurück. Wurden Verteidigungsthemen angesprochen, verließ der Vertreter Dänemarks den Rat der Außenminister. Vgl. Grobe, Stefan/Liboreiro, Jorge: „Dänemarks überraschende Kehrtwende in der gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU“, Euronews, 7. März 2022.

dung, die das Vereinigte Königreich seit Juni mit Hilfe mehrerer europäischer Armeen anbietet, darunter Schweden, die Niederlande und Dänemark, ergänzen.¹⁸ 12.000 Ukrainer sollen über die EU eine militärische Grundausbildung, 2.800 eine Spezialausbildung erhalten. Die zwei Hauptquartiere der EUMAM Ukraine werden sich in Polen und Deutschland befinden. Berlin strebt an, etwa 8.000 bis 9.000 ukrainische Soldaten auszubilden.

5. Ambivalenz der EU-Mitgliedstaaten

Das Beispiel der EUMAM Ukraine zeigt trotz aller Entschlossenheit jedoch gleichzeitig, dass die Interessen der EU-Mitglieder auch in Kriegszeiten weit auseinander liegen. Nicht nur setzen die Mitgliedstaaten ihre bereits begonnenen nationalen Ausbildungsanstrengungen fort. Vielmehr hat ein Streit zwischen Deutschland und Polen um die Führung der EUMAM Ukraine zur Folge gehabt, dass die Mission deutlich später aufgenommen werden kann, als geplant.¹⁹ Auch die Rüstungszusammenarbeit in der EU tritt auf der Stelle. Während nahezu alle EU-Mitgliedstaaten in Folge des russischen Kriegs gegen die Ukraine ihre Militärausgaben steigern, treffen sie ihre Investitionsausgaben selten entlang der Ziele, die sie im Strategischen Kompass vereinbart haben. Auch die Gelder des Europäischen Verteidigungsfonds, um die sich die Mitgliedsländer bewerben können, wenn sie eine Beschaffung gemeinsam tätigen wollen, werden nur selten für militärisches Großgerät genutzt.

Im Juli 2022 hat eine Evaluierung der im Winter 2017 begonnenen *Permanent Structured Cooperation* (PESCO) enthüllt, dass die Mitgliedstaaten diesen Rahmen nicht voll nutzen. Obgleich sie politisch den Mehrwert der PESCO unterstreichen, blieben die Fortschritte bei der Umsetzung der Initiative hinter den Erwartungen zurück: Sie geben ihr Geld nicht gemeinsam aus, planen nicht europäisch und von den wenigen Projekten, die funktionieren, gehe keine Dynamik aus. Ihre Verteidigungsplanungs-bemühungen hätten die Mitgliedstaaten nicht so zusammengeführt, um gemeinsam die Zukunft planen zu können; die Verteidigungsinitiativen der EU würden weder ausreichend noch systematisch in der nationalen

18 Rat der Europäischen Union: Ukraine: EU richtet militärische Unterstützungsmission zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte ein, Pressemitteilung, 17. Oktober 2022.

19 Jacqué, Philippe: „L’UE établit officiellement sa mission de formation militaire pour l’Ukraine“, *Le Monde*, 16. Oktober 2022.

Planung und Entscheidungsfindung berücksichtigt. Von den 60 Projekten, die die Mitgliedstaaten seit 2017 im Rahmen der PESCO vereinbart haben, wird etwa die Hälfte in der Lage sein, konkrete Ergebnisse zu liefern. Die übrigen steckten gleichwohl noch in den Kinderschuhen oder erweisen sich als dysfunktional. Dazu zählen auch 20 der 26 als vorrangig eingestuftten Projekte.²⁰

6. Fazit: Wie weiter?

Die Regierung Biden, noch viel mehr aber eine mögliche republikanische Administration ab dem Januar 2025, werden über kurz oder lang eine Strategie verfolgen (müssen), um die Staaten Europas dazu zu bringen, ihre Sicherheit stärker selbst in die Hand zu nehmen, und Europa von einem abhängigen Sicherheitsempfänger zu einem gleichberechtigten Sicherheitsanbieter zu machen.²¹ Nachdem die Vorstellung einer vollständig autonomen sicherheitspolitischen Identität der EU in Abgrenzung zu den USA erst einmal an Bedeutung verloren hat, sollten beide Seiten eine Doppelstrategie verfolgen.

Zum einen sollten die europäischen Mitglieder der NATO den Krieg in der Ukraine zum Anlass nehmen, um über die Schaffung eines europäischen Pfeilers innerhalb des NATO-Bündnisses Einvernehmen herzustellen. Diese Idee ist im Kern nicht neu, aber niemals wirklich mit Leben erfüllt worden. Militärisch weisen die Beschlüsse des Madrider Gipfels im Juni 2022 bereits einer stärkeren europäischen Rolle den Weg, aber was der politische Mehrwert eines europäischen Pfeilers des Bündnisses in dem veränderten geopolitischen Umfeld ist, muss nun von den Europäern strategisch entwickelt werden. Als Leitlinie dieses Prozesses sollte die Erkenntnis dienen, die Beziehungen zwischen NATO und EU weiter zu intensivieren, indem die Komplementarität beider Organisationen weiter ausbuchstabiert wird.

Zum zweiten sollte die EU ihren bereits eingeschlagenen Weg zu einer stärkeren sicherheits- und verteidigungspolitischen Rolle in enger Abstimmung mit den USA weiter beschreiten. Ziel wäre dabei, die Frage der europäischen Verteidigung als Reaktion auf die russische Invasion neu

20 Gros-Verheyde, Nicolas: „Cinq ans après, la PESCO à la peine. Un rapport pointé de grosses lacunes“, Bruxelles2.eu, 8. September 2022.

21 Vgl. Wittig, Peter: „How to Trump-Proof the Transatlantic Alliance. First, Europe Must Realize That He Might Return“, Foreign Affairs, 6. Oktober 2022.

zu justieren und damit eine neue Ära transatlantischer Sicherheitskooperation einzuleiten. Dieses Bestreben könnte sich etwa in einer EU-US Rüstungspartnerschaft niederschlagen. Nach wie vor scheitert eine gemeinsame europäische Rüstungsplanung und -beschaffung daran, dass viele EU-Staaten meinen, ihrer tiefen Verbundenheit mit den USA durch den Kauf amerikanischer Rüstungsprodukte den deutlichsten Ausdruck zu verleihen. Eine Abstimmung zwischen Washington und der EU-Kommission über eine gemeinsame Agenda wäre ein deutliches Signal der USA an seine europäischen Partner.

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat die USA nach Europa zurückgebracht. Er hat Washington gleichzeitig vor Augen geführt, dass es geeinte, handlungsfähige und gut gerüstete europäische Partner braucht – nicht zuletzt, um den nötigen Bewegungsspielraum im Indo-Pazifik zu bekommen. Unter dem Eindruck des Kriegs in Europa haben die EU-Mitgliedstaaten ihrerseits ihre Verteidigungsanstrengungen deutlich erhöht. Beide Seiten sollten diese Entwicklungen nutzen, um eine neue transatlantische Sicherheitsagenda zu schließen, hinter die es kein Zurück gibt. Das diesbezügliche „Fenster der Gelegenheit“ steht noch bis Januar 2025 offen.

Literaturverzeichnis

- Amtsblatt der Europäischen Union: Beschluss (GASP) 2021/509 des Rates vom 22. März 2021 zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2015/528, 24. März 2021, S. L102/14–L102/17, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021D0509&from=de>, 14.11.2022.
- Arabia, Christina L./Bowen, Andrew S.: U.S. Security Assistance to Ukraine, CRS In Focus, 29. August 2022, <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF12040>, 14.11.2022.
- Bergmann, Max: „Europe on Its Own. Why the United States Should Want a Better-Armed EU“, Foreign Affairs, 22. August 2022, <https://www.foreignaffairs.com/europe/europe-its-own>, 14.11.2022.
- Blinken, Antony J.: The Administration’s Approach to the People’s Republic of China, Rede an der George Washington University, Washington D.C., 26. Mai 2022, <https://www.state.gov/the-administrations-approach-to-the-peoples-republic-of-china/>, 14.11.2022.
- Brössler, Daniel/Krüger, Paul-Anton/Szymanski, Mike: „Im Reinen mit sich und Joe Biden“, Süddeutsche Zeitung, 17. September 2022.
- Drozdiak, William: „U.S. Tepid On European Defense Plan. EU Leaders Dismiss Worry About NATO“, Washington Post, 7. März 2000.

- Europäische Kommission: EU stärkt europäische Verteidigungsindustrie mit 500-Millionen-Euro-Instrument, Vertretung in Deutschland, Pressemitteilung, 19. Juli 2022, https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-starkt-europaische-verteidigungsindustrie-mit-500-millionen-euro-instrument-2022-07-19_de,14.11.2022.
- Francis, Ellen: „China plans to seize Taiwan on ‘much faster timeline’, Blinken says“, Washington Post, 18. Oktober 2022.
- Grobe, Stefan/Liboreiro, Jorge: „Dänemarks überraschende Kehrtwende in der gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU“, Euronews, 7. März 2022, <https://de.euronews.com/my-europe/2022/03/07/danemarks-uberraschende-kehrtwende-in-der-gemeinsamen-verteidigungspolitik-der-eu,14.11.2022>.
- Gros-Verheyde, Nicolas: „Cinq ans après, la PESCO à la peine. Un rapport pointe de grosses lacunes“, Bruxelles2, 8. September 2022, <https://club.bruxelles2.eu/2022/09/08/,14.11.2022>.
- Jacqué, Philippe: „L’UE établit officiellement sa mission de formation militaire pour l’Ukraine“, Le Monde, 16. Oktober 2022, https://www.lemonde.fr/international/article/2022/10/16/l-ue-etablit-officiellement-sa-mission-de-formation-militaire-pour-l-ukraine_6146011_3210.html,14.11.2022.
- Kaim, Markus/Kempin, Ronja: Kompass oder Windspiel? Eine Analyse des Entwurfs für den „Strategischen Kompass“ der EU. In: SWP-Aktuell 2022/A 01, 5. Januar 2022, <https://www.swp-berlin.org/publikation/strategischer-kompass-d-er-eu-kompass-oder-windspiel,14.11.2022>.
- Körber-Stiftung (Hrsg.): The Berlin Pulse. Rethinking Security for Germany and Europe, Berlin 2022, https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/25084/theberlinpulse2022_2023.pdf,14.11.2022.
- Lippert, Barbara/von Ondarza, Nicolai/Perthes, Volker (Hrsg.): Strategische Autonomie Europas. Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte. In: SWP-Studie 2, Februar 2019, Berlin.
- Martin, Garret/Sinkonen, Ville: Past as Prologue? The United States and European Strategic Autonomy in the Biden Era, European Foreign Affairs, Review 27, Special Issue, 2022, S. 99–120.
- Overhaus, Marco (Hrsg.): State of the Union, Langfristige Trends in der US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik und ihre Konsequenzen für Europa. In: SWP-Studie 6, Juni 2021, Berlin.
- Puglierin, Jana: Der Strategische Kompass: Ein Fahrplan für die Europäische Union als sicherheitspolitische Akteurin, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Arbeitspapier 7/2022, arbeitspapier_sicherheitspolitik_2022_7.pdf (bund.de), 14.11.2022.
- Rat der Europäischen Union: Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung, 21. März 2022, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7371-2022-INIT/de/pdf,14.11.2022>.

Rat der Europäischen Union: Ukraine: EU richtet militärische Unterstützungsmision zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte ein, Pressemitteilung, 17. Oktober 2022, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/10/17/ukraine-eu-sets-up-a-military-assistance-mission-to-further-support-the-ukrainian-armed-forces/?amp;amp>, 14.11.2022.

Rat der Europäischen Union: Zeitleiste – Europäische Friedensfazilität, 2022, <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/european-peace-facility/timeline-european-peace-facility/>, 14.11.2022.

Wittig, Peter: „How to Trump-Proof the Transatlantic Alliance. First, Europe Must Realize That He Might Return“, Foreign Affairs, 6. Oktober 2022, <https://www.foreignaffairs.com/europe/how-to-trump-proof-transatlantic-alliance>, 14.11.2022.

Kapitel 16 Die Rolle und die strategische Entscheidung Chinas im Ukraine-Krieg

Sarah Kirchberger

Abstract: Für chinesische Beobachter hat Russlands Krieg gegen die Ukraine im Hinblick auf Chinas eigene revisionistische Agenda gegenüber der Insel Taiwan eine besondere Bedeutung. Lange vor dem vollständigen russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 zogen chinesische Militärstrategen Parallelen zwischen der russischen Besatzung der Krim 2014 und möglichen chinesischen Versuchen, die Kontrolle über Taiwan zu erlangen. Vor dem Hintergrund der russisch-chinesischen strategischen Partnerschaft und der ukrainisch-chinesischen Partnerschaft waren die öffentlichen Reaktionen Chinas auf den Krieg nicht ganz eindeutig. In diesem Beitrag wird skizziert, wie Peking den Ukraine-Krieg bis Anfang November 2022 bewertet hat, und es wird erörtert, welche Lehren die Xi-Regierung daraus für ihre eigenen Annexionspläne für Taiwan ziehen dürfte.

Schlüsselwörter: Russisch-chinesische Partnerschaft, Taiwan-Frage, russisch-chinesische Beziehungen, ukrainisch-chinesische Beziehungen

1. Einführung

Für chinesische Beobachter hat Russlands Krieg gegen die Ukraine im Hinblick auf Chinas eigene revisionistische Agenda gegenüber der Insel Taiwan eine besondere Bedeutung. Lange vor dem vollständigen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 zogen chinesische Militärstrategen Parallelen zwischen der russischen Besatzung der Krim 2014 und möglichen chinesischen Versuchen, die Kontrolle über Taiwan zu erlangen¹. So argumentierte beispielsweise der bekannte Marinestrategie Zhang Wenmu von der Beihang-Universität in Peking in einem Artikel vom De-

1 Vgl. Saalman, Lora: Little Grey Men: China and the Ukraine Crisis. In: *Survival – Global Politics and Strategy* 58, H. 6, November 2016, S. 135–156, S. 135; Goldstein, Lyle J.: „Get Ready: China Could Pull a ‘Crimea’ in Asia“, *The National Interest*, 11. April 2015.

zember 2014, dass Wladimir Putins kühner Schachzug, eine hybride Übernahme der Krim mit „kleinen grünen Männchen“ zu inszenieren, von China erfolgreich kopiert werden könnte. Denn wenn der Westen erneut auf dem falschen Fuß erwischt würde, wie es bei der Besatzung der Krim Anfang 2014 der Fall war, könnte China schneller Fakten schaffen, als die USA und die NATO reagieren könnten. Unter Verweis auf den chinesischen Begriff der „Kerninteressen“ (*hexin liyi*), für die eine Nation bereit ist, „unbegrenzte Mittel“ (*wuxian shouduan*) einzusetzen, argumentierte Zhang im Wesentlichen, dass die USA und der kollektive Westen geografisch zu weit entfernt seien und auch nicht bereit wären, wesentliche Ressourcen für ein „Nicht-Kerninteresse“ wie Taiwan zu opfern. China dagegen wäre in der Lage, „unbegrenzte Mittel“ einzusetzen und damit der Welt seine Präferenz aufzuzwingen, genau wie Russland auf der Krim.²

Diese Sichtweise Zhangs lässt einige wichtige geostrategische Unterschiede zwischen Taiwan und der Krim unberücksichtigt, wie z. B. eine ganz andere Geografie und damit ein völlig anderes taktisches Umfeld aus der Sicht einer Invasionsmacht. Außerdem übersieht sie die Existenz einer De-facto-Sicherheitsgarantie der Vereinigten Staaten für Taiwan durch den *Taiwan Relations Act* (TRA), welche Taiwan hinsichtlich seines Bündnisstatus eine günstigere Position als der Ukraine verschafft. Auch wird in einer Analyse wie der von Zhang der wichtige Faktor der Selbstverteidigungsfähigkeit Taiwans nicht berücksichtigt. Damit offenbart Zhangs Analyse eine ähnliche Denkweise wie die vieler führender russischer Kommentatoren, die den Krieg gegen die Ukraine nach wie vor als Großmachtkonflikt zwischen Russland und den USA bzw. der NATO darstellen, wobei der Ukraine selbst keine aktive Rolle zugedacht und sie daher nur als Spielball betrachtet wird.³

Die unerwartet erfolgreiche Verteidigung der Ukraine gegen eine nach Ansicht der meisten Beobachter weit überlegene Militärmacht und insbesondere die extremen Verluste, demütigenden Niederlagen und überraschenden taktischen Unzulänglichkeiten auf russischer Seite haben jedoch gezeigt, dass eine Denkweise, welche die Handlungsfähigkeit eines überfallenen Landes und seine Motivation zur Selbstverteidigung außer Acht lässt, zu gefährlichen Fehleinschätzungen führen kann – etwa durch Überbewertung der militärischen Erfolgsaussichten und der potenziellen geo-

2 Zhang, Wenmu: 乌克兰事件的世界意义及其对中国的警示 [The global significance of the Ukraine Incident and its warning to China]. In: 国际安全研究 [Journal of International Security Studies] 4, 28. Dezember 2014.

3 Siehe z. B. TASS: „West uses Ukraine as pawn in geopolitical game against Moscow — Russia’s UN envoy“, 12. Februar 2019.

strategischen Vorteile, die sich aus einem „kühnen“ Schritt zur Annexion des Territoriums eines schwächeren Nachbarn ergeben.

In diesem Kapitel wird skizziert, was bisher über Chinas Rolle vor dem Ukraine-Krieg und seine Reaktionen darauf bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels⁴ bekannt ist. Des Weiteren wird erörtert, welche Lehren die Xi-Regierung daraus für ihre eigenen Pläne zur Annexion Taiwans ziehen könnte.

2. Vor der Invasion: Ignorierte US-Warnungen und eine chinesisch-russische Erklärung der „grenzenlosen“ Freundschaft

In den Monaten vor der Invasion, als Russland bereits mehr als 100.000 Soldaten direkt an der ukrainischen Grenze zusammenzog und klare Drohungen aussprach (einschließlich eines Ultimatums an die NATO Mitte Dezember 2021), versuchte die US-Regierung im Anschluss an ein per Videolink geführtes Gespräch zwischen Präsident Joe Biden und Staats- und Parteichef Xi Jinping, China mithilfe von Geheimdienstinformationen vor Russlands bevorstehenden Invasionsplänen zu warnen und forderte China auf, bei Russland dagegen zu intervenieren – ohne jeden Erfolg. Die chinesische Seite erklärte, sie glaube nicht an diese ihr ab ca. Mitte November 2021 über verschiedene Kanäle übermittelten US-Geheimdienstinformationen.⁵ Schlimmer noch, China scheint jene Informationen direkt an Russland weitergegeben zu haben.⁶ Am 4. Februar, weniger als drei Wochen vor der Invasion, standen Xi und Putin bei den Olympischen Winterspielen in Peking nebeneinander und gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie eine „grenzenlose“ Freundschaft zwischen beiden Ländern verkündeten. Außerdem schlossen sie ein neues langfristiges Öl- und Gashandelsabkommen sowie ein Abkommen, welches China praktisch das gesamte Getreide sichert, das Russland exportieren möchte. Dies signalisierte Russland die Bereitschaft und Fähigkeit Chinas, der russischen Föderation dabei zu helfen, durch seine Marktmacht den Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen, welche der Westen als Vergeltung für eine drohende Invasion verhängen könnte, zu widerstehen. Außerdem deutete dies darauf hin, dass China Russland höchstwahrscheinlich zumindest stillschweigend

4 Dieser Beitrag wurde im November 2022 fertiggestellt.

5 Wong, Edward: „U.S. Officials Repeatedly Urged China to Help Avert War in Ukraine“, The New York Times, 25. Februar 2022.

6 Gertz, Bill: „China shared U.S. intelligence on Ukraine crisis with Russia“, The Washington Times, 25. Februar 2022.

seine Zustimmung zu einem militärischen Vorgehen gegen die Ukraine, wenn nicht sogar seine volle moralische Unterstützung zugesichert hat.⁷ All dies ermöglichte es Putin letztlich, den Einmarsch in die Ukraine trotz der Warnungen der USA zu riskieren.

3. *Nach Beginn der Invasion: nur verdeckte chinesische Unterstützung für Russland, aber warum?*

Einige Beobachter haben argumentiert, dass das Fehlen einer offenen militärischen Unterstützung Chinas für seinen strategischen Partner Russland (trotz Putins Appell, Waffen zu schicken) zeigt, dass die Beziehungen zwischen Russland und China nicht wirklich strategisch sind. Diese Sichtweise übersieht jedoch die Geschichte der engen strategischen Beziehungen zwischen China und der *Ukraine*, insbesondere in der Zeit vor 2014. So war die ukrainische militärtechnologische Unterstützung für Chinas militärische Modernisierung seit Mitte der 1990er Jahre von noch größerer Bedeutung als die Russlands – zumindest in einigen militärtechnologischen Schlüsselbereichen (wie Schiffsgasturbinen, *Phased-Array*-Radartechnologie, aber vor allem Flugzeugträgerrumpftechnologie und Flugzeugträgerpilotenausbildung), die für den Aufbau einer Marine von Weltrang entscheidend sind.⁸ Man kann daher argumentieren, dass ohne die *Hardware*-Lieferungen und Technologietransfers der Ukraine sowie die umfangreichen Beratungsleistungen, die von ukrainischen Militärtechnikexperten über viele Jahre hinweg erbracht wurden, heute kein einziger Flugzeugträger in der VBA-Marine einsatzbereit wäre.⁹ Wie Andrew Erickson hervorgehoben hat, enthält der am 5. Dezember 2013 von Xi Jinping persönlich unterzeichnete Freundschafts- und Kooperationsvertrag zwischen der Volksrepublik China und der Ukraine zudem umfangreiche Sicherheitsgarantien (aufbauend auf einer früheren bilateralen Sicherheitsgarantie, die China der Ukraine am 4. Dezember 1994 nach der Unterzeichnung des

7 Vgl. Ralby, Ian/Soud, David/Ralby, Rohini: „Why the U.S. Needs to Act Fast to Prevent Russia from Weaponizing Food Supply Chains“, Politico, 27. Februar 2022.

8 Kirchberger, Sarah: Russian-Chinese Military-Technological Cooperation and the Ukrainian Factor. In: Kirchberger, Sarah/Sinjen, Svenja/Wörmer, Nils (Hrsg.): *Russia-China Relations. Emerging Alliance or Eternal Rivals?* Springer: Cham 2022, S. 75–100, S. 84–88.

9 Siehe Dou, Eva/Wu, Pei Lin: „Ukraine helped build China’s modern military, but when war came, Beijing chose Russia“, The Washington Post, 9. März 2022.

Budapester Memorandums und der Aufgabe ihrer Atomwaffen gegeben hatte).¹⁰ Die Existenz solcher verbindlichen Verträge, von denen einer von Xi Jinping selbst unterzeichnet wurde, macht es für China heikel, direkte militärische Unterstützung eines nuklear bewaffneten Aggressors gegen einen nicht nuklear bewaffneten Staat zu leisten, noch dazu einen, der China in der Vergangenheit umfangreiche militär-technologische Hilfe gewährt hat. So etwas könnte schädliche Auswirkungen auf viele andere bilaterale Beziehungen Chinas haben. Die eher verdeckte, wirtschaftliche, politische und moralische Unterstützung Beijings für Russland – indem China die Invasion nicht verurteilte, sie nicht als Krieg bezeichnete, die NATO-Osterweiterung bzw. die USA und nicht Russland dafür verantwortlich machte und sich in der Generalversammlung der Vereinten Nationen enthielt, anstatt sich auf die Seite der Mehrheit der Nationen gegen Russland zu stellen – all dies sollte als das Maximum an Unterstützung angesehen werden, das China in diesem speziellen Kontext tatsächlich leisten kann, ohne seinem eigenen Ruf und seine Interessen erheblich zu schädigen.

4. Der Krieg wird zum Problem: Abschirmung vor den Folgen von Putins strategischer Fehlkalkulation

Xi musste nicht nur Chinas Verpflichtungen gegenüber Russland und der Ukraine gegeneinander abwägen, sondern wurde sich auch zunehmend der Gefahr bewusst, die es bedeuten könnte, sich auf die Seite einer gescheiterten Invasion zu stellen. Dies barg das Risiko, durch die Bindung an einen törichten, ja durchgeknallten russischen Führer inkompetent zu wirken. Auch würde die schwächelnde chinesische Volkswirtschaft, welche bereits die Auswirkungen von Xis „Null-Covid“-Politik verkraften musste und mit Problemen auf den Immobilien- und Finanzmärkten zu kämpfen hatte, dadurch zusätzlich gefährdet. Westliche Sanktionen, die zu den bestehenden Beschränkungen hinzukämen, hätten die chinesische Volkswirtschaft in eine gefährliche Lage bringen können, und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem Xi sein Mandat für eine dritte Amtszeit verlängern wollte, obwohl dies den informellen Regeln der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) widerspricht. Dies ist wahrscheinlich der Grund,

10 Vgl. Erickson, Andrew S.: 2013 PRC-Ukraine Treaty of Friendship & Cooperation/Joint Communiqué: Russian, Ukrainian & Chinese Documents, Context, Timeline, 21. August 2022.

warum Peking es sorgfältig vermieden hat, offen gegen das westliche Sanktionsregime zu verstoßen, warum z. B. die Telekommunikationsfirma Huawei ihr Engagement auf dem russischen Markt reduziert und warum China seinen Luftraum für Flugzeuge, die russische Fluggesellschaften nach Beendigung des Leasingvertrags nicht an ihre Eigentümer zurückgeben wollten, gesperrt hat.¹¹ Eingedenk der Verwundbarkeit Russlands ergreift China zur Zeit noch aktivere Maßnahmen, um seine eigene Wirtschaft gegen die Gefahr künftiger westlicher Sanktionen abzusichern.

Möglicherweise wäre die chinesische Unterstützung für Putins Krieg weitaus offenkundiger und entschiedener gewesen, wenn Putin sich nicht so stark verkalkuliert, sondern einen schnellen militärischen Erfolg erzielt hätte. Stattdessen war es nun aus Xis Sicht rational und notwendig, sich von den Folgen einer katastrophalen Fehlentscheidung zu distanzieren, nicht zuletzt, um die innenpolitischen Kritiker der „grenzenlosen“ chinesisch-russischen Kooperationspolitik zu beschwichtigen. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass Xi es akzeptabel finden würde, Russland besiegt und gedemütigt zu sehen, sei es durch die Ukraine oder den Westen. Es ist bemerkenswert, dass Xi kurz nach dem Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in Samarkand Mitte September 2022 gegenüber Putin „Bedenken“ über den Krieg in der Ukraine geäußert hat.¹² Dies wurde im Westen – wahrscheinlich etwas voreilig – als Kritik an dem harten Vorgehen Russlands gegen die Ukraine interpretiert. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass es eher Kritik an der militärischen Erfolglosigkeit Russlands war. Nachdem das ukrainische Militär im Osten und Süden der Ukraine im Sommer erhebliche Gewinne durch eine Gegenoffensive erzielt hatte, ordnete Putin nämlich schon kurz nach dem Ende des Samarkand-Gipfels trotz des erheblichen Risikos einer Gegenreaktion im eigenen Land eine Mobilmachung sowie Referenden in den besetzten Gebieten an und „annektierte“ sie, obwohl er nicht die tatsächliche Kontrolle über alle diese Gebiete hatte. Darüber hinaus ernannte er einen neuen Oberbefehlshaber und ließ das Militär verheerende Luftangriffe auf zivile Ziele und Energieinfrastrukturen in der gesamten Ukraine fliegen, anscheinend um schnell eine Wende im Krieg herbeizuführen und einen Teilerfolg zu erzwingen oder wenigstens etwas, das der heimischen Öffentlichkeit und

11 Soon, Weilun: „A Chinese telecom giant has suspended Russian operations and furloughed employees as sanctions bite: reports“, Business Insider, 13. April 2022; Webster, Joe: China bans Russian flights, The China Project, 2. Juni 2022.

12 Ein bemerkenswerter Unterschied in der Formulierung im Vergleich zu Indiens Premierminister Modi, der den Krieg als solchen direkt, aber taktvoll kritisiert hat.

den russischen Verbündeten als Erfolg verkauft werden könnte. Eine mögliche Interpretation für die offensichtlichen Bedenken, die Xi gegenüber Putin in Samarkand geäußert hat, könnte also sein, dass Xi Putin unter Druck gesetzt hat, schnell einen (Teil-)Erfolg im Krieg zu erzielen und ihn dann zügig zu beenden, um Xi nicht schlecht aussehen zu lassen, während er an seiner Ernennung für eine dritte Amtszeit arbeitete. Die chinesische Unterstützung ist für den Kreml entscheidend in einer Zeit, in der Russland wirtschaftlich leidet und Putin das Land zu einem internationalen Paria gemacht hat. Die harten militärischen Maßnahmen, die Putin nach dem SOZ-Treffen in Samarkand gegen die Ukraine ergriffen hat, könnten somit ein Versuch gewesen sein, den Rest von Xis Wohlwollen zu retten.

Obwohl es schwierig ist, von außen zu beurteilen, was die chinesische Öffentlichkeit über die Einzelheiten des Kriegs in der Ukraine weiß und denkt, gibt es Anzeichen dafür, dass die Xi-Regierung zumindest unter den Intellektuellen bei der Kontrolle des Narrativs in der öffentlichen Informationssphäre nicht komplett erfolgreich gewesen ist. Ein interessantes Beispiel ist der Fall des chinesischen Vloggers Wang Jixian, der zu Beginn des Kriegs in Odesa lebte und anfangs, Videos zu veröffentlichen, die dem von der chinesischen Regierung im eigenen Land verbreiteten pro-russischen Propagandanarrativ direkt widersprachen. Dies führte dazu, dass er zur Zielscheibe von Zensur und harscher Kritik wurde. Gleichzeitig ermöglichte es ihm, den chinesischen Zuschauern eine alternative Sicht des Kriegs zu vermitteln.¹³ Chinesische Kollegen haben in privaten Mitteilungen angedeutet, dass die Klugheit von Xis Politik der letzten zehn Jahre, sich an Putin zu binden, zunehmend in Frage gestellt wird und Kritik an der russischen Invasion zugenommen hat – trotz des starken Drucks, sich der Regierungslinie anzupassen.

5. Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Beziehungen zwischen China und Russland

Xi erwartete wahrscheinlich, dass Putin in einem kurzen, scharfen Krieg einen schnellen Sieg erringen würde. Im Idealfall wäre dieser Krieg schnell zu Ende gegangen, indem sich die Ukraine ohne allzu viel Blutvergießen und Zerstörung ergeben hätte und die Regierung Selenskyj entweder von Russland abgesetzt und verhaftet oder ins Exil vertrieben worden wäre,

13 Yeung, Jessie/Xiong, Yong: „A Chinese vlogger shared videos of war-torn Ukraine. He’s been labeled a national traitor“, CNN, 18. März 2022.

während eine Putin-freundliche Marionettenregierung die Ukraine fest in den russischen Orbit zurückgebracht hätte. China hätte sich dann als Wohltäter betätigen und seinem anderen strategischen Partner, der Ukraine, großzügige Hilfe beim Wiederaufbau anbieten können, während es gleichzeitig seinen politischen Einfluss und seine wirtschaftlichen sowie militärisch-technologischen Interessen in der Ukraine weiterverfolgt hätte. In einem solchen Szenario hätte China die Schuld am Ausbruch des Kriegs ausschließlich den USA und der NATO zugeschoben. Die dann erwiesene Unfähigkeit des Westens, die Ukraine militärisch zu stützen, hätte den strategischen Wert gehabt, dem Rest der Welt zu zeigen, dass der „absteigende Westen“ nicht einmal in Europa in der Lage ist, das geostrategische Spielfeld zu gestalten und gegenüber einem aufstrebenden China und Russland als unterlegen anzusehen ist. Dies hätte ein wichtiges gemeinsames Ziel von Xi und Putin gefördert: Das Ende der von den USA geführten regelbasierten internationalen Ordnung herbeizuführen.

Vor dem Hintergrund einer solchen Erwartung müssen Xi und seine engen Berater schockiert gewesen sein, als sie in den ersten Wochen der Kämpfe feststellten, wie sehr sich Putin militärisch verkalkuliert hatte. Die Absetzung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Le Yucheng Mitte Juni, der Xis wichtigster Berater für Russland-Fragen und Fürsprecher der „grenzenlosen Freundschaft“ gewesen war und der bis zu seiner überraschenden Versetzung auf einen wenig prestigeträchtigen Posten im Rundfunk-System sogar als Nachfolgekandidat für den Posten des Ministerpräsidenten gehandelt worden war, wurde von Beobachtern als deutliches Zeichen der Unzufriedenheit Xis mit der Russland-Expertise innerhalb der Staats- und Parteiführung gedeutet.¹⁴

Die Ukraine hat entgegen den Erwartungen nicht nur nicht kapituliert, sondern konnte auch schnell eine breite internationale Unterstützung in moralischer, wirtschaftlicher und sogar militärisch-technologischer Hinsicht mobilisieren, obwohl die NATO und die USA ihrer zuvor angekündigten Absicht treu blieben, sich nicht direkt in den Konflikt einzumischen. Auch wenn einige Beobachter das Zögern des Westens, für die Ukraine zu kämpfen als Zeichen der Schwäche werten, hat es in der Praxis dazu geführt, dass die militärischen Ressourcen der NATO-Staaten erhalten blieben, während Russland gezwungen war, sein eigenes Arsenal und seine eigene Truppenstärke zu erschöpfen und dadurch gegenüber der NATO militärisch geschwächt wurde. Darüber hinaus wurde die westliche

14 Nakazawa, Katsuji: „Analysis: Russia hand's demotion signals shift in Xi's strategy“, Nikkei Asia, 23. Juni 2022.

Welt dazu veranlasst, gemeinsam noch nie dagewesene Sanktionen gegen Russland zu verhängen, und selbst China wurde erfolgreich davon abgehalten, diese Sanktionen offen zu verletzen. Somit wurde die NATO durch Putins Krieg keineswegs als veralteter „Papiertiger“ entlarvt, sondern im Gegenteil gestärkt und sieht sich inzwischen einer weiteren Erweiterungsrunde durch den Beitritt Finnlands und Schwedens gegenüber. Mit dieser Beitrittsrunde wird sich die direkte NATO-Grenze zu Russland von bisher ca. 936 km auf ca. 2.275 km mehr als verdoppeln – eine Tatsache, die für Putin eine große strategische Niederlage darstellt, da Finnland und Schweden bereits während des Beitrittsprozesses durch eine vorläufige Sicherheitsgarantie von mehreren Atommächten geschützt werden.¹⁵

Abgesehen von den bereits sichtbaren militärischen und wirtschaftlichen Verlusten ist Russlands Image als militärische Großmacht und zuverlässiger Öl- und Gaslieferant in der westlichen Welt zerstört worden, ebenso seine kulturelle Anziehungskraft und andere Formen der *Soft Power*. Auch wird Russlands verbleibende Fähigkeit, westliche Staaten über ihre Energieabhängigkeit von russischen Energielieferungen zu dominieren, bald zu Ende gehen. Dies wird unweigerlich dazu führen, dass Russland insgesamt zu einem viel schwächeren Akteur auf der Weltbühne wird und vollständig von der wirtschaftlichen und politischen Unterstützung Chinas (und bis zu einem gewissen Grad auch Indiens) abhängig wird. Diese Lektion ist für Xis Regierung besonders relevant, da der im „chinesischen Traum“ angestrebte Aufstieg Chinas zu einem den USA ebenbürtigen oder gar überlegenen Land durch militärisches Abenteuerium gefährdet wäre, wenn dies in einen langwierigen, erfolglosen Krieg mündet. Xis Berater sind daher höchstwahrscheinlich damit beschäftigt, zu untersuchen, wie Putins Regierung ihre militärischen Erfolgchancen so falsch einschätzen konnte und wie ähnliche nachrichtendienstliche Fehler im Falle eines Krieges um Taiwan vermieden werden können.

6. *Welche taktischen Lehren könnte China aus dem Krieg in der Ukraine ziehen?*

Chinas Militärplaner werden in ihren klassifizierten Analysen höchstwahrscheinlich an den folgenden taktischen Aspekten der Invasion in der Ukraine interessiert sein:

15 Gramer, Robbie/Mackinnon, Amy/Lu, Christina: „NATO Countries Begin Ushering Finland and Sweden Into the Fold“, *Foreign Policy*, 16. Mai 2022.

- *Erstens*, Analyse der Probleme und Fehlschläge, die das russische Militär im Kampf erlebt hat, sei es im Zusammenhang mit Ausrüstungsmängeln, Korruption, Mängeln der Doktrin, organisatorischen Schwächen, logistischen Versäumnissen, aber auch in Bezug auf die allgemeine Motivation der Streitkräfte, um ähnliche Schwächen in der VBA zu erkennen und zu beseitigen;
- *Zweitens*: Studium der erfolgreichen asymmetrischen Taktiken, die von den ukrainischen Verteidigern gegen die überlegene Invasionsmacht angewandt wurden, um sicherzustellen, dass es bei einer Anwendung dieser oder ähnlicher Taktiken durch Taiwan keine Überraschungen gibt;
- *Drittens*: Analyse der Auswirkungen verschiedener internationaler Waffenlieferungen, um herauszufinden, wie eine ähnliche Art von Unterstützung an Taiwan verhindert werden kann;
- *Viertens*: Versuch, Schwachstellen Chinas gegenüber Sanktionen und Blockaden zu ermitteln, z. B. Blockaden von Engpässen, um Chinas Wirtschaft gegenüber Strafmaßnahmen widerstandsfähiger zu machen;
- *Fünftens*: Beobachtung der Auswirkungen von Putins nuklearen Erpressungsversuchen auf die Ukraine und den Rest der Welt, um daraus zu lernen.¹⁶

Da Russland trotz mehrfacher Drohungen bislang noch keinen tatsächlichen Atomschlag durchgeführt hat und die Reaktion des Westens auf einen solchen Eskalationsschritt daher nicht ganz klar ist, lässt sich zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Beitrags nur schwer sagen, welche Lehren China letztlich aus der Analyse des Potenzials nuklearer Eskalationsdrohungen im Ukraine-Krieg ziehen wird. Man kann jedoch davon ausgehen, dass die westliche Zurückhaltung bei der Verteidigung der Ukraine zu Beginn des Kriegs auf der Furcht vor einer nuklearen Eskalation beruhte, also auf westlicher Selbstabschreckung. Dies könnte China dazu motivieren, ähnliche Taktiken zur Verhinderung militärischer Unterstützung Taiwans anzuwenden. Die ballistischen Raketentests, die China am 4. August 2022 im Anschluss an den Besuch Nancy Pelosis auf Taiwan durchführte und bei denen Raketen erstmals quer über die Insel abgefeuert wurden und sehr nahe an taiwanesischen Hoheitsgewässern landeten, unterstrichen das Potenzial solcher Zwangsdrohungen. Auch der Ausbau des chinesischen Atomwaffenarsenals in den letzten Jahren und die Versuche Chinas, eine vollständige nukleare Triade aufzubauen, sind in diesem Zu-

16 Yang, Jianli/Yu, Yan: „Conquering Taiwan — What has Xi Jinping learned from Putin’s Invasion of Ukraine?“, Providence, 8. Juli 2022.

sammenhang zu sehen.¹⁷ Allerdings haben sich Putins nukleare Drohungen gegen die Ukraine nach anfänglicher Wirksamkeit zunehmend als Bluff entpuppt. Selbst die sonst militärisch eher zurückhaltende Europäische Union konterte die nuklearen Drohungen des Kremls, indem sie über Josep Borrell erklärte, dass Russlands Armee bei Abschuss einer Atomwaffe von den Westmächten „vernichtet“ werden würde.¹⁸ Da der Krieg jedoch zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Analyse noch nicht vorbei ist, ist es zu früh, um zu sagen, welche Lehren China letztlich aus dem Verhalten des Westens gegenüber den nuklearen Erpressungsversuchen ziehen wird. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Chinas nukleare Fähigkeiten immer noch weit hinter denen Russlands zurückbleiben.

7. Schlussfolgerungen

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es schwer, abzusehen, ob Chinas eigene Plannungen in Bezug auf einen möglichen Zeitrahmen für militärische Aktionen gegen Taiwan – unabhängig davon, ob es sich dabei um einen hybriden Angriff, eine Blockade, einen Übernahmeversuch von vorgelagerten Inseln, Raketenangriffe vom Festland aus oder eine vollständige amphibische Invasion handelt – aufgrund der Lehren aus dem Ukraine-Krieg eher nach hinten geschoben wurden, gleichgeblieben, oder sogar zeitlich vorgezogen wurden. Im hypothetischen Falle eines frühen Sieges Russlands in der Ukraine, auf den dann möglicherweise weitere russische Aggressionen z. B. gegen Moldawien oder einige der baltischen Staaten gefolgt wären, hätte im Westen Verwirrung geherrscht und es hätte der Verlust des politischen Zusammenhalts gedroht. Eine solche Situation der Schwäche hätte Xi möglicherweise als ermutigendes Signal verstanden, direkt im Anschluss an die russische Aggression eine Aktion gegen Taiwan zu starten, um die Ablenkung zu nutzen und die Reaktionsfähigkeit des Westens zu überfordern. In diesem Sinne hat Taiwan möglicherweise direkt von der Tapferkeit der ukrainischen Verteidiger profitiert, die eine solche gefährliche Entwicklung verhindert haben.

17 Kirchberger, Sarah: Understanding Risk in the Great Competition with China, 2022 Index of U.S. Military Strength, Heritage Foundation, 20. Oktober 2021.

18 Liboreiro, Jorge: „Ukraine war: Russian army will be 'annihilated' if it launches a nuclear attack, warns Josep Borrell“, Euronews, 14. Oktober 2022.

Die tatsächliche Entwicklung des Kriegs in der Ukraine kann mit Stand November 2022 kaum als Ermutigung für eine Invasion Taiwans gesehen werden. Außerdem wäre eine amphibische Militäraktion, die umfangreiche Vorbereitungen und groß angelegte, offene Truppenbewegungen erfordert, in dem veränderten Sicherheitsklima seit Februar 2022 schwieriger zu tarnen und erfolgreich durchzuführen. Andererseits könnten Xis fortgeschrittenes Alter und seine Entschlossenheit zur Vereinigung Taiwans mit China seine Militärplanner unter Druck setzen, noch während seiner laufenden dritten Amtszeit irgendeinen Erfolg zu erzielen – zumal die Erfolgsaussichten nach 2030 aufgrund der demografischen und wirtschaftlichen Trends innerhalb Chinas wahrscheinlich geringer sein werden als in den Jahren davor.¹⁹ Es besteht also die Gefahr, dass die Abschreckung in den kommenden Jahren ein weiteres Mal versagen könnte, diesmal in Ostasien. Taiwan sollte daher so viel wie möglich aus dem Ukraine-Krieg lernen und schnell daran arbeiten, seine eigenen Selbstverteidigungsfähigkeiten so weit auszubauen, dass die Erfolgsaussichten für China zu gering erscheinen, um einen Angriff in Erwägung zu ziehen – und auch um sicherzustellen, dass die USA und ihre Verbündeten niemals zu dem Schluss kommen können, dass die Verteidigung Taiwans eine verlorene Sache wäre.²⁰ Das existentielle Thema der Landesverteidigung sollte auf Taiwan zudem nicht länger Spielball von Parteiinteressen sein.

Die westlichen Staaten sollten ihrerseits die militärischen Bemühungen der USA zur Abschreckung Chinas mit den ihnen zur Verfügung stehenden, vorwiegend ökonomischen Mitteln unterstützen und ihre Entschlossenheit zur Unterstützung Taiwans signalisieren. Die Fehler der Russlandpolitik, europäische Staaten und insbesondere Deutschland abhängig von russischen Importen und daher erpressbar zu machen, sollten gegenüber China nicht wiederholt werden. Die USA könnten in Erwägung ziehen, auf Taiwan ständig eine „*Tripwire*“-Truppe zu stationieren und bereits jetzt mit gemeinsamer Ausbildung und Informationsaustausch beginnen, da dies schwieriger werden würde, wenn eine Krise bereits im Gange ist. Dies ist eine der wichtigsten Lehren aus dem Ukraine-Krieg, sowohl für China als auch für den Westen.

19 Siehe Kirchberger, *Understanding Risk in the Great Competition with China*, 2021.

20 Hornung, Jeffrey W.: *Ukraine's lessons for Taiwan*, *War On The Rocks*, 17. März 2022; Erickson, Andrew S./Collins, Gabriel: *Eight new points on the porcupine: More Ukrainian lessons for Taiwan*, *War On The Rocks*, 18. April 2022.

Literaturverzeichnis

- Dou, Eva/Wu, Pei Lin: „Ukraine helped build China’s modern military, but when war came, Beijing chose Russia“, *The Washington Post*, 9. März 2022, <https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/09/china-ukraine-arms-history/>, 29.11.2022.
- Erickson, Andrew S./Collins, Gabriel: „Eight new points on the porcupine: More Ukrainian lessons for Taiwan“, *War On The Rocks*, 18. April 2022, <https://warontherocks.com/2022/04/eight-new-points-on-the-porcupine-more-ukrainian-lessons-for-taiwan/>, 29.11.2022.
- Erickson, Andrew S.: 2013 PRC-Ukraine Treaty of Friendship & Cooperation/Joint Communiqué: Russian, Ukrainian & Chinese Documents, Context, Timeline, 21. August 2022, <https://www.andrewerickson.com/2022/08/2013-prc-ukraine-treaty-of-friendship-cooperation-joint-communique-russian-ukrainian-chinese-documents-context-timeline/>, 29.11.2022.
- Gertz, Bill: „China shared U.S. intelligence on Ukraine crisis with Russia“, *The Washington Times*, 25. Februar 2022, <https://www.washingtontimes.com/news/2022/feb/25/china-shared-us-intelligence-ukraine-crisis-russia/>, 29.11.2022.
- Goldstein, Lyle J.: „Get Ready: China Could Pull a ‘Crimea’ in Asia“, *The National Interest*, 11. April 2015, <https://nationalinterest.org/feature/get-ready-will-china-pull-crimea-asia-12605>, 29.11.2022.
- Gramer, Robbie/Mackinnon, Amy/Lu, Christina: „NATO Countries Begin Ushering Finland and Sweden Into the Fold“, *Foreign Policy*, 16. Mai 2022, <https://foreignpolicy.com/2022/05/16/finland-sweden-nato-russia-war-security/>, 29.11.2022.
- Hornung, Jeffrey W.: „Ukraine’s lessons for Taiwan“, *War On The Rocks*, 17. März 2022, <https://warontherocks.com/2022/03/ukraines-lessons-for-taiwan/>, 29.11.2022.
- Kirchberger, Sarah: „Russian-Chinese Military-Technological Cooperation and the Ukrainian Factor“. In: Kirchberger, Sarah/Sinjen, Svenja/Wörmer, Nils (Hrsg.): *Russia-China Relations. Emerging Alliance or Eternal Rivals?* Springer: Cham 2022, S. 75–100.
- Kirchberger, Sarah: „Understanding Risk in the Great Competition with China“, 2022 Index of U.S. Military Strength, Heritage Foundation, 20. Oktober 2021, <https://www.heritage.org/military-strength/topical-essays/understanding-risk-the-great-competition-china>, 29.11.2022.
- Liboreiro, Jorge: „Ukraine war: Russian army will be ‘annihilated’ if it launches a nuclear attack, warns Josep Borrell“, *Euronews*, 14. Oktober 2022, <https://www.euronews.com/my-europe/2022/10/13/the-russian-army-will-be-annihilated-if-it-launches-a-nuclear-attack-warns-josep-borrell>, 29.11.2022.
- Nakazawa, Katsuji: „Analysis: Russia hand's demotion signals shift in Xi's strategy“, *Nikkei Asia*, 23. Juni 2022, <https://asia.nikkei.com/Editor-s-Picks/China-up-close/Analysis-Russia-hand-s-demotion-signals-shift-in-Xi-s-strategy>, 30.11.2022.

- Ralby, Ian/Soud, David/Ralby, Rohini: „Why the U.S. Needs to Act Fast to Prevent Russia from Weaponizing Food Supply Chains“, *Politico*, 27. Februar 2022, <https://www.politico.com/news/magazine/2022/02/27/russia-weaponizing-food-supply-chains-00012130>, 29.11.2022.
- Saalmann, Lora: *Little Grey Men: China and the Ukraine Crisis*. In: *Survival – Global Politics and Strategy* 58, H. 6, November 2016, S. 135–156.
- Soon, Weilun: „A Chinese telecom giant has suspended Russian operations and furloughed employees as sanctions bite: reports“, *Business Insider*, 13. April 2022, <https://www.businessinsider.com/chinese-telecom-giant-huawei-cuts-russian-business-as-sanctions-bite-2022-4>, 29.11.2022.
- TASS: „West uses Ukraine as pawn in geopolitical game against Moscow — Russia’s UN envoy“, 12. Februar 2019, <https://tass.com/world/1044378>, 29.11.2022.
- Webster, Joe: China bans Russian flights, *The China Project*, 2. Juni 2022, <https://thechinaproject.com/2022/06/02/china-bans-russian-flights/>, 29.11.2022.
- Wong, Edward: „U.S. Officials Repeatedly Urged China to Help Avert War in Ukraine“, *The New York Times*, 25. Februar 2022, <https://www.nytimes.com/2022/02/25/us/politics/us-china-russia-ukraine.html>, 29.11.2022.
- Yang, Jianli/Yu, Yan: „Conquering Taiwan — What has Xi Jinping learned from Putin’s Invasion of Ukraine?“, *Providence*, 8. Juli 2022, <https://providencemag.com/2022/07/conquering-taiwan/>, 29.11.2022.
- Yeung, Jessie/Xiong, Yong: „A Chinese vlogger shared videos of war-torn Ukraine. He’s been labeled a national traitor“, *CNN*, 18. März 2022, <https://edition.cnn.com/2022/03/18/asia/wang-jixian-chinese-vlogger-ukraine-intl-hnk/index.html>, 29.11.2022.
- Zhang, Wenmu: 乌克兰事件的世界意义及其对中国的警示 [The global significance of the Ukraine Incident and its warning to China]. In: 国际安全研究 [Journal of International Security Studies] 4, 28. Dezember 2014, http://www.guancha.cn/ZhangWenMu/2014_12_28_304621.shtml, 21.07.2021.

Kapitel 17 Zeitenwende ohne Stärke? Strategische Spiegelachsen vitaler deutscher Sicherheitsinteressen: Ostflanke und Ostasien

Maximilian Terhalle

Abstract: Der Bundesregierung muss 2023 der Spagat zwischen der auf die verbleibende Wahlperiode angelegten, im Koalitionsvertrag beschlossenen Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) einerseits, der täglich benötigten Strategie gegen den Angriffskrieg Russlands andererseits und der gleichzeitigen Neuaustarierung gegenüber Xi Jinpings China gelingen. Dieses Kapitel bietet zentrale und zeitlose Orientierungshilfen an, damit der ausstehende strategische Mentalitätswandel Deutschlands eingeleitet werden kann. Daraus abgeleitet macht das Kapitel neue Praxisvorschläge, wie die Spiegelachsen transatlantischer und damit deutscher Sicherheit, Ostasien und die Ostflanke, strategisch so entschärft werden, dass sie im Kern die Sicherheit Deutschlands und die Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses in globaler Perspektive nicht glaubwürdig infragestellen können. Krieg wird dabei nicht als museale Kategorie betrachtet.

Schlüsselwörter: Strategische Stärke, strategisches Mindset, Strategie, Zweifrontenkrieg, Abschreckung

“... yet, and this may only be a matter of temperament, there does tend to be a dark side to the strategic imagination that picks up intimations of disorder at times of stability, that senses the fragility of human institutions even while striving to reinforce them, that cannot stop thinking of war while promoting peace.”
Lawrence Freedman

1. Einleitung

Ähnlich seiner Rede in Prag am 30. August 2022 hatte Bundeskanzler Olaf Scholz bereits am 27. Februar im Deutschen Bundestag gesagt, die Politik gegenüber Russland „setzt Stärke voraus“.¹ Ob unbewusst oder nicht, der Regierungschef sprach damit das zentrale Kriterium bei der gegenseitigen Einschätzung internationaler Gegner aus: Die Wahrnehmung ihrer jeweiligen Stärke oder Schwäche und damit ihrer Verwundbarkeit. Zentral, weil solche Wahrnehmungen wesentlich ihre Entscheidungsfindung beeinflussen.²

Im Verlauf des Jahres 2021, so scheint es, hatte sich in Wladimir Putins Perzeption der seit langem von ihm artikulierte Eindruck westlicher Schwäche vehement verdichtet.³ Nach dem lauten und intensiven britisch-französischen Streit im März über die australische Neuausrichtung seiner U-Boot-Auswahl auf die USA, dem international für blamabel gehaltenen Abzug westlicher Truppen aus Afghanistan im September, dem Kontinuitätsbruch mit dem Abtritt Angela Merkels, der Wahl einer neuen Koalitionsregierung und deren Bildung im Herbst kulminierte diese Wahrnehmung in den schon unmittelbar kriegsvorbereitenden Maximalforderungen Moskaus im Dezember, insbesondere nach Abzug aller amerikanischer Truppen aus Europa, bevor Putin dann am 24. Februar 2022 den Angriffskrieg auf die Ukraine befahl.⁴ Dass solche Wahrnehmungen der Schwäche anderer mit nationalistischer Hybris bei der Einschätzung eigener Stärke einhergehen können, wie Putin dies dann in den ersten Kriegswochen feststellen musste, bleibt davon unbenommen.⁵

1 Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz, 27. Februar 2022.

2 Jervis, Robert: *Perception and Misperception*. Princeton: Princeton University Press 1978.

3 Diese Perzeption westlicher „Dekadenz“ spiegelt sich in Putins ultranationalistischem Antrieb, in der Ukraine eine essentielle Bedrohung seiner gesellschaftspolitischen Vorstellungen zu sehen und deswegen das „Brudervolk“ ethnisch und politisch von seiner historischen ‚Verirrung‘ zu säubern. Putin stützt sich dabei, unter anderen, auf den von ihm vertieft gelesenen, faschistischen russischen Intellektuellen Ivan Ilyin. Siehe *The Economist*: „Briefing. Fascism in Russia“, 30. Juli 2022, S. 15–18, bes. S. 17.

4 Ein weitgehend missachtetes Signal in der zunehmend konzentrierten Kriegsvorbereitung Putins war die Nicht-Auffüllung des größten deutschen Gazprom-Speichers in Rheden 2021. Pennekamp, Jochen: „Der Mythos vom billigen russischen Gas“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. August 2022.

5 In umgekehrter Reihenfolge erging es Amerika so im Irak 2003, kurz nachdem das „mission accomplished“ zelebriert worden war.

Merkel hatte die Wahrnehmung der deutschen Schwäche über viele Jahre vielleicht unbewusst, mindestens aber konsistent befördert, indem sie Putins schriller Rede 2007 bei der Münchner Sicherheitskonferenz zugehört hatte und ihn nach dem Georgien-Krieg und trotz der Krim-Annektion sowie nachfolgender Sanktionen dennoch die „privatwirtschaftliche“ *Nord Stream 2*-Pipeline weiterbauen ließ. Auch unterzeichnete sie zwar die militärische Rückversicherung auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 und ging damit die Verpflichtung ein, die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands politisch verlässlich und materiell hinreichend zu gewährleisten, aber ihre mangelnde Überzeugung, dass konventionelle Abschreckung unabdingbar ist, ließ die Bundeswehr in großen Teil „blank“ dastehen, wie ein führender General acht Jahre später am Abend des Kriegsbeginns ohne Blatt vor dem Mund konzedierte. Und zuletzt hatte die in Europa einzigartig radikale, energiepolitische Weichenstellung durch das Unglück von Fukushima 2011 schon den Boden für die in Berlin offiziell nie so erachtete Abhängigkeit von russischem Gas bereitet. Aus all diesen Beispielen wird verständlich, warum Putin in Merkels Weltsicht bis zu ihrem Abtritt „Partner“ Deutschlands blieb.⁶

Am 27. Februar 2022 musste der Kanzler, bis September 2021 selbst viele Jahre Finanzminister in Merkels Kabinett und Vizekanzler, diesen Ansatz beenden. Putin trachte, so Scholz, nach einem „russischen Imperium“, weshalb die Bundesregierung „nicht ruhen [werde], bis der Frieden in Europa gesichert ist.“⁷ Ohne dass er dies explizit so sagte, war das in diesem Redekontext präsentierte Sondervermögen der Bundeswehr (100 Milliarden Euro) zunächst ein Signal der Stärke. Mit einem Mal, so schien es, war die seit 2014 wabernde Frage, was es eigentlich bedeutete, Deutschland solle „mehr Verantwortung“ übernehmen mit der notwendigen Klärung des „Mehr von was“ und „Mehr wofür“ beantwortet worden⁸ – wiewohl nicht aus eigenem Antrieb, sondern durch den Zwang der Ereignisse. In der Euphorie des Berliner Aufbruchs Ende Februar war es bemerkenswert, dass China, das Amerikas strategische Wahrnehmung seit ungefähr zehn Jahren dominiert, in Scholz' Überlegungen keinen Platz einzunehmen schien. So als ob sich das strategische Zentrum strategischer Gleichgewichtspolitik, wie zu Zeiten des Kalten Kriegs, ausschließlich in Europa verorten ließ.

6 Rede, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Münchner Sicherheitskonferenz, 16. Februar 2019.

7 Rede Scholz, 27. Februar 2022.

8 Giegerich, Bastian/Terhalle, Maximilian: The Munich Consensus and the Purpose of German Power. In: *Survival. Global Politics and Strategy* 58, H. 2, 2016, S. 155–166.

Kein Anzeichen also für die Einsicht, dass sich Ostflanke und Ostasien als Spiegelachsen vitaler deutscher Sicherheitsinteressen gegenseitig bedingen.⁹

Dass es sich ein großes Land wie die Bundesrepublik so lange geleistet hat, auf seine strategische Ausrichtung zu verzichten, ist mit einem hohen Preis verbunden. Die Friedensdividende war, in anderen Worten, teuer. Ob die internationale Zeitenwende der russischen Invasion die deutsche Zeitenwende im Sinne eines strategischen Mentalitätswandels hervorbringt, ist indes nicht ausgemacht. Ein solcher Wandel würde sich in der Umsetzung der Erkenntnis niederschlagen, dass sich Deutschlands Einbettung in die Institutionen des Westens nicht in einer passiven Mitgliedschaft erschöpft, sondern im Gegenteil aus dieser Einbettung die strategische Pflicht zur willensstarken Verteidigung eben dieser Ordnung erwächst. Erst solch ein Wandel im Weltbild ließe die seitens des Bundeskanzlers auf 2022 datierte (aber aus Sicht vieler schon 2007, spätestens aber 2014 einsetzende) Zeitenwende begreifbar machen und entsprechend adressieren.

Die nicht gänzlich unberechtigte Erwartung hingegen, dass der externe Schock, besonders in der größten Regierungsfraktion, bisherige russophile und pazifistisch-friedenspolitische Traditionen außenpolitischen Handelns umfassend infragestellen würde, hat sich nicht bestätigt. Vielmehr bleiben hinsichtlich des russischen Angriffskriegs in der Koalitionsregierung erhebliche Differenzen erkennbar.

Im Gegensatz zur FDP (z.B. Strack-Zimmermann, Faber) und den Grünen (z.B. Baerbock, Habeck, Nouripour, Hofreiter) ist der traditionelle friedenspolitische Flügel dominant in der der starken Parteilinken (97 v. 206 MdBs) zuzurechnenden Fraktionsspitze der SPD. Die Gruppierung um Rolf Mützenich hat sich vorläufig den internationalen Zwängen der Kriegssituation gebeugt. Nicht pragmatisch, sondern widerwillig, wie die im NATO-Vergleich langwierigen Verzögerungen bei den Waffenlie-

9 Im Vorfeld der Reise des Kanzlers nach China am 3./4. November 2022 brach zwischen Außenministerin und Kanzler ungewöhnlich öffentlich durch, dass die Bundesregierung keine abgestimmte China-Politik besitzt. Diese kulminierte in medial seitens Baerbocks dem Kanzler gegebenen Ratschlägen für seine China-Visite. Der Nexus zwischen Ostasien und Ostflanke wurde freilich in diesem scharfen Widerspruch nicht thematisiert. Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Vor Scholz-Reise: Baerbock pocht auf andere China-Politik“, 1. November 2022. Vgl. zur bisher ausbleibenden Verbindung von NSS und China-Strategie: Terhalle, Maximilian: „Wie strategisch ist die China-Strategie?“, 49security, 23. November 2022; Frankfurter Allgemeine Zeitung, China-Strategie betont Verteidigungslinien gegen Peking. 14. November 2022, S. 15.

ferungen bereits in den ersten sechs Monaten zeigten. Kanzler Scholz, der den unausweichlichen internationalen Druck auf Deutschland aus der ersten Reihe zu spüren bekommt, während die Kategorie Krieg für ihn vollkommenes inhaltliches und konzeptionelles Neuland bleibt, navigiert, so macht es den Anschein, zuweilen etwas unsicher zwischen den Strömungen seiner Partei.¹⁰ Ob der Verlauf des Kriegs und besonders die mit Scholz eng abgestimmte, geopolitische Rede ihres Ko-Parteivorsitzenden Lars Klingbeil im Juni 2022 in der er Deutschland nicht als Friedenssondern als Führungsmacht hervorhob, es der sozialdemokratischen Parteilinken dauerhaft deutlich schwerer machen wird als zuvor, ihre traditionelle Haltung aufrechtzuhalten, wird sich zeigen müssen.¹¹ Im Dezember 2022 sieht es nicht danach aus¹². Der Blick auf den Wehrhaushalt 2023 lässt die Bundeswehr weiterhin „blank“ dastehen.¹³ Die Frage überdies, ob statt der Beibehaltung überzeugter strategischer Resilienz im Innern die sozioökonomischen Kriegskosten (Inflation, Rezession, Energiekosten) das Vehikel der Parteilinken werden, die Einreihung Berlins in die gegen Russland gerichtete Front von NATO, EU, G7 und anderen Staaten zu entkräften, macht deshalb insbesondere in der größten Regierungspartei das Hervortreten von Reibungsflächen wahrscheinlicher. Putins Kalkül für den Winter 2022/23 würde damit aufgehen.¹⁴

Sofern Kanzler Scholz eine exakte Anleitung meinte, als er sagte, es gäbe kein „Lehrbuch“ für den Umgang mit dem Krieg, hatte er zunächst recht. Was er jedoch übersah, war der Wissensfundus, den die *Strategic Studies*¹⁵ anbieten – eine insbesondere von Praktikern der Sicherheitspolitik

-
- 10 Zu den Stimmen, die nicht der Parteilinken angehören, zählen u. a. Michael Roth oder Kristian Klinck. Siehe Klinck, Kristian/Müller, Alexander/Nanni, Sara: Mehr deutsche Waffen für die Ukraine – so geht’s, SPIEGEL, 21. August 2022.
 - 11 Siehe Wehner, Markus: „Leise Führung“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juli 2022, S. 3.
 - 12 Der scheinbare Mangel an Führungswillen drückt sich in der Weigerung aus, die Kampfpanzer *Leopard 2* zu liefern aus Furcht, hierin international voranzugehen, siehe Schuller, Konrad: „USA für Lieferung deutscher Kampfpanzer. Sicherheitsberater sprach sich früh dafür aus, deutsche Leopard 2 an Kiew zu geben“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Dezember 2022, S. 1.
 - 13 Siehe Carstens, Peter: „Die Armee ist noch immer blank“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. November 2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-wie-lambrecht-bei-der-ausruestung-der-armee-versagt-18488456.html>
 - 14 Siehe Wehner, Markus: „Wenn Kiews Eliteeinheit auf der Krim zuschlägt“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. September 2022, S. 4.
 - 15 U. a. Luttwak, Edward: *Strategy: The Logic of War and Peace*. Harvard Belknap: Cambridge 2001 (überarb. Fsg.); Haslam, Jonathan: *No Virtue Like Necessity. Realist Thought in International Relations Since Machiavelli*. Yale University

geprägte und international universitär grundständige, in Deutschland aber trotz vielfältiger geistesgeschichtlicher Verbindungslinien „weitgehend unbekannte Lehre.“¹⁶ Sie kann nicht lehrbuchähnlich und wohlgeordnet den politisch zu betretenden Weg anzeigen, dafür aber Orientierung bei der Entscheidungsfindung mittels eines *weiterführenden* Kompasses anbieten.¹⁷

Solch ein Kompass ist jetzt – bei ernsthaftem Willen zum Mentalitätswandel – insofern für die Spitzenpolitik erforderlich, als ihre Ministerien gegenwärtig den Spagat zwischen der auf die verbleibende Wahlperiode angelegten, im Koalitionsvertrag beschlossenen Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) einerseits, der täglich benötigten Strategie gegen den Angriffskrieg Russlands andererseits und der Neuaustarierung gegenüber Xi Jinpings China gelingen muss. Scholz erwähnte im Übrigen im Herbst 2022 seinen „klaren inneren Kompass“¹⁸, erklärte diesen aber nicht weiter. Geht man jedoch von der unweigerlich dynamischen Komplexität des internationalen Geschehens aus, scheint es der Quadratur des geopolitischen Kreises gleichzukommen, eine Zukunftskonzeption durch die NSS mit Gültigkeit bis zum Ende der Legislaturperiode zu entwerfen, die hinsichtlich der Sicherheit Europas sowohl von einem russischen Sieg als auch einer russischen Niederlage ausgeht und gleichzeitig die Implikationen eines für Amerika nicht führbaren Zweifrontenkriegs (USA v. CHN/RUS) sondiert.¹⁹

Press: New Haven 2002; Howard, Michael: *The Invention Of Peace And The Reinvention Of War*. Profile Books: New York 2002; Howard, Michael: *The Causes of Wars*. 2nd Ed., Harvard University Press: Cambridge 1983; Freedman, Lawrence: *Strategy*. Oxford University Press: Oxford 2013; Gray, Colin: *The Future of Strategy*. Polity: Cambridge 2017; Heuser, Beatrice: *The Evolution of Strategy: Thinking War from Antiquity to the Present*. Cambridge University Press: Cambridge 2010; Powell, Jonathan: *The New Machiavelli: How to Wield Power in the Modern World*. Vintage: New York 2011; Kissinger, Henry: *Diplomacy*. Simon & Schuster: New York 1994; Kissinger, Henry: *Leadership*. Allen Lane: New York 2022; von Bismarck, Otto: *Gedanken und Erinnerungen*. Verlag der Wissenschaften: Berlin 2014–1 (Bde. 1–3).

16 Busse, Nikolas: „Die erste Schlacht der neuen Zeit“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. Juli 2022, S. 1.

17 Gaddis, John: *On Grand Strategy*. Penguin: New York 2018, S. 17.

18 Interview mit Bundeskanzler Olaf Scholz, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. September 2022, S. 3.

19 Kontrafaktische Überlegungen, wie sie Niall Ferguson angestellt hat, sind hier als Spiegel möglicher, (ungewünschter) Zukünfte hilfreich. Siehe Ferguson (Hrsg.), Niall: *Virtual History: Alternatives and Counterfactuals*. New York 1997. Siehe

Denn ein Europa, gedacht als Teil des von Scholz so bezeichneten russischen Imperiums, würde den Schutzgegenstand der NSS, die Sicherheit des Bündnis- und Staatsgebiets, und damit das Unterfangen der bis 2025 angelegten Strategie *ad absurdum* führen. Es ist mithin kein *Bias*, solch eine Annahme auszuschließen, sondern allein der Verweis darauf, dass ein russischer Sieg die zu erarbeitende NSS *a priori* obsolet machen würde. Deshalb bezieht der vorliegende Artikel verschiedentlich geäußerte Optionen eines Waffenstillstands und als solche beschriebene Friedensverhandlungen nicht in die Analyse ein.²⁰ Vielmehr hebt die Wechselwirkung zwischen der Entwicklung auf dem ukrainischen Kriegsschauplatz und der in die NSS eingehenden Annahmen zur Zukunft europäischer Sicherheit die Notwendigkeit strategisch ausgerichteter politischer Führung explizit hervor. Dies insbesondere für den Fall, dass ein (Groß-)Krieg in Ostasien mit hoher Wahrscheinlichkeit die Europäer vor die kaum zu bewältigende Schwierigkeit stellen würde, die Unterstützung für die Ukraine ohne Amerika aufrechtzuerhalten, ohne vor der psychologischen Schwächung der NATO in Europa – und damit vor Russland – zu kapitulieren. Dass Amerika seine Sicherheitsgarantie für Europa dabei in der Zwischenzeit losgelöst von der deutschen Wirtschaftspolitik gegenüber Peking betrachtet, kann aus strategischer Perspektive nicht angenommen werden.

Dieses Kapitel nähert sich dem Thema der Stärke, dem Kompass deutscher Sicherheitspolitik und damit der NSS sowie den Russland- und China-Strategien, in drei Schritten. Erstens bietet das Kapitel ein konzipiertes, konzeptionelles Vokabular, ohne das die Machtpolitik der internationalen Angelegenheiten in Zukunft weiterhin reflexhaft oder unwissentlich abgelehnt und der voraussetzungsreiche Mentalitätswandel

darin z. B. Burleigh, Michael: Nazi Europe: What if Nazi Germany had defeated the Soviet Union? (Kap. 6).

- 20 Ein strategisch nicht zu Ende gedachter, stets auf geglaubtermaßen friedensorientierten Verhandlungen beruhender Ansatz, der die russische Niederlage nicht als Kriegsziel benennt, findet sich auch im Vorschlag Wolfgang Ischingers, „to see the war end quickly ... on as favorable terms for Ukraine as possible.“ In: „Germany’s Ukraine Problem“, Foreign Affairs, 10. August 2022. In bemerkenswert direkter Art hat der Drei-Punkte-Plan von Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder den „Verhandlungswillen“ des Kremls im Magazin *Stern* als richtige Handlungsoption für Berlin dargestellt (abgedruckt in der Ausgabe vom 4. August 2022, S. 25–27). U. a. Johannes Varwick, Professor für Politikwissenschaft in Halle, hat die Positionen Schroeders/Putins „im Original gelesen“. Er resümierte, in den „zentralen Punkt[en]“ könnte er „keinen Skandal erkennen; im Gegenteil: das sind vermutlich die Linien, entlang derer eine Lösung denkbar wäre.“ (*Twitter*-Eintrag, 4. August 2022).

nicht erreicht werden wird.²¹ Im zweiten Schritt wird die Bedeutung des Faktors Zeit bei der Strategieplanung thematisiert. Basierend auf diesen Annahmen, zeigt das Kapitel drittens, anders als in der allein auf Russland konzentrierten Sicht der Zeitenwende, die strategischen Konturen der Weltpolitik auf. Chinas Gewicht in den Kalkulationen Amerikas ist dabei wesentlich. Daraus leiten sich schließlich konkrete Strategien zur deutschen und europäischen Sicherheit ab.

Das Grundverständnis der Analyse wird dabei geprägt von der Strategie-Definition von Gordon Craig und Felix Gilbert: „Strategy is not merely the art of preparing for the armed conflicts in which a nation may become involved and planning and the use of its resources and the deployment of its forces in such a way as to bring a successful issue. It is also, in a broader sense, the [...] rational determination of a nation's vital interests, the things that are essential to its security, its fundamental purposes in its relations with other nations, and its priorities with respect to goals.“²²

2. Zeitlose strategische Einsichten

In Berlin herrschte lange ein harmonisches *One-World-Denken*, aus dem Krieg als Mittel der internationalen Politik *a priori* herausdefiniert worden war. Politik firmierte vielmehr exklusiv als das Lösen von globalen, alle Staaten betreffenden Sachprobleme: *Global Governance* war internationale Politik unter Partnern. Und weil die wirtschaftliche *Win-win-Globalisierung* entsprechend als zentraler Antriebsmotor hinter diesem kooperativen Weltbild firmierte, galt die naturrechtliche Koinzidenz aus „interdependence and enlightened self-interest“²³ als ihre optimistische Maxime. Wer davon abwich, „wer es doch tut, schadet [...] sich selbst“, so Merkel noch während ihrer vierten Amtszeit 2019.²⁴

21 Giegerich, Bastian/Terhalle, Maximilian: *The Responsibility to Defend: Re-thinking Germany's Strategic Culture*. Routledge: London 2021, S. 16–18.

22 Craig, Gordon/Gilbert, Felix: *Reflections on Strategy in the Present and the Future*. In: Paret, Peter/Craig, Gordon A./Gilbert, Felix (Hrsg.): *Makers of Modern Strategy from Machiavelli to the Nuclear Age*. Princeton University Press: Princeton 1986, S. 869.

23 Zu diesem Mantra (auch) bundesrepublikanisch liberalen internationalen Denkens, siehe Terhalle, Maximilian: *Warum das Governance-Axiom gescheitert ist – eine notwendige Kritik*. In: *Zeitschrift für Politik* 62, H. 3, 2015, S. 269.

24 Merkel, zit. bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2019. – Edward H. Carr (*The Twenty Years' Crisis 1919–1939*. Palgrave: Basingstoke 2001, S. 42–61) hatte die Harmonietheorie liberal-kosmopolitischen Denkens bereits in den Jahren vor

Die „Welt, in der wir am 24. Februar aufwachten“²⁵, ist jedoch entgegen den glaubwürdigerweise erschütterten Kernprinzipien nicht nur der Außenministerin keine unbekannte. Es ist eine Welt, die immer bestanden hat, vor und während der Friedensdividende, gleichsam als die unverwüstliche, „dunkle Seite“ der Weltpolitik, wie sie Freedman genannt hat.

Die in den Worten des Kanzlers mitschwingende Verwunderung, „und doch ist es [Krieg] wieder passiert“²⁶, offenbart deshalb schonungslos die gefährliche Unvertrautheit der Deutschen mit den unveränderlich wiederkehrenden, zeitlosen Merkmalen strategischer Angelegenheiten. Diese partout ausgeblendet zu haben, Akteure wie Putin „zu gutgläubig [...] immer unterschätzt“²⁷ zu haben, wie der langjährige außenpolitische Chefberater von Kanzlerin Merkel kurz nach Kriegsausbruch unbeschadet konzedieren konnte, legt offen, wie defizitär strategisches Denken in Deutschland tatsächlich ist. Denn Krieg war und ist keine museale Kategorie internationaler Politik.

Mit Normen, völkerrechtlichen Verträgen und liberalem Kooperationsglauben hatte man international eine progressive Linearität gelebt, jedoch harte Fragen der Macht bis zum 23. Februar mit Sonntagsreden historisch-politisch gelassen ins 19. und 20. Jahrhundert übereignet. Liberale Friedensutopien wie die der Kriegsächtung, sinnbildlich mit dem Briand-Kollegg-Pakt von 1928 konnotiert, sind regelmäßig am Phänomen Krieg gescheitert. Nicht zuletzt deshalb hat der jüngst verstorbene europäische Do-

dem Zweiten Weltkrieg einer Analyse unterzogen – mit aussagekräftigen Parallelen zu heute.

- 25 Baerbock, Annalena: „In anderer Welt aufgewacht...“. Radioansprache von Außenministerin Baerbock, Deutschlandfunk, 24. Februar 2022.
- 26 Bundeskanzler Olaf Scholz, Fernschansprache, 8. Mai 2022. Siehe hierzu die Position des *SPIEGEL* (Schmerzhaftes Aufklärung, 23. April 2022, S. 15): Scholz „ist zutiefst überzeugt von den eigenen Positionen, schließlich hat er doch alle Akten und viele Bücher zum Thema gelesen, durchdacht, verstanden. Aber Krieg und Frieden waren bislang keine Lebensthemen von Scholz. Sie sind unbekanntes Terrain für jemanden, dessen Leidenschaft bislang der Grundrente, dem Mindestlohn oder dem Wohnungsbau galt, wo sich Probleme mit Gesetzen und Behördenakten lösen ließen. Scholz brauchte nur selten das große Wort, die einprägsame Botschaft, er hatte doch alle Paragraphen im Kopf. Doch plötzlich ist da dieser rechtlose Zustand eines Angriffskriegs, die alten Gesetze und Botschaften gelten nicht mehr.“
- 27 Schuler, Ralf: Ex-Berater von Kanzlerin Angela Merkel, Christoph Heusgen „Wir haben Putins Brutalität immer unterschätzt“, BILD, 22. Februar 2022. Bemerkenswert ist, dass Heusgen, schon außer Dienst, noch im November 2021 mit Verve die Russlandpolitik der ehemaligen Kanzlerin verteidigte (*Dinner Speech* Heusgens bei der Adenauer-Stiftung, bei der der Autor anwesend war).

yen der Militärgeschichte, Michael Howard, überzeugend das rekurren- de Scheitern dieses einseitigen Sich-Verlassens auf die diplomatisch-notari- elle „Invention of Peace“ beschrieben.²⁸ Dafür wurde er im Jahr 2000 von der SPD-nahen Ebert-Stiftung ausgezeichnet.

Weil das vorliegende Kapitel die Kernschwäche deutscher Außenpolitik in einer nicht konzeptionell durchdrungenen Zeitenwende erkennt, wer- den hier zunächst vier zentrale Parameter dieser dunklen Seite der Weltpol- itik vorgestellt. In diesem Sinne betrachtet die Analyse die Zeitenwende unabhängig von einem – fernen – Ende des Kriegs gegen die Ukraine; vielmehr bezeichnet sie mit diesen Parametern zeitlose, strategische Ein- sichten, die auch in der Zukunft danach unausweichlich bleiben werden.²⁹

2.1. *Kriege lassen sich nicht verbieten, nur wegdefinieren*

Anders als viele die NATO lange vernachlässigenden und ebenso lange von jeglicher tatsächlichen Wahrnehmung existentieller Bedrohung sich befreit fühlenden Deutschen annehmen, gibt es global keine Instanz, die glaubwürdig und effektiv gewaltsame oder gewaltbereite Versuche, die die territoriale Integrität von Staaten verletzen, verhindern kann. Außer- halb des geschützten NATO-Territoriums gilt gewissermaßen Anarchie. Anarchie in dem Sinn, dass ein zumeist größerer Staat bis heute und in Zukunft faktisch die Möglichkeit hat, einen anderen Staat militärisch anzugreifen, ihm durch einen Krieg seinen Willen aufzuzwingen, ohne dass es ein wirksames Verbot dagegen geben kann. Diese Logik, die struk- turell in der internationalen Politik verankert ist, lässt sich zwar gefällig wegdenken, aber eine sich dieser Struktur verweigernde Haltung kann sich damit nicht dem Charakter strategischer Angelegenheiten entziehen. Das ist keine *self-fulfilling* Kriegsrhetorik, sondern ein Ansatz, der im wach- samen Vorbereitsein auf die Möglichkeit eines Kriegs die beste Gewähr dagegen sieht, überwältigt zu werden. In solcher Wachsamkeit muss der Wille zur Gegenwehr verankert sein: „War is not the best way of settling differences, but it is the only way of preventing them being settled for you.“³⁰

28 Howard, Michael: *The Invention of Peace and The Reinvention of War*. Basic Books: New York City 2002.

29 Ausführlicher hierzu: Terhalle, Maximilian: *Strategie als Beruf*. Tectum: Baden- Baden 2020, S. 11–18.

30 G.K. Chesterton, zit. in Coker, Christopher: *Can War Be Eliminated?* Polity: Cambridge 2014, S. 5; s. a. Freedman, Lawrence: *Does Strategic Studies Have a*

Die einzige, historisch erprobte Möglichkeit, die Gefahr dieser Dynamik versuchsweise einzuhegen, liegt deshalb in glaubwürdiger eigener Bewaffnung und, wo dies nicht genügt, der Mitgliedschaft in einer Militärallianz. Deutschlands am Kriegsabend zugegebener „blanker“ Mangel an eigener effektiver Bewaffnung wird gegenwärtig durch die Mitgliedschaft in der NATO aufgefangen. Ein schlecht gewappnetes Mitglied schwächt jedoch seine Allianz von innen – und damit ihre äußere Wahrnehmung.

2.2. *Strategen sehen keine „Politikgebiete“, nur Instrumente staatlicher Macht*

Dieses anarchische Charakteristikum impliziert, dass die Natur der Weltpolitik antagonistisch ist. Zumal größere Staaten meist im ständigen Ringen um mehr Macht oder die Verteidigung gegen den Verlust bestehender Macht stehen. Sie denken und planen dabei immer den *worst case* der Konfliktentladung aufgrund unvereinbarer Interessen in einem Krieg mit, weil einer dieser Staaten es will – und kann.

Sofern und solange noch keine direkte kriegerische Auseinandersetzung entsteht, ist es gewöhnlich, dass Strategen alle Elemente staatlicher Macht instrumental betrachten. Sie sehen das Spektrum dieser Elemente demnach konsequent als Instrumente an³¹, mit denen der Gegner geschwächt werden kann, weil die eigene Position der des Gegners überlegen bleiben muss. Volkswirtschaftliche Stärke, industrielle Kraft und Innovationskraft dienen somit nicht nur dem *Win-win* globalen Prosperierens, strategisch betrachtet sind sie das Fundament militärischer Durchhaltefähigkeit und müssen zu diesem Zweck politisch eingesetzt werden. Wirtschaftlich-industrielle Macht ist deshalb ein grundlegendes strategisches Mittel, um mögliche zukünftige Gegner durch das Angebot des Marktzugangs, durch Staatsanleihen oder Rohstofflieferungen abhängig zu machen. Ökonomische Macht allein, vernetzt durch Interdependenz, ist ultimativ kein Garant gegen die Aggression anderer Staaten. Wirtschaftlich-industrielle Macht ist somit das materielle Rückgrat in der Rivalität von Staaten und vermag dies (vorzu-)entscheiden; im Krieg ist sie das Rückgrat der Durch-

Future? In: Baylis, John et al. (Hrsg.): *Strategy in the Contemporary World*. 6th ed., Oxford University Press: Oxford 2019, S. 418. – Klingbeils o. g. Rede deutet solches Denken ebenfalls an.

31 So Carr im Gespräch mit Jonathan Haslam. Siehe Haslam, *No Virtue Like Necessity*, 2002, S. 36.

haltefähigkeit eines Staates.³² Ähnlich ist es bei Fragen der Technologie. Sie dient natürlich dem zivilisatorischen Fortschritt von Gesellschaften. Strategisch gilt aber auch hier, dass zur Spitzenforschung in *dual-use* Technologien fähige Staaten entscheidende Vorteile im ständigen – nur in seiner Intensität variierenden – Kampf mit anderen Mächten haben.³³ Kleine Staaten können solches *Know-how* auch nutzen, um eine Schutzmacht für sich zu interessieren. Beide Instrumente, Wirtschaft und Technologie, haben neben ihrem originären Zweck damit immer die zentrale Funktion, die militärische Schlagkraft eines Landes auf das höchstmögliche, mindestens aber einem potentiellen Gegner überlegene Niveau zu heben und, weit schwieriger, zu halten.

Anders als Deutschland dies als Friedensmacht lange gedacht und politisch gelebt hat, hängt die anfangs erwähnte internationale Wahrnehmung eines Staates als stark oder schwach im Kern von seiner Fähigkeit und seinem Willen ab, die genannten, materiellen Instrumente der Macht strategisch zu nutzen. Demokratien (ohne Missionierungshybris) haben überdies den normativen Vorteil, aufgrund des verteidigten Freiheitsideals auf andere anziehender wirken zu können als jene, die zur Umsetzung ihrer Interessen anderen die Freiheit nehmen.

2.3. *Nicht das Völkerrecht, nur machtpolitischer Wille erhält international die eigene Ordnungsvorstellung*

Internationale Ordnungen werden nicht effektiv durch das Völkerrecht und Normen aufrechterhalten und geschützt, weil letztere immer missachtet und gebrochen werden können. Wie alle anderen Ordnungen zuvor, beruht auch die gegenwärtige auf Macht, auf dem oben genannten wirtschaftlich-militärisch-technologischen Machtübergewicht des Westens. Nur diese harten Machtgrundlagen garantieren somit den Rahmen der freiheitlichen Ausrichtung der Ordnung. Wie die gegenwärtige Ordnung

32 Amerikas sanktioniertes Exportverbot von Halbleitern nach China ist ein jüngstes Beispiel solch einer Rivalität, in der eine Seite (hier die USA) seine technologische Überlegenheit strategisch in Anschlag bringt.

Böge, Frederike: „Kampf gegen China“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Oktober 2022.

33 In diesem Sinn ist der Chip-Krieg der USA gegen China zu sehen. Siehe Miller, Chris, „Warum Computer-Chips ueber das Machtgleichgewicht zwischen Amerika und China entscheiden werden.“ In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. November 2022, S. 21.

nicht aus dem Völkerrecht geboren wurde, sondern durch existentiellen Kampf (Zweiter Weltkrieg) beziehungsweise glaubwürdigen Willen zum Kampf (Kalter Krieg), so beruht ihre Stabilität und Zukunft auf dem Willen derer, die in dieser Ordnung ihre Lebenswelt am besten reflektiert sehen. Mit anderen Worten: Ordnungen haben immer den einen bestimmten normativen Charakter, nicht einen beliebigen.³⁴ Da dieser westlich-freiheitlich ist, würde er bei einer strategischen, russisch-chinesischen Übermacht auf internationaler Ebene nicht mehr westlich-freiheitlich sein.³⁵ Westliche Normen und Völkerrecht wären in diesem Fall Vergangenheit.

Denken in diesen Kategorien schließt robusten Widerstand gegen Entwicklungen ein, die der Ordnung abträglich sind. Äußere Stärke beruht damit auf innerer Widerstandskraft, mithin dem demonstrierten Willen, gewaltsamen Herausforderungen der eigenen Grundwerte selbstbewusst entgegentreten zu können.³⁶ Und dennoch können die äußere, materielle Kraft schwächer und die innere Stärke von Zerwürfnissen und Selbstzweifeln unterminiert werden.

2.4. *Strategen missachten nicht das „big picture“, das die militärischen Großmächte von einer Ära entwerfen*

Die wichtige Gleichheit aller Staaten nach dem Völkerrecht gibt es in Fragen internationaler Sicherheit nicht, da ihre materiellen Machtgewichte regelmäßig ungleich sind. Deshalb liegt die Konzentration des strategischen Ansatzes immer auf der Politik der militärischen Großmächte einer Ära.

Grund dafür ist, dass ihr Handeln oder Nicht-Handeln die größten Spannungen, Verwerfungen oder Krieg bewirken können, wie sie umgekehrt in Zeiten klarer Ungleichgewichte oder in Phasen akzeptierter Vorherrschaft zentral für wesentlichen Fortschritt bei der Kooperation in

34 Normative Koexistenz ist keineswegs unerreichbar, sogar erstrebenswert, solange dies den manifesten, militärischen Kampf gegen eben diese Ordnung ausschließt.

35 Keine liberale NGO würde in einer russisch-chinesischen Ordnung reüssieren können. Liberale Kritiker des Westens vergessen zuweilen die machtpolitischen Grundvoraussetzungen, ohne die ihre Kritik nicht möglich wäre. Siehe Hurrell, Andrew: *Global Order*. Oxford University Press: Oxford 2007, S. 112, 115–116.

36 Die im Juni und Juli 2022 von Kabinettsmitgliedern kommunizierte Angst vor inneren Unruhen, Volksaufständen gar, im Verlauf der Drosselung russischer Gaslieferungen demonstriert, wie erste Selbstzweifel die äußere Glaubwürdigkeit von innen unterlaufen können.

internationalen Angelegenheiten, also Sachproblemen, sind.³⁷ Die Großmächte erstreiten deshalb auch die Zukunft der internationalen Ordnung unter sich. Hieraus entsteht das die internationale Politik bestimmende „big picture“, das die jeweilige „grand strategy“ der Großmächte wesentlich bestimmt.

Alliierte können dabei sich und ihren Bündnissen zu einem höheren Machtpotential und breiterer Akzeptanz verhelfen. Ohne die strategisch genau durchdachte – im Ernstfall die eigene Unversehrtheit garantierende – Positionierung zu einer dieser Großmächte, können kleinere und mittlere Staaten nicht überleben. Die Annahme unter den letztgenannten Staaten, in Krisenzeiten Vermittlung zwischen den Großmächten anbieten zu können, überschätzt nicht nur die eigene Statur, sondern unterstreicht die äußere Wahrnehmung, dass die Verlässlichkeit des Vermittlers im eigenen Lager bezweifelt wird und der Gegner hierin die Brüchigkeit einer gegnerischen Allianz erkennt und unweigerlich deren Schwäche ausnutzt.

Lawrence Freedmans Anfangszitat fasst das strategische „temperament“ hinter diesen vier Annahmen sehr treffend zusammen als jene „dark side to the strategic imagination that picks up intimations of disorder at times of stability, that senses the fragility of human institution [...], that cannot stop thinking of war while promoting peace.“

3. Strategie, der Faktor Zeit und Strategieplanung

Dieses, hier nur äußerst knapp skizzierte, strategische Vokabular durchdringt idealerweise den Prozess des Entwerfens, Umsetzens und des erneuten Anpassens der jeweiligen Strategieplanung (*strategy-making*) und damit auch der aktuellen deutschen. Drei Aspekte mit Blick auf den Faktor *Zeit* sind hierbei signifikant.³⁸

Zunächst ist festzuhalten, dass das Attribut „strategisch“ meist mit „langfristig“ gleichgesetzt wird. Damit suchen Spitzenpolitik und Verwaltung, nachvollziehbar aufgrund des 24/7-Takts des Tagesgeschäfts, die Aura der weitsichtigen Herangehensweise. Aber in welchem Verhältnis steht diese nicht positiv konnotierte, aber wirkmächtige Kurzfristigkeit zur Langfristigkeit? Die langfristige Sicht und die damit verbundenen Ziele können nicht abstrakte Ziele sein, die in einer weit entfernten Zukunft

37 Wie oben ausgeführt, die Existenz des Dunklen der Macht, die militärische Herausforderung des Bestehenden bleibt davon unberührt.

38 Ausführlicher hierzu, siehe Terhalle, Strategie als Beruf, 2020, S. 20–22.

materialisiert werden. Vielmehr müssen die Schritte, um diese übergeordneten Ziele (also vitale Interessen) dauerhaft zu gewährleisten, im Heute der Gegenwart für die Zukunft kalibriert werden. Nur so kann das langfristige Ziel erreicht werden. Strategie ist also immer kurz- und langfristig in einem.

Zum zweiten steht der Strategie, wie andere Beobachter auch, täglich der Komplexität des internationalen Geschehens gegenüber. Selbst in Besitz des oben dargelegten Vokabulars kann es naheliegend sein, den Status quo der Gegenwart aufmerksam aber reaktiv zu begleiten. Damit setzt er sich jedoch unwillkürlich der steten Gefahr aus, von den Entwicklungen überrascht zu werden und sich damit den vorhandenen Zeitvorteil zu nehmen, diese prägen zu können. Frau Merkels reaktives auf-Sicht-Fahren bietet hier ein Beispiel. Die klassische Schwierigkeit liegt dabei darin, dass – wer nicht im Attentismus verharren will – Entscheidungen immer in die unklare Zukunft hinein treffen muss, ohne die Entscheidungen des Gegenübers genau zu kennen. Kurz gesagt ist dies die „Kunst des Möglichen“. Es geht nicht um das, was gegenwärtig real möglich ist (*Status quo Bias*), sondern was möglich zu machen ist in der Zukunft, zu der die Gegenwart unausweichlich wird.³⁹ Es ist somit mindestens notwendig, nicht fatalistisch zu sein und dem Gegner nicht den Handlungsspielraum und die Initiative überlassen zu wollen. Das häufig zitierte Max Weber'sche Mantra, das Politik als „starkes langsames Bohren von harten Brettern“⁴⁰ betrachtet, ist dabei nicht hilfreich. Dies insbesondere nicht, weil die Abfolge politisch-historischer Zeit keineswegs ausschließlich linear verläuft.⁴¹ Vielmehr bringen Brüche, Friktionen und gegenläufige Tendenzen kontinuierlich Gelegenheiten zum klugen, manchmal energischen, immer aber vorausschauend die eigene Macht vergrößernden oder mindestens sichernden Handelns hervor.

Schließlich bedarf Strategie der Formulierung einer Konzeption der Zukunft der internationalen Politik. Durch diese Zukunftskonzeption muss jener Zustand des internationalen Geschehens beschrieben sein, der die Si-

39 Seit Bismarcks Ausspruch ist dieser simplifiziert und missverstanden worden – und damit Bismarck an sich. Siehe Gall, Lothar: Bismarck: Der weiße Revolutionär. Frankfurt: 1980, S. 23, 127–128, 729.

40 Weber, Max: Politik als Beruf. Duncker & Humblot: Berlin 1993, S. 67.

41 Die Unterscheidung von Zeitentwicklung in *chronos* (linear, chronologisch) und *kairos* (non-linear, sprunghaft, verdichtend, nicht zwingend progressiv) haben die (Alt-)Griechen vorgelegt.

cherung der vitalen Interessen eines Landes bestimmt („*strategic vision*“).⁴² Die zu entwickelnden Strategien müssen dann demonstrieren, wie sie aus der Zukunft rückwärts denken, um im Heute die Planungen so anzulegen, dass sie die übergeordnete Konzeption der Zukunft adaptiv erreichbar machen können.

Namenlos kann solch strategisches Agieren, also ein Agieren, in dem es um die existentielle Sicherheit eines Landes und damit um Stärke geht, nicht erreicht werden. Strategie bedarf des Strategen. Dieser muss idealerweise das obige Vokabular verinnerlicht haben. Seine Persönlichkeit ist es letztlich, die die Komplexität des internationalen Geschehens klug durchdringt und durch strategischen Führungswillen selbstsicher die stets ungewisse Zukunft prägen will. Inwieweit das überlang von der Bewahrung des für selbstverständlich gehaltenen Status quo überzeugte Führungspersonal der Bundesrepublik solche Charaktere hervorbringt oder aus der Kriegssituation erwachsen lässt, beschreibt dabei zunächst nur eine gegenwärtige Entwicklung.⁴³

Im Folgenden sollen nun Strategien aufgezeigt werden, wie Berlin die nahende Zukunft internationaler Politik strategisch begreifen und formen kann.

4. *Die Zeitenwende muss strategisch global, nicht mitteleuropäisch gedacht werden*

Die westliche Ordnung wird von einem militärischen Feind herausgefordert. Diktatoren, das sollten die Deutschen aus eigener Anschauung wissen, sind nie saturiert, außer sie werden durch militärische Gewalt am kriegesischen Vordringen gestoppt. Das nur mittels der Ukraine erreichba-

42 Brzezinski, Zbigniew: *Strategic Vision: America and the Crisis of Global Power*. Basic Books: New York 2012; zur generellen Schwierigkeit der Zukunftsplanung, s. Freedman, *Strategy*. 2013, S. xviii-xix.

43 Zu solcher strategischen Intelligenz gehören ebenso Techniken der Machtanwendung, ob Kaltschnäuzigkeit, kalkulierte Drohungen und Lügen oder das Ausnutzen von Überraschungsmomenten. Siehe, u. a., Kissinger, *Leadership*, 2022; Schwarz, Hans-Peter: *Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit*. DVA: Stuttgart 1985, S. 165. Der ethische Vorwurf wiegt dabei schwer, dass Demokratien nicht die Mittel von Diktaturen anwenden dürften. Das ist zunächst richtig. Und dennoch müssen in einem anarchischen internationalen Umfeld Techniken und Mittel des (präventiven) Handelns erwogen werden, die die eigene Überlegenheit, zumindest aber das eigene Überleben sichern. Im Kriegsfall wird diese Problematik unausweichlich – oder von den Zwängen der Situation diktiert.

re Kriegsziel Berlins sollte deshalb Putins Niederlage sein. Erst danach kann aus der Position der Stärke über eine Friedensordnung verhandelt werden.⁴⁴

Folgte Berlin deshalb dem NATO-Generalsekretär darin, dass Russland den Krieg verlieren könne, wäre Deutschlands Strategieziel klar beschrieben: Europa ohne Putin. Und dennoch bliebe Moskaus Nukleararsenal bestehen, auch wenn das Scheitern Putins seinen Sturz herbeiführte. Deshalb wird die Sicherheitsordnung Europas nur aus westlicher Stärke geboren werden.

Wo diese Stärke liegt, haben die EU-Mitglieder Finnland und Schweden kürzlich intuitiv beantwortet: In der NATO, nicht der EU. Die gegenseitige Beistandspflicht aus Art. 42 Abs. 7 EU-Vertrag ist realpolitisch nicht überzeugend, obwohl diese nuklearen Schutz umfasst. Im Kern geht es, wider alle Debatten zur strategischen Autonomie, um die Qualität des Beistands der USA, den die EU nicht leisten kann. Das betrifft besonders die sicherheitspolitisch auf die Probe gestellte gefallene Referenz auf den deutsch-französischen Motor. Nicht nur aus osteuropäischer Sicht steht der Krieg für das Scheitern dieser Achse; sie schließt auch Großbritannien, eine der beiden Nuklearmächte Europas, aus der Debatte aus.

Weil sich die NATO jedoch vor aller Augen als Garant europäischer Sicherheit bewiesen hat, ist sie realpolitisch auch der zentrale Ort für die Diskussion dieser Sicherheit. Zwei Faktoren dieser Debatte zwingen Europa zum Handeln: Auch Putins Nachfolger wird Atomwaffen besitzen und Chinas Weltmachtstreben kristallisiert sich in Taiwan.

Krieg, das sollte Berlin gelernt haben, kann nicht per Normen verboten werden. Gegner kann man allein abschrecken. Europa kann das gegenwärtig nicht. Amerika – erschreckenderweise – auch nicht. Denn, wie es der ehemalige US-Verteidigungsminister James Mattis 2017 unmissverständlich ausdrückte: Die USA können keinen Zweifrontenkrieg führen, Russland und China nicht zeitgleich glaubwürdig abschrecken. Das ist die Achillesferse der strategischen Sicherheit Europas.

Und dies auch, wenn Russland und China sich gegenwärtig noch nicht soweit strategisch konzentrieren, dass sie eine Nuklearfront gegen die USA bilden könnten. Damit muss die von Macron 2020 präzedenzlos an Deutschland herangetragene, von Berlin unbeantwortete Frage nach

44 Dieser Abschnitt orientiert sich in Teilen an früheren Beiträgen des Autors. Siehe Terhalle, Maximilian: „Für eine europäische Atommacht“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Mai 2022, S. 8 und Krause, Joachim/Terhalle, Maximilian et al.: „Putins Politik nicht belohnen“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Juli 2022, S. 8.

der Abschreckungsfähigkeit Europas neu behandelt werden. Der erste Weltkrieg seit 1945 gibt Deutschen und Franzosen dabei nicht jene Legitimität sicherheitspolitischer Führung, in der sie sich wännen.

Wenn nun der US-Nuklearschirm durch einen nicht unwahrscheinlichen Krieg mit China absorbiert wird (3.750 US-Sprengköpfe müssen alle großen Städte und Militäreinrichtungen Chinas durch eine Zweitschlagoption auslöschen können sowie Abschreckung gegen Nordkorea und für Australien, Japan und Südkorea bieten), ist es fraglich, ob die USA weiterhin signalisieren können und wollen, dass sie, verallgemeinernd gesprochen, zum Schutze Berlins die nukleare Zerstörung Bostons aufs Spiel setzen wollen. Deshalb ist es zwingend, dass Europa strategische Nuklearmacht wird: Innerhalb der NATO, als europäische Nuklearsäule. Ein neuer Artikel 5a sollte den Nuklearschirm für NATO-Europa formulieren, der die Abschreckung eines russischen Erstschlags für den Fall festsetzt, dass Ostasien Amerika militärisch vereinnahmt.

Amerika ist sich seiner strategischen Begrenztheit bewusst, schweigt hierzu aber. Das Kerninteresse der See-Atommächte Großbritannien und Frankreich an der Vergrößerung der eigenen Arsenale nährt sich deshalb daraus, dass beide aus dem sich abzeichnenden nuklearen Machtungleichgewicht in Europa kein Vakuum entstehen lassen wollen können. Berlin sollte Paris und London hierin anteilig finanziell unterstützen. Gleichzeitig aber sollte es selbst U-Boote der in Kiel produzierten Dakar-Klasse, die Israel zur Ermöglichung seiner nuklearen Zweitschlagkraft geliefert werden, analog nuklear ausrüsten und im Mittelmeer patrouillieren lassen. Und zur Stärkung Warschaus sollte Berlin taktische Nuklearwaffen aus Büchel übereignen. Die Koordination der Abschreckung gegen Russland durch die aus diesen vier Staaten bestehende, europäische NATO-Kerngruppe sollte durch vorhandene, wiewohl anzupassende *Command-Control*-Strukturen der Allianz geschehen.

So unwahrscheinlich es nach Putins Angriffskrieg ist, dass ein eventuelles Kabinett Trump 2 unversehens zum Status quo 2017 zurückkehrt und die NATO verlässt, entscheidend ist, Europa hätte dadurch selbst als Rumpf-NATO eine glaubwürdige Rückversicherung gegenüber Russland in der Hinterhand.

Bedenken, Paris und London seien historisch unwillens, ihre Arsenale als europäische Säule NATO-Strukturen unterzuordnen, übersehen, dass keine Atommacht über die Kronjuwelen ihrer Sicherheit sondiert, solange Berlin es versäumt, allein einen gewichtigen Vorschlag zum Thema zu äußern.

5. Ohne strategisches Mindset keine Zeitenwende: drei Makel

Wladimir Putin und Xi Jinping haben den Westen (G7 und Australien) wiederholt als dekadent bezeichnet. Ob die Finanzkrise, die roten Linien Barack Obamas in Syrien, der Beginn der Corona-Krise, der AUKUS-Deal oder der Afghanistan-Abzug – alle diese Beispiele nahmen sie als Bestätigung ihrer Annahmen. Dabei hätte ihnen die Lektüre von Raymond Arons *In Defense of Decadent Europe* sicher geholfen, nicht eigenen Fehlwahrnehmungen zu unterliegen.⁴⁵ Die Resilienz, die Aron beschrieb und die sich in der Geschlossenheit des Westens seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine widerspiegelt, hatte gewiss einen nicht unwesentlichen Überraschungseffekt für beide autoritäre Herrscher parat. Ob allerdings das in der Überraschung enthaltene, mäßigende Element Xi Jinping nach seiner Ende Oktober 2022 vollzogenen Inthronisierung als Mao II. noch davon abhält, die Vorherrschaft Chinas in Ostasien militärisch zu erzwingen, ist nicht ausgemacht. Denn es könnte sein, dass er die Überzeugung gewinnt, nicht Putin, sondern nur er könne den dekadenten Westen in seine Schranken weisen. An Taiwans militärischem Anschluss an das Festland ließe sich so das unmissverständlich und konstant angekündigte Exempel statuieren, möglicherweise früher als militärische Planer dies annehmen.⁴⁶

Ostasien und die Ostflanke der NATO sind die Spiegelachsen der Sicherheit Deutschlands. Unabhängig davon, wer 2024 die Wahl in den USA gewinnt, Deutschland sollte mit Polen, Frankreich und Großbritannien die nukleare Abschreckung Europas in Absprache mit Amerika für den Fall eines Zweifrontenkriegs planen. Ob Washington aufgrund der Unwägbarkeit der verbleibenden Zeit bereit wäre, den Europäern Teile seines deaktivierten Arsenal zu übereignen, ist eine der vielen gegenwärtig dort sondierten Fragen.⁴⁷

Im Lichte dieser internationalen Dimensionen hat sich die Bundesregierung mit der Abfassung der Nationalen Sicherheitsstrategie, einer China-

45 Aron, Raymond: *In Defense of Decadent Europe*. Routledge: London 1979, S. xviii.

46 Siehe Beckley, Michael/Brands, Hal: *Danger Zone: The Coming Conflict with China*. W. W. Norton & Company: New York 2022; „Blinken: Peking koennte früher gegen Taipeh vorgehen.“ In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/us-aussenminister-warnt-china-koennt-e-frueher-gegen-taiwan-vorgehen-18397375.html>; The Economist: „Preparing for a Fight. China's New Military Chiefs Stand Out For Their Loyalty to Xi Jinping and Careers Focused War With Taiwan“, 5. November 2022, S. 53.

47 Gespräch des Autors mit Beamten des Pentagons, Sommer 2022.

Strategie und einer täglich entworfenen Russland-Strategie sehr viel vorgenommen – ohne bisher die Wechselwirkungen zwischen den Faktoren ausreichend zu bemessen. Dass der unrühmliche Abgang Donald Trumps 2021 dabei möglicherweise viel zu schnell abgehakt wurde und der Faktor China im strategischen Denken Amerikas bis heute nicht durchdrungen worden ist, sind nach dem Russland-GAU zwei der wohl schwerwiegendsten Mängel der deutschen Außenpolitik.

Der dritte Mangel, der erst in Teilen der Bundesregierung in einem schmerzhaften Lernprozess umgemünzt worden ist, kommt unweigerlich auf die Wahrnehmung und Signalisierung von Stärke in der internationalen Politik zurück. Im Kern geht es um das strategische *Mindset*, das in entscheidenden Teilen des Kabinetts noch nicht Einzug gehalten hat. Dieses *Mindset*, dessen Grundannahmen im zweiten Abschnitt dargelegt wurden, hat Quentin Skinner als „Machiavellian revolution“⁴⁸ bezeichnet: Machiavellis Demonstration eines neuen machtpolitischen Vokabulars für die Machthaber seiner Zeit, die durch das realpolitische Scheitern der alten (stoischen) Konzepte gezwungen waren, einen neuen Anfang suchen und finden zu müssen. In einer nicht unähnlichen Situation steht heute auch die deutsche Bundesregierung. Die wortstarke Ankündigung des Kanzlers, „Abschied zu nehmen von alten Gewissheiten. Das heißt umzudenken, auch strategisch“ deutet grundsätzlich in die richtige Richtung.⁴⁹ Das hieße insbesondere, dass das oberste deutsche Kriegsziel die Niederlage Russlands in der Ukraine sein müsste, damit Russland soweit von der NATO-Ostflanke entfernt ist wie vor dem 24. Februar 2022.

Die deutsche Zeitenwende wird dabei ohne substantielle militärische Aufrüstung, überlegene wirtschaftlich-technologische Macht und damit äußere Stärke nicht funktionieren. Diese Botschaft scheint zumindest Teile der Ampel-Führung erreicht zu haben. Ohne ein strategisches *Mindset* und damit *innere* Stärke indes wird sie scheitern. Ein Deutschland, das aus Unwissen oder friedenspolitischer Überzeugung glaubt, die Parameter des strategischen Kampfes der militärisch stärksten Mächte dieser Ära nicht für essentiell zu halten, sie wegzudefinieren, schadet den vitalen Interessen des Landes.

Im Winter 2022/23 einen Waffenstillstand in der Ukraine verhandeln zu wollen, um die sozioökonomischen Kosten des Kriegs (Inflation, Rezess-

48 Giegerich/Terhalle, Responsibility to Defend, 2021, S. 17.

49 Rede von Bundeskanzler Scholz bei der Bundeswehrtagung am 16. September 2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/rede-von-bundeskanzler-scholz-bei-der-bundeswehrtagung-am-16-september-2022-2127078>

sion, Energiepreise) durch Erheischen von Putins Wohlwollen vermeintlich zu mindern, würde solches friedenspolitisches Unwissen reflektieren ebenso wie der Glaube, die für Europa vitale US-Sicherheitsgarantie sei in ihrer Natur politisch unabhängig von der deutschen Wirtschaftsstrategie gegenüber China.

Die strategische Verpflichtung Berlins gegenüber der NATO besteht darin, dies nicht zuzulassen. Und gleichzeitig darin, Abschreckung nicht durch wohlfeile Reden zu fordern, sondern im Verteidigungshaushalt mit der Macht auszustatten, die glaubwürdig Wirkung erzielt.⁵⁰ Ob die Zeitenwende gleichzeitig die für Europas Sicherheit fundamentalen Implikationen der Un-Möglichkeit eines amerikanischen Zweifrontenkriegs gegen China und Russland durchmisst, werden die Strategiepapiere der Bundesregierung beweisen können.

Literaturverzeichnis

- Aron, Raymond: In Defense of Decadent Europe. Routledge: London 1979.
- Baerbock, Annalena: „In anderer Welt aufgewacht...“. Radioansprache von Außenministerin Baerbock, Deutschlandfunk, 24. Februar 2022, <https://www.deutschlandfunk.de/annalena-baerbock-in-anderer-welt-aufgewacht-und-lage-in-berlin-dl-fa0298aaa-100.html>, 10.09.2022.
- Beckley, Michael/Brands, Hal: Danger Zone: The Coming Conflict with China. W. W. Norton & Company: New York 2022.
- Böge, Frederike: „Kampf gegen China“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Oktober 2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/us-sanktionen-kampf-gegen-china-18391600.html>.
- Brzezinski, Zbigniew: Strategic Vision: America and the Crisis of Global Power. Basic Books: New York 2012.
- Busse, Nikolas: „Die erste Schlacht der neuen Zeit“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Juli 2022.
- Carr, Edward H.: The Twenty Years' Crisis 1919–1939. Palgrave: Basingstoke 2001.
- Coker, Christopher: Can War Be Eliminated? Polity: Cambridge 2014.

50 Der Verteidigungshaushalt für 2023 spiegelt dies bezeichnenderweise nicht wider. Die Macht liegt in der grössten Regierungsfraktion, so scheint es, faktisch unverändert beim friedenspolitischen Flügel um den Fraktionsvorsitzenden der SPD. Siehe Carstens, Peter: Die Armee ist noch immer blank. Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.11.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-wie-lambrecht-bei-der-ausruestung-der-armee-versagt-18488456.html>

- Craig, Gordon/Gilbert, Felix: Reflections on Strategy in the Present and the Future. In: Paret, Peter/ Craig, Gordon A./Gilbert, Felix (Hrsg.): *Makers of Modern Strategy from Machiavelli to the Nuclear Age*. Princeton University Press: Princeton 1986.
- Economist: „Briefing, Fascism in Russia“, 30. Juli 2022, <https://www.economist.com/weeklyedition/2022-07-30>, 01.11.2022.
- Economist: „Preparing for a Fight. China's New Military Chiefs Stand Out For Their Loyalty to Xi Jinping and Careers Focused War With Taiwan“, 5. November 2022.
- Ferguson, Niall: *Virtual History: Alternatives and Counterfactuals*. New York 1997.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Blinken: Peking koennte frueher gegen Taipeh vorgehen.“ 19.10.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/us-aussen-minister-warnt-china-koennte-frueher-gegen-taiwan-vorgehen-18397375.html>, 19.10.2022.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Interview mit Bundeskanzler Olaf Scholz“, 7. September 2022.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Vor Scholz-Reise: Baerbock pocht auf andere China-Politik“, 1. November 2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/annalena-baerbock-pocht-auf-andere-china-politik-vor-reise-von-scholz-18429168.html>, 01.11.2022.
- Freedman, Lawrence: Does Strategic Studies Have a Future? In: Baylis, John et al. (Hrsg.): *Strategy in the Contemporary World*. 6th ed., Oxford University Press: Oxford 2019.
- Freedman, Lawrence: *Strategy*. Oxford University Press: Oxford 2013.
- Gaddis, John: *On Grand Strategy*. Penguin: New York 2018.
- Gall, Lothar: *Bismarck: Der weiße Revolutionär*. Frankfurt: 1980.
- Giegerich, Bastian/Terhalle, Maximilian: The Munich Consensus and the Purpose of German Power. In: *Survival. Global Politics and Strategy* 58, H. 2, 2016, S. 155–166.
- Giegerich, Bastian/Terhalle, Maximilian: *The Responsibility to Defend: Re-thinking Germany's Strategic Culture*. Routledge: London 2021.
- Gray, Colin: *The Future of Strategy*. Polity: Cambridge 2017.
- Haslam, Jonathan: *No Virtue Like Necessity. Realist Thought in International Relations Since Machiavelli*. Yale University Press: New Haven 2002.
- Heuser, Beatrice: *The Evolution of Strategy: Thinking War from Antiquity to the Present*. Cambridge University Press: Cambridge 2010.
- Howard, Michael: *The Causes of Wars*. 2nd Ed., Harvard University Press: Cambridge 1983.
- Howard, Michael: *The Invention Of Peace And The Reinvention Of War*. Profile Books: New York 2002.
- Hurrell, Andrew: *Global Order*. Oxford University Press: Oxford 2007.

- Ischinger, Wolfgang: „Germany’s Ukraine Problem“, Foreign Affairs, 10. August 2022, <https://www.foreignaffairs.com/germany/germanys-ukraine-problem>, 28.11.2022.
- Jervis, Robert: Perception and Misperception. Princeton University Press: Princeton 1978.
- Kissinger, Henry: Diplomacy. Simon & Schuster: New York 1994.
- Kissinger, Henry: Leadership. Allen Lane: New York 2022.
- Klinck, Kristian/Müller, Alexander/Nanni, Sara: „Mehr deutsche Waffen für die Ukraine – so geht’s“, SPIEGEL, 21. August 2022, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/mehr-deutsche-waffen-fuer-die-ukraine-so-geht-s-meinung-a-3a08af51-3b65-47b1-8bb6-a0756575a08d>, 12.09.2022.
- Krause, Joachim/Terhalle, Maximilian et al.: „Putins Politik nicht belohnen“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Juli 2022.
- Luttwak, Edward: Strategy: The Logic of War and Peace. Harvard Belknap: Cambridge 2001 (überarb. Fsg.).
- Merkel, Angela: Rede von Bundeskanzlerin Merkel, Münchner Sicherheitskonferenz, 16. Februar 2019, <https://www.bundeskanzler.de/bk-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-zur-55-muenchner-sicherheitskonferenz-am-16-februar-2019-in-muenchen-1580936>, 12.09.2022.
- Pennekamp, Jochen: „Der Mythos vom billigen russischen Gas“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. August 2022, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/abhaengigkeit-von-putin-russisches-gas-war-nicht-guenstiger-18241080.html>, 14.09.2022.
- Powell, Jonathan: The New Machiavelli: How to Wield Power in the Modern World. Vintage: New York 2011.
- Scholz, Olaf, Rede von Bundeskanzler Scholz bei der Bundeswehrtagung am 16. September 2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/rede-von-bundeskanzler-scholz-bei-der-bundeswehrtagung-am-16-september-2022-2127078>, 28.11.2022.
- Scholz, Olaf: Fernsehansprache des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland Olaf Scholz, 8. Mai 2022, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975232/2037608/883b3ea4c4c65852c8a8da991559c7e4/2022-05-08-bk-ansprache-8-mai-pdf-data.pdf?download=1>, 14.09.2022.
- Scholz, Olaf: Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz, 27. Februar 2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>, 16.09.2022.
- Schuler, Ralf: „Ex-Berater von Kanzlerin Angela Merkel, Christoph Heusgen ‚Wir haben Putins Brutalität immer unterschätzt‘“, BILD, 22. Februar 2022, <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/ukraine-krise-merkel-berater-wir-haben-putins-brutalitaet-immer-unterschaetzt-79237586.bild.html>, 10.09.2022.
- Schuller, Konrad: „USA für Lieferung deutscher Kampfpanzer. Sicherheitsberater sprach sich früh dafür aus, deutsche Leopard 2 an Kiew zu geben“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Dezember 2022.
- Schwarz, Hans-Peter: Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit. DVA: Stuttgart 1985.

SPIEGEL: „Schmerzhaftes Aufklärung“, 23. April 2022.

Terhalle, Maximilian: „Für eine europäische Atommacht“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Mai 2022.

Terhalle, Maximilian: „Wie strategisch ist die China-Strategie?“, 23. November 2022, 49security, https://fourninesecurity.de/en/2022/11/23/wie-strategisch-ist-die-china-strategie?token=k29JIPkgHo2w-MIzWhl8j63gDc9_n1vj, 29.11.2022.

Terhalle, Maximilian: Strategie als Beruf. Tectum: Baden-Baden 2020.

Terhalle, Maximilian: Warum das Governance-Axiom gescheitert ist – eine notwendige Kritik. In: Zeitschrift für Politik 62, H. 3, 2015.

von Bismarck, Otto: Gedanken und Erinnerungen. Verlag der Wissenschaften: Berlin 2014–1 (Bde. 1–3).

Weber, Max: Politik als Beruf. Duncker & Humblot: Berlin 1993.

Wehner, Markus: „Leise Führung“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juli 2022.

Wehner, Markus: „Wenn Kiwus Eliteeinheit auf der Krim zuschlägt“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. September 2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/die-gegenoffensive-der-ukraine-auf-der-krim-hat-begonnen-18293593.html?premium>, 15.09.2022.

Kapitel 18 Neuaufstellung der deutschen Sicherheitsarchitektur nach 2022

Marie-Agnes Strack-Zimmermann

Abstract: Der Überfall Russlands auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende in der europäischen Geschichte. Mit seinem Befehl zum Einmarsch in das Nachbarland hat Wladimir Putin nicht nur das europäische Sicherheitsgerüst ins Wanken gebracht. Er stellt auch die weltweit geltende, regelbasierte Friedensordnung infrage. Auf die veränderte sicherheitspolitische Realität muss Deutschland reagieren: Wenn wir weiter in Frieden und Freiheit leben wollen, dann brauchen wir nicht nur eine wehrfähige, voll ausgestattete Bundeswehr. Deutschland muss auch mehr Verantwortung übernehmen. Unsere Geschichte verpflichtet uns dazu.

Schlüsselwörter: Angriffskrieg, Zeitenwende, Sicherheitsgerüst, Friedensordnung, Bundeswehr, Sondervermögen, Nationaler Sicherheitsrat

1. Einleitung

Am 24. Februar 2022 geschah das Unfassbare: Wladimir Putin griff zum zweiten Mal nach 2014 die Ukraine an. Der Angriff richtet sich von Anfang an nicht nur gegen militärische, sondern auch und besonders gegen zivile Einrichtungen. Mit diesem Zivilisationsbruch stellt Putin auch die regelbasierte Friedensordnung auf den Kopf, die 1947 nach den grauenvollen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben worden war: „Alle Mitglieder unterlassen [...] jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete [...] Androhung oder Anwendung von Gewalt“¹. Diesem zentralen Grundsatz zur Wahrung des weltweiten Friedens und der internationalen Sicherheit hatte seinerzeit auch Russland zugestimmt. Von Putin ignoriert, annektierte er bereits 2014 die Krim. Rückschauend als „Generalprobe“ dessen, was am 24. Februar 2022 folgen sollte.

1 UNRIC: Charta der Vereinten Nationen, Art. 2(4).

2. Herausforderungen deutscher Sicherheitspolitik

Bereits 2007 ließ Putin in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz unzweideutig wissen, dass er eine neue Weltordnung anstrebt, in der Russland wieder die Rolle einer Weltmacht übernehmen werde.² In einem Artikel mit dem Titel „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“³, den er ein halbes Jahr vor dem Überfall auf die Ukraine im Juli 2021 veröffentlichte, offenbarte der russische Präsident seine imperialistischen Großmachtphantasien. Der Herrscher des Kremls behauptete nicht nur, dass die Ukraine auf Gebiet entstanden sei, welches Russland geraubt wurde, sondern auch, dass die staatliche Souveränität der Ukraine ultimativ von der Duldung Moskaus abhinge.⁴ Damit stellte er völkerrechtswidrig die territoriale Integrität der Ukraine infrage.

Präsident Putin hält den Zerfall der Sowjetunion „für die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“⁵, weil seiner Auffassung nach Russland damit an Bedeutung verloren hat. Deshalb ist es das zentrale Ziel seiner Außenpolitik, das Land wieder zu einer Weltmacht zu machen und auf dem Weg dorthin als ersten Schritt die Ukraine zurück unter russische Herrschaft zu zwingen.⁶ Der russische Angriff auf die Ukraine stellt deshalb nicht nur unmittelbar die Sicherheit und die Prinzipien der Zusammenarbeit in Europa in Frage⁷, es ist auch der Kampf der Systeme Autokratie versus Demokratie in der Welt.

2 Putin, Wladimir: Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy, 10. Februar 2007.

3 Putin, Wladimir: On the Historical Unity of Russians and Ukrainians, 12. Juli 2021.

4 Dickinson, Peter: „Putin’s new Ukraine essay reveals imperial ambitions“, Atlantic Council, 15. Juli 2021.

5 NBC News: „Putin: Soviet collapse a ‘genuine tragedy’“, 25. April 2005; Lechner, Gerhard: „Putin will zur Sowjetunion zurück“, Wiener Zeitung, 14. Februar 2022.

6 Interessanterweise stand die Ukraine in ihrer langen Geschichte nur knappe 200 Jahre unter russischer Herrschaft, und zwar von Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Zerfall der Sowjetunion. Zuvor (und insgesamt viel länger) stand die Ukraine unter westlichem Einfluss. Das Land wurde schon in der frühen Neuzeit in Europa als eigenständiges Land wahrgenommen, auch wenn es seine staatliche Eigenständigkeit schließlich erst 1991 erhielt (vgl. Lechner, „Putin will zur Sowjetunion zurück“; Kappler, Andreas: *Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. C. H. Beck: München 2017).

7 Die Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022; Bundeszentrale für Politische Bildung: 45 Jahre Schlussakte von Helsinki, 2020.

Das hat langfristig auch tiefgreifende Konsequenzen für die deutsche Sicherheitspolitik. Das Ende des Ost-West-Konflikts nach dem Fall der Mauer 1989 veränderte die Bedrohungswahrnehmung der Deutschen, die sich von nun an ausschließlich umringt von Freunden fühlten. Im Laufe der Jahrzehnte verlagerte sich der Fokus deutlich von der äußeren hin zur inneren Sicherheit. In den letzten Jahren stand vor allem die Frage im Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Diskussion, wie wir unsere Demokratie und freie und offene Gesellschaft vor extremistischen und terroristischen Angriffen schützen können.

Über Deutschlands äußere Sicherheit haben sich dagegen nur wenige Gedanken gemacht. In der politischen und gesellschaftlichen Diskussion wurde diese Frage nicht ernsthaft diskutiert. Ungeachtet dessen, was sich weltweit für Krisen aufbauten, sah man dafür offensichtlich keinen wirklichen Grund. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine hat sich das schlagartig geändert. Drei Tage danach sprach Bundeskanzler Olaf Scholz im Deutschen Bundestag zurecht von einer Zeitenwende.⁸ Denn mit Putins Befehl zum Einmarsch in das russische Nachbarland wurde nicht nur das europäische Sicherheitsgerüst ins Wanken gebracht. Der ganze Globus ist seitdem sicherheitspolitisch in Unwucht geraten.

Die russische Außenpolitik wurde in den vergangenen Jahren nicht zufällig deutlich imperialistischer. Für die Vereinigten Staaten wurde im Laufe der letzten Jahrzehnte China der größte Konkurrent im Wettbewerb der politischen Systeme. Ihr sicherheitspolitischer Fokus ist daher entsprechend auf den Indopazifik gerichtet. Russland galt bereits unter der Administration Obama lediglich als „Regionalmacht“.⁹ Während die US-amerikanische außenpolitische Aufmerksamkeit also nicht mehr primär dem transatlantischen Bündnis galt, während der französische Präsident Emanuel Macron die NATO frustriert als „hirntot“¹⁰ bezeichnete, fokussierte sich Putin immer deutlicher auf seine Nachbarstaaten Belarus und Ukraine.

Dass im Herzen Europas noch einmal Panzer rollen würden, war für alle Verantwortlichen spätestens nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr vorstellbar. Cyber-Angriffe und asymmetrische Bedrohungen sowie Konflikte zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren fanden sich im Weißbuch der Bundeswehr als hauptsächliche Bedrohungsszenarien

8 Die Bundesregierung, Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022.

9 Welt: „Obama verspottet Russland als ‚Regionalmacht‘“, 25. März 2014.

10 Tagesschau: „Macron nennt NATO ‚hirntot‘“, 7. November 2019.

wieder.¹¹ Erst die völkerrechtswidrige russische Annexion der Krim rückte die Landes- und Bündnisverteidigung wieder ins Zentrum deutscher Sicherheitspolitik. Heute sind wir in der Realität angekommen. Wir brauchen wieder eine wehrfähige, voll ausgestattete Bundeswehr, denn sie wurde nach dem Fall der Mauer schlichtweg kaputt gespart. Über 25 Jahre hat sich die Bundesregierung, wenn im Haushalt Mittel gesucht wurden, immer wieder am Verteidigungshaushalt bedient. Die Bundeswehr wurde auf 182.000 Männer und Frauen verkleinert, wichtige Investitionen in Material und Infrastruktur auf unbestimmte Zeit verschoben. Seit 2014 wurde der Wehretat zwar sukzessiv erhöht, aber die komplette Einsatzbereitschaft wiederherzustellen, wird dem noch lange nicht gerecht.

Das Bundeswehr-Sondervermögen über 100 Milliarden Euro ist nun die große Chance, die Bundeswehr zu modernisieren, damit sie auch ihre internationalen Verpflichtungen im Rahmen der EU und der NATO erfüllen kann. Der über Jahre auf maximale Effizienz und Sparsamkeit ausgerichteten Bundeswehr fehlt heute die Fähigkeit, bei Bedarf ihren Aufgaben gleichzeitig weltweit nachzukommen. Angesichts der sicherheitspolitischen Realität ist das nicht mehr zeitgemäß. Die Bundeswehr muss so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben nicht nur nacheinander, sondern auch gleichzeitig erfüllen kann. Dies muss gegebenenfalls auch innerhalb kürzester Zeit möglich sein. Dazu braucht es nicht zwingend mehr Personal. Militärische Stärke definiert sich nicht ausschließlich über die Anzahl der bewaffneten Personen.

Es kommt vielmehr auf eine exzellente Ausbildung und die zur Verfügung stehenden Waffensysteme sowie die Infrastruktur an. Wenn die Kampfschwimmer seit zehn Jahren auf dem Trockenen sitzen, weil ein Trainingsschwimmbad fehlt oder Piloten ihre Lizenz verlieren, weil Hubschrauber nicht abheben und sie deshalb die notwendigen Flugstunden nicht erfüllen können, dann ist das ein riesiges Problem. Im schlimmsten Fall müssen die Soldaten Fähigkeiten abmelden, weil sie für ihre Einsätze nicht üben können. Gute Leute wird die Bundeswehr in Zukunft aber nur dann bekommen und auch nur dann halten können, wenn das entsprechende Material zur Verfügung steht. Denn Einsatzbereitschaft bedeutet Attraktivität. Der Ehrlichkeit halber gehört aber auch erwähnt: Der schlechte Zustand der Bundeswehr ist nicht nur eine Frage des Geldes und komplizierter Beschaffungsregeln, sondern auch eine von Organisation und effizienter Führung. Die Bundeswehr hat zu viele Führungspositionen

11 Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2016.

und Führungsstäbe. Für eine höhere Einsatzbereitschaft braucht es aber deutlich mehr Truppe.

Wir brauchen eine starke und schlagkräftige Bundeswehr, um auf die veränderte Sicherheitslage reagieren und unserer Verantwortung in der Welt gerecht werden zu können. Deutschland ist in verschiedene Bündnisse eingebunden. Unsere Partner müssen sich zu hundert Prozent auf uns verlassen können. Sie erwarten auch, dass Deutschland Führung übernimmt. In der Weltfinanzkrise, die 2007 begann und sich in der Folge zur schlimmsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit entwickelte, haben wir diese Rolle ganz selbstverständlich übernommen. Wenn es aber um die Sicherheit in Europa und der Welt geht, fremdeln wir damit Führung zu übernehmen. Es gibt Mitglieder in der Bundesregierung, die ausgesprochene Probleme damit haben, diese Verantwortung anzunehmen.

77 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist Deutschland eine stabile Demokratie und ein wirtschaftlich starkes Land. Gerade wegen unserer historischen Verantwortung sollten wir uns weltweit für Freiheit in Frieden engagieren. Auch unsere internationalen Partner erwarten das von uns. Vorangehen bedeutet dabei selbstverständlich nicht, die Bündnispartner nicht mit einzubinden. Im Gegenteil. Auch bilaterale Partnerschaften können gestartet werden und in einem großen Ganzen münden.

Auch deswegen sollte Deutschland die Einsetzung eines ständigen Nationalen Sicherheitsrats nach dem Vorbild des *U.S. National Security Council* vorantreiben. Dieses Gremium berät den amerikanischen Präsidenten in Angelegenheiten der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es analysiert abseits der Tagespolitik ressortübergreifend internationale Entwicklungen, die entweder bereits Auswirkungen auf das eigene Land haben oder in Zukunft haben könnten. Ein solch ressortübergreifendes Frühwarnsystem wäre auch relevant für die zukünftige deutsche Sicherheitsarchitektur. Die meisten Ereignisse, die weltweit geschehen, betreffen in Folge auch uns in Europa. In einer globalen Welt sind wir von vielen Entwicklungen mittelbar betroffen, auch wenn sie auf der anderen Seite des Globus geschehen.

3. Fazit

Der Überfall Russlands auf die Ukraine geht uns unmittelbar etwas an. Wer die regelbasierte Ordnung mit Füßen tritt, und das im Herzen Europas, der muss mit dem Widerstand der freien westlichen Welt rechnen. Der Ausgang dieses Kriegs entscheidet darüber, ob in Zukunft wieder das *Recht des Stärkeren* oder die *Stärke der Rechtsstaatlichkeit* gilt. Wir wollen in

Frieden leben, unsere Demokratie und Freiheit bewahren, unseren Wohlstand mehren, den Sozialstaat erhalten und die Menschenrechte schützen, wie es unser Grundgesetz, die beste Verfassung der Welt, uns vorgibt.

Das Ziel unserer sicherheitspolitischen Strategie muss daher unmissverständlich sein. Wer unsere freiheitliche Rechtsordnung angreift, muss mit erbitterndem Widerstand rechnen.

Literaturverzeichnis

- Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2016, <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/weissbuch>, 18.10.2022.
- Bundeszentrale für Politische Bildung: 45 Jahre Schlussakte von Helsinki, 2020, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/210407/45-jahre-schlussakte-von-helsinki>, 18.10.2022.
- Dickinson, Peter: „Putin’s new Ukraine essay reveals imperial ambitions“, Atlantic Council, 15. Juli 2021, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/putin-s-new-ukraine-essay-reflects-imperial-ambitions/>, 18.10.2022.
- Die Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>, 18.10.2022.
- Kappler, Andreas: Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart. C. H. Beck: München 2017.
- Lechner, Gerhard: „Putin will zur Sowjetunion zurück“, Wiener Zeitung, 14. Februar 2022, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2137588-Putin-will-zur-Sowjetunion-zurueck.html>, 18.10.2022.
- NBC News: „Putin: Soviet collapse a ‘genuine tragedy’“, 25. April 2005, <https://www.nbcnews.com/id/wbna7632057>, 18.10.2022.
- Putin, Wladimir: Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy, 10. Februar 2007, <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/24034>, 18.10.2022.
- Putin, Wladimir: On the Historical Unity of Russians and Ukrainians, 12. Juli 2021, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>, 18.10.2022.
- Tagesschau: „Macron nennt NATO ‚hirntot‘“, 7. November 2019, <https://www.tagesschau.de/ausland/macron-nato-101.html>, 18.10.2022.
- UNRIC: Charta der Vereinten Nationen, <https://unric.org/de/charta/#kapitel1>, 18.10.2022.
- Welt: „Obama verspottet Russland als ‚Regionalmacht‘“, 25. März 2014, <https://www.welt.de/politik/ausland/article126190584/Obama-verspottet-Russland-als-Regionalmacht.html>, 18.10.2022.

Verzeichnis der Herausgeber und Autoren

Herausgeberinnen und Herausgeber

Dr. Stefan Hansen ist seit 2011 Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK) gGmbH. Er hat Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Geschichte studiert und war anschließend wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU), wo er seitdem weiterhin Lehrbeauftragter ist. Zuvor war er als Zeitsoldat Offizier bei der Deutschen Marine (Fregattenkapitän d.R.). Seine Forschungsschwerpunkte sind Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Terrorismus- und Strategieforschung sowie Maritime Sicherheit.

Olha Husieva ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK). Sie hat zwei Master-Abschlüsse – in Geschichte (Ukraine) und *European Studies* (Deutschland). Im Jahr 2020 absolvierte sie das *UN-OSCE Peace and Security Fellowship* zum Thema Konfliktprävention, Abrüstung und Nichtverbreitung in Wien (Österreich). Ihre Forschungsschwerpunkte sind der russisch-ukrainische Krieg, Außen- und Sicherheitspolitik in Osteuropa, internationale Sicherheitsorganisationen sowie Terrorismusforschung. Zudem unterrichtet sie im Rahmen eines Lehrauftrags an der Europa-Universität Flensburg (EUF) zum Thema *EU Security Policy*.

Kira Frankenthal ist seit 2022 Leiterin der Abteilung Konfliktforschung am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK). Sie hat einen Masterabschluss in *European Studies* und war von 2019 bis 2022 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Terrorismus- und Radikalisierungsforschung am ISPK tätig. Zudem unterrichtet sie im Rahmen eines Lehrauftrags an der Europa-Universität Flensburg (EUF) zum Thema *EU Security Policy*. Zu Ihren Forschungsschwerpunkten gehören die interne und externe Sicherheitspolitik der Europäischen Union, die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Terrorismus- und Radikalisierungsforschung.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Christina Binder ist W3 Professorin für Internationales Recht und Internationalen Menschenrechtsschutz an der Universität der Bundeswehr München seit 2017. Zuvor war sie Professorin für Völkerrecht an der Universität Wien und stellvertretende Leiterin des interdisziplinären Forschungszentrums Human Rights. Ihre Forschungsinteressen umfassen viele Bereiche des Völkerrechts; u. a. das Völkervertragsrecht, den internationalen Menschenrechtsschutz, das Umweltvölkerrecht, das internationale Investitionsrecht und Demokratisierung und das Recht auf politische Partizipation. Sie ist Mitherausgeberin der *Zeitschrift für Menschenrechte*, des *European Yearbook of International Economic Law* und des *Hungarian Yearbook of International and European Law*.

Hugo von Essen ist Analyst des Stockholmer Zentrums für Osteuropastudien (SCEEUS) am Schwedischen Institut für Internationale Angelegenheiten (UI). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Russland und Osteuropa, internationale Beziehungen sowie Außen- und Sicherheitspolitik.

Dr. Timo Graf ist Militärsoziologe am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam. Dort leitet er die jährliche Bevölkerungsbefragung im Auftrag des BMVg. Zudem ist er Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam im Masterstudiengang *War and Conflict Studies* und engagiert sich in der politischen Bildung. Seine Forschungsschwerpunkte sind die öffentliche Meinung zu außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen sowie die zivil-militärischen Beziehungen in Deutschland.

PD Dr. habil. Markus Kaim ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe „Sicherheitspolitik“ der Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Grundfragen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, transatlantische Sicherheitsbeziehungen (NATO) sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausgewählter NATO-Partner.

Dr. Ronja Kempin ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe „EU/Europa“ der Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen deutsch-französische Beziehungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Rolle des *Front National* und des Populismus in Frankreich.

Dr. Sarah Kirchberger ist Leiterin der Abteilung Strategische Entwicklung in Asien-Pazifik am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK). Sie ist außerdem Vizepräsidentin des Deutschen Maritimen Instituts und *Non-Resident Senior Fellow* am *Atlantic Council*. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die russisch-chinesischen Militärbeziehungen, die Entwicklung der chinesischen Streitkräfte, insbesondere der Marine, sowie die Bedeutung disruptiver Technologien im Militär.

Prof. Dr. Joachim Krause ist wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK) und war von 2001 bis 2016 Professor für Politikwissenschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU). Er ist Begründer des Jahrbuch Terrorismus und geschäftsführender Herausgeber von SIRIUS – Zeitschrift für strategische Analysen.

Arthur de Liedekerke ist Direktor für europäische Angelegenheiten bei der Politikberatung *Rasmussen Global* und *Non-Resident Fellow* am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK). Früher beriet er hochrangige Beamte im französischen Streitkräfteministerium und in den Institutionen der Europäischen Union (Kommission und Parlament) in Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Er berichtet regelmäßig in internationalen Medien über internationale Beziehungen und Geopolitik, darunter *Politico*, *Euractiv*, *Sky News* und *Europe1*.

Dr. Tobias Lindner ist seit dem 8. Dezember 2021 Staatsminister im Auswärtigen Amt. Seit 2011 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages; in der 19. Wahlperiode war er Sprecher für Sicherheitspolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Angela Mehrer ist Koordinatorin beim *European Council on Foreign Relations* (ECFR) und ist Teil des *Re:shape Global Europe* Projekts. Sie unterstützt Dr. Jana Puglierin bei ihrer Arbeit zu deutscher und europäischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Rolle Deutschlands in Europa.

Oleksiy Melnyk ist Ko-Direktor der Programme für Außenpolitik und internationale Sicherheit sowie Koordinator der internationalen Projekte am *Razumkov-Centre* in Kyjiw (Ukraine). Er ist Oberstleutnant der Reserve der ukrainischen Streitkräfte und nahm an UN-Friedensmissionen (1996, 1997) teil. Von 2005 bis 2008 amtierte er als Erster Assistent des Verteidigungsministers.

Dr. Johanna Möhring ist *Associate Fellow* an der Henry Kissinger Professur für Sicherheits- und Strategieforschung des CASSIS, an der Universität Bonn und *Chercheuse associée* am *Centre Thucydide* in Paris. Ihre Forschungsschwerpunkte sind europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sowie Machtstrategien in der internationalen Politik. Aktuell forscht sie zu Staatskunst im 21. Jahrhundert.

Dr. Jana Puglierin ist *Senior Policy Fellow* beim *European Council on Foreign Relations* (ECFR) und seit 2020 Leiterin des Berliner Büros. Sie leitet außerdem das ECFR-Projekt *Re:shape Global Europe*. Ihre Forschungsschwerpunkte sind deutsche und europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Rolle Deutschlands in Europa und transatlantische Beziehungen.

Oberst dG Dr. Markus Reisner ist Leiter der Forschungs- und Entwicklungsabteilung an der österreichischen Theresianischen Militärakademie und derzeit Kommandant der Garde des Bundesheeres. Seine Forschungsschwerpunkte sind unbemannte Waffensysteme, Robotik und Künstliche Intelligenz, taktische und operative Lehren aus der Militärgeschichte, Militärisches Führungsverhalten, Disruptive Ereignisse (z. B. *Blackout*) und deren Folgen, sowie Zeitgeschichte in Österreich 1943–1945. Aktuell ist er als einer der Medienexperten des Bundesministeriums für Landesverteidigung zum Krieg um die Ukraine im Einsatz.

Dr. Susanne Spahn lebt als Osteuropa-Historikerin und Politologin in Berlin. Nach dem Studium der osteuropäischen Geschichte, Slawistik und Politikwissenschaft in St. Petersburg und Köln folgte 2011 die Promotion zur Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine und Belarus seit 1991. Sie verfasste sechs Studien zu Russlands Informationspolitik und Medien, u. a. im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und MEP Viola von Cramon.

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, war von 1988 bis 2008 Verlagsrepräsentantin des Tessloff Verlags in Nürnberg und ist seit 1990 Mitglied der FDP. Seit 2013 ist sie Mitglied im FDP-Präsidium bzw. Mitglied im Bundesvorstand. Seit 1999 ist Frau Dr. Strack-Zimmermann kommunalpolitisch aktiv. Von 2008 bis 2014 diente sie als Erste Bürgermeisterin der Landeshauptstadt Düsseldorf. Seit 2017 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages und FDP-Sprecherin für Verteidigungspolitik. Seit 2021 ist Frau Dr. Strack-Zimmermann Vorsitzende des Verteidigungsausschusses sowie Mitglied des Vorstandes der FDP-Bundestagsfraktion.

Dr. Maximilian Terhalle ist Gastprofessor für Geopolitik an der *London School of Economics* (LSE). Habilitiert 2016, hat ihn früh die Thematik „Strategie“ fasziniert – wider den Gleichstrom des Fachs „Internationale Beziehungen“ und zumeist wider der Politik der Ära Merkel. 2021 erschien beim Londoner IISS sein *Adelphi Paper* „The Responsibility to Defend – Re-thinking Germany's Strategic Culture“ (mit Bastian Giege- rich). Parallel zu seiner Professur in Großbritannien (Univ. Winchester, 2015–2020) war er *Senior Fellow* am *King's College London* (2018–2021) und an der LSE (2016–2018) sowie als *Senior Advisor for Strategic Affairs* im britischen Verteidigungsministerium tätig (2019–2020).

Dr. Andreas Umland ist Analyst des Stockholmer Zentrums für Osteuropastudien (SCEEUS) am Schwedischen Institut für Internationale Angelegenheiten (UI) sowie Dozent für Politologie an der Kyjiwer Mohyla-Akademie (NaUKMA). Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. russische und ukrainische Innenpolitik, Außenpolitik und Nationalismus, Eurasianismus vergleichender Faschismus, osteuropäische Geopolitik sowie deutsche Ostpolitik.

Dr. Joris Van Bladel ist *Senior Associate Fellow* von EGMONT – *The Royal Institute for International Relations*, eine unabhängige Denkfabrik mit Sitz in Brüssel. Zu seinen Fachgebieten gehören die russische militärische und strategische Kultur, die russische „Soldatenfrage“, Sicherheit und Verteidigung, (asymmetrische) Bedrohungsanalyse und strategische Prognosen.

Jakob Wöllenstein leitet seit 2019 das Auslandsbüro Belarus der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) mit Sitz in Vilnius. Zuvor arbeitete er in der Europaabteilung der Stiftung in Berlin. Zu seinen thematischen Arbeitsschwerpunkten zählen regionale Sicherheitspolitik, friedliche Transformationsprozesse und Fragen der europäischen Identität. Er studierte Politikwissenschaft, Evangelische Theologie und *European Studies* in Marburg, Leipzig und Krakau.

